Katalin Gajdos-Frank

Die Sowjetisierung Ungarns

Die Überwachung der Ungarndeutschen durch die Staatssicherheitsdienste zwischen 1945 und 1956

Dissertation

2012

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität
Interdisziplinäre Doktorschule
Teilprogramm Geschichte

Katalin Gajdos-Frank

Die Sowjetisierung Ungarns

Die Überwachung der Ungarndeutschen durch die Staatssicherheitsdienste zwischen 1945 und 1956

Interdisziplinäre Doktorschule
Teilprogramm Geschichte
Leiterin der Doktorschule und des Doktorenrates:
Prof. Dr. Ellen Bos - Professur für Politikwissenschaft

Doktorvater:
Prof. Dr. habil Georg Kastner - AUB

Disputationskommission

Der Vorsitzende:
Prof. Dr. András Masát – AUB

Die Opponenten:
Prof. Dr. Andreas Oplatka – AUB
Prof. Dr. Gerhard Seewann – Universität Fünfkirchen

Die Mitglieder:
Dr. Zoltán Tibor Pállinger – AUB
Dr. Gábor Kerekes – ELTE
Dr. Nelu Bradean-Ebinger – Universität Corvinus

Eingereicht: November 2012

Inhaltverzeichnis

Einführung 6.

Kapitel I.
Die Entscheidungen der Alliierten 8.

Das Problem der deutschen Minderheit in Europa 8.
Säuberung nach rassischen Kriterien 9.
Die Erschaffung von Feindbildern 10.
Die ungarische Politik nach 1945 und die Ungarndeutschen 12.
Ziele der britischen und der ungarischen Politik 16.
Das Prinzip der Umsiedlung der Deutschen 19.
Die tschechisch-deutschen Gegensätze 20.
Die Atlantik-Charta 20.
Die Konferenz von Teheran 21.
Die Flucht der deutschen Bevölkerung 22.
Die anglo-amerikanische Vorstellung 24.
Die Konferenz von Jalta 25.
Potsdam 26.
Umsiedlungen 28.
Die Folgen: Massenvertreibungen 32.

Kapitel II.
Die Sowjetisierung Ungarns 34.

Auf dem Wege zur Sowjetisierung 40.
Die Ungarndeutschen während der Sowjetisierung Ungarns 45.
Die Verschleppung der Ungarndeutschen 49.
Die Enteignung und Vertreibung der Ungarndeutschen 62.
Die Volkszählung aus dem Jahre 1941 67.
Die Ausweisung und Internierung der Ungarndeutschen 68.

Kapitel III.
Die eiserne Faust der Arbeiterklasse: der Staatssicherheitsdienst 71.

Machtkämpfe in der Geheimpolizei zwischen 1945 und 1949 71.
István Bibó und die „Schwaben" im Jahre 1945 80.
Über die Arbeit im Archiv der Staatssicherheitsdienste 97.

Kapitel IV.
Akten über die Ungarndeutschen beim Staatssicherheitsdienst 1945-1956 103.

A-Dossiers – Hintergrundinformationen zu den Ungarndeutschen 105.
A-Dossiers über die Internierungen der Ungarndeutschen 131.
A-Dossiers im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste über ungarndeutsche Internierte 142.

A-1248 Internierungslager Kistarcsa 1951-1953 142.
A-1248/1 Internierungslager in Kistarcsa 1953 145.
A-482 Auszug der ÁVH über die Internierung der ehemaligen Kriegsgefangenen 152.
486 – Tiszalök Bernátkút 153.
A- 479 Überprüfung der Internierungslager – Überprüfung der ungarndeutschen Internierten 155.
A-1249/1. Internierunglager Tiszalök 161.
A-1249 Angaben, Informationen zum Internierungslager Tiszalök, 1951-1952-1953 161.
A- 507 – Das Kriegsgefangenschaftslager Tiszalök 175.

Fallstudien - Ungarndeutsche, die aktenkundig geworden sind 187.

1. Antidemokratische Taten 187.
Antidemokratische Aussagen 187.
Amerikanische Spionage 187.
Schwäbische Attentäter beim sowjetischen Heldendenkmal in Mór 191.

Verdächtige Aussagen 197.

2. Aktenkundig wegen „faschistischer Vergangenheit” 200.
Zusammenhänge zwischen Rekrutierung, sowjetischer Kriegsgefangenschaft und Internierung der Ungarndeutschen 200.
Fallstudie über einen internierten ungarndeutschen Kriegsgefangenen 207.

3. Ungarndeutsche Mitarbeiter im Agentennetz der Staatssicherheitsdienste 214.

4. Ungarndeutsche Flüchtlinge in den Händen der ÁVH 219.
Fallstudie über einen ungarndeutschen Flüchtling 219.

5. Überwachung der Ungarndeutschen wegen ihrer Herkunft 238.
Objekt-Dossiers über ungarndeutsche Dörfer 238.
Das Objekt-Dossier „Bácsszentgyörgy” 249.

Zusammenfassung 268.

Literaturverzeichnis 282.

Einführung

Es gibt keine guten und keine schlechten Völker,
Es gibt nur gutes und schlechtes Tun.
(Papst Johannes Paul II.)

Mein Forschungsthema in der Doktorschule der Andrássy Gyula Universität ist die deutsche Minderheit in Ost- und Mitteleuropa im 20. Jahrhundert, in gesellschaftsgeschichtlicher, politischer und wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht sowie ihr Schicksal in Ungarn in den ersten elf Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Hilfe meines Doktorvaters Dr. habil Georg Kastner wird in der vorliegenden Dissertation die Sowjetisierung Ungarns und die Überwachung der deutschen Minderheit durch die ungarischen Staatssicherheitsdienste zwischen 1945 und 1956 untersucht.

Durch Fragestellung und methodische Vorgehensweise bedingt, ergibt sich eine Gliederung der Dissertation in vier Einheiten. Nach dem einleitenden Kapitel beschäftigt sich der erste größere Teil der Arbeit mit den Entscheidungen der Alliierten, woraufhin eine deskriptive Darstellung der wichtigsten Konferenzen folgt. Der zweite Teil beginnt mit der Darstellung von Zusammenhängen zwischen dem allgemeinen Schema der Sowjetisierungspolitik und den Entscheidungen der ungarischen politischen Kräfte hinsichtlich der deutschen Minderheit. Die Frage, ob die Vertreibung der Ungarndeutschen als Teil der Vertreibungen zwischen 1945 und 1950[1] betrachtet und zu den „Stationen" der Sowjetisierungspolitik[2] Ungarns gezählt werden kann, versucht die Arbeit zu beantworten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Amtsstruktur der ungarischen Staatspolizei reorganisiert und ab Frühling 1945 hatte die Staatspolizei politisch-polizeiliche Aufgaben. Im Herbst 1946 hat man den Staatssicherheitsdienst gegründet, der ab 1950 als

[1] Diesbezüglich s. ausführlicher: Mathias BEER (Hg.), Auf dem Weg zum ethnischen reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 2004, Detlef BRANDES, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München 2001

[2] „Stationen" der Sowjetisierung waren die Liquidierung der anderen Parteien, die Verstaatlichung der Wirtschaft, die Verhaftung der vermeintlichen Gegner, die Forcierung der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumenten, die Vertreibung der Deutschen unter anderem. Diesbezüglich s.: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Budapest 2001, György GYARMATI, Kényszerpályás rendszerváltások Magyarországon 1945-1949, Mindentudás Egyeteme, VII. szemeszter, 6. előadás, 17.10.2005

Staatsschutzbehörde[3] selbständig wurde. Zu den Aufgaben dieser Sicherheitsorgane gehörte die Aufdeckung der *reaktionären Kräfte*[4] der demokratischen Ordnung. Die Frage, ob die deutsche Minderheit zu den Feinden der neuen Ordnung gehörte, versucht der dritte Teil der vorliegenden Arbeit zu analysieren.

Eine wesentliche Forschungsfrage des Dissertationsprojektes ist das Schicksal der deutschen Minderheit nach 1945. Waren die Ungarndeutschen ein besonderes 'Opfer' von Internierung, Vertreibung und Enteignung während der Sowjetisierung des Landes? Was war die Aufgabe der Staatssicherheitsdienste zwischen 1945 und 1956 bezüglich der deutschen Minderheit? Gibt es inhaltliche und zahlenmäßige Unterschiede zwischen den ungarischen und den ungarndeutschen Akten der Staatssicherheitsdienste?

Basierend auf Forschungen im Archiv der Staatssicherheitsdienste, wird im Kapitel IV. der Arbeit - anhand zahlreicher Dossiers und Fallstudien - die Tätigkeit der Staatssicherheitsdienste bezüglich der Ungarndeutschen zwischen 1945 und 1956 dargestellt.

[3] Ungarisch gekürzt als „ÁVH", „Államvédelmi Hatóság"
[4] So nannte man die Feinde der neuen Demokratie. In der Verordnung mit Nummer 4353/1949. MT. liest man: „Die Staatssicherheit deckt die Feinde der Arbeiter auf , verteidigt und sichert die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung." (Originale ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Kapitel I.

Die Entscheidungen der Alliierten

Die Ungarndeutschen waren Angehörige einer nationalen Minderheit in Ungarn und wurden nach 1944 zum Opfer der Bestrebungen nach ethnischer Homogenität. Diese ethnischen Säuberungen wurden als Folgen des Krieges bezeichnet. Die Täter versuchten für diese gewaltige Bevölkerungsverschiebung nur objektive und sterile Begriffe zu verwenden, wie beispielsweise Abschub, Aussiedlung oder Transfer of Population.

Das Problem der deutschen Minderheit in Europa

Das Problem der deutschen Minderheiten in Europa geht zurück auf die Grenzen, die 1919 durch die Pariser Friedensverträge[5] gezogen worden waren. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten die meisten Deutschen im Bismarckreich oder in Österreich-Ungarn, es gab also keine Schwierigkeiten mit den deutschen Ethnien. Durch die Verträge entstanden aber große, zerrissene – auch deutsche – Minderheiten, denn in diesen Friedensverträgen wurden die verschiedenen Nationalitäten bei Grenzenverschiebungen nicht beachtet. Durch den Versailler Vertrag[6] verlor das Reich 70 579[7] quadratkilometer seines Territoriums. Damals versuchte man, das Nationalitätsprinzip durch Minderheitenabkommen im Rahmen des Völkerbundes[8] zu retten: Länder mit deutschen Minderheiten wurden verpflichtet, eine gewisse kulturelle Autonomie und rechtliche Gleichstellung mit der Mehrheit der Staatsbürger zu garantieren. Polen und die Tschechoslowakei fanden diese Verträge lästig und

[5] Auf dem Pariser Friedenskonferenz (18. Januar 1919 – 21. Januar 1920) regelten die Pariser Friedensverträge neben dem Territorialfragen und Reparationspflichten auch die Gründung des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation. Die ILO (International Labour Organisation) ist heute eine UN-Sonderorganisation. Dazu s.: Fritz FELLNER, Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882-1919. München, 1994, www.ilo.org, 11/03/2011

[6] Der Vertrag beendete formal den Ersten Weltkrieg und konstatierte die Verantwortung des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Krieges und verpflichtete diese zu Abrüstung, Reparationszahlungen an die Siegermächte und Gebietsabtretung. Diesem Friedensvertrag folgten die Pariser Vorortverträge mit den Verlierern: der Vertrag von St. Germain (mit Deutschösterreich, am 10. September 1919), der Vertrag von Neuilly-sur-Seine (mit Bulgarien, am 27. November 1919), der Vertrag von Trianon (mit Ungarn, am 4. Juni 1920) und der Vertrag von Sévres (mit dem Osmanischen Reich, am 10. August 1920). Dazu s.: Ignác ROMSICS, A trianoni békeszerződés. Osiris Kiadó, Budapest 2001, Ferenc GLATZ (Red.), A magyarok krónikája. Officina Nova, Budapest, 1995

[7] In: Ignác ROMSICS, A trianoni békeszerződés. Osiris Kiadó, Budapest 2001

[8] Internationale Organisation, gegründet am 10. Januar 1920 – aufgelöst am 18. April 1946, war Vorläufer der UNO. „Die Gesamtmacht der freien Nationen wird jede Rechtsverletzung verhüten", sagte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson in einer Rede am 14. Juli 1918. Die Hegemonie eines Landes sollte durch die Gründung eines Völkerbundes vermieden werden. Dazu s.: Walter POEGGEL, Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1995

erklärten immer wieder, diese würden ihre nationale Souveränität beeinträchtigen.[9] Diese Staaten haben die formellen Rechte der Minderheiten also nicht gewahrt und die betroffenen Minderheiten konnten sich in der Zwischenkriegszeit nur friedlicher Weg des Protests[10] bedienen.

In der Literatur über die deutschen Minderheiten liest man oft über die sogenannte „Fünfte Kolonne"[11]. Dieser Begriff wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein Synonym für „Verräter" und wurde dann oft als Schimpfwort gegen die deutsche Minderheit angewandt, obwohl viele von ihnen gegen ihren Willen und ohne ein Recht auf eigene Wahl unter die Fremdherrschaft geraten waren.

Säuberung nach rassischen Kriterien

Die Säuberungen nach rassischen Kriterien waren eine Idee[12] der Nationalsozialisten und Teil des Konzepts Generalplan Ost[13], in dem der Holocaust durch Vertreibungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungsaktionen eine zentrale Rolle einnahm. Der Historiker Götz Aly[14] betonte, in welchem entscheidenden Ausmaß die Judenvernichtung und die Umsiedlungspolitik des Dritten Reiches miteinander verbunden waren.

Ab 1939 erhielt Himmler[15] die Aufgabe, die Auslandsdeutschen für die Besiedlung der neu eroberten Gebiete zurückzuführen. Die Auslandsdeutschen wurden also für die Sicherung der annektierten Gebiete instrumentalisiert. Die aus diesen Gebieten Vertriebenen wurden entweder ins „Generalgouvernement"[16] verlagert oder sich selbst überlassen. Nach anthropologischen Gesichtspunkten erstellte Rassenkarten dienten der Musterung und

[9] Diese generelle Zurückhaltung der Mitglieder, beziehungsweise dass sie oft aus Eigeninteresse handelten, führten zum Scheitern des Völkerbundes. Dazu s.: Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte, München 1988, www.voelkerbund-geschichte.de, 10/03/2011

[10] Durch Petitionen an den Völkerbund.

[11] In: Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte, München 1988, S. 25-39.

[12] Dr. Isabel HEINEMANN, Beziehungen zwischen Volksdeutschen und Rassenpolitik der SS. In: H-Soz-u-Kult, 30/04/2003

[13] Unter GPO verstand man eine Planungsgrundlage für die Kolonisierung und Germanisierung des ost- und mitteleuropäischen Deutschtums. Dazu s.: Aly GÖTZ, Susanne HEIM, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutsche Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hoffmann und Campe, Hamburg 1991

[14] Aly GÖTZ, „Endlösung": Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt am Main, 1995. In: Gerhard SEEWANN, Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa. Südosteuropa, 50. Jhg., 10-12/2001

[15] Im Auftrag des Reichsführers–SS Heinrich Luitpold Himmler (1900-1945) wurde an den verschiedenen Ausführungen des Generalplan-Ost gearbeitet. Himmler wollte die Schaffung eines großgermanischen Imperiums und plante, die eroberten Gebiete einem Vertreibung- und Umsiedlungsprogramm zu unterwerfen.

[16] Gebiete Polens (im Jahre 1941 142.000 Quadratkilometer mit Sitz in Krakau) die zwischen 1939 und 1945 vom Deutschen Reich militärisch besetzt, jedoch nicht ins Reich eingegliedert waren. Dazu s.: Szilveszter PÓCZIK, Hitler Európája. A nemzetiszocialista Európa-ideológia. Rubikon, 1997/8.

Einteilung von einer Million Volksdeutschen[17] aus Osteuropa. Doch selbst wenn sie nach der Musterung als zur Ansiedlung in den neu erworbenen Ostgebieten geeignet eingestuft worden waren, dort also Landwirtschaftsbetriebe erhalten sollten, kamen diese Volksdeutschen zum großen Teil erst einmal in Sammellager. Es gab nämlich nicht genug freie Betriebe, da man mit einem leeren Siedlungsraum gerechnet hatte, während in der Wirklichkeit die ursprüngliche Bevölkerung noch da war. Das verschärfte die Maßnahmen gegen Einheimische.[18]

Die wachsenden Spannungen zwischen Auslandsdeutschen und Einheimischen[19], intensiviert durch den erstarkenden Nationalismus des 19. Jahrhunderts und vor allem den Wechsel der Qualität dieser Spannungen von wirtschaftlicher zu ethnischer Natur, wurden zunehmend zu einem wichtigen politischen Faktor. Ab den Jahren 1936-37 wurde die NS-Politik ethnisch ausgerichtet. Im Jahre 1938 hat man den Begriff „Volksdeutsche“ eingeführt, und von 1939-1941 gab es sieben Umsiedlungsverträge für 130.000 Volksdeutsche aus dem Baltikum, 130.000 aus der Südbukowina und 80.000 aus Italien, Südtirol[20]. Unter den Volksdeutschen – für die diese Umsiedlung in den meisten Fällen eher ein Schock war - gab es jedoch, aufgrund antikommunistischer Einstellungen und dank Versprechungen hinsichtlich einer Verbesserung ihrer Lebenssituation, kaum Widerstand gegen den Umsiedlungsaufruf.

Die Erschaffung von Feindbildern

Die Erschaffung von Feindbildern über Volksdeutsche - und Juden - gehörte auch zur ungarischen Aktualpolitik am Anfang des 20. Jahrhunderts. Schon 1919 sah man die *in die intellektuelle Laufbahn hineindrängenden Juden*[21] und die *den Boden aufkaufenden Schwaben*[22] als Feinde des Madjarentums. In den Programmschriften der Nationalen Bauernpartei aus dem Jahre 1939 bezeichneten die Politiker sowohl die jüdischen als auch die deutschen Staatsbürger als gleiche Gefahr. Ihrer Meinung nach war in Ungarn die *nach Macht*

[17] Gebräuchliche Bezeichnung vor und während des Zweiten Weltkrieges für jenen Personen, die zu den deutschsprachigen Minderheiten in Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien und Norditalien gehörten.
[18] Diesbezüglich s.: Gerhard SEEWANN, Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa. Südosteuropa, 50. Jhg., Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte, München 1988
[19] Dr. Rainer SCHULZE, Spannungen zwischen Auslandsdeutschen und Einheimischen. In: H-Soz-u-Kult, 30/04/2003
[20] Ebenda
[21] Dezső SZABÓ in: Krisztián UNGVÁRY, Deutsche Minderheiten 1918-1939. Die Genese der Deutschfrage in Ungarn. In: H-Soz-u-Kult, 30/04/2003
[22] Dezső SZABÓ in: Ebenda

strebende Mittelschicht schwäbischer, jüdischer und mährischer Herkunft[23] in gleicher Weise gefährlich für das Madjarentum.

Obwohl eine Zwangsaussiedlung der Ungarndeutschen bis 1945 aus außenpolitischen Gründen nicht möglich gewesen wäre, tauchte der Gedanke schon in den 1930er Jahren in der ungarischen Regierung auf. Das Vermögen des Deutschtums in Ungarn - ihr zurückgelassener Besitz, Boden und landwirtschaftliche Betriebe - hätte das Nationalvermögen beträchtlich vermehrt, eine negative Diskriminierung der Schwaben war jedoch aus Rücksicht auf das Dritte Reich nicht möglich. Nur in der Publizistik der Zwischenkriegszeit herrschte die Meinung vor, dass Juden und Schwaben hemmungslos die madjarischen Güter aufkaufen würden.[24] Mit dem bodenpolitischen Gesetz von 1938 konnte Ungarn seine Staatsbürger jüdischer und deutscher Herkunft sogar offiziell „diskrimieren". Dieses Gesetz verbot Juden den Erwerb von Immobilien und ganz nebenbei auch die Expansion der deutschen Nationalität.[25]

Sowohl die Politik der ungarischen Regierung als auch die verschiedenen Zivilorganisationen waren rassistisch eingestellt. Es gab zahlreiche Vereine[26], die gegen die fremden Rassen im Land hetzten. Auch Hortys offizielle Einverständniserklärung[27] mit der „Heim ins Reich"-Regierung Hitlers im Jahre 1938 diente zur Proklamation der Aussiedlung von Ungarndeutschen. Die Haltung Deutschlands zum Problem der Aus- und Umsiedlung von Volksdeutschen wird in Hitlers Rede vom 6. Oktober 1939 deutlich:

---

[23] Ungarische Parteiprogramme 1919-1944. (S. 484.) in: Krisztián UNGVÁRY, Antisemitismus und Deutschfeindlichkeit. Der Zweifrontenkrieg., Suevica Pannonica, Jhrg. XX. (30), Heidelberg-München-Stuttgart, 2002

[24] Gyula ILLYÉS schrieb über die geistige Hegemonie des „judeo-germanischen" Budapest, in: Nyugat, Budapest, August 1932, in dem Blatt *Előörs* von Endre BAJCSY-ZSILINSZKY las man 1937 über die Statistik in- und ausländischer Stipendiaten (von 242 Stipendiaten 44 Personen waren Deutsche). Előörs, Budapest 1937, beziehungsweise über die Ermöglichung der Auswanderung der Nicht-Madjaren, die „sich nach der Türkenherrschaft hier niedergelassen hat", konnte man in der Zeitschrift *Magyar Élet* im Juli 1941 lesen. Dazu s.: Krisztián UNGVÁRY, Antisemitismus und Deutschfeindlichkeit. Der Zweifrontenkrieg., Suevica Pannonica, Jhrg. XX. (30), Heidelberg-München-Stuttgart, 2002

[25] Magyar Országos Levéltár/ Ungarisches Landesarchiv (MOL), K 27, Karton 197, Ministerrat vom 17. August 1938, Punkt 7.

[26] Die Deckorganisation *Egyesületközi Együttműködés* (Zusammenarbeit zwischen den Vereinen), die 24 Vereine umfasste, wollte „jene Rassen und Volkselemente aus jeglicher Lenkung des madjarischen Lebens ausschalten", György DONÁTH, Az Egyesületközi Együttműködés, Magyar Élet, Juni 1941 (S. 9-11.) Dazu s.: Krisztián UNGVÁRY, Antisemitismus und Deutschfeindlichkeit. Der Zweifrontenkrieg., Suevica Pannonica, Jhrg. XX. (30), Heidelberg-München-Stuttgart, 2002, Johann WEIDLEIN, Der ungarische Antisemitismus in Dokumenten. Schorndorf, 1967

[27] Reichsverweser Miklós HORTHY befand die Aussiedlung der Ungarndeutschen als ausgezeichnete Idee und betonte in seinem Brief an Hitler, dass es ein Gewinn für Deutschland sein würde, wenn es „unsere braven Schwaben" bekommt, „die wir immer schon gern hatten und die bestimmt die tüchtigsten unter allen Landwirten sind, deren Repatriierung geplant ist.", HORTHYS Brief an HITLER, am 3. November 1939, in: György RÁNKI, Ervin PAMLÉNYI, Loránt TILKOVSZKY, Gyula JUHÁSZ (Red.), Die Wilhelmstrasse und Ungarn. Deutsche Diplomatische Schriften über Ungarn 1933-1944., Budapest 1968 (S. 458.)

Der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht mehr haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens ist es utopisch zu glauben, dass man diese Angehörigen eines hochwertigen Volkes ohne weiteres assimilieren könne. Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen.[28]

Selbstbestimmungsrechte oder über Jahrhunderte hinweg gewachsene kulturelle, soziale und wirtschaftliche Bindungen spielten bei diesen Überlegungen keine Rolle. Das gesamte Deutschtum Ost-, Mittel- und Südosteuropas bildete eher ein Instrument zur Erreichung nationalsozialistischer Ziele.[29]

Die ungarische Politik nach 1945 und die Ungarndeutschen

Über die Vertreibung der Ungarndeutschen waren sich 1945 die ungarischen Parteien noch nicht einig: Im Verlauf der Durchführung der Bodenreform[30] , stellte sich im ungarischen Umfeld zum ersten Male die sogenannte Schwaben-Frage. Die Vertreter der Nationalen Bauernpartei haben vorgeschlagen, in schwäbischen Gemeinden so lange ungarische Bodenreformkommissionen zu tätigen, bis die Zusammensiedlung der Schwaben nicht erfolgt sei. Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Bürgerlichen Demokratischen Partei lehnten den Standpunkt der Bauernpartei ab und warnten vor Verallgemeinerungen und einer Kollektivschuld: *In einer Demokratie darf niemand deshalb bestraft werden, weil er einer Rasse angehört. Entweder hat er ein politisches Vergehen begangen oder nicht. Aber er büsst nicht deshalb, weil er ein Schwabe ist.*[31]

---

[28] Im Artikel von Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT, Umsiedlung-Vertreibung-Irrwege eines gefährlichen Gedankens., Suevica Pannonica Budapest, 1987 (S. 70-87.)

[29] Diese rassistische Rhetorik, die mit einer Aussiedlung verknüpft war, hörte 1945 nicht auf. Die Pläne Hitlers, die Umsiedlung der deutschen Minderheit, haben nach 1945 die demokratisch gewählten Regierungen, mit kommunistischer Unterstützung, vollbracht. Die Opfer während des Nationalsozialismus waren vor allem die Juden, die Opfer der Nachkriegszeit in den von der Sowjetunion besetzten Ländern waren die deutschen Minderheiten.

[30] Verordnung 600/1945. M.E. der Provisorischen Nationalregierung (17. März 1945), Sie wurde vom Landesrat für Bodenbesitzverwaltung (ung. Országos Fölsbirtokrendező Tanács), von den Grundbuchämtern und von den Kommissionen für Bodenbeanspruchung je nach Gemeinde durchgeführt.

[31] Géza Supka vor dem Budapester Nationalkomitee , in: Mihály KOROM, Von der Atlantischen Charta bis zur kollektiven Bestrafung in Potsdam., Beitrag der Ungarndeutschen zum Aufbau der gemeinsamen Heimat, Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen Budapest, 1996

Die deutschfeindliche Stimmung wurde aber vor allem innerhalb der ungarischen Kommunistischen Partei und der Bauernpartei immer stärker: Die Kommunistenführer - vor allem Mátyás Rákosi - überliessen der Bauernpartei bei der Propaganda gegen die Ungarndeutschen die Initiative. Die am 10. Mai 1945 erschienene Verordnung[32] war das erste amtliche Regierungsdokument, das sich mit der Vertreibung der Deutschen befasste und das nicht alle Deutschen aufgrund von kollektiver Schuld vertreiben wollte, sondern nur diejenigen, die faschistische Verbrechen begangen hatten.

Eine weitere Verordnung vom 1. Juli[33], durch die all das bestätigt wurde, verwies die individuelle Beurteilung der schuldigen Deutschen durch Kommissionen in den Kompetenzbereich des Volkssorgeamtes. Die sich festigende Stellungnahme derprovisorischen Nationalregierung, die das Prinzip der Kollektivschuld – vor allem unter Abwägung der innenpolitischen Interessen und wegen der Gefahr der tschechoslowakischen Vertreibungen unter Benesch - ablehnte, bestätigte auch den Standpunkt der westlichen Alliierten. Das ungarische Innenministerium erlangte im Mai-Juni 1945 Kenntnis vom Standpunkt der westlichen Großmächte, in erster Linie der USA, die das Prinzip und die Ausführung der kollektiven Bestrafung im Allgemeinen ablehnten.

Im Mai protestierte der ungarische Außenminister Gyöngyösi gegen die ungarnfeindlichen Maßnahmen der Tschechoslowakei sowie deren Vertreibungs- und Aussiedlungspläne. Schoenefeld, der politische Kommissar der USA, informierte Gyöngyösi am 12. Juni in einer Note darüber, dass seine Regierung gegen die Umsiedlung der Minderheiten ist und ein derartiger Schritt nur aufgrund entsprechender internationaler Vereinbarungen durchgeführt werden dürfe.
Zwischendurch forderte die tschechoslowakische Regierung in einer von der Sowjetunion unterstützten Note die alliierten Großmächte auf, der Vertreibung von 3 Millionen Sudetendeutschen und etwa 400.000 Ungarn zuzustimmen. Diesen Plan wollte Stalin – in einer Vorlage von Benes – auf der Potsdamer Konferenz behandeln, aber die Großmächte lehnten den sich auf die Aussiedlung der Ungarn beziehenden Plan von Benes ab. Als

[32] Verordnung des Ministerpräsidenten Nr. 3820/1945. M.E.
[33] Verordnung des Ministerpräsidenten Nr. 3820/1945. M.E. (Ideiglenes Nemzeti Kormány 3.820/1945. M:E: rendelete), in der Bezirksverordnung vom 1. Juli 1945 wurde ein Komitee aufgestellt, die Deutschen aus der Sicht ihrer Nationaltreue untersucht, wobei Geschlecht, Lebensalter oder Beruf nicht berücksichtigt wird. (Verordnung Nr. 1.710/1945. M.E., §2/5), Magyar Közlöny, 01/07/1945, Nr. 65.

Kompromiss stimmten sie auf sowjetischen Vorschlag hin aber für die Aussiedlung einer gewissen Zahl Ungarndeutscher aus Ungarn.

Bis zur Konferenz von Potsdam waren die ungarische Regierung und die demokratischen Parteien gemeinsam und amtlich mit der Ausiedlung von Hitler unterstützenden Schuldigen, die, zusammen mit ihren Angehörigen, auf etwa 200.000 Personen geschätzt wurden, einverstanden. So wurde das auch in Potsdam dargestellt. Die Sowjets hoben aber unmittelbar danach diese Zahl auf das Zweieinhalbfache an und teilten diese als Anweisung auch der ungarischen Regierung mit (nach der Vertreibung der Sudetendeutschen musste Platz gemacht werden für die rund 400.000 auszusiedelnden Ungarn, auch zum Preise der Vertreibung von Ungarndeutschen). Die ungarische Regierung behandelte auf einer außerordentlichen Sitzung die Anweisung zur Aussiedlung der Deutschen und nach langen Diskussionen wurde die Anordnung zur Vertreibung des ungarnländischen Deutschtums schlussendlich angenommen.[34]

Den eigentlichen Modus der Ausweisung legte eine Durchführungsverordnung vom 4. Januar 1946 fest. Sie bestimmte, dass eine genaue Namensliste der Umsiedlungspflichtigen angelegt werden musste, aus der neben den Personalien auch der Grund der Ausiedlung[35] zu ersehen war. Die Umsiedler durften pro Person 100 kg Gepäck mitnehmen. Die eingesetzten Transportzüge sollten aus 40 Wagen bestehen und jeder Wagen mit höchstens 30 Personen besetzt werden. In jedem Zug gab es einen Ärztewagen und die Begleitung durch Sicherheitspersonal war ebenfalls vorgesehen.[36]
Die Ausweisung ist dann in zwei Phasen durchgeführt worden: in der ersten von Januar 1946 bis zum Juni 1946, dann von August 1946 bis zum Ende des Jahres in die amerikanische Zone Deutschlands, in der zweiten ab August 1947 bis 1948 in die russische Zone. Die Versorgung der ersten Züge, die schon im Januar 1946 in der amerikanischen Zone eintrafen, entsprach keineswegs den Grundsätzen einer humanen Durchführung:

[34] A Magyar Kormány 12.330/1945. M.E. korm. sz. rendelete a magyarországi német lakosság Németországba való áttelepítéséről/Die Verordnung 12.330/1945. M.E. der Ungarischen Regierung über die Aussiedlung der deutschen Minderheit nach Deutschland, Magyar Közlöny/Ungarisches Mitteilungsblatt, 1945
[35] Gründe der Aussiedlung: 1. deutsche Nationalität, 2. deutsche Nationalität und Muttersprache, 3. deutsche Muttersprache, 4. Volksbundmitglied, 5. SS-Mitglied
[36] „Die Durchführung der Aussiedlung: III. §14 - §21., Abtransport der Umsiedlungspflichtigen, IV. §22 - §25., Verschiedene Vorschriften In: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, dtv München, 2004 S. 91.

Budaörs, mein heimatdorf,[37] *ist der erste Versuch. 400 bis 500 Policei werden in die Häuser einquartiert. Die Schuhlen werden gereumt für die austreibende Comission. (...) Die Leute werden aufgerufen, sie mögen freiwillig in die Wagone gehen. (...) Auf einmal über Nacht fängt man in der Nußbaumgasse und in noch 4 Gassen, die Leute zu wecken. Die Policei drängt auf ¼ Stunde Zeit, mann treibt sie aus der Wohnung. Diese ersten konnten kaum etwas mitnehmen. (....) Mit diesen Leuten füllte sich der erste Zug. Die Wagone, gefüllt mit weinende Kinder, erschrockene Frauen, verzweifelte Männer. (...) Unterdessen wird bei den Vertriebenen und vertreibenden Inventár aufgenommen. Mann probiert die zurückgelassenen Möbel, Geretschaften, Kleider, Werkzeuge sonstige Gerete. Landwirtschaftliche Maschinen aufzuschreiben. Die Äcker, Hauser, Weingarten, ihre Obstgarten, Wiesen, Wald Anteile, Keller und Presshauser, Scheine, all ihr Besitz und Eigentum, oft ist ein Grosser Wert das Vermögen, dass hier manchen vertriebenen Familien da teilweise notiert wurde. (...) Es kam vor, dass in manche Hauser, wo die Leute zum auswandern noch packten, einige von unseren Dorfpolicisten mit telepes sich als die Inventar Comission vorgaben und vieles davon raubten, das man noch mitnehmen wollte. (...) Razzia folgt auf Razzia, öfter kommen einzelne, die sich für Detektiven ausgeben oder sind. Wo mann bei den Leuten Textil oder andere Wert Sachen Gefunden hat, das wurde weggenommen. Die Frau Frank*[38]*, die Metzger sind, hat mann viel genommen. (...) Das Volk hat keine Ruhe. Ihr Leben wird zur Hölle. Die Menschen, verfolgt, getreten, ausgeraubt, gedrückt.*[39]

Die ersten Vertriebenen waren durch die kommunistischen Bewachungsmannschaften ausgeplündert worden und kamen ohne Gepäck, schlecht bekleidet, hungernd in den Auffanglagern an. Die Zustände besserten sich dann und konnten als geregelt bezeichnet werden. Dies lag daran, dass die zuständigen amerikanischen Dienststellen die Einwaggonierung zu kontrollieren pflegten.

Die Massenaussiedlung in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands begann am 19. Januar 1946, wurde dann aufgrund von wachsendem innen- und aussenpolitischen Druck im Juni unterbrochen und dann am 8. November wieder aufgenommen und im Dezember

[37] „Erlebnisbericht einer Bauersfrau aus Budaörs, verfasst auf Grund von Tagebuchnotizen, original, ohne Datum, 60 Seiten über die Lebensverhältnisse in Budaörs von Juni 1954 bis zur Ausweisung im August 1947" In: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, dtv München, 2004 S. 172-185.

[38] Sie war meine Urgroßmutter, die Mutter meines Opas Johann Frank. In: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn., dtv München, 2004, (S. 174.)

[39] In: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn., dtv München, 2004, (S. 174.)

eingestellt. Ungefähr 150.000 Ungarndeutsche kamen in dieser ersten Phase nach Süddeutschland. Im Zeitraum von 19. August 1947 bis zum 15. Juni 1948 - in der zweiten Phase der Aussiedlung - sind noch 40.000-50.000 Ungarndeutsche in die sowjetische Besatzungszone vertrieben worden. Im Endergebnis betrug die Gesamtzahl der aus Ungarn ausgewiesenen Deutschen etwa 200.000 Personen.[40] Beinahe die Hälfte der Ungarndeutschen, ca. 200.000 Personen[41] sind in Ungarn geblieben. Unbekannt ist die Zahl derjenigen, die in der ungarischen Armee gemeinsam mit den ungarischen Soldaten gefallen oder in Kriegsgefangenschaft[42] geraten sind.

Ziele der britischen und der ungarischen Politik

Am 30. Mai 1944 machte ein leitender Beamter des Foreign Office darauf aufmerksam, dass der Transfer aller Deutschen nur dann durchführbar sein würde, wenn dieser von den Russen durchgeführt wird, denn nur diese sind darauf vorbereitet.[43]

Die gewaltsame und restlose Vertreibung aller Deutschen, durch keine Differenzierung nach individueller Schuld der Betroffenen oder sonstige Faktoren wie etwa Menschen- oder Minderheitenrechte eingeschränkt, war, nach Meinung des Historikers Gerhard Seewann, das erklärte Ziel der britischen Politik. Deshalb haben britische Soldaten an der Durchführung der Vertreibung nie teilgenommen. Das Verhalten der Großmächte bei der Vertreibung, insbesondere die Anpassung Großbritanniens und der USA an die Kriegsziele der Sowjetunion, die die Sudetendeutschen und die Ungarndeutschen betrafen, ist ausschlaggebend.

Mit der Vertreibung der deutschen Minderheit wollte auch ein Großteil der ungarischen Bevölkerung nichts zu tun haben:

Die Nation hat das Recht, das Feld ganz einfach erneut für die ewigen Ziele des Madjarentums in Besitz zu nehmen. Den Pseudobesitzern belässt man höchstens die Summe, die für die Bewirtschaftung des Feldes zu zahlen wäre. So könnte die Nation die überproportional großen Landbesitze, deren Besitzer ganz offensichtlich ungeeignet sind das

[40] Aus den Akten des „Ausschusses für Flüchtlingsfragen beim Länderrat der US-Zone", Stuttgart In: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn., dtv München, 2004, (S. 64-65.) und in: Gerhard SEEWANN, Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa, Südosteuropa, 50 Jhg. 10-12/2001

[41] Viele Bewohner der ungarndeutschen Dörfer um die Hauptstadt herum mussten nach Deutschland aussiedeln, aber in einigen kleinen Dörfern in Baranya/Südungarn, wo viele Ungarndeutsche zum Beispiel in Bergwerken arbeitete, konnten die Deutschen bleiben.

[42] Im Kapitel III. der Arbeit werden die ungarndeutschen Kriegsgefangenen, die aufgrund der Tätigkeit der Ungarischen Staatssicherheitsdienste aktenkundig geworden sind, zahlenmäßig vorgestellt.

[43] Vermerk des Deputy Under- Secretary des Foreign Office, Orme Gaston Sargent, am 30/5/44 In: Gerhard SEEWANN, Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa, Südosteuropa, 50 Jhg. 10-12/2001

madjarische Feld zu pflegen und zu nutzen, zur Gewährleistung ihres eigenen Lebens nehmen. Eine wahrlich gute Feldquelle wird dieses in der heutigen historischen Lage unverzichtbare Selbstschutzgesetz werden, nämlich: wer gegen die madjarische Nation Untreue begeht, wer wieder die madjarische Staatsidee, die Einheit der Nation, die Staatssprache lökt, wer sich unter fremde politische Führung begibt, dessen Besitz ist zu beschlagnahmen und der Betreffende mitsamt seiner Familie des Landes zu verweisen. Es ist völlig sicher, dass durch dieses mittlerweile unaufschiebbare Gesetz den armen ungarischen Bauern schöne kleine Feldstückchen zukommen werden.[44]

In Ungarn hört man heute noch von älteren Ungarndeutschen, die im Land geblieben sind, was der führende Politiker der Nationalen Bauernpartei, Imre Kovács, damals als Grund für die Enteignung und Vertreibung der deutschen Minderheit angegeben hat: *Nur mit einem Bündel sind die Schwaben ins Land gekommen, mit einem Bündel sollen sie wieder gehen*[45].

Die Vertreibung diente also auch als wirksames Instrument zur Durchsetzung der politischen Ziele der damaligen Parteien in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Durch die Entstehung von ethnischer Homogenität, entstand auch der Nationalstaat, was Ziel der Rechten gewesen ist. Durch die dank Vertreibung und Enteignung möglich gewordene Umverteilung von Gütern, gewann die kommunistische Partei, also die Linken, immer mehr Anhänger. Diese Art von Enteignung und die damit im Zusammenhang stehende Entrechtung verschiedener gesellschaftlicher Schichten – hier also deutscher Bauer, deutscher Bürger, wohlhabender Familien – war eine Vorstufe, eine „Übung" die zum eigentlichen Ziel führen sollte: zur späteren Machtergreifung der kommunistischen Parteien in der Tschechoslowakei und in Ungarn.

Nur in der konkreten Abwicklung der Vertreibung findet man Unterschiede zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn. Die wilde Vertreibung[46] war eher nur für die Tschechoslowakei typisch. Die Vertreibung in Ungarn war anfangs auch nicht human, aber später, auch aufgrund der Kontolle durch amerikanische Soldaten, verlief sie in Ungarn humaner. Bei der Vertreibung der Sudetendeutschen kann man von sehr vielen Todesopfern lesen, in Ungarn gab es auch einige Fälle, in denen die Vertriebenen angegriffen wurden, es war aber für Ungarn nicht typisch. Die Prager Regierung wurde von der sowjetischen

[44] In: Dezső SZABÓ, Ede megevé ebédem, Budapest, 1937, (S. 76.), Übersetzung aus Sonntagsblatt, Nr. 31-32., Budapest, 2006.
[45] In: Szabad Szó, am 10. April 1945 (S. 4.)
[46] Von Tomas STANEK in seinem Buch *Verfolgung 1945 Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse), Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, Band 8, Böhlau Verlag Wien, 2002* ganz plausibel beschrieben.

Führung unterstützt, was dann auch zu nicht humanen Ereignissen geführt hat. Ungarn, als letzter Verbündeter Hitlers, unterlag in dieser Zeit einer wesentlich stärkeren Kontrolle durch die Siegermächte und deshalb gab es hier keine wilde Vertreibung.

In Ungarn bekannten sich viele Ungarndeutschen zur ungarischen Heimat, es gab nach den ersten Vertriebenenzügen im Januar 1946 Treuebekundungen[47] zur alten Heimat, was in der Tschechoslowakei zu dieser Zeit, unter der Aufsicht der Tschechen und der Russen eigentlich unvorstellbar gewesen wäre. Die ungarndeutschen Bauern sprachen Deutsch, sangen aber die ungarische Hymne und waren Patrioten. Die ungarndeutschen Bürger, vor allem die städtischen Bürger, konnten auch schon gut ungarisch und sie pflegten auch die ungarische Kultur. Viele ungarndeutsche Vertriebene haben sich in der deutschen Gesellschaft völlig integriert, ihr Zugehörigkeitsgefühl zur ungarischen Heimat hat aber bis in die Gegenwart Bestand gehabt. Wenn sie „meine Heimat", „mein Zuhause" oder „meine alte Heimat" sagen, versteht man darunter immer Ungarn. Diese Art von Zugehörigkeitsempfinden zur tschechischen Heimat kann man bei den Sudetendeutschen nicht feststellen.

Parallel zur Etablierung der kommunistischen Partei in Ungarn als der bestimmenden politischen Macht – 1950 stellten sie erstmalig mit ihrem Führer Rákosi den Ministerpräsidenten – verlief auch die Verstaatlichung und Kollektivierung der ungarischen Industrie und Landwirtschaft. Das Bodenreformgesetz verlor immer mehr seine Bedeutung. Auf die deutschen Facharbeiter konnte wegen der Aufrechterhaltung der Wirtschaft nicht verzichtet werden und Rákosi verlangte bald die Wiedereingliederung der „Schwaben" in den Staat. Im Oktober 1949 wurde eine Generalamnestie für die Ungarndeutschen ausgesprochen, im März 1950 wurde die Aussiedlung offiziell eingestellt und die Personen, die unter Ausweisungsbestimmungen fielen, wurden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt. Diejenigen Deutschen, die aber das Land – wegen Enteignung oder der kommunistischen Machtübernahme – verlassen wollten, erhielten ab 1950 aufgrund ihrer jetzt ungarischen Staatszugehörigkeit keine Ausreisegenehmigung mehr. Eine Aus- und Einreise war in der Rákosi-Diktatur nicht möglich und so gab es Jahrzehnte lang keinen Weg, die auseinandergerissenen deutschen Familien wieder zusammenzuführen.

[47] In: Gerhard SEEWANN, Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa in: Südosteuropa, 50. Jhg., 10-12/2001

Das Prinzip der Umsiedlung der Deutschen

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges begannen die polnischen und tschechoslowakischen Exilregierungen über die Vertreibung der Deutschen aus ihren Ländern nach Kriegsende zu sprechen. Die in London erscheinende Zeitung *Polski Dziennik* zum Beispiel schrieb 1944 über die Kriegsziele Polens: *Dem polnischen Volk wird das Recht zustehen, die ganze deutsche Bevölkerung nach Deutschland auszusiedeln.*[48] Der erste ernst gemeinte Vorschlag, eine große Zahl von Deutschen nach Ende des Krieges aus ihren Wohnorten zu vertreiben, stammte von Eduars Benesch, dem Präsidenten der tschechoslowakischen Exilregierung. Er stellte schon im September 1941 seine Vorstellung über die deutsche Minderheitenpolitik vor: *Ich akzeptiere das Prinzip der Bevölkerungsumsiedlung ... Wenn die Frage sorgfältig erwogen und rechtzeitig gründlich vorbereitet wird, kann die Übersiedlung schonend und unter angemessenen, humanen Bedingungen durchgeführt werden.*[49]

Im Juli 1942 informierte schon der britische Außenminister Anthony Eden Benesch, dass seine Kollegen mit ihm im Prinzip der Umsiedlung übereinstimmen, die sowjetische und amerikanische Zustimmung erfolgte dann im Juni 1943.[50]

Das Prinzip der Umsiedlung „dem Frieden zuliebe" war schon politisch vertretbar und zu einer logischen Folgerung aus territorialen Übereinkommen geworden. Und die Umsiedlung von Millionen Deutschen als Form kollektiver Bestrafung schien in der Stimmung des totalen Krieges durchaus berechtigt.[51]

Mittlerweile hatte die Sowjetunion Ostpolen, das aufgrund des geheimen Zusatzabkommens zum Hitler-Stalin-Pakt im September 1939 von der Roten Armee besetzt worden war, nach einer manipulierten Volksabstimmung annektiert. Stalin hatte darauf verwiesen, dass Polen in dem Gebiet nur die Minderheit ausmachten.[52] Im Juni 1941, als die Sowjetunion zum Verbündeten der Briten im Krieg gegen die Deutschen geworden war, machte Stalin Churchill schnell klar, dass über die Rückgabe dieser polnischen Gebiete an Polen nicht verhandelt werden könne.

---

[48] In: Thomas URBAN, Der Verlust, becksche Reihe, München 2006, (S. 95.)

[49] In: Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte 1988, (S. 31.)

[50] Ebenda, S. 31.

[51] Siehe dazu: Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte 1988

[52] Damit stützte er sich auf die Grenzziehung an den Flüssen Bug und San, die der britische Außenminister Lord Georg Curzon 1920 im Namen der Interalliierten Konferenz von Spa vorgeschlagen hatte. Nach Curzons Worten lagen dieser Grenzziehung ethnische Kriterien zugrunde, Ebenda

Die tschechisch-deutschen Gegensätze

Die tschechisch-deutschen Gegensätze begannen für Amerika und für Großbritannien mit dem Münchner Abkommen. Aber im Mittelpunkt der deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen stand der Wunsch beider Völker, Selbstbestimmung zu erreichen und sei es auf Kosten des anderen. Das Problem des Vertrages von St. Germain[53] war, dass die Prager Regierung den Deutschen die Rechte und Möglichkeiten der Tschechen (und Slowaken) hätte einräumen sollen, aber das Modell einer neuen Schweiz[54] wurde niemals verwirklicht.

Das Münchner Abkommen von 1938 gestattete den drei Millionen Deutschen, die in den umstrittenen Gebieten lebten, sich von der Tschechoslowakei zu trennen und sich mit Deutschland zu vereinen, während noch eine halbe Million Deutscher im tschechischen Staatsgebiet verblieb. Als nächster Staat holte sich Ungarn die überwiegend madjarische Hälfte der Slowakei. Daraufhin erklärten sich die Slowaken für unabhängig von den Tschechen und schlossen einen „Freundschafts"-Vertrag mit Deutschland. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges machte dann den Weg frei für die völlige Aufhebung aller Regelungen des Münchner Abkommens. Zwei Monate nach dem Münchner Abkommen hatte Benesch begonnen, über die Ausweisung der deutschen Minderheiten nachzudenken, denn als tschechischer Patriot sah er in den Deutschen „Verräter"[55] des tschechischen Staates. Benesch ersuchte ab diesem Zeitpunkt die Zustimmung der Alliierten zu einem Vertreibungsprogramm.

Die Atlantik-Charta

Am 14. August 1941 verkündeten der britische Premierminister *Churchill* und Präsident *Roosevelt* die Atlantik–Charta, in der sie ausdrücklich auf *„territoriale oder irgendwelche anderen Gewinne"*[56] verzichteten und sich verpflichteten, *„territoriale Veränderungen, die*

[53] Artikel XXVII. verlangte von Österreich die Anerkennung der neuen Grenzen der Tschechoslowakei, die auch die deutsch-österreichischen Siedlungsgebiete umfaßten. Durch diesen Beschluß der alliierten Mächte wurden dreieinhalb Sudetendeutschen von den Alpendeutschen, mit denen sie seit Jahrhunderten eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft bildeten, losgerissen und unter die Herrschaft eines slawischen Volkes gestellt.

[54] Wie es Benesch bei den Pariser Friedensverhandlungen feierlich verkündigt hatte, Siehe in: Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte 1988

[55] Die Vertreibung der Sudetendeutschen wird oft als eine Art Vergeltung für das Verbrechen von Lidice hingestellt, wo nach der Ermordung des Stellvertretenden Reichsprotektors in Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich, durch tschechische Nationalisten alle Männer von Lidice erschossen, ihre Frauen in Konzentrationslager gebracht und ihre Kinder in Heime verstreut wurden durch den Nationalsozialisten. Siehe dazu: Tomas STANEK, *Verfolgung 1945 Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse), Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, Band 8, Böhlau Verlag Wien, 2002*

[56] Zitiert nach: Europa-Archiv Jg. 1947, S- 343. (in: T. Urban: Der Verlust)

nicht mit dem frei geäußerten Willen der betroffenen Völker übereinstimmen, abzulehnen".[57] Die ersten zwei von insgesamt acht Punkten, die die internationale Politik regeln sollten, lauteten: *Die Unterzeichner suchen keine territoriale Vergrößerung. Territoriale Veränderungen erfolgen nur nach freien Wünschen der Völker.*[58]

Die Ausweitung des Krieges führte dazu, dass diese Ideale – diese internationale Moral – aufgegeben wurden. Nach kurzer Zeit erklärte Churchill, die Charta habe keine „legale" Gültigkeit und werde auf keinen Fall auf feindliche Länder angewendet werden. Bei der Versammlung der Verbündeten[59] schlossen sich alle *pro forma* der Charta an, doch Marshall *Stalin* wollte diese Verpflichtungen nicht ernst nehmen. Daraus ging nochmals ziemlich klar hervor, daß die Sowjets die Teile Polens behalten wollten, die sie 1939 besetzt hatten.

Die Konferenz von Teheran

Die Konferenz von Teheran[60] galt vor allem der militärischen Zusammenarbeit, war aber auch eine Besprechung über die polnischen Nachkriegsgrenzen, wo die Politiker die Sowjets nicht an ihre aus der Charta erwachsenen Verpflichtungen erinnerten. Gerade im Gegenteil: *Churchill* und *Roosevelt* widersetzten sich nicht energisch genug *Stalins* Anspruch auf Territorialgewinne.[61] Hier stand eher nur das praktische Problem auf der Tagesordnung, Stalin das zu geben was er forderte und die Polen anderswo angemessen zu entschädigen. Die polnische Exilregierung wandte sich aber heftig gegen alle Versuche, die sie zu einer Abtretung irgendwelcher Gebiete in Ostpolen zwingen würde.[62]

Der Fall Katyn[63] hat aber die polnisch-sowjetischen Beziehungen schnell verändert: Nach der Entdeckung der Massengräber mit ca. 4500 Opfern im Wald von Katyn durch die Deutschen im April 1943, hatten sich die polnisch-sowjetischen Beziehungen verschlechtert. Sikorski, der Präsident der polnischen Exilregierung, verlangte sofort eine Untersuchung durch das Rote Kreuz, woraufhin die Sowjetunion Sikorski beschuldigte und die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London abbrach. Mit diesem einfachen Schritt

[57] Ebenda
[58] Ebenda
[59] Am 24. Sept. 1941, 1. Jan. 1942 in London, in: Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte 1988, ab S. 31.
[60] Zwischen den 28. November 1943 und 1. Dezember 1943.
[61] Churchill illustrierte die Verlagerung Polens nach Westen durch ein Drei-Streichhölzer-Beispiel: als das russische Streichholz nach Westen geschoben wurde, gerieten auch das deutsche und das polnische in Bewegung, was Stalin gefiel. In: Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte 1988, ab S. 31.
[62] Benesch trat als Vermittler auf, um die Polen zu überreden, „Vernunft anzunehmen", die Hälfte ihres Landes der Sowjetunion zu übergeben, in: Ebenda
[63] Im Sommer 1940 hatten sowjetische Befehlsstellen 14 500 polnische Offiziere ermordet, die im September 1939 beim Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen in sowjetische Gefangenschaft geraten waren.

hat Stalin in Polen freie Hand gewonnen und bildete in Moskau eine rivalisierende polnische Regierung. Die Zeit arbeitete auch gegen die Londoner Polen, denn im Sommer 1944 wurde Polen durch die Rote Armee befreit und so konnten die kommunistischen Polen aus Moskau eintrafen die politische Macht im Land ergreifen – die Londoner Polen hatten damit verloren.[64]

Der Vormarsch der Roten Armee stärkte weiter Stalins Stellung in der Anti-Hitler-Koalition. In allen Ländern, die seine Truppen eroberten oder befreiten, nahmen in Moskau geschulte Kommunisten Schlüsselpositionen in den provisorischen Regierungen ein. So konnte Stalin als selbstbewusster Sieger, der auf keinerlei Hilfe angewiesen war, im Februar 1945 in Jalta vor Churchill und Roosevelt[65] erscheinen.

Die Flucht der deutschen Bevölkerung

Die Katastrophe, die über dies Gebiet mit dem Einzug der sowjetischen Truppen hereinbrach, hat in der modernen europäischen Geschichte keine Parallele. Es gab weite Landstriche, in denen, wie aus den Unterlagen ersichtlich, nach dem ersten Durchzug der Sowjets von der einheimischen Bevölkerung kaum noch ein Mensch – Mann, Frau oder Kind – am Leben war, und es ist einfach nicht glaubhaft, dass sie allesamt in den Westen entkommen waren. Zitat von *Kennan in „Memoiren eines Diplomaten"*[66]

Das Auftauchen der Roten Armee in Ostpreußen bedeutete für die Polen und die deutsche Bevölkerung nicht die erwartete Befreiung.[67] Monate später – nachdem ganz Ostdeutschland

64 Churchill , der die ungünstige Lage der Londoner Polen klar erkannte, entschied, sie täten besser Katyn zu vergessen und die Zusammenarbeit mit den Russen aufzunehmen, die Curzon-Linie (das der britische Außenminister 1920 vorgeschlagen hatte) als Ostgrenze zu akzeptieren, Churchill wollte am 14. Oktober 1944 in der Moskauer britischen Botschaft den polnischen Präsidenten Mikolajczyk überreden, wobei das Gespräch voller politischer Spannungen war:

„M: Ich weiß, daß unser Schicksal in Teheran besiegelt wurde.
Ch: In Teheran wurde es gerettet. (...)
M: Wir verlieren alle Autorität in Polen, wenn wir die Curzon-Linie anerkennen und außerdem ist nichts darüber gesagt, was wir von den Deutschen bekommen könnten.
Ch: Wenn wir in diesem Augenblick bekanntgeben, was wir den Deutschen im Osten nehmen wollen, würde die deutsche Wut entfesselt und das würde viele Menschenleben kosten. Wenn andererseits die Übereinstimmung zwischen Polen und Rußland jetzt nicht zustandekommt, würde es ebenfalls Opfer an Menschenleben fordern. (am Nachmittag ging weiter)
M: Die polnische Regierung kann nicht über den Verlust fast der Hälfte polnischen Territoriums im Osten bestimmen, ohne die Meinung des polnischen Volkes einzuholen, die für die Regierung entscheidend ist.
Ch: Sie sind keine Regierung, wenn sie nicht imstande sind, eine Entscheidung zu treffen. Sie sind abgebrühte Leute, die Europa zerstören möchten. Ich werde Sie Ihren Skrupeln überlassen. Sie haben kein Verantwortungsgefühl, wenn Sie Ihr Volk daheim im Stich lassen wollen, gegen dessen Leiden Sie gefühllos sind. Sie kümmern sich nicht um die Zukunft Europas... Das Duell der Worte wurde unterbrochen weil Churchill noch am selben Nachmittag eine Verabredung mit Stalin hatte. Die westlichen Alliierten, Churchill gingen den Weg des geringsten Widerstandes, hatten beschlossen, Polen müsse die Curzon-Linie annehmen und auf Lemberg und die galizischen Ölfelder verzichten. *Zitiert aus:* Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung, Zeitgeschichte, 1988, S. 68-69.

65 Der amerikanische Präsident Roosevelt war in Jalta schon todeskrank.

66 George F. Kennan: Memoiren eines Diplomaten, S. 269.

67 Alexander *Solschenizyn*, damals ein junger Hauptmann der Roten Armee, schildert den Einmarsch seines Regiments in Ostpreußen im Januar 1945 mit den Worten: *Nach drei Wochen Krieg in Deutschland wußten wir*

durch die russische Armee besetzt worden war - konnte man darüber auch in den Aussagen sowjetischer Kriegsgefangenen lesen.[68] Die deutsche Propaganda nutzte diese Meldungen aus, um die Russen als Barbaren darzustellen, das britische Foreign Office bezweifelte ihre Glaubwürdigkeit. Für die Bevölkerung Ostpreußens war es hingegen ein Signal, das die Flucht der deutschen Bevölkerung in Bewegung setzte.[69]

Unnötige Flucht? – Einige Autoren haben die Theorie aufgestellt, die Flucht der Deutschen vor der Roten Armee sei unnötig gewesen, da die Soldaten der Roten Armee nicht als Eroberer, sondern als Befreier gekommen seien. Oft heisst es, die Deutschen seien aus Schuldbewußtsein geflohen, weil sie die Rache der Roten Armee für die von den Nazis in der Sowjetunion begangenen Verbrechen fürchteten.

Die Flucht der deutschen Bevölkerung ist von der politischen und militärischen Situation wirklich nicht zu trennen. Nachdem Rumänien im Sommer 1944[70] kapituliert und dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte, wurde im Herbst mit der Rettung der Deutschen begonnen: Anfang September mit den Deutschen aus Süd- und Nordsiebenbürgen, später aus der Batschka, der Branau und Slawonien. Die weiteren Umsiedlungen – die Aussiedlung der Siebenbürger Sachsen nach Sathmar beziehungsweise die Evakuierung der Deutschen aus der Batschka, auch wegen der aufständischen Serben – zeigen eindeutig, dass bei diesen eigentlich als Zwangsumsiedlung bezeichneten Umsiedlungen die politischen und militärischen Umstände eine eindeutige Rolle gespielt hatten. Deutschland wies schon im Herbst 1944 darauf hin, dass es aus Südosteuropa 215.000 Menschen[71] aufnehmen kann. Durch die Beschleunigung und Veränderung der Kriegsereignisse verlor dieser Plan aber seine Aktualität und die Siebenbürger Sachsen sowie die Banater Deutschen[72], später die

---

bescheid: Wären die Mädchen Deutsche gewesen – jeder hätte sie vergewaltigen, danach erschießen dürfen, und es hätte fast als kriegerische Tat gegolten Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung, Zeitgeschichte, 1988, S. 88f.

[68] Dass sie *von ihren politischen Offizieren darüber unterrichtet worden sind, daß sie auf deutschem Gebiet tun und lassen könnten, was sie wollten. Dies gelte insbesondere für die Behandlung von Frauen und Mädchen, die ohne weiteres vergewaltigt werden könnten ,* Ebenda, S. 83f.

[69] Der Notizbuch des Propagandisten der Roten Armee, der zweimal im Monat erschien, brachte am 23. November 1943 mit dem Vermerk *„Laut Vorlesen"* folgenden Artikel von *Ilja Ehrenburg:Esgenügt nicht, die Deutschen nach Westen zu treiben. Die Deutschen müssen ins Grab hineingejagt werden. Gewiß ist ein geschlagener Fritz besser als ein unverschämter. Von allen Fritzen aber sind die toten die besten*. Ebenda, S. 85-86f.

[70] Am 23. August 1944

[71] Himmler beauftragte das VoMi mit der Durchführung der Umsiedlung. Dazu siehe: Loránt TILKOVSZKY (Red.), Német nemzetiség, magyar hazafiság. Tanulmányok a magyarországi németség történetéből, Pécs 1997, S. 119., Michael KRONER, Umsiedlung und Flucht von Südostdeutschen im Zweiten Weltkrieg, In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter, 53. (2004) 4.

[72] Zwischen 15. Oktober und 6. November 1944, in: Loránt TILKOVSZKY (Red.), Német nemzetiség, magyar hazafiság. Tanulmányok a magyarországi németség történetéből, Pécs 1997, S. 122-124.

Sathmarer Deutschen[73], beziehungsweise die Deutschen aus der Batschka[74], zogen nicht, wie ursprünglich angedacht, nach Transdanubien, sondern über die österreichische Grenze des Reiches. In Rumpfungarn gab es nur wenige, die sich für die Umsiedlung entschieden: in den Komitaten Tolnau, Branau und Schomodei wurde die deutsche Bevölkerung – vor allem von dem Volksbund, der sich als Organisator der Aktion anschloss – zur Evakuierung, zur Umsiedlung aufgefordert. Obwohl in der Agitation zur Evakuierung vor allem vor der kommunistischen Gefahr – Bolschewismus, Greueltaten der Roten Armee bei dem Vordringen der sowjetischen Truppen – gewarnt worden war, wollte die Mehrheit der deutschen Minderheit in Ungarn das Land nicht freiwillig verlassen. Im Herbst/Winter 1944 verließen 50-60.000 Deutsche[75] (Rumpf)Ungarn. Die Flüchtlinge waren teils Volksbundmitglieder und teils SS-Soldaten, aber auch zahlreiche ungarndeutsche Personen und Familien verließen Ungarn, als sie von der Ankunft der Roten Armee erfuhren. Viele dieser letztgenannten Personen und Familien versuchten später zurückzukehren.[76]

Die anglo-amerikanische Vorstellung

In den ersten Monaten des Jahres 1945 wurden schon die ersten, von Russen geförderten Vertreibungen durchgeführt, ohne Wissen oder Genehmigung des westlichen Alliierten.

Im Mai 1944 hatte das Komitee des Ausschusses für Nachkriegsprogramme des US-State Department nur die Umsiedlung bestimmter deutscher Gruppen im Auge und keine sofortige Ausweisung. Empfohlen wurde eine Umsiedlung, die unter humanen Bedingungen und auch ohne Überbeanspruchung der Aufnahmenfähigkeit des bombadierten Deutschlands erfolgen sollte. Außerdem sollte alles streng kontrolliert und von einer inter-alliierten Kommission überwacht werden. Auch in England beschäftigten sich mehrere amtliche Stellen mit der Frage der geplanten Umsiedlung der Deutschen.[77] Vor der Konferenz in Jalta, am 1. Februar

[73] In der zweiten Hälfte von November 1944, in: Ebenda, S. 122-124.
[74] Vom 14. November bis Anfang Dezember, in: Ebenda, S. 122-124.
[75] Nach anderen Berechnungen 80.000 Deutsche verließen Ungarn. In: Michael KRONER, Umsiedlung und Flucht von Südostdeutschen im Zweiten Weltkrieg, In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter, 53. (2004) 4.
[76] Darüber berichten verschiedene Artikel bzw. in dem Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste findet man zahlreiche Dossiers, Protokolle über zurückkehrende Flüchtlinge. Zum Beispiel ein Zeitungsartikel in der bürgerlich-demokratischen Zeitschrift Világ, 16. Juni 1945 (S.3.) Siehe dazu: András GRÓSZ, Flüchtlinge und Internierte – Budaörs am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs 2010, S. 77f.
[77] Am 20. Juli 1944, nach der Sitzung des Armistice and Post War Committees wurde dem Foreign Office ein Bericht vorgelegt, in dem es eindeutig darauf hingewiesen wurde, daß es noch früh zu entscheiden sei, wie die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Außerdem konnte man in diesem Bericht auch darüber lesen, daß die britische Politik die Aufgabe der Umsiedlungen als Sache der Russen betrachtet hatte. In: Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung, Zeitgeschichte, 1988, S. 88f.

1945, sprachen die Außenminister der Vereinigten Staaten und Großbritanniens über die große Zahl der betroffenen Deutschen.[78]

Die Konferenz von Jalta

In Jalta hatten die anglo-amerikanischen Politiker technische und menschliche Bedenken hinsichtlich der Umsiedlung der Deutschen und der Besetzung größerer Gebiete. Über die genauen Zahlen der auszusiedelnden Deutschen wurden sie auch nicht informiert, Grund dafür waren die – absichtlichen – Fehlinformationen darüber von Seite der Sowjetunion: Stalin behauptete in Jalta am 7. Februar 1945, die Deutschen seien vor der Roten Armee davongelaufen, während in der Tat noch ca. 5 Millionen Deutsche östlich der Oder-Neiße-Linie lebten. Stalin erklärte auch, Polen habe einen historischen Anspruch auf die Oder-Neiße-Grenze. Roosevelt konterte darauf mit dem Hinweis, dass dann auch die britische Krone das Gebiet der USA verlangen könnte.[79]

Die „großen Drei" konnten in Jalta noch keine Einigung über den Verlauf der Grenzen Polens erzielen, sie haben nur anerkannt, dass Polen beträchtlichen Landzuwachs im Norden und Westen erhalten muss. Die Jalta-Konferenz wurde also ohne eine Übereinkunft zu Fragen der polnischen Westgrenze, der Zahl der auszusiedelnden Deutschen und den Zeitpunkt der Aussiedlung abgeschlossen.

Für die Amerikaner waren Garantien für demokratische Wahlen in den Ländern, in denen die Rote Armee an der Macht war wichtiger als die Grenzfrage. Stalin erklärte auch, er würde freie Wahlen gewährleisten und der Bildung von Mehr-Parteien-Regierungen in diesen Ländern zustimmen. Roosevelt glaubte an diese Zusagen und war bereit, Stalin gegenüber noch mehr Zugeständnisse zu machen. In Briefen an Churchill nannte Roosevelt den sowjetischen Generalissmus „Uncle Joe". Der todkranke amerikanische Präsident erkannte vor seinem Tod im April 1945 nicht mehr, dass die Souveränität Polens nach der Befeiung durch die Rote Armee eine Illusion war.[80] In Polen bekämpften die Kommunisten unter Gomulka mit Hilfe der von Moskau kontrollierten Geheimpolizei die von Mikolajczyk geführte Bauernpartei und errichteten ihre Alleinherrschaft.

[78] Es ging nicht mehr „nur" um zweieinhalb, sondern um mehr als sieben Millionen auszusiedelnden Menschen. In: Ebenda

[79] In: Ebenda, S. 88f.

[80] In: Thomas Urban: Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20.Jahrhundert. becksche reihe, 2006., S. 104-109.

Roosevelts Meinung[81] war noch voller Optimismus über eine zukünftige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion: *Im Laufe der Geschichte bildete Polen den Korridor, durch den die Angriffe auf Russland erfolgten. Zweimal in dieser Generation hat Deutschland durch diesen Korridor gegen Russland losgeschlagen. Damit sich das nicht wiederholt und um die europäische Sicherheit und den Weltfrieden zu erhalten, ist ein starkes, unabhängiges Polen notwendig.* [82]
Churchills Meinung[83] war in ähnlichem Ton verfasst und wurde von vielen Journalisten und Politikern kritisiert: *Wenn die Politik der alliierten Mächte Danzig und Ostpreußen und andere Teile von Deutschland Polen geben will, um einen neuen Staat zu schaffen, weil Teile Polens andererseits Russland gegeben werden, stellen sie sich dann auch nur einen Augenblick lang vor, dass sie damit einen dauerhaften Frieden in Europa schaffen?*[84]
Zwischen Jalta und Potsdam beschäftigten sich die Experten im Foreign Office und State Department mit Fragen der Umsiedlung, - die Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen gelangten währenddessen in die sowjetische Besatzungszone – die Alliierten konfrontierten sich nicht mit dem Ausmaß der Vertreibung und der militärischen Entscheidungen

Potsdam

Das Besondere an der Potsdamer Konferenz lag darin, dass hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt. Truman für die völlig überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon für Hiroshima, und Churchill zumindest als Oberbomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war. Alle drei hatten Bevölkerungsumsiedlungen verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherich diese vor sich gingen.[85]
Zum dritten Treffen der „großen Drei" kam Stalin wieder als 'Sieger' – die Rote Armee stand an der Elbe, Berlin war besetzt und in den deutschen Ostprovinzen hatte im März 1945 die Rote Armee die Verwaltung der polnischen provisorischen Regierung übertragen, ohne dass dies mit den Westalliierten vereinbart gewesen war. Zur Eröffnung der Konferenz in Potsdam am 17. Juli 1945 kam schon Präsident Harry S. Truman, der dem verstorbenen Roosevelt nachgefolgt war. Churchill und Truman hatten noch immer keine richtige Vorstellung über

[81] Bericht dem amerikanischen Volk nach seinem Rückkehr aus Jalta, in: Ebenda, S. 77.
[82] Ebenso, S. 77.
[83] Bericht nach seinem Rückkehr dem Parlament, in: Ebenda, S. 78.
[84] Zitiert von Rhys-Davis, Ebenso, S. 78.
[85] Rudolf AUGSTEIN (1923-2002), Auf die schiefe Ebene zur Republik, Der Spiegel 2/85, S. 30.

die Anzahl und das Prozedere der Vertreibungen, sie waren von der Tatsache[86] nicht unterrichtet, obwohl hier über das Schicksal von Millionen Menschen eine bindende Entscheidung getroffen werden sollte.

Stalin betonte, dass nicht ein einziger Deutscher auf dem Territorium leben würde, das Polen übergeben worden sei. Churchill unterstrich aber die Gründe, warum sie die polnischen Forderungen nicht anerkennen konnten: *Sollte es östlich der Curzon-Linie drei oder vier Millionen Polen geben, dann müsste ihnen im Westen Platz geschaffen werden. Eine so umfassende Bevölkerungsbewegung hätte die Menschen in Großbritannien erschüttert, doch ein Umschichten von achteinviertel Millionen (Deutschen) war mehr, als ich vertreten konnte. Die Entschädigung sollte in gewissem Verhältnis zum Verlust stehen. Es konnte Polen nicht guttun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten ist. Die Ruhr lag in unserer Zone, und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden lässt, muss es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen.*[87]

Das Problem für Churchill waren die Unterhauswahlen, die ausgerechnet während der Potsdamer Konferenz stattgefunden haben. Churchill mußte mitten in der Konferenz nach der Niederlage der Konservativen seinen Platz für den neuen Regierungschef Clement Attlee räumen. Churchill hätte sich vermutlich nicht mit der Anerkennung einer polnischen Verwaltung in Schlesien einverstanden erklärt, Attlee war aber bedeutend unerfahrener,und so konnte Stalin sich in fast allen strittigen Fragen durchsetzen.[88]

Die westlichen Alliierten haben letztendlich der Aussiedlung zugestimmt: *Die drei Regierungen haben über die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.*[89]

---

[86] Zur Zeit der Potsdamer Konferenz lebten noch 4 Millionen Deutsche in den umstrittenen Gebieten, die Russen wie die Polen wussten es, in: Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung, Zeitgeschichte, 1988, S. 88f.

[87] Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei". Hrsg. Alexander Fischer. Köln 1973, S. 265.

[88] Siehe dazu: Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung, Zeitgeschichte, 1988

[89] In dem ersten Paragraph von Artikel XIII des Potsdamer Protokolls, im ersten Absatz.

Die wichtigsten Gründe für die Zustimmung der Allierten waren die falschen Angaben von Stalin über die Zahl der Deutschen im Osten, für die westlichen Alliierten war es dringend notwendig, Ordnung in eine Völkerverschiebung zu bringen, die sie nur durch eine militärische Aktion gegen die Sowjetunion und Polen hätten aufhalten können und Artikel XIII zielte nicht auf die Ausweisung aller Deutschen ab und behielt sich das Recht vor, den Zeitplan und die Zahl der Transporte zu regeln.Auf der achten Sitzung am 25. Juli 1945 wurde ein Unterausschuss[90] gebildet, der den Text eines Umsiedlungsartikels verfassen sollte.[91] Die Alliierten konnten die Übersiedlungen jedoch nicht richtig lenken und die Zahl der Betroffenen verringern. Eine bekannt gewordene Ansprache von W. Churchill im Westminster College von Fulton/Missouri am 5. März 1946 beweist es: *Die von den Russen gegängelte polnische Regierung ist ermutigt worden, sehr umfassende und widerrechtliche Übergriffe gegen Deutschland zu unternehmen, und jetzt finden Massenvertreibungen von Deutschen in einem bedrückenden und ungeahnten Ausmaß statt.*[92]

Churchill und Truman genehmigten die Aussiedlung von drei bis sechs Millionen Deutschen, es ging jedoch um eine Massenvertreibung von 13-14 Millionen Deutschen: 10 Millionen aus Polen und den von Polen verwalteten Gebieten, dreieinhalb Millionen aus der Tschechoslowakei, 200. 000 aus Ungarn.

Die Umsiedlungen

Die Vertreibung begann im Frühjahr 1945, als die sowjetische Armee von Deutschen besiedelte Gebiete eroberte. Zur Zeit der Potsdamer Konferenz waren die Vertreibungen in vollem Gang – nur sowjetische, polnische, tschechische Instanzen hätten es aufhalten können, sie aber beschleunigten die Vertreibung und brachten die westlichen Verbündeten in eine Zwangslage, in der sie nur hoffen konnten, eine geordnete Umsiedlung durch Verhandlungen zu erreichen. Hätten die Osteuropa-Länder nicht darauf bestanden, dann hätten die Alliierten

[90] D*er Unterausschuss ist drei Mal zusammengetreten und hat einen von mir vorgelegten Entwurf beraten. Die Verhandlungen waren nicht einfach – Verhandlungen mit den Russen sind nie einfach. Wir gerieten in eine große Auseinandersetzung. (...) Sobolew vertrat die Ansicht, daß der polnische und der tschechoslowakische Wunsch, ihre deutschen Bevölkerungen auszuweisen, einer historischen Mission entspreche, welche die sowjetische Regierung keineswegs zu verhindern suche. Die sowjetische Regierung halte es für die Aufgabe des Alliierten Kontrollrats in Deutschland, die Aufnahme der ausgesiedelten Bevölkerung möglichst rasch zu erleichtern. Cannon und ich wandten uns nachdrücklich gegen diesen Standpunkt. Wir erklärten, daß wir für den Gedanken an Massenausweisungen ohnehin nichts übrig hätten. Da wir sie aber nicht verhindern könnten, möchten wir dafür sorgen, daß sie in einer möglichst geordneten und humanen Weise durchgeführt würden.* In: Akten des Foreign Office, ein Brief vom 1. August 1945 von G. Harrison. *In:* Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Zeitgeschichte, 1988 S. 104.-113.

[91] Die Mitglieder waren Geoffrey Harrison (britische Delegation), Cavendish Cannon (amerikanische), Arkady Aleksandrowitsch (sowjetische) – deren Entwurf dann am 31. Juli 1945 angenommen wurde In: Ebenda

[92] In: Ebenda

keine Umsiedlung vor dem Frühjahr 1946 zugelassen, denn bis dahin war das Chaos des deutschen Zusammenbruchs teils überwunden und die Wirtschaft hätte die Aufnahme der Vertriebenen verkraften können.

Die Aussiedlung zu fördern lag im politischen Interesse der Sowjetunion: in Ostpreußen, Pommern und Schlesien begann die Vertreibung ohne Zustimmung, ohne Wissen der westlichen Verbündeten noch vor dem Ende der Feindseligkeiten, in der Tschechoslowakei, im Sudetenland unmittelbar nach der Entwaffnung der Wehrmacht, dann aber unvorstellbar schnell und inhuman.[93] Die Amerikaner – und auch die Briten – waren völlig ahnungslos darüber, dass die Vertreibungen bereits eingesetzt hatten.[94] Stalin wäre einverstanden gewesen, alle Deutschen über Nacht zu vertreiben.[95] Die drei Außenminister haben sich dann auf Forderung der westlichen Alliierten zusammengesetzt und ein Programm entwickelt, das den Zustrom von Deutschen in die verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands regeln und die Vertreibung hinausschieben sollte, bis der Bericht des Kontrollrats der Alliierten für Deutschland vorlag. Das Moratorium wurde weder von der Tschechoslowakei noch von Polen beachtet, nur der Kontrollrat in Ungarn erreichte, dass alle Maßnahmen zur Vertreibung bis zum Januar 1946 ausgesetzt wurden. In grober Verletzung des Artikels XIII agierte die sowjetische Propaganda in beiden Ländern wirksam gegen die Westmächte[96]: die Vertreibungen wurden fortgesetzt, die einheimischen demokratischen Politiker ausgeschaltet oder politisch erpresst, die Vertriebenen wurden in die sowjetische Besatzungszone geschickt, es ereigneten sich schwere Ausschreitungen gegen deutsche Zivilisten.[97] Die Appelle, die Vertreibungen bis Winterende einzustellen, waren erfolglos geblieben.

Im Winter 1945 kamen die Ausgesiedelten in ein Land, in dem Hunger herrschte, wo nur noch 10% der Vorkriegswohnungen zur Verfügung standen und wo der Mangel an Heizmaterial zum Tod von vielen führte. In Österreich war die Flüchtlingslage ebenfalls

---

[93] „Wilde Vertreibung", Siehe dazu: Tomas STANEK, *Verfolgung 1945 Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse), Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, Band 8, Böhlau Verlag Wien, 2002*

[94] Zum Beispiel die Vertreibung von 30. 000 Deutschen aus Brünn nach Österreich am 30. Mai 1945. („Brünner Todesmarsch"), Siehe dazu in: Ebenda

[95] Wie er 1941 die Wolgadeutschen nach Kasachstan deportiert hatte und Stalin behauptete in Potsdam, dass die Tschechen bereits alle Deutschen zwei Stunden nach Ankündigung der Ausweisung vertrieben hätten. In: Ebenda

[96] Der *'Economist'* kommentierte am 10. November 1945: *Es ist eine unangenehme, aber feststehende Tatsache, daß die Proteste der Westmächte gegen die sofort vorgenommenen Vertreibungen von Deutschen aus den Gebieten an Oder und Neiße und aus dem Sudetenland unwirksam waren. Die Vertreibungen gehen weiter In:* Alfred M. de Zayas: Anmerkungen zur Vertreibung. Kohlhammer, 1986, S. 112-137.

[97] Wie zum Beispiel der Massaker von Aussig am 31. Juli 1945 – nach einer Explosion wurden 2000 Deutsche getötet – es wurde drauf eine Propagandakampagne „Angst vor Werwolf" gebaut, sogar in einer Rundfunkrede vom Minister Ripka in Prag vom 20. August 1945, in: Tomas STANEK, *Verfolgung 1945 Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse), Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, Band 8, Böhlau Verlag Wien, 2002*

kritisch, denn viele Flüchtlinge kamen aus Jugoslawien, wo etwa eine halbe Million Volksdeutsche lebten. In der Potsdamer Konferenz wurde keine Genehmigung zur Ausweisung der Volksdeutschen aus Jugoslawien erteilt und es fehlt jeder Hinweis darauf im Artikel XIII des Protokolls.
Am 19. Januar 1946 wandte sich dann die jugoslawische Regierung an die amerikanische Botschaft. Grund war der „Transfer der restlichen deutschen Minderheit aus Jugoslawien nach Deutschland" – es wurde am 16. Mai 1946 erneut eingereicht unter fälschlicher Berufung auf die Potsdamer Vereinbarungen. Die amerikanischen Behörden konnten die Wünsche der Jogoslawen nicht mehr erfüllen, denn die Lage der Flüchtlinge in Deutschland war bereits katastrophal geworden, aber die Vertreibungen aus Jugoslawiem, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn und aus Polen liefen weiter und führten zu einem totalen Chaos sowohl in Österreich als auch in Deutschland.

Zwei Millionen Deutsche haben ihre Ausweisung nicht überlebt: eine Million kam im Verlauf der Evakuierung durch die Wehrmacht und während der Flucht in den letzten Kriegsmonaten um, eine Million, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, fielen den schonungslosen Methoden der Vertreibung zum Opfer.[98] Die Vertreibung der Deutschen kann in drei Phasen aufgeteilt werden: die „wilde Vertreibung" in der Zeit vor Potsdam, während und nach der Potsdamer Konferenz - bis Ende 1945 hatten die Allierten einen Aufschub der Umsiedlungen verlangt, dieses Ersuchen blieb aber unbeachtet , so dass diese Vertreibungsphase auch nicht als human bezeichnet werden kann[99] - und die organisierten Transporte der Deutschen zwischen 1946-1947. Das war eine grobe Missachtung der Potsdamer Vereinbarung, in der

[98] In *In Osteuropa werden jetzt von unseren Verbündeten Massendeportationen in einem unerhörten Ausmaß durchgeführt, und man hat ganz offensichtlich die Absicht, viele Millionen Deutsche auszulöschen, nicht durch Gas, sondern dadurch, daß man ihnen ihr Zuhause und ihre Nahrung nimmt und sie einem langen schmerzhaften Hungertod ausliefert. Das gilt nicht als Kriegsakt, sondern als Teil einer bewußten 'Friedens'politik. Im Potsdamer Protokoll wird vorgeschrieben, daß die Ausweisungen von Deutschen in 'geregelter und humaner' Weise durchgeführt werden sollten. Und es ist wohl bekannt – durch öffentliche Berichte wie durch Briefe, die zahlreiche britische Familien von Verwandten und Freunden in den Besatzungsarmeen erhielten -, daß diese Bedingung von unseren russischen und polnischen Verbündeten nicht beachtet worden ist. Es ist richtig, wenn man der ungeheuren öffentlichen Entrüstung, die dadurch ausgelöst wurde, auch Ausdruck gibt, damit unsere Verbündeten erfahren, daß die britische Freundschaft durch die Fortsetzung einer solchen Politik vollständig verlorengehen könnte, (*Bertrand Russel am 8. Dezember 1945 im *'New Leader'), in:* Congressional Record, Senat, 5.2.1946, S. 878/879 (aus: Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem, Hrsg. Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, 2002 S. 69f.
[99] Zum Beispiel *Jederzeit werden Frauen und Kinder in Eisenbahnzügen zusammengetrieben, jeder nur mit einem Koffer, dessen Inhalt unterwegs meistens geraubt wird. Die Reise nach Berlin dauert viele Tage, in denen keine Nahrungsmittel verteilt werden. Viele erreichen Berlin als Tote, Kinder, die unterwegs sterben, werden aus dem Fenster geworfen. (...) Genaue Statistiken über die Zahl der auf diese Weise Vertriebenen sind nicht zu erhalten, denn nur die Russen könnten sie vorlegen (*Bertrand Russel am 8. Dezember 1945 im *'New Leader'), in:* Congressional Record, Senat, 5.2.1946, S. 878/879 (aus: Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem, Hrsg. Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, 2002 S. 72f

gefordert wird, dass die Umsiedlungen von Menschen in 'geregelter und humaner' Weise[100] vonstattengehen sollten.

Amerikanische Behörden[101] in Berlin waren ebenso alarmiert von der Katastrophe, die sich vor ihren Augen abspielte. Diese Berichte veranlassten Außenminister *Byrnes* am 30. November 1945 zu einem Telegramm an den amerikanischen Botschafter in Polen, *Arthur Lane*: *Die US-Regierung ist ernstlich bestürzt über Berichte von fortgesetzten Massentransportationen mit deutschen Flüchtlingen. (...) diese Flüchtlinge, meistens Frauen, Kinder und alte Leute, in einem erschreckenden Zustand der Erschöpfung ankommen, (...) daß vielen ihre letzte persönliche Habe genommen worden ist. Solches Massenelend und die schlechte Behandlung Schwacher und Hilfloser lassen sich mit dem Potsdamer Protokoll nicht vereinbaren ... ebenso wenig mit internationalen Regeln für die Behandlung von Flüchtlingen.*[102]

Statt diese Anweisungen sofort auszuführen, schrieb *Lane*, dass die Deutschen wahrscheinlich die schlechte Behandlung übertrieben darstellten und wies in einem zweiten Telegramm auch darauf hin, dass der britische Botschafter in Warschau seine Meinung teile und dass eine solche Erklärung unerwünschte politische Folgen hätte. Die Vertreibung wurde also auf die gleiche ungeregelte Weise fortgesetzt. Auch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes versuchte erfolglos, seinen Delegierten in der Tschechoslowakei und in Polen die Möglichkeit zu verschaffen, die Umsiedlungen zu überwachen. Es musste sich damit begnügen, Hilfe für die Vertriebenen zu beschaffen, wenn sie ihren Bestimmungsort erreicht hatten[103].

Ab 1946 verbesserten sich die Kontrollmöglichkeiten des alliierten Kontrollrates, doch viele Probleme waren aus dem Versagen in Potsdam entstanden. Die Transporte machten jedoch auch im Jahre 1946 den gleichen traurigen Eindruck[104], wenn sich auch die Verhältnisse seit

---

[100] *Es war ein jämmerlicher Anblick – dieser lange Zug von Kinderwagen und kleinen Fahrzeugen aller Art, und die Leute fast alles Frauen und Kinder und ganz wenige Männer. Man konnte nur noch sagen: 'Mein Gott, das ist der Preis für Dummheit und Krieg.' Es war der schlimmste Anblick, den man sich denken kann(*Außenminister *Ernest Bevin* berichtete vor dem Unterhaus) in: Alfred M. de Zayas: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibng der Deutschen, zeitgeschichte, 1988, S. 123f.

[101] Der politische Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, *Robert Murphy* schrieb am 12. Oktober 1945 ein dringendes Memorandum für das State Department: *Sieht man das Elend und die Verzweiflung dieser Unglücklichen, (...), stellt sich sofort die Erinnerung an Dachau und Buchenwald ein. Hier ist Strafe im Übermaß – aber nicht für die Parteibonzen, sondern für Frauen und Kinder, die Armen, die Kranken.In:* Ebenda, S. 123f.

[102] Ebenso, S. 123f.

[103] Dazu siehe: Narben bleiben. Die Arbeit der Suchdienste – 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Pößneck, 2005

[104] Zum Beispiel der Lübecker Korrespondent des *'Manchester Guardian'* berichtete am 10. März 1946: *Trotz der Potsdamer Vereinbarung (...) vertreiben die poln. Behörden Deutsche (...). Sie kündigen die Ausweisung zehn Minuten vorher an und schicken die Menschen ohne Nahrungsmittel in überfüllten Zügen in die britische*

dem Katastrophenjahr 1945 gebessert hatten. Als der Winter 1946/47 einsetzte, konnten westliche Militärdienststellen mehrere Eisenbahntransporte verhindern und damit eine Wiederholung der Katastrophe von 1945/46.

Bei Kriegsende befinden sich ungefähr acht bis zehn Millionen vertriebener Menschen aus Polen, der Sowjetunion, der Ukraine, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Frankreich in Deutschland.[105] 13 bis 14 Millionen Menschen verloren in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges und in den darauffolgenden Monaten ihre Heimat. Diese Personen flüchteten vor der Roten Armee, wurden aus ihrer Heimat verschleppt, vertrieben oder interniert.[106] Insgesamt wurden etwa 6 Millionen Menschen von den „organisierten Umsiedlungen"[107] erfasst, und wenn sich die ausweisenden Länder nicht an das Mindestmaß an menschlicher Behandlung hielten, rettete diese Vertriebenen oft die bloße Tatsache, dass man im Westen schon rechtzeitig wusste, wann ein Transport und wieviel Menschen ankommen würden.

Denjenigen Deutschen, die in Lagern interniert wurden, um dort auf die Ausweisung zu warten, ging es am schlimmsten.[108] Internierte Deutsche hatten keinerlei internationalen Status, der ihnen Schutz gewährte.[109]

Die Folgen: Massenvertreibungen

Die Ausweitung des Krieges führte dazu, dass die Ideale – wie die Atlantik–Charta – aufgegeben wurden. Die Konferenz von Teheran galt vor allem der militärischen

---

Besatzungszone. (...) Im allgemeinen ist ihre körperliche Verfassung schlechter (..), manche tragen noch die Spuren von Mißhandlung. Die britischen Sanitätsoffiziere haben festgestellt, daß die meisten Frauen vergewaltigt worden sind, darunter ein Kind von zehn Jahren (...). Die meisten Leute sind über 50 Jahre alt, manche in den achtzigern. Es sind Kranke und Krüppel darunter (..). Es kommen auffallend wenige junge Leute, die offenbar in Polen zur Zwangarbeit zurückgehalten werden In: Alfred M. de Zayas: Anmerkungen zur Vertreibung. Kohlhammer, 1986.

[105] In: Narben bleiben. Die Arbeit der Suchdienste – 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Pößneck, 2005 S. 30-31.

[106] In: Ebenda, S. 24-25.

[107] In: Alfred M. de Zayas: Anmerkungen zur Vertreibung. Kohlhammer, 1986.

[108] Zu den schlimmsten Lagern in der Tschechoslowakei der Nachkriegszeit gehörte das ehemalige KZ Theresienstadt. *H.G. Adler*, der als Jude dort inhaftiert gewesen war, schildert die Verhältnisse im Lager von 1946: *Bestimmt gab es unter ihnen welche, die sich während der Besetzungsjahre manches haben zuschulden kommen lassen, aber die Mehrzahl, darunter viele Kinder und Halbwüchsige, wurden bloß eingesperrt, weil sie Deutsche waren. Nur weil sie Deutsche waren ...? Der Satz klingt erschreckend bekannt, man hatte bloß das Wort 'Juden' mit 'Deutsche' vertauscht. (...) Die Menschen wurden elend ernährt, mißhandelt, und es ist ihnen um nichts besser ergangen, als man es von deutschen Konzentrationslagern her gewohnt war. (...) Das Lager stand unter tschechischer Verwaltung, doch wurde von dieser nicht verhindert, daß Russen gefangene Frauen vergewaltigten.* In: Thomas Stanek: Verfolgung 1945. Böhlau Verlag Wien, 2002

[109] Bericht vom 28. August 1945, der im amerikanischen Senat behandelt wurde: *Man hätte wohl erwarten dürfen, daß nach Entdeckung der Scheußlichkeiten, die sich in den Konzentrationslagern der Nazis ereigneten, niemals etwas derartiges wieder geschehen würde, das aber scheint leider nicht so zu sein*. In: Thomas Stanek: *„Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945-48"* Aus dem Tschechischen von Eliska und Ralph Melwille. Veröffentlichung des Collegium Carolinum. München: Oldenbourg 2007

Zusammenarbeit, war aber auch eine Besprechung über die polnischen Nachkriegsgrenzen, in der die Politiker es verpassten, die Sowjets an ihre aus der Charta erwachsenen Verpflichtungen zu erinneren. Hier stand nur das praktische Problem auf der Tagesordnung, Stalin das zu geben, was er forderte und die Polen anderswo angemessen zu entschädigen. Die *großen Drei* konnten in Jalta noch keine Einigung über den Verlauf der Grenzen Polens erzielen, sie haben nur anerkannt, dass Polen beträchtlichen Landzuwachs im Norden und Westen erhalten muss. Die Jalta-Konferenz wurde also ohne Übereinkunft zur polnischen Westgrenze, über die Zahl der Deutschen und über den Zeitpunkt der Aussiedlung abgeschlossen. Zum dritten Treffen in Potsdam kam Stalin als Sieger, – die Rote Armee stand an der Elbe - Churchill und Truman hatten hingegen noch keine richtige Vorstellung über die Zahl der Deutschen oder über die Art und Weise der Vertreibung. Die westlichen Alliierten haben jedoch in Potsdam der Aussiedlung in dem ersten Paragraph von Artikel XIII des Potsdamer Protokolls zugestimmt.[110]

Die Alliierten konnten also die Übersiedlungen nicht richtig lenken und die Zahl der Betroffenen verringern. Churchill und Truman genehmigten die Aussiedlung von drei bis sechs Millionen Deutschen, es ging jedoch um eine Massenvertreibung von 13-14 Millionen Deutschen: 10 Millionen aus Polen und den von Polen verwalteten Gebieten, dreieinhalb Millionen aus der Tschechoslowakei und 200.000 aus Ungarn.

[110] Diesbezüglich s.: Alexander FISCHER (Hg.) Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", Köln 1973, Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte 1988, ThomasURBAN, Der Verlust, becksche Reihe 2006

Kapitel II.
Die Sowjetisierung Ungarns

In den dem Zweiten Weltkrieg folgenden fünf Jahren haben in Ungarn zwei Systemwechsel stattgefunden: Die erste Systemveränderung 1945-1946 geschah vor der Öffentlichkeit, zu ihren Zielen zählte der Wiederaufbau eines Mehrparteiensystems, das Ausschalten der früheren Vertreter der politischen Elite und die radikale Umgestaltung des politischen Sytems durch die Veränderungen der früheren Vermögensverhältnisse. Der zweite Systemwechsel 1947- 1949 veränderte jedoch nicht vor den Augen der Öffentlichkeit, sondern eher schleichend die sich nach dem Zweiten Weltkrieg nur langsam herausbildende gesellschaftlich-politische Ordnung und versuchte radikal - geschichtlich gesehen nur in einer kurzen Sekunde - die Gesellschaft und die Politik tiefgreifend umzuformen. Die sich langsam bildende junge Demokratie wurde ab 1949 von einer kommunistischen Diktatur völlig zerstört.[111]

Ungarns Innenpolitik veränderte sich ab 1945 nach sowjetischen Vorstellungen. Kurz nach Kriegsende hatte die Kleinwirtenpartei 900 000, die Sozialdemokraten 350 000, die Nationale Bauernparte 200 000, die konservative Bürgerliche Demokratische Partei 50 000 Mitglieder. Interessant war hierbei der Zuwachs an Anhängern der Kommunistischen Partei: 1942 hatte sie nur 400- 500 Mitglieder, Ende 1944 ungefähr 3.000 Parteimitglieder, aber im Februar 1945 30 000, im Mai 1945 schon 150 000, im Oktober 1945 beinahe 500 000 Mitglieder.[112] Diese Mitglieder suchten eine neue Identität oder hofften darauf, von der kommunistischen Partei Einfluss und Vermögen zu bekommen.

Diese 5 Parteien und die Vertreter der Genossenschaften bildeten am 2. Dezember 1944 in Szeged die Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront[113]. Diese Front hat dann am 22. Dezember 1944 in Debrecen die provisorische Regierung gebildet. Stalins Außenminister während des Krieges, Vjatscheslaw Molotov, erinnerte sich Jahrzehnte später so an die Bildung der provisorischen Nationalregierung: *Ich habe sie gebildet, und das ziemlich schnell*.[114] Die Kommunistische Partei bekam das Ministerium für Landwirtschaft[115] und das

[111] In: György Gyarmati: Kényszerpályás rendszerváltások Magyarországon 1945-1949., Mindentudás Egyeteme, VII. Szemeszter, 6. előadás – 17/10/2005
[112] Dr. Andreas OPLATKA, Die Sowjetisierung in Ost- und Mitteleuropa, Forschungsseminar, Andrássy Gyula Universität, 2009/10 Sommersemester
[113] Ung. 'Magyar Nemzeti Függetlenségi Front'
[114] In: György Gyarmati: Kényszerpályás rendszerváltások Magyarországon 1945-1949., Mindentudás Egyeteme, VII. Szemeszter, 6. előadás, 17/10/2005
[115] Der Minister war der Kommunist Imre Nagy.

Ministerium für Handel. Der Innenminister Ferenc Erdei[116] gehörte zu der Nationalen Bauernpartei, war aber mit der Kommunistischen Partei eng befreundet. Unter dem Einfluss des Innenministeriums arbeitete die Staatspolizei, die von dem Kommunisten Gábor Péter geleitet wurde. Die Staatspolizei stand von Anfang an unter der 'Aufsicht' der Ungarischen Kommunistischen Partei und der Sowjetunion: Gábor Péter bekam seine Aufgaben von der kommunistischen Parteiführung und informierte jeden Tag Mihály Farkas und Rákosi über die wichtigsten Ereignisse. Die Unabhängigkeitsfront hat auch einen 23 - vor allem unter sowjetischem Einfluss stehenden - Mitglieder zählenden politischen Ausschuss und am 26. Januar 1945 einen nationalen Hauptrat[117] mit 3 Mitgliedern – darunter auch der Kommunist Ernő Gerő – gebildet. In allen neu gewählten Körperschaften waren die Mitglieder der Kommunistischen Partei in der Mehrheit.
Die provisorische Regierung hat in drei Fragen Entscheidungen getroffen: Zuerst hat sie den sowjetischen Vorstellungen entsprechend das Waffenstillstandsabkommen[118] unterzeichnet und davor Deutschland den Krieg erklärt, danach begann sie die Verwaltung zu reorganisieren und die rechtsextremen, den Krieg unterstützenden Politiker vor Gericht zu stellen und zuletzt hat sie am 17. März 1945 eine Verordnung über die Zuteilung von Land an die landwirtschaftliche Bevölkerung verabschiedet.

Die Aufgabe der Alliierten Kommission in Ungarn war die Kontrolle der Durchführung des Waffenstillstandsabkommens, die Beteiligung an der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung Ungarns und die Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen ihres eigenen Landes und dessen Bürger. Da den Vorsitz bei den Sitzungen immer ein Vertreter der Sowjetunion[119] führte, wurde dadurch eigentlich der sowjetische Einfluss in Ungarn 'legalisiert'. Die Agrarreform – eine Verordnung über die Zuteilung von Land – wurde auch zum Teil unter der Direktive vom Sowjetmarschall Woroschilow durchgeführt, was eine unmittelbare Einmischung der sowjetischen Kontrollkommission in die inneren Angelegenheiten Ungarns bedeutete und als Mittel zur Sowjetisierung Ungarns diente.

[116] Ferenc Erdei schrieb am 10. Januar 1936: „Man darf nicht ein Bauer bleiben! Diese Qualität muss abgeschafft werden! (...) Was im Bauerntum wertvoll ist, das soll man behalten und damit muss man leben, jedoch nicht so, wie die Bauern, (...) andere Luft, eine andere Welt muss geschaffen werden!" (aus: Ferenc ERDEI, Napló és levélrészletek, Montreux 1936) Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin
[117] Ung. 'Nemzeti Főtanács'
[118] Am 20. Januar 1945 wurde das Waffenstillstandabkommen unterzeichnet.
[119] Vor allem Marschall Woroschilow und der Stellvertreter Generalleutnant Swiridow

Ab dem Sommer 1945 wurde das innenpolitische Leben Ungarns durch die Vorbereitung auf die Parlamentswahlen und die damit im Zusammenhang stehende Parteiorganisierung interessanter. Als Hauptprobe für die Nationalversammlungswahlen hat man am 7. Oktober 1945 zuerst die großen ortsbehördlichen Wahlen in Budapest durchgeführt. Statistisch gesehen gehörte 60% der damaligen Arbeiterschaft zu der Agglomeration[120] um Budapest herum und sie waren – nach Meinung der linken Parteien – aktive Wähler. Man hat damals nur außer Acht gelassen, dass ein Großteil der wahlberechtigten Männer zu dieser Zeit entweder in Gefangenschaft war oder gerade auf „malenkij robot", also zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, verschleppt worden war. Bei diesen Wahlen gewann die Unabhängige Kleinlandwirte-Partei mit 50,7% die meisten Mandate, was sich als wegweisend für die Parlamentswahlen einen Monat später, am 4. November 1945, auch entpuppte: Da stand mit 57% wieder die Kleinlandwirte-Partei an der ersten Stelle. Diese Parlamentswahlen sind laut ausländischer Beobachter 'sauber' gewesen.

Der Vorstandsvorsitzende der Kontrollkommission der Alliierten Woroschilow wollte vor den Wahlen keinen weiteren Kleinparteien die Teilnahme genehmigen. Es war ein großer Fehler von ihm, denn die Parteien, die dann an den Wahlen teilnehmen konnten verkörperten nicht die politische Eingliederung der Wähler und deshalb konnten die Kleinlandwirte den Sieg ernten. Der Kommunist Rákosi hat in seinen politischen Reden in den darauf folgenden Monaten oft hervorgehoben, dass sie – die Kommunistische Partei – die Wahlergebnisse „korrigieren" und die Kleinlandwirte-Partei 'zerstückeln' müssten. Am 5. März 1946 bildeten die linken Parteien - die Kommunistische Partei, die Sozialdemokraten und die Nationale Bauernpartei - einen Verband, den Linken Block. Sie verwendeten bei ihren Aktionen nicht nur parlamentarische Mittel, in den ersten Monaten des Jahres 1946 bildeten sie oft Ad-Hoc-Gerichte, um die reaktionären Kräfte zu entwaffnen. Rákosi hat dabei seine Anhänger aufgehetzt: Er sagte, in einer Demokratie habe das Volk das Recht, die Justiz in seine eigene Hand zu nehmen.[121]

Die Frage, warum sich nur die ungarischen Kommunisten über die schlechten Wahlergebnisse der linken Parteien geärgert haben, nicht aber die sowjetischen Kommunisten, lässt sich dank eines BBC-Interviews im Jahre 1982 mit dem damals schon im Exil lebenden Kommunisten Zoltán Vas[122] beantworten: *Stalin war völlig dagegen, dass wir eine Proletardiktatur machen.*

[120] Damals auch als Rotes Gebiet von Budapest bezeichnend.
[121] György Gyarmati: Kényszerpályás rendszerváltások Magyarországon, 1945-1949. Mindentudás Egyeteme, VII. Szemeszter, 6. előadás – 17/10/2005
[122] Zoltán VAS, (1903-1983) war der erste Kommunist, der im Oktober 1945 aus Moskauer Emigration zurückgekommen ist und gleich die Position des Bürgermeisters von Budapest bekam, die er dann etwas später,

(...) Ihn interessierte zu dieser Zeit nur eine große Frage: Polen. Es gab zwei polnische Regierungen, die Ljubliner und die Londoner. Churchil versuchte alles zu bewegen, der Londoner Regierung in Polen an die Macht zu verhelfen, Stalin versuchte alles, damit die Ljubliner Kommittee-Regierung, die zu der Zeit in Polen an der Macht war, auch von den Alliierten akzeptiert wurde. Er versprach, Polen demokratisch zu verwalten. Sein Versprechen hat er später nicht eingehalten. Was für eine Demokratie in Polen zustande kommen würde, wollte Stalin am ungarischen Beispiel beweisen und deshalb waren in Ungarn im November 1945 so freie Parlamentswahlen möglich, die auch von den britischen, amerikanischen und anderen ausländischen Vertretern für völlig demokratisch gehalten wurden, so demokratisch, wie in irgendeinem anderen westeuropäischen Staat.[123]

Die Parlamentswahlen von 1945 waren zwar demokratisch, die Regierungsbildung, die Zusammensetzung der Regierung geschah jedoch nach sowjetischem Schema.[124] Die Politiker der Kleinlandwirte-Partei konnten mit Woroschilow bezüglich aller Minister-Posten eine Einigung erzielen, die einzige Ausnahme betraf das Innenministerium. Als ein Kleinlandwirt, Béla Kovács, zum Innenminister ernannt wurde, hat Woroschilow die Politiker zu sich eingeladen und ihnen die Frage gestellt: *Sehen Sie sich bitte in Europa um, finden Sie ein Land, in dem der Innenminister nicht ein Kommunist ist?*[125] Nach diesem Gespräch erhielt ein Kommunist, Imre Nagy, das Innenministerium. Am 15. November 1945 bildete sich die neue Regierung. Ungarn wurde durch die Abstimmung der ungarischen Nationalversammlung am 31. Januar 1946 eine 'Republik', und am nächsten Tag wurde Zoltán Tildy zum Ministerpräsidenten von Ungarn gewählt.

Die Kommunistische Partei versuchte immer mehr Mitglieder in die Partei zu locken und die dominante Rolle in den Gewerkschaften zu übernehmen, oft durch verfälschte Aktionen. Darüber sprach auch ein ehemaliges Mitglied der Genossenschaften, Sándor Brünauer: *Die Verbreitung der Ideologie bezog sich nur auf die Kommunisten, nur sie verfügten über*

---

auf den Vorstandsvorsitz des Wirtschaftsrates 'umgetauscht' hatte. Er sympatisierte später mit dem Kreis um Imre Nagy und wurde Ende 1956 nach Rumänien deportiert. Nach seiner Rückkehr arbeitete er bis zu seinem Tod als Schriftsteller. In: Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008., (S. 41.)

[123] Ebenda, S. 41. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[124] Woroschilow Marshall hat nach den endgültigen Wahlergebnissen die zwei führenden Politiker - Zoltán Tildy und Ferenc Nagy, der Kleinlandwirte-Partei davon versichert, dass es auf dem Wege der Bildung einer Mehrheitsregierung Schwierigkeiten gäbe und dass die Mehrheitsregierung nicht mit der Anerkennung von Woroschilow und der Alliierten Kontrollkommission rechnen könnte.

[125] In: Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008., (S. 44.)

Papiere, mit denen sie sich im ganzen Land frei bewegen durften und nur sie verfügten über Verkehrsmittel. (...) Die Nazis haben die wichtigsten Vertreter der Genossenschaften getötet, die Sowjets kümmerten sich schnell um neue Vertreter. Interessanterweise fanden die Sowjets nur Kommunisten, die diese Positionen in den Genossenschaften einnehmen konnten.[126]

Anfang 1946 verstärkten sich die innenpolitischen Probleme. Die Kommunistische Partei spielte verstärkt die sogenannte „Salami-Taktik": Die kommunistischen Zeitungen schrieben über die Gefahr durch Faschisten und berichteten, dass viele Positionen von den faschistischen Elementen noch nicht befreit seien. Ihren Artikeln nach müssen die Arbeiter die Justiz in die Hand nehmen und erst mit Hilfe der Kommunisten könnte man das Land von diesen faschistischen Elementen befreien. Zur 'Säuberung' der ungarischen Gesellschaft müsse eine Liste 'B' zusammengestellt werden.[127]

Am 9. März 1946 hat der politische Ausschuss der Kleinlandwirte-Partei mit der Teilnahme von Ministern eine Sitzung abgehalten, in der man sich darauf einigte, dass die reaktionären Kräfte aus den Regierungspositionen entfernt werden müssen und dass die Bodenreform beendet werden muss. Die Kleinlandwirte wollten aber nur die Bergwerke und die Kraftwerke verstaatlichen. Am 10. März haben sie ihre Vorstellungen den linken Parteien vorgestellt und ein jedes Mitglied wusste, dass die Beziehung zu der Besatzungsmacht, zu der Sowjetunion, gut bleiben muss und deshalb haben die Kleinlandwirte die Vorstellungen der Kommunisten ohne Ausnahme akzeptiert.

Im Frühjahr 1946 hatten die linken Parteien die Beschreibungen der von reaktionären politischen Kräften ausgehenden Gefahr dermaßen übertrieben, dass die Kleinlandwirte-Partei dazu gezwungen war, 21 ihrer Mitglieder aus der Partei auszuschliessen. Dieser Schritt war der erste 'Erfolg' der Salami-Taktik der Kommunisten. Der nächste Schritt war die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke am 26. Juni 1946. Der Innenminister war zu dieser Zeit schon ein Kommunist, László Rajk. Er unterzeichnete noch im Sommer 1946 auch die Auflösung vieler ziviler Organisationen[128].

---

[126] Ebenda, S. 24. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[127] Die Liste B besagt, dass bestimmten Beamten – die auf dieser Liste sind – jederzeit, ohne Grund gekündigt werden muss.

[128] Am 4. Juli wurde die Auflösung der KALOT (katholische Organisation) unterzeichnet, in den darauf folgenden 2 Wochen wurden weitere 1500 (!) jugendliche und gesellschaftliche Organisationen aufgelöst. Die mit diesen Auflösungen in Verbindung stehenden Verordnungen unterzeichnete der kommunistische Innenminister Rajk. Dazu s.: György GYARMATI, A Rákosi-korszak. Rendszerváltó fordulatok évtizede Magyarországon, 1945-1956., ÁBTL-Rubicon Budapest, 2011., Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008., Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona kiadó Budapest, 2000., Gábor TABAJDI-Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártálam és a belügy., Corvina- 1956-os Intézet Budapest, 2008.

Im Frühling 1946 fuhr Ferenc Nagy nach Moskau[129]. Mit Nagy fuhren auch die zweitwichtigste Person der Kommunistischen Partei, Ernő Gerő, sowie der Außenminister der Kleindlandwirte-Partei, János Gyöngyösi, nach Moskau. Stalin sagte während den Verhandlungen, er betrachte Ungarn als einen freien Staat und die Sowjetunion wolle zu innenpolitischen Angelegenheiten keine Stellung einnehmen. Stalin erwähnte noch, dass er die Zahl der Soldaten der Roten Armee zur Zeit nicht mindern kann, später sollten aber nur noch sehr wenige sowjetische Soldaten in Ungarn stationiert bleiben. Am 8. Juni 1946 fuhr eine ungarische Delegation nach Washington und nach London, um über die bevorstehenden Friedensverhadlungen zu sprechen. Mitglied dieser Delegation war auch der Kommunist Mátyás Rákosi[130]. In Washington, im Juni 1946, verhandelten die ungarischen Delegierten mit dem amerikanischen Außenminister James Byrnes. Das Benehmen von Byrnes zeigte eindeutig, dass Ost- und Mitteleuropa unter sowjetischer Besatzung standen und dass nur die Sowjetunion die Entscheidungen beeinflussen kann. Byrnes hat die Friedensverhandlungen, auch deren Unterzeichnung, für wichtig gehalten und sagte, dass danach die USA Ungarn auch wirtschaftlich unterstützen könnten und würden.

Am 14. Juni 1946 hörte man in den BBC-Nachrichten: *Ferenc Nagy, ungarischer Ministerpräsident, beschäftigte sich während seiner Reise in Amerika letzte Woche mit dem Pariser Beschluss der Außenminister der vier Großmächte, nachdem ganz Siebenbürgen Rumänien zurückgegeben worden war. Ferenc Nagy sagte vor Abgeordneten des amerikanischen Kongresses in Washington, dass dieser Beschluss das ungarische Volk tief bestürzt habe, denn gerechten Frieden kann man so nicht schaffen, indem man 3 Millionen Menschen aus dem eigenen Land ausschliesst.*[131]

---

[129] Nagy verhandelte mit der Sowjetführung über die Terminverlängerung der Zahlung für die Wiedergutmachung, über die Wiederherstellung der ungarischen Bahnlinien – im Wert von 15 Millionen Dollar an die Sowjetunion, (die Nagy strichen wollte) -, über die Pariser Friedensverhandlungen und über die Freilassung der ungarischen Kriegsgefangenen. Ergebnisse dieser Verhandlungen: Die Zahlung für die Wiedergutmachung konnte von 6 Jahren auf 8 Jahren verlängert werden, die 15 Millionen Dollar für die Bahnlinien wurde – auf die Bitte von Gerő – persönlich von Stalin gestrichen, die ungarischen Kriegsgefangenen werden nach Ungarn zurücktransportiert. Dazu s.: Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008.

[130] Mit ihm und mit dem Außenminister Gyöngyösi wollte der sowjetische Botschafter Puskin zwei Tage vor der Abreise sprechen. Ziel dieser Besprechung war, den ungarischen Delegierten mitzuteilen, dass sie während den Verhandlungen stets betonen müssen, dass Ungarn unter sowjetischer Besatzung steht und von slawischen Völkern umgeben ist. Dazu s.: Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008.

[131] In: Péter Pallai, Mátyás Sárközi: Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon 2008., S. 67. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Die ungarischen Delegierten verhandelten am 22. Juni 1946 in London mit dem Ministerpräsidenten Attlee und mit dem Stellvertreter des Außenministers Philip Noel-Baker[132]. Attlee versprach nur, dass Großbritannien helfen würde, die vom Nazi-Deutschland verschleppten ungarischen Wertgegenstände nach Ungarn zurückzuliefern und übte Kritik, indem er sagte, in Ungarn gäbe es keine wirkliche Opposition.
Der ungarischen Delegation wurde im Sommer 1946 ganz klar, dass Ungarn weder von der Sowjetunion, noch von den Westalliierten Hilfe und Unterstützung bekommen würde, um ihre eigenen Ziele – darunter die Grenzfragen bezüglich Siebenbürgen – zu verwirklichen. In Washington war den ungarischen Politikern ebenfalls klar geworden, dass die westlichen Großmächte dem immer größeren sowjetischen Einfluß in Ost- und Mitteleuropa nicht entgegentreten wollten oder konnten. Dieses Benehmen öffnete die Tür zur Sowjetisierung Ungarns.

Auf dem Wege zur Sowjetisierung

Ende des Jahres 1946 gehörte das Innenministerium und das Verkehrsministerium den Kommunisten, die politische Polizei und auch die soldatenpolitische Abteilung[133] der ungarischen Armee arbeiteten ebenfalls unter Aufsicht der Kommunistischen Partei und das Wirtschaftsleben lenkte der Leiter des Wirtschaftsrates, der Kommunist Zoltán Vas. Im Dezember 1946 hat die politische Polizei[134] Gespräche und Pläne einer zivilen Organisation mit dem Namen „Ungarische Brüderische Gesellschaft"[135], deren Mitglieder ehemalige Soldaten und Politiker aus der Horthy-Zeit waren, telefonisch abgehört. Im darauffolgenden Jahr konnte die Staatssicherheit und die soldatenpolitische Abteilung, die KATPOL – natürlich mit brutalen Mitteln, wie Folter - daraus eine „gegen die ungarische Republik gerichtete Verschwörung" machen und sie kompromittierten dadurch mehrere Abgeordnete der Kleinlandwirte-Partei, indem sie Beziehungen zwischen den Mitgliedern dieser zivilen Organisation und den Kleinlandwirten 'aufdeckten'. Im Januar 1947 verhaftete die ÁVO 9 Kleinlandwirte als 'Teilnehmer dieser gegen die Republik gerichteten Verschwörung'. Die kommunistischen Zeitungen berichteten wochenlang über die Verschwörung und über die Festnahme dieser Kleinlandwirte und hetzten so die Leser gegen die Kleinlandwirte-Partei auf.

[132] Der Außenminister Ernest Bevin war zur Zeit auf den Verhandlungen in Paris.
[133] Ung. 'Katonapolitikai Főosztály'
[134] Seit Oktober 1946 als ÁVO, als Abteilung für Staatssicherheit bezeichnet.
[135] Ung. 'Magyar Testvéri Közösség'

Über diese Salami-Taktik berichtete in einem BBC-Interview 1982 der Kommunist, damals Leiter des Wirtschaftsrates, Zoltán Vas: *Wir konnten nicht alle gleich festnehmen. Wir begannen mit den Schwächeren. (...) Nehmen wir die Kleinlandwirte-Partei, die damals die größte Partei war. Wir bildeten darin eine linke Gruppierung, unter kommunistischem Einfluß. Dann haben wir die Leiter der Partei verklagt. Wir wandten uns zu den Sowjets und baten sie darum, den beliebtesten Leiter der Kleinlandwirte-Partei, Béla Kovács, festzunehmen. (...) Die sowjetische Armee hat ihn dann aus Ungarn verschleppt und klagte ihn als imperialistischen Spion an, der gegen die Sowjetarmee spioniert hatte. Er blieb zehn Jahre lang in der Sowjetunion.*[136]

Die Amerikaner – mit Unterstützung der Briten innerhalb der Kontrollkommission der Alliierten – protestierten energisch in einem Memorandum gegen die Verschleppung von Kovács, konnten aber nicht mehr tun, denn nach Ansichten der Sowjets hatte diese angebliche Spionage-Tätigkeit von Kovács die Sicherheit der sowjetischen Armee gefährdet und demzufolge hatte die sowjetische Führung ein Recht darauf, ihn festzunehmen. Dass die Sowjets einen ungarischen Abgeordneten verschleppen konnten, ohne davor die Anklagen gegen ihn aufzuzählen, beziehungsweise offiziell um seine Auslieferung vom ungarischen Parlament zu bitten, bedeutete eindeutig, dass die Sowjetunion und die ungarische Kommunistische Partei die Suverenität des Landes missachtet haben. Zum Teil aufgrund des sowjetischen und kommunistischen Drucks, zum Teil aber auch aus Protest gegen die Verschleppung von Kovács traten Zoltán Pfeiffer und noch weiteren 50 Abgeordnete aus den Reihen der Kleinlandwirte-Partei heraus. All diese Ereignisse, die Verschleppung von Béla Kovács, der Austritt von Pfeiffer und von mehr als 50 Abgeordneten aus der Kleinlandwirte-Partei, die dadurch noch schwächer wurde und die Todesurteile der Mitglieder der Ungarischen Brüderischen Gesellschaft machten im April 1947 deutlich, dass Ungarn hinter der demokratischen Fassade sowjetisiert wird.

Am 10. Februar 1947 wurden in Paris die Friedensverträge unterzeichnet, die die ehemaligen Grenzziehungen von Trianon wiederergestellt haben. Die Mehrheit der Ungarn wusste seit Monaten, dass die ungarischen Ziele in Paris nicht verwirklicht werden konnten, sie hofften jedoch, dass nach der Unterzeichnung der Verträge die sowjetischen Truppen Ungarn bald

[136] In: Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008., (S. 90.) (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

wieder verlassen würden. Die ungarischen Kommunisten mussten also ihre politischen Gegner noch schneller liquidieren.

In Ungarn beschleunigte sich die Sowjetisierung ab 1947: Nach der Verschleppung von Béla Kovács verließen im Frühjahr 1947 viele demokratische Politiker – wahrscheinlich aus Angst, das gleiche Schicksal wie Kovács zu erleiden – das Land. Der Ministerpräsident, Ferenc Nagy, musste im Mai 1947 auch emigrieren. Als Nagy gerade in der Schweiz Urlaub machte, wurde er am 30. Mai 1946 von Mátyás Rákosi angerufen und der Teilnahme an der Verschwörung gegen die ungarische Republik bezichtigt. Rákosi hat ihm die Möglichkeit offen gelassen, abzudanken und in der Schweiz zu bleiben und wenn Nagy sich nicht widersetzte, dürften auch seine Familienmitglieder Ungarn verlassen.[137] Nach der Emigration von Nagy beschleunigten sich die Ereignisse in Ungarn. Die Kommunistische Partei wollte Wahlen ausschreiben, um auch in der Gesetzgebung in der Mehrheit zu sein. Am 1. Juli 1947 hat der Verkehrsminister Ernő Gerő im Rundfunk über die Wichtigkeit der neuen Wahlen gesprochen. Er betonte, dass die Wahlberechtigten vor zwei Jahren viele Abgeordnete ins ungarische Parlament geschickt haben, die das ungarische Volk irregeführt und die Unabhängigkeit des Landes verkauft haben und zum Schluss ins Ausland geflüchtet sind.[138] Bald wurde ein neues Wahlgesetz durch die Nationalversammlung verabschiedet[139], durch das die Anzahl der Wahlberechtigten eingeschränkt wurde.[140]

Die Kommunistische Partei hatte inzwischen gesehen, dass nicht nur die Kleinlandwirte, sondern auch die Freiheitspartei vom Kommunistengegner Dezső Sulyok ihnen bei den Wahlen gefährlich werden konnte. Diese Partei hatte eine eigene Zeitung, das „Morgen"[141], die aufgrund von kommunistischem Druck, mit Hilfe der ÁVO, als „faschistische" Zeitung ab Juni 1947 abgestempelt wurde und nicht mehr erscheinen durfte. Am 15. Juli 1947 versuchte die Freiheitspartei eine Sitzung abzuhalten, diese wurde jedoch von Kommunisten gestört. Die politische Polizei zerschlug diese Sitzung und brachte die Mehrheit der Freiheitspartei-

[137] In: Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008. (S. 107.)

[138] BBC-Nachrichten am 2. Juli 1947, in: Péter Pallai, Mátyás Sárközi: Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon 2008., (S. 108.)

[139] XX II. tc. vom Jahre 1947

[140] Das bedeutete: Alle Mitglieder, Abgeordnete des Horthy-Regimes, die Personen, die auf der Liste „B" stehen, die Ungarndeutschen – die bald nach Deutschland vertrieben werden – und die Ungar, die aus der Tschechoslowakei nach Ungarn umgesiedelt worden sind, durften an den Wahlen nicht teilnehmen. Damit durften ungefähr 10% weniger Wahlberechtigte als 1945 an die Urnen gehen.

[141] Ung. 'Holnap'

Mitglieder in die Andrássy Straße 60[142]. Die Parteimitglieder wurden mit ’Waffen” der ÁVO stundenlang verhört und zu Agenten der Kommunistischen Partei gemacht. Der Vorsitzende der Freiheitspartei, Dezső Sulyok, hat danach seine Partei endgültig aufgelöst und ist bald darauf ins Ausland emigriert.[143]

Den Kommunisten war das aber nicht gut genug: Sie wollten durch Betrug undWahlverfälschung einen Sieg erlangen. Diese Wahlen bezeichnet man seit 1947 als die „Blau-Zettel-Wahlen”: Die Wahlberechtigten, die gerade auf Urlaub waren – die Wahlen wurden am 31. August 1947 abgehalten – durften überall ihre Stimmen abgeben. Um diese Möglichkeit auszunutzen, hat das Innenministerium 200 falsche Wahlzettel – eine blaue Namensliste – ausgedruckt und Wahlbrigaden aufgestellt, deren Mitglieder mit Hilfe von Autos von Dorf zu Dorf – oft in 10-20 Dörfern – abstimmen konnten. Die Zahl der auf dieser Weise abgegebenen Stimmen betrug nach Schätzungen von Gábor Péter, dem Leiter der ÁVO, mehr als 62 000, nach Schätzungen der Sozialdemokraten sogar mehr als 120 000.[144]

Die Zerschlagung der Kleinlandwirte und der Freiheitspartei, das neue Wahlgesetz und die Blau-Zettel-Wahlen reichten jedoch immer noch nicht aus, um bei den Wahlen von 1947 einen Sieg zu erringen: 1945 erreichte die Kommunistische Partei 17%, 1947 – mit Hilfe von Wahlbetrug – erreichte sie 22%.[145] Dieses Ergebnis zeigt eindeutig, dass die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft nicht nur am Anfang, 1945, sondern auch zum zweiten Mal, im Jahre 1947 für eine parlamentarische Demokratie und gegen die Sowjetisierung des Landes abgestimmt hatte. Am 24. September 1947 konnte wieder ein Kleinlandwirt die Regierung bilden: Lajos Dinnyés wollte mit den Kommunisten zusammen regieren und war nicht so selbständig wie früher Tildy oder Nagy. Die Stellvertreter waren der Kommunist Rákosi und der Sozialdemokrat Árpád Szakasits, der Innenminister blieb László Rajk.

Die immer offensichtlicher gewordenen Bemühungen der Sowjetunion, Ost- und Mitteleuropa zu sowjetisieren, führten im Frühjahr 1947 zu Veränderungen in der Weltpolitik. Im März 1947 nahm Truman die Empfehlungen seines Sowjetexperten Georg Kennanan, die Sowjetunion nicht mehr als Verbündeten der Vereinigten Staaten zu sehen und sprach sich gegen die sowjetische Expansion aus. Als wichtiger Bestandteil dieser sogenannten

[142] Gefürchtete Zentrale der Staatssicherheit
[143] Dazu s.: György GYARMATI, A Rákosi-korszak. Rendszerváltó fordulatok évtizede Magyarországon, 1945-1956., ÁBTL-Rubicon Budapest, 2011., Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008., Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona kiadó Budapest, 2000.
[144] Dazu s. Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Budapest, 2001. (S. 271-320.)
[145] Ebenda (S. 294-346.)

Containment-Politik der Vereinigten Staaten erwies sich der im Juni 1947 verkündete Marshall-Plan, der das Ziel hatte, die europäischen Länder wirtschaftlich und gesellschaftlich zu stärken und somit eine Übernahme Westeuropas durch die Sowjetunion zu verhindern.
In Süd-Polen, in Sklarska Poreba, trafen sich im September 1947 die Vertreter der kommunistischen Parteien. Die sowjetische Führung vertrat die Auffassung, dass die Welt sich in zwei große Lager gespalten hatte und die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien im Interesse der Selbstbehauptung noch enger ausgestaltet werden müssten. Deshalb wurde hier am 30. September 1947 ein überstaatliches Bündnis der Kommunistischen Parteien, das Kommunistische Informationsbüro, das Kominform gegründet, in welchem die KPdSU die dominierende Kraft war. Hier haben die Vertreter der Kommunistischen Parteien, aus Ungarn József Révai, von Stalin die Anweisung bekommen, in allen besetzten Ländern die Macht so schnell wie möglich zu übernehmen und die Länder zu sowjetisieren.[146]
Um die Macht in Ungarn allein übernehmen zu können, musste die Kommunistische Partei die Sozialdemokraten zerschlagen. Bis Ende 1947, auch aufgrund des politischen Drucks der von den Kommunisten ausgeübt wurde, bildeten sich zwei Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokraten: auf der einen Seite standen unter der Leitung von Anna Kéthly die Sozialdemokraten, die mit den linken Parteien zusammenarbeiten, aber sich nicht mit ihnen vereinigen wollten, auf der anderen Seite standen, unter der Führung von György Marosán,[147] die Sozialdemokraten, die die Vereinigung der Arbeiterparteien wollten. Der Leiter der Sozialdemokraten, Árpád Szakasits war bei Konflikten oder Entscheidungen nie stark gewesen und fuhr mit einer Regierungsdelegation lieber nach Moskau und überliess diese 'Arbeit' seinem Stellvertreter, Marosán. Am 18. Februar 1948 hielt der stellvertretende Parteivorsitzende Marosán eine Sitzung ab, im Rahmen derer er viele Sozialdemokraten[148] aus der Partei ausschloss. Zwei Tage später unterzeichnete Marosán dann mit Vertretern der Kommunistischen Partei eine Einigung über die weiteren „Säuberungen"[149] innerhalb der sozialdemokratischen Partei. In den Frühlingsmonaten 1948 hatte man bereits die Hälfte der Sozialdemokraten aus der Partei ausgeschlossen, viele Sozialdemokraten wurden ins

[146] Dazu s.: István FEITL-Lajos IZSÁK- Gábor SZÉKELY (Red.), Fordulat a világban és Magyarországon, 1947-1949. Napvilág kiadó Budapest, 2000., Dr. Andreas OPLATKA, Die Sowjetisierung in Ost- und Mitteleuropa, Forschungsseminar, Andrássy Gyula Universität, 2009/10 Sommersemester
[147] Marosán war ein sogenannter Kriptokommunist.
[148] Darunter natürlich auch die Sozialdemokraten Anna Kéthly und Imre Szélig.
[149] Hier ging es darum, dass es den Sozialdemokraten, die das Parteizentrum der Kommunisten in die Fusion - zwischen den Sozialdemokraten und der Kommunistischen Partei - nicht aufnehmen möchte, gleich gekündigt werden muss. Dazu s.: György GYARMATI, A Rákosi-korszak. Rendszerváltó fordulatok évtizede Magyarországon, 1945-1956., ÁBTL-Rubicon Budapest, 2011., Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008.

Gefängnis geworfen, einige konnten emigrieren und es wurde vielen Beamten in den Verwaltungen gekündigt. Am 12. Juni 1948, als die Sozialdemokratische Partei – mit 149 Sozialdemokraten – und die Kommunistische Partei – mit 294 Kommunisten – sich vereinigten, wurden mehrere tausend Personen aus der Politik und aus den Verwaltungen entlassen. Am 13. Juni, auf dem ersten Kongress der neuen Partei, der Partei der Ungarischen Werktätigen,[150] haben wirklich nur Marxisten und Kommunisten teilgenommen. Der Parteivorsitzende wurde der ehemalige Sozialdemokrat Árpád Szakasits, den entscheidenden Posten des Generalsekretärs erhielt Mátyás Rákosi, unter dessen Führung Ungarn ab 1948 (bis 1953) einen streng stalinistischen Kurs einschlug.[151]

Die Ungarndeutschen während der Sowjetisierung Ungarns

Den ganzen Weg hindurch, in dem Ungarn langsam zu einer Diktatur und zur sowjetischen Kolonie wurde - über 'Stationen' der Sowjetisierung wie Liquidierung der anderen Parteien, Verstaatlichung der Wirtschaft, Stärkung der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumenten, Vertreibung der Deutschen, Verhaftung von wirklichen oder vermeintlichen Gegner - spielte die eiserne Faust der Arbeiterklasse, der Staatssicherheitsdienst und die militärische Abwehr, eine entscheidende Rolle.[152]

Zu den ersten Aufgaben der Kommunistischen Partei in Ungarn – die erst nach 1945 legitim und von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt wurde – gehörte die Gründung der Staatssicherheitsdienste unter kommunistischer Kontrolle. Am 2. Februar 1945 wurde die damals PRO genannte (*Politikai Rendészeti Osztály*, Abteilung politische Polizei) Polizeihauptdirektion gegründet und stand von Anfang an unter der Führung von *Gábor Péter*. Er wurde schon am 17. Januar zum Leiter der politischen Polizei ernannt. Anfangs arbeiteten nur 60 Mitarbeiter in dieser PRO und zwar in dem Gebäude des heutigen Archivs der Staatssicherheitsdienste, in der Eötvös Strasse, später waren sie in der Budapester Zentrale der Kommunistischen Partei zu finden, auf dem heutigen Platz der Republik. Zu den ersten Aufgaben der politischen Polizei gehörte das Aufspüren von Aktenlagern der ehemaligen

[150] Ung. 'Magyar Dolgozók Pártja'

[151] Die Parlamentswahlen im Mai 1949 wurden in Ungarn nach Einheitslisten durchgeführt. Damit war die Gleichschaltung der politischen Parteien in Ungarn abgeschlossen. Dazu s.: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Budapest, 2001. (S. 271-346.), György GYARMATI, A Rákosi-korszak. Rendszerváltó fordulatok évtizede Magyarországon, 1945-1956., ÁBTL-Rubicon Budapest, 2011., Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008.

[152] Dazu s.: György GYARMATI, A politika rendőrsége 1945-56. Beszélő, 2000. 9-10.sz. (S. 85-94.), Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona kiadó Budapest, 2000., Gábor TABAJDI-Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártálam és a belügy., Corvina- 1956-os Intézet Budapest, 2008.

Regierungs- und Ordnungsschutzorgane. Schon zu dieser Zeit planten die ermittelnden Abteilungen ein Karteisystem.

Am 4. April 1945 hat die Rote Armee die letzten deutschen Kriegstruppen von ungarischem Staatsgebiet vertrieben und noch im gleichen Monat ist die ungarische Regierung und auch die Kontrollkommission der Alliierten nach Budapest gezogen. Der Vorstandvorsitzende der Kommission, *Woroschilow,* informierte die britischen und amerikanischen Mitglieder nicht regelmäßig über die aktuelle Lage in Ungarn, obwohl die britischen Politiker wegen der innenpolitischen Lage in Ungarn bereits unruhig geworden waren. Hauptsächlich bezogen sich ihre Bedenken auf die Tätigkeit der politischen Polizei, die unter kommunistischer Führung stand. Der britische Diplomat *Gascoingne*[153] schrieb schon am 20. Juni 1945 an das Außenministerium in London, an *Howard Douglas*[154]: *Die ungarischen Kommunisten und die politische Polizei schufen eine wahre Terrorherrschaft*[155] Am 20. August 1945 hat der britische Außenminister *Bevin* im britischen Parlament eine Rede zu den politischen Verhältnissen in Bulgarien, Rumänien und Ungarn gehalten: *Unserer Meinung nach vertreten die an der Macht stehenden Regierungen nicht die Mehrheit des Volkes und – im Zeichen der letzten Ereignisse – haben wir den Eindruck, dass an die Stelle der alten Ordnung nur ein neues totalitäres System tritt.*[156]

Zwei Tage später, am 22. August 1945, empfing *Sir Alvary Gascoigne* den ungarischen kommunistischen Führer *Rákosi*. *Gascoigne* schrieb noch an demselben Tag eine Meldung an *Bevin* über *Rákosi*: *Rákosi hat das Existieren irgendeines kommunistischen Terrors völlig verneint. (...) Rákosi sagte, er sei mit den Methoden der politischen Polizei beim Verhör der Gefangenen nicht einverstanden. (...) Rákosi behauptete, die Wahlen werden unter völlig demokratischen Verhältnissen organisiert.*[157]

Die seit 1946 als ÁVO (*Magyar Államrendőrség Államvédelmi Osztálya*, Staatsschutzabteilung der ungarischen Staatspolizei) bezeichnete Organisation stand unmittelbar unter der Aufsicht des Innenministers, der von der kommunistischen Partei gestellt wurde. 1946 war der ungarische Innenminister der Kommunist *László Rajk*, dessen Beziehung zu *Gábor Péter*, dem Leiter der ÁVO, nicht immer problemlos gewesen war. Obwohl der offiziell vorgeschriebene Aufgabenbereich der ÁVO sich in erster Linie auf den

[153] Sir Alvary F. Gascoingne (1893-1970), britischer Diplomat in Ungarn 1945-46
[154] Er war im Londoner Außenministerium für die ungarischen Angelegenheiten zuständig.
[155] In: Pallai Péter- Sárközi Mátyás: Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története a BBC-archívum tükrében. (1945-1948), Helikon, 2008, (S. 30.)
[156] Ebenda, (S. 30.)
[157] Ebenda, (S. 33.)

Schutz der demokratischen Staatsordnung bezog (Gesetz *VII. tc 1946*), sammelte und registrierte die Behörde in- und ausländische polizeiliche Daten.
Infolge der Ernennung von *János Kádár* zum Innenminister – der im Gegensatz zu *László Rajk* dem Staatssicherheitsdienst und *Gábor Péter* eine größere Macht geben wollte - wurde mit einer Verfügung vom 10. September 1948 ein weiterer Schritt in Richtung Selbständigkeit der Behörde unternommen. Sie trug nun den Namen ÁVH *Belügyminisztérium Államvédelmi Hatósága* (Staatsschutzbehörde des Innenministeriums) und war mit einem erweiterten Wirkungskreis ausgestattet, jedoch weiterhin dem Innenministerium unterstellt. Die zusätzlichen Kompetenzen betrafen die *KEOKH* (*Külföldieket Ellenőrző Országos Központi Hatóság*, Zentrale Landesbehörde für die Überwachung von Ausländern), den Grenzschutz, die Polizeibehörden des Binnenschifffahrts- und Luftverkehrs und das Recht zur Ausstellung von Reisepässen. Im Jahr 1949 wurde die Organisation auch vom Innenministerium unabhängig. Per Verordnung wurde die Staatsschutzbehörde (*Államvédelmi Hatóságot*) direkt dem Ministerrat unterstellt. Die unmittelbare Aufsicht und Lenkung der Organisation übten weiterhin *Mátyás Rákosi, Mihály Farkas* und der engste Kreis der Parteiführung aus. Ab 1948 vollzog die ÁVH – dem sowjetischen Beispiel folgend, und mit durchgreifender Unterstützung sowjetischer Ratgeber – die Durchführung verschiedener Schauprozesse. Seit 1950 begann die ÁVH Internierungslager in Tiszalök, in Recsk, in Kazincbarcika und in Kistarcsa auszubauen, überwachte die Grenzen, übernahm die Gefängnisse des Landes, organisierte Vertreibungen und die Überwachung aller Lebensbereiche. Dies führte zu einer totalen Diktatur durch die Kommunistische Partei.

Die Mitarbeiter der Staatssicherheitsdienste waren nicht geschulte Personen: drei Viertel der Agenten besuchten keine Parteischule, Fachschulen besuchte nur die Hälfte der Abteilungsleiter. Insgesamt 60% der Arbeiter beim Geheimdienst hatten keine Fachschule besucht und nur ungefähr 1000 Personen besuchten 6 oder 12 Monate lang die nach 1950 in Budapest gegründete Dzserzsinszkij-Schule, 97 Personen nahmen an einer Fachausbildung in der Sowjetunion teil.[158] Die Mehrheit der Agenten und Offiziere der ÁVH hatte keine Fremdsprachenkenntnisse und wenn man die Dokumente oder Meldungen der Geheimdienste liest, sieht man, wieviel Rechtschreibfehler sie gemacht haben, was eindeutig beweist, dass diese Personen keine große schulische Ausbildung hinter sich hatten und meistens sehr jung dem Staatssicherheitsdienst beigetreten sind.

[158] Dazu s.: Gábor TABAJDI-Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártálam és a belügy., Corvina- 1956-os Intézet Budapest, 2008.

Die Verhaftung des Generalsekretärs der Kleinlandwirte, des Abgeordneten *Béla Kovács*, von den sowjetischen Sicherheitsorganen im Februar 1947 war ein wichtiger Schritt zur Zerstörung der jungen Demokratie. Später, wieder mit Hilfe der Männer von *Péter Gábor*, wurden die zu einer staatsfeindlichen Verschwörung hochstilisierten Zusammenkünfte der *Ungarischen Gemeinschaft* als Anlass für weitere Prozesse und zur Zerschlagung der Kleinlandwirte-Partei missbraucht.
Nachdem die bürgerlichen Politiker ausgeschaltet waren, wandte sich *Rákosi* der Kirche zu und verhaftete binnen weniger Wochen mehr als 200 Geistliche. Weitere Prozesse, die sogenannten *Maort-* und *Standard-Prozesse,* führten zur Verurteilung von Fachleuten und Managern der Wirtschaft. Letzlich kamen alle an die Reihe, die *Rákosi* und seiner Genossen nicht ins Konzept passten: Kulaken, Großgrundbesitzer, Schwaben (als *Faschisten*), Sozialdemokraten, Zionisten, Titoisten oder die als Kommunisten verkleideten Agenten des Imperialismus, sie alle waren potentielle Zielscheiben der Wachsamkeitskampagnen der Kommunisten – das beweisen auch meine Forschungen im Archiv der Staatssicherheitsdienste.

Die Ungarndeutschen – in den Meldungen der Kommunisten und in der ungarischen Presse immer als Schwaben bezeichnet – passten auch nicht ins Konzept der Kommunistischen Partei und wurden daher genauso behandelt wie die Kulaken. Das beweisen viele Berichte aus den Jahren 1946, 1947 und 1948. Um 1947 bessere Wahlergebnisse zu erzielen, besuchte zum Beispiel Rákosi viele Städte und Dörfer und hetzte die Bevölkerung gegen die „Schwaben" auf. Seine Reden konnte man in den kommunistischen Zeitungen lesen:

> *Wir verteilen ein Viertel Million Katastraljoch Land der zu vertreibenden Schwaben unter den Personen, die bis jetzt keinen Boden bekommen haben*

> *(...) Diese Kulaken-Schwaben*[159] *besitzen immer noch mehr als ein Viertel Katastraljoch Land. Diese Schwaben sind während des Faschismus schon schlau gewesen. Wenn es möglich war, traten sie dem Volksbund nicht bei. Sie zwangen eher ihre Angestellten dem Volksbund beizutreten, damit sie – die schlauen Kulaken-Schwaben – nicht vertrieben werden konnten. Die Amerikaner wollten uns nicht*

[159] Im Artikel steht auf Ungarisch: 'zsíros svábok'

genehmigen diese Schwaben auszusiedeln, dann kam aber die Sowjetunion und hat uns geholfen. (Großer Applaus im Publikum.) An die Stelle dieser zu vertreibenden Schwaben kommen jetzt aus dem Komitat Békés Neuansiedler, die bis jetzt keinen Boden bekommen haben. Diese Neuansiedler und auch die Kriegsgefangenen bekommen auf diese Weise Boden. (...)[160]

Als „Stalins bester Schüler" ging Rákosi den Weg bis zur wahren Unmenschlichkeit: Jede politische Tat wurde zu einem Verbrechen verfälscht, ohne dass die von der Außenwelt völlig isolierten Opfer sich dagegen irgendwie hätten wehren können. Die Methode war immer die gleiche: falsche Anklage, Zeugen, die eingeschüchtert worden waren, Folter durch Schlafentzug oder Hunger und Misshandlung mit Gummiknüppeln.
Es genügte oft ein bloßes Gerücht über antidemokratische (antisowjetische) Aussagen oder eine anonyme Denunziation oder die Laune eines Funktionärs oder die Äußerung *verdächtiger* Ansichten, um einen Menschen *aktenkundig* werden zu lassen. Wenn jemand nicht passte, wurde er zum *Faschisten*, zum *Agenten des amerikanischen Imperialismus* oder zum *Gegner der Demokratie* gemacht und verfügte schon bald über ein Dossier bei der Geheimpolizei. Allein zwischen 1950 und 1953 standen 650 000 Personen vor Gericht, hinzu kamen 44 000 Internierungen und im Frühling 1951 die Aussiedlung von 15 000 bürgerlichen, damals *unzuverlässigen* Elementen, vor allem aus Budapest, in weit abgelegene Siedlungen. Die allgegenwärtige AVH hatte ca 40 000 Informanten und es wurden angeblich über eine Million Personen Dossiers angelegt.[161]

Die Verschleppung der Ungarndeutschen

Unter der ungarndeutschen Bevölkerung der Nachkriegszeit herrschte eine sogenannte Potsdam-Legende, laut der die Siegermächte Ungarn verpflichtet hatten, seine deutsche Minderheit zu vertreiben. In Potsdam war keine Rede von einer Aussiedlung auf kollektiver Basis[162]. Dank einer umfangreichen Propaganda der Kommunistischen Partei und der Bauernpartei, wurde jedoch seitens der ungarischen Gesellschaft das ungarnländische

[160] Eine Rede von Rákosi im Dorf Szlovákkomlós (früher, und heute wieder: Tótkomlós) kurz vor den Blau-Zettel-Wahlen (31. August 1947), in: Viharsarok, am 12. August 1947 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[161] Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században., Osiris Budapest, 2001 (S. 271.-376.)
[162] Der Beschluss auf der Potsdamer Konferenz erlaubte – neben Polen und der Tschechoslowakei – auch Ungarn die Vertreibung der Deutschen. Diese betroffenen Ländern wurden jedoch zur Vertreibung der Deutschen nicht gezwungen. Im Abkommen wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, die deutsche Minderheit individual oder kollektiv zu beurteilen. Dazu s.: Teherán, Jalta, Potsdam. Dokumentumgyűjtemény. Kossuth Kiadó Budapest 1969

Deutschtum kollektiv als nationsfeindlich angesehen. Die zeitgenössischen Presseberichte zeigen sehr deutlich, welche Rolle die damalige Pressepropaganda in den Entscheidungsmechanismen gespielt haben.

Noch während der Kampfhandlungen[163] in Ungarn wurden nach den Befehlen[164] (0036 in Oberungarn und 0060 in Transdanubien, Tiefebene und Budapest) des sowjetischen Militärs insgesamt 65 000[165] ungarische Staatsbürger mit deutschen Namen, mit deutscher Muttersprache oder mit deutscher Abstammung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Die Mehrheit dieser Deutschen war am 20. Januar 1945, an dem Tag als der Waffenstillstand[166] unterzeichnet wurde, bereits unterwegs und bei Abschluss der Konferenz von Jalta, am 11. Februar 1945, arbeitete der größte Teil bereits seit zwei-drei Wochen in sowjetischen Lagern. Außerdem konnte man über die Art und Weise, wie die Sowjetunion ihren Bedarf an Arbeitskräften befriedigen wollte das erste Mal bereits im September 1944 hören, als die ungarische Nachrichtenagentur mitteilte, dass die Zivilbevölkerung auf das Territorium des zu besetzenden Landes gebracht wird und in Rumänien die Verschleppung von 1 400 000 Menschen bereits im Gange ist.[167]

Seitens der Regierung gab es keinerlei Mitteilungen, so dass die Bevölkerung von vorneherein in eine ausgelieferte Situation gebracht wurde. Gerüchte verbreitete die Presse zwar schon lange, doch der Bericht über die Taten des „roten Schreckens" hatte im Herbst 1944, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung, schon an Glaubwürdigkeit verloren. Dies ist auch der Grund dafür, warum die Bevölkerung auf die Gefahrensituation nicht entsprechend reagiert hat. Sie hatte zwar Angst vor dem Durchziehen der Front, hoffte aber auch auf ein Überleben ohne größere Erschütterungen. Der Befehl zur Mobilisierung der deutschen Bevölkerung wirkte dann in der Praxis mit der Kraft der Überraschung und verursachte ein Trauma. Der Einsatz von Zivilpersonen auf eine derartige Weise – das Arbeiten von Zivilpersonen in einem

[163] Die sowjetischen Einheiten erreichten am 25. August 1944 die östlichen Grenzen Ungarns. Die Hauptstadt Budapest wurde im Herbst 1944 zur Frontstaft: Deutsche Panzereinheiten – darunter auch die Maria Theresia SS-Einheit 22, die aus den zwangsrekrutierten ungarndeutschen Soldaten zusammengestellt wurde – lagerten im September in Buda, währendessen die sowjetischen Einheiten Anfang November schon 15 Km von Budapest entfernt waren. Am 24. Dezember waren sowjetische Militäreinheiten schon in den westlichen Bezirken von Buda. Diesbezüglich s.: Krisztián UNGVÁRY, Budapest Ostroma, Corvina 2005

[164] Befehl Nr 0036 in Oberungarn und 0060 in Transdanubien, Tiefebene und Budapest von 22. Dezember 1944 betreffs Mobilisierung arbeitsfähiger Personen deutscher Abstammung zwecks Wiederaufbauarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet, siehe: Elek KARSAI, Magda SOMLYAI, Sorsforduló. Iratok Magyarország felszabadulása történetéhez 1944 szeptember-1945 április, Budapest, 1970

[165] György ZIELBAUER, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955, Szombathely-Vép, 1990

[166] Das Waffenstillstandsabkommen wurde von den Siegermächten und Ungarn am 20. Januar 1945 unterzeichnet.

[167] Dazu ausführlicher: Loránt TILKOVSZKY, Magyarországi németek szovjet munkatáborokban. In: Regio Nr. 1., 1991, György ZIELBAUER, A magyarországi németek elhurcolása. 1944/45. A kollektiv büntetés első állomása. Dokumentumkötet. Magyarországi Németek Szövetsége, Budapest 1990

fremden Land – wurde für so absurd gehalten, dass darüber nicht einmal verfügt wurde. Dies wurde auch nicht in den im weiteren Verlauf der Ereignisse unterzeichneten Waffenstillstandsvertrag aufgenommen. In dem Waffenstillstandsabkommen, das von den Siegermächten und Ungarn am 20. Januar 1945 unterzeichnet wurde, hat sich die ungarische provisorische Nationalregierung verpflichtet, die deutschen Staatsangehörigen Ungarns zu internieren (und nicht zwecks Arbeitsdienst in der Sowjetunion zu mobilisieren).[168]

Für Ungarn wurde nur am 20. Januar 1945 eine objektive Wiedergutmachung festgelegt und auch der Friedensvertrag wurde am 10. Februar 1947 unter derartigen Bedingungen unterzeichnet. Über die Wiedergutmachung, also Verwendung der deutschen Arbeitskraft, verhandelten die Großmächte erst auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945.

Der Befehl der sowjetischen Armee von 22. Dezember 1944 zur Organisation und Durchführung der im rückwärtigen Frontgebiet auszuführenden Wiedergutmachungsarbeiten ordnet eindeutig die Mobilisierung sämtlicher arbeitsfähiger Personen deutscher Abstammung an. Laut sowjetischem Befehl sollten sich Männer deutscher Abstammung von 17-45 und Frauen deutscher Abstammung von 18-30 Jahren mit 200 kg Gepäck melden. Diese Mobilisierung hatten die örtlichen ungarischen Behörden vorzunehmen: Innenminister Ferenc Erdei[169] verfügte am 5. Januar 1945 in einer Verordnung die Registrierungspflicht für sich auf dem Territorium Ungarns aufhaltende Personen deutscher Abstammung zwecks Arbeitsdienstes. Nur denjenigen wurde der Arbeitsdienst erlassen, die trotz deutschem Namen als Ungarn oder Juden betrachtet wurden oder die an deutschfeindlichen patriotischen Bewegungen teilgenommen hatten oder sich weder an ungarischen noch an deutschen faschistischen Organisationen beteiligt hatten.[170]

Die rechtliche internationale Gültigkeit dieser Vereinbarung ist jedoch fragwürdig,[171] da der Befehl 0060 an demselben Tag erschien an dem die ungarische Regierung einberufen wurde. Es kam zwischen Ungarn und der Sowjetunion keine bilaterale Übereinkunft[172] zustande, sondern die ungarische Regierung wurde gezwungen, sich dem Diktat von Stalin zu beugen.

---

[168] In der Verordnung der Provisorischen Nationalregierung 302/1945. M.E. steht, dass „alle deutschen Staatsbürger, die sich im Gebiet des Landes aufhalten, interniert werden müssen", in: Magyar Közlöny I. (Ungarisches Mitteilungsblatt), am 27. Februar 1945, Nr. 7. (Übersetzung der Autorin)

[169] Innenminister der Provisorischen Nationalregierung, vom 22. Dezember 1944 bis 15. November 1945

[170] Diese Verordnung wurde in Magyar Közlöny veröffentlicht.

[171] Diesbezüglich s.: György ZIELBAUER, A magyarországi németek elhurzolása és elűzése, Budapest 1996

[172] Diesbezüglich s.: Miklós FÜZES, Sklavenraub. In: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband. Verband der Ungarndeutschen, Budapest 1990

Ein Beispiel vom Einsammeln der arbeitsfähigen Männer und Frauen deutscher Abstammung in der Stadt Fünfkirchen (Pécs), in der Zeitung „Új Dunántúl", im Dezember 1944:

> *Registrierung der sich auf dem Territorium Ungarns aufhaltenden arbeitsfähigen Personen deutscher Abstammung zwecks gemeinnützigem Arbeitsdienst*
>
> *Der Leiter der Militärbehörde der Stadt Fünfkirchen gab den Befehl Nr. 3. zur Registrierung der sich auf dem Territorium Ungarns aufhaltenden arbeitsfähigen Personen deutscher Abstammung zwecks gemeinnützigem Arbeitsdienst im rückwärtigen Frontgebiet bekannt. Der Text des Befehls lautet so:*
> *Hiermit ordne ich aufgrund des Befehls 0060 der am Krieg teilnehmenden sowjetischen Armee von 22. Dezember 1944 über die Organisation und Durchführung der im rückwärtigen Frontgebiet auszuführenden Wiedergutmachungsarbeiten die Mobilisierung aller arbeitsfähigen Personen deutscher Abstammung an.*
> *Laut (sowj.) Befehl haben sich Männer im Alter von 17-45, Frauen von 18 bis 30 Jahren zu melden.*
> *Sammelstelle der zu mobilisierenden Deutschen ist das Gebäude der Polizei der Stadt Fünfkirchen. Sie müssen alle am 29. Dezember 1944 um 12 Uhr in der Sammelstelle erscheinen.*
> *Die Personen deutscher Abstammung müssen 3 Paar Schuhe, dreimal Unterwäsche, Bettwäsche und eine Decke sowie Essbesteck und Lebensmittel für 15 Tage mitnehmen, so dass das Gesamtgewicht pro Person 200 kg nicht übersteigt.*
> *Die örtlichen ungarischen Behörden haben diese Mobilisierung zum angegebenen Zeitpunkt vorzunehmen.*
> *Für diejenigen, die nicht rechtzeitig erscheinen, stellt der Befehl laut Kriegsgesetzen aufgrund des Kriegsgerichtsurteils das Zur-Verantwortung-Ziehen in Aussicht. Weiterhin schliesst er eine schwere Vergeltung für Familienmitglieder und Mitschuldige derjenigen nicht aus, die sich dem Befehl widersetzen.*[173]

In der gleichen Zeitung, in „Új Dunántúl", konnte man am nächsten Tag noch einen kurzen Artikel über die Abstammung der Deutschen lesen:

[173] Új Dunántúl, am 29. Dezember 1944 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Wer sind die Personen deutscher Abstammung?

In unserer gestrigen Ausgabe konnten Sie über den 3. Befehl der russischen Militärbehörden lesen, in dem die Personen deutscher Abstammung zur Registration aufgerufen werden.
Laut offizieller Stellen sind diejenigen als Personen deutscher Abstammung zu betrachten, die sich bei der Volkszählung im Jahre 1941 als Deutsche – Muttersprache und auch Nationalität Deutsch - ausgesprochen haben. So sind in erster Linie diejenigen als Deutsche zu betrachten, die ehemalige Mitglieder des Bundes der Deutschen in Ungarn sind, des schon aufgelösten Volksbundes und die Personen, die ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk mit ihrem Benehmen offenkundig bewiesen haben.[174]

Diesen Befehl haben die Ortskommandanten der ungarischen Städte und Dörfer bekommen:

Befehl
des Oberkommandanten der Stadt (des Dorfes) .....
Nr. .....
Dezember 1944 Kämpfende Truppe

Betreff: Mobilisierung arbeitsfähiger Personen deutscher Abstammung zwecks Wiederaufbauarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet:

In Ausführung des Frontbefehls Nr. 0060 vom 22. Dezember 1944 erkläre ich die Mobilisierung aller arbeitsfähigen Personen deutscher Abstammung zur Organisierung und Durchführung der Wiederaufbauarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet.

1. Mobilisiert werden alle arbeitsfähigen Personen deutscher Abstammung: Männer im Alter von 17 bis 45 Jahre, Frauen von 18 bis 30 Jahre.

[174] Új Dunántúl, am 30. Dezember 1944 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

2. *Der Sammelpunkt der Mobilisierten ist die Stadt (das Dorf) ..... Alle Mobilisierten haben sich am ..... Dezember 1944 um ..... Uhr in dem Sammelpunkt einzufinden.*
3. *Die Mobilisierten haben mitzunehmen: warme Kleidung, je 2 Paar brauchbares Schuhwerk, je 3 Wäschegarnituren, Bettzeug, Essgeschirr und Nahrungsmittel für 15 Tage, insgesamt bis zu 200 Kg. pro Mann.*
4. *Die Ortsbehörden haben sicherzustellen, dass sich alle Mobilisierten hundertprozentig und rechtzeitig in den Samelpunkten einfinden.*
5. *Alle Personen, die sich der Mobilisierung zu entziehen versuchen, werden nach den Gesetzen der Kriegszeit zur Verantwortung gezogen, vor ein Kriegsgericht gestellt und gegen ihre Familien und Mithelfer werden Repressivmassnahmen angewendet.*

gez. .....
Oberkommandant[175]

Wie diese Verordnungen aber in der Wirklichkeit durchgeführt worden sind, beweist ein Bericht[176]: *Am 26. Dezember 1944 erschien in der Gemeinde Elek eine etwa 200 Mann zählende russische GPU-Truppe und liess sich einquartieren. Am gleichen Abend liess mich der Kommandant der Truppe, ein rusischer Major, zu sich rufen und ordnete eine volkszählungsartige Registrierung der Bewohner des Kreises Elek an. .. Am 1. Januar 1945 ließ mich der Major der Truppe um 22 Uhr zu sich rufen und teilte mir mit, dass er die Einwohner deutscher Nationalität, bzw. die Personen mit deutschen Namen, zur Arbeit zu mobilisieren gedenkt. .. Der befehlshabende GPU-Major gab am 2. Januar 1945 früh um 7 Uhr seine Anweisung bekannt, derzufolge alle Personen mit deutschem Namen – ohne Rücksicht, ob sie der deutschen Sprache mächtig sind und ohne Rücksicht auf ihr Vorleben – unter seine Verordnung fallen. Hierher gehörten auch alle Personen mit ungarischem Namen, deren Großeltern einen deutschen Namen hatten oder deutscher Abstammung waren. Der russische Major äußerte übrigens wörtlich: 'Wenn nur ein Tropfen deutsches Blut in den*

[175] Der sowjetische Befehl zur Mobilisierung arbeitsfähiger Personen deutscher Abstammung zwecks Wiederaufbauarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet (Der auf deutscher Sprache verschickte Befehl), in: Elek KARSAI, Magda SOMLYAI, Sorsforduló. Iratok Magyarország felszabadulása történetéhez 1944 szeptember-1945 április. Budapest, 1970. I. kötet, György ZIELBAUER, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955. Pannon Műhely Szombathely-Vép, 1990.

[176] Bericht von György Zielbauer, der aus Elek stammt und seine Doktordissertation 1969 an der ELTE über *„Die Geschichte der Gemeinde Elek 1920-1949"* geschrieben hat: Nach Zielbauer befindet sich im Archiv Nr. 1 in Szeged in den Aufzeichnungen in den Obergespan-Schriften der Bericht des Oberstuhlrichters des Kreises Elek, der den Ablauf der Deportierung ausführlich beschreibt.

Adern fliesst, ist deutsch.' ... Ein ungarischer Ausschuss schlug vor 228 Personen (aus Elek) zu verschonen, die Rettungsaktion blieb aber erfolglos, ganz im Gegenteil: Der russische Major ordnete an, daß alle Männer des Jahrganges 1899 sowie die Mitglieder der kommunistischen Partei und deren Angehörige an den Sammelstellen zu erscheinen haben. ... Am nächsten Tag – am 11. Januar 1945 – war das Einsammeln abgeschlossen und die Leute wurden einwaggoniert. Der Transport verliess um 13 Uhr den Bahnhof der Gemeinde Elek mit 1903 Personen und die russischen Militärkräfte entfernten sich am 12. Januar 1945 in der Frühe aus der Gemeinde.[177]

Die Forschungen von Zielbauer belegten auch, dass sich die Aktion, die ursprünglich zum Abtransport deutschstämmiger Personen in die Sowjetunion gestartet worden war, bei weitem nicht nur auf diese erstreckte, sondern in großem Ausmasse allgemeinen die Zivilbevölkerung betraf.

Aufgrund der Dokumente des Außenministeriums, die im kriegsgeschichtlichen Archiv aufbewahrt werden, kann festgestellt werden, dass nach Beendigung des Krieges in Europa in den westlichen Komitaten des Landes mit Austrommeln verkündet wurde, dass Männer im Alter von 16-40 Jahren verpflichtet sind, sich zu melden. So wurden aus verschiedenen Gemeinden im April und Mai 1945 von sowjetischen Militärkommandanturen viele Männer eingezogen, die wahrscheinlich nach Abschluss des Krieges infolge der Dissertierung der Kriegsgefangenen für die 'Aufstockung der fehlenden Anzahl' notwendig waren[178].

Sie sind mit einem Bündel gekommen, mit einem Bündel sollen sie auch das Land verlassen![179] lautete damals das Urteil des bekannten Bauernparteipolitikers Imre Kovács über die Ungarndeutschen:

> *Die Schwaben sind mit einem Bündel gekommen, mit einem Bündel sollen sie auch das Land verlassen*
>
> *Vor einem großem Publikum hielt die Nationale Bauernpartei ihren Parteitag am 7. April, Samstag Nachmittag in ihrem zentralen Gebäude, in der Andrássy Strasse 25 ab. Nach der Eröffnungsrede des Parteivorsitzenden Ferenc Farkas zählte Imre Kovács die aktuellen Fragen auf, mit denen sich die Nationale Bauernpartei zur Zeit*

[177] Bericht des Oberstuhlrichters des Kreises Elek, in: György ZIELBAUER, Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990

[178] Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990

[179] Szabad Szó, 10. April 1945 (S. 4.)

beschäftigt. Im Zusammenhang mit der Bodenreform tauchte die Frage der Vertreibung der Schwaben auf. Endlich kann Ungarn seine Beziehung zu Deutschland und zu den Schwaben klären. Die Schwaben sind mit einem Bündel gekommen, mit einem Bündel sollen sie auch das Land verlassen. Die Schwaben haben sich selbst aus dem Körper des Landes losgerissen, mit all ihren Taten bewiesen sie, dass sie mit dem hitlerischen Deutschland zusammenhalten. Jetzt müssen sie das gleiche Schicksal wie das hitlerische Deutschland erleiden. Wir werden die Schwaben vertreiben. Sie müssen gehen. (...)[180]

Die Last und Verantwortung der Durchführung lastete auf dem örtlichen (dem Gemeinde- und Stadt-) Apparat sowie auf dem Verwaltugsapparat der Kreise. Die Komitatsverwaltungen und die provisorische nationale Regierung wurden über die Ereignisse erst später informiert, denn das Nachrichtennetz funktionierte auch nicht so gut. Die sowjetischen Militärbehörden versuchten alles selbst zu erledigen[181] und die einzelnen Siedlungen[182] gerieten in eine schwierige Situation. Das Einsammeln der Menschen war Aufgabe der ungarischen Behörden, doch führten diese meistens die sowjetischen Soldaten durch. Ein zweiwöchiger Einsatz, den die sowjetischen Behörden als Täuschung angegeben hatten, täuschte auch die ungarischen Behörden[183]. Wo das wahre Ziel unbekannt war, dort war auch der Verlust viel größer: Die Menschen in Ungarn konnten sich nicht auf die Umstände in der Sowjetunion vorbereiten, hatten keine entsprechende Kleidung dabei. Kälte, Hunger, Epidemien trafen diese Leute viel schwerer.

Die Front zog sich in der ersten Januarhälfte 1945 von Babócs-Nagykorpad-Nagybajom-Marcali-am Südufer des Balaton-Velence-Budapest vom Westen und Süden her umgehend- über Stuhlweissenburg-Gran-Léva hin.[184] Zu Verschleppungen kam es später auch in Westungarn, ungarische Opfer wurden nämlich basierend auf dem sich auf die Deutschen beziehenden Befehls – aus Mangel an deutscher Bevölkerung – verschleppt.

---

[180] Szabad Szó, am 10. April 1945 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[181] Sie verschleppten alle Personen, die einen deutschklingenden Namen hatten.
[182] Die Siedlungen versuchten eine „Rangfolge" aufzustellen, ohne Erfolg. Dazu s.: Miklós FÜZES, Sklavenraub in: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990 S. 54-55.
[183] So konnte vorkommen, dass ein ungarndeutscher Dorfrichter auch seine eigenen Familienmitglieder zu der angekündigten Arbeit schickte. Erzsébet HETESI, Éva MAYER, Aus den Erinnerungen der Verschleppten. In: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990 S. 110-157.
[184] Dazu s.: Krisztián UNGVÁRY, Budapest Ostroma, Corvina 2005

Insgesamt stellen sich die Zahlen der Verschleppten folgendermassen dar: in Nordost-Ungarn 19 816 Personen, in Budapest und Umgebung sowie im Donau-Theiß- Zwischenstromland 17 956 Personen, in Südost-Transdanubien 11 455 Personen. Infolge politischer Unzuverlässigkeit werden aber etwa 30 % der Verschleppten in den Namenslisten des Außenministeriums nicht geführt, dass sind zusätzlich noch ca. 14 700 Personen.[185]

In der westlichen Fachliteratur wird auch festgestellt, dass die sowjetischen Militärbehörden aus Jugoslawien, Ungarn und Rumänien 150 000 Donauschwaben[186] deportiert haben – davon entfallen 60.000-65.000 auf Ungarn: *Mit der Niederlage des Dritten Reiches brach die Katastrophe auch über die Donauschwaben herein. In deren Verlauf lassen sich als Zwangsmassnahmen oder Rechtsverstöße unterscheiden:*

1. *die Evakuierung der Donauschwaben aus ihren Heimatstaaten,*
2. *die Zwangsverschleppung in die Sowjetunion,*
3. *die Entrechtung, Enteignung und Vertreibung,*
4. *die Ermordung und Internierung in Arbeits- und Vernichtungslagern.*[187]

Aufgrund der amtlichen statistischen Unterlagen der ungarischen Regierung[188] wurden insgesamt 60.000- 65.000 Menschen aus Ungarn als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter in die Sowjetunion verschleppt, darunter etwa 35.000 volksdeutsche Zivilisten und 30.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene. Dies bedeutet, dass etwa 10% der ungarischen Verschleppten und Kriegsgefangenen Volksdeutsche waren.

Aus den bisher erschienenen Interviews zeichnen sich zwei Reiserouten ab:

die nordöstliche, die Munkács und Szolyva berührend in das Sammellager von Sary Sambor führte, die südöstliche, die zunächst auf der Route Baja-Szeged-Temesvár-Déva-Brassó-Plojesti-Jassi(Umsteigebahnhof)-Dnjepropetrowsk-Rostow in die verschiedenen Bergwerke des Donezk-Beckens führte, und dann von hier weiter in den Kaukasus auf die Ölfelder.

---

[185] Aus der Forschungsarbeit von György ZIELBAUER. Dazu s.: György ZIELBAUER, Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990, György ZIELBAUER, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955. Szombathely-Vép, 1990, György ZIELBAUER, A magyarországi németek elhurcolása és elűzése. Országos Német Önkormányzat, Budapest 1996

[186] 50.000 Banater und Sathmarer Schwaben, 50.000-75.000 Ungarndeutsche und 80 Prozent der Deutschen aus Kroatien, Slawonien und Syrmien erreichten in dieser Zeit Deutschland durch Evakuierung oder Flucht. 40.000 Schwaben wurden 1951 in Rumänien zwangsweise in die Baragan-Steppe umgesiedelt. Wendelin HAMBUCH, Zur sowjetischen Deportation. Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990 S. 182-204.

[187] Josef Volkmar SENZ über das tragische Schicksal der Deutschen in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien in der Zeit von 1944 bis 1948, in: Josef Volkman SENZ, Geschichte der Donauschwaben, München 1987

[188] Gazdaságstatisztikai Tájékoztató, Budapest 1947 in: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, dtv, 1998

Mit beiden Routen konnten der Ural, Njizsnij Tagil, Perm und die Umgebung von Ufa erreicht werden.[189] Die Botschaft der Sowjetunion versicherte den ungarischen Behörden, dass die Regierung der Sowjetunion nicht die Absicht hat, die verschleppten Menschen zurückzuhalten:

Ungarisches Außenministerium
26.000/1945

Debrecen, den 31. März 1945
Betreff: Auffindung und Zurückführung
der von den sowjetischen Truppen
verschleppten Personen

Herrn Obergespan des Komitats Branau Fünfkirchen

(...) Zur Information teile ich dem Herrn Obergespan mit, dass mir der in der obigen Frage persönlich bei mir intervenierende Beauftragte der Alliierten Kontrollkommission (der außerordentliche Botschafter und amtierende Minister M.G. Puschkin) auf meine diesbezügliche Frage mitteilte, dass die Regierung der Sowjetunion nicht die Absicht habe, die verschleppten Menschen zurückzuhalten, sondern dass diese mit der Zeit zu ihren Angehörigen zurückkehren werden. (...)

Gyöngyösi
Ungarischer Außenminister[190]

Unsicherheit in der Beurteilung „der unmittelbar im rückwärtigen Frontgebiet auszuführenden Wiederaufbauarbeiten" war bei den sowjetischen Militärbehörden zu spüren: Die um Weihnachten 1944 eingesammelten Menschen warteten etwa zwei Wochen lang, mindestens aber bis zum 5. Januar 1945. Höchstwahrscheinlich wollte man die gerade gegründete provisorische nationale Regierung in dieser Frage nicht umgehen und möglich ist auch, dass sich die Dinge nicht entsprechend ihren Berechnungen gestalteten. Ein Beispiel für diese

[189] Diesbezüglich s.: Loránt TILKOVSZKY, Magyarországi németek szovjet munkatáborokban. In: Regio Nr. 1., 1991, Miklós FÜZES, Sklavenraub in: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990, István FEHÉR, A magyarországi németek kitelepítése. 1945-1950. Budapest, Akadémia Kiadó, 1988, Miklós FÜZES, Modern rabszolgaság. „Malenkij robot". Magyar állampolgárok a Szovjetunió munkatáboraiban 1945-1949. Budapest, Formatív Kft., 1990

[190] MOL, Külügyi Iratok, Miklós FÜZES, Rabszolgaszerzés. in: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990, István FEHÉR, A magyarországi németek kitelepítése. 1945-1950. Budapest, Akadémia Kiadó, 1988,

Verzögerung und auch für die Täuschung der sowjetischen Behörden mit der „Arbeit" für 3 Wochen ist ein Briefwechsel des 18-jährigen Verschleppten Mihály Schramm aus dem Fünfkirchner Sammellager an seine Eltern in Sásd:

Fünfkirchen, 30.12.1944
Liebe Mutti, ...
Ich bin gesund, was ich auch Euch von ganzem Herzen wünsche. (...) Liebe Mutti, hier ist eine Zeitung, die schreibt, dass diejenigen, die sich 41 als Ungarn ausgeben haben, nach Hause gehen können. Der Zeitung ist zu entnehmen, dass wir vielleicht nach Hause gehen können. Wir sind Ungarn. Vielleicht klappt es. Ich weiss noch nicht, was wird. (...) Jeden Morgen bekommen wir Bohnenkaffee, die Haare werden uns geschoren. Wegen der Läuse, auch unsere Kleidung wurde schon einmal desinfiziert. Das Paket habe ich erhalten. Vielen Dank. (...) Mal sehen, was wird.
Gott sei mit Euch, ich küsse Euch alle vielmals.
Dein Sohn Misi

Fünfkirchen, 1.1.1945
Liebe Mutti,...
Wir mussten ein trauriges Neujahr erleben. Ich wünsche Euch allen ein glückliches Neues Jahr, nur für mich ist es traurig. (...) Wir warten hier nun jede Minute auf den Abtransport nach Russland. Der Dolmetscher sagte uns, dass es eine harte Nuss sein wird von dort zu fliehen. Ich meine nun schon, soll kommen, was kommt. Bisher habe ich daran geglaubt, dass wir nach Hause können, doch das wird nicht klappen. (...) Wir werden gekennzeichnet, kann man hier hören. Auf die Stirn oder am Kopf, ich weiss es nicht, und dann geht es los. Gebraten oder tätowiert. (...) Wir werden einwaggoniert oder gehen zu Fuss, ich weiss es noch nicht. Liebe Mutti, diese Woche gehen wir, mehr als wahrscheinlich in ein-zwei Tagen. (...)
Gott sei mit Euch.
Misi

Fünfkirchen, 11.1.1945
Liebe Mutti,...
Ich schreibe Euch jetzt den letzten Brief. (...) Wir kommen nach Russland, in die Ukraine. Wir fahren nach Baja und von dort weiter. (...) Ich wünsche Euch alles Gute,

heute fahren wir. Gott sei mit Euch. Ich denke viel an zu Hause, vielleicht hilft mir der liebe Gott einmal. (...)
Misi[191]

Die Verschleppungen im Süden des Landes, in der Batschka und in der Schwäbischen Türkei, wurden von jugoslawischen Partisanen – getrieben von einem fanatischen Hass auf Deutsche wegen der Annektierung dieser Gebiete 1941 von Ungarn -, ungarischen Nationalisten und Anhängern der kommunistischen und der bäuerlichen Parteien. Baja war als Sammellager für die Verschleppten außerordentlich geeignet, weil sich hier die einzige unzerstörte Donaubrücke des Gebietes befand.

Bei der Beurteilung des Geschehens müssen die politischen Lügen der sowjetischen und auch ungarischen Behörden erwähnt werden. Der Mobilisierungsbefehl schrieb Arbeit im rückwärtigen Frontgebiet vor und beim Einsammeln der Menschen sprachen die Behörden zum Beispiel „nur" über das Einbringen des Maises oder den Bau des Fünfkirchner Flugplatzes oder die Verteilung von Lebensmitteln.

Hierbei sollte man auch die vom 5. Januar 1945 datierte Verordnung des ungarischen Innenministers erwähnen, weil er das wahre Ziel des Einsatzes nicht mitteilte, obwohl es ihm bekannt war. Und Stalins Verhalten auf der Teheraner Konferenz, wo er auf Aufforderung von Roosevelt bekanntgab, dass die Sowjetunion sich noch nicht auf die Verhandlungen zur Verwendung der deutschen Arbeitskraft als eine Art der Wiedergutmachung vorbereitet hat. All das sagte er zu einem Zeitpunkt, als die Abtransporte schon abgeschlossen waren.[192]

Der Rücktransport der Verschleppten aus der SU in die Heimat setzte im März 1945 ein, der Rücktransport der Kranken wurde 1946 fortgesetzt. Die Rückkehr der Zivilbevölkerung – inbegriffen die der Deutschen – kann mit Hilfe der Namenslisten des Wohlfahrtsministeriums konkretisiert werden: Vom 1. Januar 1947 bis Ende Dezember 1948 sind 7090 Frauen, 26 232 zivile Männer, weiterhin 6965 minderjährige Männer[193] nach Ungarn zurückgekehrt. Die letzten Transporte trafen Ende Dezember 1949 ein[194]. Es gibt aber keine genauen Angaben, wie hoch die Zahl der in den sowjetischen Arbeitslagern verstorbenen Personen ist. Ungefähr ein Drittel bis ein Viertel der Verschleppten sind verstorben und ruhen in unbenannten Gräbern in der Nähe der ehemaligen Arbeitslager.

[191] Miklós FÜZES, Sklavenraub, in: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Bp., 1990
[192] Dazu s.: Forschungsarbeit von György ZIELBAUER
[193] Diese jungen Männer wurden in die Kategorie „levente" eingestuft. Sie waren nicht einmal 18 Jahre alt.
[194] Angaben aus der Forschungsarbeit von György ZIELBAUER, Dazu s.: György ZIELBAUER, A magyarországi németség nehéz évtizede. 1945-1955. Szombathely-Vép, 1990

Die verschleppten Deutschen trafen bei ihrer Rückkehr nach Ungarn in den meisten Fällen ihre Familien nicht mehr an, weil 1946, und dann 1947-1948, ein bedeutender Teil des ungarnländischen Deutschtums in die amerikanische oder sowjetische Besatzungszone Deutschlands vertrieben worden war.

Die Verschleppung der Ungarndeutschen ab 1944 und die darauf folgende Vertreibung war ein Prozess der – die Menschenrechte völlig verletzenden – Ungerechtigkeit. Die Betroffenen mussten unschuldig, nur wegen ihrer Nationalitätenzugehörigkeit leiden. (...) Es ist unbestreitbar, dass die Verschleppung, Deportierung, Internierung, die Wiedergutmachungsarbeiten, beziehungsweise die Bezeichnung „Arbeitsdienst der Deutschen in Kriegszeit", der Zivilbevölkerung mit deutschem Namen oder deutscher Abstammung den Anfang der Vertreibung des Deutschtums aus Ungarn bedeutete.[195]

Die der Vertreibung folgende Zeit war auch voller Repressalien gegenüber dem ungarnländischen Deutschtums, denn die 1949 angenommene Verfassung deklarierte zwar die Rechte der Minderheiten, doch waren unabhängig davon Tausende Deutsche gezwungen, ihre frühere Existenz aufzugeben und in die Städte zu flüchten. In der Zeit von 1949-1953 wurden „im Interesse der Sicherheit der Staatsgrenzen" zehntausende Bewohner entlang der östereichischen und jugoslawischen Grenze – außer Ungarn auch Deutsche und Südslawen – gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen. Sie wurden in die in der Hortobágy errichteten Lager verschleppt. Mit dieser Aktion wurden in der Hauptstadt und in anderen Orten die sog. „nicht erwünschten Elemente" ebenfalls zum Verlassen ihrer Wohnorte veranlasst.

Eingestellt wurde die innere Umsiedlung[196] nach der Gründung der Regierung von Imre Nagy im Juni 1953. Viele wurden zwar aus Lagern befreit, konnten aber wegen der „Grenzzone" nicht mehr in ihre frühere Heimat zurückkehren und auch die polizeiliche Aufsicht schränkte die Menschenrechte ein.[197] Aufgehoben wurde die Grenzzone erst im Oktober 1956.

Die Verschleppung blieb in den vierzig Jahren des Kommunismus ein Tabu-Thema[198].

---

[195] Sándor BALOGH, Az új Magyarország és a magyarországi németek. 300 éves együttélés – A magyarországi németek történetéből. Tankönyvkiadó, Budapest 1988. I. kötet S. 147-154. (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[196] Diesbezüglich ausführlicher s.: Ágnes TÓTH, Telepítések Magyarországon 1945-1948 között. A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései. Kecskemét, Bács-Kiskun Megyei Önkormányzat Levéltára, 1993, Gerhard SEEWANN, Péter DIPPOLD (Hg.) Migration und ihre Auswirkungen. Beispiel Ungarn 1918-1995. In: Bibliographisches Handbuch der ethnischen Gruppen Südosteuropas I-II., München 1997

[197] Dazu mehr im nächsten Kapitel, unter den Aufgaben der Staatssicherheitsdienste,

[198] Ab Mitte der 70er Jahre wurden die in der Verschleppung verbrachten Jahre als Arbeitsverhältnis und Rentenjahre anerkannt. Nach der Wende versuchte der Verband der Ungarndeutschen die Verschleppten zu entschädigen und mit einer Rentenzulage fördern. Die Verordnung des Ministerrates 104/1989 MT am 4. Oktober 1989 (500 Ft Rentenzulage monatlich) darüber rief ein grosses Echo hervor, die Presse berichtete darüber ausführlich.

Die Enteignung und Vertreibung der Ungarndeutschen

Die Umgestaltung von Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg war in den ersten Nachkriegsjahren politischer Natur. Ein Teil dieses Prozesses ist das Verfahren[199] gegen die Ungarndeutschen. Die vorher erwähnten Aktionen[200] der Roten Armee – unter Mitwirkung der sich gerade gestaltenden ungarischen Verwaltung[201] – haben die Ungarndeutschen schon im Winter 1944 erschüttert. Am 21. Dezember 1944 richtete die – an demselben Tag einberufene – provisorische Nationalversammlung in Debrecen eine Proklamation an das ungarische Volk[202]. Diese Proklamation hob die Notwendigkeit hervor, ein Waffenstillstandsabkommen zu schliessen und mit dem hitlerischen Deutschland zu brechen, betonte jedoch auch die Zusicherung der umgreifenden politischen Rechte für die werktätigen Massen sowie die Untastbarkeit des Eigentums. In der Proklamation sprach man schon von der Wichtigkeit der Bodenreform[203].

Die provisorische Nationalversammlung schuf der Regierung eine rechtliche Grundlage für ihre Tätigkeit, Verordnungen zu verabschieden, durch die Ermächtigung[204] der provisorischen Nationalregierung zur Verwaltung und Leitung der Landesangelegenheiten. Diese wurde im September 1945 mit einer weiteren Bestimmung ergänzt: Die Entwürfe der späteren Verordnungen mussten der Regierung der politischen Kommission der provisorischen Nationalversammlung vorgelegt werden. Ziel dessen war es, bestimmte Bereiche schneller und effizienter regeln zu können. Diese Ermächtigung – und die Entscheidungen der politischen Kommission – spielte in der ungarischen Gesetzgebung zwischen 1944 und 1949[205] eine Schlüsselrolle. Bei der Verabschiedung der Verordnungen der provisorischen Nationalregierung war für die Aufsicht der Gesetzlichkeit das Verwaltungsgericht zuständig, dem nach 1945 mehrere Rechtsbefugnisse abgesprochen worden waren.[206]

---

[199] Darunter: Internierung, Verschleppung, Vertreibung, Enteignung, Entrechtung, Staatenlosigkeit unter anderem

[200] Die Verschleppung der Ungarndeutschen zwecks Arbeitsdienst.

[201] Am 21. Dezember 1944 wurde die Provisorische Nationalversammlung einberufen, deren Aufgabe die Gründung des neuen ungarischen Staates war. Dazu s.: Barna MEZEY (Red.), Magyar alkotmánytörténet. Osiris Kiadó, Budapest 1996

[202] In: Géza ERSZEGI, Klára DÓKA, László SOÓS (Red.), Magyarország századai. Válogatás ezer év dokumentaiból 1000-1956. Budapest, 2003 (S. 456.)

[203] Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója. Atheneum, Budapest 1946 (S. 66.)

[204] Die Ermächtigung zum Verabschieden und Erlassen von Verordnungen wurde am 22. Dezember 1944 gegeben.

[205] Dazu ausführlicher s.: Mária PALASIK, A jogállamiság megteremtésének kísérlete és kudarca Magyarországon 1944 – 1949. Politikatörténeti füzetek. Nr. XVII., Napvilág Kiadó Budapest, 2000 (S. 37.)

[206] Dazu s.: Kinga TÓTH, Visszapillantás a magyar Közigazgatási Bíróság történetére. In: Magyar közigazgatás, Budapest 1991, Istán STIPTA, A magyar közjogi múlt üzenete: önálló közigazgatási bíróság. In: Magyar jog, 6.sz., Budapest 2010, Szabina BOGNÁR, Vagyoni korlátozások, vagyonelkobzás és vagyonjuttatások Budaörsön. In: Jogfosztások Budaörsön (1944-1948). Budaörs, 2010

Die Ziele, die Bestrebungen der ungarischen politischen Kräfte – unter sowjetischem Einfluss[207] und durch die Veränderungen in der ungarischen Gesetzgebung – wurden im Frühjahr 1945 noch eindeutiger: Die Verordnung über die *Liquidierung de Großgrundbesitzes und die Verteilung von Land an die landwirtschaftliche Bevölkerung*[208] vom 17. März 1945 führte einerseits zu Vermögensenteignung von breiten Kreisen der ungarndeutschen Bevölkerung – ohne Rücksicht auf die eigene, individuelle Verantwortung – andererseits zur Vergrößerung der Wählerbasis bestimmter Parteien, vor allem der Nationalen Bauernpartei und der Kommunistischen Partei. Aufgrund des am 20. November 1945 vom Kontrollrat der Alliierten gefassten Beschlusses, ging das Eigentumsrecht des gesamten Vermögens, was die nach Deutschland vertriebene ungarndeutsche Bevölkerung zurückgelassen hatte, auf den ungarischen Staat über.[209] Die nach diesem Gesetz ins ungarische staatliche Eigentum übergangenen Häuser, Acker, forstwirtschaftlichen Betriebe, Ernte, Vieh, Kleinindustriebetriebe, Ausrüstungen in der Wirtschaft und im Haushalt und andere Mobilien gehörten ab jetzt dem Bestand des Bodenverwaltungsfonds. Diese konnten – aufgrund der durch den Gesetzesartikel Nr. VI/1945 in Rechtskraft getretenen Verordnung Nr. 600/1945. M.E. - die Ansprüche der Begünstigten, die bis jetzt keinen Boden erhalten haben, befriedigen.[210] Während der Durchführung[211] der Bodenreform wurden die Vermögens-, politischen und kulturellen Rechte der Ungarndeutschen eingeschränkt. Obwohl nach dem Ausruf der Ungarischen Republik[212] die natürlichen und unveräußerlichen Rechte, das Recht auf Freiheit, auf freie Gedanken- und Meinungsäußerung, auf Eigentum und auf ein

[207] Die Verordnung über die Zuteilung von Land wurde unter der Direktive von *Woroschilow* durchgeführt, was auch eine unmittelbare Einmischung der Sowjetführung in die inneren Angelegenheiten Ungarns bedeutete und Mittel zur Sowjetisierung war.
[208] Verordnung 600/1945. M.E. der Provisorischen Nationalregierung (17. März 1945), www.rev.hu, 2/2/2011
[209] Dazu ausführlicher: Ágnes TÓTH, Telepítések Magyarországon 1945-1948 között. Kecskemét, 1993, Szabina BOGNÁR, Vagyoni korlátozások, vagyonelkobzás és vagyonjuttatások Budaörsön. In: Jogfosztások Budaörsön (1944-1948). Budaörs, 2010, József NEMES NAGY, A földreform végrehajtása során igénybevett és kiosztott ingatlanok telekkönyvezése és a vonatkozó jogszabályok gyűjteménye. Budapest, 1947
[210] Ferenc BACSÓ (Red.), Két év hatályos jogszabályai 1945-1946. Budapest, 1947 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin) Das Original-Gesetz Ungarisch (S. 65.): 1946. évi IX. törvény A telepítésről és a földreform befejezésének előmozdításáról. „1§ A Szövetséges Ellenőrző Tanács 1945. évi november hó 20. napján hozott határozata alapján Németországba áttelepített magyarországi német lakosság által visszahagyott minden vagyon tulajdonjoga tehermentesen a magyar államra száll. 2.§ A jelen törvény alapján a magyar állam tulajdonává vált ház-, mező- és erdőgazdasági ingatlanok, továbbá az ezekkel kapcsolatos mező- és erdőgazdasági ipari üzemek – ideértve a telepítés céljából szükséges kisipari üzemeket is – valamint termények, állatok, gazdasági és háztartási felszerelési tárgyak és egyéb ingóságok a Földbirtokrendező Alap állagához tartoznak és azokat az 1945. évi VI. Törvénycikkel törvényerőre emelt 600/1945. M:E. Rendelet alapján eddig juttatásban nem részesített helyi földigénylők kielégítésére, illetőleg telepítési célokra kell felhasználni."
[211] Sie wurde vom Landesrat für Bodenbesitzverwaltung (ung. Országos Fölsbirtokrendező Tanács), von den Grundbuchämtern und von den Kommissionen für Bodenbeanspruchung je nach Gemeinde durchgeführt.
[212] Am 1. Februar 1946

menschliches Leben ohne Unterdrückung (!) unter anderem kodifiziert worden waren[213], gab dieses Republikgesetz keine Garantien zur Geltendmachung besagter Rechte. Das Gesetz Nr. X/1946 hat dann für den Verstoß gegen diese Freiheitsrechte eine strenge Strafe in Aussicht gestellt, indem der öffentliche Beamte, wenn er im amtlichen Verfahren das natürliche oder unveräußerliche Recht eines anderen verletzt, sogar mit fünf Jahren Gefängnis bestraft werden konnte.[214] Im Gesetz findet man jedoch keinen Hinweis auf den institutionellen Schutz der Rechte, wie beispielsweise unabhängige Gerichte, was dazu geführt hat, dass sich die ungarischen Staatsbürger, - darunter auch die Minderheiten im Land, die eventuell andere Staatsbürgerschaft hatten, wie zum Beispiel viele Ungarndeutsche zwischen 1945 und 1950 – bei Rechtsverletzungen an niemanden wenden konnten.

Die Vertreibung der Ungarndeutschen knüpft sich an diesem Punkt also eng an den bald möglichen endgültigen Abschluß der Bodenreform, denn – außer den fast nicht zu zählenden Reservengebieten – nur die der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung zufolge leer gewordenen Immobilien sind zur Befriedigung der die Durchführung der Verordnung Nr. 600/1945. M.E. betreffend gestellten berechtigten Ansprüche anzuwenden.[215]

Aufgrund dieser Ereignisse bildete sich eine riesige Spannung innerhalb der ungarischen Gesellschaft, vor allem zwischen den Betroffenen der Bodenreform – zwischen den Anspruchstellern[216] und den Ungarndeutschen. Die Bodenreform veränderte die bisherige Struktur, hob das Großgrundbesitzsystem auf und beschlagnahmte das Vermögen derjenigen, *die Vaterlandsverräter, die Pfeilkreuzler, nationalsozialistischen und sonstigen faschistischen Führern zugetan, die Volksbund-Mitglieder und die Kriegsverbrecher und die Feinde des Volkes*[217] waren. Da diese Bestimmungen nur einen Teil der Ungarndeutschen betrafen und

---

[213] Im Präambel des Republikgesetztes, Nr. I/1946

[214] 1946. évi X. törvény Az emberi alapjogok hatályosabb védelméről. §. Bűntettet követ el és – amennyiben súlyosabb büntető rendelkezés alá nem esik – öt évig terjedő börtönnel büntetendő az a közhivatalnok, aki hivatali eljárásban vagy intézkedésével másnak az 1946. évi I. törvény bevezetésében foglalt valamely természetes vagy elidegeníthetetlen jogát megsérti."

[215] Nemzetgyűlési irományok, 1945. I. kötet I-II. szám. 1945 (S. 118.) „A magyarországi német lakosság kitelepítése tehát ezen a ponton szorosan kapcsolódik a földreform mielőbbi végleges befejezéséhez, mert a 600/1945. M.E. számú rendelet végrehajtásával kapcsolatban felmerült jogos igények kielégítésére – az alig számottevő tartalékterületeken kívűl – csak a német lakosság kitelepítése folytán megüresedő ingatlanok használhatók fel." in: Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs 2010

[216] Sie waren Neuansiedler aus Ostungarn, beziehungsweise vor Ort aufhaltende Flüchtlinge. Diesbezüglich s.: Ágnes TÓTH, Telepítések Magyarországon 1945-1948 között. A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései, Kecskemét 1993

[217] Ferenc BACSÓ (Red.), Két év hatályos jogszabályai 1945-46. Budapest, 1947 (S. 8.) „a hazaárulók, a nyilas, nemzeti szocialista és egyéb fasiszta vezetőket, a Volksbund-tagokat, továbbá a háborús és népellenes bűnösöket" Ideiglenes Nemzeti Kormány 600/1945. M.E. sz. Rendelete a nagybirtokrendszer megszűntetéséről és a földműves nép földhözjuttatása tárgyában kibocsátott kormányrendelet törvényerőre emeléséről. (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin) Megjelent az 1945. évi Magyar Közlöny 1945. évi március hó 18. napján kiadott 10. számában. www.rev.hu 3/3/11

aufgrund der großen Zahl der Anspruchsteller, wollte die Regierung mehr Boden beschlagnahmen, so dass dann auch solche Rechtsbestimmungen erlassen wurden, die sich nur auf die von Deutschen bewohnten Dörfer bezogen. Die Bodenbeanspruchungskommissionen der Siedlungen[218] durften zum Beispiel in den von Deutschen bewohnten Siedlungen keine Beschlüsse fassen, sie hatten über alles dem Bodenbesitzverwaltungsrat des Komitats[219] zu unterrichten, was einer Anordnung[220] des Ministers für Landwirtschaft aus dem Jahre 1945 zu entnehmen ist.

Ungarn und die ungarische Regierung wollten nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem das Einverständnis der Großmächte – in erster Linie der Besatzungsmacht, der Sowjetunion – haben und zur perfekten Durchführung der Agrarreform brauchten sie Boden von den Ungarndeutschen. Der damalige Innenminister Ferenc Erdei[221] formulierte es folgendermassen: *Die erfolgreiche und schnelle Lösung kann nichts anderes als die Aussiedlung der Schwaben sein.*[222] Am 26. Mai 1945 bat die ungarische Regierung die Großmächte und die Sowjetunion darum, etwa 200-250 000 Ungarndeutsche in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands umsiedeln zu können. Die offizielle Formulierung sprach über die Aussiedlung der Volksbund-Mitglieder und der faschistischen[223] Schwaben, aber in den damaligen Zeitungen wurde regelrecht eine Hetzkampagne gegen alle Schwaben geführt: Eine endgültige Lösung der Schwabenfrage (und der Bodenreform) sah man in der Vertreibung aller Ungarndeutschen.[224]

Die Veröffentlichung der Potsdamer Beschlüsse[225] und der Standpunkt des Alliierten Rates für Deutschland formten dann den Rahmen für die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn.

---

[218] Ung. 'Községi Földigénylő Bizottság'.
[219] Ung. 'Megyei Földbirtokrendező Tanács'.
[220] Verordnung Nr. 2.400/1945. F.M., am 27. April 1945 (Solche Verordnungen machten möglich, dass die deutschen Familien, die aufgrund der Bodenreformverordnung berechtigt wären, aus dem Kreis der Berechtigten ausgeschlossen werden können. Dazu ausführlicher s.: Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs 2010
[221] Innenminister der Provisorischen Nationalregierung, vom 22. Dezember 1944 bis 15. November 1945
[222] In: Yehuda LAHAV, Svábok, magyarok a háború után, in: *Beszélő* Sept.-Okt. (2002)
[223] Die zeitgenössische Presse hat - unter politischem Druck - die deutsche Minderheit als Nationalsozialist bezeichnet, was eine Anweisung von Generalleutnant Sviridov an Innenminister Erdei beweist: „Durch die Presse soll gesorgt werden, dass die öffentliche Meinung über die Fragen und Bedeutung der Aussiedlung entsprechende Einstellung erhält.", MOL XIX-A-1-n 2.d. 970/1945 In Ungarn hat unter anderem der Vorsitzende des Landesrates für Bodenbesitzverwaltung, Péter Veres in der ersten Ratssitzung gesagt, dass „alle Schwaben prinzipiell Faschisten waren" MOL XVII-1-a 1.d Protokolle des Verhandlungsrates des Landesrates für Bodenbesitzverwaltung, 20. April 1945, Diesbezüglich s.: Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs 2010
[224] Diesbezüglich s.: György ZIELBAUER, A magyarországi németek elhurcolása és elűzése. Válogatott szemelvények a korabeli magyar sajtóból 1944-1948, Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Budapest 1996
[225] Die Allierten haben der Aussiedlung in dem ersten Paragraph von Artikel XIII des Potsdamer Protokolls zugestimmt, im ersten Absatz heißt es: „Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten

Die ungarische Regierung hat am 22. Dezember 1945 die Vorbereitungen für die Vertreibungen und die Durchführungsverordnungen an die Tagesordnung gesetzt. Alle Parteien akzeptierten die Vertreibung als Tatsache, nur bei der Durchführung gab es unterschiedliche Ansichten: den Standpunkt der Großmächte interpretierten die Sozialdemokraten, die parteilosen Minister und die Kleinlandwirte als eine Möglichkeit, während hingegen die kommunistische Partei und die Bauernpartei diese als eine definitive Weisung sahen. Die erstgenannten wollten den Kreis der Auszusiedelnden im Sinne der individuellen Verantwortung festlegen, die Kommunisten und die Bauernpartei waren für die kollektive Vertreibung.[226] Der Ministerrat akzeptierte in einer namentlichen Abstimmung die Verordnung beruhend auf der Kollektivschuld der Deutschen in Ungarn. Am 29. Dezember 1945 wurde das Gesetz[227] über die Vertreibung und Aussiedlung der ungarndeutschen Bevölkerung nach Deutschland verabschiedet.

Der Staatssekretär István Balogh kommentierte diese Entscheidung so: *Wir haben gelogen: In Potsdam war keine Rede von einer Aussiedlung auf kollektiver Basis*.[228] Mit der Verordnung[229] zur Vertreibung der Ungarndeutschen wurden die Deutschen nicht nur vertrieben, sondern entrechtet und enteignet.

Die Volkszählung aus dem Jahre 1941

---

beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll." (17. Juli 1945) Diesbezüglich s.: Alexander FISCHER (Hg.) Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", Köln 1973, Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte 1988, ThomasURBAN, Der Verlust, becksche Reihe 2006

[226] Dazu s.: Thirring Lajos-Nachlaß, Meldung im Ministerpräsidium Quelle: Barbara BANK/Sándor ŐZE, A „német ügy" 19451953. A Volksbundtól Tiszalökig, Budapest-München-Backnang, 2005

[227] Gesetz 12.330/1945. ME.

[228] Aus: Thirring Lajos-Nachlaß, Meldung im Ministerpräsidium Quelle: Barbara BANK/Sándor ŐZE, A „német ügy" 19451953. A Volksbundtól Tiszalökig, Budapest-München-Backnang, 2005, S. 174

[229] Verordnung 12.330/1945. M.E.

Im Jahre 1941 wurde in Ungarn mit Hilfe des Zentralen Statistischen Amtes, unter der Führung des Statistikers *Lajos Thirring*[230], eine Volkszählung durchgeführt. Die zweite *Teleki-Regierung*[231] brauchte statistische Angaben über die Ethnien der Trianon-Gebiete, um auf der späteren Friedenskonferenz genaue Informationen über die Bevölkerung Großungarns liefern zu können. Darum stand auf den Volkszählungs-Formularen 1941 neben der „Muttersprache" auch die Frage der „Nationalität". Nach dem Krieg, Anfang 1945, wurde die Verarbeitung der statistischen Angaben weitergeführt.

Zu dieser Zeit, genauer am 18. April 1945, erschien bei der Volkszählungsabteilung die politische Polizei und wollte eine Liste „vertraulich, nur für ihre eigene Benutzung" mit Angaben aus der Volkszählung von 1941, die ausschliesslich die ungarndeutschen Gemeinden betrafen. Der Stellvertreter von Thirring, Gábor Szathmári, erteilte der Polizei keine Auskunft und berief sich auf das statistische Gesetz[232]. Die politische Polizei suchte danach den Vorsitzenden des Statistischen Amtes Sándor Dobrovits[233] auf und bekam von ihm – wahrscheinlich aufgrund seiner Angst – die Liste. Am 24. April genehmigte der Innenminister das Ausschreiben der Namensliste der Ungarndeutschen und die politische Polizei nahm die Liste mit. Am 25. Oktober 1945 trafen sich auf einer Sitzung Beamte vom Innenministerium, vom Ministerium für Rechtsschutz und vom Statistischen Amt und einigten sich auf eine Veröffentlichung der Angaben der Volksbund-Mitglieder. Bald forderte das Ministerium auch die Liste der ungarischen Staatsbürger, deren Muttersprache 1941 Deutsch war.

Nach dieser Vorgeschichtewurde am 29. Dezember 1945 das Gesetz[234] über die Vertreibung der ungarndeutschen Bevölkerung nach Deutschland verabschiedet. Der Statistiker Thirring kommentierte das am 15. Januar 1946 folgenderweise:

Mit den Aufgaben, Zielen und Grundprinzipien des Statistischen Amtes in einem kaum überwindbaren Gegensatz steht diese Vorgehensweise, denn die ehrlichen Antworten der in bestimmten Fällen nicht gegen sondern eher für die ungarische Nation kämpfenden ungarischen Staatsbürger mit deutscher Muttersprache werden genau gegen sie verwendet,

[230] In: Barbara BANK – Sándor ŐZE, A német ügy 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005 (S. 13.)
[231] Die Teleki-Regierung, vom 16/02/1939 bis 03/04/1941 an der Macht in Ungarn.
[232] In dem steht, dass bei Volkszählung nicht die einzelnen, persönlichen Angaben, sondern nur die zusammenfassende Daten, Angaben bestimmter Regionen oder bestimmten Themen veröffentlicht werden dürfen.
[233] Dobrovits wurde bald entfernt und 1949 nach Kistarcsa interniert. in: Barbara BANK– Sándor ŐZE, A német ügy 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005 (S. 14.)
[234] Gesetz Nr. 12.330/1945.ME.

obwohl das Statistische Amt ihnen bei der Volkszählung von 1941 versichert hatte, dass ihre Angaben ausschliesslich für Statistiken verwendet werden.[235]

Auf die 'Reaktion' der politischen Polizei hat das Statistische Amt nicht lange warten müssen: Der Leiter der Volkszählungsabteilung, Gábor Szathmári, wurde mit neun weiteren Mitarbeitern im Februar 1946 verschleppt und wegen der falschen Ausgabe von Papieren, wegen „Schwabenrettung" vor Gericht gestellt. Thirring wurde am 2. März auch verhört.[236] Dazwischen wurde eine neue statistische Liste zusammengestellt, die Angaben über das Landvermögen der Ungarndeutschen enthielt. Ziel dieser Statistiken war es, feststellen zu können in welchen ungarischen Komitaten später wieviele Ungarn die „schwäbischen" Besitztümer würden nutzen können. Die politische Polizei hat auch – „wegen des großen Arbeitsaufwandes" – anstelle der verschleppten Mitarbeiter 4 neue Menschen – natürlichen aus den Reihen der Polizei – im Statistischen Amt eingestellt. Thirring konnte auch nicht lange auf seiner Position bleiben, bald wurde er entlassen und durfte niemals mehr im Leben eine führende Position bekleiden. In der Geschichte des Statistischen Amtes folgten dann der ersten Gesetzesverletzung weitere Gesetzbrüche und so kann man bei den Statistiken, die zwischen 1945 und 1989 erstellt worden sind, nie sicher sein, ob diese der Wahrheit entsprechen.

Die Ausweisung und Internierung der Ungarndeutschen

Den eigentlichen Modus der Ausweisung der Ungarndeutschen legte eine Durchführungsverordnung vom 4. Januar 1946 fest. Sie bestimmte, dass eine genaue Namensliste der Umsiedlungspflichtigen angelegt werden musste, aus der neben den Personalien auch der Grund der Aussiedlung[237] zu ersehen war. Die Umsiedler durften pro Person 100 kg Gepäck mitnehmen. Die eingesetzten Transportzüge sollten aus 40 Wagen bestehen und jeder Wagen mit höchstens 30 Personen besetzt werden. In jedem Zug war ein Ärztewagen und die Begleitung durch Sicherheitspersonal vorgesehen.[238]

Die Vertreibung der Ungarndeutschen ist dann in zwei Phasen durchgeführt worden: in der ersten von Januar 1946 bis zum Juni 1946, dann von August 1946 bis zum Ende des Jahres in die amerikanische Zone Deutschlands, in der zweiten ab August 1947 bis 1948 in die

[235] In: Barbara BANK – Sándor ŐZE, A német ügy 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005 (S. 16.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[236] Thirring versuchte seine Mitarbeiter zu befreien und suchte das Innenministerium auf, ohne Erfolg.

[237] Grund der Aussiedlung kann sein: deutsche Nationalität, deutsche Nationalität und Muttersprache (aufgrund der Volkszählung aus dem Jahre 1941), deutsche Muttersprache, Volksbundmitglied, SS-Mitglied

[238] „Die Durchführung der Aussiedlung: III. §14 - §21., Abtransport der Umsiedlungspflichtigen, IV. §22 - §25., Verschiedene Vorschriften In: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, dtv München, 2004 S. 91.

russische Zone. Im Endergebnis betrug die Gesamtzahl der aus Ungarn ausgewiesenen Deutschen etwa 200.000 Personen.[239] Beinahe die Hälfte der Ungarndeutschen, cirka 200.000 Personen sind in Ungarn geblieben.

Die provisorische nationale Regierung hat in ihrer Verordnung vom 4. Mai 1945 das Amt für Volksbetreuung[240] errichtet, zu dessen Aufgaben auch die „Aussiedlung der faschistischen Schwaben"[241]gehörte. Die vom Zentralamt für Statistik erstellten Listen wurden direkt an dieses Amt weitergeleitet. Im Paragraph 3. der Verordnung von 81/1945. ME.[242] steht: Internierung[243] einer Person (unter Aufsicht der Polizei stehend) darf mindestens 6 Monate, maximal 24 Monate dauern, dreimal können die 6 Monate verlängert werden. Nach dem Krieg fand man weitere Angaben über die Internierung in der Verordnung vom 21. Juni 1945[244], vom Innenminister Ferenc Erdei: Darin wird der Aufgabenbereich der Staatspolizei ergänzt, denn die Staatspolizei darf eigenhändig, ohne Gesetzesverfahren, bestimmte Personen internieren. Während der Durchführung der Landverteilung wurden viele deutsche Staatsbürger interniert.

Von Mitte April bis Ende Juni 1945 haben die ungarischen Behörden 35% des ungarndeutschen Vermögens (Land, Haus) beschlagnahmt und 43% der deutschen Bevölkerung Ungarns wurde aus ihren Besitztümern vertrieben. Der Großteil dieser Ungarndeutschen und der deutschen Staatsbürger wurde interniert, sie wurden in ein Internierungslager in Lengyel, im Komitat Tolna, gebracht.[245] Die meisten Ungarndeutschen wurden wegen ihrer Vergangenheit – wegen Volksbund-Mitgliedschaft – interniert, viele Ungarndeutsche wurden jedoch nur deshalb in Internierungslager gebracht, weil sie zur deutschen Minderheit gehörten oder weil sie Deutsch gesprochen haben. Neben den Internierungslagern existierten auch Arbeitslager, zum Beispiel in Szilvásvárad, Diósjenő, Dejta, Süttő, wo die Internierten Arbeiten wie unter anderem Holz hacken oder Holzverarbeitung verrichten mussten. Nachdem die internierten Ungarndeutschen mit der

---

[239] Aus den Akten des „Ausschusses für Flüchtlingsfragen beim Länderrat der US-Zone", Stuttgart In: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn dtv München 2004, S. 64-65. und in: Seewann, Gerhard: „Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa" Südosteuropa, 50 Jhg. 10-12/2001

[240] Ung. Népgondozó Hivatal

[241] Die zeitgenössische Presse hat - unter politischem Druck - die deutsche Minderheit als Nationalsozialist bezeichnet.

[242] In: Tibor ZINNER, Internálások, kitelepítések, igazoló eljárások., Történelmi Szemle, 1985. 1.szám, (S. 133.)

[243] Bei Internierung werden die Personen - ohne Gerichtsurteil - unter Polizeiaufsicht gestellt und an einen Zwangswohnort (meistens in ein Lager), der von den Behörden gewählt wird, umgesiedelt. Von den internierten Personen wird ihr Vermögen beschlagnahmt, sie dürfen ihre Zwangswohnort nicht verlassen und können auch keinen bürgerlichen Beruf ausüben.

[244] Der Text der Verordnung in: Mária PALASIK, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945), Társadalmi Szemle 1997. 7.szám (S. 88.)

[245] In: István FEHÉR, Az utolsó percben. Magyarország nemzetiségei 1945-1990. Budapest, 1993. (S. 30.)

Arbeit fertig waren, wurden sie wieder auf verschiedene Lager verteilt: die Intelligenz, also die gebildeten Internierten, verfrachtete man nach Kistarcsa, die Anderen brachte man in die Internierungslager nach Süd-Buda.[246]

Im Herbst 1950 transportierten die ungarischen Behörden viele Internierte nach Tiszalök, wo sie sich an den Wasserableitungsarbeiten (Wasserkraftwerk Tiszalök) beteiligen sollten. Diese Internierten haben dann die ersten acht Baracken, Hütten für die Bewohner der Tiszalöker Internierungslager, gebaut. Ein bestimmtes Gebiet (100x150 Meter groß) wurde mit doppeltem Stacheldrahtzaun umzäunt und an den vier Ecken der Lager wurden Wachtürme mit Reflektoren aufgestellt. Mit diesen Arbeiten waren die Internierten im Dezember 1950 fertig. Zu dieser Zeit kamen schon die ersten Kriegsgefangenen-Züge aus der Sowjetunion in Ungarn an. Die ersten internierten Kriegsgefangenen aus diesen Zügen wurden im Februar 1951 nach Tiszalök geschafft, viele von diesen Internierten wurden auch verhört. In Tiszalök arbeiteten zwischen 1951 und 1953 ca. 1400- 1500 Menschen, davon waren 1200 internierte Menschen ungarndeutscher Abstammung. Sie waren Angehörige der zwischen 1946 und 1948 vertriebenen ungarndeutschen Familien. Ungefähr 300 Menschen der in Tiszalök Internierten waren früher Waffen-SS-Soldaten oder kämpften an der Seite der Hunyadi-Panzermänner.[247]

Der Leidensweg der deutschen Minderheit in Ungarn wird gewöhnlich mit der Verschleppung zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion im Winter 1944/45 beschrieben, die dann in den darauf folgenden Vertreibungen kulminierte.[248] Die deutsche Minderheit wurde jedoch nach der Vertreibung (1946/47) weiter diskriminiert. Die aus der sowjetischen Gefangenschaft zurückkehrenden Ungarndeutschen wurden in dem Lager in Tiszakök gesammelt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Erst mit der Auflösung dieses Lagers im Jahre 1953 unter Imre Nagy fanden die Diskriminierungsmassnahmen der Nachkriegszeit gegen die Ungarndeutschen auf ethnischer Grundlage ihr Ende.

[246] Budapest, am 24. August 1946. In: ÁBTL 2.5.2. ORFK internálási anyag 1945-1946. 1 doboz (48.)
[247] In: Miklós GÖRBEDI, 1020 nap az őrtornyok árnyékában. A tiszalöki hadifogolytábor története. Tiszalök, 1989 (S. 19.)
[248] In: Géza HAMBUCH (Hrsg.) A magyarországi németek elhurcolása 1944/45. A kollektív bűntetés első állomása., Budapest 1990

Kapitel III.
Die eiserne Faust der Arbeiterklasse: der Staatssicherheitsdienst

Machtkämpfe in der Geheimpolizei zwischen 1945 und 1949

Der Zeitraum zwischen 1944 und 1949 wird gewöhnlich als eine Übergangszeit zwischen zwei Diktaturen des 20. Jahrhunderts bezeichnet.[249] Die Partei der Kleinlandwirte, die die Wahlen 1945 gewonnen hatte, konnte – vor allem wegen dem politischen Kompromiss zwischen den Großmächten der Nachkriegszeit und auch wegen den schwerwiegenden ungarischen Probleme – allein keine Regierung bilden. Die politischen Akteure der ungarischen Nachkriegszeit wollten alle mit der Vergangenheit abrechnen und wieder Ornung schaffen, jedoch benutzten sie dafür verschiedene Strategien. Die Linken wollten den Sozialismus etablieren, die bäuerlichen-bürgerlichen Politiker wollten eine bürgerliche Demokratie schaffen. Die Koalitionsregierung bestand auf diese Weise aus zwei Flügeln, die in den meisten Fragen keine Einigung erzielen konnten, obwohl die Kommunistische Partei, die von der Sowjetunion unterstützt wurde, in allen Gebieten des Lebens eine einheitliche Stellung forderte. War die Kleinlandwirte-Partei mit einem Gesetzesentwurf der Kommunistischen Partei nicht einverstanden, wurde sie von den Kommunisten schon als reaktionär bezeichnet und mit den Waffen der Presse und der Massendemonstrationen bedroht. Die wahren Entscheidungen traf die Kommunistische Partei entweder auf der Strasse (mit Hilfe der bedrohenden Massen) oder im Rahmen von zwischenparteilichen Verhandlungen.[250]

Im Kampf um die Machtergreifung hat der Kommunistischen Partei auch viel geholfen, dass ab Februar 1945 die politische Polizei in den Händen der Kommunisten war und vom Anfang an als die Faust der Arbeiterklasse arbeitete. Mit der Zeit konnten die Genossen jene staatliche Einrichtungen unter die Aufsicht der Kommunistischen Partei stellen, die die Rechtsstaatlichkeit Ungarns hätten gewährleisten sollen: das Innenministerium, das Volksgericht, die Volksanwaltschaften und die Verwaltung. Mit Hilfe dieser konnten sie

[249] Diesbezüglich s.: Mária PALASIK, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében, 1945. Társadalmi Szemle, 1997. 7.sz., György GYARMATHY, Politika és társadalom 1945-1989 között. In: Magyarország története a XX. században. I. (Red. István KOLLEGA TARSOLY), Babits kiadó Szekszárd, 1996, Sándor BALOGH, Éva SZABÓ, Koalíció és politikai érdekegyeztetés (A pártközi értekezlet). Múltunk, 1994/4.

[250] Sándor BALOGH, Éva SZABÓ, Koalíció és politikai érdekegyeztetés (A pártközi értekezlet). Múltunk, 1994/4., (S. 31–72.)

zuerst schleichend, später offen und ungerecht die Macht ergreifen, wobei sie sich immer auf das Grundgesetz aus dem Jahre 1946 bezogen.[251] Wenn sie damit etwas nicht erreichen konnten, baten sie die Alliierte Kontrollkommission Ungarns (mit sowjetischem Vorsitzenden) um Unterstützung: Der Kleinlandwirt Béla Kovács wurde auch mit sowjetischer Unterstützung verschleppt.

Ab 1947 vermehrten sich die politischen Gesetzesverhandlungen, die Öffentlichkeit wurde mit der Zeit immer verängstigter. In den Jahren 1948 und 1949 konnte man kaum über demokratische Freiheitsrechte sprechen. Die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, beziehungweise auch das Mehrparteiensystem, wurden eingestellt. Statt Koalition oder Machtverteilung führte man die Machtzentralisierung ein. Die neue politische Ordnung behandelte ihre Staatsbürger wie Untertanen und gewährleistete keinerlei Rechtsgarantie zu ihrer Verteidigung. Es wurde auf allen Gebieten des Lebens das der ungarischen politischen Kultur fremde, sowjetische Sytem eingeführt. Ab Dezember 1944 wollte sich die provisorische Nationalversammlung, später auch die provisorische Nationalregierung von der alten Ordnung eindeutig distanzieren. Im Falle der Polizei und der politischen Polizei können wir erst später über diese Distanzierung sprechen.

Von der Gründung der politischen Polizei hörte man das erste Mal auf der zweiten Sitzung der provisorischen Nationalregierung am 28. Dezember 1944. Der Innenminister Ferenc Erdei berichtete auf dieser Sitzung von Verhandlungen bezüglich der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit, die er mit den sowjetischen Militärbehörden führte. Dabei betonte er, dass *die sowjetische Besatzung Ungarn solange Hilfe leisten würde, bis das Land entsprechend vieleverlässliche, uniformierte Polizisten stellen konnte.*[252]

Unter den Dokumenten der Regierungssitzung vom 12. Januar 1945 gab es schon einen Entwurf über die Neuorganisierung der politischen Polizei.[253] Zu den Aufgaben der politischen Polizei gehörte einerseits die Verteidigung der demokratischen Staatsordnung, andererseits auch die Sicherung der öffentlichen Ordnung. Dementsprechend wurde diese

---

[251] Diesbezüglich s.: Andrea KOZÁRY, Dokumentumok a szervezôdô rendôrségrôl és Budapest közállapotáról. 1945. január–február. Társadalmi Szemle, 1997/1. (S. 76–90.)

[252] Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, 1999 november (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[253] Die Kommunisten fassten ihre Aufgaben schriftlich zusammen: *Für die Abteilung der politischen Ermittler innerhalb der ungarischen Polizei soll gleich nach der Befreiung von Budapest ein eigenes Gebäude zur Verfügung gestellt werden, in dem die politische Polizei ihre Arbeit beginnen kann.* (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin) Auf dem Dokument findet man kein Datum und kein Unterschrift, nur den Namen Dr. István Tímár kann man lesen. (I. Tímár 1913-1991, Jurist, 1947-48 Stellvertreter von Péter Gábor, nach 1953 für 12 Jahre verurteilt, ab 1962 Hauptabteilungsleiter im Justizministerium), MOL, BM Elnöki Osztály 1945-ös anyaga, XIX-B-l-r., Dazu s.: Andrea KOZÁRY, Dokumentumok a szerveződő rendőrségről és Budapest közállapotáról 1945. január-február, Társadalmi Szemle, 1997/1., Tibor ZINNER, Péter RÓNA, Szálasiék bilincsben. I. A Hűség Házától az Andrássy út 60-ig. Lapkiadó V., Budapest 1986 (Tímár S. 85.)

Polizei in eine politische Abteilung und eine Ermittlungsabteilung unterteilt. In diesem Entwurf wurde auch die Zahl der politischen Polizisten und die der Ermittler festgelegt: auf dem Trianon-Gebiet musste sich diese Zahl auf insgesamt 33.000 Personen[254] belaufen.

Inzwischen entschied sich die ungarische Kommunistische Partei – währenddie Regierung noch in Debrecen ihren Sitz hatte – zu einem Ausbau der Polizei. Am 19. Januar 1945 gründete man die Budapester Hauptdirektion der Polizei, unter der Leitung von László Sólyom[255], sein Stellvertreter wurde János Kádár[256]. Sie wurden offizell von dem Budapester Nationalausschuss[257] ernannt, den Leiter der politischen Polizei, Péter Gábor[258], wählte formal der politische Ausschuss der ungarischen Kommunistischen Partei.[259]

Die Kommunistische Partei versuchte alle wichtigen Positionen zu bekleiden: *Jetzt müssen wir Kommunisten - nicht nur in der Politik, sondern auch als Staatsmacht – darüber entscheiden, wer die Feinde unseres Volkes sind.*[260]

In einem Bericht von Péter Gábor über die Arbeit der politischen Polizei wird erwähnt, dass die politische Abteilung der Budapester Hauptdirektion der ungarischen Staatspolizei[261] offiziell am 2. Februar 1945 mit ungefähr 60 Mitarbeitern aufgestellt wurde.[262] Péter Gábor, *der nur die ersten vier Klassen der Volksschule besucht hatte und deshalb seine Meldungen in einem sehr einfachen Stil formulierte*[263], behauptete in diesem Bericht, dass die

---

[254] Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[255] László SÓLYOM (1909-1950) Generalstabschef beim Militär, bis Januar 1946 Hauptmann der Polizei, er dankt von seinem Posten wegen den Ungerechtigkeiten betreffend den Ungarndeutschen ab. Er ist als Generalleutnant der Leiter des Generalstabs. Im Mai 1950 wird er festgenommen und zum Tode verurteilt.

[256] János Kádár (1912-1989) Dazu s.: György GYARMATI, Kádár János és a Belügyminisztérium Államvédelmi Hatósága. Fordulat és folyamatosság a kommunista párt politikájában, 1948-ban. In: Trezor 1. A Történeti Hivatal évkönyve. Történeti Hivatal Budapest, 1999. (S. 115-145.)

[257] Am 21. Januar 1945 gründeten die in die Ungarische Front (Magyar Front) eingegliederten Parteien und die Gewerkschaften, wie eine Koalition, den Budapester Nationalausschuss. Dazu s.: Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona Kiadó Budapest, 2000 (S.16-17.)

[258] Gábor PÉTER (1906-1993), Schneidergehilfe, ab Januar 1945 der Leiter der politischen Polizei, bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1953 bleibt er als Generalleutnant der Leiter der politischen Polizei. 1953-1959 ist er verhaftet, ab 1959 arbeitet er als Bibliothekar. Er starb 1993 als Rentner in Budapest.

[259] Am 19. Januar 1945 begann die Partei mit 200 Kommunisten und Sympatisanten die Neuorganisierung der Polizei. In vier Tagen, also am 23. Januar 1945 wurde schon die Zentrale, die Budapester Hauptdirektion der Polizei aufgestellt. Népszava, 23/01/1946

[260] Zoltán VAS, Akkori önmagunkról. Önéletírás. Budapest., Magvetô, 1982, (S. 38.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[261] Ung. 'Magyar Államrendőrség Budapesti Főkapitányság Politikai Rendészeti Osztálya'

[262] Politikai Intézet Levéltára/Archiv des Politischen Institutes (PIL) 274. f. 11/10. In diesem Bericht kann man auch darüber lesen, dass Péter Gábor einen Stellvertreter eingestellt hatte und dass die drei Abteilungsleiter alle Kommunisten sind. (Wer sie waren, darüber informiert uns Péter Gábor nicht.) In: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[263] Schreibt der Historiker Gábor KISZELY über Péter Gábor, in: Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona Kiadó Budapest, 2000 (S. 17.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

Parteiführung ihn schon auf der Sitzung vom 17. Januar 1945[264] zum Leiter der politischen Polizei ernannt hatte*, denn die Genossen waren schon in der Illegalität der Meinung,* dass *ich mich mit der Arbeit der politischen Polizei beschäftigen soll.*[265] Péter Gábors Stellvertreter wurde János Kovács. Er war der Oberst des sowjetischen[266] Volkskommissariats der Staatssicherheit[267]. Kovács war – sein Name zeigt es auch – ungarischer Abstammung.[268]

Mit der Organisierung der politischen Abteilung der Polizei begann man im Januar 1945 in dem Zentralgebäude der ungarischen Kommunistischen Partei, auf dem Kálmán Tisza Platz. [269] Die politische Polizei verfügte auch über ein Gebäude in der Eötvös Strasse[270], ihr endgültiger Sitz, die Zentrale der späteren ÁVO/ÁVH wurde dann das ehemalige Haus der Treue[271], das berüchtigte Gebäude in der Andrássy Strasse 60.[272]

Gleichzeitig ernannte der Innenminister Ferenc Erdei in Debrecen den Kommunisten András Tömpe[273] zum Leiter der politischen Abteilung der ungarischen Staatspolizei.[274] Diese Abteilung unter Tömpe kam Ende Januar 1945 in Budapest an und versuchte in der Andrássy Strasse 60 einzuziehen. Unter den Mitarbeitern von Tömpe findet man auch István Tímár, den späteren Stellvertreter von Péter Gábor[275]. Obwohl Tömpe und seine Mitarbeiter auch den Befehl des Innenministers Erdei mitgebracht hatten, konnten sie wegen Péter Gábor nicht im

---

[264] Gábor TABAJDI, Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon. 1956-1990, 1956-os Intézet, Corvina Budapet, 2008 (S. 17.)

[265] PIL 274.f. 11/10., in: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[266] Die Benennung der sowjetischen politischen Polizei veränderte sich mehrmals: Zwischen 1934 und 1943 war sie NKVD (Narodnij Komisszariat Vnutrennyih Gyel), also das Volkskommissariat des Innenministeriums, Ung. 'Belügyi Népbiztosság'. Zwischen 1943 und 1946 war sie NKGB (Narodnij Komisszariat Goszudarsztvennoj Bezopasznosztyi), also das Volkskommissariat der Staatssicherheit, Ung. 'Állambiztonsági Népbiztosság'. Dazu s.: Rupert BUTLER, A sztálini terror eszközei. 1917-től 1991ig. Gabo Kiadó Budapest, 2008

[267] Ung. ' Állambiztonsági Népbiztosság'

[268] Von der Ernennung von Kovács steht nur ein Rundschreiben von Péter Gábor am 25. September 1946 zur Verfügung. Das Originale des Dokuments findet man in keinem Archiv, über dieses Rundschreiben kann man im Buch von Róbert GÁBOR lesen. Kovács war 1948 schon in Moskau (1947-48 war I. Tímár der Stellvertreter) und starb dort im Jahre 1949. Dazu s.: Róbert GÁBOR, Az igazi szociáldemokrácia. Küzdelem a fasizmus és a kommunizmus ellen. Századvég Kiadó Budapest, 1998 (S. 373.)

[269] PIL 274. f. 11/10. Bericht über die politische Polizei, (ohne Unterschrift) am 20. Februar 1945 in: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[270] Hier, in der Eötvös Str. 7. hatte in der Zwischenkriegszeit die Abteilung für Passportanträge der Ungarischen Königlichen Staatspolizei ihren Sitz (Ung. 'Magyar Királyi Államrendőrség Útlevélosztálya'), zur Zeit findet man hier das Archiv der Staatssicherheitsdienste (Ung. 'Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára').

[271] Ung. 'Hűség Háza', das Haus der Treue war die Zentrale der Partei der ungarischen Pfeilkreuzer.

[272] Heute findet man hier das Terror- Museum. Im Museum kann man Ausstellungen über die Greueltaten des Nationalsozialismus und des Kommunismus besichtigen.

[273] András TÖMPE (1913–1971) Engineuer, nahm an den Freiheitskämpfen in Spanien teil und emigrierte in die Sowjetunion, ab 1944 kämpfte er mit den Partisanen als Kommunist, er wurde zum Generalmajor der Polizei ernannt, 1945-1946 wurde Leiter der politischen Polizei der Hauptdirektion auf dem Lande, 1967-68 Botschafter in der DDR, er begeht 1971 Selbstmord.

[274] Ung. 'magyar államrendőrség politikai rendészeti osztálya' (PRO)

[275] Dazu s.: Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona Budapest, 2000 (S. 18.)

Gebäude bleiben.[276] Péter Gábor war wütend und erklärte der Brigade von Tömpe mehrmals, dass der Budapester Nationalausschuss nur ihn zum Leiter der politischen Polizei ernannt hatte und dass Budapest die Befehle der provisorischen Nationalregierung aus Debrecen nicht akzeptiere.[277] Die Missverständnisse zwischen den zwei Kommunisten klärten sich bald, und die Abteilung der politischen Polizei unter der Leitung von Tömpe bekam einen Platz in der Andrássy Strasse 60 und arbeitete als politische Ermittlungsabteilung des Innenministeriums.[278] Zwischen András Tömpe und Péter Gábor gab es jedoch immer wieder Streitigkeiten. Die Zahl der Mitarbeiter in der Abteilung unter Tömpe nahm zu: am 20. Februar 1945 arbeiteten dort schon 91 Personen, davon waren 30 Personen Mitglieder der ungarischen Kommunistischen Partei.

Die Zahl der Mitarbeiter in der budapester politischen Polizei unter Péter Gábor belief sich auf 98 Personen, davon waren 38 Personen Mitglieder der ungarischen Kommunistischen Partei, 5 Personen kamen aus der Partei der ungarischen Sozialdemokraten und mehrere Personen nahmen an Partisanenkämpfen teil. Ihrer Abstammung nach waren von diesen 98 Personen 87 Arbeiter und 11 Intellektuelle.[279] Zu den Aufgaben dieser Abteilung gehörte unter anderem *die Säuberung der Hauptstadt Budapest von den faschistischen Elementen und die Liqudierung jener Organisationen, die gegen ein demokratisches Ungarn sind.*[280]

Die sowjetischen Staatssicherheitsdienste[281] haben von Anfang an – vor allem in der Hauptstadt - der ungarischen Polizei bei der Arbeit geholfen. Die Agenten des sowjetischen Geheimdienstes befassten sich nach 1945 vor allem mit der Suche nach vermeintlichen Staatsfeinden und kontrollierten die Tätigkeit der ungarischen Genossen. Auch in der Andrássy Strasse 60 arbeitete neben den ungarischen Ermittlern ein GPU[282]-Offizier namens

---

[276] Béla RÁCZ, A Belügyminisztérium újjászervezése. Levéltári Közlemények, 1970/1.,(S. 93.)

[277] Rückerinnerungen von István Tímár in: Tibor ZINNER, Péter RÓNA, Szálasiék bilincsben. I. A Hűség Házától az Andrássy út 60-ig. Lapkiadó Vállalat Budapest, 1986. (S. 85.)

[278] Ung. 'Belügyminisztérium Politikai Nyomozóosztálya'

[279] PIL 274. f. 11/10. Bericht über die politische Polizei, (ohne Unterschrift) am 20. Februar 1945 in: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[280] Ebenda

[281] Die Benennung der sowjetischen politischen Polizei veränderte sich mit der Zeit: 1922 hieß sie GPU (Goszudarsztvennoje Polityicseszkoje Upravlenyije), also Staatliche Politische Behörden, Ung. 'Állami Politikai Hatóság', zwischen 1943 und 1946 hatte sie den Namen NKGB (Narodnij Komisszariat Goszudarsztvennoj Bezopasznosztyi), also Volkskomissariat der Staatssicherheit, Ung. 'Állambiztonsági Népbiztosság'
Dazu s.: Rupert BUTLER, A sztálini terror eszközei. 1917-től 1991ig. Gabo Kiadó Budapest, 2008

[282] Die GPU (Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije), die Staatliche Politische Verwaltung, Ung. 'Állami Politikai Hatóság' war die Nachfolgeorganisation der Tscheka. (Diese Außerordentliche Gesamtrussische Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage wurde von dem Bolschewiken polnischer Herkunft, vom ersten Leiter der sowjetischen Geheimpolizei, Felix Dserschinski /1877-1926/ gegründet.) Am 8. Februar 1922 wurde die Tscheka zu GPU umgebaut, Dserschinski blieb an der Spitze. 1934 ging dann die OGPU – schon unter Genrich Grigorjewitsch Jagoda /1891-1938/, der bis 1936 Leiter der NKWD bleibt und 1936 verhaftet und 1938 in Lubjanka hingerichtet wurde – im Volkskommissariat für

Orlow. Er war in zivil gekleidet und hatte eine Vermittlerrolle zwischen der GPU und den ungarischen Ermittlungsbehörden[283] Diese Beziehung zwischen den sowjetischen Offizieren der Staatssicherheit und den ungarischen Ermittlern wurde immer enger: Die NKGB verfügte ab Ende Januar 1945 auch über einen Sitz in der Königin Vilma Strasse 34-36[284] und ab März 1945 führte schon Fjodor Belkin[285], sowjetischer General der Staatssicherheit, Verhandlungen mit den kommunistischen Leitern der Polizei und überwachte ihre Tätigkeiten. János Kovács, der zum Stellvertreter von Péter Gábor ernannt worden war, arbeitete auch als NKGB-Oberst und war die Kontaktperson zu Belkin.

Die Rivalität zwischen András Tömpe und Péter Gábor wurde nach der Gründung der Abteilung der politischen Polizei der ungarischen Staatspolizei in der Hauptkommandantur Provinz[286] teilweise beendet, da zu derem Leiter ab März 1945 András Tömpe ernannt worden war. Der Leiter der Abteilung der politischen Polizei der ungarischen Staatspolizei in der Hauptkommandantur Budapest[287] blieb Péter Gábor. Einen Großteil der Ermittler aus der Abteilung von András Tömpe übernahm Péter Gábor noch im Februar 1945, um seinen Rivalen zu schwächen.[288]

In den Abteilungen der politischen Polizei arbeiteten von Anfang an nur „verlässliche" Personen. Die Kommunisten wollten diese Positionen stärken und die Posten in der Polizei und im Innenministerium bekamen kommunistische Funktionäre. Neben dem Leiter und dem Stellvertreter der politischen Polizei waren der im Innenministerium für die Organisation und Kontrolle der Polizei zuständige politische Staatssekretär Sándor Zöld[289] und der ihm nach

---

Staatssicherheit, Ung. 'Államvédelmi Népbiztosság', (NKWD) auf. 1941 hat man die Geheimpolizei (NKGB) von der NKWD abgetrennt und nach Stalins Tod, ab 1953/54 stellte man das Komitee für Staatssicherheit (KGB) auf. Dazu s.: Rupert BUTLER, A sztálini terror eszközei. 1917-től 1991ig. Gabo Kiadó Budapest, 2008

[283] István Andreánszky, Ministerialrat schreibt über Orlow in seiner Meldung vom 17. Februar 1945. MOL XIX-B-1-r BM Elnöki iratok, 1945., Dazu s.: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november, Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona Budapest, 2000 (S. 20.)

[284] Ung. 'Vilma Királyné út', heute Városligeti Allee

[285] Fjodor Belkin (in der Fachliteratur auch als F. Bjelkin) General arbeitete bei NKGB. Ab Sommer 1945 lebte er in Baden bei Wien als Leiter der osteuropäischen Hauptkommandantur des Abwehrdienstes, fuhr jedoch oft nach Budapest. 1949, auch bei den Vorbereitungen zum Rajk-Prozess spielte er eine entscheidende Rolle, hat sogar Rajk und die anderen Verdächtigen persönlich verhört. Nach 1952 verschwand er in der Sowjetunion. Dazu s.: Béla SZÁSZ, Minden kényszer nélkül. Európa–História Budapest, 1989, (S.365–366.)

[286] Ung. 'Magyar Államrendőrség Vidéki Főkapitánysága Politikai Rendészeti Osztálya'

[287] Ung. ' Magyar Államrendőrség Budapesti Főkapitánysága Politikai Rendészeti Osztálya'

[288] Darüber berichtete András Tömpe in einem Brief im März 1945. PIL 274. f. 11/11. 27. 03. 1945, in: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[289] Sándor ZÖLD (1913–1951) Arzt, Staatssekretär im Innenministerium zwischen dem 23. Dezember 1944 und dem 15. Juli 1945, beziehungsweise vom 30. Oktober 1948 bis zum 23. Juni 1950, dann war er bis zum 20. April 1951 Innenminister, danach – während der Verhaftung von Kádár, wahrscheinlich aus Angst – tötet er seine Familie und begeht danach Selbstmord.

dem 15. Juli 1945 folgende Mihály Farkas[290], der Leiter der Abteilung für öffentliche Ordnung[291] Endre Szebenyi,[292] der unter ihm arbeitende Leiter einer polizeilichen Ermittlungsabteilung István Ékes und der Leiter des ab dem 20. März 1945 aufgestellten Sekretariats im Ministerium Tôkés Ottó[293] Kommunisten.

Die Statistiken zeigten das gleiche Bild im ganzen Land. An der Spitze der politischen Abteilungen der Polizeikommandanturen standen Kommunisten (von 36 Leitern waren 34 kommunistisch eingestellt). Die Ermittler waren auch Mitglieder der Kommunistischen Partei.[294]

Die führenden Politiker der Kleinlandwirte und der Sozialdemokraten bestanden darauf, dass die Stellvertreter des Abteilungsleiters der politischen Polizei der ungarischen Staatspolizei in der Hauptkommandantur Budapest die aus diesen zwei Parteien Delegierten sein sollten. Neben János Kovács wurden aus diesem Grund offiziell noch drei Personen, der Kommunist Lajos Fehér,[295] der Sozialdemokrat Endre Hortobágyi[296] und der Kleinlandwirt Aladár Gyuris[297] zu Stellvertretern von Péter Gábor ernannt. In den Memoiren von István Tímár[298] ist zu lesen, dass Péter Gábor die zwei letztgenannten Offiziere der Polizei, den Sozialdemokraten Hortobágyi und den Kleinlandwirt Gyuris über die wichtigeren Schritte der

---

[290] Mihály FARKAS (1904-1965), arbeitete in einer Druckerei, emigrierte in die Sowjetunion und kam 1945 zurück, zwischen 1945 und 1956 war er in der engsten Parteiführung und im Politischen Ausschuss der Kommunistischen Partei, vom September 1948 bis Juli 1953 war er der Verteidigungsminister, am 13. Oktober 1956 wurde er verhaftet und nach vier Jahren befreit.

[291] Ung. 'Közrendészeti Főosztály'

[292] Endre SZEBENYI (1895–1950) Jurist, ab Juni 1945 Ministerialrat, ab April 1946 Abteilungsleiter der Öffentlichen Ordnung , Ung. 'Közrendészeti Főosztály', ab Juli 1947 Staatssekretär im Ministerium. Man verhaftet ihn am 7. Juni 1949, er wurde 1950 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Jahre 1955 hat man ihn rehabilitiert.

[293] Ottó TŐKÉS (1922–) war der Sekretär von László Rajk, im Juni 1949 wurde er auch verhaftet und zu sechs Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1954 hat man ihn freigelassen, 1955 rehabilitiert.

[294] Eine zusammenfassende Meldung am 23. Mai 1945 über die Zusammensetzung der politischen Polizei. PIL 274. f. 7/186. 1945. május 23-i összesítés., in: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[295] Den Namen von Lajos FEHÉR findet man in einem Rundschreiben am 25. September 1946 nicht mehr. Er war zwischen 1962 und 1974 der Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden im Ministerialrat.

[296] Endre HORTOBÁGYI arbeitete – aufgrund der Forschungen von Róber Gábor – nur 15 Monate lang in der politischen Polizei. Nach ihm wurde ein anderer Sozialdemokrat, István BITTMAN der Stellvertreter von Péter Gábor. Dazu s.: Róbert GÁBOR, Az igazi szociáldemokrácia. (S. 183.), Róbert GÁBOR war Sozialdemokrat und arbeitete 1945-1947 in der politischen Polizei, im XIV. Bezirk von Budapest. Im September 1947 emigrierte er und 1988 gab er einen Interview dem BBC, in dem er darüber erzählte, dass die politische Polizei und Péter Gábor von Anfang an unter dem Einfluss der NKWD und der Ungarischen Kommunistischen Partei gestanden waren.

[297] Aladár GYURIS war im Januar 1947, als die Mitglieder der „Magyar Testvéri Közösség" (Ungarische Brüderische Gemeinschaft) von der politischen Polizei verhaftet wurden, noch Stellvertreter von Péter Gábor. Wie lange er noch auf diesem Posten bleiben konnte, zeigen uns die Dokumente nicht mehr. Dazu s.: Róbert GÁBOR, Az igazi szociáldemokrácia. (S. 373.), Cristopher FELIX (James McCARGAR), A titkos háború., Európa Budapest, 1993, (S. 237–238.)

[298] István TÍMÁR (1913-1991), Jurist, 1947-48 Stellvertreter von Péter Gábor, nach 1953 für 12 Jahre verurteilt, ab 1962 Hauptabteilungsleiter im Justizministerium.

Geheimpolizei absichtlich nicht informierte. Mit der Zeit wusste ein jeder in der Abteilung, dass diese Stellvertreter keine Entscheidungen treffen konnten. In ihren Zimmern waren auch Abhörgeräte eingebaut.[299]

Die Polizei stand immer im Mittelpunkt der politischen Machtkämpfe. Die Kommunisten wollten ihre Position in der Polizei stärken, die anderen politischen Akteure versuchten durch Kontrolle der Polizei die Macht der Kommunistischen Partei zu schwächen. Der Sekretär der Nationalen Bauernpartei, Imre Kovács, war schon im Februar 1945 über die Tätigkeit der politischen Polizei beunruhigt und informierte den Ministerpräsidenten Béla Dálnoki Miklós über die Probleme im Innenministerium unter Ferenc Erdei. Kovács war der Meinung, dass Erdei die Arbeit der Geheimpolizei in der Andrássy Strasse 60 nicht regulieren und unter seiner eigenen Kontrolle halten konnte. Auch der damalige Justizminister Ágoston Valentiny wollte Kontrolle über die Polizei haben. Der Ministerpräsident Dálnoki hatte vor, statt Ferenc Erdei ein anderes Parteimitglied der Nationalen Bauernpartei, Imre Kovács, zum Innenminister zu ernennen. Damals musste sich damit auch Woroschilow, der Vorstandsvorsitzende des Kontrollrates der Alliierten, einverstanden erklären. Woroschilow lud daher Imre Kovács zu sich ein und fragte ihn, was er als Innenminister mit der Polizei vor habe. Kovács plante eine Neuorganisierung der Polizei, die seiner Meinung nach keine ungarische, sondern eine kommunistische Polizei war. Woroschilow stellte ihm noch eine Frage: Was würde Kovács tun, wenn er undisziplinierte sowjetische Soldaten in Ungarn treffen würde. Kovács antwortete, er würde diese Soldaten verhaften und den sowjetischen Behörden übergeben, worauf Woroschilow nur erwiderte, das Kovács nie zum Innenminister von Ungarn ernannt werden würde.[300]

Der Ministerpräsident Dálnoki besuchte Ende März 1945 die Zentrale der politischen Polizei in der Andrássy Strasse 60. Dálnoki dachte, dass die Agenten nicht mit seinem überraschenden Besuch rechnen würden, er wusste jedoch nichts davon, dass Péter Gábor über diese ministerielle Kotrolle rechtzeitig informiert worden war. Im Gebäude hatten die Polizisten Ordnung gemacht, die Verhafteten waren gewaschen und angekleidet worden. Péter Gábor kritisierte vor Dálnoki sogar die Polizisten auf dem Lande, weil diese – nach den Worten von Péter Gábor – „Parteipolizisten" seien. Die Polizisten in Budapest würden

[299] Die Memoiren von István TÍMÁR, die im Besitz von Tibor ZINNER sind, zitiert Sándor M. KISS in: Géza BÖSZÖRMÉNYI, Recsk 1950–53. Interart Budapest, 1990, (S. 12.)

[300] Originaltext von Imre Kovács in: Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében. (1945-1948), Helikon Budapest, 2008 (S. 16.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

hingegen ständig darauf achten, dass sie im Namen des ungarischen Staates und nicht im Namen der ungarischen Kommunistischen Partei handeln.(!)[301]

Péter Gábors Plan war erfolgreich: Dálnoki berichtete später nur über den Einfluss der Kommunistischen Partei auf die Polizei, fand dort jedoch keine großen Fehler. Dálnoki wunderte sich nur darüber, dass an den Wänden der Geheimpolizei nicht die Bilder von Lenin oder Stalin, sondern die von Sándor Petőfi hingen.[302]

Zwischen den Volksanwaltschaften, Volksgerichten und der politischen Polizei gab es immer wieder Probleme. Zu den Aufgaben der Volksgerichte gehörten die Aufdeckung der Kriegsverbrecher und die der Volksfeinde. In 50 Prozent der Fälle wurden die Verdächtigen unter Anklage gestellt, in der anderen Hälfte der Fälle hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt oder den Fall – wegen weiterer Ermittlungen - der politischen Polizei zurückgegeben. Die Volksgerichte haben in 50 Prozent der Klageschriften die Angeklagten freigesprochen. Durch die Arbeit der Volksgerichte und der Volksanwaltschaften wurden also 75 Prozent der politischen und fachlichen Kompetenzen der politischen Polizei devalviert.[303]

Die provisorische Nationalregierung richtete sich mit ihren ersten Verordnungen eindeutig gegen die Kriegsverbrecher und die volksfeindlichen Tätigkeiten. Die in den wichtigsten Positionen sitzenden kommunistischen Funktionäre waren der Meinung, diesen Kampf sollte man auch auf die reaktionären Kräfte ausdehnen.

Wer ihnen nicht passte, wurde schnell zum Faschisten gemacht und als Gegner der neuen Demokratie abgestempelt. In der Fachliteratur kann man darüber lesen, dass sich die Zahl der „Feinde" nach der Aufdeckungsarbeit der Kommunisten nicht minderte, sondern vermehrte.

Nach István Bibó ist die ungarische Demokratie nach 1945 wegen der kommunistischen Polizei in die Krise geraten. *Die ganze ungarische Polizei bot 1945 nur der Kommunistischen Partei Positionen.*[304]

---

[301] Péter Gábors Meldung an Ernő Gerő, am 30. März 1945, PIL 274. f. 11/10. Péter Gábor jelentése Gerô Ernônek, 1945. március 30., IN: Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, Budapest, 1999 november

[302] Ebenda

[303] Ákos MAJOR, Népbíráskodás–forradalmi törvényesség. Egy népbíró visszaemlékezései., Minerva Budapest, 1988 (S. 159.) Dazu s.: Mátyás RÁKOSI, Visszaemlékezések 1940–1956. in: Magdolna BARÁTH, István FEITL, György GYARMATI, Mária PALASIK, Levente SIPOS, László SZŰCS, György T. VARGA. (Red.) István FEITL, Márta LÁZÁR, Levente SIPOS, Napvilág Budapest, 1997 (S. 175.)

[304] István BIBÓ, A magyar demokrácia válsága. In István BIBÓ, Válogatott tanulmányok., Magvető Budapest, 1990 (S.27–30.)

István Bibó[305] und die „Schwaben" im Jahre 1945[306]

István Bibó arbeitete im Mai 1945 im Innenministerium in Budapest[307]. Er hörte davon, dass im Frühsommer 1945 im Komitat Tolna und Baranya private Aktionen gegen die Schwaben[308] vorgenommen wurden, die von Mitgliedern der Nationalen Bauernpartei und der Kommunistischen Partei organisiert worden waren, um den vertriebenen Szeklern aus Jugoslawien Platz zu machen. Die ganze schwäbische Bevölkerung vieler Dörfer wurden auf die Wiesen im Umland vertrieben, auch wenn es regnete und sie über keine warme Kleidung und Lebensmittel verfügten. Nachdem Bibó von diesen willkürlichen Siedlungsaktionen der Polizei – unter der Aufsicht der Kommunistischen Partei - gehört hatte, begann er sich mit der Schwabenfrage eingehender zu beschäftigen. Als Ministerialbeamter fühlte er sich angesprochen, seine Meinung – seine Kritik bezüglich der Behandlung der Schwaben von Seite der ungarischen Behörden - zu Papier zu bringen, auch zur Information der führenden Politiker, um sich moralisch richtig entscheiden zu können. Bibó hat seine erste Schrift – sein erstes Memorandum mit dem Titel *Memorandum über die Lage der deutschen Minderheit in Ungarn und die alternativen Lösungsmöglichkeiten*[309] – nicht veröffentlicht, sondern am 14. Mai 1945[310] dem damaligen Innenminister Ferenc Erdei übergeben. Erdei hat Bibós Informationen und Anmerkungen in diesem Memorandum noch am selben Tag der Parteiführung vorgelegt. Im ersten Teil des Memorandums zählt Bibó die ethnischen

[305] István Bibó (1911 -1979) studierte Jura und arbeitete ab 1938 im Justizministerium. Während der deutschen Besatzung Ungarns stellte er im Ministerium Schutzpässe für Juden aus. Die Pfeilkreuzer verhafteten ihn. Nach 1945 bekam er eine Stelle im Innenministerium der Ungarischen Provisorischen Nationalregierung. Er arbeitete an den Wahlrechtsgesetz und beteiligte sich an den Wahlvorbereitungen (4. November 1945). Aus Protest gegen die Vertreibung der Ungarndeutschen trat er aus seinem Posten zurück. Zwischen 1946 und 1950 arbeitete er als Professor, ab 1950 als Bibliothekar. 1956 beteiligte er sich an der Neugründung der Ungarischen Bauernpartei. In der Regierung von Imre Nagy erhielt er den Posten des Staatsministers. Er verfasste während der Revolution mehrere Erklärungen, auch der Zentralarbeiterrat von Groß-Budapest nutzte eine Erklärung von Bibó als Verhandlungsgrundlage. 1957 wurde Bibó verhaftet, 1958 zu lebenslange Haft verurteilt. 1963 hat man ihn freigelassen, er arbeitete bis seinem Tod als Bibliothekar im Zentralamt für Statistik. Dazu s.: Tibor HUSZÁR, István BIBÓ ifj., Bibó István – Beszélgetések, politikai-életrajzi dokumentumok. Budapest, Kolonel Lap- és Könyvkiadó, 1989, Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyarországi német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. In: Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.), Bács-Kiskun Megye Múltjából II., Kecskemét, BKMÖL, 1992

[306] In: mek.oszk.hu/02000/02043/html/194.html, 07/03/2011

[307] Bibó arbeitete in diesen Monaten an den Wahlrechtsgesetz und war Leiter der Wahlvorbereitungsabteilung des Innenministeriums.

[308] Dazu s.: Ágnes TÓTH, Mihály KŐHEGYI, Der zusammenfassende Bericht György Bodors über die Siedlungsaktionen um Bonyhád (1945), In: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993 (S. 65-96.)

[309] V./2. számú dokumentum, Bibó István memoranduma a sváb kitelepítésről
2. sz. melléklet, 1945. május 14-én általam fogalmazott, s Erdei Ferenc által ugyanaznap a Minisztertanácsba bevitt és ott tárgyalt memorandum, In: István BIBÓ (1911-1979). Életút dokumentumokban. In: Huszár Tibor HUSZÁR, Gábor HANÁK, György LITVÁN, Katalin S.VARGA (Red.), Dokumentarband, Budapest, 1956-os Intézet-Osiris-Századvég, 1995, (S. 252-254.)

[310] Ágnes TÓTH, Bács-Kiskun megye múltjából (Aus der Vergangenheit des Komitats Batschka-Kleinkumanien) XI, Kecskemét, 1992 (ab S. 330.)

Gesichtspunkte auf: *Nach dem amtlichen Sprachgebrauch steht die Aussiedlung der Volksbündler und generell der faschistischen Schwaben auf dem Programm. (...) ... hinter den mit der Schwabenfrage zusammenhängenden Presseagitationen und Privataktionen sehr oft Kräfte stehen, die nicht die Aussiedlung der faschistischen Schwaben interessiert, sondern die Aussiedlung der deutschen Minderheit im ganzen und, wenn es geht, die Aussiedlung jeder Art von Minderheit überhaupt. (...) Hier (...) beginnen viele in unverfälscht faschistischem Stil die ganze Frage so anzusehen, dass es nichts anderes braucht als schnellen Entschluss, (...), unter Hintenanstellung jeder überflüssigen Juristerei, mit gut ausweitbaren Rahmenbegriffen (...). Genauer: Weisen wir möglichst viele Schwaben aus, sammeln wir sie, bringen sie auf den Weg und setzen sie über die Grenze(...). Hinter der ganzen Idee steckt derselbe Geist, wie hinter den schrecklichen Aktionen von Baky*[311] *und Genossen. (...)*

Das alles bedeutet (...), dass die Verwaltung der untersten Stufe oder ad hoc aufgestellte Aussiedlungsorgane (...) in einer oder der anderen Gemeinde zu Herren über Leben und Tod werden (...).

Und dann noch die Pläne, die an die Stelle der auszusiedelnden Schwaben geflüchtete Magyaren oder solche von jenseits der Theiss ansiedeln wollen, so, dass die Siedler nicht nur in den Besitz, sondern auch ins Haus (...) der geflohenen oder auszusiedelnden Schwaben setzen. Es ist leicht zu durchschauen, wie demoralisierend das für den neuen Siedler ist. Das Ganze unterscheidet sich in nichts davon, wie vor einem Jahr ein kleiner, aber lautstarker Teil der ungarischen Mittelklasse, des Kleinbürgertums und Proletariats die Juden vertrieb und ausraubte. (...)

... die guten Absichten der Zentralbehörden an der Böswilligkeit, der Beschränktheit oder der Feigheit der Vollzugsorgane (...) scheitern. (...) ... die Regeneration Ungarns nicht an Minderheiten, Schwaben, überhaupt nicht an der Suche nach Sündenböcken und ihrer Hinrichtung hängt, dass die schwerste Niederlage Ungarns (...) die moralische Niederlage ist (...).[312]

---

[311] Baky war einer der Hauptverantwortlichen für die Deportation der Juden.

[312] *A hivatalos megfogalmazás szerint a volksbundista és egyáltalán fasiszta svábok kitelepítése a program. (...) hogy a „sváb kérdéssel" kapcsolatos sajtóagitáció és magánakciók mögött igen sok ponton olyan erők vannak, melyeket nem a fasiszta svábság kitelepítése érdekel, hanem egészében a német kisebbség kitelepítése, és ha lehet, egyáltalán mindenfajta kisebbség kitelepítése. (...) Itt azonban kezdik sokan hamisítatlan fasiszta stílusban (...) mint gyors elhatározásra, gyors cselekvésre, mindenféle felesleges jogászkodás félretételére, jól tágítható keretfogalmakra, (...) Közelebbről: lehetőleg minél több svábot utasítsunk ki, szedjük össze, indítsunk útnak és tegyük át a határon, (...). Az egész elgondolás mögött, (...) ugyanaz a szellem mozog, amely Bakyék szörnyeteg akcióit mozgatta: Mindez azonban közelről azt jelenti, hogy az elsőfokú közigazgatás, vagy pláne ad hoc felállított kitelepítési szervek, egy-egy községben élet-halál és minden vagyon urává válnak, (...). Mindezt megtetézik azok a tervek, melyek a kitelepítendő svábság helyébe tiszántúli és menekült magyarokat akarnak telepíteni úgy, hogy a telepesek üljenek be az elmenekült vagy kitelepítendő svábokat nem*

Bibó hat als Zeitzeuge die Situation Ungarns nach dem Krieg, im Jahre 1945 – vor der Vertreibung der Deutschen – ganz klar beschrieben: Obwohl offiziell nur die Volksbündler und faschistischen Schwaben ausgesiedelt werden sollten, spürte auch Bibó hinter den Presseagitationen und Privataktionen bestimmter Kräfte, – Bibó erwähnt hier noch nicht die Kommunistische Partei und die Bauernpartei, die dahinter stecken - dass es um die Aussiedlung der deutschen Minderheit geht. Die Pläne der Regierung bezüglich der Flüchtlinge, die die Besitztümer, Häuser der Deutschen aus Ungarn bekommen sollten, kritisiert Bibó in seiner Schrift ebenfalls. Er erwähnt auch unter anderem die Böswilligkeit und Beschränktheit der Vollzugsorgane – dazu gehörte 1945 die politische Polizei, die nach der vertraulichen Verordnung[313] des Innenministers ab Juni 1945 jede Person, die nicht passte (die den demokratische Wiederaufbau des Landes hemmte, wie es offiziell hiess), gleich verhaften oder internieren konnte – und war der Meinung, dass wenn es so unmoralisch weitergeht, *an den Händen des Ungarntums noch mehr Blut kleben könnte als bisher*.[314]

Im zweiten Teil des Memorandums vom 14. Mai 1945 schreibt István Bibó über die politischen Gesichtspunkte bezüglich der Schwabenfrage. Bibó hebt das Verhältnis zwischen dem Nachbarstaat Österreich und Ungarn nach der Vertreibung der *ausgeraubten, ausgehungerten, ausgerechnet über die österreichische Grenze*[315] treibenden Deutschen aus Ungarn hervor. Österreich wird während der Ausweisung der Ungarndeutschen – gemäß Bibó – den Eindruck haben, dass diese deutsche Minderheit von den *nach wie vor faschistisch gebliebenen Magyaren nur darum vertrieben wurde, weil sie ihre Nationalität und*

---

csak a birtokaiba, hanem a házába, (...). Hogy ez mennyire demoralizáló az új telepesekre, azt könnyű átlátni: az egész nem különbözik semmit sem attól a kiüldözési és kirablási művelettől, amit egy évvel ezelőtt a magyar középosztálynak, kispolgárságnak és proletárságnak egy kis, de hangadó hányada a zsidókkal szemben végrehajtott. (...) a központi hatóságok jó szándéka meg fog törni a végrehajtó szerveknek vagy a rosszakartán, vagy a korlátoltságán, vagy a gyávaságán, (...) Mindezek a perspektívák a lehető legszörnyűbbnek tetszenek meg azok számára, akik tisztában vannak azzal, hogy Magyarország regenerálódása nem kisebbségen, svábságon és általában nem bűnbakok keresésén és kivégzésén múlik, s hogy Magyarország vereségének legsúlyosabb tétele nem katonai és nem a gazdasági vereség, hanem az erkölcsi vereség, In: István BIBÓ (1911-1979). Életút dokumentumokban. In: Huszár Tibor HUSZÁR, Gábor HANÁK, György LITVÁN, Katalin S.VARGA (Red.), Dokumentarband, Budapest, 1956-os Intézet-Osiris-Századvég, 1995, Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 10-13.)

[313] Der Text der Verordnung vom 21. Juni 1945 in: Mária PALASIK, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945), Társadalmi Szemle 1997. 7.szám (S. 88.)

[314] *a magyarság kezéhez még több vér tapadjon, mint amennyi már eddig is tapadt* In: István BIBÓ (1911-1979). Életút dokumentumokban. In: Huszár Tibor HUSZÁR, Gábor HANÁK, György LITVÁN, Katalin S.VARGA (Red.), Dokumentarband, Budapest, 1956-os Intézet-Osiris-Századvég, 1995, Quelle: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330-382.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 12- 43.)

[315] *kiutasított németek ügyét, pláne azokat kifosztottan és kiéhezetten pont az osztrák határon kergetjük át* In: Ebenda, (S. 13.)

Muttersprache nicht aufgeben wollte.[316] Nach der Auffassung von Bibó steht jeder Schwabe – egal, ob er Volksbündler war oder nicht – drüben in Österreich wie ein demokratischer Deutscher da. Außerdem betonte er auch, dass unter den zur Aussiedlung bestimmten Ungarndeutschen in großer Zahl solche sein würden, die nicht Volksbundmitglieder, sondern gegen den Faschismus, gegen den Krieg und für ihre ungarische Heimat waren. *Die demokratische österreichische Regierung findet sicher Wege, die Alliierten auf alles das aufmerksam zu machen.*[317] Die Folgen könnten für Ungarn – nach Meinung von Bibó – katastrophal sein.

Zu den politischen Argumenten zählt István Bibó auch das Verhältnis zwischen Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien, was sich nach der Vertreibung der Ungarndeutschen verschlechtern könnte, da sich damit eine für die in diesen Staaten lebenden Magyaren viel katastrophalere Konsequenz ergeben würde:

Damit, dass wir anfangen, unsere Schwaben in Massen auszusiedeln, geben wir nicht nur vor allem den Tschechen einen Rechtstitel, dasselbe mit den unter sie zurückgekommenen Magyaren zu tun, sondern liefern ihnen auch noch den Vorwand, dass in Ungarn mit der Aussiedlung der dortigen Schwaben riesige Gebiete frei werden, die bestens geeignet sind, die Magyaren der Nachfolgestaaten aufzunehmen.[318]

István Bibó sah in der Behandlung der Schwaben, in der Vertreibung dieser Minderheit auch die Gefahr, dass verschiedene chauvinistische Politiker oder Lokalbehörden in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien genau dieselben Absichten gegenüber den dort lebenden Magyaren haben könnten, wie die ungarischen Politiker gegenüber den Schwaben. Mit einem guten Beispiel - *Wie für uns jeder Schwabe Volksbündler, ist für sie jeder Magyare Horthyst,*[319] - erklärt Bibó seine Ängste bezüglich des Magyarentums in den Nachbarstaaten. Auch wenn viele Staaten ihren Deutschen gegenüber – Polen, Jugoslawien, die Tschechoslowakei, Dänemark – solche Aktionen durchführen wollen, dürfe Ungarn nach Bibós Meinung – auch als jahrelanger Verbündeter von Nazi-Deutschland – solche unmenschlichen Pläne nach 1945 nicht verwirklichen.

---

[316] *akit a továbbra is fasisztának maradt magyarok pusztán azért üldöznek ki, mert nemzetiségét, anyanyelvét nem akarta feladni* In: Ebenda, (S. 13.)

[317] *A demokratikus osztrák kormány bizonyosan talál módot, hogy mindezekre a szövetségesek figyelmét felhívja.* In: Ebenda, (S. 13.)

[318] *Azzal, hogy mi nekikezdünk svábjaink tömeges kitelepítésének, nem csak jogcímet adunk mindenek előtt a cseheknek arra, hogy ugyanezt tegyék az alájuk került magyarokkal, hanem még azonfelül azt az ürügyet is nyújtjuk számukra, hogy a magyarországi svábság kitelepítésével Magyarországon óriási üres helyek szabadulnak fel, amelyek nagyszerűen képesek befogadni az utódállamok magyarságát.* In: Ebenda, (S. 13.)

[319] *Ahogy nekünk minden sváb volksbundista, úgy nekik minden magyar horthysta* In: Ebenda, (S. 13.)

Bibó erwähnt in seinen Schriften auch die Lösungsvorschläge vieler ungarischer Politiker, die auf all diese Ängste und Gefahren nur mit geschickt bemäntelten Aktionen antworten wollten: *Auf all das ist die Antwort unserer Chauvinisten (...), dass man die ganze Aktion geschickt bemäntelt organisieren muss, entsprechende Decknamen und Formeln erfinden, die die Tschechen nicht auf analoge Weise anwenden können. (...) Die mühsam erfundenen Decknamen und Formeln dazu nicht taugen, das Ausland auch nur ein wenig zu täuschen, wohl aber dazu, die unkritische und zu jedem Selbstbetrug bereite inländische öffentliche Meinung in neue einschläfernde Lügen zu verwickeln.*[320]
Bibó bittet hier die Politiker, entschlossen darauf zu verzichten, die deutsche Minderheit – nach Bibós Worten, die „Schwaben" – mit einer schnellen, rücksichtslosen Aktion auszusiedeln. Er war der Meinung, dass nur die nachgewiesenen Faschisten ausgesiedelt werden sollten. Und die Politiker müssten nicht nur in ihren Reden, sondern auch in der praktischen Durchführung eine strenge Differenzierung vornehmen und dürfen nur die Faschisten mit der Vertreibung bestrafen.

Im dritten Teil des Memorandums vom 14. Mai 1945 berichtet István Bibó von verschiedenen praktischen Anregungen. Nach Bibós Auffassung halten die sogenannte Schwabenfrage nicht allein die Politiker, mit Hilfe der Presse, und die Aktionen der Polizei auf der Tagesordnung, sondern auch das Landwirtschaftsministerium wegen der Bodenreform. Man mache den ungarischen Anspruchstellern jenseits der Theiss und auch einer größeren Zahl ungarischer Flüchtlinge Hoffnungen auf das Eigentum der zu vertreibenden Schwaben. Bibó hebt hier nochmal hervor, wie sehr dieses Vorgehen – die Umsiedler, Anspruchsteller in das Haus, in die Möbel der Schwaben zu setzen – demoralisierend wirken würde. István Bibó schreibt hier auch über das Landwirtschaftsministerium, das während der Durchführung der Bodenreform, im Frühling 1945, nicht politische sondern wirtschaftliche und kulturelle Gesichtspunkte vor Augen hatte, denn seiner Meinung nach würden die Familienmitglieder der Deutschen aus Ungarn aus ihren Häusern und *ihrem Lebenswerk*[321] herausgenommen und Umsiedler in diese Häuser gesetzt, was dann als Siedlung bezeichnet wird. Es wäre – gemäß Bibós Worten – also

[320] *Minderre természetesen sovinisztáink részére az a felelet, hogyha ezek a veszélyek fennállnak, ez csak azt jelenti, hogy az egész akciót „ügyesen" palástolva kell megszervezni, megfelelő fedőneveket és formulákat kell kitalálni, amelyeket a csehek analóg módon nem alkalmazhatnak. (...) mi sem átlátszóbb az ilyen ügyeskedéseknél, és ha lehet, ezek még rosszabbak a nyílt kiállásnál, mert nagy nehezen kiagyalt fedőnevek és formulák arra nem jók, hogy a külföldet kicsit is tartósan tévedésben tartsák, arra ellenben nagyon jók, hogy a kritikátlan és öncsalásra mindig kész hazai közvéleményt újabb önáltató hazugságokba bonyolítsák.* In: Ebenda, (S. 15.)
[321] *életük munkájából* In: Ebenda, (S. 16.)

nicht eine Schwabenfrage, eher eine Siedlungsfrage. Die praktischen Vorschläge von Bibó kann man nach diesen Problemen lesen:

Die Regierung soll ein Siedlungsamt im Rahmen der Durchführung der Bodenreform aufstellen, um den Überschuss an Anspruchstellern jenseits der Theiß in Transdanubien und überall, wo es überschüssiges Land gibt, im Großgrundbesitz und dem beschlagnahmten Besitz der Volksbündler anzusiedeln. Der Regierungskommissar für die Siedlung soll seine Aufgabe nicht mit Polizeimaßnahmen und Internierung, sondern mit den Methoden zielbewusster Siedlungstätigkeit erfüllen, nicht nur im Sprachgebrauch, sondern in der Wirklichkeit (...).[322]

Am Ende des Memorandums zählt Bibó die wichtigsten Forderungen auf, die nach seiner Meinung am schärfsten befolgt werden müssten. Dazu gehört an erster Stelle das Verwerfen des Gedankens, dass jemand nur deshalb ausgesiedelt werden sollte, weil er sich bei der Volkszählung zur deutschen Nationalität bekannt hatte. Bibó geht weiter und schreibt dasselbe auch über die Rückverdeutschung magyarisierter Namen und über die Folgen des Volkszählungseintrages:

Deportierung kann nicht die Folge solcher einfachen Verwaltungs-Äußerungen sein, deren freier Gebrauch zu den grundlegenden Errungenschaften der Demokratie gehört. (...) wenn das in Ungarn einmal möglich ist, dass die Rechtsfolge eines Volkszählungseintrags Zwangsdeportierung ist, wird sich hundert Jahre niemand trauen, nicht nur seine Nationalität, sondern von der Steuer bis zur Parteizugehörigkeit nichts einzugestehen.[323]

István Bibó sah sehr genau, was für demoralisierende Konsequenzen die Benutzung der Volkszählungsergebnisse für die Vertreibung der deutschen Minderheit haben konnte. Seine Ängste waren nicht ohne Grund: Man weiss heute, dass sich bei der nächsten Volkszählung im Jahre 1949 nur etwas mehr als 22.000 Personen zum Ungarndeutschtum bekannt hatten. Und dass man sich – aus verschiedenen Gründen - nicht traute, sein Einkommen, seine Steuer oder eine frühere Parteizugehörigkeit einzugestehen, war nicht nur für diese Jahre und für die totale kommunistische Diktatur bis 1953, sondern für den ganzen Sozialismus bis zur Wende charakteristisch war.

---

[322] *Állíttasson fel a kormány egy telepítési hivatalt – a földreform végrehajtásának keretein belül – a tiszántúli földigénylő többletnek a Dunántúlon és egyáltalán ott, ahol földfelesleg adódik, vagyis a dunántúli nagybirtokon és a volksbundisták elkobzott birtokain való letelepítésére. Ez a telepítési kormánybiztos ne a rendészet és internálás keretein belül, hanem a céltudatos telepítés módszerével végezze a maga feladatát, nem csak elnevezésekben, de valóságban is* In: Ebenda, (S. 15.)

[323] *A deportálás nem lehet olyan egyszerű közigazgatási nyilatkozatoknak a következménye, amelynek szabadon való megtétele a demokrácia alapvető vívmányai közé tartozik. (...) ha Magyarországon egyszer lehetséges az, hogy népszámlálási vallomására kényszerű deportálás legyen a jogkövetkezmény, akkor itt 100 esztendeig senki nem fogja bevallani nem csak a nemzetiségét, de az adójától kezdve a pártállásáig, semmit.* In: Ebenda, (S. 17.)

An zweiter Stelle erwähnt Bibó die Probleme der Bodenreform bezüglich der Deutschen aus Ungarn. *Das bewegliche Eigentum wegzunehmen, kann man nicht anders nennen als ganz einfachen Raub, ob es sich um Juden oder um Schwaben handelt*,[324] kritisiert Bibó die Siedlungsaktion der Regierung während der Durchführung der Bodenreform. Seiner Meinung nach bringt das Leben mit geraubtem Eigentum eine Demoralisierung mit sich. Bibó hatte darin wieder Recht gehabt, denn diese Demoralisierung begann während der Enteignung, Internierung und Vertreibung der Ungarndeutschen und setzte sich nach der Machtergreifung der Kommunisten mit der Verstaatlichung und Kollektivisierung fort.

Die dritte unbedingte Forderung von Bibó war, dass *man über den Volksbund als entscheidendes Kriterium weder hinausgehen kann noch darf.*[325] Wenn eine Person aufgrund des Volksbund-Verdachts ausquartiert oder interniert werden kann, tritt man damit – nach der Auffassung von Bibó – auf einen recht schwammigen Boden. In den folgenden Jahren wurden – aufgrund der Forschungsarbeit im historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste – viele Ungarndeutsche interniert, die ohne Beweise, nur weil sie Deutsche waren, der Volksbundmitgliedschaft verdächtigt wurden. Die Politik nach 1945 folgte also nicht Bibós Forderung und ging in vielen Fällen noch über seine Sorgen hinaus.

An vierter Stelle spricht der Ministerialbeamte die ungarischen Parteien – der Leser weiss, obwohl sie nicht explizit benannt werfen, dass es hierbei um die Kommunistische Partei und um die Bauernpartei geht – an und warnt sie vor der radikalen Lösung der Schwabenfrage auch in Bezug auf die drohende Katastrophe des Magyarentums der Nachfolgestaaten. In seiner fünften Forderung schreibt Bibó über die Gefahren der Sonderaktionen: *Jede Aktion, die das Schwabentum zum Grund nimmt, und das zu definieren und umschreiben versucht, mündet unausweichlich in irgendeine Rassentheorie, was zu vermeiden ist.*[326]

István Bibó versuchte in seinem Memorandum vom 14. Mai 1945 realpolitische Gesichtspunkte - immer im nationalen Interesse und mit moralischen Motiven - zu verwenden, um die ungarischen Politiker von den Konsequenzen ihrer Entscheidungen bezüglich der Ungarndeutschen zu informieren. Bibó hat – aufgrund des Memorandums – das

[324] *Az ingóságok elvételét másnak, mint egész egyszerűen rablásnak, nem lehet minősíteni, akár zsidóval, akár svábbal szemben történik is.* In: Ebenda, (S. 17.)
[325] *a Volksbundon, mint elválasztó kritériumon nem lehet és nem szabad túlmenni*, In: Ebenda (S. 18.)
[326] *Minden akció, amely a svábságot veszi alapul, és azt próbálja definiálni és körülhatárolni, múlhatatlanul valamiféle fajelméletbe fog torkollni, amit el kell kerülni* In: Ebenda (S. 18.).

wahre Wesen des Vorgangs, der Behandlung der Schwabenfrage durchschaut und hatte vor, mit seiner Schrift, mit seiner Stellungnahme zum Ungarndeutschtum die Aufmerksamkeit der Regierung auf die moralischen, wirtschaftlichen und politischen Probleme und Folgen zu lenken. Ob es ihm gelungen ist den Standpunkt der ungarischen Politiker hinsichtlich der Ungarndeutschen zu verändern, zeigt das Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium[327] noch am selben Tag, am 14. Mai 1945.

Aufgrund des Protokolls der Parteikonferenz im Ministerpräsidium vom 14. Mai 1945 hat der Innenminister Ferenc Erdei in seiner Einleitung die wichtigsten Fragen aufgezählt: die ungarischen Flüchtlinge, die untergebracht werden mussten, das Agrarproletariat, das Land bekommen und angesiedelt werden musste, die ungefähr 15.000 Sekler, die ebenfalls angesiedelt werden mussten und zuletzt die Aussiedlung der faschistischen Deutschen. Nach der Meinung des Innenministers mussten die faschistischen Deutschen wegen ihres ungarnfeindlichen Verhaltens ausgesiedelt werden und auch *um die gegenwärtige historische Gelegenheit auszunutzen, die schwäbischen Blöcke aus dem magyarischen Volk auszuhebeln und zu ermöglichen, dass die ungarische Nation sich von diesem ihrem immer nationsfeindlichen Teil befreit und den Weg des Wiederaufbaus leichter und besser betreten kann.*[328]

Ferenc Erdei erwähnte in seiner Einleitung auch die Stimmen der Presse und der Volksversammlungen, die für die totale Aussiedlung der Deutschen waren. Da die Schwabenfrage – nach Erdei – so dringend wurde, dass man sie nicht mehr aufschieben kann, hat er als Innenminister die Obergespane der Komitate, in denen eine schwäbische Bevölkerung lebte, bevollmächtigt, die schwäbische Volksbundgemeinden evakuieren zu lassen, damit in diese frei gewordenen Gemeinden Magyaren angesiedelt werden konnten. Als Beispiel nannte Erdei die Siedlungsaktion des Beauftragten vom Landwirtschaftsministerium, György Bodor[329], dem es gelungen war, die Einwohner von 22 Gemeinden im Komitat

---

[327] Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 19- 43.)

[328] Die Einleitung des Innenministers Ferenc Erdei. In: Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 19.)

[329] György Bodors Methode war – nachdem er die Voksbundmitglieder-Liste der Gemeinden in der Hand hatte – die ganze Bevölkerung des Dorfes am Marktplatz zusammenzutrommeln und mit Hilfe der Listen die Mitglieder herauszuheben. Die hintergebliebenen Dorfbewohner ließ Bodor in Viererreihen vor den herausgehobenen Volksbundmitgliedern vorbeigehen und fragte die Volksbündler, ob unter den anderen Dorfbewohnern nicht noch Volksbündler sind. (Sozialdemokraten kritisierten gleich diese Methode und bemerkten, dass die

Tolnau in ein Sammellager zu bringen, um den magyarischen Ansiedlern Platz zu verschaffen. Ferenc Erdei lobte in seiner Einleitung das Volksgerichtswesen[330], das – wenn, nach den Worten des Innenministers, die Politiker die Aussiedlung der Deutschen beschlossen hatten– mit der Durchführung der Aussiedlung der faschistischen Deutschen beginnen konnte. Nach der Aufzählung der Probleme bezüglich der Aussiedlung der Deutschen, schlug Erdei in seiner Einleitung verschiedene Lösungen vor, denn *die erfolgreiche und schnelle Lösung könnte keine andere sein als die Aussiedlung der Schwaben, die aber nach meiner Meinung unter den gegebenen Umständen unmöglich ist.*[331]

Obwohl er mit seinem Satz eigentlich das ganze Deutschtum Ungarns – die Schwaben – aussiedeln wollte, sagte er später, dass man ein Volk doch nicht kollektiv zur Verantwortung ziehen kann, auch wegen der möglichen daraus folgenden Probleme. Denn es gäbe – nach der Meinung des Innenministers – einerseits Schwierigkeiten damit, wohin und wie diese Minderheit ausgesiedelt werden sollte und andererseits mussten die ungarischen Politiker sowohl die Stellungnahme der Alliierten Kontrollkommission als auch die von Österreich – auch unter Abwägung möglicher Folgen der Aussiedlung für das Magyarentum international und in den Nachbarstaaten - abwarten.

Zu den Lösungsvorschlägen von Erdei gehört in dieser Einleitung die offene Erklärung der Aussiedlung der faschistischen Deutschen, denn dafür gab es genug Gründe und auch in der Presse sowie in der Bevölkerung herrschte dafür ein wohlwollendes Klima. Wie dieser Vorschlag in die Tat umgesetzt werden sollte, erklärte Erdei auch: *Die Durchführung müsste man über dieses juristisch festgelegte Mass hinaus ausweiten, so dass praktisch doch der grösste Teil der Deutschen ausgesiedelt werden könnte.*[332]

Behandlung der Deutschen genauso vor sich geht , wie es die Faschisten mit den Juden gemacht haben.) Dazu s.: Mihály KÖHEGYI, Ágnes TÓTH, Der zusammenfassende Bericht György Bodors über die Siedlungsaktionen um Bonyhád (1945), in: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993 (S. 65-97.)

[330] Gesetz Nr. VII aus dem Jahre 1945: Verordnung 81/1945 M.E. über Volksgerichtswesen vom 25. Januar 1945, in: www.1000ev.hu, 10/03/11

[331] Erdei spricht hier nicht nur über die Aussiedlung der faschistischen Deutschen, sondern über die der Schwaben (also über die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn). In: Die Einleitung des Innenministers Ferenc Erdei. Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 21.)

[332] Die Einleitung des Innenministers Ferenc Erdei. Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 22.)

Die Vertreibung der ganzen deutschen Minderheit wäre nach Erdeis Meinung auf jeden Fall zu bedenken, obwohl die technische Frage – wohin und wie – damit immer noch nicht beantwortet werden konnte. An dieser Stelle erwähnte der Innenminister die Pläne der Alliierten für eine einheitliche Rücksiedlung des Deutschtums und hielt dies auch für ein richtiges Vorgehen, bei dem sie – die ungarischen Politiker – wenn es möglich werden würde, sofort zugreifen müssten.

Zu den Lösungsvorschlägen von Ferenc Erdei gehörte auch die Aussiedlung der faschistischen Deutschen im Rahmen der Durchführung der Bodenreform. Die faschistischen Deutschen sollten also ausgesiedelt, ihre Güter unter den Magyaren aufgeteilt werden und in bestimmten strafbaren Fällen wäre – nach der Auffassung des Innenministers – auch Internierung oder Unterbringung in einem Sammellager möglich. Aufgrund der Forschungsarbeit im historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste kann behauptet werden, dass viele Personen deutscher Abstammung nicht wegen bestimmter strafbaren Verbrechen, sondern weil sie der deutschen Minderheit angehörten und ihre Güter wertvoll waren, interniert oder in ein Arbeits- oder Sammellager transportiert wurden.

Nach dem einleitenden Vortrag des Innenministers Erdei Ferenc meldete sich auf dieser Parteienkonferenz vom 14. Mai 1945 als erster der Außenminister János Gyöngyösi zu Wort. Gyöngyösi war der Meinung, dass im Falle des ungarischen Deutschtums eine gewisse kollektive Verantwortung festgestellt werden kann und wenn es so ist, besteht daran kein Zweifel, dass – um diese Schwabenfrage zu lösen – die historische Gelegenheit günstig ist. Gyöngyösi erwähnte das Programm der tschechoslowakischen Regierung, durch das die dortige magyarische Minderheit zur Verantwortung gezogen wurde. Er sah gefährliche Ähnlichkeiten zwischen den zwei Ereignissen:

Die Argumente, die wir gegen die Absichten der tschechoslowakischen Parteien völkerrechtlich für die Rechte der Magyaren verwenden können und müssen, werden schwächer oder wirkungslos, da man sagen kann, dass auch wir so mit einer Minderheit verfahren. Man muss also die Frage so stellen, ob die Alliierten die deutsche Frage für eine internationale oder eine Minderheitenfrage halten.[333]

[333] Vortrag des Außenministers János Gyöngyössi, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 24.)

István Bibó schrieb in seinem Memorandum auch über dieses Problem, das katastrophale Konsequenzen mit sich bringen konnte. Er erkannte jedoch schon vor dieser Konferenz, dass viele ungarische Politiker die Aussiedlung der Schwaben nur geschickt bemäntelt organisieren wollten, um das Ausland zu täuschen. Der Außenminister Gyöngyösi versuchte auch, die Frage des Madjarentum in den Nachbarländern als eine Minderheitenfrage, die Schwabenfrage als eine internationale Frage zu behandeln. Gyöngyösi erwähnte öfters in seiner Rede die Rolle, den Standpunkt der Alliierten und vor allem den der Sowjetunion und sagte, dass für Ungarn politisch gesehen der Standpunkt der Sowjetunion am wichtigsten ist, der auch ungefähr – nach Meinung des ungarischen Außenministers – die Bestrebungen des Ungarntums in der Schwabenfrage deckt, denn:

Die hiesige politische Vertretung der Sowjetunion hat aufs entschiedenste erklärt, dass sie die Frage der Deutschen als für die Gesamtheit geltende internationale Frage behandeln. (...) ich glaube, dass besonders mit Unterstützung der Sowjetregierung, (...) der entsprechende Weg gefunden wird, auf dem (...) die Nationalitätenfrage und deren internationale Verknüpfungen, die deutsche und in Ungarn die schwäbische Frage auf europäische Weise, im Geist der neuen demokratischen Staaten eine Erledigung findet.[334]

In den ungarischen Geschichtsbüchern liest man selten darüber, dass sich die ungarische Regierung mit der Frage der Vertreibung der Ungarndeutschen schon vor der Potsdamer Konferenz eingehender beschäftigt hat: Der Außenminister Gyöngyösi erkundigte sich schon am 12. Mai 1945 bei den Briten danach, was sie von einer *Deportierung von 200.000 Deutschen aus Ungarn nach Deutschland halten würden*.[335] In seinem Vortrag am 14. Mai 1945 auf der Parteienkonferenz erwähnte Gyöngyösi diesen Vorschlag, sagte jedoch auch, dass seine Schritte bei den Briten bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hatten. Gyöngyösi fügte hinzu, dass er auch den Besuch des amerikanischen Gesandten erwartet hatte, der ihm aber absagen musste, weil er vorher den Vorsitzenden der Kontrolkommission der Alliierten, Marschall Woroschilow, aufsuchen musste.[336] Am nächsten Tag, am 15. Mai 1945[337], bat der

---

[334] Ebenda, (S. 26-27.)

335 Dazu s.: Gerhard SEEWANN, Der Vertreibungsprozeß in und nach dem zweiten Weltkrieg aufgrund britischer Quellen. In: Gerhard SEEWANN (Red.): Migrationen und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918–1995. München, 1997, (S. 61.)

[336] Vortrag des Außenministers János Gyöngyössi, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 24.)

[337] Dazu s.: Gerhard SEEWANN, Der Vertreibungsprozeß in und nach dem zweiten Weltkrieg aufgrund britischer Quellen. In: Gerhard SEEWANN (Red.): Migrationen und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918–1995. München, 1997, (S. 61.)

ungarische Außenminister dann den amerikanischen Gesandten zu klären, welche Meinung die USA zu der Schwabenfrage vertraten und ob dies eine internationale oder eine Minderheitenfrage wäre?

Am 24. Mai 1945 beschäftigte sich auch schon Béla Miklós Dálnoki[338] persönlich mit der Schwabenfrage. Nach den Gesprächen mit dem ungarischen Außenminister Gyöngyösi wunderten sich jedoch die britischen und amerikanischen Gesandten über die Fragen bezüglich der Deportierung der deutschen Minderheit. Sie fanden es merkwürdig, dass gerade so ein Staat, der auf der Seite der Verlierer steht, sie mit Fragen der Deportierung einer Minderheit aufgesucht hatte. Auf die Kritik der britischen und amerikanischen Gesandten antwortete der ungarische Außenminister so: *Dann werden die Russen diese Frage in die Hand nehmen.*[339]

Nach dem Vortrag des ungarischen Außenministers János Gyöngyösi meldete sich der Abgeordnete Péter Veres, Politiker der Nationalen Bauernpartei, zu Wort. Er trennte in seiner Rede die Aussiedlung der Deutschen und die Bodenreform voneinander und hielt die letztere Frage, die Verteilung des Landes, für das wichtigste Problem. Nach den Ansichten von Péter Veres musste man im Sinne der Bodenreform-Verordnung allen Volksbündlern ihr Land nehmen und dabei würde es keine entscheidende Rolle spielen, wie die Aussiedlung von statten geht.[340]

Auf die Meinung von Péter Veres reagierte der Sozialdemokrat Árpád Szakasits. Er war davon überzeugt, dass die Volksbundmitglieder und die Pfeilkreuzer wirklich bestraft werden mussten, warnte das Publikum jedoch, ihre Auge nicht davor zu verschliessen, dass unter der ungarndeutschen Bevölkerung Ungarns – vor allem in den Komitaten Tolnau und Baranya – viele schwäbische Arbeiter und Kleinbauern auch in den schwersten Zeiten Sozialdemokraten geblieben waren und nie auf der Seite der Faschisten standen. Er sagte auch, dass man mit der Frage der kollektiven Verantwortung sehr vorsichtig umgehen muss, denn man sollte an die Madjaren der Nachbarstaaten denken. Zum Schluss wünschte er sich, dass die Aussiedlung der Schwaben auf international fundierte Art und Weise erfolgt.[341]

---

[338] Nach seiner Statistik lebten in Ungarn 540.000 Schwaben, davon waren 340.000 Volksbundmitglieder. In der Wirklichkeit – aufgrund der Volkszählungsergebnisse – bekannten sich 303.000 Personen zum ungarischen Deutschtum und die Volksbundmitglieder waren in der Minderheit. Dazu s.: Krisztián UNGVÁRY, Bibó és a zsákutca, Mozgó Világ, Jhg. 27, 2001/2

339 Paul GINDER, Die ungarndeutsche Tragödie im 20. Jahrhundert. Stuttgart, 2000 (S. 21.)

[340] Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 27.)

[341] Ebenda (S. 28.)

Nach dem Sozialdemokraten Árpád Szakasits meldete sich der Kommunist Mátyás Rákosi. Er war gleich der Meinung, dass die Frage der Madjaren in der Slowakei und die Frage der Volksbund-Deutschen in Ungarn zwei voneinander völlig unabhängige Fragen sind. Andererseits meinte er auch, dass man das Problem der Schwaben in erster Linie mit Hilfe der sowjetischen Politiker der Kontrollkommission der Alliierten lösen sollte, denn sowohl Ungarn als auch Teile Österreichs und Deutschlands, wohin die Deutschen ausgesiedelt werden könnten, waren zu der Zeit von der Sowjetunion besetzt.[342]

Der nächste Redner der Parteienkonferenz vom 14. Mai 1945 war Imre Kovács aus der Nationalen Bauernpartei. Er war der Politiker, der entschlossen gegen das ganze Deutschtum Ungarns aufgetreten ist und sich von Anfang an für die Vertreibung dieser Minderheit ausprach. Interessanterweise begann er seine Rede damit, dass er aus der Schwabenfrage keine Rassenfrage machen möchte, erzählte jedoch etwas später neben der Aussiedlung und Enteignung der Volksbündler auch von Errichtung geschlossener Siedlungen, in denen das in Ungarn gebliebene Schwabentum angesiedelt werden könnte. An die Stelle der vertriebenen Deutschen sollten – nach der Meinung von Imre Kovács – die jenseits der Theiß auf ihre Umsiedlung wartenden Proletarier kommen.[343]

Obwohl Imre Kovács in seiner Rede nicht von einem Ghetto, sondern „nur" von einer geschlossenen Siedlung für die in Ungarn gebliebenen Deutschen gesprochen hatte, begann der nächste, parteilose Politiker, der Minister für Kultus und Unterricht Graf Géza Teleki seinen Vortrag mit einer Empfehlung: Man sollte in der Presse nicht mit der Bezeichnung „Schwabe" anfangen und diese betonen, denn das führt – seiner Meinung nach - wieder zu Minderheitenproblemen. Graf Teleki war für eine genaue Umschreibung, Definition für die Volksbündler und war der Meinung, dass man das Problem der Volksbündler aufgrund einer internationalen Übereinkunft lösen musste. Die in Ungarn gebliebenen Ungarndeutschen würden Teleki auseinandersiedeln, denn *ich halte die madjarische Rasse für gesund genug, um dieses nicht mehr zahlreiche Deutschtum aufzusaugen.*[344]

Obwohl die Politiker aus der Schwabenfrage keine Rassenfrage machen wollten, widersprachen viele ihrer Lösungsvorschläge – Errichtung geschlossener Siedlungen oder Zwangsauseinandersiedlung – den heute gültigen demokratischen Prinzipien. Graf Teleki

[342] Ebenda, (S. 30.)
[343] Ebenda, (S. 34.)
[344] Rede von Graf Géza Teleki, parteiloser Minister für Kultus und Unterricht, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 36.)

führte seine „Rassentheorie" noch weiter: In seiner Rede hielt er die Charakterisierung der schwäbischen Gemeinden und der schwäbischen Bevölkerung und das Erheben von Daten anhand derer man die Schwaben in drei Gruppen einstufen könntefür empfehlenswert. Zu der ersten Gruppe gehörten – laut Teleki – die Volksbündler, die ausgesiedelt werden mussten. Zu der zweiten und dritten Gruppe gehörten die in Ungarn gebliebenen Ungarndeutschen, die – laut Teleki – auch eingestuft werden sollten: *Das bessere Element sind also die, die sich zum Teil als Ungarn bekannten, schwäbischen Ursprungs, auch noch deutsch sprechen, dann die, die nicht teilgenommen*[345] *haben.*[346]

Am Ende seiner Rede sprach der Minister für Kultus und Unterricht, Graf Géza Teleki, von Plänen, die aus heutiger Sicht minderheitenpolitisch gesehen streng beurteilt werden müssten: Teleki glaubte, dass das Auseinandersiedeln der Ungarndeutschen auch deshalb nötig sei, weil sie dadurch in den Gemeinden eine absolute Minderheit bleiben und in den folgenden Jahrzehnten aufgesaugt werden könnten.[347] Leider sind diese Pläne – wenn man die Volkszählungsergebnisse der vergangenen vierzig-fünfzig Jahre unter die Lupe nimmt – fast vollständig in Erfüllung gegangen.

Der Kleinlandwirt, Zoltán Tildy meldete sich nach Teleki zu Wort und war der gleichen Meinung wie Péter Veres – *dass wir im Zuge der Bodenreform einen beträchtlichen Teil des Problems, die Vermögen in den Griff bekommen*[348] - und Mátyás Rákosi – *wir müssen mit der russischen Leitung der Kontrollkommission verhandeln.*[349] Da es nicht nur unter den Sozialdemokraten, sondern auch unter den Kleinlandwirten einige Parteimitglieder schwäbischer Herkunft gab, hat Tildy in seiner Rede dem Innenminister Ferenc Erdei empfohlen, bei der Beurteilung der Volksbund-Mitglieder auch die Schwaben anzuhören, die

---

[345] Graf Géza Teleki wollte dem Innenminister Ferenc Erdei nach dieser Parteienkonferenz eine Ausarbeitung übergeben, die Graf Pál Teleki 1938-1940 aufgrund der Daten über die in den Volksbund Eingetretenen gemacht hat. Es wurden die deutschen Gemeinden im Blick auf den Volksbund in drei Gruppen aufgeteilt: 1. die gefährlichen Gemeinden, 2. die weniger gefährlichen Gemeinden, und 3. die nicht gefährlichen Gemeinden. In dieser Zitat sind die Deutschen, die „nicht teilgenommen haben" aus solchen Gemeinden, die zur dritten Kategorien, zu den nicht gefährlichen gehören. (Anmerkung der Autorin) Dazu s.: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.)

[346] Rede von Graf Géza Teleki, parteiloser Minister für Kultus und Unterricht, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 36.)

[347] Ebenda, (S. 36.)

[348] Rede des Kleinlandwirten Zoltán Tildy, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 37.)

[349] Ebenda, (S.37.)

– wieder vor allem in den Komitaten Tolnau und Baranya und in Transdanubien – den schwersten Verfolgungen standgehalten hatten. Seine Rede schloss Tildy mit den folgenden Worten: *Damit, dass wir die verbleibenden Schwaben in ein Ghetto zusammensiedeln, kann ich mich nicht befreunden. Das wäre nicht gut, es wäre viel besser, sie im Land zu zerstreuen.*[350]

Der Sozialdemokrat Vilmos Zentai – der der Leiter der deutschen Sektion der Sozialdemokratischen Partei war und seinen deutschen Namen „Zuschlag" auf „Zentai" madjarisieren liess[351] – erhob seine Stimme gegen die kollektive Verantwortung und war der Ansicht, dass nur eine persönliche Verantwortung beruhigend sein konnte. Zentai fand die Idee von Imre Kovács – die im Land verbleibenden Schwaben zusammenzusiedeln – nicht gerecht. Zentai argumentierte hier mit der Schulfrage aus den Jahren 1937 und 1938. Damals wurde die deutsche Bevölkerung nach der Unterrichtssprache gefragt. Das Schwabentum zerfiel dabei in zwei Gruppen: die Bevölkerung auf dem Lande wählte Deutsch – also ihre Muttersprache – als Unterrichtssprache, die Bevölkerung in Budapest – vor allem die Arbeiterschaft – wollte Ungarisch als Unterrichtssprache einführen lassen, da sie in der Industrie nur mit ungarischen Sprachkentnissen erfolgreich werden konnten. Zentai war der Meinung, dass das Deutschtum in Ungarn auch ohne Zusammensiedlung, wegen des Sprachwechsels, im Ungarntum aufgehen würde.[352]

Imre Kovács gefielen die Worte Zentais nicht und er reagierte gleich mit Fragen. Kovács wollte darauf Antwort bekommen, warum sie – also die ungarischen Politiker – gegenüber den Schwaben nachsichtig sind und sie nur in zwei Kategorien – Volksbündler und nicht Volksbündler – einteilen wollten. Nach der Meinung von Kovács waren die Schwaben, die nicht Volksbundmitglieder waren, noch nicht automatisch Antifaschisten. Kovács betonte in seiner Rede, dass er die Legitimierung der Schwaben sehr streng durchführen würde. Auf das Problem der Zusammensiedlung der Schwaben, die der Sozialdemokrat Zentai kritisierte, antwortete Kovács so:

---

[350] Ebenda, (S. 38.)

[351] Der Sozialdemokrat Zentai (geb. 1899 als Vilmos Zuschlag/Vilmos Zentay) wurde bals aktenkundig: im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste findet man Meldungen über ihn unter ÁBTL, 2.1.-IX/62., 1941-1969 (S. 55-66.), wo der ÁVH-Agent Erik Bodrossy Zentai und seine Freunde wegen ihrer sozialdemokratischen Vergangenheit überwachte und unter ÁBTL, M-29405 „Jenő Boros", 1959-1969 (491 Seiten), wo der Geheimagent Boros aus den politischen Abteilungen II/5 und III/III des Innenministeriums neben Vilmos Zentai auch andere ehemalige Sozialdemokraten, wie András Révész, József Kálmán, Gábor Veres beobachtete.

[352] Rede des Sozialdemokraten Vilmos Zentai, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 38-39.)

darum möchte ich, dass es eine zusammengesiedelte schwäbische Gemeinde gibt, wo es eine deutsche Schule gibt und wir uns stolz darauf berufen können, dass sie in ihrer eigenen Sprache lernen können, und die Staaten mit madjarischen Minderheiten darauf hinweisen können.[353]

Die Vorstellungen von Imre Kovács haben sich nach 1946 teilweise erfüllt, denn die Hälfte der Ungarndeutschen ist vertrieben oder ausgesiedelt worden und die andere Hälfte der Ungarndeutschen, die die in Ungarn geblieben sind, waren bis 1950 enteignet und entrechtet.[354] Basierend auf der Volkszählung aus dem Jahre 1949 lebten in Ungarn nur sehr wenige Ungarndeutsche (22.455 Personen!) und da erst ab 1955 – 10 Jahre nach dem Krieg – Minderheitenschulen eröffnet wurden, – wo die Schüler die deutsche Sprache nur in ein paar Wochenstunden als Fremdsprache lernen konnten - kann behauptet werden, dass das Deutschtum im Ungarntum größtenteils aufgegangen ist.

Nach den Diskussionsbeiträgen hat der Innenminister Ferenc Erdei alles, worin die Parteien sich einig waren, zusammengefasst. Alle stimmten darin überein, dass sie nicht die Schwaben, sondern die faschistischen Schwaben in Ungarn bestrafen wollten. Alle erachteten den Entzug der Staatsbürgerschaft für SS-Mitglieder als notwendig. Bei den Volksbund-Mitgliedern blieb diese Frage offen, es waren sich lediglich alle einig, dass die Volksbündler zu identifizieren sind und an ihnen sämtliche Konsequenzen der Bodenreform entschlossen vollstreckt werden sollten. Die Mehrheit der Parteien hielt Sammellager für die Deutschen als Vorbereitung auf die Aussiedlung auch für nötig. Das Außenministerium erhielt die Aufgabe, im Interesse der Aussiedlung dringend mit der Kontrollkommission zu verhandeln. Im Zusammenhang mit den Deutschen, die in Ungarn geblieben sind und politisch gesehen nicht zur Verantwortung gezogen werden konnten, war die allgemeine Meinung der Politiker, dass ein Auseinandersiedeln dieser Deutschen zu befürworten wäre. Der Innenminister schloss die Parteienkonferenz am 14. Mai 1945 mit diesem Satz: *Ich stelle fest, dass unsere Übereinkunft der Konsens der Parteien und nicht die amtliche Meinung der Regierung ist, wir haben also diesbezüglich noch einen Schritt vor uns ...*[355]

---

[353] Anmerkung von Imre Kovács zu der Errichtung schwäbischer Siedlungen, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 40.)

[354] Erst mit der Verordnung 84/1950 M.T. bekamen sie die volle Rechtsgleichheit.

[355] Zusammenfassung vom Innenminister Ferenc Erdei, Protokoll der Parteikonferenz im Ministerpräsidium, 14. Mai 1945, aus: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 42.)

Die Parteien konnten sich am 14. Mai 1945 in den wichtigsten Fragen einigen. István Bibó war damals der Leiter der Sektion im Innenministerium, die die Aufgabe hatte, die Gesetzte aus- und vorzubereiten. Bibó musste bald das Gesetz über die Legitimierung der Schwaben verfassen. Als Jurist war Bibó während seiner Arbeit bestrebt, alles in dem Rahmen einer Art Gerichtsverfahren zu bringen. Im Falle der Volksbundmitglieder, die zur Verantwortung gezogen werden konnten, waren die Ergebnisse von Bibó – auch statistisch gesehen – real: 10 Prozent der Deutschen in Ungarn waren entweder Volksbündler oder hatten irgendeine Beziehung zum Volksbund. Das bedeutete, dass 10 Prozent der Ungarndeutschen in drei Kategorien bezüglich ihrer Volksbund-Tätigkeit eingestuft worden sind.[356]

Bibó war als Ministerialbeamter an bestimmte Vorgaben gebunden und konnte nur empfehlen oder versuchen, die rechtlich oft fragwürdigen Pläne der ungarischen Politik der Nachkriegszeit, auch bezüglich der deutschen Minderheit, in einen rechtlich möglichst normalen, korrekten Rahmen zu leiten. Nur wenn die Vorschläge der Parteien auf der Parteienkonferenz am 14. Mai 1945 hätten verwirklicht werden – hätte man nur die faschistischen Deutschen bestraft -, wäre der Weg der deutschen Minderheit in Ungarn zwischen 1945 und 1955 – und auch später, bis zur Wende – anders verlaufen. Denn im Dezember 1945[357] verabschiedete man die Verordnung, die die Aussiedlung auf die Ungarndeutschen ausdehnte, die sich bei der Volkszählung im Jahre 1941 als deutscher Muttersprache und ungarischer Nationalität eingetragen hatten:

Nach Deutschland umzusiedeln verpflichtet ist der ungarische Staatsbürger, der sich bei der letzten Volkszählung als deutscher Muttersprache oder Nationalität bekannte, oder seinen madjarisierten Namen in einen deutsch klingenden zurückverwandelte, weiter, wer Mitglied des Volksbundes oder eines deutschen militärischen Verbands war.[358]

Obwohl Bibó die Schwabenfrage 1945 teilweise auch durch innere Umsiedlung lösen wollte, war er mit seinem Standpunkt damals, in so einer politischen Situation humaner als seine

[356] Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.)
[357] Bibó war im Dezember 1945 schon der Leiter der Hauptsektion für die Verwaltung. In dieser Position konnte er keinen Einfluß mehr auf die Vorbereitungen des Gesetztes ausüben. In seinen Rückerinnerungen in den 1970er Jahren schrieb er darüber so: „Im Grunde hielt ich das Ganze für einen kollektiven Wahnsinn, und mein Auftreten hatte in erster Linie moralische Motive." In: Ágnes TÓTH, Die weitere Tätigkeit Bibós., Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 45.)
[358] Sándor BALOGH, A népi demokratikus Magyarország külpolitikája 1945-47, Kossuth Verlag Budapest, 1982 (S. 89.)

Zeitgenossen.[359] Heute würde man natürlich die Zwangsaussiedlung oder die Vertreibung – eine Art Deportation – der Vertreter einer Minderheit nicht als human bezeichnen.
Bibó war in seinen Schriften immer tolerant, auch während der ungarischen Revolution im Jahre 1956. Wegen seiner Tätigkeit 1956[360] wurde er aktenkundig: im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste findet man in mehr als zehn V-Dossiers Meldungen von István Bibó, sein Hausdurchsuchungsprotokoll, sein Eingeständnis oder auch sein Verhörprotokoll.[361] István Bibó hatte das wahre Wesen des Vorgangs, das zur kollektiven Bestrafung und Vertreibung der Ungarndeutschen führte, durchschaut, konnte mit seinem Memorandum und mit seiner Tätigkeit als Ministerialbeamter der deutschen Minderheit jedoch nicht helfen. Seine Rolle in der Geschichte des Ungarndeutschtums darf man aber nicht vergessen. Bibó war fast der Einzige, der in der Politik der Nachkriegszeit seine moralischen Bedenken offenlegte und auch später, während der totalen Diktatur beziehungsweise im Jahre 1956 seine Freunde und seine Ideen, seine moralische Haltung nie aufgegeben hatte.

Über die Arbeit im Archiv der Staatssicherheitsdienste

Im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste[362] findet man verschiedene Dossier-Typen, die viele Informationen über die Tätigkeit der Geheimdienste nach 1945 liefern.[363] Bei der Forschung ist wichtig davon zu wissen, in welchem Jahr welche Behörden für die Inhaftierung, das Verhör oder für die Internierung der Verdächtigen zuständig waren. Zwischen 1945 und 1949 veränderte sich die politische Polizei mehrmals und deshalb kann man auf den Dossiers im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste sowohl über die

359 Bibó schrieb in mehreren Studien von der Möglichkeit des Bevölkerungsaustausches. Dazu s.: István BIBÓ, A magyar demokrácia mérlege. In: Válogatott Tanulmányok, Budapest, 1986, I–III., István BIBÓ, A kelet-európai kisállamok nyomorúsága, In: Válogatott Tanulmányok, Budapest, 1986 II., István BIBÓ, Az európai egyensúlyról és békéről , In: Válogatott Tanulmányok, Budapest, 1986. Bibó war jedoch in seinen Schriften gegen die inhumane Durchführung dieser Umsiedlungen. Dazu s.: István BIBÓ, A magyar demokrácia mérlege, In: Válogatott Tanulmányok, Budapest, 1986, II.
360 1956 beteiligte er sich an der Neugründung der Ungarischen Bauernpartei. In der Regierung von Imre Nagy erhielt Bibó den Posten des Staatsministers. Er verfasste während der Revolution mehrere Erklärungen, auch der Zentralarbeiterrat von Groß-Budapest nutzte eine Erklärung von Bibó als Verhandlungsgrundlage. 1957 wurde Bibó verhaftet, 1958 zu lebenslange Haft verurteilt. 1963 hat man ihn freigelassen, er arbeitete bis seinem Tod als Bibliothekar im Zentralamt für Statistik. Dazu s.: Tibor HUSZÁR, István BIBÓ ifj., Bibó István – Beszélgetések, politikai-életrajzi dokumentumok. Budapest, Kolonel Lap- és Könyvkiadó, 1989
361 ÁBTL, V-150003 István Bibó und seine Leidensgenossen, 1957-1958, Verhörprotokoll, ÁBTL, V-150003/1 István Bibós Eingeständnis, ÁBTL, V-150003/1.b, István Bibós Schriften, ÁBTL, V-150003/2. István Bibós Tätigkeit im Jahre 1956, ÁBTL, V-150003/a Hausdurchsuchungsprotokoll und Verhörprotokoll von István Bibó unter anderem.
362 Ung. ' Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára, ÁBTL'
363 Dazu s.: Zsolt KRAHULCSÁN, Rolf MÜLLER, György GYARMATI (Red.), Dokumentumok a politikai rendőrség történetéből 1., A politikai rendészeti osztályok 1945-1946., L'Harmattan Kiadó Budapest, 2009

Tätigkeit der PRO[364], ÁVO[365], ÁVH[366], Katpol[367], des Grenzschutzes, der Grenzpolizei[368] als auch über die Entscheidungen der Volksgerichte, Volksanwaltschaften Informationen sammeln.[369]

Auf der Ministerialsitzung der Provisorischen Nationalregierung am 28. Dezember 1944 in Debrecen berichtete der Innenminister Ferenc Erdei über seine Verhandlungen mit den Sowjets bezüglich der politischen Polizei[370]. Am 19. Januar 1945, nach der Befreiung der Pester Seite der Hauptstadt Budapest, entschied sich auch die Ungarische Kommunistische Partei über die Aufstellung einer politischen Polizei.[371] Leiter der Budapester Hauptdirektion der Polizei wurde László Sólyom, sein Stellvertreter war János Kádár. Der Leiter der Budapester politischen Polizei wurde Péter Gábor.[372] Erst am 28. März 1945 beschäftigte sich die Provisorische Nationalregierung wieder mit der Frage der Polizei und Ferenc Erdei gab einen Entwurf über die Zahl der Polizisten (30.000 Personen)[373] bekannt, der dann auf der Ministerialsitzung am 23. April 1945 verordnet und am 10. Mai 1945 im Magyar Közlöny veröffentlicht wurde.[374] Aufgrund der Verordnung 1690/1945 M.E.[375] leitete die politische Polizei in der Hauptkommandantur „Budapest" Péter Gábor und in der Hauptkommandantur „Provinz" András Tömpe. Dieser Struktur der Polizei hatte bis Oktober 1946 die Aufgabe, die

---

[364] Abteilung Politische Polizei, Ung. Politikai Rendészeti Osztály (PRO), zwischen dem Februar 1945 und Oktober 1946.

[365] Staatsschutzabteilung der Ungarischen Staatspolizei, Ung. Államvédelmi Osztály (ÁVO) zwischen dem Oktober 1946 und September 1948.

[366] Staatsschutzbehörde des Innenministeriums, Ung. Államvédelmi Hatóság (ÁVH) zwischen September 1948 und Dezember 1949, ab Januar 1950 selbständig geworden: Staatsschutzbehörde, nur dem Ministerrat unterstellt, Ung. Államvédelmi Hatóság (ÁVH)

[367] Die Katpol (politische Abteilung des ungarischen Militärs) wurde vom Innenminister am 12. März 1945 aufgestellt und am 31. Januar 1950 eingestellt.

[368] Anfang des Jahres 1945 wurde für die Grenzbewachung der Grenzschutz, für die Kontrolle des Grenzverkehrs die Grenzpolizei und für die Sicherung des Staates die politische Polizei aufgestellt. Ihre Strukturen und ihre Kompetenzen veränderten sich ständig, vor allem wegen den politischen Machtkämpfen. Ab 1948 dienten sie alle für die Sicherung des kommunistischen Systems. Dazu s.: http://www.hataror.eu, 22/02/11

[369] Dazu s.: Állambiztonsági Értelmező Kéziszótár, www.abtl.hu/html/hu/kezi-1.pdf , 22/02/11, Film über die Abteilungen und Tätigkeit des Geheimdienstes in: Állambiztonsági Oktatófilmek a Történeti Levéltárban, ÁBTL, von 4.9-F-1 bis 4.9-F-17, Internet-Zeitschrift „Betekintő", www.betekinto.hu, 22/02/11

[370] László SZŰCS (Red.), Dálnoki Miklós Béla kormányának (Ideiglenes Nemzeti Kormány) minisztertanácsi jegyzőkönyvei 1944. december 23. – 1945. november 15. A-B kötet., Magyar Országos Levéltár, Budapest 1997. A-kötet, (S. 94–95.)

[371] Ebenda (S. 114.)

[372] Mária PALASIK, A politikai rendőrség háború utáni megszervezése. In: György GYARMATI (Red.), Államvédelem a Rákosi-korszakban. Tanulmányok és dokumentumok a politikai rendőrség második világháború utáni tevékenységéről., Történeti Hivatal Budapest, 2000. (S. 34–36.)

[373] László SZŰCS (Red.), Dálnoki Miklós Béla kormányának (Ideiglenes Nemzeti Kormány) minisztertanácsi jegyzőkönyvei 1944. december 23. – 1945. november 15. A-B kötet., Magyar Országos Levéltár, Budapest 1997. (S. 303.)

[374] Ebenda, (S. 359.)

[375] László SZŰCS (Red.), Dálnoki Miklós Béla kormányának (Ideiglenes Nemzeti Kormány) minisztertanácsi jegyzőkönyvei 1944. december 23. – 1945. november 15. A-B kötet., Magyar Országos Levéltár, Budapest 1997.

Feinde der neuen Ordnung – darunter die Faschisten, die Kriegsverbrecher oder jene, die diese Polizei als Feinde betrachtete – aufzudecken und vor Gericht zu stellen. Im Oktober 1946 entstand die Abteilung der Staatssicherheit in der Ungarischen Staatspolizei (Magyar Államrendőrség Államvédelmi Osztálya, ÁVO) unter der Aufsicht des Innenministers László Rajk.[376] Im September 1948, als János Kádár zum Innenminister ernannt wurde, verfügte die politische Polizei über mehr Macht und trug den Namen Staatsschutzbehörde des Innenministeriums (BM Államvédelmi Hatósága).[377]

Das ungarische Militär verfügte auch über eine politische Abteilung[378], die in den ersten fünf Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg fast genauso viel Macht in den politischen Entscheidungen hatte, wie die Staatssicherheitsdienste. Die Katpol wurde vom Innenminister am 12. März 1945 aufgestellt und am 31. Januar 1950 eingestellt. Die bis 1950 selbständige politische Polizei des ungarischen Militärs hat man im Jahre 1950 in den Staatssicherheitsdienst, in die ÁVH eingegliedert.[379]

Eine entscheidende Rolle spielten zwischen 1945 und 1949 - neben der Geheimpolizei - die Volksanwaltschaften und die Volksgerichte. Die Provisorische Nationalregierung von Miklós Béla Dálnoki behandelte schon am 25. Januar 1945 den Verordnungsentwurf über die Volksgerichte. Die Verordnung 81/1945. M.E. erschien am 5. Februar 1945 in Magyar Közlöny.[380] Gleichzeitig hat auch der Budapester Nationalausschuss Ende Januar 1945 das Budapester Volksgericht aufgestellt (dieses existierte bis zum 31. Oktober 1949) und am 30. Januar 1945 Ákos Major zum Vorsitzenden gewählt.[381] Neben dem Budapester Volksgericht wurden zwischen Januar und Mai 1945 noch weitere 24 Volksgerichte aufgestellt. Die Volksgerichte wurden 1949 eingestellt (das letzte Volksgericht in Szeged arbeitete bis zum 1. April 1950).[382]

---

[376] Mária PALASIK, A politikai rendőrség háború utáni megszervezése. In: György GYARMATI (Red.), Államvédelem a Rákosi-korszakban. Tanulmányok és dokumentumok a politikai rendőrség második világháború utáni tevékenységéről., Történeti Hivatal Budapest, 2000. (S. 37–40.)

[377] Gergő Bendegúz CSEH, A magyarországi állambiztonsági szervek intézménytörténeti vázlata 1945–1990. In: György GYARMATI (Red.), Trezor 1., A Történeti Hivatal évkönyve 1999., Történeti Hivatal Budapest, 1999. (S. 75.)

[378] Ung. 'Katona Politikai Osztály', gekürzt 'Katpol'

[379] Imre OKVÁTH, „Sziget egy reakciós tenger közepén" Adalékok a Katpol történetéhez, 1945–1949. In: György GYARMATI (Red.), Államvédelem a Rákosi-korszakban. Tanulmányok és dokumentumok a politikai rendőrség második világháború utáni tevékenységéről., Történeti Hivatal Budapest, 2000. (S. 60., 64.,74.,76.-78.)

[380] László SZŰCS (Red.), Dálnoki Miklós Béla kormányának (Ideiglenes Nemzeti Kormány) minisztertanácsi jegyzőkönyvei 1944. december 23. – 1945. november 15. A-B kötet., Magyar Országos Levéltár, Budapest 1997. (S. 25., 143.-144.)

[381] Ákos MAJOR, Népbíráskodás – forradalmi törvényesség. Egy népbíró visszaemlékezései., Minerva Budapest, 1988. (S. 120–121.)

[382] Tibor ZINNER, Háborús bűnösök perei. Internálások, kitelepítések és igazoló eljárások 1945–1949. Történelmi Szemle. Budapest, 1985. Nr. 1. (S. 133.)

Die Überwachung der zwischen 1945 und 1949 Verdächtigten, die aktenkundig geworden waren, führte man jedoch bis zu den 1960er, 1970er Jahren weiter, was die Stempel (wegen Überprüfung, mit Datum) in den Dossiers beweisen.

Im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste[383] findet man Dossiers des Agentennetztes, operative Dossiers, Untersuchungsdossiers und weitere Dossiers mit Statistiken, zusammenfassenden Meldungen, Hintergrundinformationen, die zur Forschung freigegeben wurden.[384]

Dossiers des Agentennetzes

Im Archiv der Staatssicherheitsdienste sind sogenannte B-Dossiers[385] und sogenannte M-Dossiers[386] zu finden. In der Sektion 3 der zentralen operativen, Untersuchungs- und Agentendossiers findet man unter der Nummer 3.1.1 die Dossiers bezüglich der Eingliederung ins Agentennetz und unter der Nummer 3.1.2. die Arbeitsdossiers. Aus der Zeit vor 1956 verfügt das Archiv über keine M- und B-Dossiers. Zu meiner Forschung konnte ich keine B-Dossiers und M-Dossiers finden.

Operative Dossiers

Innerhalb des Fonds 3.1. kann man 6 Dossier-Reihen zu den operativen Dossiers zählen. Zu meiner Forschung waren die sogenannten P-Dossiers und die sogenannten O-Dossiers interessant. In den P-Dossiers findet man Akten, Informationen vor 1945, zum Beispiel Angaben über den Volksbund[387] oder Waffen-SS[388]. Die sogenannten O-Dossiers bilden eine spezielle Gruppe im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste, weil sie aus ganz verschiedenen Dossiertypen bestehen. Zu diesen O-Dossiers gehören die persönlichen, Gruppen- oder Objekt-Dossiers und die Dossiers außerordentlicher Ereignisse[389]. In dieser O-Dossier-Gruppe fand ich viele interessante Informationen, die zu meiner Arbeit hilfreich waren. Zu dieser Kategorie gehören ebenfalls viele Überwachungsdossiers. Alle O-Dossiers beinhalten unter anderem streng geheim gehaltene Dokumente, die während der Ermittlungen der Staatssicherheitsagenten entstanden sind.

---

[383] Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára, ÁBTL

[384] Dazu s.: Mihály SOÓS, A háborús és népellenes bűntettek feltárásának forrásai a Történeti Levéltárban, Trezor 3. Budapest 2006 (S. 81-106.)

[385] Dienten zum Eingliedern ins Agentennetz.

[386] Sie waren die Arbeitsdossiers.

[387] ÁBTL, 3.1.6. P-274

[388] ÁBTL 3.1.6. P-274, (S. 48–49.)

[389] Zum Beispiel ÁBTL O-14922/1, Zusammenfassende Meldung über die ehemaligen Volksbund-Mitglieder in Ungarn aus dem Jahre 1943.

Untersuchungsdossiers

Die Untersuchungsdossiers, die sogenannten V-Dossiers, wurden erst ab 1950, nach der Aufstellung der ÁVH, geöffnet.[390] Die Dokumente, die zwischen 1945 und 1949 entstanden, ordnete man erst nach 1950 ein und deshalb haben diese Dossiers einen einheitlichen strukturellen Aufbau. Diese Dossiers beinhalten unter anderem Angaben vor der Ermittlung, den Verlauf der Ermittlungen, die Überwachungsarbeit, das Milieustudium, das Verhörprotokoll, Gerichtsprotokoll und Meldungen über das Urteil. Zu meiner Forschungsarbeit fand ich viele V-Dossiers über Ungarndeutsche und die Informationen in diesen Dossiers haben mir viel geholfen. Diese Dossiers zeigten durch das persönliche Schicksal der Betroffenen, die überwacht wurden, sehr gut die „großen" Veränderungen in der kommunistischen Politik.

Die Abteilung der politischen Polizei in der Hauptkommandantur „Budapest" unter der Leitung von Péter Gábor berichtete am 20. Februar 1945 über die Ziele der Polizei: *Die faschistischen Verbrecher der Hauptstadt vor Volksgericht zu stellen, (...) und alle Organisationen, die gegen das demokratische Ungarn handeln, zu liquidieren.*[391]

Um diese Ziele zu verwirklichen, hatte der Innenminister Ferenc Erdei in einer nicht veröffentlichten Verordnung den Wirkungskreis der politischen Polizei erweitert.[392] Die Staatssicherheitsdienste durften ohne Gerichtsurteil bestimmte Personen internieren.[393] Deshalb findet man in den Untersuchungsdossiers viele Beschlüsse bezüglich der Internierung. Unter den internierten Personen sind sehr viele Ungarndeutsche und das ist auch ein Grund dafür, warum diese V-Dossiers in meiner Forschungsarbeit von großer Bedeutung waren.[394]

Dossiers über Hintergrundinformationen

Neben den sogenannten V-Dossiers spielten in meiner Forschungsarbeit die sogenannten A-Dossiers eine entscheidende Rolle. Diese ordnete man im Historischen Archiv der

---

[390] Mihály SOÓS, A háborús és népellenes bűntettek feltárásának forrásai a Történeti Levéltárban, Trezor 3. Budapest 2006 (S. 81-106.), Ida VÁMOS PETRIKNÉ, Iratok a Történeti Hivatalban. Vázlat a volt állambiztonsági szervek iratanyagának irattani feltárásához. In: Trezor 1. Budapest 1990, (S. 32.)

[391] Ibolya HORVÁTH (Red.), Iratok az igazságszolgáltatás történetéhez 2.: Teljes ülések, vizsgálatok és „vallomások", „párt"-ítéletek, elvi határozatok, az '56-os megtorlás iratai., Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó Budapest, 1993. (S. 84.) (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[392] Die Verordnung des Innenministeriums Nr. 138.000/1945., in: Mária PALASIK, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945), Társadalmi Szemle Budapest, 1997. Nr. 7. (S. 88.)

[393] Mária PALASIK, A politikai rendőrség háború utáni megszervezése. In: György GYARMATI (Red.), Államvédelem a Rákosi-korszakban. Tanulmányok és dokumentumok a politikai rendőrség második világháború utáni tevékenységéről., Történeti Hivatal Budapest, 2000. (S. 42.)

[394] Zum Beispiel das Dossier ÁBTL, V-4764 Knipl János – Knipl (geb. 1925, Anna Hochrein) war als Kriegsgefangener in der Sowjetunion, nach 1950 wurde er wegen seiner Herkunft (ungarndeutsche) interniert.

Staatssicherheitsdienste in die Sektion der Sammlungen (Fond 4.1.) ein, da diese Dokumente aus verschiedenen Epochen – vor allem aus der Zwischenkriegszeit und der Nachkriegszeit, zwischen 1945 und 1960 - stammen und unter anderem aus Kopien von originalen Dokumenten, Ausgaben (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher), Manuskripten, Fotos, Listen, Beschreibungen, Erlebnisberichten bestehen. Diese A-Dossiers helfen uns Forschern, verschiedene Angaben zu sammeln oder diese zu überprüfen, Statistiken zu erstellen oder Hintergrundinformationen zu unserer Arbeit zu finden.[395]

[395] Zum Beispiel ÁBTL A-1125, A-1125/1, A-1125/2, A-1125/3, Liste der ehemaligen Waffen-SS-Soldaten in Ungarn, 1943 ('A volt német birodalmi Waffen-SS-ek nyilvántartása')

Kapitel IV.

Akten über die Ungarndeutschen beim Staatssicherheitsdienst 1945-1956

Nach meinen Forschungen im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste wurden viele Deutsche in Ungarn aktenkundig, weil sie im Sowjet-System – aus politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Sicht – Fremdkörper der homogenen ungarischen Gesellschaft waren. Die Ungarndeutschen wurden schon 1944[396] - durch die Verschleppung von mehr als 60.000 Ungarndeutschen in die Sowjetunion - getroffen. Die Folgen der Bodenreform im Frühling 1945 führten dann zur Enteignung breiter Schichten der deutschen Bevölkerung Ungarns. *Die erfolgreiche und schnelle Lösung ist nichts anderes, als die Vertreibung der Schwaben*[397], sagte der Innenminister Ferenc Erdei im Sommer 1945 und am 26. Mai 1945 bat schon die ungarische Regierung die Großmächte darum, 200.000-250.000 Ungarndeutsche in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands vertreiben zu können. Nach der Veröffentlichung der Potsdamer Beschlüsse stand die Tür offen für die kollektive Bestrafung dieser Minderheit: am 29. Dezember 1945 wurde das Gesetz über die Vertreibung der Ungarndeutschen verabschiedet.[398] Die ungarischen politischen Kräfte haben die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn nicht nur akzeptiert, sondern sie versuchten mit ihrer politischen Macht – aufgrund der Kollektivschuld-These – womöglich das ganze Deutschtum aus Ungarn zu entfernen. Dieses Vorhaben der politischen Akteure der Nachkriegszeit lässt sich aus den Dossiers aus den Jahren 1945, 1946, 1947 und 1948 herauslesen, die im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste zu finden sind.

Nach der Vertreibung im Jahre 1948 gab es in Ungarn 230.000 Ungarndeutsche, wovon 110.000 Personen seit Monaten enteignet, entrechtet lebten und ohne offizielle Genehmigung keine Arbeit annnehmen durften.[399] Die Schwabenfrage konnten die politischen Kräfte also mit der Verteibung nicht lösen. Außerdem berührte die Verordnung 12 330/1945. M.E. über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn nicht die Staatsbürgerschaft der zu vertreibenden Personen. Die Vertriebenen hatten dementsprechend nach ihrer Ausweisung ihre ungarische Staatsbürgerschaft nicht verloren. Der Innenminister László Rajk wollte dieses „Problem"

[396] Verschleppung von 65.000 Ungarndeutsche zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion, Dazu s.: György ZIELBAUER, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955, Szombathely-Vép, 1990

[397] Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyarországi német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. (S. 345.) in: Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.), Bács-Kiskun megye múltjából XI., Kecskemét 1992 (S. 330-383.)

[398] Verordnung über die Vertreibung der Ungarndeutschen 12 330/1945. M.E.

[399] In: Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008 (S. 16.)

schnell lösen und auf der Sitzung des Ministerrates am 12. Juli 1946 betonte er *die unvorhersehbaren Folgen dieses Versäumnisses*.[400] Der Ministerrat bekräftigte Rajks Entwurf einige Tage später in seiner Verordnung 7970/1946. M.E.[401]. Nach dieser Verordnung verloren die ungarndeutschen Staatsbürger während ihrer Vertreibung, also an dem Tag, als sie die ungarische Grenze überquerten, ihre ungarische Staatsbürgerschaft.

In den Meldungen des Innenministeriums liest man über 10.000 Ungarndeutsche, die sich 1948 in Ungarn illegal aufhielten[402], weil sie entweder vor der Vertreibung flüchteten oder nach der Vertreibung aus Deutschland zurückgekommen waren. Da sie keine ungarische Staatsbürgerschaft hatten, wurden sie in den Meldungen entweder als ausländische Staatsbürger oder als westdeutsche Staatsbürger definiert. In vielen Meldungen fand man jedoch keinen Hinweis auf die Staatsbürgerschaft des Verhafteten. Die Behörden wussten in vielen Fällen, dass diese Flüchtlinge vertriebene Ungarndeutsche waren, und nannten sie in den Meldungen absichtlich imperialistische Spione, Landesverräter, Faschisten[403] oder Kulaken-Schwaben[404]. Erst ab Herbst 1949 konnten sich die Ungarndeutschen ihren Wohnsitz, Aufenthaltsort selbst auswählen und durften Arbeit aufnehmen. Bald wurde auch die Frage der Staatsbürgerschaft gelöst und im Frühling 1950 wurde für die in Ungarn gebliebenen oder zurückgekommenen Deutschen in der Verordnung 84/1950. M.T. die volle Rechtsgleichheit gewährt.[405]

In der Forschung im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste stand die Untersuchung des Verhältnisses der Staatsmacht zu der deutschen Minderheit im Mittelpunkt. Wie behandelte die kommunistische Macht und seine 'Faust', der Staatssicherheitsdienst, die Ungarndeutschen? Was war die Aufgabe der Staatssicherheitsdienste zwischen 1945 und 1956 bezüglich der deutschen Minderheit?

---

[400] In: László SZŰCS (Red.), Nagy Ferenc első kormányának minisztertanácsi jegyzőkönyvei. 1946. február 5.-1946. november 15., Budapest, 2003 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[401] In der Verordnung wurde das auch zum Ausdruck gebracht, dass das Vermögen der Vertriebenen in Besitz des ungarischen Staates übergeht. In: Ebenda (S. 950.)

[402] In: Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008 (S. 16.)

[403] Viele ungarndeutsche Flüchtlinge wurden zum faschistischen Verbrechern degradiert, was der Text eines Steckbrief-Dossiers aus dem Jahre 1946 beweisen kann, s.: ÁBTL A-2126/169 Kitelepített svábok visszatérésével kapcsolatos szemelvény 1946-ból.

[404] Zum Beispiel im Dossier ÁBTL V-67810 Richter György (1950-1953) über den Internierten György Richter findet man am Ende des Fragebogens eine Bemerkung: „Schwabe-Kulake!"

[405] „Die Personen, die vertrieben worden sind, sich zur Zeit dieser Verordnung jedoch in Ungarn aufhalten (...), sind ungarische Staatsbürger (...)" in: 84/1950. M.T. sz. Rendelet a magyarországi német lakosság áttelepítésével kapcsolatban kibocsátott korlátozó rendelkezések alkalmazásának megszűntetése tárgyában. (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin) Dazu s.: Károly KISTELEKI, A magyar állampolgárság fejlődéstörténete a kezdetektől a rendszerváltozásig, www.kettosallampolgarsag.mtaki.hu 18/03/11

Gab es eindeutige Unterschiede in der Behandlung der ungarndeutschen und der anderen Verhafteten? Findet man inhaltliche und zahlenmäßige Unterschiede zwischen den ungarischen und den ungarndeutschen Akten der Staatssicherheitsdienste? Wurden die Ungarndeutschen während der Arbeit der verschiedenen staatlichen Behörden als eine eigenständige soziale Gruppe definiert? Wie wurden die Deutschen in Ungarn im Lichte des internationalen Rechts behandelt? Wie kann man das Verhältnis der Gesamtbevölkerung zu dieser deutschen Minderheit in diesen elf Jahren, von 1945 bis zur Revolution 1956 beschreiben? Waren die Ungarndeutschen ein besonderes 'Opfer' von Internierung, Vertreibung und Enteignung während der Sowjetisierung des Landes?
Mit Hilfe der Quellen, die im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste aufzufinden sind, wird hier versucht, diese Fragen zu beantworten und die Lage der Ungarndeutschen zwischen 1945 und 1956 aufgrund der Tätigkeit des Geheimdienstes – mit verschiedenen Dokumenten und Fallstudien – zu beleuchten.

A-Dossiers – Hintergrundinformationen zu den Ungarndeutschen

Im Mai 1945[406] wurde die ungarische Gendarmerie aufgelöst und die politische Polizei – mit Hauptkommandantur „Provinz" unter András Tömpe und Hauptkommandantur „Budapest" unter Péter Gábor - aufgestellt. Nach der Ernennung von László Rajk zum Innenminister wurde die Budapester Abteilung der politischen Polizei selbständig und trug den Namen Staatsschutzabteilung der Ungarischen Polizei.[407]
Zu den Aufgaben der politischen Polizei gehörten unter anderem die Ermittlung der Personen, die gegen die demokratische Staatsordnung und die öffentliche Ordnung auftraten, die Aufdeckung der Kriegsverbrecher und der Volksfeinde, die Überwachung verschiedener Organisationen, das Sammeln politischer Flugblätter und die Ermittlung gegen die Verfasser der Flugblätter, das Sammeln und die Aufstellung von Karteiregistern über inländische und ausländische Angaben bezüglich der Staatsordnung, die Entfernung und Internierung der staatsfeindlichen Personen und das Abhören geheimer Rundfunksendungen. In jeder Polizeidirektion wurden Abteilungen für die Staatssicherheit aufgestellt und in größeren Städten gab es auch Referenten und Geheimagenten der Staatssicherheit, die nicht der Polizeidirektion, sondern direkt dem Leiter der ÁVO unterstellt waren. Spezielle Gruppen

[406] Aufgrund der Verordnung 1690/1945. M.E. der Provisorischen Nationalen Regierung in Budapest.
[407] Aufgrund der Verordnung 533.900/1946. B.M. wurde die ÁVO ab Oktober 1946 unter der Aufsicht des Innenministers gestellt.

dieser Abteilungen beschäftigten sich mit der Überwachung der Züge, Zugverbindungen aus österreichischem und deutschem Gebiet.[408]

Nachdem János Kádár zum Innenminister gewählt wurde, entstand am 10. September 1948 die Staatsschutzbehörde[409], die noch dem Innenminister unterstellt war. Der Wirkungskreis der ÁVH wurde jedoch erweitert: Diese Behörde hatte die Aufgabe, die unerwünschten Personen aus ihrem Wohnsitz zu entfernen, sie unter polizeiliche Aufsicht zu stellen oder zu verhaften.[410] Ende 1949 erfuhr die ÁVO weitere Veränderungen: die ÁVH wurde selbständig, war nur dem Ministerrat unterstellt und vereinigte sich mit der Katpol, also mit der politischen Abteilung des Militärs, dem Grenzschutz und der Grenzpolizei.[411]

Zu den Aufgaben der ÁVO gehörte – wie zuvor schon aufgezählt - die Ermittlung der Personen, die gegen die demokratische Staatsordnung und die öffentliche Ordnung auftraten und die Aufdeckung der Kriegsverbrecher und der Volksfeinde. In den Meldungen der politischen Abteilungen der Polizeidirektionen an den Westgrenzen Ungarns findet man schon im Jahre 1946 viele Hinweise auf Personen schwäbischer Herkunft[412], die durch ihre illegale Rückkehr die demokratische Staatsordnung und die öffentliche Ordnung gefährdet hätten und als Feinde des demokratischen Volkes betrachtet wurden.

Diese Flüchtlinge wurden in den meisten Meldungen als gefährliche Elemente der Gesellschaft, als Feinde der Demokratie, als gegen das Madjarentum handelnde Personen oder als Verbrecher beschrieben. Obwohl diese vertriebenen und illegal zurückgekommenen Ungarndeutschen meistens zu ihren Verwandten flüchteten, ihr bewegliches Vermögen mitnehmen wollten oder einfach an eine Besserung ihrer Lage hofften, gehörten ihre Fälle nicht ins Aufgabenbereich des Grenzschutzes oder der Polizeidirektion der betroffenen Gemeinden. Von Anfang an beschäftigten sich die politischen Abteilungen der Polizeidirektionen, später die Agenten der ÁVH mit den ungarndeutschen Verhafteten. Nach der Verhaftung dieser Personen war die politische Polizei dafür verantwortlich, sie zu

[408] Dazu s.: Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008 (S. 22.)

[409] Am 10. September 1948, aufgrund der Verordnung 288.009/1948. B.M., ist die ÁVO – immernoch unter der Leitung von Péter Gábor - viel selbständiger geworden.

[410] Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008 (S. 23.)

[411] Aufgrund der Verordnung 4353/1949. M.T. wurde der Staatsschutz des Innenministeriums (BM ÁVH) eingestellt und am 1. Januar 1950 die Staatschutzbehörde (ÁVH) aufgestellt.

[412] „Nach der Vertreibung der Schwaben kehrten in den vergangenen Monaten in die Gemeinden um Sopron viele Vertriebene illegal zurück, die dann verhaftet und interniert wurden." MOL XIX-B-1-r 331/1946., Sopron, 1946. június 11-i jelentés. In: Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008 (S. 24.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

verhören und in den zuständigen Lagern zu internieren. Die ’Schwabenfrage’ war also nicht nur eine Frage der öffentlichen Ordnung, sondern vor allem eine Frage der Staatssicherheit. Viele Ungarndeutsche, die schon vertrieben worden waren, versuchten nicht nur, illegal an die Grenze zurückzukommen, sondern auch zusammen mit ungarischen Flüchtlingen auf den Zügen der ehemaligen Deportierten nach Ungarn zurückzufahren. Diese Flüchtlinge wurden oft zu grausamen Verbrechern degradiert, was der Text eines Steckbrief-Dossziers aus dem Jahre 1946 beweist:

Meldung des Offiziers „D” des Grenzjägerbataillons der Verteidigung,
Nr. 355.,
D-1946.

Die Unterbreitung des Protokolls der illegal zurückgekehrten Schwaben Jakab Walter, Antal Wenner, Konrád Bolbach und István Pelz

Die Befehlsstelle des Grenzschutzes der Ungarischen Verteidigung,
/Abteilung 1.b/
Budapest
Csepreg, am 1. November 1946

Hiermit unterbreite ich das im Fall der illegal zurückgekehrteten Schwaben und ehemaligen „SS” Jakob Walter, Antal Wenner, Konrád Bolbach und István Pelz aufgenommene Protokoll und lasse die genannten Personen wegen weiterer Behandlung einführen.

Ich melde auch, dass am 29sten Oktober mit einem ungarischen Zug mehr als 300 Schwaben und „SS” zurückkommen wollten, der ungarische Grenzschutz hat sie jedoch an der Grenze zurückgewiesen. Das geschah dreimal, weil die österreichischen Grenzschutzbehörden den zurückkommenden Personen keine Genehmigung zum Aufenthalt auf österreichischem Gebiet gegeben haben. Diese Schwaben und „SS” versuchen jetzt, in kleineren Gruppen illegal die ungarische Grenze zu überschreiten. Ein Großteil von ihnen – da sie keine Lebensmittel bei sich haben – bleibt in den Wäldern an der Grenze und von dort aus plündern und überfallen sie wie die Straßenräuber die Reisenden unseres Landes.

Es wurde gemeldet, dass diese SS-Banden in den letzten Tagen sogar mehrere Raubmordtaten begangen hätten. In den vergangenen Tagen wurde aus den Wäldern mehrmals auf unsere Grenzschutz-Streifwachen geschossen. (...)

Im Zusammenhang mit dem oben Erwähnten bin ich der Meinung, dass diese zweifelhaften Menschen planmäßig vom Ausland auf unser Staatsgebiet geschickt werden und diese Ansicht meinerseits ist auch deshalb zutreffend, weil gemeldet wurde, dass die Sammellager auf deutschem Gebiet aufgelöst worden sind und dass die ehemaligen ungarischen Bürger zurückgeschickt werden, wir müssen also in der Zukunft mit Zurückkehrenden in einer grösseren Zahl rechnen.

Ákos Lipcsei
Hauptoffizier
Bataillon Offizier „D"[413]

Die Behörden des Innenministeriums berichteten absichtlich von einer größeren Zahl der illegal zurückgekommenen Ungarndeutschen - *wir müssen also in der Zukunft mit Zurückkehrenden in einer grösseren Zahl rechnen*[414] - als es den wahren Zahlen entsprach[415] und es war die Rede von einer faschistischen Gefahr, da *diese SS-Banden in den letzten Tagen sogar mehrere Raubmordtaten begangen haben*[416]. Die Behörden waren auch *der Meinung, dass diese zweifelhaften Menschen planmäßig vom Ausland auf unser Staatsgebiet geschickt werden*[417] und damit die neue demokratische Ordnung, die ungarische Gesellschaft gefährden. Je erfolgreicher die Aufdeckungsarbeit des Grenzschutzes und der politischen Polizei gewesen war, desto negativer und gefährlicher - *in den vergangenen Tagen wurde aus den Wäldern mehrmals auf unsere Grenzschutz-Streifwachen geschossen*[418] - hatten diese Behörden die Verhafteten beschrieben.

Das Ziel der Behörden war, diese ungarndeutschen Flüchtlinge entweder an der Grenze zurückzuschicken oder zu internieren. Im Frühling 1947 gab der Innenminister László Rajk

---

[413] ÁBTL, A-2126/169 Kitelepített svábok visszatérésével kapcsolatos szemelvény 1946-ból (Auszüge vom Jahre 1946 bezüglich des Rückkehrs vertriebener Schwaben), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[414] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[415] Aufgrund der Forschungen von Ágnes Tóth betrug die Zahl der illegal zurückgekommenen Deutschen 8.000-10.000 Personen, also ungefähr 5-6 Prozent der Vertriebenen. In: Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008 (S. 25.)
[416] ÁBTL, A-2126/169 Kitelepített svábok visszatérésével kapcsolatos szemelvény 1946-ból (Auszüge vom Jahre 1946 bezüglich des Rückkehrs vertriebener Schwaben), Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin
[417] Ebenda, Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin
[418] Ebenda, Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin

den Obergespannen der Gemeinden die Anweisung, *die aus den Gemeinden vertriebenen und illegal zurückgekommenen Schwaben zu beobachten und ihren Aufenthalt gleich der Hauptabteilung des Präsidenten im Innenministerium zu melden*.[419]

Die gleiche Anweisung erhielten einige Tage darauf die Abteilungen der Staatspolizei und die Verwaltungsbehörden.[420] Alle ungarndeutschen Flüchtlinge, die überwacht, interniert oder verhaftet wurden, mussten gleich gemeldet werden.

Die Personen, die ungarndeutsche Flüchtlinge versteckten oder diese sahen, jedoch nicht meldeten, wurden auch oft aktenkundig.[421] Neben der Aufdeckungsarbeit der verschiedenen Behörden und der „demokratisch denkenden" Zivilbevölkerung versuchte auch die Presse die ungarischen Staatsbürger dazu zu bewegen, die versteckten ungarndeutschen Flüchtlinge – da sie aufgrund der Zeitungsartikel dem ungarischen Volk gefährlich sind - der Polizei zu melden:

Schwaben kommen illegal nach Elek zurück

> *(...) Wir fahren nach Elek. (...) Der erste Mann, den wir in Elek treffen, ist ein Neuansiedler, Sándor Csáki. Ich erkundige mich danach, wie es ihm und den anderen Ansiedlern geht.*
>
> *Seit Mai kamen 960 Ansiedler nach Elek, sagt Csáki. (...) Immer mehr Schwaben kommen illegal zurück, sie sind ganz frech und wollen ihre Felder zurück. (...)*
>
> *Wir sehen, es gibt noch Licht- und Schattenseiten im Leben der Arbeiter in Elek, es muss noch einigen Schwaben geholfen werden, am Ende des Dorfes den Weg nach Deutschland zu finden. (...)*[422]

Über die Meldungen und Razzien der Polizei und des Staatssicherheitsdienstes berichteten 1946-1947 viele Zeitungen[423], wie auch die oben zitierte linke Zeitung Viharsarok. Die

---

[419] Aufgrund der Verordnung des Innenministeriums 155.460/1947. B.M., Belügyminiszteri rendelet a visszaszivárgott svábokról. in: Független Nép, 03.04.1947 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[420] Am 17. April 1947 erhielten die Polizeidirektionen der Staatspolizei die Aufgabe, die zurückgekommenen Schwaben zu überwachen und dem Innenministerium zu melden. In: Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008 (S. 28.)

[421] Zum Beispiel Ferenc Berki, der Vorsitzende des Nationalen Ausschusses in Környe, bei Gram/Esztergom nach 1945. Er gab vielen Schwaben Bestätigung darüber, dass sie nicht Volksbündler oder SS-soldaten waren. Wegen seiner Hilfe wurde Ferenc Berki aktenkundig. Dazu s.: ÁBTL, V-76447 Berki Ferenc, 1948. Ein anderes Beispiel der Ökonom Dr. Béla Forthuber (geb. 1921, Name der Mutter: Margit Ziffelmayer). Er ging seiner Meldungspflicht nicht nach und wurde deshalb zuerst in Recsk, dann nach Kistarcsa interniert. Die ÁVH versuchte später, seinen Bruder dazu zu überreden, bei dem Nachrichtendienst zu arbeiten. Darüber kann man im Dossier lesen. ÁBTL, K-143 Dr. Forthuber Béla ügye (1949-1953) (21 Seiten)

[422] In: Viharsarok, 05.01.1947

[423] „Einhundertsechzehn Schwaben hat man in der Umgebung von Buda interniert" – „Die politische Abteilung der Bezirkshauptmannschaft der Budaer Gegend fängt mit zunehmendem Eifer die sich als Deutsche

Zeitungen der Kommunistischen Partei und der Nationalen Bauernpartei[424] waren den Ungarndeutschen gegenüber sehr radikal, betonten, wie gefährlich diese deutschen Elemente seien und warum die Kommunistische Partei die ungarischen Staatsbürger vor diesen Deutschen verteidigen müsse[425]. Ziel der Zeitungsartikel war eindeutig, die Ungarndeutschen als Feinde des Madjarentums zu beschreiben[426] und die Schwabenfrage so schnell wie möglich – durch Vertreibungen, Internierungen oder Umsiedlung – zu lösen.[427]

Die Zeitungen der Kleinlandwirte und der bürgerlichen Parteien[428] waren nicht so radikal[429] und gaben über diese Ereignisse eher objektive Informationen.[430]

Die Razzien der Polizei zwischen Januar und August 1948 wurden in den Medien immer erfolgreich bewertet. Diese Nachrichten „stigmatisierten" die Ungarndeutschen[431] und

---

bekennenden Schwaben ein. Während dieser Woche war die in den Schwabendörfern durchgeführte Razzia erfolgreich: 116 Schwaben wurden interniert...." in: Szabad Szó, 19. August 1945
Dazu s.: Jogfosztások Budaörsön (1944-1948), Budaörs 2010

[424] Vor allem die Zeitungen „Szabad Szó", „Szabad Nép", „Viharsarok", „Új Dunántúl", „Népszava", „Dunántúli Népszava", „Mohácsi Újság".

[425] „Sie sollen das Schicksal Deutschlands teilen" – „(...) Jene Schwaben, die sich in der Volkszählung des Jahres 1941 als Deutsche bekannten, sagte Imre Kovács (am Parteitag der Nationalen Bauernpartei – Anmerkung der Autorin), dem Volksbund beitraten, später SS-Soldaten wurden, haben selbst über ihr Schicksal entschieden, dass sie mit dem Hitler-Deutschland einverstanden sind. Jetzt sollen sie das Schicksal Deutschlands teilen. Es kann doch nicht sein, dass die besten Felder im Besitz der Volksbund-Mitglieder sind und dass sie sich 30-50 Kilometer von Budapest entfernt auf Großgrundbesitzen, in fünfräumigen Wohnungen breitmachen. Es gibt genügend Anspruchberechtigte auf diese Felder..." (!) in: Szabad Nép, 10. April 1945 (Dieser Artikel erschien zur Zeit der Durchführung der Bodenreform), Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin

[426] „Alle, die sich zu Wort gemeldet haben, waren sich darin einig, dass die Sache der Volksbund-Schwaben endgültig und dringend geregelt werden muss, denn wenn das nicht geschieht, werden die Schwaben mit ihrer Untergrundtätigkeit das neue Volksungarn untergraben..." (!) (Am Parteitag der Nationalen Bauernpartei – Anmerkung der Autorin), in: Szabad Nép, 10. April 1945, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[427] „Rücksiedler aus Jugoslawien sind in Budapest eingetroffen. Da diese weder Wohnung noch Verpflegung haben, hat der Staatssekretär für Innere Angelegenheiten, Kovács, das Obergespann des Komitates Pest bevollmächtigt, für die Rücksiedler die verlassenen Schwabenhäuser mit Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Sollten derartige Immobilien und Güter nicht genügend vorhanden sein, so sollen die im Ort lebenden Schwaben so zusammengesiedelt und zusammengedrängt werden, dass die zurückkommenden Madjaren zu einem entsprechenden Heim und zur Wirtschaftsausrüstung gelangen..." in: Szabad Nép, 22. April 1945 Dazu s.: Jogfosztások Budaörsön (1944-1948), Budaörs 2010

[428] Vor allem die Zeitungen „Magyar Nemzet", „Kis Újság", „Dél-Dunántúl", „Független Nép".

[429] „Dr. István Balogh Staatssekretär über die Schwabenfrage und über den Kampf gegen die Reaktion" – „(...) In der Schwabenfrage kann der Standpunkt der Regierung nichts anderes als nur der Standpunkt der Anständigkeit, der Wahrheit und der Demokratie sein. Keiner darf dafür büßen, dass er Deutsch ist, aber alle, die Faschisten sind, müssen dafür büßen. Und wenn dieser Faschist ein Deutscher ist, dann büßt er dafür. Wir dürfen nicht das gleiche machen, was die Deutschen mit den Juden gemacht haben. Wir dürfen die Deutschen nicht kollektiv bestrafen, da wir so eine Demokratie anstreben, die in zehn oder sogar auch in hundert Jahren moralisch nicht angegriffen werden kann.", (auf einer Großversammlung der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei – Anmerkung der Autorin), in: Magyar Nemzet, 2. Juni 1945, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[430] „In der Schwabenfrage gab die Regierung eine Verordnung heraus, wonach alle, die als SS-Soldaten ihre ungarische Staatsbürgerschaft verloren hatten und somit deutsche Staaatsbürger geworden waren, verhaftet und interniert werden mussten. Die Verordnung bezieht sich auf alle SS-Soldaten, egal, ob jemand freiwillig oder durch Zwang der deutschen Wehrmacht rekrutiert wurde." (!) in: Kis Újság, 2. Juni 1945 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

steigerten in ihnen das Gefühl der Angst und der Ausgeliefertheit. In den meisten Zeitungsberichten wurde über die Ungarndeutschen so geschrieben, als ob sie alle Straftäter, Verbrecher wären[432], was auch dazu führte, dass die ungarische Gesellschaft dem Deutschtum gegenüber immer weniger Verständnis hatte. Sowohl die politischen Entscheidungen bezüglich der deutschen Minderheit als auch die immer radikalere Sprache der Zeitungsartikel zwischen 1945 und 1948[433] hatten das Ziel verfolgt, einen Sündenbock zu finden, um das Deutschtum aus Ungarn vertreiben und das schwäbische Vermögen umverteilen zu können.

Nachdem das Mehrparteiensystem abgeschafft[434] und im Jahre 1950 die Räte und Apparate[435] ins Leben gerufen worden waren, radikalisierte sich die Politik der Kommunistischen Partei, der MDP. Die von der Partei gelenkte Presse unternahm Angriffe gegen die Feinde der Volksdemokratie, gegen die Kulaken[436]. Die Zeitungsartikel schrieben über die Kulaken als Schädlinge, Saboteure, Sklavenhalter und dieser Haß gegen die „Feinde der Demokratie" erreichte die – zwischen 1945 und 1948 enteigneten und bis 1950 entrechteten[437] –

---

[431] „Die Arbeiter in Mohács beschweren sich wegen der sich auf der Insel versteckenden SS-Soldaten, Volksbund-Mitglieder und der aus Jugoslawien geflüchteten Schwaben..." in: Mohácsi Újság, 2. Mai 1948 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[432] „In der Nacht auf Sonntag haben dreihundert Polizisten und Ermittler der Polizeidirektion im Komitat Nordpest – unter der Leitung von Ferenc Bihari, stellvertretendem Polizeipräsident, vom Polizeihauptmann Imre Révész und vom stellvertretenden Leiter der politischen Abteilung, von Ferenc Kocsis –, um die Volksbund-Mitglieder und die SS-Burschen aufzufinden, eine Razzia durchgeführt. (...) Während der Razzia wurden 428 SS-Burschen und Mitglieder des Volksbundes festgenommen. Sie werden in Arbeitslagern interniert. Die Polizei wird die Razzia fortsetzen, um das Komitat von den landesverräterischen Schwaben und den sich versteckenden, jedoch stets plündernden SS-Banditen zu befreien..." (!), in: Szabad Nép, 11. September 1945 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[433] „Die aus verschiedenen Gründen zurückgebliebenen Schwaben wollen sich mit der veränderten und unabänderlichen Situation nicht zufrieden geben. (...) Die Schwaben sind so frech , dass sie am hellichten Tage die Ansiedler, die Madjaren mit Gewehren angreifen. (...) Die ungarischen Neuansiedler wandten sich nun in einem Memorandum an das Innenministerium und baten um Überprüfung der unhaltbaren Situation und die restlose Vertreibung der sich noch im Dorf aufhaltenden Schwaben..." in: Szabad Nép, 4. Juni 1946. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[434] 1949 kam die vereinigte Partei der Sozialdemokraten und der Kommunistischen Partei – die sich ab jetzt Partei der Ungarischen Werktätigen (Ung. 'MDP') nannte – zu uneingeschränkter Macht.

[435] Die Räte und Apparate waren die neuen Staatsorgane, die unmittelbar von der kommunistischen Parteiführung gelenkt wurden. Die Partei begann ab 1949-1950 mit dem Ausbau einer totalen Diktatur.

[436] „Wer Kulak ist, darüber entscheidet nicht, wieviel sein Grundbesitz wert ist, sondern was er vor der Befreiung und unmittelbar danach hatte, denn demzufolge steht er uns als Klassenfeind gegenüber. Auch wenn wir ihn enteigneten oder ihm 8 Joch beliessen, dann wäre er Kulak", so definierte ein MDP-Sekretär, wer ein Kulak sei. Komitatsarchiv Baranya, MSZP 50-51, Fond 36./Gruppe 1. Referat des Komitatssekretärs Sándor Szikra auf der Konferenz der Sekretäre der landwirtschaftlichen Genossenschaften Fünfkirchen, 17. Februar 1950
Dazu s.: Miklós FÜZES, Schwäbische Kulaken in: Suevica Pannonica, Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993

[437] Nach den Angaben des Sekretariats der MDP hielten sich am 16. Februar 1949 insgesamt 201.533 Schwaben im Land auf (starke Abweichung vom Ergebnis der Volkszählung 1949!), von ihnen waren 73.405 enteignet und zur Aussiedlung verpflichtet, 6183 Personen waren teilenteignet (die Teilenteigneten konnten höchstens 10 Kat. Joch behalten) und im Land umgesiedelt, 7066 Ungarndeutsche konnten teilenteignet an ihrem Wohnort bleiben, 1.300 Personen waren enteignet, jedoch nicht zur Aussiedlung verpflichtet und 38.539 Ungarndeutsche wurden enteignet und wurden im Land umgesiedelt. Ungarisches Staatsarchiv (MOL), MSZP 276. Fond Einheit 54/30

Ungarndeutschen auch. Die Einschränkung und Liquidierung der Kulaken und der Schwaben-Kulaken[438] erfolgte nicht nach nationalen, sondern nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Die kommunistische Partei versuchte, mit Beispielen zu demonstrieren, wie gefährlich diese Kulaken seien: im Januar 1953 berichtete zum Beispiel das Kommunistenblatt Szabad Nép über vier Schwaben-Kulaken, die das Standgericht zum Tode verurteilte:

„Der Statarialsenat des Fünfkirchener Komitatsgerichts hat über eine mordende Kulakenbande das Urteil gefällt. Die Mitglieder der Bande haben in tierischer Weise János Kovács, den Vorsitzenden des Exekutivausschusses des Gemeinderats von Óbánya ermordet. Die Mitglieder der Mordbande sind: der Kulake und ehemalige Mühlenbesitzer Ludwig Breitenbach, der Kulake und Volksbündler Josef Heim, der Kulake, frühere Gastwirt und Strandbadbesitzer Georg Tichy, der Lehrer und ehemalige aktive Horthy-Oberleutnant Ladislaus Koncz, der frühere Volksbündler und SS-Mann Franz Resch und der von Kulaken abstammende Ratsekretär und frühere Dorfnotar Christian Schmidt. János Kovács war ein selbstbewußter, kompromißloser und gewissenhafter Ratsvorsitzender, der von den Arbeitern der Gemeinde geliebt wurde und deshalb den Haß der Feinde der schaffenden Bauern auf sich gezogen hatte (...)

Die Hauptverhandlung fand vor mehreren Hundert Arbeitern statt. Das Standgericht verurteilte Ludwig Breitenbach, Josef Heim, Georg Tichy und Ladislaus Koncz wegen gemeinsam verübten Mordes, beziehungsweise wegen Anstiftung zum Mord zum Tode und zur völligen Vermögensenteignung, Franz Resch wegen Beteiligung an einem gemeinsam verübten Mord zu lebenslänglichem Gefängnis und Vermögensenteignung und Christian Schmidt aus demselben Grund zu 15 Jahren Gefängnis und Vermögensenteignung."[439]

Die Sprache dieses Berichtes, der Zeitungsstil der kommunistischen Partei ist hier nicht zu verkennen: das Wort Kulake wird mindestens sechsmal, auch in zusammengesetzten Wörtern wie *Kulakenbande*[440] oder in Dativ - *der von Kulaken abstammende Ratsekretär*[441] - und nur mit negativen Adjektiven niedergeschrieben. Im Gegensatz zu den *mordenden*[442] Kulaken

---

Protokoll des Sekretariats 16. Februar 1949 in: Miklós FÜZES, Schwäbische Kulaken in: Suevica Pannonica, Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993

[438] In vielen Dossiers im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste schreiben die Agenten im Verhörprotokoll der ungarndeutschen Verhafteten – egal aus welchem Grund diese Personen festgenommen wurden – als Anmerkung 'Schwabe-Kulake'. Dazu s.: ÁBTL V-67810 Richter György (1950-1953)

[439] Szabad Nép, 11. Januar 1953 Übersetzung aus: Unsere Post (Heimatzeitung der Ungarndeutschen), 8. Jhrg. Nr. 3, Stuttgart, 1. Februar 1953

[440] Ebenda

[441] Ebenda

[442] Ebenda

steht der *selbstbewußte, kompromißlose und gewissenhafte*[443] – kommunistische – Ratsvorsitzende, den die Kulaken-*Mordbande*[444] getötet hat.[445]

Heute kann man den Tatbestand, der dem Urteil zugrunde liegt, nicht mehr prüfen, aus dem Bericht geht jedoch hervor, dass dieses Todesurteil keinesfalls der demokratischen Auffassung von Recht und Gerechtigkeit entsprach. Es ging hier um einen üblichen Schauprozeß - *Die Hauptverhandlung fand vor mehreren Hundert Arbeitern statt. Das Standgericht verurteilte*[446] die Kulaken gleich – mit dem die Absicht verfolgt wurde, die Schwaben-Kulaken, die in Ungarn zurückgebliebenen Ungarndeutschen zu treffen, einzuschüchtern und diesen Fall dem Volk als erschreckendes Beispiel zu demonstrieren. Hier ging es nicht nur darum, die Schuldigen zu bestrafen, sondern auch darum, die der Macht im Wege stehenden Personen, Gruppen zu entfernen oder im Volk, als Lösung der Probleme oder der Unzufriedenheit, Sündenböcke zu finden. Deshalb wurden während der kommunistischen Diktatur die Standgerichte zu einer regelmäßigen Einrichtung.[447] Hier konnte die Staatsmacht Todesurteile gegen ihre Feinde – Kulaken, Schwaben, Andersdenkende oder nicht ins Raster des Systems passende Personen – in Kurzverfahren, ohne restlose Bereinigung des Tatbestandes aussprechen. Mit Hilfe solcher Schauprozesse, der darüber in kommunistischem Zeitungsstil berichtenden Zeitungen und der Politik der Partei bildete sich langsam in der ungarischen Gesellschaft ein negatives Bild über die Ungarndeutschen heraus.

Das Dossier A-2125/26[448] im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste in der Sektion der Sammlungen (Fond 4.1.) besteht unter anderem aus Kopien von originalen Dokumenten, Zeitungsausgaben, Statistiken, Listen, Briefen und Beschreibungen, die dazu dienen, verschiedene Angaben zu sammeln oder diese zu überprüfen, Statistiken zu erstellen oder Hintergrundinformationen zu der Arbeit zu finden.

---

[443] Ebenda
[444] Ebenda
[445] Diesbezüglich s.: Ágnes JOBST, A nyelv kisajátítása. A második világháború utáni média elemzése szótárral és szövegmutatványokkal., Budapest, 2010.
[446] Szabad Nép, 11. Januar 1953 Übersetzung aus: Unsere Post (Heimatzeitung der Ungarndeutschen), 8. Jhrg. Nr. 3, Stuttgart, 1. Februar 1953
[447] Diesbezüglich s.: Mária PALASIK, Félelembe zárt múlt. Politikai gyilkosságok Gyömrőn és környékén 1945-ben. Budapest, 2010, György GYARMATI, A politika rendőrsége 1945-56. Mindentudás Egyeteme, VII. szemeszter, 6. előadás, 17. Oktober 2005, in: www.mindentudasegyeteme.hu 24/03/11
[448] ÁBTL A-2125/26 A magyarországi németekkel kapcsolatban készült háttéranyag (Hintergrunginformationen bezüglich der deutschen Minderheit in Ungarn) (318 Seiten)

Die ersten hundert Seiten des Dossiers bestehen aus Listen, Angaben, Verträgen bezüglich des Volksbundes[449]. Die erste Liste der Volksbund-Mitglieder in diesem Dossier und der Aufbau dieser Organisation[450] sind auf einer Kopie eines Zeitungsartikels. Die Zeitung Képes Figyelő berichtete über die Zusammensetzung des Volksbundes am 12. Juli 1947. Auf Seite 95 des Dossiers liest man eine Meldung der politischen Abteilung der Hauptkommandantur „Budapest" der Ungarischen Staatspolizei vom 26. März 1946 über die Allgemeine Versicherung Duna-Concordia.[451]

Ab Seite 111 wird es im Dossier interessanter in Bezug auf meine Forschung: Dort findet man statistische Angaben über die deutsche Minderheit. Eine Zusammenfassung über die Lage der Volksdeutschen in Ungarn wird gegeben. Der Verfasser dieser Statistik ist unbekannt, sie wurde am 12. November 1943 – aufgrund der Volkszählung von 1941 – erstellt: 719.762 Personen haben deutsche Muttersprache (4,9% der 14,7 Millionen Bevölkerung Ungarns) und 533.045 Personen bekannten sich zur deutschen Nationalität. (3,6% der damaligen Bevölkerungszahl)[452]

Auf den folgenden Seiten des Dossiers liest man über die verschiedenen Organisationen der Ungarndeutschen: über das ungarndeutsche Pressewesen, über die Zahl der ungarndeutschen

[449] Dazu s.: Loránt TILKOVSZKY, Ez volt a Volksbund. A német népcsoport-politika és Magyarország 1938-1945., Budapest, 1978, Norbert SPANNENBERGER, Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1944 unter Horthy und Hitler., München, 2002, Béla BELLÉR, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn 1933-1938. Suevica Pannonica, 2000, Gerhard SEEWANN, Norbert SPANNENBERGER (Hrsg.), Akten des Volksgerichtsprozesses gegen Franz A. Basch in: Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission. Bd. 37., München, 1999.

[450] Die Beziehung der Ungarn zu den verschiedenen Organisationen der deutschen Minderheit waren auch vor der Gründung des Volksbundes nicht problemlos gewesen. Das Trauma nach Trianon führte zu verstärktem Nationalismus und zum Wunsch des Madjarentums, die fremden Elemente der Gesellschaft zu assimilieren oder zu vertreiben. Der Leiter des Ungarnländischen Deutschtums nach dem Ersten Weltkrieg, Jakob Bleyer wollte für die Deutschen in Ungarn nur eine gewisse kulturelle Autonomie und gründete 1924 den Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein. Mit der Radikalisierung des ungarischen Nationalismus radikalisierte sich auch die deutsche Organisation: die Generation nach Bleyer gründete am 26. November 1938 den Volksbund der Deutschen in Ungarn (gekürzt Volksbund), der nach der anfänglichen kulturellen Tätigkeit immer mehr – vor allem nach dem Wiener Vertrag vom 30. August 1940 - das nationalsozialistische Deutschland unterstützte. Die Orientierung nach Deutschland war unter den Ungarndeutschen stärker als bei den ungarischen Staatsbürgern und die Leiter des Volksbundes probierten diese Beziehung zwischen Deutschland und den Ungarndeutschen immer mehr zu vertiefen. Die kulturellen, sprachlichen oder emotionalen Bindungen der deutschen Minderheit zu Reichsdeutschland wurden mit wirtschaftlichen, politischen und militärischen Verbindungen erweitert.

[451] Nach dem Wiener Abkommen stand der ungarndeutschen Volksgruppe das Recht zu, ihr Wirtschaftsleben selbst zu organisieren. Es entstanden – vor allem in der Batschka - viele ungarndeutsche Genossenschaften. Bedeutend war die Landwirtschaftliche Darlehenskasse und ab Frühling 1942 der „Wirtschaftliche Kriegsdienst der Heimat", dessen Aufgabe es war, die wirtschaftliche Produktion mit den Kriegsanstrengungen des Dritten Reiches zu koordinieren Die Allgemeine Versicherung Duna-Concordia war auch im Besitz des Volksbundes. Dazu s.: Johann BÖHM, Die Ungarndeutschen in der Waffen-SS., Ippesheim, 1990, Josef MIRNIC, Die Batschkadeutschen zur Zeit der ungarischen Besetzung (1941-1944) in: Acta Historica, Academiae Scientiarium Hungaricae 18, 1972

[452] ÁBTL, A-2127/26 (S. 155-158.) (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Abgeordneten im Parlament, über die Zahl der ungarndeutschen Schulen und über die ungarndeutschen Milchgenossenschaften. Das deutsche Pressewesen entwickelte sich nach 1940 weiter: es wurden Tageszeitungen[453], Wochenzeitungen, Handels- und Gewerbezeitungen[454] gegründet.[455] Ende 1939 wurden zwei deutsche Abgeordnete ins ungarische Parlament geschickt, nach dem Wiener Protokoll ab Oktober 1940 verdoppelte sich diese Zahl sogar durch zwei weitere Vertreter[456]. Nach der Minderheitenschulverordnung im Februar 1941 verfügte der Volksbund in Trianon-Ungarn über 17 Volksschulen, vier Bürgerschulen und zwei Gymnasien, in denen Deutsch die Unterrichtssprache war. 1941 existierten sechs ungarndeutsche Genossenschaften für Milcherzeugung und Verwertung von Molkereiprodukten.[457]

Im Dossier *A- 2127/26 – Hintergrundinformationen zu den Deutschen in Ungarn* fand ich auch die Angaben des Innenministeriums[458] zur Rekrutierung von Volksdeutschen: 1942 wurden 20.000 Personen, in den Jahren 1943-1944 100.000 Personen rekrutiert, also insgesamt hatte man 120.000 Volksdeutsche für die Waffen-SS[459] rekrutiert. Hier findet man auch eine Meldung über 12 „Lieferungen", also über 16.527 rekrutierten Personen, vom SS-Generalleutnant Gottlob Berger[460], Chef des Hauptamtes an Reichsführer Heinrich Himmler[461]. Auf Seite 114 hat Karl Werkmeister eine Statistik über die sich freiwillig gemeldeten Volksdeutschen in Ungarn zusammengestellt und diese an das deutsche Außenministerium geschickt: 25.709 Personen haben sich gemeldet, davon wurden 7.849

[453] Zum Beispiel die „Deutsche Zeitung", mit einer Auflagenhöhe von 45.000 im Jahre 1940.
[454] Für die Schaffenden die „Deutsche Arbeit", für die Bauern „Die Landpost" unter anderem.
[455] Nation und Staat, Jhrg. 1941/42. in: Ingomar SENZ, Die Donauschwaben. Bd. 5., München 1994
[456] Die deutschen Vertreter waren aus den von Ungarn neu erworbenen Gebieten: Eduard Kreutzer aus Nordsiebenbürgen und Sepp Schönborn aus Sathmar. In: Ingomar SENZ, Die Donauschwaben. Bd. 5., München 1994
[457] ÁBTL, A-2127/26 (S. 156-164.)
[458] Im Innenministerium III./I. Abteilung 9., Nummer 64-111/9-1967, im Dossier ÁBTL A- 2127/26 – Hintergrundinformationen zu den Deutschen in Ungarn.
[459] Die Waffen-SS wurde 1929 von Hitler als 'schwarze Leibgarde' gegründet und besaß von Anfang an auch politische Aufgaben (durch das 'Rasse- und Siedlungsamt'). Unter der Leitung des Reichsführers Himmler wurde die Waffen-SS ab 1934 zum 'Staat im Staate' (wie ab 1950 unter Péter Gábor die Staatssicherheitsdienst in Ungarn). Innerhalb der SS galten heroische Vorstellungen, die damals viele junge deutsche und volksdeutsche Menschen zum Beitritt bewogen haben. Und wer sich der Rekrutierung nicht freiwillig anschließen wollte, wurde zwangsweise rekrutiert. Dazu s.: Johann BÖHM, Die Ungarndeutschen in der Waffen-SS, Ippesheim, 1990
[460] Gottlob BERGER (1896-1975), war Chef des SS-Hauptamtes, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS.
[461] Der Reichsführer der SS Heinrich Himmler wurde im Oktober 1939 zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums ernannt.

abgewiesen, für den Dienst geeignet waren insgesamt 17.860 Personen, davon für Waffen-SS 7.566 und für die Wehrmacht 10.294 Personen.[462]

Wie diese Statistik auch zeigt, meldete sich eine nicht genau feststellbare Anzahl junger Ungarndeutscher[463] wirklich freiwillig zur Waffen-SS. In welchem Maße jedoch bei den Ungarndeutschen der Nationalsozialismus verbreitet war und wie sie der Nationalsozialismus beeinflussen konnte, lässt sich schwer sagen. Nach den Forschungen von Johann Böhm[464] wurden in Trianon-Ungarn 60.000 und in den angeschlossenen Gebieten weitere 60.000 Volksdeutsche zur Waffen-SS rekrutiert, was auch die Statistik im Dossier A-2127/26 bekräftigt. Nach Böhm wurde die Mehrheit der Volksdeutschen in Trianon-Ungarn zwangsrekrutiert, die der Volksdeutschen der angeschlossenen Gebiete – vor allem aus der Batschka – durch Anwerbung rekrutiert.

Das Koordinationsbüro der Nationalsozialisten, die Volksdeutsche Mittelstelle – die 1936 entstand – sah ihre Hauptaufgabe darin, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Volksdeutschen mit dem Muttervolk zu steigern und diese – dabei vor allem die Ungarndeutschen, die sehr starke heimatstaatliche Bindungen hatten - als geschlossene Gemeinschaft - losgelöst von den Bindungen ihrer Heimatländer -, unter deutsche Kommandogewalt zu stellen.[465] Denn während des Krieges stand die restlose Verfügbarmachung der Arbeits- und Wehrkraft der Volksdeutschen an erster Stelle.[466] Nach dem Wiener Protokoll im August 1940 begann die Volksdeutsche Mittelstelle (VOMI) – mit der Ernennung des Reichsführers der SS Heinrich Himmler zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums – direkt auf das Leben der Volksdeutschen, darunter der Ungarndeutschen einzuwirken. Von der SS und von Himmler gingen ab jetzt alle wichtigen Entscheidungen, die Volksdeutsche betrafen, aus. Ziel war, eine noch stärkere Verbindung zwischen Volksdeutschen und Reichsdeutschen zu schaffen, die volksdeutsche – darunter

---

[462] ÁBTL, A-2127/26 Magyarországi németséggel kapcsolatos ügyekben készült háttéranyag, S. 114. (Datum findet man neben diesen Statistiken nicht, diese sind Kopien zur Hintergrundinformationen über die Lage der Ungarndeutschen, zusammmengestellt für das ungarische Innenministerium im Jahre 1967)

[463] Bei dem Historiker Lóránt Tilkovszky liest man, dass die Zahl jener, die freiwillig in die Waffen-SS eintraten, nur ein Bruchteil von denen war, die – mit Hilfe der ungarischen Regierung und Behörden – zum Eintritt in die Waffen-SS gezwungen wurden. In: Lóránt TILKOVSZKY, Ungarndeutschtum, Gesamtdeutschtum, ungarische Nationalitätenpolitik seit 1918, Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 9 (19), Prien a. Chiemsee, 1991 (S. 29.)

[464] Johann BÖHM, Die Ungarndeutschen in der Waffen-SS. Ippesheim, 1990

[465] Dazu s.: Johann WUESCHT, Jugoslawien und das dritte Reich., Stuttgart 1969, Ingomar SENZ, Die Donauschwaben. Band 5, München 1994

[466] Aufgrund des Prinzips der „deutschvölkischen Militärpflicht" von Himmler forderten sie, dass die ungarnländischen Deutschen ihren Kriegsdienst nicht in der ungarischen Armee leisten, sondern als Mitglieder der deutschen Wehrmacht und in den Einheiten der Waffen-SS. In: Lóránt TILKOVSZKY, Ungarndeutschtum, Gesamtdeutschtum, ungarische Nationalitätenpolitik seit 1918, Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 9 (19), Prien a. Chiemsee, 1991 (S. 28.)

ungarndeutsche – Jugend militärisch und politisch zu erziehen und die volksdeutschen Wehrpflichtigen zum Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht oder Waffen-SS heranzuziehen.[467] In einer Akte vom Dezember 1941 liest man über Hitlers Vorhaben bezüglich des Kriegsdienstes der Volksdeutschen: *Auf Befehl des Führers soll die Waffen-SS weiter ausgebaut werden. Da Wehrpflichtige im Reich aber kaum noch eingezogen werden können, muß die Waffen-SS auf die Volksdeutschen zurückgreifen.*[468]

Auch der Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, der eine Meldung über die ungarndeutschen Rekrutierten im Dossier A-2125/26 im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste an Himmler geschickt hatte, schrieb über die Anwendung der volksdeutschen Wehrkräfte an Himmler am 13. Oktober 1943: *Die Volksdeutschen und Germanen sind die letzten, bei denen wir bei längerer Dauer des Krieges noch einen Ersatz zusätzlich herausholen können.*[469]

Auf Seite 115 im Dossier werden zuerst die SS-Verfügungstruppen[470] und dann einunddreißig Waffen-SS-Truppendivisionen aufgezählt. Zu einigen Truppendivisionen schrieben die unbekannten Verfasser des Innenministeriums weitere wichtige Informationen: Die zweite Division „Das Reich" kam von der italienisch-belgischen Front nach Transdanubien, die achte Reiterdivision „Florian Geyer" wurde in den Kämpfen um Budapest aufgerieben, die sechzehnte Waffen-SS-Division „Reichsführer-SS" wurde im März-April 1945 von den sowjetischen Truppen aus Ungarn verdrängt, die achtzehnte Panzerdivision „Horst Wessel" verließ Ungarns Staatsgebiet im Januar 1945, die zweiundzwanzigste SS-Reiterdivision wurde auch während der Kampfhandlungen in Budapest aufgerieben, die fünfundzwanzigste Hunyadi SS-Grenadierdivision stellte man am 23. Oktober 1944 auf und die einunddreißigste SS-Grenadierdivision bestand aus den aus der Batschka vertriebenen Volksdeutschen und verließ Ungarn - nach schweren Verlusten bei Fünfkirchen - im November 1944.

Zwischenstaatliche Abkommen[471] der Regierungen in den Jahren 1942[472], 1943[473] und 1944[474] bildeten die Rechtsgrundlage für die Anwerbung der Ungarndeutschen zur Waffen-

[467] Dazu s.: Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT, Die Volksgruppenpolitik des Deutschen Reiches 1920-1945. in: Suevica Pannonica, Jhrg. 9.(19), Prien a. Chiemsee, 1991

[468] In: Ingomar SENZ, Die Donauschwaben. Band 5, München 1994. Zitiert von Johann WUESCHT in: Johann WUESCHT, Jugoslawien und das dritte Reich., Stuttgart 1969,

[469] Ebenda

[470] 1. Regiment „Deutschland" München, 2. Regiment „Germánia" Hamburg, 3. Regiment „Der Führer" Wien, 4. Regiment „Leibstandanter-SS Adolf Hitler" Berlin in: ÁBTL, A-2127/26 Magyarországi németséggel kapcsolatos ügyekben készült háttéranyag, S. 115.

[471] Die ungarische Bárdossy-Regierung genehmigte – aufgrund einer Vereinbarung zwischen ihr und dem deutschen Staat im Februar 1942 - die Einziehung von 20.000 Volksdeutschen zur SS. Insgesamt 18.000 Ungarndeutsche konnten bis Mai 1942 verpflichtet werden. Es kam im Juni 1943 aufgrund einer Vereinbarung

SS.[475] Für die Durchführung der Rekrutierungen wandte man verschiedene Methoden an: einerseits nahm man aufgrund landeseigener Wehrgesetze, andererseits aufgrund zwischenstaatlicher Verträge die Einziehung vor. Am Ende des Jahres 1944, als die Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa die „Lücken" – wegen Kriegsverlusten – füllen mussten, erfolgte die SS-Aushebung direkt, unter Zwang und ohne rechtliche Grundlage. In Ungarn ist die Mehrheit der Ungarndeutschen nicht freiwillig, sondern zwangsweise zur Waffen-SS beigetreten. Viele Ungarndeutsche behielten eine Distanz zur Politik der Nationalsozialisten und wehrten sich gegen die Rekrutierung für die Waffen-SS, denn von den Volksdeutschen in Ost- und Südosteuropa hatten sie die stärksten Bindungen an Heimatraum und an das ungarische Volk. Die Mehrheit der Ungarndeutschen waren Bauern, also „kleine Leute", und hatten eine enge Beziehung zum Heimatboden und die dünne ungarndeutsche Intelligenzschicht, die vor allem in Budapest und in Fünfkirchen lebte und sich seit der 1920er, 1930er Jahren madjarisieren ließ, spielte keine entscheidende Rolle.

Über diese Probleme, über die Schwierigkeiten der Rekrutierung ungarndeutscher Männer konnte ich im Dossier A-2127/26 in einem Rundschreiben lesen. Deutschland bat im Januar 1942 die ungarische Regierung, 20.000 Volksdeutsche zur Waffen-SS rekrutieren zu lassen und im Februar 1942 schrieb der Ministerialratgeber Dr. Gábor Benczur-Ürmösdy an die Obergespanne der Komitate und Städte über die Vereinbarung zwischen Deutschland und Ungarn bezüglich der Rekrutierung zur Waffen-SS und am Ende des Rundschreibens über die auftauchenden Probleme während der Durchführung dieser Aufgaben:

Ungarisches Königliches Innenministerium

Nummer 8.388/1942, Teil VII.

Betreff: Rekrutierung zur reichsdeutschen Waffen-SS

---

zwischen der Kállay-Regierung und dem deutschen Staat zur zweiten Rekrutierung (es dauerte bis Februar 1944), wonach weitere 20.000 Volksdeutsche zur SS kamen. Am 14. April 1944 wurde der Kriegdienst ungarischer Staatsangehöriger in der Waffen-SS durch einen Vertrag mit der Marionetten-Regierung geregelt, der den Dienst in der Waffen-SS mit dem Wehrdienst in der regulären ungarischen Armee gleichstellte. Infolge von Musterungen sind noch 60.000 Personen bis Ende September 1944 Mitglieder der Waffenorganisation geworden. Dazu s.: Krisztián UNGVÁRY, Kriegsschauplatz Ungarn. In: Karl-Heinz FRIESER, Klaus SCHMIDER, Klaus SCHÖNHERR, Gerhard SCHREIBER, Krisztián UNGVÁRY, Bernd WEGNER, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 8., Die Ostfront 1943/44. München 2007, Zoltán András KOVÁCS, Norbert SZÁMVÉBER, A Waffen-SS Magyarországon. Business Week-Hadtörténelmi Levéltár, Budapest 2001

[472] 22.000/1942. I.M. IV. am 19. März 1942 und 4938/1942 am 22. März 1942. in: ÁBTL, A-2127/26 (S. 137.)

[473] Verordnung 50.420/1943. I.M. IV., in: ÁBTL, A-2127/26 (S. 138-139.)

[474] Verordnung 4782/1944. F.Ü., in: ÁBTL, A-2127/26 (S. 140.)

[475] Ohne Wissen der ungarischen Behörden wurden schon im Jahre 1941 in der Batschka 2.000 Volksdeutsche für die Waffen-SS, 1.500 Personen für die Wehrmacht und 2.000 Volksdeutsche für den Werkschutz rekrutiert. Dr. Miklós FÜZES, A magyarországi németek polkoljárása a XX. század magyar kormányzati és közigazgatási rendszerében. Tudományos Lapok a rendszerről, I. évf./3. szám, Szentendre, 2006

An die Obergespanne der Komitate und Städte!

Bezug nehmend auf mein Rundschreiben 8188/1942. Teil VII. vom 10. Februar 1942 und das ergänzend teile ich Ihnen Folgendes mit:

Betreffend der Rekrutierung zur reichsdeutschen Waffen-SS vereinbarte sich die ungarische königliche Regierung und die reichsdeutsche Regierung darin:

1. *Nur die Personen, die zum Deutschtum gehören – unabhängig davon, ob sie Volksbund-Mitglieder sind oder nicht – können sich, im Alter von 18-30 Jahren, freiwillig zur Musterung der Waffen-SS anmelden. (...) Höchstzahl der freiwillig Angemeldeten beträgt maximal 20.000 Personen. (...)*
2. *Die Werbung zur Musterung wird – mit Ausschließung der Presse – der Volksbund durchführen.*[476] *(...)*

Am Ende des Rundschreibens:

Nur an die Leiter der Polizeibehörden (an die Gemeinderichter und an die ungarischen königlichen Polizeidirektionen) schreibe ich streng vertraulich:

Die Durchführung dieser Aktion verursacht wahrscheinlich in bestimmten Regionen des Ungarndeutschtums eine seelische Krise. (...) Die Ungarn und die Ungarndeutschen mit ungarischen Heimatsgefühlen werden diese Aktionen mit haßerfüllten, ironischen oder schadenfrohen Bemerkungen kommentieren. Es kann durchaus sein, dass diese öffentliche Stimmung zu Massenszenen führt, die dann aus nationalitätenpolitischer und aus politischer Hinsicht – diese Stimmung beeinflusst Deutschlands Meinung über Ungarn - schädlich sein können. Die an den Musterungen zur SS teilnehmenden reichsdeutschen Bevollmächtigten werden Anweisungen erhalten, um die heutigen Zustände und die allgemeine Stimmung zu beobachten. (...)

Budapest, 14. Februar 1942

Aus der Verordnung des Ministers
Dr. Gábor Benczur-Ürmösdy

[476] ÁBTL A-2127/26 (S. 127.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin) Der zum Landesjugendführer ausgewählte Mathias Huber, der die ab 1. April 1942 genehmigte selbständige Jugendorganisation der Ungarndeutschen, die „Deutsche Jugend" leitete, sagte zu der Jugendarbeit (deren Sinn in der Werbung und Verbereitung zum deutschen Militärdienst bestand): „Auch der letzte deutsche Junge muß erfaßt und zum deutschen Jungen geprägt werden. Deutsch sein heißt aber Soldat sein." Der Volksbund gab in dieser Jugendorganisation – aufgrund der Anweisungen Himmlers – die Ziele und die Aufgaben an. In: Johann BÖHM, Die Ungarndeutschen in der Waffen-SS. Ippesheim, 1990 (S. 70.)

Ministerialratgeber[477]

Warum sich die Mehrheit der Ungarndeutschen nicht freiwillig anmelden wollte - *Die Durchführung dieser Aktion verursacht wahrscheinlich in bestimmten Regionen des Ungarndeutschtums eine seelische Krise*[478] - und sowohl für Ungarn - *Ungarndeutschen mit ungarischen Heimatsgefühlen*[479] - als auch für Deutschland - *diese Aktionen mit haßerfüllten, ironischen oder schadenfrohen Bemerkungen kommentieren*[480] - Probleme verursachte, kann auf zwei Faktoren zurückgeführt werden: Einerseits hoffte Ungarn, als Kriegspartner Deutschlands Gebietsgewinne machen zu können, was zu einer verständnisvollen Arbeit mit der deutschen Volksgruppe führen sollte, Ungarns Regierung blieb jedoch minderheitenfeindlich[481]. Andererseits hatte den Ungarndeutschen das Mutterland Deutschland viel versprochen, - es garantierte dem Volksbund die allgemein anerkannten Minderheitenrechte, die Freiheit, sich zum deutschen Volkstum und zur Weltanschauung des Nationalsozialismus zu bekennen und die Entscheidungskompetenz über die Zugehörigkeit zur Volksgruppe[482] -, sah die Ungarndeutschen jedoch nur als Menschenreservoir an, das auf die reichsdeutschen Kriegsbedürfnisse einzustellen war. Für die Nationalsozialisten war außerdem das politisch-ideologische, militärische Bündnis mit Ungarn mehr wert als die Ungarndeutschen: ab Ende 1941 durfte der Volksbund – auf Anweisung des Reichsführers Himmler – nur noch vom gemeinsamen Kampf Deutschlands mit Ungarn reden.[483] Neben den heimatlichen Bindungen spielte die Tatsache, von beiden Seiten – von Ungarn und auch von Deutschland – für eigene politische Interessen instrumentalisiert zu werden, eine Rolle dafür, dass sich die Ungarndeutschen gegen die Rekrutierung zur Waffen-SS wehrten.

Die erste Aktion zur Rekrutierung volksdeutscher Männer zur Waffen-SS war nicht erfolgreich gewesen, nur 18.000 Personen waren als für den deutschen Kriegsdienst geeignet

---

[477] ÁBTL A-2127/26 (S. 127-132.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[478] Ebenda
[479] Ebenda
[480] Ebenda
[481] Die ungarische Regierung wollte den Forderungen der deutschen Minderheit nur, wenn sie sich durch reichsdeutsche Politiker dazu gezwungen fühlte, entgegenkommen: bis Ende Mai 1939 wurde zum Beispiel die Schulfrage der Ungarndeutschen nicht gelöst, erst die Bestimmungen des Wiener Protokolls im Herbst 1940 verpflichteten die ungarische Regierung, der deutschen Minderheit mehr Rechte zu geben. Im Februar 1941 sorgte die Minderheitenschulverordnung dann dafür, dass an den Schulen deutscher Mehrheitsgemeinden Deutsch zur Unterrichtssprache wurde. Dazu s.: Ingomar SENZ, Die Donauschwaben. Band 5., München 1994, Johann WEIDLEIN, Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten 1930-1950. Schorndorf 1950
[482] Das Wiener Protokoll vom 30. August 1940, ein Vereinbarungspapier zwischen VOMI mit Außenminister Ribbentrop und ungarischem Außenminister Csáky, – im Rahmen des Zweiten Wiener Schiedsspruches – erhöhte die Qualität der Volksbundautonomie. In: Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT, Die kritische Endphase unserer Geschichte 1938-1945, In: Suevica Pannonica Jhrg. 7., Prien a. Chiemsee, 1989
[483] Ingomar SENZ Die Donauschwaben. Band 5., München 1994

befunden worden und den Großteil der Rekrutierten bildeten Volksdeutsche aus den angeschlossenen Gebieten, nicht ungarndeutsche Männer.[484]

Mehrere Briefe, Verordnungen, Kopien bezüglich der Rekrutierung von Ungarndeutschen mit ungarischer Staatsbürgerschaft zur Waffen-SS beinhaltet das Dossier A-2127/26. Die zweite Aktion zur Rekrutierung volksdeutscher Männer zur Waffen-SS im Mai 1943 war in der ungarndeutschen Bevölkerung nicht so beliebt, wie es die Regierungen erwartet hatten und der Volksbund erhielt die Aufgabe zur Agitation der Ungarndeutschen. Im ersten Brief lesen wir über die Veränderungen bezüglich der Rekrutierung von Ungarndeutschen mit ungarischer Staatsbürgerschaft zur Waffen-SS seit der Verordnung im März 1942[485]:

Das ungarische königliche Justizministerium
Aufgrund der Verordnung 50.420/1943. I.M. IV. *Vertraulich!*

Betreff: Rekrutierung der Ungarndeutschen mit ungarischer Staatsbürgerschaft 1943

(...) Die wichtigsten Veränderungen zu der Verordnung im März 1942:
Diesbezüglich können die 18-35 Jährigen gemustert werden. Die Verordnung bezieht sich auch auf die Ungarndeutschen, die zur Zeit ihren Soldatendienst im ungarischen Militär stellen. (...) In der Zahl der Angemeldeten gibt es keine Begrenzung mehr. (...) Die Frage der Ehepartner und Kinder der Rekrutierten wird erst nach dem Krieg geklärt, (...) nachdem die Rekrutierten ihre ungarische Staatsbürgerschaft verloren haben. (...)

Budapest, 14. Juli 1943[486]

Auf die Agitation des Volksbundes meldeten sich bis Februar 1944 nur noch 20.000[487] Ungarndeutsche freiwillig zur Waffen-SS, was von den gewünschten Zahlen weit entfernt war[488] und deshalb wurde im Frühling 1944 die dritte Aktion zur Rekrutierung der

[484] Dr. Miklós FÜZES, A magyarországi németek polkoljárása a XX. század magyar kormányzati és közigazgatási rendszerében. Tudományos Lapok a rendszerről, I. évf./3. szám, Szentendre, 2006
[485] 22.000/1942. I.M. IV. am 19. März 1942 und 4938/1942 am 22. März 1942. in: ÁBTL, A-2127/26 (S. 137.)
[486] Verordnung 50.420/1943, 22. Mai 1943, in: ÁBTL, A-2127/26 (S. 137-139.), (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[487] Johann BÖHM, Die Ungarndeutschen in der Waffen-SS. Ippesheim, 1990.
[488] Obwohl sich die Zahl der rekrutierten Volksdeutschen – vor allem nach den deutschen Menschenverlusten in den Jahren 1942, 1943 – vermehrte. Dazu s.: Georg H. STEIN, Geschichte der Waffen-SS. In: Dr. Miklós FÜZES, A magyarországi németek polkoljárása a XX. század magyar kormányzati és közigazgatási rendszerében. Tudományos Lapok a rendszerről, I. évf./3. szám, Szentendre, 2006

Volksdeutschen für die Waffen-SS verkündet. Der SS-Obergruppenführer Werner Lorenz besuchte Ungarn zwischen dem 15. und 21. Februar 1944 und machte eine zweitägige Reise mit dem Volksbund-Führer Dr. Ferenc Basch in Süd-Transdanubien, um ungarndeutsche Dörfer aufzusuchen. Am 20. Februar nahm Lorenz auch an der Hauptversammlung des Volksbundes in Budapest teil. Bald darauf fuhr Basch nach Berlin, um über die Vorbereitungen zur Rekrutierung zur Waffen-SS zu verhandeln.[489] Nach der deutschen Besetzung von Ungarn und der Ernennung der Sztójai-Regierung hatte der Volksbund mehr „Spielraum" zur Verwirklichung der reichsdeutschen Pläne bekommen.

Am 29. März 1944 wurde eine interministerielle Sitzung über die Rekrutierung für die Waffen-SS gehalten.[490] Die Registrierung, Musterung und Einberufung der Personen ungarischer Staatsbürgerschaft wurde Aufgabe des SS-Hauptamtes, der SS-Ersatzinspektion Südostraum und der ungarischen Ersatzkommandantur sein, worüber sich die Minister – auf Horthys Wunsch – am 29. März 1944 noch nicht einigen konnten. Erst am 14. April 1944 hat der Oberst und ungarische Verteidigungsminister Lajos Csatay – nach Verhandlungen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Sztójai und Veesenmayer beziehungweise Otto Winkelmann – die Vereinbarung zur Aufstellung der Waffen-SS-Truppen zwangsweise unterzeichnet.

Auf Seite 152-153 im Dossier kann man diese Vereinbarung zwischen dem Oberst Csatay und Dr. Veesenmayer vom 14. April 1944 bezüglich der Aufstellung von Waffen-SS-Truppen, mit weiteren Veränderungen zu den Verordnungen aus den Jahren 1942 und 1943 lesen[491]:

Vereinbarung

Zur Aufstellung der Waffen-SS Truppen[492]

1. *Wegen der verstärkten kriegerischen Tätigkeiten müssen mehrere SS-Truppen aufgestellt werden.*
2. *Um die Truppen möglichst schnell aufstellen zu können, haben wir folgende Aufgaben:*

[489] Loránt TILKOVSZKY, SS-toborozás Magyarországon. Budapest, 1974

[490] MOL Belügyminisztériumi Levéltár, Reservált iratok, K-149-1944-5-1050 in: Dr. Miklós FÜZES, A magyarországi németek polkoljárása a XX. század magyar kormányzati és közigazgatási rendszerében. Tudományos Lapok a rendszerről, I. évf./3. szám, Szentendre, 2006

[491] Der Historiker Dr. Miklós Füzes schrieb im Jahre 2006 über diese Vereinbarung (in: Dr. Miklós FÜZES, A magyarországi németek polkoljárása a XX. század magyar kormányzati és közigazgatási rendszerében. Tudományos Lapok a rendszerről, I. évf./3. szám, Szentendre, 2006), wobei er erwähnte, dass die Vereinbarung selbst noch nicht gefunden wurde und dass die Historiker den Inhalt dieser Vereinbarung erst aufgrund der Ereignisse nachvollziehen können. Im Dossier A-2127/26 habe ich diese Vereinbarung gefunden. (ÁBTL, A-2127/26, S. 152-153.)

[492] „O-14922/1 BM Nyilvántartási Központ, 1. Osztály" steht unter der Vereinbarung, wahrscheinlich aus dem Archiv des Innenministeriums bekam das Historische Archiv der Staatssicherheitsdienste dieses Dokument. In: ÁBTL, A-2127/26 (S. 152.)

3. *Alle ungarischen Staatsbürger, alle, die keine Staatsbürgerschaft haben und alle, die Staatsbürger anderer Staaten sind, aber zum deutschen Volk gehören und wehrpflichtig sind, werden während des Krieges in die Wehrmacht oder zur Waffen-SS rekrutiert. Wehrpflichtig werden alle Männer im Alter von 17 Jahren. (...)*
4. *Die Personen, die zur Wehrmacht oder zur Waffen-SS rekrutiert wurden, bleiben ungarische Staatsbürger und erhalten die gleichen Rechte wie die ungarischen Staatsbürger. Für Personen, die früher rekrutiert wurden und denen die ungarische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, macht diese Verordnung diesen Verlust oder Entzug ungültig.*

Budapest, 14. April 1944 *Csatay Oberst, Dr. Veesenmayer*[493]

Aufgrund der Vereinbarung zwischen den deutschen und ungarischen Regierungen vom 14. April 1944 wurde der Dienst ungarischer Staatsangehöriger in der Waffen-SS geregelt, der Dienst in der Waffen-SS mit dem Wehrdienst in der regulären ungarischen Armee gleichgestellt. Nach dieser Vereinbarung durften nur 10 Prozent der Ungarndeutschen im ungarischen Militär bleiben.[494]

Die festliche Eröffnung der dritten Aktion zur Rekrutierung zur Waffen-SS hielt man auf der Großversammlung des Volksbundes in Bonyhád am 23. April 1944 ab. Ab dem 5. Mai erschien eine Werbung zur Musterung für die Waffen-SS und es wurden mehrere Flugblätter, Plakate gedruckt. Die Sztójai-Regierung verbot die „Treuebewegung" und die Gestapo verhaftete die Mitglieder der Bewegung.[495]

Die dritte Aktion war auch nicht so erfolgreich wie erwartet und die Deutschen waren der Meinung, der ungarische Verteidigungsminister Lajos Csatay würde die Aktion sabotieren. Veesenmayer wollte in einem Brief an Csatay die Mißverständnisse klären. Csatay reagierte auf die Vorwürfe von Veesenmayer in einem Brief am 29. August 1944.[496] Eine Kopie über diesen Briefwechsel zwischen Oberst Csatay und Edmund Veesenmayer[497] bezüglich der

[493] Vereinbarung, am 14. April 1944, in: ÁBTL, A-2127/26 (S. 153.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[494] Anton SCHERER, Die ungarnländischen Donauschwaben und die Deutschen Westungarns von 1918 bis 1945. in: Der Weg in die Heimat. Graz-Stuttgart, 1988
[495] Loránt TILKOVSZKY, SS-toborozás Magyarországon. Budapest, 1974
[496] Johann Böhm forschte im Archiv des Deutschen Außenministeriums. In: Johann BÖHM, Die Ungarndeutschen in der Waffen-SS. Ippesheim, 1990
[497] Edmund Veesenmeyer (1904-1977), war von Beruf Staatsrechtler und unter den nationalsozialistischen Politikern ein SS-Brigadeführer.

Probleme der Rekrutierung zur Waffen-SS im Frühling und Sommer 1944 beinhaltet auch das Dossier A-2127/26.

Der deutsche Gesandte in Ungarn, Edmund Veesenmayer, wurde – nach der deutschen Besetzung Ungarns am 19. März 1944 – zum Reichsbevollmächtigten[498] und Otto Winkelmann[499] zum Höheren SS- und Polizeiführer von Ungarn ernannt. In diesem Brief – nach der Ernennung Veesenmayers zum Reichsbevollmächtigten - geht es um die Probleme der Rekrutierung, über Rückstände: am 10. August 1944 wurden 187.000 Personen als Volksdeutsche erklärt, davon wurden zur Musterung 126.000 Personen zugelassen und davon nur 36.000 assentiert (gemustert), Rückstände der deutschen Musterungskommission sind also 90.000 Personen, Rückstände des ungarischen Verteidigungsministeriums: 12.000 Personen.

Aufgrund des Briefwechsels zwischen Csatay und Veesenmayer wurden am 25. August 1944 schon 202.000 Volksdeutsche zusammengezählt, wovon 131.000 Personen zur Musterung zugelassen wurden, von denen dann 42.000 Personen ausgewählt, also gemustert wurden und so blieben Rückstände der deutschen Musterungskommission bei insgesamt 89.000 Personen, Rückstände des ungarischen Verteidigungsministeriums waren 11.700 Personen.[500]

Im Dossier ab Seite 116 sind Kopien über die Herausbildung der Waffen-SS und über die Veränderungen bezüglich der Staatsbürgerschaft der ungarischen Staatsbürger im Fall der Einziehung in die Waffen-SS zu lesen.[501] Auf Seite 120. sieht man den Gesetzartikel XIII. aus dem Jahre 1939 über das Erwerben oder den Entzug der ungarischen Staatsbürgerschaft aufgrund der Ergänzung und Überarbeitung des Gesetzartikels L aus dem Jahre 1879, mit der Unterschrift von Miklós Horthy und Pál Teleki: *8.§ 5. besagt, dass der Person, die an der Tätigkeit einer ausländischen politischen Organisation teilnimmt, die ungarische Staatsbürgerschaft durch das Ministerium entzogen werden kann.*[502]

---

[498] Edmund Veesenmeyer wurde von Hitler am 19. März 1944 mit Führererlass zum „Bevollmächtigten des Großdeutschen Reiches" ernannt. Dazu s.: Martin MOLL (Hrg.), Führer-Erlasse 1939-1945., Steiner Stuttgart, 1997

[499] Otto Winkelmann (1894-1977), war General der SS und ab 1944 Höherer SS- und Polizeiführer in Ungarn. Auf seine Initiative wurde Miklós Horthy (Ungarns Staatsoberhaupt) abgesetzt und der Nationalsozialist und Pfeilkreuzler Ferenc Szálasi zum neuen Staatsoberhaupt, zum Ministerpräsidenten von Ungarn ernannt. Dazu s.: Heinz HÖHNE, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS., Augsburg, 1998

[500] ÁBTL A-2127/26 (S. 154.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[501] „1939. évi XIII. törvénycikk a magyar állampolgárság megszerzéséről és elvesztéséről szóló 1879: L. Törvénycikk kiegészítéséről és módosításáról" (Magyar Közlöny, 1939) ÁBTL, A-2127/26 (S. 121.)

[502] 8§5: Minisztérium megfoszthatja magyar állampolgárságától azt, aki bármilyen külföldi politikai jellegű szervezet tevékenységében részt vesz. „1939. évi XIII. törvénycikk a magyar állampolgárság megszerzéséről és elvesztéséről szóló 1879: L. Törvénycikk kiegészítéséről és módosításáról" (Magyar Közlöny, 1939) ÁBTL, A-2127/26 (S. 121.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Einige Seiten später entdeckt man in diesem Dossier die Kopie einer Verordnung[503] über die Staatsbürgerschaft der für die Waffen-SS rekrutierten Personen: *Punkt 1 des ersten Paragraphen des Gesetzartikels XIII. aus dem Jahre 1939 über das Erwerben oder Verlieren der ungarischen Staatsbürgerschaft aufgrund der Ergänzung und Überarbeitung des Gesetzartikels L aus dem Jahre 1879 bezieht sich nicht auf jene ungarischen Staatsbürger, die jetzt während des Weltkrieges im Dienst der deutschen Wehrmacht stehen oder im Interesse der Kriegsziele ihren Dienst bei anderen militärischen Organisationen leisten und dabei auch die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben.*[504]

Unter Punkt 2 geht es um *die ungarischen Staatsbürger, die ihre ungarische Staatsbürgerschaft aufgrund ihres Kriegsdienstes in der deutschen Wehrmacht und noch vor Inkrafttreten dieser Verordnung verloren hatten: Sie werden wieder ihre ungarische Staatsbürgerschaft erhalten und sie werden in jeder Hinsicht so betrachtet, als ob ihnen die ungarische Staatsbürgerschaft nicht entzogen worden wäre.*[505]

Die Verordnung vom 10. Juni 1944 hat der ungarische, königliche Ministerpräsident Döme Sztójay unterschrieben. Wir wissen aufgrund der Dokumente im Dossier A-2127/26 über die drei Aktionen zur Rekrutierung der Volksdeutschen zur Waffen-SS, dass die Personen, die nach der ersten Aktion im Jahre 1942 rekrutiert wurden, für ihre Dienstzeit und nach der Einbürgerung in Deutschland ihre ungarische Staatsbürgerschaft verloren, während über die Staatsangehörigkeit ihrer Familienmitglieder erst nach dem Krieg Entscheidungen getroffen werden sollten. Den ungarndeutschen Personen, die in der ungarischen Armee dienten, war nach der zweiten Aktion im Jahre 1943 die Rekrutierung für die SS ermöglicht worden, wonach sie neben dem Verlust ihrer ungarischen Staatsangehörigkeit das Erbschaftsrecht betreffend den Einheimischen gleichgestellt waren. Diese zweite Aktion legalisierte auch den Status der bei früheren illegalen Rekrutierungen Angemeldeten. Nach der dritten Aktion im Jahre 1944 wurden ungarische Staatsbürger durch Musterung Mitglieder der Waffen-SS und verloren dabei ihre ungarische Staatsbürgerschaft nicht und für die Dauer der Dienstzeit erhielten sie die deutsche Staatsangehörigkeit.

In den zur Forschung freigegebenen Dossiers des Historischen Archivs der Staatssicherheitsdienste konnten die Agenten der Geheimpolizei die ehemaligen

[503] A magyar királyi minisztérium 2.150/1944. M.E. számú rendelete, (Magyar Közlöny, 1944) ÁBTL, A-2127/26 (S. 126.)

[504] A magyar királyi minisztérium 2.150/1944. M.E. számú rendelete a német véderőnél, valamint a háborús célt szolgáló egyéb német fegyveres alakulatnál szolgálatot teljesítő magyar állampolgárokra vonatlozó egyéb intézkedések. (Magyar Közlöny, 1944) ÁBTL, A-2127/26 (S. 126.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[505] Ebenda (S. 126.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Kriegsgefangenen deutscher Herkunft nicht immer richtig „einordnen". Im Verhörprotokoll konnte man über Kriegsgefangene mit deutscher Staatsbürgerschaft, mit westdeutscher Staatsbürgerschaft, mit nicht geklärter Staatsbürgerschaft oder mit ausländischer Staatsbürgerschaft lesen. Die Ungarndeutschen wurden zwischen 1945 und 1950 meistens nicht als ungarische Staatsbürger aufgenommen.[506]

Im Dossier A-2127/26 findet man von Seite 164 bis Seite 217 Kopien über Aufzeichnungen des Innenministeriums[507], Gesetzartikel, Verordnungen und Rundschreiben des Ministeriums bezüglich der Vertreibung der Ungarndeutschen[508] und ab Seite 230 hat man die ungarndeutschen Gemeinden in Ungarn aufgelistet.

Die Dissimilation der Ungarndeutschen, die Stärkung ihrer deutschen Identität durch die Politik Nazi-Deutschlands und des Volksbundes brachten es nach 1945 mit sich, dass Ungarn und die neue Politik sie mit der Kollektivschuld belastete, Nationalsozialistisch – oder in der „Sprache" der 1945 sich herausbildenden Staatssicherheitsdienste faschistisch – gewesen zu sein und das Land als Helfer Deutschlands verraten zu haben. Als Folge dieser Konstruktionen wurden die Ungarndeutschen nach den Potsdamer Beschlüssen und auf Druck der ungarischen politischen Akteure aus Ungarn vertrieben. Entgegen der ursprünglichen Absicht der demokratischen Parteien – nur deutsche Faschisten auszusiedeln – wurde zwischen 1946 und 1948 nach ideologischen Klassengesichtspunkten vorgegangen, denn viele Kleinbauern und deutsche Agrarproletarier, die Mitglieder des Volksbundes waren, durften bleiben, wohlhabende Bauern, Handwerker oder bürgerliche Familien mussten

[506] Im Protokoll der Parteienkonferenz im Ministerpräsidium am 14. Mai 1945 liest man über dieses Problem. Imre Kovács, Politiker der Nationalen Bauernpartei, sagte in seinem Vortrag: „Bleibt das Problem, wen von den Schwaben wir aussiedeln, und heute ist im Verlauf des Gesprächs herausgekommen: die Volksbündler. Die Volksbundmitglieder hat seinerzeit Innenminister Keresztes-Fischer der Staatsbürgerschaft für verlustig erklärt bzw. die von ihnen in SS-Einheiten eintraten. Sztójay hat den Entzug der Staatsbürgerschaft aufgehoben und sie wieder zu vollberechtigten ungarischen Bürgern gemacht. Die vorläufige Nationale Regierung hat meiner Meinung nach einen großen Fehler gemacht, als sie nach der Kriegserklärung an Deutschland nicht sofort wieder den in die SS eingezogenen schwäbischen ungarischen Bürgern die Staatsbürgerschaft entzog und zugleich für sie Internierungslager errichtete, in die man sie samt ihrer Angehörigen hätte bringen können. Aber wie sieht es jetzt aus?" In: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992., (S. 330 ff.) Übersetzung aus: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995 (S. 32.)

[507] Aufzeichnung über die Vertreibung der Ungarndeutschen am 8. Juni 1978, vom Polizeileutnant Róbert Kovács, Zusammenfassung über die Vertreibung, Innenministerium, III/I. 9. Abteilung, ÁBTL, A-2127/26 (S. 165-166.)

[508] Regierungsverordnung 12.200/1947 über die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn, Übergabe des ungarndeutschen Vermögens an den ungarischen Staat, Magyar Közlöny vom 27. November 1947, ÁBTL, A-2127/26 (S. 167-217)

gehen.[509] Die in Ungarn gebliebenen Ungarndeutschen blieben bis 1950 ihrer bürgerlichen Rechte beraubt.

Bei der Volkszählung 1941 bekannten sich 477.000 Personen in Trianon-Ungarn zur deutschen Muttersprache, bei der Volkszählung 1949 bekannten sich – wahrscheinlich aus Angst - nur noch 22.000 Personen zum Ungarndeutschtum.[510] Diese Veränderungen, die Ängste der in Ungarn verbliebenen Deutschen zeigten sich auch in den Namensmadjarisierungen. Zwischen 1940 und 1944 waren die Deutschen die stärkste und größte Minderheit Ungarns und viele Deutsche - die in den 1920er, 1930er Jahren ihre Familiennamen wegen des verstärkten ungarischen Nationalismus madjarisiert hatten - durften ihre deutschen Namen wieder aufnehmen.[511]

Nach 1944 veränderte sich die Situation der deutschen Minderheit: nach Verschleppung in die Sowjetunion, nach Kriegsgefangenschaft, Enteignung, Entrechtung und Vertreibung der Ungarndeutschen wurde die Zugehörigkeit zum Deutschtum oder der deutsche Name zum Nachteil und viele Ungarndeutsche, die im Land geblieben waren, versuchten ihre deutschen Namen zu madjarisieren.[512]

Die Ungarndeutschen, die bis zur Bodenreform, bis zum März 1945 ein Gesuch zur Madjarisierung ihrer Namen eingereicht hatten, mussten ihrem Bittgesuch noch keine politische Bestätigung beifügen.[513] Während der Durchführung der Bodenreform und wegen

---

[509] Die Ungarndeutschen aus Budapest und Umgebung wurden – wahrscheinlich auch wegen ihrer „wertvollen" Häuser und Grundstücke in der Nähe der Hauptstadt – vertrieben, währendessen viele ungarndeutsche Dörfer – vor allem mit kleinbäuerlicher Bevölkerung oder Bergarbeitern – in Südungarn von der massenhaften Vertreibung verschont blieben. Siehe dazu: Heimatbücher der ungarndeutschen Dörfer, József KOMANOVICS, A hazai németek helyzetére vonatkozó rendelkezések a II. világháborút követő években 1945-1950. in: Baranyai Művelődés Nr. 1., Pécs 1976, István FEHÉR, Az utolsó percben. Magyarország nemzetiségei 1945-1990. Kossuth, Budapest 1982, Sándor BALOGH, Magyarország külpolitikája 1945-1950. Kossuth, Budapest 1988, Sándor BALOGH, Lajos IZSÁK, Pártok és pártprogramok Magyarországon 1944-1948. Tankönyvkiadó, Budapest 1979, István FEHÉR, A magyarországi németek kitelepítése 1945-1950. Akadémia, Budapest 1988.

[510] Dazu s.: István FEHÉR, A magyarországi németek kitelepítése 1945-1950. Budapest, 1988, Mihály KOROM, Az elhurcolás és a szülőföldről való elűzés néhány kérdése. 1996, In: György ZIELBAUER (Red.), A magyarországi németek elhurcolása és elűzése. Válogatott szemelvények a korabeli magyar sajtóból 1944-1948. Budapest, 1989

[511] Verordnung 8.490/1940. M.E. der ungarischen königlichen Regierung über die Veröffentlichung des Protokolls der Ungarisch-Deutschen Vereinbarung in Wien vom 30. August 1940, Genehmigung zur Wiederaufnahme der deutschen Familiennamen im Absatz I./Punkt 7. „A visszanémetesítés engedélyezése", Budapesti Közlöny, 28. November 1940

[512] Im Jahre 1945 hatten 57 Prozent der Personen, die ihre Namen madjarisieren wollten, irgendwelche Beziehungen zum Deutschtum in Ungarn, im Jahre 1946 waren es noch 44 Prozent. In: István KOZMA, Viktor KARÁDY, Név és Nemzet. Családnév-változtatás, névpolitika és nemzetiségi erőviszonyok Magyarországon a feudalizmustól a kommunizmusig., Osiris, Budapest 2002, István KOZMA, Névmagyarosítási mozgalom és kisebbségpolitika a koalíciós korszakban (1945-1948), www.mtaki.hu 26/01/11

[513] Die Verordnung 5151/1945 über die Namenveränderung betrachtete alle in Ungarn lebenden Bürger – auch die Ungarndeutschen – gleich.

der ungarischen Flüchtlinge[514] häuften sich die Probleme, die durch die Vertreibung der Ungarndeutschen gelöst werden konnten, so wurden die Behörden nach 1945 immer strenger mit den Ungarndeutschen.[515] Die Deutschen, die wegen des immer härteren Auftretens der ungarischen politischen Kräfte ihre deutschen Namen madjarisieren wollten, mussten immer mehr Bestätigungen über ihr politisches Leben vor und während des Krieges einholen.[516]
Der offizielle Standpunkt der ungarischen Regierung war bis Ende 1945 nur mit den ehemaligen Volksbündlern, mit den faschistischen oder SS-Deutschen und mit den Personen, die ihre schon madjarisierten Namen während des Nationalsozialismus wieder „verdeutscht" hatten, bei Einreichen des Gesuchs bezüglich der Namenmadjarisierung streng gewesen. Die Gesuche der Ungarndeutschen fielen jedoch mit der Zeit unter immer strengere Beurteilung: Eine Zirkularverordnung[517] des Innenministeriums im Sommer 1945 machte in der Ansuchung hinsichtlich der Madjarisierung der Namen eindeutig Unterschiede zwischen den Bewohnern der schwäbischen Gemeinden und den anderen ungarischen Staatsbürgern.

Die Verordnung 12.330/1945. M.E. über die Vertreibung der Ungarndeutschen schuf eine neue Situation: die Regierung musste nicht mehr durch Bestätigungen, politische Tätigkeit oder andere Dokumente zwischen den Ungarndeutschen selektieren, denn es wurde die Kollektivschuld der Deutschen in Ungarn angenommen. Die Personen, die sich bei der Volkszählung im Jahre 1941 zum Deutschtum bekannten oder deren Muttersprache Deutsch war oder die ihre deutschen Namen wieder aufgenommen hatten, - alle wurden vertrieben.

---

[514] Die zwischen 1941 und 1942 in der Batschka angesiedelten 20.000 Tschangos aus Bukowina, Moldau und Bessarabien mussten ab Herbst 1944 nach Süd-Transdanubien und auf das Gebiet zwischem der Donau und der Theiss flüchten. Nach dem zweiten Wiener Schiedsspruch kamen 70.000 Ungarn aus Süd-Transsylvanien nach Trianon-Ungarn. Zehntausende von ungarischen Flüchtlingen zogen nach dem Krieg aus Jugoslawien und aus den Karpaten nach Ungarn um. Aufgrund des Bevölkerungsaustausches zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn kamen noch 50.691 Ungarn aus der Slowakei nach Ungarn. Tamás STARK, Magyarország II. világháborús embervesztesége. Társadalom- és művelődéstörténeti tanulmányok 3., MTA Történettudományi Intézet, Budapest 1989

[515] Das beweist auch die Forschungsarbeit von György Zielbauer. Die meisten Bittgesuche fand Zielbauer im Komitat Baranya: Zwischen 1945 und 1949 wollten 5.959 Familien (also ungefähr 20.000-21.000 Personen) ihre Namen madjarisieren. In welchem Jahr man seinen Namen problemloser madjarisieren konnte, zeigt auch diese Statistik: im Jahre 1945 reichten insgesamt 2.510 Familien, 1946 insgesamt 2.135 Familien, 1947 schon weniger, 1.191 Familien, 1948 nur 93 Familien und im Jahre 1949 nur noch 30 Familien ihr Bittgesuch für Namensmadjarisierung ein. In: György ZIELBAUER, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955, Szombathely – Vép, 1990 (S. 119.)

[516] István KOZMA, Viktor KARÁDY, Név és Nemzet. Családnév-változtatás, névpolitika és nemzetiségi erőviszonyok Magyarországon a feudalizmustól a kommunizmusig., Osiris, Budapest 2002, István KOZMA, Névmagyarosítási mozgalom és kisebbségpolitika a koalíciós korszakban (1945-1948), www.mtaki.hu, 26/01/11

[517] Zirkularverordnung 37.898/1945. B.M. am 13 Juni 1945, in: Archiv der Komitat Tolna, Tolna Megyei Önkormányzat Levéltára, Alispáni iratok, 4188/1945, aus: István KOZMA, Viktor KARÁDY, Név és Nemzet. Családnév-változtatás, névpolitika és nemzetiségi erőviszonyok Magyarországon a feudalizmustól a kommunizmusig., Osiris, Budapest 2002, István KOZMA, Névmagyarosítási mozgalom és kisebbségpolitika a koalíciós korszakban (1945-1948), www.mtaki.hu , 26/01/11

Deshalb mussten ab Januar 1946 die ungarndeutschen Gesuchsteller zur Namensmadjarisierung ihrem Formular auch die Bestätigung des Zentralen Statistischen Amtes über ihr Geständnis bei der Volkszählung 1941 bezüglich Muttersprache und Nationalität beilegen. Zu dieser Zeit beschäftigte sich das Statistische Amt schon mit den Listen der Ungarndeutschen, die sie der politischen Polizei geben mussten, was das Anliegen erschwerte. Das Bittgesuch der Ungarndeutschen, die sich bei der Volkszählung im Jahre 1941 zur deutschen Nationalität bekannt hatten, wurde gleich abgewiesen. Das Bittgesuch der Ungarndeutschen, die sich bei der Volkszählung im Jahre 1941 zum Ungarntum, jedoch mit deutscher Muttersprache bekannt hatten, wurde erst dann angenommen, wenn diesem auch eine Bestätigung über ihr linkes, antifaschistisches politisches Leben – meistens mit Unterschrift einer einflußreichen kommunistischen Person[518] – beigefügt war.[519]

Die Zahl der Gesuche zur Namensänderung wuchs eindeutig zwischen 1945 und 1946: In diesem Zeitraum wurden 37.000 Bittgesuche eingereicht und 57 Prozent – das bedeutet, ungefähr 50.000 Menschen wollten ihren Namen madjarisieren - dieser Gesuche stammten von Ungarndeutschen oder von solchen Personen, die irgendeine Beziehung zum Deutschtum in Ungarn hatten.[520] Bei der Forschung im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste wurde die Arbeit dadurch erschwert, dass einerseits die ungarischen Behörden die verhafteten, später aktenkundig gewordenen Ungarndeutschen wegen der Veränderungen ihrer Staatsbürgerschaft nicht einheitlich definieren und einordnen konnten oder wollten, andererseits viele Ungarndeutsche – aus Angst oder aus Zwang – nach 1945-46 ihre deutschen Namen madjarisiert hatten. Natürlich findet man viele Dossiers, in denen neben den madjarischen Namen in Klammern der „alte" deutsche Name steht[521], oder man weiss aufgrund des Namens der Mutter[522] und des Geburtsortes, dass die Person deutscher

[518] Die Namensmadjarisierung war bei den Mitgliedern der Ungarischen Kommunistischen Partei auch verbreitet. Aufgrund der Forschungen von István Kozma waren 51 Prozent der Politiker oder Mitglieder der Gewerkschaften, die ihre vor allem slawischen oder jüdischen Namen 1945/46 und 1948 madjarisierten, Mitglieder der Kommunistischen Partei. Zum Beispiel der Leiter der politischen Polizei, Péter Gábor (Benjámin Eisenberger) oder die Kommunisten Ernő Gerő (Ernő Singer), László Rajk (László Firtos) und János Kádár (János Csermanek) haben ihre Namen aus verschiedenen Gründen auch madjarisiert.

[519] István KOZMA, Viktor KARÁDY, Név és Nemzet. Családnév-változtatás, névpolitika és nemzetiségi erőviszonyok Magyarországon a feudalizmustól a kommunizmusig., Osiris, Budapest 2002, István KOZMA, Névmagyarosítási mozgalom és kisebbségpolitika a koalíciós korszakban (1945-1948), www.mtaki.hu, 26/01/11

[520] Zwischen 1933 und 1937 wurden 89.000 Gesuche eingereicht, also 17.940 Gesuch pro Jahr, zwischen 1938 und 1944 war 6736 Gesuch pro Jahr der Durchschnitt. In: István KOZMA, A névmagyarosítások története. A családnév-változások., História, 6. Mai 2000, www.historia.hu/archivum, 12/02/11

[521] ÁBTL, O-14943/498 Molnár András (Müller András), Budaörs 1964-1970, ÁBTL, V-270 Hámori (Honig) Jenő szabotázs, Tolna 1950, ÁBTL, V-5775 Hámori (Harbeit) Antal és társai, 1947, ÁBTL, V-225 Egri (Frisch) György és társai, 1950-53 (Hatte Kontakt mit dem Sozialdemokraten Pál Justus und wurde deshalb nach Recsk interniert.)

[522] ÁBTL, V-289 Hubert Dániel katonai összeesküvésben való részvétel, 1950 (a.n.: Proszwimmer Vilma), ÁBTL, V-104157 Dr. Nosz Gyula, 1946 (a.n.: Jantner/Jollner Margit)

Abstammung war. Zum Beispiel das Dossier A-1319 „János Tófalusi"[523]: Neben dem Namen steht in Klammern „János Teichter" und der Name seiner Mutter – Mária Fischer – ist auch angegeben. Außerdem arbeitete János Tófalusi – gemäß der Informationen im Dossier - als Spion in der BRD – konnte also ausgezeichnet Deutsch, war jedoch nicht so 'erfolgreich' und wurde ab 1964 selbst von den Sicherheitsdiensten überwacht.

In dem Dossier K-1040 „Lajos"[524] fand ich auch Ungarndeutsche: der Agent mit dem Decknamen „Lajos" war Kadettenoffiziersstellvertreter, zwischen 1945 und 1950 Kriegsgefangener in der Sowjetunion, wurde 1950 in Tiszalök interniert und dort im Jahre 1952 zur Arbeit im Geheimdienst überredet. Er blieb bis 1956 in Kontakt mit der ÁVH. Seine vertriebenen schwäbischen Verwandten lebten in Deutschland und der Nachrichtendienst versuchte ihn – mit wenig Erfolg – für bestimmte Aktionen einzustellen.

Ein anderes Beispiel über Personen mit madjarisiertem Namen: Im KEO-Dossier[525] fand ich den Fall von Pál Bán, - in Klammern stehend von Pál Berger - dessen Mutter Margit Fischer war und der – Pál Bán – als Schriftsteller arbeitete. Bán war Staatsbürger der BRD, arbeitete bis 1956 im Radio Free Europa, besuchte Ungarn ab 1963 regelmäßig und ab 1966 wurde er aktenkundig wegen des Verdachtes, für die Nachrichtendienste der BRD zu arbeiten.

Obwohl viele Ungarndeutsche ihren Namen madjarisiert hatten, wurden sie interniert und auch vertrieben, wie Ferenc Sásdi[526]. In seinem Dossier steht sein deutscher Name – Ferenc Spiller – in Klammern und auch der Name seiner Mutter Mária Wittmann zeigt, dass die Familie deutscher Abstammung war. In anderen Dossiers hatten die Agenten der Staatssicherheitsdienste im Verhörprotokoll als Ergänzung – neben den ungarischen Familiennamen – hinzugefügt, dass die Personen deutscher Abstammung sind, wie zum Beispiel im Fall von József Berkes[527]. Er arbeitete als Pastor in der reformierten Kirche in Nagyszékely, im Komitat Tolnau und wurde aufgrund seiner „rechtsextremen" Tätigkeit als Geistlicher und da er *von schwäbischer Abstammung*[528] war, 1951 aktenkundig. Da die Mehrheit der Agenten der Staatssicherheitsdienste keine Fremdsprachen konnte, haben sie beim Verhör die deutschen Namen der Verhafteten oft falsch aufgeschrieben, was für die Forschung Schwierigkeiten verursachen kann. Zum Beispiel bei dem Internierten Lajos

[523] ÁBTL, A-1319 Tófalusi János (Teichter János) kém ügye, 1964
[524] ÁBTL, K-1040 „Lajos" ügye, 1952-1960
[525] ÁBTL, KEO-Dossier, 0000-904 Bán Pál (Berger Pál), 1966
[526] ÁBTL, V-77487 Sásdi Ferenc (Spiller Ferenc), 1945
[527] ÁBTL, 3.1.6. P-559 Berkes József, 1951
[528] Ebenda

Murai[529] stand in Klammern der madjarisch klingende Familienname Mók und auch der eher deutsch klingende Familienname Mock. In einem anderen Dossier über István Serényi[530] wurde Serényi als „Vilmos Schwab" bezeichnet. Da Serényi aufgrund der Informationen der Dokumente als Agent der ÁVH tätig war, weiss man nicht genau, ob er selbst zu der deutschen Minderheit gehörte, oder nur als ungarischer Geheimagent – mit dem Decknamen „Vilmos Schwab" die Schwaben in Ungarn überwachte. István Serényi bekam jedoch bald die Aufgabe, nach Österreich zu gehen – musste also gut Deutsch sprechen können - und für die Nachrichtendienste Meldungen zu liefern. Seine Arbeit war auch nicht sehr effizient, denn er lieferte keine Meldungen mehr und verschwand nach kurzer Zeit in Österreich.

Dossiers über die Internierungen der Ungarndeutschen

Im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste fand ich mehrere A-Dossiers über die Internierung der Ungarndeutschen und über die Internierungslager. Warum viele Ungarndeutsche interniert wurden, zeigen die Verordnungen ab Januar 1945, der Reihe nach: Schon am 5. Januar 1945 verfügte eine Ministerialverordnung[531] über das Zusammenschreiben der sich in Ungarn aufhaltenden Personen deutscher Abstammung. Ziel dieser Verordnung war, die Ungarndeutschen *für Arbeitsdienst in Anspruch zu nehmen.*[532] Aufgrund dieser Verordnung wurde die Verschleppung von 65.000 Ungarndeutschen[533] um die Jahreswende 1944/1945 – auf Basis eines am 22. Dezember 1944 datierten Befehls 0060 der sowjetischen Besatzungstruppen – in sowjetischen Lager – wie es im Befehl steht zur Mobilisierung sämtlicher deutscher arbeitsfähiger Menschen – offiziell legalisiert.

Zwei Wochen danach, in dem von Ungarn und von den Siegermächten unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen vom 20. Januar 1945, wurde schon die Internierung der Deutschen verkündet: die Provisorische Nationalregierung verpflichtete sich darin, die deutschen Staatsangehörigen zu internieren. Viele Ungarndeutsche waren nach ihrer Zwangsrekrutierung zur Waffen-SS deutsche Staatsbürger geworden, sie konnten also nach ihrer Freilassung gleich als deutsche Staatsbürger in ihrem Heimatland interniert werden.

---

[529] ÁBTL, V-093 Murai (Mók, Mock) Lajos, 1950-54 (Er wurde wegen seiner rechten Tätigkeit nach Kistarcsa interniert.)

[530] ÁBTL, K-891 „Sváb Vilmos" (Serényi István), 1948-1964

[531] In: Elek KARSAI, Magda SOMLYAI (Red.), Sorsforduló. Iratok Magyarország felszabadulásának történetéhez. 1944. szeptember- 1945. április., Bd. 1., Budapest 1970, „Dr. Erdei Ferenc belügyminiszter rendelete a Magyarország területén tartózkodó német származásúak összeírásáról, munkaszolgálatra való igénybevételük céljából." Debrecen, am 5. Januar 1945

[532] Ebenda

[533] Aus der Forschung von György Zielbauer

Fünf Tage später, am 25. Januar 1945, wurde eine Regierungsverordnung über das Volksgerichtswesen[534] erlassen, die auch den Kriegsverbrecher definierte: Kriegsverbrecher ist, *der trotz seiner ungarischen Staatsangehörigkeit dem deutschen Heer oder dem Sicherheitsdienst beigetreten ist.*[535] Da viele Ungarndeutsche – trotz ihrer ungarischen Staatsangehörigkeit und ihrer Bindungen zum Heimatland – dem deutschem Heer oder Sicherheitsdienst beitreten mussten, wurden sie von nun an als Kriegsverbrecher definiert. In den Dossiers im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste werden auch alle Kriegsgefangenen deutscher Abstammung in ihrem Verhörprotokoll in die Kategorie der Kriegsverbrecher eingestuft.

Einen Monat später, Ende Februar 1945, wurde schon eine Verordnung[536] verabschiedet, nach der alle deutschen Staatsbürger auf ungarischem Staatsgebiet interniert werden mussten. Ausnahme bildeten die deutschen Bürger von jüdischer Nationalität.

Zwei Wochen später, aufgrund der Bodenreform vom 17. März 1945, mussten viele Ungarndeutsche – auch wegen der Verfahrensweise bei den Zuweisungen, die den Neuansiedlern den Erwerb schwäbischen Vermögens schnell und leicht ermöglichte – ihre Eigentümer, Häuser verlassen und sie wurden auch interniert.[537]

Es gab jedoch keine eindeutig formulierte Verordnung darüber, ob diese internierten Ungarndeutschen ihre ungarische Staatsbürgerschaft behalten durften oder wegen ihrer deutschen Abstammung diese nach der Internierung verlieren würden.[538] Diese Frage ließ auch das Waffenstillstandsabkommen vom 20. Januar 1945 offen und in der Verordnung des Ministerpräsidenten[539] über die Internierung vom Ende Februar 1945 ging es nur um deutsche Staatsbürger. Die Volksgerichte hatten bei ihrer Arbeit – unter anderem beim Aufsuchen der volksfeindlichen Zivil- und Militärpersonen, der Tätigkeiten zur Störung der Staats- und Gesellschaftsordnung und der Kriegsverbrecher - die Staatsangehörigkeit der Personen nicht berücksichtigt.[540] Und die Personen, die diese gemischten Volksgerichte – bestehend meistens aus Mitgliedern der Ungarischen Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei

---

[534] Regierungsverordnung 81/1945. M.E. über das Volksgerichtswesen, Magyar Közlöny, 1945

[535] In: Magyar Törvénytár. Törvénycikk 1943 és 1945 között. Franklin Társulat Budapest, 1945, „1945. évi VII. törvénycikk. A népbíráskodás tárgyában kibocsátott kormányrendeletek törvényerőre emeléséről."

[536] Verordnung des Ministerpräsidenten 302/1945. M.E. über die Internierung deutscher Staatsbürger. Magyar Közlöny I./Nr. 7. am 27. Februar 1945 „Az Ideiglenes Nemzeti Kormány rendelete a német állampolgárok rendőrhatósági őrizet alá helyezéséről"

[537] Dazu s.: Ágnes TÓTH, Telepítések Magyarországon 1945-1948 között. A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései. Kecskemét, 1993

[538] Ausnahme bildeten hier die ehemaligen SS-Soldaten.

[539] Verordnung 302/1945

[540] András GRÓSZ, Flüchtlinge und Internierte – Budaörs am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Jogfosztások Budaörsön/Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs, 2010

Ungarns, der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei, der Nationalen Bauernpartei und der Bürgerlichen Demokratischen Partei – eventuell freigesprochen hatten[541], wurden in Budapest – unabhängig davon welche Staatsbürgerschaft diese Personen hatten - durch die politische Polizei interniert.[542]

Die Tätigkeitsausübung der Volksgerichte wurde auch bald modifiziert: die Verordnung[543] am 1. Mai schaffte die Internierung als Hauptstrafe ab[544] und führte stattdessen die Zwangsarbeit ein. Das bedeutete, dass die Zwangsarbeit – die Internierung – nicht mehr Aufgabe der Volksgerichte, sondern die der Polizeibehörden war[545].

Aufgrund eines Berichtes von Péter Gábor, Leiter der politischen Polizei in Budapest, am 12. April 1945[546], hatten die Polizeibehörden in der Hauptstadt 1869 Personen – darunter 1547 Pfeilkreuzer, 196 Volksbündler und weitere 126 Personen aus anderen politischen Gründen – interniert. Péter Gábor berichtete noch von weiteren 2643 Personen, die zwischen dem 12. und dem 30. April 1945 interniert worden waren. Dieser Meldung zufolge hat man bis Ende Mai in Budapest und Umgebung 15 Internierungslager aufgestellt und in diesen Lagern konnten die Polizeibehörden ungefähr 23.000 Personen unter Polizeiaufsicht halten.[547]

Eine vertrauliche, nicht veröffentlichte Verordnung des Innenministers Ferenc Erdei im Juni 1945[548] erweiterte den Wirkungskreis der politischen Polizei, denn aufgrund dieser Verordnung konnten auch die Personen, die den „demokratischen" Wiederaufbau des Landes hemmten, durch die politische Polizei zur „Prävention"[549] interniert werden. Die politische Polzei – die „Faust" der Arbeiterklasse und der Ungarischen Kommunistischen Partei – erhielt von nun an unbeschränkte Macht, jede Person, die dem System nicht passte, ohne Gerichtsurteil zu internieren.

---

[541] Die Anklage erhoben die Volksanwaltschaften und die höhere Instanz wurde der Landesrat der Volksgerichte. Die Mitglieder dieses Volksgerichtsrates hat man aus den fünf Parteien der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront gewählt.

[542] Zoltán PÁL, Internálások Magyarországon (1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

[543] Verordnung 1440/1945. M.E. vom 1. Mai 1945

[544] Aufgrund der Verordnung 81/1945. M.E. wurde die Internierung zwischen dem 5. Februar 1945 und dem 1. Mai 1945 als Hauptstrafe gegeben, und bis zum 1. Mai waren die Volksgerichte und die Bestätigungsausschüsse für die Internierung der Personen zuständig.

[545] Tibor ZINNER, Háborús bűnösök perei. Internálások, kitelepítések, igazoló eljárások 1945-1949, Történelmi Szemle, Budapest 1985/1.

[546] ÁBTL 2.1. XI/4. 9-10. Dazu s.: Zoltán PÁL, Internálások Magyarországon (1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

[547] Internierungslager und Lager für die zu vertreibenden Ungarndeutschen existierten unter anderem auf dem Gebiet des Gefängnisses in der Mosonyi Strasse, im Sammelgefängnis, in der Kaserne der Gendarmerie auf der Böszörményi Strasse, in der Ziegelfabrik in der Gubacsi Strasse, in Budaörs, in Süd-Buda, in Kispest, in Rákospalota, in Újpest, in Mátyásföld, in Kistarcsa.

[548] Vertrauliche Verordnung 138.000/1945. vom 21. Juni 1945, in: Mária PALASIK, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945), Társadalmi Szemle, Budapest 1997/7.

[549] „Preventív célzattal történő internálás", Ebenda, Mitteilung darüber von Zoltán Pál in: Zoltán PÁL, Internálások Magyarországon (1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

Neben den volksfeindlichen Verbrechern und den rechtsextremen Parteimitgliedern wurden auch viele auf ihre Vertreibung „wartende" Ungarndeutsche mit Familie interniert. Zum Beispiel im Komitat Tolnau wurden die Bewohner vieler ungarndeutscher Dörfer in Lagern in Lengyel, Nagymányok, Szekszárd, Tolna, Bátaszék, Györköny und in Simontornya interniert.[550] Es existierten vor der Vertreibung der Ungarndeutschen zwischen 1945 und 1946 zahlreiche Lager überall in Ungarn: in Pécs, Eger, Berettyóújfalu, Nagykanizsa, Sopron, Győr, Baja, Szentes, Székesfehérvár, Szikszó, Veszprém, Várpalota, Ajka, Csingervölgy, Debrecen, Gyula, Balassagyarmat, Szeged, Gödöllő, Miskolc, Makó, Esztergom, Kecskemét, Kaposvár, Nyíregyháza, Mátészalka, Szombathely, Zalaegerszeg, Sátoraljaújhely, Mosonmagyaróvár und in Komárom.[551]

Bei der Beurteilung der Ungarndeutschen wurden die strengen Maßnahmen gegen sie erweitert: nach der Teilnahme am deutschen Heer oder Sicherheitsdienst – aufgrund der Regierungsverordnung im Januar -, nach deutscher Staatsbürgerschaft – aufgrund der Verordnung im Februar – wurden die Ungarndeutschen – aufgrund einer Verordnung im Juli[552] – auch nach Volksbundmitgliedschaft interniert. Aufgrund dieser Verordnung[553] wurde eine Kommission[554] aufgestellt, deren Aufgabe es war, die Ungarndeutschen[555] hinsichtlich

[550] Dazu s.: Ágnes TÓTH, Földreform, internálás, belső telepítés Magyarországon 1945 után. Barátság, Budapest 2006/3.

[551] Dazu s.: Barbara BANK, Az internálás és kitelepítés dokumentumai. Trezor 3., Budapest 2003

[552] In der Verordnung des Ministerpräsidenten 3820/1945. M.E. wurde der Aufgabenbereich des Volksversorgungsamtes erweitert: Die Volksbundmitgliedschaft einer Person war von nun an zur Internierung dieser Person ausreichend. Es wurde am 1. Juli 1945 – aufgrund einer Bezirksverordnung – ein Komitee aufgestellt, dessen Aufgabe es war, die Deutschen einer Untersuchung – bezüglich ihrer Nationaltreue – zu unterziehen. Az Ideiglenes Nemzeti Kormány 3.820/1945. M.E. rendelete az 1.710/1945. M.E. rendelet 2. §-ának 5. pontja alá eső személyekre vonatkozó intézkedésekről és a Népgondozó Hivatal hatáskörének kiterjesztéséről. Magyar Közlöny, Nr. 65., am 1. Juli 1945 Dazu s.: András GRÓSZ, Flüchtlinge und Internierte – Budaörs am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Jogfosztások Budaörsön/Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs, 2010

[553] Nach der Historikerin Ágnes Tóth geht diese Verordnung auf István Bibó zurück. Die Verordnung weist gewisse Paralellen zu den Einstufungen auf, die die Amerikaner bei der Entnazifizierung in Deutschland vorgenommen haben. Dazu s.: Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyaroroszági német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. – Bács-Kiskun megye múltjából XI. Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.) Kecskemét, BKMÖL, 1992.

[554] § 2: In den Kreisen, in deren Gemeinden ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung in den vergangenen Jahren ein hitlerisches Verhalten bekundete, ist zur Überprüfung der Treue zur Nation eine – oder mehrere – Kommissionen aufzustellen. Der Vorsitzende muss Jurist sein und wird vom Innenminister ernannt. Ein Mitglied entsendet der Nationalausschuß des Kreises aus der demokratisch fühlenden ungarischen Ortseinwohnerschaft. Das andere Mitglied entsendet eine vom Innenminister zu benennende landesweite oder lokale Bewegung, die erfolgreich gegen den Hitlerismus gekämpft hat. Auszug aus der Verordnung 3.820/1945 M.E. www.1000ev.hu, 22/05/11

[555] § 3: Der Überprüfung unterliegt jeder Einwohner, der älter ist als 16 Jahre. Hausfrauen, die mit ihrem Ehemann zusammenleben, und minderjährige Kinder nur, wenn eine Anzeige erfolgt. Auszug aus der Verordnung 3.820/1945 M.E., Unterschrift des Ministerpräsidenten Miklós Béla Dálnoki, am 30. Juni 1945, www.1000ev.hu, 22/05/11

ihrer Nationaltreue zu untersuchen. Sie wurden kategorisiert und aufgrund der aufgestellten Kategorien wandten die Behörden verschiedene Maßnahmen an. Zu der ersten Kategorie gehörten die führenden Volksbundmitglieder und ihre Angehörigen[556], sie wurden mit Arbeitsdienst – Internierung - und Vermögenskonfiskation und Sperrung ihrer mobilen und immobilen Wertgegenstände bestraft. Zu der zweiten und dritten Kategorie gehörten die Mitglieder und Sympathisanten der hitlerischen Organisationen und diejenigen, die ihre deutschen Familiennamen zurückgenommen hatten[557], sie wurden mit Arbeitsdienst, Enteignung und Umsiedlung bestraft. Zu der vierten Kategorie gehörten die Ungarndeutschen,[558] die an hitlerischen Organisationen nicht teilgenommen hatten und auch keine Sympathisanten dieser Gruppierungen waren. Die Personen dieser vierten Kategorie wurden nicht interniert und enteignet, sie mussten jedoch aufgrund der Bezirksverordnung damit rechnen, dass die Personen der zweiten und dritten Kategorie samt Familie in ihren Häusern untergebracht werden mussten. Zu der fünften Kategorie gehörten die Ungarndeutschen, die antifaschistische Tätigkeit ausgeübt hatten, es wurden laut Verordnung diesen Person nicht enteignet und sie wurden auch nicht interniert beziehungsweise mit anderen Familien einquartiert.[559]

Im Oktober wurden mehr als 10.000[560] Internierte aus den Lagern nach Budapest gebracht und noch im Jahre 1945, vor den Wahlen, auch aus wirtschaftlichen und politischen Gründen, ließen die Behörden viele internierte Arbeiter und Bauern frei. Ab April 1946 vermehrte sich wieder die Zahl der Internierten, in Budapest und Umgebung arbeiteten 18.000 Personen in den Internierungslagern.[561] Erst ab Herbst 1946 wurde die Internierung zentralisiert: In Süd-Buda wurde ein Zentrales Internierungslager aufgestellt[562], das bis 1949/1950, zur Eröffnung des zweiten zentralen Lagers in Kistarcsa, alle Internierten, die aus den auf dem Lande eingerichteten Lagern nach Budapest gebracht worden waren, alle Personen aufnahm. Im

[556] § 4: (...) 1. Die Person spielte in einer hitlerischen Organisation eine führende Rolle oder ist freiwillig einer SS-Einheit beigetreten. In begründeten Fällen können Familienmitglieder von den Konsequenzen dieser Feststellung befreit werden. Auszug aus der Verordnung 3.820/1945 M.E. Unterschrift des Ministerpräsidenten Miklós Béla Dálnoki, am 30. Juni 1945, www.1000ev.hu, 22/05/11

[557] § 4 (...) 2. War Mitglied einer solchen Organisation oder nahm deutschen Familiennamen zurück. Auch hier Befreiung der Familienmitglieder möglich, wobei Wohnhaus und 600 Klafter Grund der Familie belassen werden. 3. Nicht Mitglied, unterstützte aber die Ziele. Es muß entschieden werden, ob sich diese Feststellung auch auf die Familie bezieht. Auszug aus der Verordnung 3.820/1945 M.E. Unterschrift des Ministerpräsidenten Miklós Béla Dálnoki, am 30. Juni 1945, www.1000ev.hu, 22/05/11

[558] § 4 (...) 4. Weder Leiter noch Mitglied noch Unterstützer, Auszug aus der Verordnung 3.820/1945 M.E. Unterschrift des Ministerpräsidenten Miklós Béla Dálnoki, am 30. Juni 1945, www.1000ev.hu, 22/05/11

[559] András GRÓSZ, Flüchtlinge und Internierte – Budaörs am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Jogfosztások Budaörsön/Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs, 2010

[560] Angaben von Zoltán PÁL

[561] Tibor ZINNER, Háborús bűnösök perei. Internálások, kitelepítések, igazoló eljárások 1945-1949, Történelmi Szemle, Budapest 1985/1.

[562] Im Oktober 1946 arbeiteten 4370 Internierte in Süd-Buda. In: Ebenda

Herbst 1946 wurde auch im Innenministerium die Zentrale der Internierungen ins Leben gerufen. Am Anfang des Jahres 1948 nahm die Zahl der Internierten ab – einerseits wurden viele nach ein paar Monaten – auch wegen der Arbeiten im Frühling und Sommer - freigesprochen, andererseits wurden viele Ungarndeutsche vertrieben.[563]

Eine entscheidende Rolle in der Internierung spielte die Verordnung 288.009/1948. B.M.[564] des Innenministers János Kádár am 10. September 1948. Nach dieser Verordnung entstand die ÁVH,[565] also eine selbständige Behörde unter der Aufsicht des Innenministeriums, die aufgrund der Verordnung 288.010/1948. B.M. alle Personen, die für die Interessen des Staates gefährlich waren, internieren konnte. Innerhalb der ÁVH war zuerst die VI. Hauptabteilung der Finanz- und Gefängnisfälle[566] , später die Untersuchungsabteilung[567] für die Gefängnisse und Internierungslager zuständig. Leiter der Abteilung war anfangs der Oberst Gyula Décsi, ab 1951 der Oberst László Juhász und nach 1953 der Oberst Gyula Zsidi.[568] Die Überwachung der Internierungslager war Aufgabe der IV. Hauptabteilung der ÁVH.[569]

Die Polizei durfte auch internieren: im Jahre 1945 war die IV/15. Unterabteilung der 15. Abteilung der IV. Hauptabteilung des Polizeiwesens[570], ab 1946 die IV/4 Unterabteilung unter der Leitung von Gyula Radó für die Internierungen zuständig. Nach 1948 beschäftigte sich eine Internierungsabteilung der 9. Hauptverwaltungsabteilung innerhalb der Hauptabteilung des Polizeiwesens[571] mit den Internierungen.

In den Internierungslagern leisteten die Internierten Arbeit, vor allem in den Fabriken oder Baustellen, die unter der Leitung der sogenannten KÖMI[572] – Direktion der öffentlichen Pflichtarbeiten - standen. KÖMI – geleitet von dem Moskoviten und Gulag-Experten Rudolf

[563] Im Jahre 1945 war noch ein Viertel der Internierten Volksbündler. Zwischen 1946 und 1948 wurden viele internierten Ungarndeutsche vertrieben. In: Ebenda
[564] Verordnung 288.009/1948. B.M. in: Rendőrségi Közlöny 1948/19
[565] Die ÁVH wurde offiziell am 28. Dezember 1949 aufgrund der Ministerialverordnung 4353/1949. M.T. aufgestellt. Magyar Közlöny, 1949/268.
[566] Ungarisch findet man in den Dossiers 'ÁVH, VI. Jogi és Börtönügyi Főosztály'.
[567] Ungarisch findet man in den Dossiers 'ÁVH, Vizsgálati Főosztály'.
[568] Diese Namen findet man in vielen Dossiers bezüglich der internierten Ungarndeutschen. Dazu s.: Beatrix BORECZKY, Az Államvédelmi Hatóság szervezete, 1950–1953, Trezor 1. A Történeti Hivatal évkönyve 1999, György GYARMATI (Red.), Történeti Hivatal, Budapest, 1999
[569] Ebenda
[570] Ungarisch findet man in den Dossiers 'BM IV. Közrendészeti Főosztály 15. Ellenőrzési Ügyosztály IV/15 alosztálya' Dazu s.: Béla RÁCZ, A Belügyminisztérium újjászervezése, 1944. december – 1948. Július, Levéltári Közlemények, Budapest 1970
[571] Ungarisch findet man in den Dossiers 'BM IV. Közrendészeti Főosztály 9. Igazgatásrendészeti Osztály 1. számú internálási alosztály' Dazu s.: Ebenda
[572] KÖMI bedeutete Ungarisch 'Közérdekű Munkák Igazgatósága'.

Garasin - wurde am 1. Dezember 1951 ins Leben gerufen und am 29. März 1952 unter die Aufsicht des Innenministers gestellt.[573]

Die größten Internierungslager

Das Lager Süd-Buda[574] war ab 1946 die Zentrale der Budapester Hauptkommandantur der Ungarischen Staatspolizei. Die Internierten wurden im Sommer 1949 aus Süd-Buda nach Kistarcsa geliefert, denn nach 1949 wurde das Internierungslager Kistarcsa[575] die Zentrale.[576]

Als Sammellager brachte man die Internierten zuerst nach Kistarcsa und von hier lieferten die ÁVH-Behörden die internierten Personen nach Recsk, Kazincbarcika oder nach Tiszalök. Kistarcsa war das größte Lager – unter den Internierten findet man die führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokraten, der Geistlichen[577] und auch die der rechtsextremen Parteien – aber das berüchtigtste Lager war Recsk[578].

Das ab Juli 1950 aufgestellte, im Matra Gebirge liegende Lager war von der Außenwelt absolut isoliert, von den nach Recsk gelieferten Personen – hier auch viele Sozialdemokraten - wussten die Familienmitglieder nichts mehr. In Recsk lebten ungefähr 1.300-1.600 Internierte,[579] darunter auch viele Kriegsgefangene, die vor allem im Jahre 1952 aus der Sowjetunion zurücktransportiert und – da die kommunistische Parteiführung diese Personen noch nicht freilassen wollte - nach Recsk – und viele Kriegsgefangene deutscher Abstammung nach Tiszalök - geliefert wurden.

Der Ungarndeutsche Márton Kléb[580] wurde auch festgenommen und am 19. Dezember 1949 zuerst in das Sammellager nach Kistarcsa, später nach Recsk interniert. Im Mai 1951 konnte eine kleine Gruppe aus dem Lager fliehen. Die Flüchtlinge wurden jedoch bald festgenommen, nur einem ungarndeutschen Internierten, Gyula Michnay[581], gelang es, gen Westen zu flüchten. Im Herbst 1951 berichtete Michnay in München in einer Sendung der

[573] György T. VARGA, Adalékok a börtönügy és a rabmunkáltatás történetéhez, 1949–1953, Trezor 2. A Történeti Hivatal évkönyve 2000–2001, György GYARMATI (Red.), Történeti Hivatal, Budapest, 2002
[574] Heute das Gebäude der Petőfi-Kaserne, in der Budaörser Strasse 61
[575] Kistarcsa war auch vor dem Zweiten Weltkrieg ein Internierungslager: zuerst wurden Kommunisten, dann während des Krieges Juden, später, nach 1945 Offiziere, Politiker der Horthy-Zeit, zu verteibende Ungarndeutsche, Feinde der Demokratie und letztendlich die Gegner von Rákosi hierher gebracht. Dazu s.: Attila DRUCZA, „Buda-Dél – Dél-Buda". A buda-déli internálótábor története a jogtörténeti források tükrében, Variációk.Ünnepi tanulmányok M. Kiss Sándor tiszteletére, István ÖTVÖS (Red.), Pázmány Péter Katolikus Egyetem Bölcsészettudományi Kar, Piliscsaba, 2004
[576] Barbara BANK, Az internálás és kitelepítés dokumentumai. Trezor 3., Budapest 2003
[577] Dazu s.: Ferenc TOMKA, Halálra szántak, mégis élünk! Egyházüldözés 1945–1990 és az ügynök-kérdés, Szent István Társulat, Budapest, 2005
[578] Dazu s.: Géza BÖSZÖRMÉNYI, Lívia GYARMATHY, Judit KICZENKO (Red.), Recsk 1950–1953. Egy titkos kényszermunkatábor története, Széphalom Könyvműhely, Budapest, 2006.
[579] Barbara BANK, Az internálás és kitelepítés dokumentumai. Trezor 3., Budapest 2003
[580] ÁBTL, 2.5.1.- 682 doboz/51. szám
[581] Gyula Michnay versuchte schon aus dem Lager in Süd-Buda zu fliehen. ÁBTL, V-77962 Michnay Gyula

Radio Free Europa über die Verhältnisse im Lager in Recsk und nannte auch die Namen der Internierten, an die er sich nach der Flucht noch erinnern konnte. Die Außenwelt erfuhr erst 1951 über das Existieren von Internierungslagern in Ungarn und auch über die Greueltaten der ÁVH in Recsk[582]. Márton Klébl wusste von diesem Vorhaben der Internierten und wegen Verweigerung der Anzeigepflicht über Gefangenenbefreiung wurde er am 26. Februar 1953 vor dem Budapester Kriegsgericht zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Michnay war schon 1951 in Deutschland, Klébl konnte erst während der Revolution im Jahre 1956 emigrieren.

Im Dossier von Gyula Michnay konnte man noch lesen, dass er vor seiner Internierung in Recsk wegen des Verdachtes, für westliche Nachrichtendienste gearbeit zu haben, schon zwischen 1947 und 1948 – bis zum 31. Januar 1948 – in Süd-Buda interniert gewesen war. Nach der Freilassung floh er nach Wien – nach Vermutungen der ÁVH bekam er in Österreich wieder Aufgaben vom Nachrichtendienst -, kam jedoch zurück und wurde 1949 zuerst ins Sammellager nach Kistarcsa, später nach Recsk geliefert.[583]

Das Internierungslager in Tiszalök wurde während der Bauarbeiten des Wasserkraftwerkes Tiszalök im Frühling 1951 geöffnet, um die Internierten auch zu diesen Arbeiten verwenden zu können. Als 1948 die Ungarn und 1949 die Mehrheit der Deutschen aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurden, hielt man 1.200 Ungarndeutsche, die 1944 zur Waffen-SS gemustert wurden, immer noch zurück. Im Dezember 1950 übergab man diese ungarndeutschen Kriegsgefangenen an der Grenze dem ungarischen Staatssicherheitsdienst, der diese Männer gleich verhaftete und für zwei Monate in Gefängnissen festhielt. Nach zwei Monaten brachte der Staatssicherheit diese ungarndeutschen Kriegsgefangenen - Ende Januar 1951 - nach Tiszalök, um die halbfertigen Baracken des Lagers fertigzustellen. Diese Männer wurden ohne Urteil, als angebliche Kriegsverbrecher – aufgrund der Regierungsverordnung 81/1945. M.E. über das Volksgerichtswesen, die auch aussprach, dass ein Kriegsverbrecher sei, wer dem deutschen Heer oder dem Sicherheitsdienst beigetreten war – interniert, um Ungarns größtes Wasserkraftwerk in Tiszalök beziehungsweise eine Fabrik in Kazincbarcika zu bauen.[584]

[582] Ein Zehntel der Internierten (130 Personen) starb bis Sommer 1953 wegen der täglichen, 12stündigen harten Arbeit in Bergwerken, wegen Mangels an entsprechender Ernährung und wegen den Greueltaten der ÁVH. In: Zoltán PÁL, Internálások Magyarországon (1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.
[583] In: ÁBTL, V-77962 Michnay Gyula
[584] Aus: Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök. Stuttgart 1993

Die Mehrheit der Internierten bildeten Personen außländischer Staatsbürgerschaft – Deutsche, Griechen, Jugoslawen – und ehemalige Kriegsgefangene.[585] Ab 1948 verschlechterte sich die Beziehung zwischen Moskau und Belgrad und das Grenzgebiet zwischen Ungarn und Jugoslawien wurde zur Front des Kalten Krieges. Der Großteil der hier lebenden südslawischen und ungarndeutschen – und jugoslawiendeutschen - Bevölkerung wurde genauso wie die Ungarndeutschen auf anderen Gebieten Trianon-Ungarns, entweder vertrieben oder interniert.[586] Darüber berichtet unter anderem das Dossier „Bácsszentgyörgy", das ich im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste gefunden und ausführlich bearbeitet habe.[587] Die Agenten des Staattsicherheitsdienstes verdächtigten hier am Grenzgebiet fast alle Personen, die aus Jugoslawien gekommen waren, obwohl die Mehrheit der Südslawen und der Ungarndeutschen kein Verbrechen begangen hatten, sondern nur aus Jugoslawien flüchteten und sich hier in Ungarn ansiedeln wollten.

Im Jahre 1953, nach der Amnestieverordnung, wurden die Internierten langsam freigelassen: zuerst wurden die ungarndeutschen Kriegsgefangenen freigelassen, die sich in der Deutschen Demokratischen Republik ansiedeln wollten – es gab ganz wenige Personen, die das vorhatten, was auch die Dossiers über Tiszalök später in meiner Arbeit zeigen werden -, dann durften diejenigen befreit werden, die in Ungarn bleiben wollten und es bieben ungefähr 1.000 ungarndeutsche Kriegsgefangene in Tiszalök, die sich nach ihrer Freilassung in der Bundesrepublik Deutschland ansiedeln wollten. Ihre Familienangehörigen wurden zwischen 1946 und 1948 vertrieben, deshalb hatten sie vor, nach Westdeutschland zu gehen, was den ungarischen Behörden nicht gefiel.

Das Internierungslager in Kazincbarcika existierte zwischen Oktober 1951 und September 1953 und ließ in diesem Zeitraum ungefähr 1.000-1.100 Internierte arbeiten.[588] Hier lebten auch viele Kriegsgefangene, Ausländer und auch ehemalige Mitglieder der Gendarmerie. Das Chemiekombinat Borsod und die Wärmekraftwerke haben diese Internierten aufgebaut. Die Wachmannschaft in Kazincbarcika war genauso unmenschlich wie die Wächter in Recsk: in Kazincbarcika starben auch viele Internierte, deren Leichen meistens in den Wetterschacht des Bergwerkes in Nagybarca geworfen wurden.[589]

---

[585] Dazu s.: Barbara BANK, Az internálás és kitelepítés dokumentumai. Trezor 3., Budapest 2003

[586] Gizella FÖGLEIN, A nemzetiségi oktatás jogi szabályozása Magyarországon 1945-1956. Levéltári Szemle, Budapest 1990.

[587] Dazu s.: In dieser Dissertation, auf Seite ....

[588] Zoltán PÁL, Internálások Magyarországon (1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

589 Miklós GÖRBEDI, Az árnyékok hosszúra nyúlnak. Kiegészítés Kecskemét–Tiszalök–Kazincbarcika kényszer munkatáborainak történetéhez, „Október 4." Baráti Társaság Tiszalöki Tagozata, Tiszalök, 1998

Neben Recsk, Süd-Buda, Kistarcsa, Tiszalök und Kazincbarcika hat man viele kleinere Lager zwischen 1948 und 1953 geöffnet. Es existierte ein Internierungslager in Bernátkút, worüber wenig Quellen zur Verfügung stehen. Im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste fand ich auch nur ein Dossier über Bernátkút, worüber in meiner Disszertation später berichtet wird. Die Mehrheit der in Bernátkút Internierten waren früher in Kistarcsa oder in Recsk.

Neben Kecskemét wurde für kurze Zeit – zwischen Juni und Oktober 1951 – das Lager Korhánköz geöffnet, von wo die 250-300 Internierten, meistens Kriegsgefangene, später nach Tiszalök und nach Kazincbarcika geliefert wurden.[590] In dem Lager in Hejce waren vor allem die verurteilten Geistlichen.[591]

In den unter der Leitung der KÖMI stehenden Fabriken, Baustellen und Bergwerken arbeiteten viele Internierte und auch zur Arbeit internierte Arbeiter, die in provisorisch aufgestellten Lagern unterbracht wurden. Anfang des Jahres 1953 waren neben den Bergwerken und Baustellen provisorische Arbeitslager in Várpalota, Kisgyón, Szuhakálló, Oroszlány, Ormospuszta, Csolnok, Farkaslyuk, Tóláp, Csékút, Annabánya, Síkvölgy, Inota, Tatabánya, Sajóbábony, Miskolc, Ajka, Komló.[592]

Anfang des Jahres 1953 waren mehr als 40.000 Personen in Ungarn verhaftet oder interniert. Nach dem Tod von Stalin am 5. März 1953 gab man am 27. März eine Amnestieverordnung heraus, aufgrund derer mehrere tausend Verhaftete aus den Gefängnissen und Arbeitslagern befreit wurden. Rákosi folgte dem sowjetischen Beispiel mit „Verspätung", denn erst im Juni entschied sich die ungarische Parteiführung für die Amnestie. Ende Mai 1953 war Rákosi in Moskau, wo ihm schon vorgeschlagen wurde, eine Amnestieverordnung auszuarbeiten. Nachdem sich die Lage in Ungarn bezüglich der Reformen nicht veränderte, wurde die Parteiführung wieder nach Moskau eingeladen und auf Druck der Sowjetführung versprachen die ungarischen Kommunisten, ihre Fehler zu verbessern.[593]

Am 27-28. Juni 1953 fasste die engste Parteiführung der MDP, Partei der Ungarischen Werktätigen, unter anderem einen Beschluß über die Amnestie und über die Auflösung der Internierungslager.[594] Die Bevölkerung Ungarns erfuhr davon erst in der Parlamentsrede des

---

[590] Ebenda

[591] Ferenc TOMKA, Halálra szántak, mégis élünk! Egyházüldözés 1945–1990 és az ügynök-kérdés, Szent István Társulat, Budapest, 2005

[592] György T. VARGA, Adalékok a börtönügy és a rabmunkáltatás történetéhez, 1949–1953, Trezor 2. A Történeti Hivatal évkönyve 2000–2001, György GYARMATI (Red.), Történeti Hivatal, Budapest, 2002

[593] Jegyzőkönyv a szovjet és a magyar párt- és állami vezetők tárgyalásairól (1953. június 13–16.), in: György T. VARGA, Múltunk, Budapest 1992/2–3.

594 A Központi Vezetőség határozata a párt politikai irányvonalában és gyakorlati munkájában elkövetett hibákról, s az ezek kijavításával kapcsolatos feladatokról (1953. június 27–28.), A Magyar Dolgozók Pártja határozatai 1948–1956, Lajos IZSÁK (Red.), Napvilág, Budapest, 1998

neuen Ministerpräsidenten Imre Nagy, am 4. Juli 1953. Drei Wochen später, am 26. Juli 1953 verfügte schon die Verordnung 1034/1953. M.T. über die Auflösung der polizeilichen Haft – der Internierung –, der Ausweisungen, Vertreibungen und der Internierungslager.[595] Bis zum 2. Juli wurde der Arbeitsplan ausgearbeitet, der sich mit der Überprüfung der Internierungen beschäftigte.[596] Aufgrund des Dokumentes im Dossier aus dem Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste beträgt die Zahl der in Haft stehenden insgesamt 5036 Personen – davon sind 2692 Internierte und 2344 ehemalige Kriegsgefangene – und ein Überprüfungsausschuss wurde ab dem 1. Juli 1953 mit der Internierung beziehungsweise mit der Freilassung dieser Personen beschäftigt.

Es wurden im Lande 58 Ausschüsse für Freilassung ins Leben gerufen, die unter anderem die Aufgabe erhielten, die Personen aus den Gefängnissen, Vertreibungslagern, Internierungslagern in mehreren Wellen, zwischen dem 2. August und dem 31. Oktober 1953 freizulassen.[597] Anfangs wurden Internierte aus Kistarcsa und Tiszalök freigesprochen, aus Recsk und Kazincbarcika wurden pro Tag wenige Personen entlassen. Die leer gewordenen Baracken in Kistarcsa und Tiszalök wurden jedoch später mit Internierten aus Recsk, Kazincbarcika oder aus anderen Lagern „aufgefüllt", die wegen bestimmter Verbrecher oder weil sie zum Beispiel deutsche Staatsbürgerschaft hatten, wieder verhört und eventuell auch vor Gericht gestellt wurden. Die Dossiers der Internierungslager, die ich in meiner Forschung untersucht habe und über die ich noch in diesem Kapitel berichten möchte, beinhalten auch Listen von Internierten, die auch nach der Amnestieverordnung in einem anderen Lager interniert und verhört wurden.

Zuerst ließ man die Alten, die Kranken, die Frauen und die Personen, die – in der „Sprache" des Staatssicherheitsdienstes - nur kleinere Verbrechen begangen hatten, frei. Im August 1953 wurden täglich ungefähr 50 Internierte, im September 100 Internierte aus den vier großen Lagern, aus Kistarcsa, Kazincbarcika, Recsk und Tiszalök, entlassen. Viele „gefährliche" Internierte mussten ins Gefängnis, andere Internierte durften nicht zu ihrem ehemaligen Wohnsitz zurückkehren. Die Mehrheit der Internierten stellte man nach der Freilassung jedoch unter polizeiliche Kontrolle, staatssicherheitliche Überwachung. Das bedeutete, dass sich die schon freigesprochenen Personen bei den zuständigen Behörden regelmäßig melden mussten, die Polizei hatte das Recht, bei diesen Personen von Zeit zu Zeit Hausdurchsuchungen durchzuführen, sie durften abends ihre Häuser, und ohne Genehmigung

[595] Barbara BANK, Az internálás és kitelepítés dokumentumai. Trezor 3., Budapest 2003
[596] ÁBTL 4.1. A-508
[597] Barbara BANK, Az internálás és kitelepítés dokumentumai. Trezor 3., Budapest 2003

der Behörden auch nicht ihren Wohnsitz – Dorf oder Stadt – verlassen. Der Staat und die Faust der Arbeiterklasse, der Staatssicherheitsdienst überwachte also auch nach der Amnestieverordnung die ehemaligen Internierten.[598]

A-Dossiers im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste über ungarndeutsche Internierten

A- 1248 Internierungslager Kistarcsa 1951-1953

Das Dossier A-1248 über das Internierungslager in Kistarcsa wurde im Mai 1951 geöffnet und im März 1953 abgeschlossen. Es beinhaltet eine Liste der Internierten, viele Meldungen der Lagerärzte bezüglich der Krankheiten der Internierten,[599] über die internierten Frauen und zahlreiche Meldungen über die allgemeine Stimmung im Lager. Unter den Internierten waren auch viele Personen aus Jugoslawien, die entweder slawische oder deutsche Familiennamen hatten. Die ÁVH-Wachmannschaft hatte öfters Probleme mit den „Titoisten", was eine operative Meldung im Sommer 1952 beweist:

ÁVH VI/2. VI. Unterabteilung *Betreff: Allgemeine Stimmung*
74-2158/1952

Operative Meldung
23. Juli 1952

Zahl der Internierten: 1377 Personen
Zahl der Verhafteten: 4 Personen

Allgemeine Stimmung: Die Internierten aus Jugoslawien wurden von den ausländischen Internierten entfernt und in einem anderen Raum untergebracht, weil sich die jugoslawischen Personen destruktiv benommen hatten. (..)

Ferenc Antal *Rezső Urbán*
Leutnant der ÁVH *Hauptmann der ÁVH, Unterabteilungsleiter*[600]

[598] ÁBTL 4.1. A-505
[599] Auffallend war in den Meldungen, dass viele Internierte an der gleichen Krankheit gestorben sind. Die „häufigste" Todesursache war: Herzschwäche und Tuberkolose. ÁBTL, A-1248 Kistarcsai Internáló Tábor (1951-1953)
[600] ÁBTL, A-1248 Kistarcsai Internáló Tábor (1951-1953) (S.26.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Im Dossier erfährt man im Weiteren auch, dass ein Großteil der Internierten in der letzten Zeit wieder verhört wurde. Die Internierten hofften darauf, dass sie nach ihrem Verhör vielleicht entlassen würden, aber aufgrund der Meldungen wissen wir, dass meistens nur die Alten, Kranken, schwangeren Frauen oder die Internierten, die Arbeiter oder einfache Bauern waren, vor 1953 freigelassen wurden. Nach dem Verhör mussten die Internierten das Protokoll unterzeichnen, mit dessen Inhalt sie – da man es aus Angst nie wagte, den ÁVH-Angestellten zu widersprechen – zufrieden waren. Die Meldungen in Kistarcsa wurden an die Internierungsabteilung der ÁVH geschickt, und die Leiter des Internierungslagers versuchten immer, ein gutes Bild über ihre Arbeit zu malen, was zum Beispiel eine Meldung im Herbst 1952 zeigt:

ÁVH VI/2. VI. Unterabteilung *Betreff: Allgemeine Stimmung*

74-2158/1952

Operative Meldung

Kistarcsa, 16. September 1952

Zahl der Internierten: 1393 Personen
Zahl der Verhafteten: 4 Personen

Allgemeine Stimmung: Die Internierten warten auf ihr Verhör und viele von ihnen beschäftigen sich mit dem Protokoll. (...) Sie sind alle mit dem Inhalt des Protokolls zufrieden. Ein Internierter, György Bárándy[601], sagte auch: „Als Jurist hätte ich auch nicht ein besseres Protokoll zusammenstellen können, als was ich unterschrieben habe" (...)

Ferenc Antal *Rezső Urbán*
Leutnant der ÁVH *Hauptmann der ÁVH, Unterabteilungsleiter*[602]

Die Internierten hofften vergeblich, nach dem Verhör freigelassen zu werden, denn die Meldungen im Jahre 1952 und 1953 zeigen eindeutig, dass die Zahl der Internierten nicht absondern immer zugenommen hat: im Herbst 1952 waren in Kistarcsa 1400 Personen interniert, im Dezember 1952 liest man schon von 1418 Internierten und nach einer Meldung vom 31. Januar 1953 befanden sich 1615 Internierte im Lager.

[601] György Bárándy ist ein bekannter Jurist in Ungarn, er ist über 90 Jahre alt und arbeitet noch als Jurist. Sein Sohn, der jüngste György Bárándy war nach der Wende auch Justizminister (2003-2006) von Ungarn.
[602] ÁBTL, A-1248 Kistarcsai Internáló Tábor (1951-1953) (S.35.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Die Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft – die Jugoslawen und die Ungarndeutschen gehörten zu dieser Gruppe – waren in den Meldungen nach Januar 1953 nicht mehr so negativ beschrieben. In einer Meldung im Februar 1953 spürt man in dem Stil der ÁVH-Agenten, dass die Internierten nicht mehr für „destruktive" Personen gehalten wurden:

ÁVH VI/2. VI. Unterabteilung *Betreff: Allgemeine Stimmung*
74-2158/1952

Operative Meldung
Kistarcsa, 27. Februar 1953

Zahl der Internierten: 1627 Personen
Zahl der Verhafteten: 5 Personen

Allgemeine Stimmung: Unter den Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft ist die allgemeine Stimmung sehr ruhig. Alle warten darauf, zur Arbeit abtransportiert zu werden. (...)

Ferenc Antal *Rezső Urbán*
Leutnant der ÁVH *Hauptmann der ÁVH, Unterabteilungsleiter*[603]

Im Frühling 1953 vermehrte sich die Zahl der Internierten, denn aufgrund der operativen Meldung vom 4. März 1953 hatte man Internierte aus dem Lager in Bernátkút nach Kistarcsa geliefert und *die Stimmung der aus Bernátkút abtransportierten Internierten ist sehr nervös, (...) nach anderthalb jähriger Arbeit fühlen sie als Bestrafung, dass sie wieder nach Kistarcsa gekommen sind*[604]

Kistarcsa war ein Sammellager und die Internierten aus Bernátkút hatten die Angst gehabt, wieder in andere Lager – ins berüchtigte, unmenschliche Lager Recsk oder Kazincbarcika – verteilt zu werden. Nach der Amnestieverordnung im Sommer und im Herbst 1953 wurde die Mehrheit dieser Internierten freigelassen und nur die Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft hat man in Tiszalök interniert.

[603] ÁBTL, A-1248 Kistarcsai Internáló Tábor (1951-1953) (S.42.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[604] ÁBTL, A-1248 Kistarcsai Internáló Tábor (1951-1953) (S.48.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

A-1248/1 Internierungslager in Kistarcsa 1953

Das Dossier wurde im April 1951 geöffnet und im November 1953 abgeschlossen, beinhaltet jedoch vor allem Meldungen der ÁVH über das Lager in Kistarcsa aus dem Jahre 1953. Am Anfang des Dossiers findet man eine Liste der 1673 Internierten, von denen 280 Personen deutsche Namen haben.

In den ersten 45 Seiten des Dossiers kann man verschiedene operative Meldungen von dem Leiter der Operativen Abteilung, Leutnant der ÁVH Ferenc Antal, von dem Unterleutnant der ÁVH, Károly Németh und von dem Unterabteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH, Rezső Urbán lesen. Die Meldungen beschrieben immer die tägliche Anzahl der Internierten und der Verhafteten, die allgemeine Stimmung der Internierten im Lager, die Lieferungen – ins Krankenhaus oder zurück- der Internierten, die Freilassungen, das Verhör und sonstige Bemerkungen bezüglich des Lagers.

Bei der Erforschung dieses Dossiers war es interessant, darüber zu lesen, welche Internierten vor der Amnestieverordnung freigelassen und mit welchen Internierten das Lager wieder „aufgefüllt" wurde. Die internierten Arbeiter oder Bauern – also „Menschen des einfachen Volkes" – wurden in kleineren Gruppen von Zeit zu Zeit entlassen, die Mehrheit der „neuen Internierten" waren jedoch Personen mit ausländischen oder deutschen Namen. Darüber berichtet zum Beispiel die Meldung vom 25. April 1953:

VI/2. VI. Unterabteilung *Betreff: Tägliche Meldung*
74-1325/1953 *Streng geheim gehalten!*

An den Leiter der VI/2. Operativen Unterabteilung
Budapest

Operative Meldung
Kistarcsa, 25. April 1953

Zahl der Internierten: 1500 Personen
Zahl der Verhafteten: 20-30 Personen

1. *Allgemeine Stimmung: Die Internierten im Lager verhalten sich abwartend. Sie sind hartnäckig. (...) Mehrere Internierte erwähnten, dass 90 Prozent der Freigelassenen völkischer Abstammung waren. Die Geistlichen, die rechten Sozialdemokraten und die ehemaligen Horthy-Offiziere hoffen nicht darauf, in annehmbarer Zeit entlassen zu werden.*

2. *Lieferungen (...)*
3. *Freilassung (....)*
4. *Verhör (...)*
5. *Sonstige Bemerkungen: (...)*

Ferenc Antal
Leiter der Operativen Abteilung, Leutnant der ÁVH

Károly Németh
Unterleutnant der ÁVH

Rezső Urbán
Unterabteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH[605]

Die Zahl der Internierten nahm zwischen April und Juli 1953 zu. Hier nur ein Auszug der Aufstellungen über die „neuen Internierten" in diesem Zeitraum:

Aufstellung
Kistarcsa, 30. April 1953

Zahl der Internierten: 1540 Personen
Vermehrung: 9 Personen (...), Mihály Máhr, 1930, Bodendorf[606]

Eine Meldung, einen Monat später über die Veränderungen der Anzahl der Internierten:

Meldung über die Veränderungen der Anzahl der Internierten
Kistarcsa, 2. Mai 1953
Zahl der Internierten: 1549 Personen
Vermehrung: 9 Personen - László Berndt, 1934, Frau László Fried, 1914, Ilona Florek, 1926, Frau Antal Will, 1905, Károly Klement, 1905, Frau Pál Bertok, 1929

Verlust: 13 Personen (1 Person verhaftet: Frau Pál Bertok, 1929, widersetzte sich und hat nicht anständig gesprochen)

Rezső Urbán *Béla Mégai*
Unterabteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH *Evidenzoffizier der ÁVH*[607]

[605] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 45. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[606] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 47. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[607] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 48. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Bis Juli 1953 vermehrte sich die Zahl der Lagerinsassen durch folgende Personen: am 9. Mai 7 Personen - Ágoston Koringer (1911, M. Anzelma), Antal Berli (1896), Malvin Liebscher (1896), Emilia Szőke, Ödön Andréka (1899, Berta Rejszleitner), István Weiss (1903), Lajos Stalla (1890, Paula Gang)[608] Am 30. Juni 1953 stand in der Tagesmeldung, dass das Lager in Kistarcsa einen Internierten, Erik Schotz, aus Bernátkút übernommen hatte.[609] Am 11. Juli kamen wieder neue Internierte: Géza Reindl (1914), Endre Reigl (1918), Pál Gárdonyi (1906, Olga Bauer)[610] Konkrete Angaben, Informationen von diesen Personen erhalten wir erst dann, wenn sie entweder krank geworden sind oder sich den Behörden widersetzt haben, denn nur in diesem Fall wird eine Meldung – mit Informationen, Angaben der Person – über sie geschrieben. Jedoch ist auffallend, dass die Mehrheit dieser Internierten nicht ungarische Familiennamen hatten. Entweder waren sie Ausländer oder ungarische Staatsbürger deutscher oder jüdischer Abstammung.

Die Internierten, die krank wurden, oder die internierten Frauen, die schwanger waren, hatten manchmal Glück, denn sie konnten entlassen werden. Im Dossier waren drei ärztliche Meldungen über schwangere Frauen, die vor der Geburt ihrer Kinder freigelassen wurden:

Ärztliche Meldung

Kistarcsa, 8. Juni 1953

Die Internierte Frau Dr. Imre Rurik, geb. Mária Erhardt (1917) (...) ist im neunten Monat schwanger. Die Entbindung wird voraussichtlich Mitte Juni stattfinden. (...)[611]

Nach der Meldung des Lagerarztes schrieb Ferenc Antal, Leiter der Operativen Abteilung, Leutnant der ÁVH und Rezső Urbán Unterabteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH am 10. Juni eine Tagesmeldung über die Freilassung von Frau Dr. Imre Rurik:

Tagesmeldung

Kistarcsa, 10. Juni 1953

(...)

Freilassung: Aufgrund der Anordnung vom ÁVH- Oberst Genossen Zsidi wurde die Internierte Frau Dr. Imre Rurik in den vergangenen 24 Stunden aus dem Lager entlassen.

Ferenc Antal

[608] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, ab S. 60.
[609] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 152.
[610] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 183
[611] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 105. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Leiter der Operativen Abteilung, Leutnant der ÁVH

Rezső Urbán
Unterabteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH[612]

Aufgrund der ärztlichen Meldungen und der Tagesmeldungen wurden am 16. Juni 1953 noch zwei Internierte wegen Schwangerschaft freigesprochen: Margit Fischer (1921) und Anna Künstler (1923).[613]

Andere Internierte konnten erst nach der Amnestieverordnung befreit werden. Am 17. Juli 1953 – nach der Parlamentsrede des neuen Ministerpräsidenten Imre Nagy und nach der Verkündung der Amnestieverordnung – fühlten sich die Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft – darunter viele Ungarndeutsche – in einer ausgelieferten Situation. Sie gehörten – aufgrund zahlreicher Meldungen – zur Kategorie „Ausländische Internierte". Die ÁVH teilte hier die Internierten in Kistarcsa in 5 Gruppen auf: 1. internierte Frauen, 2, internierte Geistlichen, 3. ausländische Internierte, 4. internierte rechte Sozialdemokraten und 5. internierte ehemalige Horthy-Offiziere.[614] Aufgrund der Amnestieverordnung konnte die Mehrheit der Internierten mit ungarischer Staatsbürgerschaft bis zum 31. Oktober 1953 befreit werden, das weitere Schicksal der ausländischen Internierten musste noch geklärt werden. Über diese Ungewissheit und Unzufriedenheit der ausländischen Internierten berichtete eine Meldung am 17. Juli 1953:

Tagesmeldung
Kistarcsa, 17. Juli 1953
Anzahl der Internierten: 1521 Personen

Allgemeine Stimmung: Die ausländischen Internierten sind sehr ungeduldig, sie verfolgen mit großem Interesse, welcher Internierte verhört wird. Die ausländischen Internierten sind der Meinung, dass die Behörden sie vernachlässigen und sie fühlen sich in einer ausgelieferten, unsicheren Situation. (...)

Ferenc Antal
Leiter der Operativen Abteilung, Leutnant der ÁVH

[612] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 114. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[613] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 127. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[614] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 260. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Rezső Urbán

Unterabteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH[615]

Zehn Tage später wurden 9 Internierte abgeschoben. Da sie – aufgrund der Meldung vom 25. Juli 1953 – mit einer Ausnahme[616] Internierte mit deutschem Namen waren, wurden sie wahrscheinlich zuerst ins Schubhaus geliefert und von dort aus entweder wieder in Lager – nach Kistarcsa oder nach Tiszalök – verteilt oder aus dem Land ausgewiesen. Die Mehrheit der Ungarndeutschen wurde im Sommer-Herbst 1953 nicht befreit, sondern nach Tiszalök gebracht. Die Meldung über die abgeschobenen Internierten:

Tagesmeldung

Kistarcsa, 25. Juli 1953

Anzahl der Internierten: 1512 Personen

Allgemeine Stimmung: Gestern hat man 9 Internierte wegen Abschub abgeliefert. Diese Internierte hofften daran, dass es der erste Schritt zu ihrer Befreiung wird. (...)

Lieferung: Wegen Abschub ausgegeben – Simon Weinbergel, Márton Rümpeltesz, Kurt Partl, Mihály Máhr, Pál Knotz, Vendel Klein, Rudolf Fleismenn, Dániel Farkas, József Milléder.

Ferenc Antal

Leiter der Operativen Abteilung, Leutnant der ÁVH

Rezső Urbán

Unterabteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH[617]

Im Dossier findet man natürlich auch solche Meldungen, in denen Internierte mit deutschem Namen nicht abgeschoben, sondern nach der Amnestie freigelassen wurden. Ein Beispiel über die Meldungen der Freilassungen:

Innenministerium *Streng geheim gehalten!*

VII. Hauptabteilung der Strafvollstreckung

76-1833/1953 *Betreff: Meldung über die Freilassung der Verhafteten*

Meldung

Budapest, 17. August 1953

[615] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 195. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[616] Wobei dieser Name ein madjarisierter Name sein kann. (Anmerkung der Autorin)
[617] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 282. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Hiermit melde ich, dass aufgrund der Amnestieverordnung Imre Erdélyi (geb. 1920 Derecske, Rozália Kondor, Wohnsitz in Zsáka) und János Frey (geb. 1881 Nagybajom, Teréz Ruttmann, Wohnsitz in Budapest) Verhaftete heute freigelassen wurden. (...)

Károly Nagy
Leutnant der ÁVH, Unterabteilungsleiter[618]

Zur Freilassung wurde auch ein Dienstzettel ausgestellt:

Innenministerium *Streng geheim gehalten!*
II/4. Unterabteilung

Dienstzettel
Budapest, 17. August 1953

Der Verhaftete János Frey wird von der VI. Unterabteilung am heutigen Tag freigelassen. Ich bitte um die Genehmigung seiner Freilassung.

Károly Nagy
Leutnant der ÁVH, Unterabteilungsleiter[619]

Es wurde am Ende noch ein Beschluss gefasst, auch mit der Unterschrift des ÁVH-Leiters, der die Meldung und den Dienstzettel unterzeichnet hatte:

Innenministerium
Nr. .../1953

Beschluss

Hiermit stelle ich die polizeiliche Aufsicht (die Internierung) von János Frey, geb. 1881, Teréz Ruttmann, Wohnsitz in Budapest, XII. Bezirk, Zsolnai Strasse 12., ein.

Kistarcsa, 17. August 1953 *Károly Nagy*
Leutnant der ÁVH, Unterabteilungsleiter[620]

Die befreite Person musste auch eine Erklärung über die Freilassung, über die Geheimhaltung der offiziellen Angaben bezüglich des Lagers unterzeichnen:

Erklärung

[618] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 247. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[619] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 248. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[620] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 249. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Name: János Frey
Geburtsdatum, Ort: 1881, Nagybajom
Name der Mutter: Teréz Ruttmann
Wohin geht er nach der Freilassung? Budapest, XII., Zsolnai Str. 12.

Ich nehme zur Kenntnis, dass alle Informationen und Angaben bezüglich des Internierungslagers und der im Lager arbeitenden Personen Staatsgeheimnis sind. Bei Verletzung des Staatsgeheimnisses wird man aufgrund der Verordnung XXI./1951 des Ministerialrates der Ungarischen Volksrepublik zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, wenn das Verbrechen nicht strenger beurteilt wird.

Budapest, 17. August 1953 *János Frey*[621]

Diese Maßnahmen – auch die Erschreckung der ehemaligen Internierten im Fall einer mündlichen oder schriftlichen „Wiedergabe" der Ereignisse während ihrer Internierungszeit – führten dazu, dass viele Informationen über diese Internierunglager oder die „Erlebnisse" der Überlebenden erst nach 1989 für das breite Publikum bekannt wurden. Leider sind viele Dokumente verloren gegangen und viele Ereignisse in Vergessenheit geraten. (Das geht allen Internierungslager-Internierte an.) Die ehemaligen Internierten durften über diese Jahre nicht sprechen, wenn sie mit ihren Familienangehörigen in Ungarn ein „ruhiges" Leben führen wollten. Viele hatten die gleichen Gefühle wie der ehemalige, in Tiszalök internierte, ungarndeutsche Josef Ringhoffer[622]: *Ich versuche, diese Gefangenschaftszeit zu vergessen und zu verdrängen, was mir auch über lange Jahre gelungen ist. Trotz dieser Absicht holten mich die Träume in die Vergangenheit zurück. Ich musste sie aufarbeiten, um mit ihr fertig zu werden.*[623]

Aufgrund der Aufarbeitung dieser Dossiers – A-1248 und A-1248/1 – kann über Meldungen aus dem Sammellager Kistarcsa behauptet werden, dass neben den Gegnern der Kommunistischen Partei – Horthy-Offiziere, Sozialdemokraten, Geistliche – viele Personen ausländischer Staatsbürgerschaft – vor allem Südslawen und Jugoslawiendeutsche aus Jugoslawien und ehemalige ungarndeutsche Kriegsgefangene – interniert wurden. Auffallend war auch, dass die unerwünschten Elemente der ungarischen Gesellschaft – also die rechten

[621] ÁBTL A-1248/1 Kistarcsai Internáló Tábor, S. 250. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[622] ÁBTL V-70214 Ringhoffer József, 1950 József Ringhoffer, geb. 1927, Name der Mutter Mária Weinperl, wurde für die Waffen-SS rekrutiert, später von Sowjets festgenommen und nach seiner sowjetischen Kriegsgefangenschaft internierten ihn die Staatssicherheitsdienste 1950 in Tiszalök. Nach der Amnestieverordnung konnte er 1953 in die BRD aussiedeln.
[623] Josef Ringhoffer in: Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök., Suttgart, 1993

Sozialdemokraten, Mitglieder der Gendarmerie, Horthy-Offiziere, Geistlichen – schon während der Machtkämpfe, mit Hilfe der politischen Polizei, nach der Machtübernahme der Ungarischen Kommunistischen Partei mit Männern des Staatssicherheitsdienstes verhaftet und später interniert wurden, während die „neuen, hinzugekommenen" Internierten ab 1950 vor allem die ungarndeutschen Kriegsgefangenen waren. Das Dossier A-482 über den Ausweis der ÁVH von den internierten ehemaligen Kriegsgefangenen im Jahre 1952 bestärkt diese Vermutung.

A-482 Auszug der ÁVH über die Internierung der ehemaligen Kriegsgefangenen[624]

Auf der ersten Seite dieses Dossiers findet man gleich einen Auszug über die ehemaligen Kriegsgefangenen, die – auf Empfehlung des Unterhauptmannes der ÁVH, Gyula Lőke – im Jahre 1952 interniert werden mussten. In diesem Auszug geht es um 2848 Personen, die Gyula Lőke unter polizeiliche Haft stellen wollte. Die Empfehlung des Genossen Lőke wurde schnell angenommen, denn auf der nächsten Seite des Dossiers liest man schon die Anordnung des Hauptabteilungsleiters und Oberst der ÁVH, László Juhász vom 28. März 1952, aufgrund derer die im Ausweis aufgelisteten 2848 ehemaligen Kriegsgefangenen interniert wurden. Ohne Untersuchungen und Urteil wurden diese Kriegsgefangenen interniert, denn auf der nächsten Seite liest man nur ein sehr kurz gefasstes Abschlussblatt, in dem steht, dass der Fall – die Internierung der 2848 Kriegsgefangene auf Empfehlung von Gyula Lőke – nur mit 3 Seiten, am 8. April 1952 abgeschlossen wurde! Dieses Abschlußblatt hat ein ÁVH-Leutnant, Frau Mária Szántó unterzeichnet.

Die Liste der ehemaligen Kriegsgefangenen von Seite 4 bis Seite 77 lesend fällt auf, dass ungefähr 80 Prozent der Personen deutsche Familiennamen haben. Neben vielen Kriegsgefangenennamen steht auch das Geburtsdatum, der Ort und oft auch der Name der Mutter. Aus diesen Angaben kann man leichter feststellen, zu welcher Minderheit diese Personen gehörten. Wenn man nur die ersten Namen zu jedem Buchstaben in der Liste ansieht – A. Akl, A. Bader, A. Fetzer, A. Ganter, K. Habermann, J. Iffland, M. Jauch, A. Kacziáner, H. Lamm, A. Maurer, A. Nagl, P. Obendorf, I. Paller, J. Reidl, M. Singer, M. Schäffer, F. Tafferner, J. Ulrich, K. Vadas,[625] M. Wachter, A. Zanker – sieht man, dass die Mehrheit der ehemaligen Kriegsgefangenen, die ohne Urteil interniert wurden, deutscher Abstammung waren. In der mit Maschine getippten Liste fand ich auf Seite 31. eine Bemerkung, die mit

[624] ÁBTL A-482 Az ÁVH kimutatása az internált volt hadifoglyokról, 1952

[625] Bei vielen madjarisierten Namen steht der Geburtsort und der Name der Mutter, die Wegweiser sind, wenn man sich nicht entscheiden kann, ob diese Person deutscher Abstammung ist oder eine ungarische Person ist. Bei K. Vadas stand in Klammern: Mutter Mária Hautzinger, Wohnort Mosonszentpéter. ÁBTL, A-482.

roter Handschrift, ohne Unterschrift neben die Liste geschrieben wurde und den Leser darüber informiert, dass die Kriegsgefangenen ab Nummer 1069 von Seite 31 bis Nummer 2617 auf Seite 65 nach Tiszalök interniert werden. Den Großteil der Ungarndeutschen lieferten die Behörden nach Tiszalök. Diese Bemerkung beweist also, dass die Personen auf dieser Liste deutscher Abstammung waren.

Eine andere Liste der Internierten fand ich im Dossier A-486 Tiszalök Bernátkút, was auch deshalb bedeutend ist, weil man bis heute über wenig Quellen bezüglich des Lagers in Bernátkút verfügt.

A- 486 – Bernátkút[626]

Das Dossier über Bernátkút ist ein dickes Heft, in dem die Liste 95 Seiten lang mit Handschrift zusammengestellt wurde. In dieser tabellarisch geschriebenen Namenliste findet man neben den Reihennummern und Namen der Internierten auch das Datum ihrer Ankunft in Bernátkút und in der letzten Spalte, in den Bemerkungen werden – leider nur selten – Geburtsdatum oder –ort und Name der Mutter erwähnt.

Aufgrund der Nennung der Ankunftszeit der Personen in Bernátkút kann festgestellt werden, dass im Jahre 1952 die Internierten in 11 Wellen – am 2., 6., 9., 14., 16., 21. August, am 2. September und am 4., 10., 21., 30. Oktober – im Internierungslager ankamen. Bis zum 21. August wurden aufgrund dieser Liste 1100 Personen in Bernátkút aufgenommen und interniert. 995 Personen wurden zwischen dem 2. September und dem 4. Oktober interniert und im Oktober - bis zum 30. Oktober – kamen noch 417 Personen. Die ÁVH-Angestellten, die diese Liste geführt hatten, versuchten nach jedem „Transport", die Namen der neuen Internierten in ABC-Reihe aufzustellen, was ihnen jedoch nicht immer gelang.

Es wurde außerdem wahrscheinlich nicht nur von einer ÁVH-Person geschrieben, denn oft wurden mehrere Seiten später die gleichen Namen aufgeschrieben. Man findet auch zahlreiche Rechtschreibfehler, schon der Name des Internierungslagers – mit rotem Bleistift, mit sehr großen Buchstaben – und das Datum wurde grammatisch falsch aufgeschrieben.[627] Die Liste beinhaltet in der Mehrheit – nach Zählungen ungefähr in 75 Prozent – deutsche Namen, die von den ungarischen ÁVH-Männern in einigen Fällen nicht richtig aufgeschrieben und dann von den gleichen Schreibern selbst korrigiert wurden.

[626] ÁBTL, A-486 Tiszalök Bernátkút, 1952

[627] „Bernátkut" – Grammatisch richtig: Bernátkút, „1952. X. hó 8 án" – Grammatisch richtig: 1952. X. hó 8-án, ÁBTL, A-486 Tiszalök Bernátkút, 1952 (S. 61.)

Nur einen Auszug aus dieser Liste: im August kamen – nur die ersten Namen zu einigen Buchstaben – unter anderem die folgenden Personen: J. Assmann, I. Balázs, M. Czink, K. Dorn, I. Eibeck, K. Franck, A. Geiger, J. Heffner, J. Kaiser, A. Préger, Gy. Ruisch, H. Stein, J. Vigand, A. Wolf. Die Liste wurde bis zur Seite 78 geschrieben, die weiteren, leeren Seiten des Heftes hat man jedoch, wahrscheinlich als man diese Liste zu schreiben begann, bis zur letzten Heftseite (95) nummeriert.

In diesem Dossier konnte man nicht viele Angaben zu den in Bernátkút internierten Personen finden und man weiss auch nicht, ob diese Internierten aus anderen Internierungslagern nach Tiszalök geliefert oder aus Kriegsgefangenschaft zurückkommend gleich in Bernátkút interniert wurden. Aufgrund der Aufarbeitung der Dossiers über Kistarcsa, wo es einen konkreten Fall gibt – die Aufnahme eines Internierten namens Erik Schwatz, aus Bernátkút – kann behauptet werden, dass die Staatssicherheitsdienste die Verhafteten und Internierten in Kistarcsa verteilten und wegen der Arbeiten zwischen den verschiedenen Lagern „vertauscht" einlieferten. Diese Internierten aus Bernátkút waren sicherlich in Kistarcsa und es kann sein, dass sie bis Herbst 1953 noch mehrere Lager „besuchen" mussten.

Das beweist auch eine operative Meldung vom März 1953, worüber ich bei dem Dossier A-1248 Kistarcsa schon geschrieben habe. Denn im Frühling 1953 vermehrte sich die Zahl der Internierten in Kistarcsa und aufgrund der operativen Meldung vom 4. März 1953 hat man auch Internierte aus dem Lager in Bernátkút nach Kistarcsa geliefert und *die Stimmung der aus Bernátkút abtransportierten Internierten ist sehr nervös, (...) nach anderthalb jähriger Arbeit fühlen sie als Bestrafung, dass sie wieder nach Kistarcsa gekommen sind*[628]

In der Forschungsarbeit fand ich auch andere A-Dossiers mit mehr Angaben, interessanten Informationen bezüglich der Ungarndeutschen. Das Dossier A-479 beinhaltet Ergebnisse der Überprüfungsarbeit der ÁVH-Behörden hinsichtlich der Internierten. Vor der Amnestieverordnung im Jahre 1953 wurden nicht viele Internierte freigelassen, und wenn einige doch auf freien Fuß gesetzt wurden, waren sie meistens Personen völkischer Abstammung. Das Dossier A-479 zeigt an einigen Beispielen, wer – welche Internierten – vor 1953 freigesprochen wurden.

[628] ÁBTL, A-1248 Kistarcsai Internáló Tábor (1951-1953) (S.48.) (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

A- 479 Überprüfung der Internierungslager[629] – Überprüfung der ungarndeutschen Internierten

Im Dossier A-479 konnte man mehr als 450 Seiten lang darüber lesen, welche Personen zu den unerwünschten Elementen in der Diktatur „gezählt" wurden. Hier ging es um die Überprüfung der Verhafteten aus dem Jahre 1952. Die „gefährlichen" Personen – ungarische, ungarndeutsche, jugoslawiendeutsche beziehungsweise bürgerliche oder völkische Verhaftete – wurden wieder untersucht. Im Dossier konnte man aufgrund einer Namensliste, mit Reihennummern, über ihre Angaben, „Straftaten" und ihre weitere Bestrafung oder ihre Freilassung lesen. Wer – und warum – vor der Amnestie freigelassen wurde und wer – und warum – interniert wurde, kann nach dem Lesen einiger typischen Fälle – aus hunderten tragischen Schicksale – ziemlich genau beantwortet werden.

Zuerst versuche ich jedoch, Beispiele aus dem Dossier A-479 für Personen zu geben, die während der totalen Diktatur freigesprochen wurden. Zu dieser Gruppe gehörte Mátyás Hoffmann.[630] Der 23 Jahre alte Hoffmann stammte aus der Schicht der Armbauern, arbeitete als Metzgergehilfe und lebte in Rajka. Er *hat jemandem bei seiner Emigration geholfen, deshalb wurde er verhaftet und wegen Menschenschmuggels vom Komitatsgericht in Szombathely zu zwei Jahren verurteilt.*[631] Nach seiner Überprüfung durfte er am 18. Februar 1953 freigelassen werden.

Ádám Fogl[632] wurde aufgrund seiner Überprüfung auch vor 1953 freigelassen: Fogl, 38 Jahre alt, stammte aus der Schicht der Armbauern, wohnte in Görcsönydobóka und arbeitete als Barbier. Wegen illegaler Grenzüberschreitung verurteilte man ihn zu einem Jahr. Fogl war zwischen 1944 und 1949 in der Sowjetunion als Kriegsgefangener. Da er deutscher Muttersprachler war, wurde er nach seiner Freilassung nach Deutschland vertrieben. Anfang des Jahres 1950 versuchte er zu seiner in Ungarn gebliebenen Familie zurückzukommen, und arbeitete deshalb ab Februar 1950 in Wien. Dort suchte er jede Woche die Ungarische Botschaft auf, um Genehmigung zur Rücksiedlung nach Ungarn zu bekommen. Da Fogl keine Papiere erhielt, versuchte er die Grenze 1950 illegal zu überschreiten, wurde festgenommen und zu einem Jahr verurteilt. Der Überprüfungsausschuss empfahl seine Freilassung.

---

[629] ÁBTL, A-479 Internálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953

[630] ÁBTL, A-479 Internálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 58. Hoffmann Mátyás (S. 56.)

[631] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[632] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 23. Ádám Fogl (S. 170.)

Ferenc Véber,[633] 36 Jahre alter, ungelernter Hilfsarbeiter, wohnte in Baja. Am 2. Januar 1945 floh er mit seinen Leidensgenossen vor der Zwangsrekrutierung zur Waffen-SS in die Weinberge bei der Gemeinde Baj. Dort, auf dem Dachboden eines Gebäudes fanden sie einen an dem Fuß verletzten, sowjetischen Soldaten, dem sie wegen der Flucht vor den Deutschen nicht mitnehmen konnten. Véber und seine Leidensgenossen erfuhren später auch nicht, was mit dem sowjetischen Verletzten geschah. Im Oktober 1945 nahm ihn die Polizei in Tatabánya fest, verhörte ihn und er blieb bis zum März 1946 verhaftet. *Wegen der Verweigerung der Hilfe für den sowjetischen Soldaten hat ihn am 23. November 1948 das Volksgericht in Győr zu drei Jahren verurteilt.*[634] Im Herbst 1951 wurde Véber freigelassen.

Diese Beschlüsse über die Freilassung vom Metzgergehilfen Hoffmann, Barbier Fogl und ungelerntem Hilfsarbeiter Véber hat der Unterleutnant der ÁVH, András Szanka unterzeichnet.

Eine Ausnahme bildete wahrscheinlich der 48 Jahre alte Arzt Dr. Károly Kövesdi[635] aus Nemesnádudvar.[636] Sein Vater war Schullehrer, *Kövesdi stammte aus einer intellektuellen Familie.*[637] Nach der Universität arbeitete Kövesdi in Bénye als Arzt. Im April 1945 geriet er in amerikanische Gefangenschaft und erst im Mai 1946 konnte er nach Hause kommen. *Am 23. Mai 1950 verurteilte ihn das Gericht des Komitates Pest wegen Agitation gegen die LPG zu zwei Jahren.*[638] Nach seiner Strafzeit wurde von dem Überprüfungsausschuss empfohlen, Kövesdi am 24. Mai 1952 freizulassen.

Ein anderes, jedoch trauriges Beispiel zur Freilassung vor 1953: der Fall von Frau Dr. Géza Lung.[639] Der Ehemann Dr. Géza Lung wurde schon 1947 verhaftet. Die Frau von Dr. Géza Lung schrieb einen Brief an die Behörden, der später als Agitation gegen die Demokratie gewertet wurde. Die 44jährige, Budapester Frau Dr. Géza Lung wurde 1947 von der ÁVH festgenommen und vom Volksgericht zu 7 Jahren 6 Monaten verurteilt. 1951 wurde die Frau Dr. Géza Lung freigesprochen, sie wurde nähmlich in die Irrenanstalt nach Lipótmező eingeliefert.

---

[633] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 64. Ferenc Véber (S. 238.)
[634] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[635] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 91. Dr. Károly Kövesdi (S. 150.)
[636] Nemesnádudvar war ein ungarndeutsches Dorf. Bei Kövesdi wurde seine Nationalität in seiner Überprüfung nicht erwähnt, es kann jedoch sein, dass „Kövesdi" ein madjarisierter Name war. In den 1930er Jahren, wenn ein Ungarndeutscher an die Universität studieren wollte, wurde er leichter aufgenommen, wenn er einen madjarisierten Namen hatte. (Anmerkung der Autorin)
[637] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[638] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[639] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 18. Dr. Lung Gézáné (S. 219.)

Es wurden also aufgrund der Überprüfungsarbeit der ÁVH vor allem Personen völkischer Abstammung – mit einigen Ausnahmen, wie der Arzt Kövesdi – oder Kranke vor 1953 freigelassen.

Zu der zweiten Gruppe gehören die Personen, die nach ihrer Strafzeit aufgrund des Überprüfungsausschusses nicht freigelassen, sondern interniert wurden. Zu dieser Gruppe gehört zum Beispiel Aladár Vendel,[640] 51 Jahre alt, von intellektueller Abstammung und Forstingeneuer von Beruf. Er wohnte in Győr. *Auf seinem Arbeitsplatz agitierte er vor mehreren Leuten gegen die Demokratie*[641] und wurde deshalb von dem Gericht in Győr zu 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Da es neben seinen Angaben keine Empfehlung des Überprüfungsauschusses bezüglich seiner Freilassung gibt, musste er wahrscheinlich in Haft bleiben.

Ein anderer Verurteilter intellektueller Abstammung, Pál Götzi,[642] 29 Jahre alt, Flugzeughauptoffizier, arbeitete nach 1945 als Schlossergehilfe. Er wohnte in Győr und traf sich 1949 mit Károly Waller, der ihn *zur Arbeit beim imperialistischen Nachrichtendienst überreden wollte*[643]. Da Pál Götzi dieses den Behörden nicht gemeldet hatte, verurteilte ihn das Gericht in Budapest zu 3 Jahren. Hier fand ich auch keinen Hinweis auf seine Freilassung.

Neben dem Namen bestimmter Verhafteter stand schon die Empfehlung zur Internierung. Zu dieser Kategorie gehörte Konrád Diszberger.[644] Er war 50 Jahre alt, lebte in Bonyhád und wurde nach der Befreiung als ungarischer Staatsbürger deutscher Abstammung in die Sowjetunion verschleppt. Diszberger kam im August 1947 zurück und arbeitete als Tagelöhner. *Er war früher Mitglied der Partei der Pfeilkreuzer, und das Gericht in Fünfkirchen verurteilte ihn 1949 zu 3 Jahren.*[645] Empfehlung: Internierung.

János Verndorfer[646] wurde auch interniert: ein 59jähriger *Kulake, von Beruf Müller, Volksbündler*[647] – deshalb verbrachte er 13 Monate im Internierungslager in Süd-Buda. Er *bestach den damaligen Leiter des Lagers mit 2.500 Forint Schmiergeld, der ihn freiließ. Wegen dieser Bestechung und wegen seiner volksfeindlichen Tätigkeit verurteilte ihn das*

[640] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 78. Vendel Aladár (S. 56.)
[641] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[642] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 42. Pál Götzi (S. 55.)
[643] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[644] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 32. Konrád Diszberger (S. 90.)
[645] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[646] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 43. János Verndorfer (S. 94.)
[647] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

Gericht in Fünfkirchen im November 1948 zu 8 Jahren,[648] nach Einspruch gegen den Beschluß wurde es auf 5 Jahre gesenkt. Empfehlung: Internierung.

Andere Verhaftete wurden nicht interniert, jedoch auch nicht freigelassen: viele, die im Grenzgebiet zu Jugoslawien oder zu Österreich lebten, wurden aus der Grenzregion ausgewiesen. Der 66jährige Drucker János Pfeiffer[649] aus Sopron stammte aus einer Handwerker-Familie und arbeitete in einer Druckerei. Im Jahre 1945 reichte er eine Bittschrift - über den Anschluß Ödenburgs/Sopron an Österreich - ins Verteidigungsministerium ein. Die politische Abteilung der Soproner Polizeidirektion nahm ihn danach fest und er wurde *am 2. Oktober 1946, als Kriegsverbrecher, von dem Komitatsgericht in Győr zu 6 Jahren verurteilt*.[650] Nach seiner Strafzeit, am 3. Mai 1952, wurde empfohlen, ihn aus dem Grenzgebiet auszuweisen.

Die Jugoslawiendeutschen wurden auch oft - entweder wegen Grenzüberschreitung oder wegen des Verdachtes, für westliche Nachrichtendienste gearbeitet zu haben - verhaftet und interniert. Beispiel dafür ist der Fall von József Snepp[651], der als 50jähriger im August 1951 aus Jugoslawien flüchtend, die Grenze illegal überschritt und deshalb zu einem Jahr verurteilt wurde. Neben seinen Angaben fand ich keine Empfehlung des Überprüfungsausschusses. Mit den Personen jugoslawischer Staatsbürgerschaft konnte die ÁVH nichts anfangen. Viele wurden nach 1953 freigelassen, aber bis zur Amnestie war die Mehrheit dieser Personen aus unterschiedlichen Gründen verhaftet oder interniert.

Der 29jährige Ferenc Lujbsek[652] kam aus Pepala illegal über die Grenze nach Ungarn und wurde im August 1950 vom Gericht in Kaposvár zu 6 Monaten, später wegen Einspruchs von dem Fünfkirchner Gericht sogar zu 2 Jahren verurteilt. Die ÁVH-Behörden verdächtigten ihn der Spionage für westliche Nachrichtendienste. Es wurde nach seiner Überprüfung von András Szarka empfohlen, ihn zu internieren.

Die Verurteilten aus bürgerlichen, aristokratischen Familien waren für die ÁVH eine gefährliche Gruppe, die entweder interniert oder nach Hortobágy ausgesiedelt werden musste. Es gab auch Ungarndeutsche, die nach Hortobágy zwangsausgesiedelt wurden.

---

[648] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[649] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 38. János Pfeiffer (S. 128.)

[650] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[651] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 7. József Snepp (S. 255.)

[652] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Nr. 4. Ferenc Lujbsek (S. 253.)

Der 28jährige Lajos János Gaál[653] war SS-Soldat und geriet 1945 in sowjetische Gefangenschaft. Seine Mutter und Geschwister wurden 1948 als Schwaben in die Sowjetzone Deutschlands vertrieben. Von da flohen sie über die Grenze nach Frankreich. Gaál kam im Februar 1947 zurück und wurde *wegen SS-Mitgliedschaft und Flucht als Kriegsverbrecher zu zwei Jahren verurteilt*[654]. Im November 1949 bekam er noch weitere 5 Jahre. Am 1. Juni 1952, nach seiner Strafzeit, wurde nach der Überprüfung beschlossen, ihn nach Hortobágy zwangsauszusiedeln. Hier sieht man wieder die Unterschrift von András Szanka.

Der Kulake und römisch-katholische Pfarrer[655], der 37jährige Péter Putterer[656], lebte ab 1947 in Mélykút. Die ÁVH aus dem Komitat Csongrád nahm ihn am 2. Dezember fest, weil *er in der Theologiestunde in der Schule gegen die Verstaatlichung der Schulen agitierte.*[657] Am 14. Januar 1949 verurteilte ihn das Volksgericht in Szeged zu 4 Jahren. Nach seiner Strafzeit wurde hier von Genossen Szanka empfohlen, ihn nach Hortobágy zwangsauszusiedeln.

Hermann Valdek[658] wurde auch verhaftet. Der 43jährige Valdek arbeitete als Automechaniker, war Mitglied der Partei der Sozialdemokraten, später auch der Partei der Ungarischen Werktätigen und lebte in Kőtelek. Er *stammte aus einer gräfischen Familie, sein Vater verfügte über mehr als 1647 Katastraljoch Grundbesitz. Valdek agitierte im August 1951 gegen die Polizei*,[659] aus diesem Grund verurteilte ihn das Gericht im Komitat Pest zu 8 Monaten. *Nach seiner Freilassung will er nach Kőtelek gehen und in der LPG arbeiten. Der Genannte hat eine Verwandte in Niederlanden, Vilma Vladek, die niederländische Königin.*[660]

Neben den Angaben und Informationen über Valdek fand man keine Empfehlung, da aber Hermann Valdek aufgrund dieser Überprüfung Mitglied der MDP war und in der LPG in Kőtelek – vielleicht auch im weiteren als Automechaniker – arbeiten wollte, kann es sein, dass die Behörden ihn freigelassen haben.

Aufgrund der Ergebnisse der Arbeit des Überprüfungsausschusses im Dossier A-479 kann behauptet werden, dass die Mehrheit der untersuchten Verhafteten nach ihrer Strafzeit interniert wurden und erst nach der Amnestie im Herbst 1953 freigelassen wurden. Ausnahme

---

[653] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Gaál Lajos János (S. 206.)
[654] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[655] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Putterer Péter (S. 444.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[656] ÁBTL, A-479 Inter nálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Putterer Péter (S. 444.)
[657] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[658] ÁBTL, A-479 Internálótáborok felülvizsgálati anyaga /szabadulók névsora/, 1952-1953, Valdek Hermann (S. 83.)
[659] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[660] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

bildeten die Personen des „einfachen Volkes", Arbeiter, Armbauern, Tagelöhner oder diejenigen, die Mitglieder der Partei der Ungarischen Werktätigen geworden sind. Diese hat man aus verschiedenen Gründen schon vor 1953, meistens nach ihrer Strafzeit entlassen. Es gab unter den freigesprochenen Personen auch Ungarndeutsche. Das bedeutet, bei den Gründen, nach denen die Staatssicherheitsdienste bestimmte Verhaftete nach ihrer Strafzeit nicht interniert, sondern freigelassen hatten, spielten Klassengesichtspunkte und nicht die Abstammung der Verhafteten eine Rolle. Handwerker, Großbauern, Mitglieder bürgerlicher Familien, Geistliche ungarischer, slawischer oder deutscher Abstammung wurden nach ihrer Strafzeit interniert oder nach Hortobágy zwangsausgesiedelt, während Armbauern, Tagelöhner, Arbeiter verschiedener Abstammung nach ihrer Strafzeit freigelassen wurden.

Viele zwangsausgesiedelte Personen ahnten damals noch nicht, dass ihr neuer Siedlungsplatz im schlechteren Fall ein Internierunglager oder andernfalls ein Stall, ein Wirtschaftsgebäude auf einer Puszta in Hortobágy oder ein Massenquartier sein würde. Diese Menschen waren nach ihrer Verhaftung sogar froh, dass sie Internierte oder Tagelöhner geworden sind, denn sie hatten Angst, in die Sowjetunion verschleppt zu werden.[661] Die zurückgelassenen Immobilien der aufgrund von Klassengesichtspunkten zur Internierung oder zur Zwangsaussiedlung nach Hortobágy verurteilten „Feinde der Demokratie" übernahmen die Kolchosen und die Staatswirtschaften.

Obwohl in diesem Dossier auch viele Verhaftete deutsche Namen hatten, konnte ich aufgrund der Verarbeitung dieser 450 Seiten nicht behaupten, dass bei der Überprüfung und Freilassung der verhafteten Personen durch Überprüfungsausschüsse der Staatssicherheitsdienste im Jahre 1952 Unterschiede zwischen ungarischen und ungarndeutschen Verhafteten gemacht wurden. Hier spielte die Klassenzugehörigkeit und die politische Vergangenheit der Personen die entscheidende Rolle. Die kommunistische Diktatur brauchte zwischen 1949 und 1953 Arbeitskraft und hatte nicht vor, ihre eigenen „Soldaten", die Mitglieder der Arbeiterklasse weiter zu bestrafen.

Die Herkunft der Person spielte bei der Überprüfung und Freilassung der Verhafteten nicht eine entscheidende, bei der Internierung jedoch eine sehr wichtige Rolle. Die Ungarndeutschen, deren Mehrheit 1944 zur Waffen-SS zwangsrekrutiert und später als Kriegsgefangene in sowjetische Arbeitslager verschleppt wurde, hat man im Januar 1951 ohne Urteil zur Zwangsarbeit – Internierung – ins Internierungslager nach Tiszalök geliefert. In den Dossiers des Historischen Archivs der Staatssicherheitsdienste über das

[661] Dazu s.: Miklós FÜZES, Schwäbische Kulaken. In: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn. Jhrg. 11(21), Prien a. Chiemsee, 1993

Internierungslager Tiszalök findet man deshalb viele Angaben bezüglich der Ungarndeutschen zwischen 1945 und 1953.

A-1249/1. Internierunglager Tiszalök[662]

Das Dossier beinhaltet nur die Liste der Internierten in Tiszalök – 1418 Personen – ohne Datum und gehört zum Dossier A-1249. Interessant an diesem Dossier A-1249/1 war die Liste der Internierten: nach Reihennummer, Name des Internierten konnte man auch Geburtsort und Geburtszeit, beziehungsweise den Namen der Mutter lesen. Aufgrund dieser Informationen kann – gemäß meinen Zählungen – festgestellt werden, dass der Großteil dieser Internierten, von 1418 Personen mindestens 1200 Personen deutscher Abstammung war. Da einige ungarndeutsche Internierte ihre Familiennamen schon vor dem Zweiten Weltkrieg madjarisiert hatten oder wegen einer Mischehe ungarische oder slawische Namen hatten, zählte ich diese Personen nicht zu den 1200 Internierten deutscher Abstammung, obwohl diese auch wegen ihrer Herkunft zur Waffen-SS zwangsrekrutiert, in sowjetische Gefangenschaft geraten und nach 1950 in Tiszalök interniert wurden.

A-1249 Angaben, Informationen zum Internierungslager Tiszalök, 1951-1952-1953[663]

Am Anfang dieses Dossiers findet man zahlreiche Meldungen über die Veränderungen der Arbeitsplätze bestimmter Internierter[664] und über die Krankheiten beziehungsweise ihre Einlieferung ins Krankenhaus. Von Seite 28 bis Seite 94 liest man Listen der Internierten und Tagesmeldungen aus den Jahren 1951, 1952 in Tiszalök, über die Anzahl, Vermehrung, Entlassung, Tod, Lieferung der Internierten. Im August 1951 betrug die Zahl der Internierten 1369 Personen und 90 Prozent dieser Personen hatten deutsche Familiennamen.[665] Zweimal konnte man von Seite 28 und Seite 94 von Freilassungen lesen – ohne weitere Angaben bezüglich der freigelassenen Internierten –, die Zahlen sprechen jedoch für sich selbst: am 21. Dezember 1951 hat man 35 Personen, am 3. März 1952 hat man 38 Personen freigelassen.[666]

[662] ÁBTL, A-1249/1. Tiszalöki internálótábor, tábornévsor
[663] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953
[664] Wegen der Erkrankungen bestimmter Internierter wurde von den Kranken eine „leichtere" Arbeit – meistens statt Bauarbeit am Wasserkraftwerk Tiszalök „nur" Arbeit in der Fabrik in Kazincbarcika – verlangt. ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (erste 24 Seiten)
[665] Auszug aus der Liste: A. Ackl, A. Bader, M. Czaun, F. Csiffári, L. Dampf, A. Eckenfels, M. Fáth, J. Gausz, J. Haág, J. Iffland, M. Jauch, A. Kahn, A. Landsmann, P. Maul, A. Nagl, P. Obendorf, I. Paller, J. Reidl, N. Salamon, J. Schaller, A. Schäffer, J. Szanter, A. Tax, J. Ulrich, N. Wache, A. Zanker. ÁBTL, 4.1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (Seite 28-62.)
[666] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 63-65.)

Aus welchem Grund[667] diese insgesamt 73 Personen von den ungefähr 1400-1500 Internierten vor 1953 freigesprochen wurden, konnte man nicht erfahren.

Auf Seite 94 fand ich einen Auszug von einer Liste der 200 Personen, die am 18. April 1953 von Kazincbarcika nach Tiszalök geliefert wurden. Die Liste ist eine Kopie und etwas schwer zu lesen, erkennbar war jedoch, dass 95 Prozent dieser Internierten deutsche Namen trugen und auch ehemalige SS-Soldaten waren.[668]

Vier Tage später – nachdem 200 Internierte deutscher Abstammung aus Kazincbarcika in dem Lager in Tiszalök aufgenommen worden waren – entließ die ÁVH 112 Internierte:

Auszug

Tiszalök, 22. April 1953

Der drei Mitglieder zählende Ausschuss für die Abwicklung der Freilassung bestimmter Personen aus dem Internierungslager Tiszalök ließ – nach Anweisung höherer Kreise – zwischen dem 9. und dem 22. April 112 Personen frei.

Ottó Zentai
Hauptmann der ÁVH, Komitatsbeauftragte

Kálmán Kiss
Hauptmann der Innenministeriums, Arbeitsplatzdirektor

László Nagy
Leutnant der ÁVH, Leiter der Operativen Abteilung[669]

Nach dem Tod von Stalin im März 1953 waren die Verhältnisse in dem Internierungslager auch besser geworden: in den Jahren 1951 und 1952 haben die ÁVH Überprüfungsausschüsse – aufgrund der Information im Dossier A-1249 – 35 und 38 Internierte, im April 1953 aber schon 112 Internierte freigelassen. Die Situation der Internierten ausländischer Staatsbürgerschaft – dazu gehörten auch die ungarndeutschen Internierten – war im Frühling 1953 noch nicht geklärt und so konnte es vorkommen, dass sich die Anzahl der Internierten in Tiszalök vermehrte. Darüber berichtete eine Meldung drei Tage später:

[667] Aufgrund der untersuchten Dossiers anderer Lager ist es durchaus möglich, dass die Mehrheit dieser freigelassenen Internierten kranke, alte Menschen, schwangere Frauen oder Personen des „einfachen Volkes" waren. Das Internierungslager Tiszalök brauchte Arbeitskraft für den Aufbau des Wasserkraftwerkes und auch in der Fabrik in Kazincbarcika, das bedeutet, junge Männer wollte man nicht freilassen. (Anmerkung der Autorin)
[668] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 94-105.)
[669] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 105.)

Arbeitsplatzdirektion Tiszalök
Betreff: Meldung von Veränderungen
Meldung von Veränderungen
Tiszalök, 25. April 1953

Anzahl am 18. April 1953: 1446 Internierte
Anzahl am 25. April 1953: 1624 Internierte

Vermehrung: Letzte Woche wurden 200 internierte Personen von der Arbeitsplatzdirektion Kazincbarcika nach Tiszalök geliefert. Wir legen die Liste bei.

Verlust: Eine Person lieferten wir ins Krankenhaus nach Debrecen.

Die Freilassung wurde in der zweiten Hälfte dieser Woche beendet. Insgesamt haben wir 112 Personen freigelassen. (...)

Kálmán Kiss
Hauptmann der Innenministeriums, Arbeitsplatzdirektor[670]

Nach dem Beschluß über Amnestie am 27-28. Juni 1953 begann man bis zum 2. Juli 1953 einen Arbeitsplan zusammenzustellen. Ab dem ersten Juli 1953 entstanden Ausschüsse für die Freilassung der Verhafteten und Internierten.[671] Zuerst wurden Internierte ungarischer Staatsbürgerschaft und die Bürger volksdemokratischer Länder freigelassen. Diejenigen Ungarndeutschen, deren Familien in die Sowjetzone Deutschlands vertrieben wurden und die deshalb nach ihrer Freilassung nach Ostdeutschland umsiedeln wollten, durften früher entlassen werden als die Mehrheit der ungarndeutschen Internierten, deren Familien nach Westdeutschland vertrieben worden waren und die deshalb als westdeutsche Staatsbürger, nach Westdeutschland umsiedeln wollten. Einen Auszug von der Übernahme ostdeutscher Internierter aus Tiszalök durch einen ÁVH-Beauftragten beinhaltet dieses Dossier von Seite 115 bis Seite 138:

ÁVH Budapest *Streng geheim gehalten!*
103/8227/1953

[670] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 112.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[671] Verordnung 1034/1953 M.T. über die Auflösung der Internierungslager, offiziell am 26. Juli 1953

Auszug

über die aus dem Internierungslager Tiszalök abzuliefernden Internierten

Liste von 218 Internierten[672]

(...)

Ich verordne und genehmige die Übernahme der im Auszug aufgelisteten 218 ostdeutschen Internierten

Budapest, 11. Juni 1953

Aus der Verordnung des Leiters der Behörden

Rudolf Garasin

Oberst des Innenministeriums, VII. Hauptabteilungsleiter im Innenministerium

Gyula Zsidi

Oberst der ÁVH

Hauptabteilungsleiter[673]

(unten, mit Handschrift: *Die im Auszug stehenden 218 Personen habe ich heute, den 16. Juli 1953, um 7 Uhr 30, dem Beauftragten der ÁVH übergegeben. Tiszalök, 16. Juli 1953, B. Szabó*[674])

In dieser Liste findet man – da hier meistens auch der Wohnort angegeben wurde – fast ausschließlich ungarndeutsche Namen, wie zum Beispiel *Vilmos Zeller, Dunabogdány*[675] oder *Jakab Arndt, Bonyhád*[676]. Diese ungarndeutschen Internierten wurden in den Meldungen der ÁVH jedoch als *Ostdeutsche*[677] definiert.

Aufgrund der Verordnung 1034/1953 M.T. über die Auflösung der Internierungslager mussten die Behörden – konkreter die dafür aufgestellten Ausschüsse - die Internierten zwischen dem 2. August und dem 31. Oktober 1953 überprüfen und vor Gericht stellen oder freilassen. In einer Meldung im August 1953 lesen wir, dass in Tiszalök ab dem 3. August

[672] Deutsche Namen, wie zum Beispiel J. Arndt, V. Zeller, M. Weigant. ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 115-138.)
[673] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 115.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[674] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 126.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[675] Ebenda, S. 115-126.
[676] Ebenda, S. 115-126.
[677] Ebenda, S. 115-126.

1953 insgesamt 405 Personen freigelassen wurden.[678] Es wurde eine Meldung auch darüber zusammengestellt, was für Berufe die befreiten Personen vor ihrer Internierung hatten und wo sie später eingestellt werden konnten. Die Mehrheit dieser 405 freigelassenen Internierten aus Tiszalök hatte deutsche Namen und gehörte zum Arbeiter-oder Bauernstand. Von den 405 Internierten waren 148 Personen Arbeiter oder Tagelöhner, 180 Personen Bauern, 51 Handwerker und es gab unter ihnen 3 Ärzte, 4 Lehrer, 16 ehemalige Beamte und 3 ehemalige Polizisten von Beruf. Sie waren aufgrund ihrer deutschen Familiennamen Ungarndeutsche, jedoch mit ungarischer Staatsbürgerschaft und waren ihren Berufen nach die „Zielgruppen" der kommunistischen Politik. Die Mehrheit dieser freigelassenen Internierten wurde schnell auf verschiedenen, von der KÖMI geleiteten Arbeitsplätzen eingestellt.[679]

Die ungarndeutschen Kriegsgefangenen mit ausländischer Staatsbürgerschaft konnten nicht nach dem 3. August freigelassen werden, denn es musste noch ihre weitere Situation, wegen ihrer Vergangenheit als SS-Soldat und ihrer deutschen Staatsbürgerschaft geklärt werden. Über dieses Problem berichtete eine Meldung aus Tiszalök vom 18. August 1953:

Innenministerium *Streng geheim gehalten!*

VII. Hauptabteilung

Operative Abteilung

Betreff: Niederlassungsbewilligung der Kriegsgefangenen ausländischer Staatsbürgerschaft

Nr. 1689/1953

Meldung

Tiszalök, 18. August 1953

Diese Internierten möchten ihre Niederlassungsgenehmigung in Ungarn:

- *Jugoslawen: 38 Personen*[680]
- *Westdeutschen: 2 Personen*[681]
- *Rumänen: 2 Personen*
- *Ohne Staatsbürgerschaft: 1 Person*

[678] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 142-153.)
[679] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 153-167.)
[680] Von diesen 38 Internierten jugoslawischer Staatsbürgerschaft in Tiszalök waren – ihren Familiennamen nach - zwei Drittel slawischer, ein Drittel deutscher Abstammung. ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 170.)
[681] Diese zwei Westdeutschen waren wahrscheinlich Geschwister gewesen: M. Trádler und I. Trádler. ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 171.)

László Nagy *Sándor Dornai*

Leutnant der ÁVH *Hauptleutnant des Innenministeriums*

Arbeitsplatzdirektor[682]

Die Internierten ausländischer Staatsbürgerschaft, die sich in Ungarn oder in volksdemokratischen Ländern ansiedeln wollten, wurden – nach meinen Forschungen – schneller und leichter freigelassen. Die Personen, die ausländische Staatsbürgerschaft hatten, wurden im Sommer 1953 nach Tiszalök geliefert und blieben als Internierte in diesem Lager solange, bis ihre Situation geklärt wurde. Deshalb vermehrte sich die Anzahl der Internierten in Tiszalök auch nach der Verordnung der Amnestie. Darüber berichten Auszüge aus Kistarcsa und aus Tiszalök: am 21. August 1953 stand in einem Auszug von Kistarcsa[683], dass 37 Internierte ausländischer Staatsbürgerschaft vom Lager Tiszalök übernommen wurden, am 24. August 1953 stand in einem Auszug in Tiszalök[684], dass aus dem Gefängnis Vác 9 Personen, aus dem Internierungslager Recsk 4 Internierte und aus dem Budapester Gefängnis weitere 2 Personen in Tiszalök aufgenommen wurden.

Am 4. September 1953 bat der Oberst und Hauptabteilungsleiter Rudolf Garasin in einem Brief den Genossen Hauptleutnant der ÁVH, Sándor Dornai darum, zwei Verurteilte westdeutscher Staatsbürgerschaft aus dem Gefängnis in Vác zu übernehmen:

Innenministerium *Streng geheim gehalten!*

Hauptabteilung der Straftatvollstreckung

00108/31

An Genossen Hauptleutnant der ÁVH, Sándor Dornai

Direktion des Kriegsgefangenenlagers Tiszalök

Aufgrund meiner Anweisung bitte ich den Genossen, die zwei Verurteilten westdeutscher Staatsbürgerschaft aus dem Gefängnis Vác in Tiszalök aufzunehmen:

[682] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 167-180.)

[683] Diese 37 Internierten – ihren Familiennamen nach waren die Hälfte davon slawischer, ein Viertel deutscher und ein Viertel ungarischer Abstammung – hat Mihály Bodó, Leutnant der ÁVH übernommen. ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 180.)

[684] Die 9 Personen aus Vác waren vor allem deutscher – G. Anderlein, A. Dixler, A. Hillmer, R. Jekl, F. Schadet, L. Fhüll, A. Hammer – und ungarischer – J. Tóth, J. Szönyi – Abstammung. Die zwei Internierten aus Recsk hatten ungarische Familiennamen, die Personen aus Budapest waren Ärzte oder Juristen ungarischer Abstammung (Dr. J. Szokol, Dr. F. Németh). Sie hat der Oberleutnant und Arbeitsplatzdirektor Sándor Dornai aufgenommen. ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 186.)

János Winghardt[685]*, Budakeszi, 1904, Mutter: Franciska Helmec, Beruf: Zimmermaler, Wohnort: Westdeutschland, Waldenburg (Adresse) und*
Ernő Zeller[686]*, Bácsalmás, 1921, Mutter: Katalin Kéhl, Beruf: Grundschullehrer, Wohnort: Westdeutschland, Grenstetten, (Adresse)*

Budapest, 4. September 1953

Rudolf Garasin, Oberst des Innenministeriums, Hauptabteilungsleiter[687]

Der Wunsch des Genossen Garasin ging in Erfüllung: zwei Tage später liest man in diesem Dossier auf Seite 212 eine kurze Meldung – mit der Unterschrift des Gefängnisdirektors von Vác, Oberstleutnant des Innenministeriums István Lehota - über die Auslieferung dieser zwei westdeutschen Kriegsgefangenen nach Tiszalök.[688]

Nach der Amnestieverordnung löste man die Internierungslager offiziell auf, aber in diesem Brief kann man auch sehen, dass einige Lager – Tiszalök und Kistarcsa – weiter geöffnet blieben. Im Brief von Garasin an Genossen Dornai sehen wir, dass es statt „Direktion des Internierungslagers Tiszalök" die Adresse „Direktion des Kriegsgefangenenlagers Tiszalök" geschrieben wurde. Die ehemaligen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion blieben nach der Amnestie weiter im Lager und mussten genauso weiterarbeiten wie die Internierten vor 1953. Diese Personen waren Ungarndeutsche, was auch der Geburtsort der zwei Verurteilten in dem Brief beweist. Sie wurden jedoch zur Waffen-SS zwangsrekrutiert, bekamen also die deutsche Staatsbürgerschaft. Während ihrer Kriegsgefangenschaft in den sowjetischen Arbeitslagern hat man ihre Familien aus Ungarn vertrieben, deshalb steht neben ihren Namen die westdeutsche Adresse. Diese Kriegsgefangenen fühlten sich als Ungarn, wollten jedoch meistens zu ihren vertriebenen Familien nach Deutschland gehen, was die ungarischen Behörden noch nicht geregelt hatten. Die ungarndeutschen Kriegsgefangenen wurden also nach der Amnestieverordnung nicht freigelassen, sondern nach Tiszalök ins Kriegsgefangenenlager geliefert.

Deshalb beschwerten sie sich im Oktober 1953 darüber, dass sie – im Gegensatz zur sowjetischen Gefangenschaft – ihren Angehörigen nicht schreiben durften. Sie wussten auch

[685] Über János Winghardt konnte ich auch in einem anderen Dossier lesen: ÁBTL, V-82997/1. SU-ból átvett hadifoglyok (Kriegsgefangene aus der Sowjetunion)
[686] Über Ernő Zeller konnte ich auch in einem anderen Dossier lesen: ÁBTL, V-82997/1. SU-ból átvett hadifoglyok (Kriegsgefangene aus der Sowjetunion)
[687] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 210.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[688] Meldung vom 6. September 1953, in: Ebenda, S. 212.

nicht, wann sie endlich entlassen würden. Viele Kriegsgefangene hat man deshalb eingesperrt und bald versammelte sich die ganze Belegschaft und verlangte voller Verzweiflung die Freilassung ihrer Kameraden. Nach diesem „Aufstand" in Tiszalök starben – im Kugelhagel der Bewacher – 5 ungarndeutsche Kriegsgefangene und viele wurden auch verletzt, von denen die Wächter einige Schwerverwundete erschossen und auf freiem Feld verscharrten.[689] Erst im Dezember 1953 wurde die Mehrheit der ungarndeutschen Kriegsgefangenen entlassen.[690]
Die Kriegsgefangenen ungarischer oder anderer Nationalität transportierte man auch nach Tiszalök, sie konnten jedoch früher entlassen werden als die ungarndeutschen Kriegsgefangenen mit westdeutscher Staatsbürgerschaft. In diesem Dossier fand ich auf Seite 214 einen Auszug über die Freilassung von 174 ehemaligen Kriegsgefangenen: in der Meldung der Arbeitsplatzdirektion Tiszalök am 16. September 1953 konnte man die Liste der 174 Befreiten, mit Reihennummer, Name der Person, Geburtszeit und Geburtsort[691] lesen. Mit Hilfe dieser Angaben stellte man fest, dass in dieser Liste, von 174 Befreiten 47 Personen deutsche Namen und ungarndeutsche Dörfer als Geburtsorte – wie zum Beispiel Vaskút oder Bácsalmás – hatten, 36 Personen slawische Familiennamen trugen und die anderen 91 Personen ungarische Namen hatten. Es kann sein, dass diese Personen mit deutschem Namen ungarische Staatsbürgerschaft hatten und deshalb – neben den ungarischen und slawischen Personen – befreit werden konnten.[692]
Die in Tiszalök gebliebenen Kriegsgefangenen mussten genauso hart arbeiten wie früher die Internierten. Deshalb konnte man auch nach der Amnestieverordnung im Herbst 1953 über Todesfälle in dem Kriegsgefangenenlager Tiszalök lesen. Ein Beispiel darüber, wie die Leichen aus dem Lager „entfernt" wurden, zeigt eine Genehmigung zur Beerdigung vom 23. September 1953:

Von: Staatsanwaltschaft im Kreis Tiszalök

Genehmigung zur Beerdigung

Ich genehmige die Beerdigung der Leiche von Sándor Richter. Es konnte bei ihm kein Verbrechen festgestellt werden, Sándor Richter starb – aufgrund ärztlicher Untersuchung – an einem natürlichen Tod.

[689] Über diesen „Aufstand" berichte ich in meiner Dissertation später. ÁBTL, A-507.
[690] Dazu s.: Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök. Stuttgart, 1993
[691] Ungefähr die Hälfte der Geburtsorte wurde in dieser Liste angegeben. ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 214-224.)
[692] Auszug über die Freilassung von 174 Kriegsgefangenen am 16. September 1953, ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 214-224.)

Tiszalök, 23. September 1953 *Dr. Gyula Király*

Staatsanwalt[693]

In früheren Dossiers, zum Beispiel im A-1249 über das Internierungslager Tiszalök fand ich auf den ersten 24 Seiten des Dossiers Meldungen über kranke Internierte und über Veränderungen ihrer Arbeitsplätze wegen ihrer verschlechterten Gesundheit aus den Jahren 1951 und 1952. Auf den Seiten 63 bis 94 dieses Dossiers konnte man Tagesmeldungen vor allem über die Anzahl der Internierten lesen. Daneben stand immer die Anzahl der kranken, ins Krankenhaus eingelieferten Internierten und die der verstorbenen Internierten.[694] Hier konnte man noch keine Genehmigung zur Beerdigung der Leichen der verstorbenen Internierten lesen. Es war zu dieser Zeit – in den Jahren 1951 und 1952 – sogar auffallend, dass die Mehrheit der Verstorbenen – wenn die ärztliche Behandlung im Dossier vorhanden war - an den gleichen Krankheiten – vor allem an Lungenentzündung und an Herzstörungen – gestorben waren. Entweder fehlten die ärztlichen Untersuchungen der anderen gestorbenen Internierten oder fügten die Behörden noch keine Meldung über die Umstände der Beerdigung dieser Internierten bei. In den Memoiren von Überlebenden dieser Internierungen liest man jedoch darüber, dass die Leichen entweder auf freiem Feld verscharrt[695] oder in den Wetterschacht des Bergwerkes[696] geworfen wurden. Dabei ging es sicherlich nicht um Genehmigungen des Staatsanwaltes bezüglich der Beerdigung der gestorbenen Personen. Diese Beerdigungsgenehmigung von der Staatsanwaltschaft des Kreises Tiszalök wurde am 23. September 1953 erstellt, also nach der Amnestieverordnung und nach der offiziellen Auflösung der Internierungslager. Die Behörden achteten also ab Herbst 1953 auf die Rechtsformalitäten. Während meiner Forschungen im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste konnte ich erst aus dem Jahre 1953 konkrete Untersuchungen von Seite der Staatsanwaltschaften hinsichtlich des Todes und der Beerdigung der – nach Herbst 1953 – Kriegsgefangenen lesen. Das Wort „Heilbehandlung"[697] tauchte zum ersten Mal in einer Meldung vom 19. September 1953 auf, denn in den früheren Meldungen hatte man nur die Zahl der ins Krankenhaus eingelieferten Personen aufgezählt:

---

[693] ÁBTL, 4. 1. A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok, 1951-1952-1953 (S. 217.)

[694] Zum Beispiel am 19. August 1951: Anzahl der Internierten 1369 Personen, Anzahl der Kranken im Krankenhaus 5 Personen, Anzahl der Verstorbenen 2 Personen. In: ÁBTL A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 63.)

[695] In Tiszalök wurden die Leichen auf freiem Feld verscharrt. In: Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök. Stuttgart, 1993

[696] In Kazincbarcika wurden die Leichen vor allem in den Wetterschacht des Bergwerkes in Nagybarca geworfen.

[697] In der Meldung steht auf Ungarisch „gyógykezelés", was heute auch als „Kur" verstanden wird. In: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 218-219.)

Arbeitsplatzdirektion Tiszalök
01/31/1953

Meldung über Veränderungen

Anzahl: am 12. September 1953 – 1345 Kriegsgefangene
am 19. September 1953 – 1269 Kriegsgefangene

Vermehrung: Ein Kriegsgefangener wurde aus dem zentralen Krankenhaus zurückgeliefert.

Verlust: Vergangene Woche wurden drei Kriegsgefangene wegen Heilbehandlung ins zentrale Krankenhaus abgeliefert: Henrik Beck (1900, Kistormás, Mutter: Katalin Binder), Márton Wiest (1900), /der Name der dritten Person wurde im Dossier gestrichen/
Ich melde noch, dass eine Person am 20. September 1953 nach Kistarcsa transportiert wird: József Titz (1912, Püspökladány, Mutter: Rozália Bös) Im Weiteren melde ich, dass vergangene Woche 74 Kriegsgefangene befreit wurden. Den Auszug darüber werde ich nach der Beendigung der Freilassungen unterbreiten.

Sándor Dornai
Oberstleutnant des Innenministeriums,
Arbeitsplatzdirektor[698]

Noch im September 1953 haben die Genossen in Tiszalök ihre „Aufgaben" bezüglich der Amnestieverordnung erledigt, denn im Dossier ab Seite 220 begann die zusammenfassende Meldung des Überprüfungsausschusses vom 24. September 1953, bestehend aus Sándor Dornai, Oberstleutnant des Innenministeriums und Arbeitsplatzdirektor, Mihály Csotka, Oberstleutnant der ÁVH und Anwalt, Lajos Sinka, Leutnant von Seite der Polizei, Dr. Gábor Ádám, abteilungsleitender Major des Innenministeriums und Arzt und László Nagy, Leutnant der ÁVH und Leiter der Operativen Abteilung.[699] Den Ausschuss bildete man am 1. August 1953 und ab dem 2. August arbeiteten die Genossen schon an der Freilasung der Internierten.

[698] ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 219.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[699] Der Genosse des Innenministeriums, Rudolf Garasin hat diese Personen für die Überprüfungsarbeit in Tiszalök ausgewählt. In: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 220.)

In zwei Wellen wurden die Internierten befreit: vom 3. bis 22. August und vom 16. bis zum 24. September 1953. Die Arbeit des Ausschusses kontrollierte Oberst Rudolf Garasin, Oberstleutnant Gyula Lőke und von der Seite der Kontrollabteilung des Innenministeriums Oberstleutnant der ÁVH, Károly Primusz und Abteilungsleiter, Hauptmann der ÁVH, Gyula B. Szabó. Die ÁVH musste jedoch nach der Amnestie weiter sehr wachsam bleiben:

Während der Freilassungen sicherten die operativen Mitarbeiter das Lager und lieferten dem Innenministerium täglich Stimmungsmeldungen. (...) Nach der Ankunft der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft verlangten wir für ihre Überwachung weitere Verstärkung.[700]

Die befreiten Internierten wurden von den Lagerärzten untersucht und die Freigelassenen erhielten vom Wirtschaftsbüro *entsprechende Bekleidung und ihre Depositen.*[701]

Die Befreiten erhielten bis auf ihren letzten Arbeitstag ihr Gehalt, insgesamt 943.764 Forint, pro Person durchschnittlich 1750 Forint. (...) Die freigelassenen Internierten bekamen davon 300 Forint in Bargeld, die andere Summe haben wir in Form eines kuponierten Sparkassenbuches[702] *ausgegeben. Wir haben allen Befreiten eine bis zum Wohnort gültige Zugkarte ausgestellt. (...) 38 Prozent der freigelassenen Personen konnte mit der Baufirma des Wasserkraftwerkes*[703] *einen Arbeitsvertrag schließen. Die offizielle Wohnhausmeldepflicht wurde erfüllt und jede Person wurde auch über die Anmeldepflicht am neuen Wohnort unterrichtet. Wir erklärten den Befreiten auch die Meldung an der Soldatischen Registratur.*[704]

Der überwiegende Teil der Befreiten war nach seiner Freilassung sicherlich froh darüber und freute sich über die „Fürsorge" des ungarischen Staates – über Bekleidung, Depositen, Gehalt in Bargeld und Sparkassenbuch, Arbeitsvertrag - konnte jedoch nicht in sein Dorf zurück. Diejenigen, die früher an den Grenzen lebten, wurden auch aus der Grenzzone ausgewiesen. Die Internierten, die früher zum Beispiel Großbauern oder angesehene Personen waren,

---

[700] Die operativen Mitarbeiter waren wahrscheinlich eingesetzte Spione im Lager und die Mehrheit der angekommenen ausländischen Staatsbürger bildeten die ungarndeutschen Kriegsgefangenen, die slawischen Personen aus Jugoslawien, die Jugoslawiendeutschen und die Griechen. ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 221.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[701] Fragwürdig bleibt, ob die Depositen der Internierten während ihrer Internierungszeit aufbewahrt wurden. ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 221.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[702] Ung. 'Szelvényes Takarékbetétkönyv', in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 221.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[703] Ung. 'Vízműépítő Vállalat', in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 221.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[704] Ung. 'Katonai Nyilvántartó', in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 221.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

wurden aus ihren ehemaligen Dörfern entfernt.[705] Auch die deutsche Minderheit erwartete von der Amnestieverordnung viel: sie hoffte darauf, dass sie mit der Amnestie ihren ehemaligen Besitz zurückbekommen könnte. Die nach Deutschland vertriebenen Ungarndeutschen freuten sich auch über die Amnestieverordnung: Die Caritas-Flüchtlingshilfe Stuttgart sah zum Beispiel darin eine Möglichkeit zur Familienzusammenführung.[706] Obwohl die Mehrheit der Kriegsgefangenen deutscher Staatsbürgerschaft im Dezember 1953 aus dem Kriegsgefangenenlager Tiszalök befreit wurde und zu ihren vertriebenen Familien nach Deutschland aussiedeln konnte, wurde die Lage der Ungarndeutschen und die Meinung der Politik über die Ungarndeutschen nicht wesentlich verändert. Die ehemaligen Internierten – ungarischer, ungarndeutscher oder anderer Abstammung – gehörten zu den immernoch zu überwachenden Elemente der ungarischen Gesellschaft:

Von dem Beschluß schickten wir 24 Stunden vor der Freilassung des Internierten ein Exemplar an die zentrale Steckbriefsregistratur[707] und ein Exemplar an die zuständige Polizeihauptmannschaft. Die Originale des Beschlusses erhielt der Internierte und das übriggebliebene Exemplar des Beschlusses bleibt in den internierten Akten der Operativen Abteilung. (...) Es wurde über einen jeden Internierten ein Überwachungsblatt[708] ausgestellt, das – mit entsprechenden Zeichennummern – der Landeswohnsitzregistratur[709] auch zugeschickt wurde. Die Operative Abteilung ließ mit dem Internierten – den Anweisungen entsprechend – eine Erklärung über die Verschwiegenheitspflicht unterzeichnen.[710]

Dieser Teil der zusammenfassenden Meldung des Ausschusses Tiszalök beweist, dass die ehemaligen Internierten befreit, jedoch weiter als gefährliche Elemente betrachtet wurden. Mehrere Behörden waren für die Kontrolle dieser Personen zuständig: die Steckbriefregistratur, die Polizei, die Operative Abteilung der ÁVH und die ungarische Wohnsitzregistratur. Die freigelassenen Internierten wurden damit überall als ehemalige klassenfeindliche Personen der „demokratischen Ordnung" abgestempelt.

---

[705] Miklós FÜZES, Törvénysértéssel, Pécs 1992 in: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn. Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993

[706] Anja KAMMERER, Willi KAMMERER (Red.), Narben bleiben. Die Arbeit der Suchdienste 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, Pößneck, 2005

[707] Ung. 'Központi Kőrözési Nyilvántartó', in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 221.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[708] Ung. 'Figyelőlap', in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 222.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[709] Ung. 'Országos Lakcímnyilvántartó', in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 222.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[710] ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 221.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

In die neuen Produktionsformen konnten sich diese – auch viele ungarndeutsche - Internierten nicht integrieren. Sie wurden enteignet, ihre Berufe mussten sie oft aufgeben und sie konnten meistens nicht an ihrem ehemaligen Wohnort bleiben. Bei der deutschen Minderheit – in dieser Situation wegen der großen Zahl der ungarndeutschen Kriegsgefangenen und Internierten – war die Integration noch schwieriger gewesen. Viele hatten ihre Nationalität aufgeben müssen – das beweisen unter anderem die Volkszählungsergebnisse im Jahre 1949 und auch die Zunahme der madjarisierten Namen. Diese Schritte haben jedoch nicht viel geholfen. Wie das auch meine Forschungen in vielen Dossiers zeigen, war nicht die Nationalität, sondern der Klassenstandpunkt des Einzelnen zwischen 1945 und 1953 entscheidend. Die vor 1953 freigelassenen ungarndeutschen Verhafteten aus armbäuerlichen Verhältnissen waren für die Politik der Ungarischen Kommunistischen Partei wichtige Elemente der „kommunistischen" Arbeiterklasse, während die Kulaken – ungarischer oder ungarndeutscher Abstammung – als „Imperialisten" und Klassenfeinde dieser Politik betrachtet wurden.[711] Auf Grundlage der Nationalität war also eine Integrationsmöglichkeit nicht möglich.

In den Dossiers der ungarndeutschen Kriegsgefangenen wird die Bezeichnung „Schwabe-Kulake" negativer bewertet als der ungarische „Kulake", denn bei einem „Schwaben-Kulaken" mussten die Behörden nicht nur die Vermögensverhältnisse des „Kulaken", sondern auch seine wahrscheinlich „faschistische" Vergangenheit als „Schwabe" in Betracht ziehen.[712] Für die betroffenen, aktenkundig gewordenen Ungarndeutschen, die in den Akten der Staatssicherheitsdienste zu „Schwaben-Kulaken" abgestempelt wurden, war diese Situation schlechter als bei den ungarischen Kulaken, denn die Ungarndeutschen mussten nicht nur ihre bisherige Existenz – durch Enteignung -, sondern, unter Zwang, auch ihre nationale Identität – durch Namensmadjarisierung - und ihr Gemeinschaftsbewußtsein – durch Vertreibung beziehungsweise die damit im Zusammenhang stehende Zerstörung des „schwäbischen Dorfes" - aufgeben.[713]

---

[711] Dazu s.: ÁBTL, A-479 Internálótáborok felülvizsgálati anyaga, szabadulók névsora, 1952

[712] Zum Beispiel im Dossier des ungarndeutschen Kriegsgefangenen György Richter steht am Ende seines Verhörs eine Bemerkung: „Schwabe-Kulake! (Abstammung)'SS', kann sein, dass er die Wahrheit gesagt hat. Vorschlag: ich schlage vor, ihn in ein anderes Lager zu transportieren" in: ÁBTL, V-67810 Richter György

[713] „Vor ungefähr fünf Tagen begann die Vorbereitung der Vertreibung der in der Umgebung von Budapest verbliebenen Schwaben in die Sowjetzone Deutschlands. (...) Die jetzt vertriebenen ungefähr 3500 Schwaben kamen überwiegend aus den Reihen der wohlhabenden Schwaben, mit ihrem Abtransport kamen nun größere Wein- und Obstbauflächen in den Besitz des Grunbeszitzfonds. Die abgeriegelten Häuser überwachen überall verstärkte Wachdienste und auf die Enteignung der zurückgelassenen Immobilien hat man Statarium verhängt." In: Kis Újság, 26. August 1947 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Am Ende der zusammenfassenden Meldung des Ausschusses Tiszalök liest man Statistiken bezüglich der Freilassung:

- *am 1. August 1953 waren 1416 Kriegsgefangene im Lager,*
- *619 Personen wurden in andere Lager transportiert und*
- *wegen der Auflösung vieler Internierungslager wurden 382 Personen ausländischer Staatsbürgerschaft*[714] *in Tiszalök aufgenommen.*
- *Aus Tiszalök hat man insgesamt 573 Personen freigelassen.*
- *Von diesen 573 Befreiten waren 480 Personen ungarische Staatsbürger, 87 Personen jugoslawische Staatsbürger, 3 Personen deutsche Staatsbürger, 2 Personen österreichische Staatsbürger und eine Person hatte keine Staatsbügerschaft.*
- *Aufgrund der Qualität der Freilassung wurden von diesen 573 Befreiten 412 Personen ohne Probleme freigelassen, 49 Personen wurden neben der Kontrolle der KEOKH*[715] *freigesprochen, 56 Personen wurden neben der Aufsicht der Polizei befreit, 51 Personen wurden neben Ausweisung freigelassen und 5 Personen durften nur neben Ausweisung und polizeilicher Aufsicht auf freien Fuß gesetzt werden.*
- *Mit 215 Personen konnten die Behörden Arbeitsverträge schließen.*
- *Von den 573 Feigelassenen lebten 52 Personen in Grenzzonen, diese bekamen einen Ausweis für den provisorischen Eintritt in die Grenzzone.*[716]
- *Die Mehrheit der Freigelassenen, 409 Personen sind Arbeiter, 58 Personen sind Intellektuelle und 96 Personen haben andere Berufe.*
- *Gesundheitlich gesehen musste man 3 Personen von den Freigelassenen ins Krankenhaus einliefern, 5 Personen gingen zur ärztlichen Untersuchung und 15 Personen zur Lungenambulanz.*
- *30 Internierte wurden vor Gericht gestellt: 10 Personen ungarischer, 12 Personen westdeutscher, 2 Personen ostdeutscher und 6 Personen jugoslawischer Staatsbürgerschaft.*
- *Nach der Freilassung von 573 Internierten blieben im Lager in Tiszalök am 24. September 1953 insgesamt 1179 Personen. Von diesen 1179 Kriegsgefangenen sind 2*

[714] 254 Personen aus Kazincbarcika, 100 Personen aus Kistarcsa, 6 Personen aus Recsk, 15 Personen aus Vác, 2 Personen aus Budapester Gefängnis und 5 Personen aus dem Krankenhaus. ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 222.)

[715] Ung. 'Külföldieket Ellenörző Központi Hivatal', das Ausländer überwachende zentrale Büro. ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 222.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[716] Ung. 'ideiglenes határsávba való belépésre jogosító igazolvány', in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 222.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

Personen ungarischer Staatsbürgerschaft,[717] *1 Kriegsgefangener ist belgischer Staatsbürger, 65 Personen sind österreichische Staatsbürger, 111 Kriegsgefangene sind jugoslawische Staatsbürger und 1000 Kriegsgefangene sind deutsche Staatsbürger.*[718]

Aufgrund dieser Statistiken kann festgestellt werden, dass nach der Amnestieverordnung aus Tiszalök vor allem die ungarischen Staatsbürger – 480 Personen von den 573 Freigelassenen – befreit wurden. Die ungarndeutschen Kriegsgefangenen mit deutscher Staatsbürgerschaft mussten jedoch im Lager bleiben. Die Mehrheit der Freigelassenen, 412 Personen – hier ging es wahrscheinlich auch um die ungarischen Staatsbürger – wurden ohne Probleme entlassen. Von den befreiten 573 Personen waren 409 Freigelassene einfache Arbeiter. Von den Personen, die vor Gericht gestellt wurden, waren die Personen deutscher Staatsbürgerschaft in der Mehrheit: 12 westdeutsche und 2 ostdeutsche Internierte von den insgesamt 30 Verurteilten. Die Anzahl der Kriegsgefangenen nach Beendigung der Freilassung betrug am 24. September 1953 insgesamt 1179 Personen. 1000 Kriegsgefangene von diesen 1179 Personen waren deutsche Staatsbürger – die Ungarndeutschen – und nur zwei verurteilte Ärzte waren ungarische Personen. Diese statistischen Angaben zeigten eindeutig, dass das weitere Schicksal der ungarndeutschen Kriegsgefangenen noch nicht geklärt wurde und dass in der Mehrheit diese ungarndeutschen Kriegsgefangenen mit der Gefangenschaft und Zwangsarbeit in Tiszalök weiter bestraft blieben.

A- 507 – Das Kriegsgefangenenlager Tiszalök[719]

Am 26. Juli 1953 verabschiedete der Ministerialrat die Verordnung über die Auflösung der Internierungslager und der Vertreibungen.[720] Der Politische Ausschuss der Partei der Ungarischen Werktätigen entschied sich schon am 22. Juli 1953 über die Verabschiedung der Amnestie.[721] Vor der Verordnung, nach dem Tod von Stalin im Frühling 1953, entstanden in den von der ÁVH geleiteten Internierungslagern verschiedene Zusammenfassungen und

[717] Sie waren verurteilte Ärzte. ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 223.)
[718] ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953. (S. 224.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[719] ÁBTL, A-507 Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról, 1953
[720] Kapitel 3 des Beschlusses über die Amnestie des Politischen Ausschusses beinhaltet die Freilassung der Internierten und die Auflösung der Internierungslager. In: Az MDP határozatai 1948-1956. Budapest, 1998.
[721] Vor der Verordnung über die Amnestie fuhr Imre Nagy nach Moskau, wo die sowjetischen Genossen den Reformen und der Amnestieverordnung zugestimmt hatten. MOL-M-KS-276.f.53/126.ő.e. in: Barbara BANK, A „német ügy" 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005.

Statistiken bezüglich der Zahl der Internierten, Verurteilten und schon Freigelassenen.[722] Im Juli 1953 waren 5036 Internierte – davon 2692 Internierte und 2344 Kriegsgefangene – in den ÁVH-Internierungslagern. Für die Auflösung der Lager und die Freilassung der Internierten wurden Anfang Juni schon Arbeitspläne ausgearbeitet.[723] Die Internierten ausländischer Staatsbürgerschaft lieferte man aus allen Internierungslagern nach Tiszalök und von nun an beschäftigte sich das Kontrollamt der Ausländer, das KEOKH[724] mit ihnen. In einem Dossier im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste fand ich einen Brief von József Győre vom 24. August 1953, in dem er die vollständige Liste der Internierten mit Charakteristika an den Genossen Imre Nagy, *an den Vorsitzenden des Ministerialrates*[725] und an Mihály Farkas geschickt hatte:

Innenministerium *Streng geheim gehalten!*
Stellvertreter
Nr.: 3-72/1953.

An Genosse Mihály Farkas
Sekretär der Zentralen Parteiführung
Budapest

Ich lege dem Ausschuss die zusammengestellte Liste der Internierten mit Charakteristika für weitere Anwendung bei.
(...)[726]
Budapest, der 24. August 1953 *József Győre*[727]

Die Überprüfungsausschüsse der einzelnen Internierungslager erhielten den Arbeitsplan am 31. Juli 1953 und ab dem 1. August begann man in jedem Lager mit den Vorbereitungen zur Freilassung der Internierten. Die Überprüfung der Internierungslager war schwierig, denn oft

[722] ÁBTL, 4.1. A-508 1953-évi jelentések különböző internálótáborokról, A-508/1 1953-évi kimutatások különböző internálótáborokról
[723] Über die Bildung der Überprüfungsausschüsse berichtete eine Meldung am 10. Juli 1953. in: ÁBTL, 4.1. A-505 1953 évi jelentések különböző internálótáborokból (S. 195.)
[724] Das KEOKH (Ung. 'Külföldieket Ellenörző Országos Központi Hivatal') versuchte nach der Freilassung der Ausländer, die in Ungarn bleiben wollten, Arbeitsplätze zu finden und organisierte die Abreise der Ausländer, die nicht in Ungarn bleiben wollten. in: Barbara BANK, A „német ügy" 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005.
[725] ÁBTL A-507 Brief von Györe an Nagy (S. 60.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[726] Im Brief erwähnte er auch die Liste der 20 internierten Griechen und der auf Hortobágy zwangsausgesiedelten Griechen und war der Meinung, dass diese Personen griechischer Staatsbürgerschaft nicht in Kőbánya in der griechischen Wohnsiedlung und auch nicht im Dorf Belojanisz angesiedelt werden sollten, sondern in den industriellen Zentren auf dem Lande. In: ÁBTL A-507 Brief von Györe an Farkas/Nagy (S. 60-61.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[727] ÁBTL A-507 Brief von Györe an Farkas (S. 61.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

wollte die ÁVH die Namenslisten, die Statistiken der inzwischen Verstorbenen oder die Depositen der Internierten nicht übergeben.[728] Zum Beispiel findet man in einem Protokoll aus dem berüchtigten Internierungslager Recsk vom 23. September 1953 – also während der Auflösung der Internierungslager und der Freilassung der Internierten – bei der Arbeit des Überprüfungsausschusses keinen Anwalt und keinen Arzt, obwohl jeder Internierte vor seiner Entlassung von dem Lagerarzt untersucht und die Freilassung auch von einem Anwalt überprüft werden musste:

Innenministerium, VII. Hauptabteilung *Streng geheim gehalten!*

Protokoll

Aufgenommen: Recsk, am 23. September 1953, im offiziellen Raum des Internierungslagers Recsk.
Teilnehmer sind die vom Innenministerium unter 00108/1953 TÜK ausgewählten Mitglieder des Ausschusses,
Vorsitzende: Gyula Tóth, Oberstleutnant des Innenministeriums
Leiter der Operativen Abteilung: István Forján, Leutnant der ÁVH
Von der Polizei: Sándor Mészáros, Polizeihauptmann
Anwalt: nicht anwesend
Arzt: nicht anwesend

Der Ausschuss begann aufgrund der ersten Anordnung der Verordnung 10-065/1953 des Innenministeriums am 3. August 1953 die Internierten zu entlassen, mit Hilfe des vom VII. Hauptabteilung des Innenministeriums ausgegebenen Arbeitsplanes.
Die Personen in dem Internierungslager, worauf sich diese Verordnung bezieht: /1024 Personen/

Ohne Probleme entlassen:	*585 Personen*
Unter polizeiliche Aufsicht gestellt:	*45 Personen*
Mit Ausweisung freigelassen:	*49 Personen*
Mit Ausweisung freigelassen und unter polizeiliche Aufsicht gestellt:	*65 Personen*
Insgesamt:	*744 Personen*

[728] Über diese Probleme, über die Statistiken der Verstorbenen, über das Fehlen der Meldungen vom Tod oder die Beerdigung der Internierten beziehungsweise über die Aufbewahrung der Depositen der Internierten berichtete ich in dieser Arbeit. in: ÁBTL, 4.1. A-505 1953 évi jelentések különböző internálótáborokból

Abtransportiert nach Kistarcsa: *265 Personen*

Abtransportiert nach Tiszalök: *15 Personen*

Insgesamt: *1024 Personen*[729]

Aufgrund des Protokolls aus dem Internierungslager Kazincbarcika wurden die Internierten dort vom 3. August bis zum 21. September 1953 ärztlich untersucht und bekamen bei ihrer Entlassung ihre Depositen, ihr Gehalt, entsprechende Bekleidung, kaltes Essen für einen Tag und auch eine Zugkarte. Im Lager befanden sich am 3. August 1953 noch 981 Internierte, davon hat man 499 Personen ohne Probleme freigelassen, 256 ausländische Internierte lieferte man nach Tiszalök und 61 Internierte nach Kistarcsa. 61 Internierte konnten unter polizeiliche Aufsicht gestellt, 38 Internierte mit Ausweisung von ihrem Wohnsitz und 48 Internierte mit Ausweisung von ihrem Wohnsitz sowie unter polizeilicher Aufsicht an ihren neuen Wohnsitz entlassen werden. Das Protokoll haben am 21. September 1953 in Kazincbarcika der Vorsitzende und Hauptmann des Innenministeriums, János Lovasi, der Anwalt und Hauptleutnant der ÁVH, Ferenc Galovics, der Unterleutnant der Polizei, József Vincze und der ÁVH-Leutnant Béla Szűcs unterschrieben.[730]

Im Sommer 1953 suchte eine Zivildelegation auch das Lager in Tiszalök auf und sie berichtete in mehreren Sprachen vor der ganzen Belegschaft des Internierungslagers über die Amnestie und über die Auflösung der Internierungslager in Ungarn ab September 1953. Die Delegation versprach auch, dass alle Kriegsgefangenen, auch die mit ausländischer Staatsbürgerschaft, bald freigelassen würden und nach Hause fahren könnten.

Zur Durchführung der Amnestieverordnung *wurden die Internierten ausländischer Staatsbürgerschaft /:und diejenigen, die ungarische Staatsbürger waren, ihre Verwandten jedoch währendessen aus Ungarn vertrieben worden waren:/, gegen die keine gerichtliche Verhandlung abgewickelt werden konnte,*[731] ab dem 15. August 1953 ins Internierungslager Tiszalök geliefert. Es waren insgesamt 1179 Personen[732]. Die Mehrheit dieser Personen waren Westdeutsche /:1000 Personen:/, einen kleineren Teil bildeten Österreicher, Jugoslawen und einige andere Staatsbürger. Vor den ins Lager Tiszalök eingelieferten Internierten wurde am 17. August 1953[733] verkündet, dass sie ihren Regierungen angeboten würden und wenn diese

[729] ÁBTL, A-507 Jegyzőkönyv 1953. szeptember 23-án, Recsk, (S. 46.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[730] Protokoll vom 21. September 1953, Kazincbarcika, in: ÁBTL, A-507 (S. 68.), Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[731] Jelentés a tiszalöki hadifogoly internálótáborról, 24. Oktober 1953 in: ÁBTL A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 10.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[732] Ebenda

[733] Ebenda

Regierungen Antwort geben, dann würden sie abtransportiert und an den Grenzen den ausländischen Regierungen übergeben.

Bis Ende September passierte nichts in Tiszalök, nur die Internierten ungarischer Staatsbürgerschaft befreiten die Behörden. Die Kriegsgefangenen wurden ungeduldiger und arbeiteten etwas abgelenkt. Die neue Wachtkommandantur der ÁVH in Tiszalök rief den Kriegsgefangenen-Wachtkommandanten Ferenc Finn zu sich und verlangte von ihm die Verbesserung der Arbeitsmoral.[734]

Am 4. Oktober 1953 wurde eine Versammlung in der Kulturbaracke des Lagers zusammengerufen, an der sowohl die Kriegsgefangenen und ihr Wachtkommandant Ferenc Finn als auch die Wächter der ÁVH in Tiszalök und der Wachtkommandant teilnahmen. Hier wagten es 8-10 Kriegsgefangene, sich darüber zu beschweren, dass sie im Gegensatz zur sowjetischen Gefangenschaft ihren Angehörigen nicht schreiben durften und zu fragen, wann sie endlich entlassen würden. Der Wachtkommandant versprach den Kriegsgefangenen, ihre Bitten an höhere Gremien weiterzuleiten und schloß damit die Versammlung. Auf dem Weg zurück zu den Baracken hatten die ÁVH-Wächter den Kriegsgefangenen-Wachtkommandanten Ferenc Finn und die Internierten, die sich an dieser Versammlung zu Wort gemeldet hatten, einzeln zum Wachtkommandanten gerufen. Diese Kriegsgefangenen wurden bald eingesperrt.

Als die anderen Internierten von der Inhaftierung von Ferenc Finn und den anderen Kriegsgefangenen erfuhren, versammelten sie sich wieder im Hof und verlangten die Freilassung ihrer Leidensgenossen. Nachdem die eingesperrten Kriegsgefangenen nicht befreit wurden, schrie die ganze Belegschaft stundenlang voller Verzweiflung: *Laßt unsere Kameraden frei!*[735] Bald wurde aus den Wachttürmern und von allen Richtungen geschossen und im Kugelhagel der Bewacher starben 5 Kriegsgefangene[736] und viele wurden schwerverletzt.[737]

Um weitere Probleme und Komplikationen zu vermeiden, verdächtigten die Wächter und der Wachtkommandant in Tiszalök gleich Ferenc Finn und einen anderen Kriegsgefangenen, Ferenc Huber der Anstiftung zur Demonstration und zum Aufruhr. Wie die ÁVH – auch nach

---

[734] Miklós GÖRBEDI, A tiszalöki hadifogolytábor története, Tiszalök, 1989.

[735] Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök. Stuttgart, 1993

[736] In einer Meldung vom 24. Oktober 1953 (im Dossier des ÁBTL 4.1. A-507) starben 5 Personen, in dem Buch des ehemaligen Kriegsgefangegen in Tiszalök, Josef Rinhoffer liest man auch von 5 Gestorbenen, aber im Buch von Barbara Bank geht es „nur" um 4 Verstorbene. (Anmerkung der Autorin)

[737] Über die wahren Ereignisse in Tiszalök kann man lesen in: Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök., Stuttgart 1993, Miklós GÖRBEDI, 1020 nap az őrtornyok árnyékában. A tiszalöki hadifogolytábor története, Tiszalök 1989, Barbara BANK, Sándor ŐZE, A „német ügy" 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005.

der Amnestie – bestimmte Personen verdächtigen und die Gerichtsverhandlung auf konspirative Weise verfälschen konnte, zeigt beispielhaft ein Vorschlag aus der Abteilung XI. des Innenministeriums am 12. Oktober 1953:

Innenministerium *Streng geheim gehalten!*

XI. Abteilung

181-1154/1953

180-2208/1953

Vorschlag

Budapest, 12. Oktober 1953

Um die allgemeine Stimmung unter den - den ausländischen Staaten zu übergebenden - Internierten im Internierungslager Tiszalök zu beeinflussen und die Dokumente einzuholen, schlagen wir Folgendes vor:

1. *Am 12. Oktober suchen wir die Agenten aus, die noch nicht aufgeflogen sind, und besprechen mit ihnen, wie wir uns konspirativ treffen können. Wir schicken deshalb erfahrene operative Agenten ins Lager.*

Dafür zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

2. *Die Agenten erhalten die folgenden Aufgaben: Berichten sie über die Stimmung unter den Internierten den Kategorien nach und decken die Gruppen, Personen auf, die die Ereignisse vom 4. Oktober negativ beurteilen. Durch diese Personen und auf direkte Weise erzählen sie im Lager darüber, dass die Geschehnisse am 4. Oktober Provokateure begangen hatten, die ihre Kameraden irreführten, während die ungarische Regierung schon über die Übergabe der Kriegsgefangenen verhandelte. (...) Nach diesen Geschehnissen hätte man alle Kriegsgefangenen kollektiv bestrafen können*[738]*. Statt dessen stellten die ungarischen Behörden nur die Provokateure vor Gericht. (...)*

Dafür zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

[738] Interessant war hier der Hinweis auf die kollektive Bestrafung – wie 1945 vor der Vertreibung - der ungarndeutschen Kriegsgefangenen. Die Behörden konnten mit diesen Worten viele Ungarndeutsche im Lager erschüttern. Sie waren deshalb „dankbar" dafür, dass die Behörden jetzt nicht mehr kollektiv veurteilten, sondern nur die „Provokateure" vor Gericht stellten. ÁBTL A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 5.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

3. *Die Zeugen werden nach der Verhandlung ins Lager zurücktransportiert. Wir lassen die Zeugen – vor den anderen Kriegsgefangenen – über die Verhandlung sprechen. Vor dem Rücktransport der Zeugen werden wir mit Hilfe unserer zwei eingesetzten Agenten die allgemeine Stimmung unter den Internierten kennenlernen. Wenn es nützlich ist, sprechen wir mit ihnen vor dem Rücktransport der Zeugen.*

Dafür zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

4. *Am 14. Oktober werden zwei Personen verurteilt, die Begründung des Urteils geben wir im Lagerbefehl vor den Internierten bekannt.*

Für den Text des Befehls und dessen Verkündung zuständig: Rudolf Garasin, Oberst des Innenministeriums und Gyula Lőke, Oberstleutnant der ÁVH

5. *Bei der Verkündung des Lagerbefehls machen wir es möglich, dass einige zu Wort kommen können. Von diesen Wortmeldungen organisieren wir 2-3 schon im Voraus. Jene Personen dürfen zu Wort kommen, die im Lager auf die anderen Kriegsgefangenen Einfluß ausüben können und einen entsprechenden Standpunkt zu den Ereignissen haben.*

Dafür zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

6. *Am 14. Oktober vormittags machen wir von den zurückgekommenen 95 Personen, die für die Abreise schon entsprechend vorbereitet sind /angekleidet, haben schon eingekauft/ Fotos auf konspirative Weise. Den Fototermin organisieren wir so, dass die entstandenen Bilder die Wohlversorgung der Internierten dokumentieren können. Später, während ihrer Freilassung, schießen wir wieder Fotos von den Internierten.*

Dafür zuständig: Gyula Lőke, Oberstleutnant der ÁVH

7. *Am 14. Oktober, während der Verkündung des Lagerbefehls führen wir von den Wortmeldungen ein Protokoll. Einige Wortmeldungen, wenn diese entsprechend sind, versuchen wir durch – in der Tasche tragbare - Aufnahmegeräte aufzunehmen.*

Dafür zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

8. *Im Interesse weiterer Dokumentationen werden wir bei der Übergabe der nächsten Interniertengruppe die gekauften Güter, die sie aus ihrem Gehalt kaufen konnten, aufnehmen und fotografieren.*

Für die technischen Vorbereitungen zuständig: Gyula Lőke, Oberstleutnant der ÁVH

Für die Abwicklung zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

9. *Die Vorbereitungen der ersten 95 Personen, die in der ersten Gruppe freigelassen und übergeben werden, sollen ihre Kameraden im Lager sehen.*

Dafür zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

10. *Nach dem Abtransport der ersten Gruppe muss die positive Stimmung unter den Internierten, die im Lager sind, aufrechterhalten bleiben. (...)*

Dafür zuständig: Rudolf Garasin, Oberst des Innenministeriums und Gyula Lőke, Oberstleutnant der ÁVH

11. *Von der allgemeinen Stimmung der Internierten liefert die operative Gruppe des Lagers täglich detaillierte Meldungen.*

Dafür zuständig: Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH

12. *Wir empfehlen, dass die Fragebögen und Ausweise der ersten Gruppe /95 Personen/ am 13. Oktober dem Außenministerium überreicht werden sollten, damit – nach den Verhandlungen mit dem westdeutschen Beauftragten - diese Internierten noch diese Woche übergeben werden können. Im Interesse der nächsten Interniertengruppe soll das Außenministerium gleich mit den Verhandlungen beginnen.*

Für die Übergabe der Fotos und Fragebögen zuständig: Gyula Lőke, Oberstleutnant der ÁVH

Gyula B. Szabó, Hauptmann der ÁVH, Abteilungsleiter

Gyula Lőke, Oberstleutnant der ÁVH, Abteilungsleiter

Entstand: in 4 Exemplaren, auf 3 Seiten

Erhält: Genosse Oberst Dékán

Genosse Győre

Genosse Oberst Garasin

Genosse Oberstleutnant Lőke[739]

(in Handschrift kann man hier noch zwei weitere Bemerkungen mit Unterschrift lesen: *Der Plan ist durchführbar.*[740] Unterschrift von Győre und *Außer des letzten Punktes bin ich damit einverstanden*[741]. Unterschrift von Garasin, am 13. Oktober 1953)

Mit dem Vorschlag waren die Genossen also einverstanden. In den offiziellen Meldungen konnte man über die aufgetauchten Probleme in dem Internierungslager Tiszalök, über den ausgebrochenen Aufruhr der Internierten am 4. Oktober 1953 und über die Hauptverdächtigten dieses Aufruhrs – über den Kriegsgefangenen-Wachtkommandanten Ferenc Finn und einen anderen Kriegsgefangenen, Ferenc Huber, der die Kriegsgefangenen aufgehetzt hatte und mit ihnen zusammen einem Kriegsgefangenen gegenüber sogar handgreiflich geworden war und angeblich mit Ferenc Finn zusammen diese Demonstration und den Aufruhr ausgedacht hatte – lesen. Die erste Versammlung – an der die Kriegsgefangenen, ihr Wachtkommandant Finn und auch der Wachtkommandant des Lagers anwesend waren – verlief ruhig. Die Personen – darunter auch Ferenc Finn – die auf dieser Versammlung zu Wort gekommen waren, wurden von den Wächtern später eingesperrt. Obwohl die ÁVH-Behörden Ferenc Finn für die etwas später – wegen der Inhaftierung der Kameraden – entstandene Demonstration – die zuerst auch ruhig verlief – verantwortlich machten, war Finn zur Zeit der Demonstration schon im Gefängnis des Lagers. Während der Demonstration wurde ein Kriegsgefangener namens János László[742], von den anderen Internierten wirklich angegriffen. János László war der eingesetzte Agent und verteidigte seine „Genossen" beziehungsweise verteidigte die Bewachung des Lagers, obwohl die Verantwortlichen ohne Grund, nur wegen der Meinungsäußerung bestimmter Kriegsgefangener diese eingesperrt hatten. Im Dossier fand ich einen Entwurf von der Begründung des Urteils im Fall von Ferenc Finn und seinen Leidensgenossen:

Entwurf

Begründung des Urteils im Fall von Ferenc Finn und seinen Leidensgenossen:

---

[739] ÁBTL A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 5-7.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[740] Ebenda, S. 7., Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[741] Ebenda, S. 7., Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[742] János László war in einer Baracke mit dem Internierten Ferenc Huber. Die Kriegsgefangenen hielten László für einen ÁVH-Spitzel. In: Barbara BANK, Sándor ŐZE, A „német ügy" 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005.

(in Handschrift: *Das Budapester Militärgericht hat gegen den Internierten Ferenc Finn und den Internierten Ferenc Huber Anklage erhoben, weil:*)

I.

In dem Internierungslager des Innenministeriums in Tiszalök hat der I. Angeklagte Ferenc Finn und der II. Angeklagte Ferenc Huber die Kriegsgefangenen dazu bewgen, sich der Wachtkommandantur und der Bewachung des Lagers zu widersetzen und am 4. Oktober 1953 an einer mit Aufruhr verbundenen Demonstration – um aus dem Lager ausbrechen zu können - teilzunehmen. Die Massen insultierten auf Druck der zwei Angeklagten den das Lager verteidigenden Kriegsgefangenen János László. Der II. Angeklagte Ferenc Huber hat persönlich die Wächter des Lagers und die für die Wiederherstellung der Ordnung ins Lager gekommene Feuerwache angegriffen und nur der rechtzeitige und rechtmäßige Waffeneinsatz der ÁVH-Behörden hat das Lager und die Bewachung gerettet.

II.

Die Kriegsgefangenen deutscher, österreichischer und jugoslawischer Staatsbügerschaft im Internierungslager Tiszalök befanden sich früher in Kriegsgefangenenlager auf dem Gebiet der Sowjetunion, wo sie unter den besten Verhältnissen lebten, und verfügten über Arbeitsmöglichkeiten und anständiges Geldeinkommen. Die Regierung der Sowjetunion ließ aufgrund des Potsdamer Abkommens die Kriegsgefangenen vom Gebiet der Sowjetunion nach Hause gehen. Nach der Ankunft der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion hat die Regierung der Ungarischen Volksrepublik die Kriegsgefangenen mit ungarischem Wohnsitz freigelassen, die Kriegsgefangenen jedoch, die sich in Westdeutschland, in Österreich und in Jugoslawien ansiedeln wollten, solange zurückgehalten, bis die zuständigen Regierungen Verhandlungen im Interesse der Übergabe der Kriegsgefangenen abwickeln. Bis zur Übergabe der Kriegsgefangenen sicherte ihnen die Regierung der Ungarischen Volksrepublik entsprechende Arbeits- und Einkommensverhältnisse, obwohl ein jeder dieser Personen als ungarischer Staatsbürger in den hitlerischen SS-Einheiten seinen Soldatendienst leistete und an dem gegen die freiheitsliebenden Völker beginnenden Vernichtungsfeldzug teilnahm.

III.

(...)[743]

[743] Hier wurde der erste Teil des Entwurfes detaillierter zusammengeschrieben. ÁBTL A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 3-4.)

IV.

(...) Der I. Angeklagte Ferenc Finn ist am 15. Oktober 1944 (...) freiwillig der Waffen-SS beigetreten. Als SS-Soldat kämpfte er bis zum letzten Tag des Krieges gegen die sowjetischen Befreiungstruppen und im Mai 1945 – in der Nähe von Prag – fiel er in sowjetische Gefangenschaft.

Der II. Angeklagte Ferenc Huber stammt aus einer Kulakenfamilie, seine Angehörigen wurden als Feinde des ungarischen Volkes nach der Befreiung aus dem Land vertrieben. Er ist im Juli 1944 faschistischen Truppeneinheiten als SS-Soldat beigetreten. Danach, im Oktober 1944, nachdem er die Niederlagen der hitlerischen Kriegspolitik sah, floh er von der SS-Einheit. Aus Angst vor Verantwortlichmachung versteckte er sich in der Wohnung seiner Eltern, wo ihn im Jahre 1945 die sowjetischen Militärbehörden festnahmen und in Kriegsgefangenschaft lieferten.

III.

Die Rechtsbegründung des Urteils

<u>Die verschärften, mildernden Umstände:</u>

Bei Ferenc Finn: Die Lagerführung vertraute ihm, er mißbrauchte jedoch als Kriegsgefangenen –Wachtkommandant seinen Einfluß und benutzte seine Position für Durchführung der Verbrechen. Er war der Initiator einzelner Teilgeschehnisse. Mildernder Umstand: sein reuiges Geständnis

Bei Ferenc Huber: mildernder Umstand: sein reuiges, volles Geständnis

Auf der Gerichtsverhandlung am 17. Oktober 1953 wurden die Angeklagten wegen des Verbrechens gegen die Ungarische Volksrepublik, Ferenc Finn vom Budapester Militärgericht zu 6 Jahren, Ferenc Huber zu 5 Jahren Gefängnis[744] verurteilt.[745]

Das Urteil wurde am nächsten Tag, am 18. Oktober 1953 vor den Internierten verlesen.[746] Die Internierten hatten auch die Möglichkeit gehabt, ihre Meinung darüber frei zu sagen. Sie wussten jedoch nicht davon, dass ihre Worte durch versteckte Aufnahmegeräte aufgenommen

[744] Ferenc Finn und Ferenc Huber waren zwei Jahre lang im Gefängnis, im Dezember 1955 fuhren sie gen Westen. In: Barbara BANK, Sándor ŐZE, A „német ügy" 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005.

[745] ÁBTL 4.1 A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 3-4.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[746] Meldung von dem Internierungslager Tiszalök, am 24. Oktober 1953, in: ÁBTL 4.1 A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 14.)

wurden.[747] Bald hatte man zwei Gruppen, 97 westdeutsche und 46 österreichische Internierte, am 23. Oktober 1953 an der Grenze bei Hegyeshalom den deutschen und österreichischen Behörden übergegeben.[748] Das ungarische Außenministerium versuchte durch Verhandlungen, die Übergabe der ausländischen Internierten zu beschleunigen und überreichte den westdeutschen Behörden zuerst eine Liste von 200 Internierten, später eine weitere Liste von 300 Internierten.[749] Auch auf westlichen Druck konnte die Mehrheit der ungarndeutschen Kriegsgefangenen im Dezember 1953 entlassen werden.[750] Die Zahl der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen betrug in den Jahren 1954 und 1955 ungefähr 80-90 Personen.[751] Sie wollten auch nicht in Ungarn bleiben, die Mehrheit dieser Kriegsgefangenen wollte entweder nach Österreich gehen oder es waren Jugoslawiendeutsche. Sie lebten im Lager Tiszalök bis 1955 wie früher die Internierten und leisteten Arbeit unter der Aufsicht der KÖMI. Aufgrund der Dokumente und Memoiren konnten die letzten ungarndeutschen Kriegsgefangenen erst im November 1955[752] das Lager endlich verlassen und nach Deutschland fahren.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen am 4. Oktober 1953 hat die Abteilung des Innenministeriums eine Disziplinaruntersuchung in Tiszalök durchgeführt und der Lagerkommandant und Hauptleutnant des Innenministeriums, Sándor Dornai, wurde seiner Position enthoben und in eine andere Position eingesetzt.[753]

[747] Meldung von dem Internierungslager Tiszalök, am 24. Oktober 1953, in: ÁBTL 4.1 A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 10-14.)

[748] Vor ihrer Abfahrt machten die ÁVH-Agenten auf konspirative Weise Fotos über ihre Bekleidung, über das, was sie von ihrem Gehalt gekauft hatten, um die angebliche „Wohlversorgung" der deutschen Internierten in ungarischen Lagern dokumentieren zu können. Meldung von dem Internierungslager Tiszalök, am 24. Oktober 1953, in: ÁBTL 4.1 A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 10-14.) Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin

[749] Ebenda, S. 14.

[750] Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök. Stuttgart, 1993.

[751] In: Barbara BANK, Sándor ŐZE, A „német ügy" 1945-1953. A Volksbundtól Tiszalökig. Budapest-München-Backnang, 2005.

[752] Ebenda

[753] Am 24. Oktober 1953, mit Unterschrift vom Abteilungsleiter und Oberstleutnant der ÁVH, Gyula Lőke. In: ÁBTL 4.1 A-507 – Kimutatás a tiszalöki internálótáborban lévő hadifoglyokról (S. 14.)

Fallstudien - Ungarndeutsche, die aktenkundig geworden sind

1. Antidemokratische Taten

Antidemokratische Aussagen

Im Archiv der Staatssicherheitsdienste habe ich zahlreiche Dossiers gefunden, in denen Deutsche aus Ungarn wegen ihrer *antidemokratischen* Aussagen verfolgt wurden. Zum Beispiel das Dossier von *Frau Hujber*[754] mit ihrem antidemokratischen Tat. *Frau von Josef Hujber* war 1950 Telefonistin. In der Stadt Hatvan brachen Unruhen aus und sie leitete die Meldung von *Gábor Péter*[755] als Telefonistin an *Mátyás Rákosi* nicht weiter. Die ÁVH versuchte damals, die Geistlichen in Haft zu nehmen, diese flohen jedoch in die Kirche. Wegen dieser „Hilfe" wurde Frau Hujber in Kistarcsa interniert.

Einen anderen Ungarndeutschen, *Josef Ebinger,* klagte man 1948 an und warf ihn für zwei Jahre ins Gefängnis beziehungsweise wurde ihm alles beschlagnahmt, weil er beleidigende, ausfällige Bemerkungen in Richtung von Mátyás Rákosi gemacht habe.[756]

Der Ungarndeutsche Antal Harbeit sprach mit seinen Freunden 1947 auf dem Zug nach Baja über die gemeinsamen Erlebnisse als Kriegsgefangene. Sie verglichen die Verhältnisse in Kriegsgefangenschaft in der amerikanischen Zone und in sowjetischer Gefangenschaft miteinander und kamen zur Erkenntnis, dass die Gefangenschaft in der Sowjetunion viel schlimmer war. Antal Harbeit und seine Freunde mussten 10 Jahre ins Gefängnis. Die sogenannte Wachsamkeitskampagne der Kommunisten war also erfolgreich.[757]

Amerikanische Spionage

Eine junge ungarndeutsche Frau, Rozália Tunner, später im Dossier mit madjarisiertem Namen, Rozália Kucsera[758], machte sich Notizen über eine Kaserne und wurde deshalb der amerikanischen Spionage verdächtigt. Ihr Untersuchungsdossier unter der Nummer 11-60002-1950 eröffnete man am 18. Mai 1950 und am 5. Juni 1950 war es abgeschlossen, das Dossier wurde jedoch am 12. Mai 1958 überprüft und erst am 2. Januar 1969 in Objektkreis eingestuft. Auf der 5. Seite des Dossiers liest man den Fall von Rozália Tunner:

[754] ÁBTL, V-7221 'Sabotage von Frau Josef Hujber', 1950-52
[755] Kommunist und Leiter des Staatssicherheitsdienstes
[756] /V-6597, „Agitation gegen die Demokratie von Josef Ebinger", 1948/
[757] /V-5775, „Antal Harbeit und seine Leidensgenossen", 1947/
[758] ÁBTL, V-5661, 'Rozália Kucsera', 1948-1957

László Szakács Unterleutnant der ÁVH, Offizier D der III. Bataillone und 33/I. meldete („Geheim"): „Am 30. März 1950 haben ein Unteroffizier und ein Soldat neben der Kaserne eine Frau festgenommen, die sich Notizen über die Strassen bei der Kaserne gemacht hatte und als sie von dem Unteroffizier und vom Soldaten angesprochen wurde, versuchte sie zu fliehen, wurde jedoch von den Beiden festgenommen und aufs Polizeirevier geführt. Die genannte Frau bestätigte, dass die Papiere – die sie bei der Flucht weggeworfen hatte, die aber von dem Soldaten gefunden worden waren – ihr gehörten. Auf den Papieren waren die Strassen um die Kaserne aufgezählt und eine Karte über die Gegend aufgezeichnet. Die Frau bekannte, dass sie diese Angaben aufgeschrieben beziehungsweise gezeichnet hatte."

Unterschrift von Jenő Mihók Unterleutnant der ÁVH
Offizier D der Verteidigung[759]

Auf Seite 6 des Dossiers, in der Aufzeichnung bezüglich des Verhörs von Rozália Kucsera, erfährt man unter anderem Folgendes:

> *Budapest, der 5. April 1950*
> *1949: wegen illegaler Grenzüberschreitung im Juni 1 Woche-Haft, wegen illegaler Grenzüberschreitung im Juli 3 Monaten-Haft*
>
> *Die Genannte trägt vor: Meine Eltern waren bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Bauern, (hatten 8 Joch Land /Weinanbau), (...) 1944 nannten sie sich bei dem Zusammenschreiben durch Volksbund-Deutsche und mein Vater wurde für die deutsche Wehrmacht rekrutiert und mit der Wehrmacht verließ er Ungarn. Im Frühling 1946 wurde ich mit meiner Mutter und mit meinen zwei Geschwistern nach Deutschland vertrieben, wir bekamen einen Platz in Hamburg. 1947 kam auch unser Vater nach Hamburg.*
> *Zu dieser Zeit habe ich einen amerikanischen Unteroffizier, Johni Bán kennengelernt, wir wohnten dann zusammen bis zum Sommer 1949 in Karlsruhe. Dort habe ich auch Mária Wágner kennengelernt, die aus Csobánka vertrieben wurde, wir waren in guter Freundschaft. (...)*
> *Im Juni 1949 war es dann mit dem amerikanischen Offizier aus und Mária Wágner hat mir über eine Arbeit, womit ich viel Geld verdienen könnte, gesprochen: Sie sagte, ich sollte für die Amerikaner spionieren. (..) Wir gingen zusammen in die amerikanische*

[759] ÁBTL, V-5661, 'Rozália Kucsera', 1948-1957 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Kommandantur in Karlsruhe, wo Mária Wágner mich vorgestellt hat. Am nächsten Tag (..) bekam ich die Aufgabe, nach Budapest zu fahren und darüber zu referieren, wo und wieviel Panzerwagen in den Budapester Kasernen zu finden sind. Mária Wagner bekam die Aufgabe, über die Artillerietruppen in Ungarn zu spionieren. (...) Am nächsten Tag fuhren wir nach Linz und erhielten in der Linzer amerikanischen Kommandantur einen Ausweis, mit dem wir die Grenze der Sowjet-Zone überschreiten durften. (...) An der Grenze zu Ungarn begleitete uns ein österreichischer Polizist bis zum Stracheldrahtzaun und unter dem Zaun krochen wir hindurch. Danach verabschiedete ich mich von Mária Wágner und wir haben einander versprochen, in 4 Tagen, nachdem wir unsere Aufgaben erledigt haben, uns in einem Café in Budapest zu treffen – an den Namen dieses Cafés kann ich mich nicht mehr erinnern. (...)

Nach unserem Abschied wollte ich in Kapuvár auf den Zug steigen – ich sagte, ich möchte zu meiner Oma nach Pomáz fahren – ich wurde aber wegen illegaler Grenzüberschreitung festgenommen und blieb 1 Woche lang in Haft. Die Grenzbehörden haben mich danach nach Österreich abgeschoben. Am nächsten Tag versuchte ich nochmals, wurde wieder festgenommen und wieder nach Österreich geschickt. In der Nacht habe ich die Grenze wieder überschritten, die Behörden haben mich zum dritten Mal festgenommen und brachten mich nach Budapest. Ich bat die Behörden darum, in Ungarn bleiben zu dürfen.

Wegen illegaler Grenzüberschreitung war ich 3 Monate lang in Haft, dann haben mich die Behörden an die Abteilung des Schubwesens gegeben, aus dem Schubhaus wurde ich nach einem Monat, im November, freigelassen. Ich wohnte danach bei meiner Oma in Pomáz und arbeitete in einer Holzschrauben-Fabrik am Römischen Ufer in Budapest. Die Entfernung zwischen Pomáz und meinem Arbeitsplatz war zu groß, so bin ich zuerst nach Szentendre, dann nach Budapest (Adresse) umgezogen. Ich arbeitete in der Fabrik bis zum 1sten Januar 1950. (...)
Zur Weihnachtszeit im Jahre 1949 begegnete ich Mária Wágner (...), sie sagte, ich sollte meine Arbeit schnell beenden. (...) Mitte März habe ich in Budapest Ferenc Seidl kennengelernt und ich zog zu ihm. Am 30. März sah ich auf der Strasse (....) einen Panzerwagen und dabei fiel mir gleich ein, wieviel Geld ich dafür – für die Spionage – bekommen könnte. Deshalb versuchte ich dann, die Kaserne zu beobachten...(..)

Unterschrift *Unterschrift*

Verhörsoffizier: István Bodi *Verdächtigte: Rozália Kucsera*[760]

Auf der Seite 9 des Dossiers findet man das Protokoll über das Verhör der Verdächtigten Rozália Kucsera (am 7. April 1950): im Protokoll sind neben den allgemeinen Angaben die bisherigen Straftaten aufgezählt – illegale Grenzüberschreitungen – und Rozália Kucsera hat im Protokoll sowohl zur Staatsbürgerschaft als auch zur Muttersprache Deutsch geschrieben.

Rozália Kucsera führte man nach dem Verhör zur Budapester Zentralen Militärischen Staatsanwaltschaft und 'hinter geschlossenen Türen' wurde ihre Gerichtsverhandlung abgeschlossen. Im Dossier findet man auf Seite 12 einen Brief, den am 8. April 1950 ein ÁVH-Oberst, Béla Janikovszki der Budapester Zentralen Militärischen Staatsanwaltschaft geschickt hatte und darin wird über die Spionage von Rozália Kucsera berichtet. Auf Seite 13 des Dossiers liest man schon auf einem Dienstzettel, dass der Fall 'Rozália Kucsera' abgeschlossen sei, denn die Staatsssicherheitsdienste hätten sie der Militärischen Staatsanwaltschaft übergegeben, die Anwaltschaft behandele ihre Spionage.

„Der Fall ist mit 14 Seiten abgeschlossen." Budapest, der 3. Oktober 1950, Unterschrift vom János Korom, ÁVH-Oberleutnant[761] – mit dieser Seite schließt man das Dossier von Rozália Kucsera, wobei in einem Kuvier noch drei kleine Zettel zu finden sie, die sehr viel über die Folgen dieser Spionage 'erzählen':

> *„Personalbogen" mit Stempel der Polizei des Innenminiteriums und mit einem Foto von Rozália Kucsera (eine bildhübsche junge Frau sieht man auf diesem Foto), der Bogen bleibt jedoch unausgefüllt*
>
> *III/2 Rozália Kucsera, mit Stempel der Oberkommandantur der Polizei des Innenministeriums und mit Stempel „Das Urteil der gesamten Strafe":*
>
> *Strafe für illegale Grenzüberschreitung, 29. April 1957 – Gefängnis zu 8 Monaten*
>
> *Strafe für Diebstahl, während der öffentlichen Pflichtarbeit, 24. November 1955 – Gefängnis zu 2 Jahren, Rechtsverlust zu 5 Jahren, Ausweisung von Budapest für 5 Jahre*
>
> *Strafe für illegale Grenzüberschreitung, 6. August 1949 – Strafhaus zu 3 Monaten*
>
> *Strafe für Diebstahl, während der öffentlichen Pflichtarbeit, 3. März 1959, - Gefängnis zu 6 Monaten, Ausweisung von Budapest und Umgebung für 5 Jahre*
>
> *Strafe für Hehlerei, 31. März 1960 – Gefängnis zu 3 Monaten*

[760] ÁBTL, V-5661, 'Rozália Kucsera', 1948-1957 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[761] ÁBTL, V-5661, 'Rozália Kucsera', 1948-1957 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Straftat für Eigentumsvergehen, 23. September 1960 – Gefängnis zu 2 Monaten und 18 Tagen
(abgestempelt am 30. Dezember 1964)

III/2. Rozália Kucsera
Hier wurde mit Handschrift ihre neue Adresse ab dem 16. Februar 1963 (Budapester Adresse) aufgeschrieben, mit dem Datum: Budapest, der 14. Januar 1965.[762]

Rozália Kucsera überwachten die ÁVH-Behörden wahrscheinlich nicht mehr, aber ihre Adressänderungen haben die Mitarbeiter auch noch in den 1960er Jahren in ihrem Dossier vermerkt. Sie war wahrscheinlich wegen der Spionagevorwürfe als gefährlich eingestuft worden und blieb immer verdächtigt. Ob diese junge Frau wirklich so viele Straftaten begangen hat, beweisen die Akten aus ihrem Dossier nicht eindeutig. Entweder war sie wirklich so gefährlich (oder so ungeschickt) oder sie wurde wegen Grenzüberschreitung und Spionage härter bestraft als andere Verdächtigte in den 1950er Jahren.

Schwäbische Attentäter beim Anschlag auf das sowjetische Heldendenkmal in Mór

Man findet im Archiv der Staatssicherheitsdienste auch viele Dossiers, in denen die verdächtigten Personen tatsächlich bestimmte Verbrechen oder Attentate gegen die neue demokratische Ordnung begangen hatten. Die Strafen waren jedoch viel strenger, als sie es heute unter wirklich demokratischen Umständen sind. Das Dossier „Alajos Stumpf und seine Leidensgenossen"[763] zeigt beispielhaft, wie schnell jemand aufgrund strandrechtlicher Verfahren verurteilt werden konnte. Alajos Stumpf und seine Leidensgenossen haben 1948 in der Großgemeinde Mór, Komitat Fejér, einen Sprengstoffanschlag auf einsowjetisches Denkmal verübt. Das Untersuchungsdossier über Stumpf und seine Leidensgenossen wurde im September 1948 eröffnet, im Oktober 1958 überprüft und erst im Jahre 1969 im Objektkreis eingestuft.

Auf den ersten Seiten befindet sich das Protokoll über das polizeiliche Verhör von drei Verdächtigen[764], von dem jüngeren Antal Tóth (23 Jahre alt, Tagelöhner), von László Szekeres (20 Jahre alt, Feldbauer) und Gábor Kottyán (22 Jahre alt, Maschinenschlosser). Insgesamt hatten sich an diesem Attentat jedoch sieben Personen beteiligt. Über diejenige, die

[762] Ebenda (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[763] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai" 1948, O-18597/43 Stumpf János 1953
[764] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, Polizeiliches Verhör von Antal Tóth (am 25. September 1948, S. 8.), von László Szekeres (am 26. September 1948, S. 9.) und von Gábor Kottyán (am 26. September 1948, S. 10.)

später zum Tode (Alajos Stumpf, György Herpauer) oder zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurden (Imre Albrecht, János Stumpf), findet man in diesem Untersuchungsdossier kein Verhörprotokoll. Diese drei Personen, die verhört wurden, bestrafte man auch nicht so streng wie ihre vier Leidensgenossen. Auf Seite 9 des Untersuchungsdossiers wurde der Name László Szekeres (im Jahre 1958, was ein Stempel beweist) überall gestrichen.

Ab Seite 18 des Dossier findet man das Protokoll über das Verhör der Zeugen. Der erste Zeuge[765] war ein 23 Jahre alter Bergarbeiter, der am 24. September 1948 um 10.30 Uhr, als der Anschlag verübt wurde, alles gesehen und gleich gemeldet hatte. Der zweite Zeuge[766] im Protokoll war ein anderer Bergarbeiter, der das Attentat auch gesehen und noch am Vormittag dem Kreisnotar davon berichtet hatte. Der dritte Zeuge[767] war der Verwandte eines Verdächtigen. Er war körperlich behindert und hat nur von den Plänen der Verdächtigen gehört. Er persönlich ging nicht zur Polizei wie die anderen zwei Zeugen und wollte dieses Verbrechen nicht melden. Die Polizei hat ihn nach dem Attentat aufgesucht und wahrscheinlich aus Angst hat er alles über die Umstände des Anschlags erzählt.

Auf den folgenden Seiten des Untersuchungsdossiers sind Meldungen über das Milieustudium der Verdächtigen enthalten. Der erste Verdächtige László Szekeres[768] wurde in der Meldung sehr positiv bewertet: Pál Braun, Oberleutnant der Polizei, beschrieb Szekeres unter anderem als Mitglied der Ungarischen Kommunistischen Partei, als Leser der kommunistischen Zeitung Szabad Nép, als Sohn eines guten Kommunisten, der sogar die Parteischule besucht habe. Obwohl Szekeres an diesem Attentat teilgenommen hatte, wurde er wegen seiner kommunistischen Vergangenheit nicht verurteilt. Im Dossier erfährt man nicht, ob Szekeres mit den anderen Verdächtigen wirklich gegen die kommunistische Demokratie oder als ein in den Freundenkreis um Alajos Stumpf eingeschleuster Spion für die kommunistische Demokratie gehandelt hatte. Interessant ist jedoch die Tatsache, dass er nicht verurteilt, sondern freigelassen wurde.

Im Dossier findet man weitere, jedoch eher negative Meldungen über Imre Albrecht, Alajos Stumpf und Gábor Kottyán. Aufgrund des Milieustudiums[769] wurden Imre Albrecht, seine

---

[765] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 18. Polizeiliches Verhör von dem Zeugen Ferenc Petrényi (23 Jahre alt, Bergarbeiter), aufgenommen von József Francsics, Hauptmann der Polizei

[766] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 20. Polizeiliches Verhör von dem Zeugen Márton Fridmann (29 Jahre alt, Bergarbeiter), aufgenommen von József Francsics, Hauptmann der Polizei

[767] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 21. Polizeiliches Verhör von dem Zeugen János Wittner (24 Jahre alt, Tagelöhner, Schwager von György Herpauer), aufgenommen von József Francsics, Hauptmann der Polizei

[768] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 22. Meldung über László Szekeres, aufgenommen von Pál Braun Oberleutnant der Polizei

[769] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 23. Milieustudium über Imre Albrecht, geschrieben von Mátyás Kotroczó, Hauptmann der Polizei, Szombathely

Familie und auch sein Freundeskreis als rechtsextrem, deutschfreundlich und nationalsozialistisch eingestuft. Über Alajos Stumpf erfährt man in dem Milieustudium[770] nicht viel Konkretes, der Agent schreibt über Stumpf – ohne tatsächliche Angaben zu machen – jedoch nur unter Verwendung negativer Konnotation: deutschfreundlich, vermutlich war er auch SS-Soldat, lobt die Partisanen und findet Tito besser als die ungarisch-kommunistisch Demokratie, spricht Ungarisch, Deutsch und Serbisch.

Gábor Kottyán wurde aufgrund des Milieustudiums[771] auch als deutschfreundlich eingestuft, er sprach Deutsch und Ungarisch, kritisierte mehrmals das Sowjet-System und war eng mit Stumpf befreundet. Über den jüngeren Bruder von Alajos Stumpf, János Stumpf (18 Jahre alt), und über György Harpauer findet man in diesem Dossier kein Milieustudium.

Auf den folgenden Seiten sind mehrere kürzere Meldungen über den Anschlag in Mór enthalten. Zzuerst meldete darüber der ÁVH-Agent János Sárvári[772] aus der Gemeinde Mór, Komitat Fejér, an die ÁVH-Abteilung in Székesfehérvár, dann der Abteilungsleiter, Hauptmann József Gróh[773], der eine Meldung darüber an die ÁVH in Budapest schickt. Eine zusammenfassende Meldung lesen wir auf den nächsten Seiten: Der Hauptmann der Polizei, Ferenc Toldy, der schon am 25. und 26. September 1948 die Verdächtigen in Mór verhört hatte, erstatte am 29. September 1948 über das standgerichtliche Verfahren Meldung[774]:

Im Falle von Alajos Stumpf und seine Kameraden melde ich über das Urteil des Standgerichtes: Unter die Verdächtigen fielen mildere Urteile im Falle von Imre Albrecht und János Stumpf. Albrecht zeigte eindeutig Reue über die begangenen Taten, bei János Stumpf haben die Behörden sein Alter – er war erst 18 Jahre alt – im Urteil berücksichtigt. Alajos Stumpf und György Harpauer wurden zum Tode verurteilt, Imre Albrecht bekam eine lebenslange, János Stumpf eine zehnjährige Haftstrafe. (...) Die ganze Verhandlung verlief

[770] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 25. Milieustudium über Alajos Stumpf, geschrieben von János Sárvári, Oberleutnant der Polizei, Mór

[771] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 30. Milieustudium über Gábor Kottyán, geschrieben von János Sárvári, Oberleutnant der Polizei, Mór

[772] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 31. Meldung von János Sárvári, Oberleutnant der Polizei, Mór, am 24. September 1948

[773] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 32. Meldung von József Gróh, Hauptmann der Polizei und ÁVH-Abteilungsleiter in Székesfehérvár, am 27. September 1948

[774] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 68., Im Dossier findet man einen Erlaß (1946. EI. XIX. C. 20/Nr. 4.), in dem das standgerichtliche Verfahren – 1946. VI. t.c., Paragraph 1. (neben den Straftaten in den Verordnungen 9600-1945.M.E., 50-1946.M:E., 1930-1946.M:E. Und 6330-1946.M.E.) – durch die Verordnung 7200-1946. M.E. auf die Herstellung, Haltung, Regulierung, Meldung und Abgabe von Feuerwaffen ausgedehnt wird.

schnell. (...) Über die zum Tode verurteilten Personen wurde das Urteil noch heute nachmittag[775] *vollstreckt. (...)*[776]

Im September 1948, als die Kommunistische Partei schon ihre politischen Gegner ausgeschaltet hatte, wurde ein „Verbrechen gegen die Demokratie", ein Attentat gegen das Sowjet-System, sehr streng bestraft. Mit solchen Aktionen versuchte die ÁVH wahrscheinlich, ein Exempel zu statuieren, um der Bevölkerung Ungarns zu zeigen, wie sie sich ab 1948 politisch verhalten müsse. Diese Sprengung verursachte nur kleinere Schäden am sowjetischen Denkmal und die Verdächtigen haben keine Personen verletzt oder getötet, sie wurden dafür jedoch sehr streng – zwei sogar mit dem Tode - bestraft. Am selben Tag, an dem das Todesurteil an Alajos Stumpf und György Herpauer vollstreckt wurde, schrieb Dr. Gyula Décsi eine Meldung über die Schaden:

Freitag, am 24. September, um 10 Uhr 15 wurde versucht, das sowjetische Denkmal in Mór (Komitat Fejér) in die Luft zu sprengen. Die Ermittler der ÁVH-Behörden haben gleich eine Besichtigung am Tatort vorgenommen. (...) Durch die Sprengung ist vom Fundament des Heldendenkmals ein 90×40×30 Zentimeter großer Teil abgebrochen. (...) Die ÁVH hat gleich viele Personen verhört. Ein junger, 28 Jahre alter Mann, Alajos Stumpf und sein schwäbischer Freundenkreis wurde verdächtigt. (...) Nach dem Verhör erfuhr man, dass Alajos Stumpf seine Freunde gegen den Kommunismus beeinflusst hatte. (...) Gábor Kottyán und der jüngere Antal Tóth wurden interniert. (...)[777]

Von den sieben verdächtigten Personen wurden also zwei Personen zum Tode verurteilt (A. Stumpf, Gy. Herpauer), zwei Personen zu Haftstrafen verurteilt (I. Albrecht für lebenslang, J. Stumpf zu 10 Jahre), zwei Personen wurden interniert (G. Kottyán, A. Tóth) und eine Person (L. Szekeres) wurde freigelassen. Im Dossier findet man mehrere ÁVH-Meldungen über die Internierungen und später auch über die Entlassung aus der Internierungen. Antal Tóth und Gábor Kottyán wurden im September 1948 interniert, im Sommer 1949 wurden sie aus der polizeilicher Haft freigelassen. In einer Meldungen steht jedoch, dass sie – weil sie als gefährlich eingestuft wurden – unter polizeilicher Aufsicht bleiben mussten.[778] Im Dossier

[775] Das bedeutet, dass nach der Sprengung am 24. September 1948 wurden die Verdächtigen am 25.-26. September verhört und nach der Verhandlung, am 29. September 1948 wurden am Nachmittag schon zwei Verdächtigte erhängt!

[776] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 38., Meldung von Ferenc Toldy, Budapest, am 29. September 1948 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[777] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 40., Meldung über die Sprengung, Budapest, am 29. September 1948, geschrieben von Dr. Gyula Décsi, Oberstleutnant der Polizei (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[778] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 51.-58., Meldung über die Freilassung der Internierten, sie bleiben aber unter polizeilicher Aufsicht, am 1. Juli 1949 und am 6. August 1949, geschrieben von Dr. Gyula Décsi, Oberstleutnant der Polizei

sind von Seite 59 bis Seite 68 Vermögenszeugnisse der drei milder verurteilten Verdächtigen zu lesen. Die Zeugnisse wurden nicht richtig ausgefüllt, die Behörden „antworteten" nur auf die Fragen, die den Namen, das Alter und den Beruf (einfache Berufe) von G. Kottyán, A. Tóth und L. Szekeres betrafen. Außerdem wurde am Ende mit großen Lettern geschrieben, dass sie alle besitzlos sind.

Im Dossier auf Seite 70 findet man eine kurze Anordnung:

Ungarische Staatspolizei
ÁVH-Abteilung

Anordnung der Freilassung
Der Häftling László Szekeres (20 Jahre alt, Feldbauer in Mór) soll mit all seinen Wertgegenständen freigelassen werden.

Ferenc Toldy *27. September 1948*[779]

László Szekeres, der an dem Attentat genauso teilgenommen hatte und mit seinen Leidensgenossen am 24. September festgenommen wurde, verurteilte das Standgericht nicht. Szekeres wurde einen Tag später – durch diese kurze, offizielle Anordnung der ÁVH – freigelassen. Sein Name wurde sogar 1958 im Dossier gestrichen! Da er die einzige Person von den sieben Verdächtigen war, die über kommunistische „Beziehungen" verfügte (er und sein Vater waren Mitglieder der Partei, er besuchte die Parteischule, las nur Szabad Nép), wurde er nicht bestraft. Er soll der eingeschleuste Spion gewesen sein, was die Akten natürlich nicht beweisen können. Aufgrund der Angaben im Dossier waren die anderen sechs Personen entweder Schwaben (A. und J. Stumpf, Gy. Herpauer, I. Albrecht) oder – nach Worten der Agenten, die das Milieustudium geschrieben haben - rechtsextrem eingestellte Personen (G. Kottyán, A. Tóth). Im Falle der ungarndeutschen Männer fielen die strengsten Urteile[780] (wenn man an die materielle Dimension des Schadens[781] denkt), das Urteil der zwei Ungarn, ihre Internierung war auch streng, jedoch damit wesentlich milder als das Todesurteil.

[779] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 70., Anordnung zur Freilassung, am 27. September 1948, geschrieben von Ferenc Toldy, Hauptmann der Polizei (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[780] Der Historiker Rolf Müller schrieb einen Artikel über die Attentate gegen den Kommunismus zwischen 1945 und 1989 und kurz erwähnte er in seinem Artikel die Sprengung in Mór, wo er auch der Meinung war, dass die Ungarndeutschen viel strenger verurteilt wurden als die ungarischen Verdächtigen. Dazu s.: Rolf MÜLLER, Emlékhelytelenítés, Betekintő 2010/4.
[781] Nur ein kleiner Teil ist vom Denkmal abgebrochen.

In den ersten Jahren der totalen kommunistischen Diktatur hat es sich „gelohnt", Parteimitglied zu sein (wenn man an die Freilassung von Szekeres denkt) oder den Sozialismus zu preisen. Diesen Weg versuchte der Vater des Verurteilten und Internierten Gábor Kottyán zu gehen: Er schrieb am 8. Juli 1949 einen Brief an den ungarischen Innenminister:

Handschriftliche Bitte an den Innenminister

(...) Ich erzog meinen Sohn im Geiste des Sozialismus. (...) Er pflegte eine gute Beziehung zu László Szekeres, Sohn des damaligen Richters in unserer Gemeinde. Dieser Freundenkreis um Szekeres wusste nicht von den Plänen des Attentats, was von den Behörden auch bewiesen wurde. László Szekeres wurde damals freigelassen, mein Sohn wurde jedoch interniert. Ich bitte den Herrn Innenminister, diesen Fall zu untersuchen und meinen Sohn, nach 8-monatiger Internierung freizulassen, damit er unser Land aufbauen und an der Planwirtschaft und am wahren Sozialismus teilnehmen kann.

Freiheit[782]

István Kottyán Mór, am 8. Juli 1949[783]

Aus diesem Brief erfährt man weitere Angaben über László Szekeres. Sein Vater war im September 1948 der Gemeinderichter. Der Vater von Gábor Kottyán wusste, dass er seinen Sohn nur auf der Weise retten kann, dass er in dem Brief über den Sozialismus und über seine gute Beziehung zu dem damaligen kommunistischen Richter und seinem Sohn schreibt. Im Dossier auf den Seiten 51 bis 55 liest man, dass Gábor Kottyán (und auch der andere Ungar, A. Tóth) nicht mehr unter polizeilicher Haft (Internierung) stehen wird. Sie müssen vom 6. August 1949 an „nur" unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden. István Kottyáns Bitte wurde also erfüllt: der internierte Gábor Kottyán wurde freigelassen, stand jedoch zwischen dem 6. August 1949 und dem 24. Juli 1950[784] unter polizeilicher Aufsicht.

Das Dossier Alajos Stumpf und seine Leidensgenossen schloss man im Sommer 1969 ab:

Innenministerium, III/2. Abteilung

Abschlussblatt

Das Dossier V-77669 schließt man mit 39 Reihennummern und 110 Seitennummern ab.

[782] Begrüßungswort der Kommunisten.
[783] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 87., Brief von István Kottyán, am 8. Juli 1949, (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[784] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 103. „Die polizeiliche Aufsicht von Gábor Kottyán wurde am 24. Juli 1950 eingestellt."

Budapest, den 12. August 1969 *Frau von Gyula Farkas*

Hauptmann der Polizei[785]

Der Fall von Alajos Stumpf und seinen Leidensgenossen, das standgerichtliche Verfahren gegen sie, die unterschiedliche Beurteilung der Täter, all diese Ereignisse zeigen beispielhaft, wer zu den Feinden der neuen Demokratie gehörte und wie „einfach" diese Feinde zwischen 1948 und 1950 entfernt wurden.

Verdächtige Aussagen

Ein ungarndeutscher Bauer mit verdächtigen Aussagen

Der Ungarndeutsche Josef Kiezer[786] wurde wegen verdächtiger Aussagen „aktenkundig". Kiezer arbeitete auf seinen Feldern, wo er einem anderen Dorfbewohner, János Horváth, begegnete, dessen Sohn der Sekretär der Kommunistischen Partei im Dorf gewesen war. Die Männer gerieten in ein Gespräch und dabei thematisierte Kiezer die Ungerechtigkeiten der Bodenverteilung und kritisierte die Kommunistische Partei. Es wurde Anzeige gegen ihn erstattet. In seinem Untersuchungs-Dossier kann man diese Anzeige lesen.

Polizeidirektion der Staatsspolizei in Szigetvár

Nummer 82.

Anzeige

Verdächtigter: Josef Kiezer

Geschädigter: István Tabak

Verbrechen/s Delikt, /e Straftat: VII.tc. 2§ c. Punkt 1946

Bezirkspolizeidirektion

Németlad, am 10. April 1948 *Szigetvár*

Grund der Anzeige: Am 25. März dieses Jahres vom Beschädigten erstatte mündliche Anzeige

Beschädigter István Tabak (Angaben) hat am 25. März dieses Jahres in der Bezirkspolizeidirektion eine Anzeige gegen Josef Kiezer (Angaben) erstattet, weil er

[785] ÁBTL, V-77669 Stumpf Alajos és társai, S. 108. Abschlussblatt, am 12. August 1969, unterzeichnet von Farkas Gyuláné (Frau Gyula Farkas), Hauptmann der Polizei (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[786] ÁBTL, V- 109652, Kiezer József és társai, 1948-1951

dem Schwiegervater des Geschädigten gesagt habe: 'Ihr Sohn[787] *und Schwiegersohn sollten sich im Dorf schämen, denn ein jeder Dorfbewohner lässt Ihren Schwiegersohn nicht aus den Augen, weil er vom Volk die Felder schlau weggenommen hat.' Der Verdächtigte sagte auch, dass der Sohn des Geschädigten als der Sekretär der Ungarischen Kommunistischen Partei im Dorf 'kommunistische Schandtat' mache und er müsse sich deswegen schämen, dass er Mitglied der Ungarischen Kommunistischen Partei ist.' Der Beschädigte nannte als Zeuge seinen Schwiegervater, namentlich János Horváth, Bewohner von Németlad. Der Beschädigte bittet um die Bestrafung des Verdächtigten.*

Verdächtigter Josef Kiezer (Angaben), schreibt, liest, war Soldat, war seiner Aussage nach noch nicht bestraft, wohlhabend, (Angaben), habe ich befragt und er antwortete folgenderweise: Er hat seit längerer Zeit eine schlechte Beziehung zum Schwiegervater des Geschädigten, zu János Horváth, und am 22. März dieses Jahres begegnete er am Nachmittag János Horváth auf den Feldern und sie gerieten in einen Wortwechsel. Der Verdächtigte bestreitet die Vorwürfe gegen ihn, diese entsprächen nicht der Wahrheit. Er gibt jedoch zu, dass er beim Wortwechsel über die Verteilung des Landes (Bodenreform) gesagt habe, dass diese nicht gerecht ausgeführt und das Land nicht gerecht verteilt worden sei. Er bestreitet die Aussage, dass er gesagt hätte, dass 'ihr Schwiegersohn und Enkelsohn sich schämen sollten, weil er Mitglied der MKP (Ungarische Kommunistische Partei) sei und weil die Dorfbewohner ihn nicht aus den Augen lassen. Der Verdächtigte bekennt sich nicht zur Straftat und leugnet die Beleidigung des Geschädigten und dessen Sohn wegen ihrer politischen Ansichten. Mehr kann ich dazu nicht hinfügen.

Unterschrift von József Gali Unteroffizier[788]

Auf der nächsten Seite findet man in dem Dossier das Protokoll:

Ungarische Staatspolizei, Bezirkspolizeidirektion Szigetvár

Nummer, Protokoll

[787] Handschrift mit sehr vielen Rechtsschreibfehlern (wie zum Beispiel „fijja" (ung.), obwohl dieses Wort richtig: „fia"), ÁBTL, V- 109652, Kiezer József és társai, 1948-1951

[788] ÁBTL, V- 109652, „József Kiezer und seine Leidensgenossen", 1948-1951 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Verhör des Zeugen. Entstand am 28. April 1948 (Angaben), Name, Geburtsort und –zeit, Beruf, Adresse des Zeugen: János Horváth (...)

Zeuge gesteht: Ich trage vor, dass ich am 22. März 1948 meinen Dienst als Feldwächter geleistet habe, als ich dort dem Bewohner von Németlad, Josef Kiezer, begegnete, der gerade an seinen Feldern geeggt hat. Ich sprach mit Kiezer und einmal sagte er mir, ohne Grund, dass „mein Enkelsohn sich schämen solle und dass er sehen solle, dass ihn die Dorfbewohner nicht aus den Augen lassen". Was Kiezer darunter verstand, weiss ich nicht, kann jedoch sein, dass er es deshalb gesagt hat, weil mein Enkelsohn Ferenc Tabak der Sekretär der Kommunistischen Partei in Németlad ist. (...) Mehr kann ich dazu nicht hinfügen, das Protokoll wurde richtig aufgenommen, nach dem Vorlesen wurde es von mir unterschrieben.

Unterschrift von János Horváth

Aufgenommen: unleserbare Schrift

Unterleutnant[789]

An der nächsten Zeite findet man das Protokoll vom Verhör des Verdächtigten und an Seite 8 des Dossziers kann man noch das Zeugnis über das Vermögen von Josef Kiezer lesen:

Vermögenszeugnis

1.Familien- und Nachname, Alter, Beruf: Josef Kiezer

2. Wohnung, Adresse: (Angaben)

3. Vermögensumstände: in Németlad 7 Katasterjoch im Wert von 7.000 und ein Haus mit Stall und Scheune im Wert von 7.000 und bewegliches Gut (unleserlich) im Wert von 3.000 – Wert des gesamten Vermögens: 17.000

4. Steuern an den Staat: Steuern nach den Feldern (unleserlich), Steuer nach dem Haus im Wert von 60 Ft

5. Seine Steuern bezahlt er in Németlad.

6. In diesem Haushalt leben noch diese Familienmitglieder: Ehefrau (Anna Mauer) und Kind

7. Wenn die oben erwähnte Person minderjährig ist (unter 18 Jahren), Vermögensverhältnisse seiner Eltern:

8. Bemerkungen:

Datum, in Németlad, am 30. März 1948

[789] ÁBTL, V- 109652, „József Kiezer und seine Leidensgenossen", 1948-1951 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Unterschrift des Gemeindenotars (unleserlich)[790]

Was nach dieser Untersuchung mit Josef Kiezer geschah, erfahren wir aus dem Dossier nicht mehr. Wir sehen aber, dass es am 4. April 1951 geöffnet und auch abgeschlossen wurde. Sspäter, 1958, wie ein Stempel beweist), wurde es wieder überprüft und am 11. Dezember 1970 als Objektdossier eingestuft.

Dieses Dossier und auch die vorher erwähnten 'Straftaten' beweisen jedoch eindeutig, dass es oft genügte, ein bloßes Gerücht über antidemokratische Aussagen oder über die Äußerung verdächtiger Ansichten in die Welt zu setzen, um einen Menschen, wie hier Josef Kiezer, „aktenkundig" zu machen.

2. Aktenkundig wegen „faschistischer Vergangenheit"

Diese Ungarndeutschen hat man aufgrund der Volkszählung von 1941 als „Volksdeutsche"[791] unter großem Druck für die Waffen-SS rekrutiert.[792] Anfang 1945 gerieten diese Personen in sowjetische Gefangenschaft und wurden in die Sowjetunion verschleppt. Sie konnten erst 1950 oder 1951 als Kriegsgefangene aus der Sowjetunion zurückkehren. Die Mehrheit dieser Personen hatte in Ungarn jedoch ein anderes Schicksal: sie wurden gleich vor allem nach Tiszalök und nach Kazincbarcika interniert.

Zusammenhänge zwischen Rekrutierung, sowjetischer Kriegsgefangenschaft und Internierung der Ungarndeutschen

Im Archiv der Staatsicherheitsdienste findet sich eine lange Liste zahlreicher Dossiers über ungarndeutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion, die interniert wurden.

Die Mehrheit dieser Kriegsgefangene war jung, geboren zwischen 1919 und 1928. Ein Auszug aus dieser Liste:

A. Bauer, J. Gausz, J. Králl, J. Krausz, G. Kameller, A. Krix, J. Krix, H. Marhauser, J. Schnab, J. Schenk, Á. Szipl, J. Sziptner, F. Szigl, A. Cantleitner, M. Égel, M. Fritz, L. Fridrich, L. Fuszenecker, K. Gerstner, M. Gerstnermayer, F. Guttenkeiber, M.

[790] ÁBTL, V- 109652, „József Kiezer und seine Leidensgenossen", 1948-1951 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[791] Gebräuchliche Bezeichnung vor und während des Zweiten Weltkrieges für jenen Personen, die zu den deutschsprachigen Minderheiten in Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien und Norditalien gehörten.

[792] Diesbezüglich s.: Thomas CASAGRANDE, Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen". Franfurt/Main 2003, Loránt TILKOVSZKY, Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik. Köln-Wien 1981

Guttengéber, J. Holzmann, I. Hellenbarth, F. Holchrein, M. Hoffmann, E. Hoffer, A. Rutterschmidt, J. Reitter, F. Riesz, P. Kindl, J. Auth, S. Mechler, A. Matheisz, J. Hermanecz, I. Mechler, J. Knipl, J. Krausz, A. Pillinger, J. Petermann, J. Pfaff, M. Pámer, J. Pekk, A. Ott, M. Putz, I. Raft, J. Scheppi, J. Schramm, J. Schrempf, J. Szantner, J. Schreiber, R. Vogel, J. Ulrich, J. Streicher, R. Guttmann, J. Wilhelm, R. Wilhelm, J. Wennesz, E. Witzenleiter, E. Wagner, A. Mayer, F. Wilhelm, P. Hesz, J. Koch, J. Hanzl, J. Kaufmann, J. Lépold, J. Nichter, E. Gerger, R. Gerger, R. Reisinger, F. Pfaff, I. Trummer, F. Fruh, M. Föglein, F. Finn, J. Herzog, M. Huber, J. Schmidt, J. Csauth, F. Folkmann, Á. Niesz, J. Beck, J. Ringhoffer, I. Beck[793]

Im Dossier *A- 2127/26 – Hintergrundinformationen zu den Deutschen in Ungarn* finden sich auch die Angaben des Innenministeriums[794] zur Rekrutierung von „Volksdeutschen": 1942 wurden 20.000 Personen, in den Jahren 1943 bis 1944 100.000 Personen, also insgesamt 120.000 „Volksdeutsche" rekrutiert.[795] Die folgenden Seiten dieses Dossiers zeigen eine Zusammenfassung über die Situation der „Volksdeutschen" in Ungarn. Der Verfasser dieser Statistik ist unbekannt. Sie wurde am 12. November 1943 erstellt: 719.762 Personen sind deutscher Muttersprache, das heißt 4,9% der 14,7 Millionen Einwohner[796] Ungarns und 533.045 Personen erklärten sich der deutschen Nationalität zugehörig, also 3,6% der damaligen Bevölkerung.[797]

Die Volkszählung 1941, bei der neben der Muttersprache zum ersten Mal auch nach dem nationalen Bekenntnis gefragt wurde, präzisierte zahlenmäßig das erwartete Resultat, dass sich Ungarn in der Vorkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges von einem eher homogenen Nationalstaat in einen Nationalitätenstaat verwandelte. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Ungarn nicht nur seine früheren Grenzen[798], sondern auch seine Nationalitäten

[793] ÁBTL, Liste der Kriegsgefangenen aus der Sovjetunion
[794] ÁBTL, A- 2127/26 – Hintergrundinformationen zu den Deutschen in Ungarn, III./I. Abteilung 9., Nummer 64-111/9-1967
[795] In diesem Dossier kann man auch einen interessanten Briefwechsel zwischen dem Generaloberst Csatay und Veesenmayer über die Probleme der Rekrutierung (über Rückstände) lesen: Am 10. August 1944 wurden 187.000 Personen zu Volksdeutschen erklärt, davon wurden zur Musterung 126.000 Personen freigegeben und davon wurden nur 36.000 assentiert (gemustert), Rückstände der deutschen Musterungskommission sind also 90.000 Personen, Rückstände des ungarischen Verteidigungsministeriums: 12.000 Personen. Am 25. August 1944 wurden schon 202.000 Volksdeutsche gezählt, wovon 131.000 Personen zur Musterung freigegeben wurden, von denen dann 42.000 Personen ausgewählt, also gemustert wurden und so blieben Rückstände der deutschen Musterungskommission, insgesamt 89.000 Personen, Rückstände des ungarischen Verteidigungsministeriums sind 11.700 Personen.
[796] Es ging hier um Großungarn.
[797] ÁBTL, A-2127/26, Hintergrundinformationen zu den Deutschen in Ungarn, Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin
[798] Ungarn schrumpfte wiederum auf das Gebiet zusammen, das im Vertrag von Trianon definiert worden war.

teilweise verloren. Der Pariser Friedensvertrag[799] knüpfte an die am 1. Januar 1938 bestehenden Grenzen an, das ungarische Staatsgebiet hat also 93.032 quadratkilometer umfasst.

Die ethnische Zusammensetzung Ungarns beeinflussten nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem drei Vorgänge[800]: Erstens die Aussiedlung der gesamten deutschen Volksgruppe aufgrund des Artikels XIII des Potsdamer Abkommens, die eine Halbierung der deutschen Minderheit bewirkte. Zweitens das ungarisch-tschechoslowakische Abkommen über den Bevölkerungsaustausch[801], wodurch 60.257 Slowaken[802] freiwillig in die Tschechoslowakei übergesiedelt und 76.616 Ungarn aus der Slowakei vertrieben und in Ungarn zwangsangesiedelt worden sind. Und drittens die große Zahl der ungarischen Flüchtlinge, umgefähr 250.000 Personen bei Kriegsende aus Rumänien, Jugoslawien und der Slowakei.[803]

Ungarns Bevölkerungszahl betrug nach 1945 nur 9,3 Millionen, aber mit ihren 200.000 Ungarndeutschen war die deutsche Minderheit in Ungarn immer noch die grösste Minderheit. Die nach 1945 durchgeführten Volkszählungen[804] zeigen, wie sich die ethnische Zusammensetzung Ungarns veränderte: Gemäß der Volkszählung aus dem Jahre 1949[805] lebten in Ungarn 9.204.799 Staatsbürger, davon 9.076.041 Ungarn, also 98,6% der Bevölkerung, und 22.455 Deutsche, also 0,2% der Bevölkerung Ungarns. Laut Volkszählung 1960 lebten in Ungarn 9.961.044 Staatsbürger, davon 9.786.038 Ungarn, also 98,2% der gesamten Bevölkerung, und 50.765 Deutsche, also 0,5% der ungarischen Bevölkerung.[806] Der geringe Anteil der deutschen Minderheit im Jahre 1949 ist mit der generellen Angst zu erklären, denn damals konnte das Bekenntnis zu der deutschen Volksgruppe Nachteile zur Folge haben. In den Sechziger Jahren war die Minderheitenpolitik des Regimes schon großzügiger, in den Schulen wurden sogar bestimmte Klassenzüge für die deutsche Minderheit gegründet und die Ungarndeutschen durften ihre Kultur pflegen. Diese Maßnahmen haben jedoch den fortschreitenden Assimilierungsprozess der deutschen

[799] Friedensvertrag vom 10. Februar 1947
[800] In: Prof. Dr. Dr. h. C. G. Brunner, PD Dr. Herbert Kuepper: Minderheitenschutz im östlichen Europa www.unikoeln.de 22/03/11
[801] Abkommen vom 27. Februar 1946
[802] Weniger Slowaken machten von der Möglichkeit der Übersiedlung Gebrauch als erwartet.
[803] Dazu s.: Georg Brunner: Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1993, Prof. Dr. Dr. h. C. G. Brunner, PD Dr. Herbert Kuepper: Minderheitenschutz im östlichen Europa www.unikoeln.de, Gerhard Seewann: Ungarndeutsche und Ethnopolitik. Ausgewählte Aufsätze. Budapest, 2000
[804] Die Volkszählungen zwischen 1945 und 1989 zeigen nur die offizielle Nationalitätenpolitik der kommunistischen Diktatur. Die Veränderungen spiegeln eher die Veränderungen dieser Politik wider, nicht aber die wahren Veränderungen der deutschen Minderheit.
[805] Quelle: Magyar Statisztikai Évkönyv 1998, Budapest, 1999, KSH
[806] In: Minderheitenschutz im östlichen Europa. Ungarn. Prof. Dr. Dr. h.c. G. Brunner, PD Dr. Herbert Kuepper

Minderheit in Ungarn nicht verlangsamt. Interessant ist das Dossier über die Statistiken bezüglich der Internierungslager aus dem Jahre 1953[807], wenn man die Statistiken hinsichtlich der Ungarndeutschen aus den Jahren 1941, 1945 und 1949 gesehen hatte. Wie groß war der Anteil der deutschen Minderheit an der Gesamtbevölkerung Ungarns 1941, 1945 und 1949 beziehungsweise wie groß war der Anteil der deutschen Minderheit in den Internierungslagern zwischen 1950 und 1953? Wenn man bei der Volkszählung 1941 nur Trianon-Ungarn[808] und seine ethnische Zusammensetzung unter die Lupe nimmt, erfährt man, dass damals die Ungarn 92,8% und die Deutschen 5,1% der Gesamtbevölkerung ausgemacht haben. Zwischen 1945 und 1948 verlor Ungarn – durch Kriegsgefangenschaft oder Vertreibung – zwischen 200.000 und 250.000 Ungarndeutsche, also die Hälfte dieser Minderheit, und die ersten Volkszählungsergebnisse nach dem Krieg aus dem Jahre 1949 zeigen, dass aufgrund der offiziellen Statistiken die Ungarn 98,6%, die Deutschen 0,2% der Gesamtbevölkerung Ungarns ausgemacht haben.

Betrachten wir jetzt die Statistiken der Staatssicherheitsdienste aus dem Jahre 1953: im Dossier A-508 kann man den Arbeitsplan vom 2. Juli 1953[809] finden. Hier wurden die Internierten statistisch überprüft. Die Gesamtzahl der Internierten betrug laut diesem Dossier 5.036 Personen, davon waren 2.692 Personen interniert, als Kriegsgefangene interniert waren 2.344 Personen. Die Mehrheit dieser Menschen war seit 1949 oder 1950 interniert. Bezüglich der Staatsbürgerschaft beziehungsweise bezüglich der Wohnorte der internierten Kriegsgefangenen kann man feststellen, dass von den 2.344 internierten Kriegsgefangenen 1.130 Personen Ungarn, 19 Rumänen, 39 Österreicher, 119 Jugoslawen und 1.037 Westdeutsche waren. Die Mehrheit der Westdeutschen Internierten waren jedoch Ungarndeutsche, deren Familien nach Westdeutschland vertrieben wurden und sie – diese „westdeutschen" Internierten - bekamen bis 1950 keine ungarische Staatsbürgerschaft.

In diesem Dossier, auf Seite 6 findet sich auch eine Aufzeichnung vom 16. Juli 1953[810], in der der Überprüfungsausschuss in 4.574 Fällen für die Internierten Folgendes vorschreiben: Von den 4.574 Internierten werden 2.728 Personen freigelassen, 529 Personen vor Gericht gestellt, 26 Personen wird man dem Ausland geben, 50 Personen müssen nochmals überprüft werden, 90 Personen untersucht der Ausschuss mit anderen Behörden und 1.151 Personen, die Kriegsgefangene waren und deren Verwandte zur Zeit schon im Ausland leben, bleiben im

[807] ÁBTL, A-508 – „1953 évi különböző internáló táborokból kimutatások, javaslatok, tervezetek, utasítások, határozatok"
[808] Im Gesamtstaat im Jahre 1941: 77,4% Ungarn und 4,9% Deutsche.
[809] ÁBTL, A-508, ÁVH 101-6733/53 „Arbeitsplan"
[810] ÁBTL, A-508, ÁVH 101-7410/53 „Aufzeichnung"

Lager, solange kein anderer Beschluß gefasst wird. Die internierten Ungarndeutschen bildeten diese letzte Gruppe, also von den 4.574 überprüften Internierten waren 1.151 Ungarndeutsche. Diese ungarndeutschen Kriegsgefangenen waren höchstwahrscheinlich keine SS-Soldaten, denn in dieser Aufzeichnung kann man Informationen dazu finden, wer und warum politisch gefährlich und deshalb nicht überprüft und freigelassen werden darf: zu dieser Kategorie gehörten unter anderen die Kulaken (158 Personen), die Geistlichen (34 Personen), die Großgrundbesitzer (24 Personen) und auch die ehemaligen SS-Soldaten (404 Personen).

In einer anderen Statistik auf Seite 14 dieses Dossies[811] vom 30. Juli 1953 kann man über die Zahl der bald zu entlassenen Kriegsgefangenen lesen: 933 Personen werden freigelassen, davon 414 ehemalige SS-Soldaten. Auf Seite 16 liest man über die Kriegsgefangenen, die vor Gericht gestellt werden: es werden insgesamt 103 Personen – davon 37 ehemalige SS-Soldaten – vor Gericht gestellt.

Im Sommer 1953 war das weitere Schicksal der in den Internierungslagern als ausländische Staatsbürger aufgenommenen ungarndeutschen Kriegsgefangenen noch unsicher, was auch eine kurze Bitt von Innenminister Ernő Gerő beweist, die auf einem Zettel festgehalten ist: im Dossier auf Seite 28 kann man diese Bitte von Gerő[812] finden. Er bittet in diesem kurzen Brief den Genossen Győre[813] darum, die Meldung über die Dokumente, die Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft betreffend, mit weiteren Erläuterungen, Anmerkungen zu schreiben, da sonst die Parteiführer einen Teil der Zahlen nicht verstünden. Diese Erläuterungen sollten jedoch kurz und verständlich sein, schrieb Gerő.

Warum die Meldungen über die Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft eindeutiger sein mussten, beweisen die folgenden Statistiken in diesem Dossier: Die Staatssicherheitsdienste machten natürlich einen großen Unterschied zwischen den Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft „volksdemokratischen" Staaten[814] und den Internierte mit ausländischer Staatsbürgerschaft aus „nicht-volksdemokratischen"[815] Ländern[816]. Von diesen 1.282 Internierten wollten 1.179 Personen nicht in Ungarn bleiben,

[811] ÁBTL, A-508, BM 181-07/53, „Kimutatás"
[812] ÁBTL, A-508, Nr. 9/4022/53, vom 27. August 1953
[813] Er war Stellvertreter des Innenministers Gerő.
[814] Dazu gehörten die Rumänen (25 Personen), die Tschechoslowaken (14 Personen), die Polen (2 Personen), die Sowjets (4 Personen) und die Ost-Deutschen (3 Personen, also insgesamt nur 48 internierte Personen im Sommer 1953).
[815] Im Dossier steht: „aus kapitalistischen Ländern"
[816] Dazu gehörten die Internierten aus Belgien (2 Personen), aus den USA (1 Person), aus Jugoslawien (206 Personen), aus Österreich (68 Personen), aus West-Deutschland (999 Personen), aus Italien (3 Personen) und diejenigen, die keine Staatsbürgerschaft hatten (3 Personen, insgesamt 1.282 Personen im Sommer 1953).

sondern ins Ausland auswandern. Von den 999 deutschen Internierten wollten 996 Personen ins Ausland, nur drei Personen wollten in Ungarn bleiben.

Die Parteiführung brauchte jedoch auch weiterhin Arbeitskräfte und hatte nicht vor, alle Gefangenen und Internierten freizulassen beziehungsweise alle Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft auszusiedeln. Das beweisen die folgenden Meldungen im Dossier auf Seite 25 und 32: In einer Zusammenfassung findet man mit der Unterschrift des Majors und Hauptabteilungleiters im Innenministerium Rudolf Garasin[817] unterschrieben, dass bis zum 1. Juli 1953 in den Direktorien, die zur Hauptabteilung VII. des Innenministeriums gehören, 18.073 Personen verhaftet, 513 Personen als Soldaten festgenommen und 1.300 Personen interniert sind. Auf Seite 32 im Dossier ist eine Meldung vom 5. August 1953 der Hauptabteilung des Strafvollzugs im Innenministeriums bezüglich der Freilassung enthalten: Darin steht, dass bis zum 5. August 1953 insgesamt 3.547 Personen freigelassen worden sind, davon 3.435 Verurteilte und 112 Internierte. Die Zahl der festgenommenen, verhafteten Personen soll nach der Amnestie bei 18.000 Personen bleiben, denn der Staat braucht Arbeitskraft bei KÖMI und in den Kohlbergwerken. In dieser Meldung wird die Zahl der Verhafteten, die in diesen Bergwerken Arbeit leisten müssen, mit 5.000 Personen festgelegt, und die „KÖMI", die Pflichtarbeit in bestimmten Fabriken und Baustellen vorschreibt, braucht gemäß dieser Aufzeichnung im Dossier 9.500 Personen, die aus diesen 18.000 Verhafteten rekrutiert werden müssen. Diese Dokumente beweisen eindeutig, warum viele Verhaftete und Internierte – unter den Internierten viele Ungarndeutsche – auch nach 1953 nicht freigelassen wurden.

In einer Aufzeichnung aus dem Jahre 1953[818] tauchen bezüglich der Überprüfung der Internierten bestimmte Fragen auf, die vom Innenministerium beantwortet wurden: *Wie soll man den Fall der imperialistischen Spione behandeln, die ihre Strafzeit schon abgebüßt, also hinter sich haben, deren Freilassung jedoch gefährlich ist?*[819]

Die Antwort lautete: *Der Ausschuss schlägt vor, diese Personen aufgrund eines Gerichtsurteiles aus Ungarn zu verweisen.* [820]

Hier ging es um ausländische Staatsbürger, die entweder wirklich spionierten (wenige Personen) oder imperialistischer Spionage verdächtigt worden sind. Viele Flüchtlinge, die an den Grenzen verhaftet wurden oder Soldaten, die geflohen sind, beziehungsweise viele

[817] Der Moskovit Rudolf Garasin hat die Zwangsarbeit für die Internierten und Gefangenen – auf Ungarisch die 'KÖMI' – gegründet und eingeführt.
[818] ÁBTL, A-508, ÁVH 101-6733/53 „Aufzeichnung"
[819] ÁBTL, A-508, ÁVH 101-6733/53 Aufzeichnung, S. 46, Originaltext Ungarisch, Übersetung der Autorin
[820] Ebenda, Originaltext Ungarisch, Übersetung der Autorin

Ungarndeutsche, die vor, während oder nach der Vertreibung zurückgekehrt sind und über keine ungarische Staatsbürgerschaft mehr verfügten – und eventuell auch deutsch gesprochen haben –, wurden oft als „imperialistische Spione“ verdächtigt, was viele der Untersuchungen, viele Fallstudien im Archiv der Staatssicherheitsdienste beweisen.

Eine andere wichtige Frage in dieser Aufzeichnung betraf die ungarndeutschen Kriegsgefangenen: *Was soll mit den ehemaligen Kriegsgefangenen geschehen, die nach ihrer Freilassung in West-Deutschland, in Jugoslawien oder in Österreich ansässig werden möchten?* [821]

Der Vorschlag des Innenministeriums lautete: *Diese ehemaligen Kriegsgefangenen, wenn sie nicht vor Gericht gestellt werden können, sollte man freilassen und in verstaatlichten Fabriken oder auf Baustellen arbeiten lassen, solange das Außenministerium den Fall dieser Personen nicht behandelt.* [822]

Aufgrund der Forschungen im Archiv der Staatssicherheitsdienste kann behauptet werden, dass viele Ungarndeutsche, die im Januar und Februar 1945 von den sowjetischen Truppen als „malenkij robot” verschleppt worden waren, bis 1950 in verschiedenen Arbeitslagern in der Sowjetunion gearbeitet hatten und nach 1951 in ungarischen Internierungslagern ihre Zwangsarbeit weitergeführt hatten, 1953 – aufgrund vieler Dossiers – nicht gleich freigelassen werden und zu ihren zwischen 1946 und 1948 nach Deutschland vertriebenen Familien aussiedeln konnten, sondern bei „KÖMI“ Zwangsarbeit leisten mussten.

Diese Behauptung beweist die erste Anordnung des Innenministeriums am 25. Juli 1953[823] unter der Nummer V., die ausländischen Staatsbürger betreffend:

Die Internierten mit ausländischer Staatsbürgerschaft und die Internierten, die früher die ungarische Staatsbürgerschaft hatten und deren Verwandte nach dem Krieg nach Deutschland vertrieben wurden, müssen aus allen Internierungs- und Arbeitslagern bis zum 15. August zu den Wasserkraftwerken nach Tiszalök gebracht werden. Sie arbeiten im Lager bei Tiszalök solange, bis die betroffenen Länder sie übernehmen können. [824]

Die Anordnung hat der Innenminister Ernő Gerő unterzeichnet.

Gehen wir nach den Statistiken des Staatssicherheitsdienstes zu den ersten Volkszählungen und deren Ergebnisse, zu der ethnischen Zusammensetzung Ungarns zurück: Im Jahre 1941 betrug die Zahl der deutschen Minderheit im Trianon-Ungarn 5,1% der Gesamtbevölkerung.

[821] Ebenda, S. 47, Originaltext ungarisch, Übersetung der Autorin
[822] Ebenda, Originaltext ungarisch, Übersetung der Autorin
[823] In: ÁBTL, A-508, „Magyar Népköztársaság Belügyminisztériuma 10-065/53, I. számú utasítása”, Budapest, 25. Juli 1953”
[824] ÁBTL, A-508, Magyar Népköztársaság Belügyminisztériuma 10-065/53, I. számú utasítása, Budapest, 25. Juli 1953, S. 137, Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin

Aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 1949, die wegen der totalen kommunistischen Diktatur nicht die wahren Verhältnisse zeigen, waren 0,2 % der Bevölkerung Ungarndeutsche. Elf Jahre später, als die Minderheiten ihre Sprache und Kultur schon pflegen durften, belief sich die Zahl der Ungarndeutschen auf 0,5% der Gesamtbevölkerung Ungarns.
Im Juli 1953 hat auch der Staatssicherheitsdienst eine Statistik gemacht: Von den 2.692 Internierten waren 1.130 Personen Ungarn und 1.037 Personen Deutsche.[825] Die Zahl der ungarischen Internierten betrug somit 42 Prozent und die Zahl der deutschen Internierten cirka 39 Prozent der gesamten Internierten.
Wenn man nur diese Volkszählungsergebnisse während des Krieges, während der totalen Diktatur, während des „Gulaschkommunismus" mit den Statistiken der Internierungslager hinsichtlich der deutschen Minderheit miteinander vergleicht, stellt man eine enorme Diskrepanz fest: Im Jahre 1949 betrug die Zahl der Ungarndeutschen 0,2 Prozent der Bevölkerung Ungarns, währen in den Internierungs- und Arbeitslagern zwischen 1945 und 1953 die Zahl der Deutschen 39 Prozent der internierten Personen betrug! Die deutsche Minderheit war also in den Internierungslagern überrepräsentiert.

Fallstudie über einen internierten ungarndeutschen Kriegsgefangenen

Das Untersuchungsdossier des Ungarndeutschen György Richter zeigt beispielhaft, wie das Schicksal dieser jungen deutschen Männer in diesen Jahren – zwischen 1944 und 1953 – von der Politik beeinflusst wurde.[826] Der Verdächtigte ist György Richter, Verdachtsgegenstand ist die Tatsache, dass er ein Kriegsgefangener ist, der aus der Sowjetunion übernommen wurde. Alleine schon aufgrund dieser Tatsache wurde man also aktenkundig. Das Dossier wurde am 14. Dezember 1950 geöffnet und zweimal – am 1. November 1969 und am 30. Mai 1978 – überprüft. Auf Seite 2 ist ein Fragebogen enthalten, in 34 Punkten wurde von der untersuchten Person alles gefragt.

Fragebogen

Name: György Richter
Geb. in Nemesnádudvar, am 15. August 1926
Name der Mutter: Jusztina Melcher, Name des Vaters: Jakab Richter
Familienstand: ledig

[825] Die Zahl der Rumänen, Jugoslawen und Österreicher ist hier nicht berücksichtigt, obwohl viele Flüchtlinge aus diesen Ländern vielleicht auch Volksdeutsche waren: in Rumänien Siebenbürger Sachsen, in Jugoslawien Banater oder Batschkaer Schwaben und in Österreich Soproner oder Burgenländer. (Anmerkung der Autorin)
[826] ÁBTL, V- 67810 „György Richter" (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Adresse ab 1938: (Adresse)

Arbeitsplatz: -

militärischen Dienst geleistet in: vom 18. September 1944 bis 12. Februar 1945 in Tabajd, in Budapest bei der 22. SS-Division, in der Sanitätseinheit Nummer 1. im Operationsraum, anfangs als Anästhesist, später als Assistent

Frontdienst wann, wo, bei welcher Einheit: -

Von wann bis wann haben Sie bei V.K.F.2. Dienst geleistet?

Was machten sie dort? –

schulische Ausbildung: Mittelschule

Schulen währen des militärischen Dienstes: -

Spezialisiert auf: -

Sprachen: ungarisch, deutsch, Mittelstufe

Titel: -

Mitglied einer politischen Partei: -

Vermögen: -

War schon bestraft? –

Waren Sie vor der Gefangenschaft schon im Außland? –

Haben Sie Kontakt zu Ausländern? –

Haben Sie in ausländischen militärischen Einheiten Dienst geleistet? 22. 'SS' Division in der Sanitätseinheit Nummer 1., beim Militärarzt

Wo und wann gerietenSie in Gefangenschaft? Buda, am 12. Februar 1945

Mit wem waren Sie in der Gefangenschaft? –

Beruf des Vaters: Bauer

Beruf der Mutter: Bäuerin

Adresse der Eltern ab 1938: (Adresse – nach 1945 in Dietenheim/Deutschland)

Name der Geschwister: Peter, Rosalia, Sebestyén Richter

Name der Ehefrau: -

Adresse der Ehefrau: -

Name, Beruf, Adresse des Vaters der Ehefrau: -

Welche Verwandten leben zur Zeit im Ausland: Eltern und Geschwister in Deutschland

Wer war von den Verwandten vorbestraft? –

Wo möchten sie sich ansiedeln und was möchten Sie dort machen?: an der Adresse meiner Eltern in Dietenheim, Deutschland, möchte weiterstudieren und Arzt werden

Bemerkungen: -

Budapest, am 1. Dezember 1950[827]

Der Kommentar am Ende des Fragebogens ist interessant: *(handschriftlich) Bemerkung: Schwabe-Kulake! (Abstammung)'SS', kann sein, dass er die Wahrheit gesagt hat. Vorschlag: ich schlage vor, ihn in ein anderes Lager zu überstellen*[828]

Zum Fragebogen gehört ein schriftlicher Lebenslauf (Seite 7 im Dossier), den der Kriegsgefangene György Richter geschrieben hat:

Mein Vater arbeitete in Nemesnádudvar als Bauer auf 50 Joch Land. Er war Mitglied des Volksbundes. Er ist jetzt in Deutschland, er wurde vertrieben.

Am 18. September 1944 wurde ich zu 'SS' rekrutiert, wo ich Sanitätsdienst geleistet habe, zuerst im Sanatorium auf dem Schwabenberg, dann später in der Mészáros Straße und im 'Park' Hotel. Am 12. Februar 1945 geriet ich im Burgviertel in sowjetische Gefangenschaft. Im Dorf Tabajd bekam ich die 'SS'-Ausbildung und die 'SS'-Tätowierung.

Budapest, den 1. Dezember 1950

György Richter

Imre Zsiga
Verhör-Leutnant[829]

Der Kriegsgefangene György Richter kam am 28. November 1950 aus der Sowjetunion zurück und der Staatssicherheitsdienst bearbeitete seinen Fall sehr schnell, denn nach dem Verhör am 1. Dezember 1950 wurde am 2. Dezember schon die Bitte – in Form eines offiziellen Fragezettels – des Geheimdienstes, den ehemaligen Kriegsgefangenen György Richter zu internieren, an die zentralen Behörden der Staatssicherheitsdienste weitergeleitet. Auf Seite 8 des Dossier befindet sich ein „Fragebogen"[830], auf dessen Grundlage der Kriegsgefangene György Richter untersucht wurde:

Fragezettel
Name: György Richter
Name der Mutter: Jusztina Melcher
Geb.: in Nemesnádudvar, 1926.
Adresse: (..)

[827] ÁBTL, V- 67810 „György Richter" (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[828] Ebenda (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[829] Ebenda, S. 7 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[830] Ung. „Kérdőjegy"

Vorherige Adresse: (...)

Beruf:

Aus welchem Grund möchten Sie [was?]: Untersuchung

Welche Angaben möchten Sie: alle Angaben, die vorhanden sind

Budapest, den 2. Dezember 1950

Unterschrift des Abteilungsleiters (unleserlich)[831]

Im Dossier finden wir dann auf Seite 9 die Entscheidung des Geheimdienstes: Die ÁVH verordnet, György Richter wegen seiner Vergangenheit als SS-Angehöriger und damit als Kriegsverbrecher zu internieren. Gegen diese Verordung kann György Richter keinen Einspruch erheben.

Staatssicherheitsdienste

Budapest, Jászai Mari Platz 16.

Betreff: Internierung von György Richter

Beschluss

Ich verordne, György Richter, geb. in Nemesnádudvar, am 15. August 1926, Name seiner Mutter: Jusztina Melcher, zu internieren.

Begründung:

Der Genannte hat als 'SS'-Soldat Kriegsverbrechen begangen, aufgrund dessen halte ich seine Internierung, vom Standpunkt der Staatssicherheit aus betrachtet, für begründet.

(..)

Budapest, den 21. Februar 1952

László Juhász Stasi- Oberst

Hauptabteilungsleiter[832]

György Richter war zu der damaligen Zeit eine gebildete Person: Vor dem Zweiten Weltkrieg studierte er Medizin, während des Krieges leistete er Sanitätsdienst. Er besuchte die Bürgerschule und konnte einwandfrei Ungarisch und Deutsch. Aus seinem Lebenslauf, den er selbst verfasst hat, geht eindeutig hervor, dass er ein gebildeter Mensch war: im Lebenslauf sind die Sätze verständlich und logisch aufgebaut, es ist nur ein Rechtschreibfehler enthalten. In der Mehrheit der Meldungen, die die Agenten der Staatssicherheitsdienste zwischen 1945

[831] ÁBTL, V- 67810 „György Richter", S. 8 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[832] ÁBTL, V- 67810 „György Richter", S. 9 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

und 1956 handschriftlich geschrieben haben, findet man zahlreiche, grobe Rechtschreibfehler und oft werden die Sätze auch nicht verständlich formuliert. Zudem konnte Anfang der 1950er Jahre die Mehrheit der Agenten keine Fremdsprachen und besuchte nicht einmal die Mittelschule.[833]

Von Anfang Februar bis Juni 1950 wurden unter der Führung des damaligen Innenministers János Kádár auch die Agenten der Staatssicherheitsdienste überprüft: Als Ergebnis dieser Überprüfung wurde ungefähr ein Drittel der Agenten entlassen. Man stellte über viele geschulte, nicht aus dem Proletariat entstammende Kader fest, dass sie opportunistische, kleinbürgerliche Mitglieder der Partei waren. Die Instruktion von Rákosi *Sucht und findet die Personen, die sich in unsere Einheiten eingeschlichen haben*[834] versuchten die Staatssicherheitsdienste wortwörtlich zu nehmen: nach den *Säuberungen* entwickelte sich so ein Personalbestand bei der „ÁVO", der gleichartig, gleichdenkend und auf gleicher Weise verängstigt war. Diese Angst konnte die Agenten jedoch auch motivieren: war jemand nicht politisch wachsam, war seine Karriere als Geheimagent mit Sicherheit beendet, oft mit Hilfe seiner Kollegen[835].

Bei György Richter mussten die Agenten, die im Internierungslager in Kazincbarcika über ihn Meldung erstattet haben, auch immer wachsam bleiben: Richter sprach mit den anderen Internierten oft auf Deutsch, was die Agenten nicht verstehen konnten und was auch nicht erlaubt war. Das war schon Grund genug, negativ über György Richters Benehmen in den Meldungen zu schreiben und ihn als eine gefährliche Person für das System zu beurteilen. Als Folge dieses Urteils musste György Richter nach der Arbeit auf einer Baustelle weiter im Internierungslager bleiben. Darüber berichtet die Meldung am 24. September 1952 in Kazincbarcika, die im Dossier auf Seite 13 zu finden ist:

Behörde der Staatssicherheitsdienste *„Geheimsache"*

Betreff: Der Fall des Internierten György Richter

Meldung

---

[833] Insgesamt hatten 60% der Agenten keine Fachschule besucht, dreiviertel der Agenten hat auch die Parteischule nicht besucht. In: Krisztián UNGVÁRY/Gábor TABAJDI, Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956-1990, Corvina, 1956-os Intézet, 2008, 61-63.

[834] Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin, diesbezüglich s.: Krisztián UNGVÁRY/Gábor TABAJDI, Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956-1990, Corvina, 1956-os Intézet, 2008

[835] László Rajk, Imre Nagy oder die Geschwister Szűcs waren Kommunisten und zugleich auch Opfer der kommunistischen Diktatur. Dazu s.: István SOLTÉSZ, Rajk-Dosszié. Láng Kiadó Budapest, 1989, János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz 1953-1958. 56-os Intézet Budapest, 1999, Árpád PÜNKÖSDI, Rákosi a hatalomért. 1945-1948. Európa Könyvkiadó Budapest, 1992, Tibor ZINNER, Adalékok a magyarországi koncepciós perekhez. Székesfehérvér, 1988.

Kazincbarcika, den 24. September 1952

György Richter ist 26 Jahre alt und 'Kulak-Abstammung', er war SS-Soldat, ist jetzt im Lager in Kazincbarcika interniert.

Ab dem 18. September 1944 leistete er seinen Militärdienst bei der 22sten SS-Pferdedivision. Am 12. Februar deriet er im Burgviertel in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Aus der Sowjetunion wurde er als Kriegsgefangener am 28. November 1950 nach Ungarn zurücktransportiert. Zur Zeit arbeitet er auf der Baustelle als Normbearbeiter, er erreichte 100 Prozent. Er ist ein Gagist. (Er erhält ein Monatsgehalt.) Sein Benehmen im Lager ist schlecht, er ist unzufrieden. Er spricht mit den Internierten oft auf Deutsch, obwohl die deutsche Sprache nicht erlaubt ist.
Seine Eltern wurden 1946 nach Westdeutschland vertrieben, in das Dorf Dietelheim. Der Genannte möchte nach seiner Freilassung auch in Westdeutschland bei seinen Eltern leben.

Aufgrund der oben erwähnten Tatsachen schlage ich vor, den Internierten György Richter nach der Beendigung der Arbeit auf der Baustelle bei KÖMI weiterhin festzuhalten.

Genehmigt: unleserliche Unterschrift

Unterschrieben von: István Bikki
Unterleutnant der Staatssicherheit[836]

KÖMI bedeutete Pflichtarbeit, die von einem sogenannten Moskoviten, von Rudolf Garasin, eingeführt worden war: Nach seinen Vorstellungen muss man die Arbeitskraft der Internierten weiterhin in Anspruch nehmen, denn sowohl wirtschaftlich als auch politisch gesehen ist die Anwendung dieser Pflichtarbeiter effizient.
Nach der Meldung kann man im Dossier auf Seite 16 wieder einen 'Lebenslauf' von György Richter finden, Richter – als Verdächtigter – wurde vom Unterleutnant der Staatssicherheit István Bükki, der auch die Meldung über ihn geschrieben hat, verhört. Das Verhör wurde zum zweiten Mal mit Schreibmaschine geschrieben. Hier sind auch Informationen über die politische Einstellung von György Richter enthalten:

[836] ÁBTL, V- 67810 „György Richter", S. 13 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Bei der Volkszählung 1941 zählte ich mich mit meinen Eltern zusammen, zur deutschen Nationalität und zu den deutschen Muttersprachlern. Vor dem Krieg war ich kein Mitglied einer politischen Partei oder Organisation. Mein Vater war im Vorstand, meine Mutter war ein einfaches Mitglied des Volksbundes.[837]

György Richters Vergangenheit, sein Herkunft gemäß den Volkszählungsergebnissen 1941 und die Volksbundmitgliedschaft seiner Eltern reichten schon, ihn als einen gefährlichen Menschen der ungarischen Gesellschaft abzustempeln. Er war politisch nicht tätig, war kein Mitglied des Volksbundes, aber weil er aufgrund der Volkszählung von 1941 zur deutschen Minderheit gezählt wurde, konnte er als Volksdeutscher zwangsrekrutiert werden und musste zu SS. Er leistete Sanitätsdienst, an Frontkämpfen hat er nie teilgenommen, was man seinem verhör entnehmen kann, und nachdem er in sowjetische Gefangenschaft geraten war, arbeitete er in der Sowjetunion in verschiedenen Lagern. Dort besuchte er auch eine antifaschistische Schule.

Einen jungen Mann, Opfer zweier Diktaturen, hat man nach seiner Zwangsrekrutierung in die SS, nach Sanitätsdienst, nach fünf Jahren Kriegsgefangenschaft in sowjetischen Lagern, die er überlebt hatte und wo er auch eine antifaschistische Schule besucht hatte, nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion 'aktenkundig' gemacht, interniert, überwacht und nach seiner 'Zwangsarbeit' in Kazincbarcika hat man vorgeschlagen, ihn weiterhin für Zwangsarbeit festzuhalten. Das kommunistische System brauchte Feindbilder und auch Arbeitskraft. Die Geschichte von György Richter beweist, wie leicht jemand aufgrund Herkunft oder Vergangenheit zum „Sklaven" des Regimes wurde.

Im Dossier von György Richter erfährt man nicht mehr, ob es ihm gelungen ist, nach Westdeutschland zu emigrieren. Auf Seite 20 im Dossier liest man nur das „Abschlußblatt"[838], in dem die Abteilung 1 des Registraturzentrums des Innenministeriums das Dossier V-67810 mit 14 Reihennummer und mit 22 Seiten am 15. Juli 1974 abgeschlossen hat. Die Unterschrift des Agenten ist unleserlich.[839]

[837] ÁBTL, V- 67810 „György Richter", S. 16 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[838] Ung. 'Zárólap'
[839] György Richter lebt heute in Ulm.

3. Ungarndeutsche Mitarbeiter im Agentennetz der Staatssicherheitsdienste

Die Kommunisten konnten ihre politischen Gegner nicht nur durch falsche Propaganda, mit Schauprozessen oder mit der berüchtigten 'Salami'-Taktik entwaffnen, sondern auch durch Zwangseingliederungen bestimmter Personen in das Agentennetz der Staatssicherheitsdienste. In den 50er Jahren konnte, auch wegen der mangelhaften Ausbildung der ÁVH-Agenten, der Staatssicherheitsdienst im Ausland nur mäßige Ergebnisse aufweisen, seine Agenten konnten keine Fremdsprachen und deshalb brauchten sie neue Mitarbeiter, die v.a. Deutsch oder Englisch konnten.

In dem Beobachtungsdossiers[840] über Ilona Göltl[841] kann man auf Seite 5 eine einseitige Beschreibung der beobachteten Person lesen und aufgrund dieser Erkentnisse war es für die ÁVH-Agenten hilfreich zu wissen, ob und wie diese Person mit Geld oder durch Erpressung ins Agentennetz eingegliedert werden kann. Ilona Göltl hat man 1948 zur Arbeit bei der Statssicherheit überredet, sie war 1951 nicht mehr tätig, wurde jedoch dreimal überprüft, zweimal im Jahre 1951 und einmal im Jahre 1963. Das beweisen die drei Fragebögen[842], die im Dossier zu finden sind.

Auf Seite 12 des Dossiers liest man am 2. März 1964 in einem Beschluss des Innenministeriums, Abteilung III/1. „Geheimsache", dass das Dossier von Ilona Göltl wieder überprüft wurde und dass dieses Dossier ins Archiv des Staatssicherheitsdienstes, also zu den Akten gelegt wurde. In dem Beobachtungsblatt ist zudem zu lesen, was für die Geheimdienste bei der Eingliederung einer Person wichtig war:

Nummer 1. Beobachtungsblatt *A.-G./2.*

Politisch gesehen ist sie völlig ungeschult und nicht klassenbewusst, jedoch gutgesinnt und kann erzogen werden. Ihrer Herkunft nach gehört sie zum Proletariat, ihre Familienmitglieder sind teilweise Arbeiter, teilweise Bauern. Sie waren Schwaben aus

[840] Überwachungsdossier
[841] ÁBTL, K- 631, „Ilona Göltl", 1948-1951 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[842] ÁBTL, K- 631, „Ilona Göltl", 1948-1951, Fragezettel: Erster Fragebogen: am 11. April 1951 fragt man, aus welchem Grund die Akten von Ilona Göltl geöffnet werden, Antwort auf dem Zettel: wegen Überprüfung. Ergebnis der Überprüfung wird nur auf dem Bogen gestempelt: auf dem Stempel steht, dass sie im Karteiregister des Netzes nicht vorkommt. Zweiter Fragebogen: am 16. April 1951 fragt man wieder, aus welchem Grund die Akten von Ilona Göltl geöffnet werden sollten, Antwort ist wieder: wegen Überprüfung. Der Bogen wurde nicht mit Ergebnis versehen, kein Stempel beweist, dass Ilona Göltls Dossier überprüft wurde, nur auf Seite 16 des Dossiers findet man eine Aufzeichnung vom Februar 1951, in der die Entlassung von Ilona Göltl festgehalten ist. 3. Fragebogen: am 2. September 1963 fragt man, aus welchem Grund die Akten von Ilona Göltl geöffnet werden sollten, die Antwort auf dem Zettel: „Ob sie im Karteiregister des Netzes vorgekommen ist?" Ergebnis auf das Zettel gestempelt: „Sie kommt im Karteiregister des Netzes nicht vor." (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

der Soproner Gegend[843]*, sie wurden aber vertrieben und leben jetzt in Württemberg. Sie kam mit ihrem zweijährigen Sohn illegal zurück nach Ungarn und lebt zur Zeit in Sopron. Der Vater ihres Kindes ist ein sowjetischer Offizier, in den sie sich verliebt hatte und sie lebten 7 Monate lang zusammen. Sie arbeitete in einer verstaatlichten Fabrik in Sopron und war Mitglied der 'MKP', machte aber keine Parteiarbeit.*

Moralisch gesehen scheint sie verlässlich zu sein, was aber überprüft werden soll. Ihren Aussagen nach ist sie nicht vorbestraft.

Sie ist klug, geschickt, mutig und unternehmungslustig. Sie lernt schnell, ist aufrichtig, versteht alles gleich. Sie besuchte nur die ersten 6 Klassen der Volkschule. Sie spricht alle deutschen Dialekte perfekt, daneben spricht sie einwandfrei ungarisch und russisch.

Sie ist ungefähr 160 cm groß, hat hellblonde Haare, ihr Gesicht ist rund, sie ist etwas füllig, hat eine untersetzte Gestalt, ist eine junge Frau mit viel Kraft. Wegen ihrer finanziellen Umstände ist sie ziemlich armselig und abgetragen gekleidet.

Sie ist eine alte Bekannte von I.-f/6 und er hat sie vorgestellt. Hauptmann Sármány hat sie überredet. Sie ist schwäbischer Nationalität (Volksdeutsche), ihre Staatsbürgerschaft ist unklar. Sie hat vom Geheimdienst nur wenige Kenntnisse, viel weiss sie davon jedoch nicht. Ein Geschwisterteil lebt in Schwäbisch Gmünd, ihre Mutter und zwei weitere Geschwister in Neuffen, bei Stuttgart. Ihre weiteren Beziehungen müssen noch geklärt werden. Sie war schon in Wien, in Ludwigshafen, in Berlin, in Prag und in Stuttgart. Sie bewegt sich mutig und geschickt illegal über die Grenzen und Zonen. Die Arbeit im Geheimdienst tätigt sie in der Hoffnung auf finanzielle Entlohnung.

Ihre Aufgabe: Am 8. dieses Monats geht sie mit Hilfe von I.-f/6 nach Österreich, nach Wien und dort arbeitet sie solange, bis sie die für die Weiterreise nötigen österreichischen Papiere einholt. Ihre Ankunft meldet sie per Postkarte über ihre Tante. Mit den erworbenen Papieren fährt sie zurück, um hier, nach entsprechender Dchulung, wie geplant als Kurier eingesetzt zu werden.[844]

Die nächste Seite zeigt, was sie, an welchem Tag gemacht hat. Der Agent I.-f/6. meldete über sie wöchentlich:

---

[843] In der Soproner Gegend lebten keine Schwaben, denn die dort lebenden Deutschen bezeichneten sich eher als Soproner Deutsche oder als Burgenländer. Die ÁVH-Mitarbeiter bezeichnen in ihren Meldungen die Ungarndeutschen generell als Schwaben.

[844] ÁBTL, K- 631, „Ilona Göltl", 1948-1951 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

6. Oktober (1948): Sie ist mit I.-f/6 in Szombathely angekommen, nach ihrer Eingliederung bekam sie die auf der letzten Seite beschriebene Aufgabe. Für ihre Reise- und Aufenthaltskosten überwiesen: 30,- Ft
Für Reise- und Lebensmittelkosten überwiesen: 200,- öS.

12. Oktober: I. – f/6 meldete, dass er sie bei Nagycenk über die Grenze gebracht hat.
22. Oktober: Die Grenzschutzdirektion des Verteidigungsministeriums bei Nagycenk meldete per Fernsprecher, dass die Genannte, nachdem sie die Grenze überschritten hat, zu uns gestoßen ist. Sie meldete, dass sie aus Wien gekommen war, wo es ihr gelungen war, mit Hilfe eines amerikanischen Soldaten einen Personalausweis zu bekommen.
Die den Ausweis ausstellende Behörde: United States Headquarters USFA.
Unterschrift: Patrick B. Healy, Chief of D.P. Division.
Nummer des Ausweises: 125091. Ex-enemy DP Identifikation Card.

Als Entlohnung wurde überwiesen: 100.- Ft

25. Oktober: Sie ist aus Sopron zurückgekommen und teilte uns mit, dass sie für die Reise bereit ist. Sie möchte früher abfahren, weil sie an ihrem jetzigen Wohnort nicht gemeldet ist, außerdem hat sie kein Geld für den Aufenthalt. Heute Nacht geht sie über die Grenze nach Wien. Zur Überführung wurden keine Maßnahmen ergriffen, weil sie nach ihren Worten die Grenze auch allein ohne Hilfe überschreiten kann und zur Prüfung ihrer Fähigkeiten haben wir ihren Vorschlag angenommen.
Ihre Aufgabe: Sie fährt nach Wien, wo sie sich solange aufhält, bis sie einen Ausweis in vier Sprachen erhält, wenn es sein muss, sucht sie sich auch Arbeit und wartet so lange, bis sie über solche Papiere verfügt, mit denen sie sich in ganz Österreich frei bewegen kann.
Sobald sie alle Papiere zur Verfügung hat, fährt sie nach Stuttgart, wo sie ihre Verwandten besucht, wobei sie auch solche Kontakte knüpft, bei denen sie die Chance sieht, sie als V-Person[845] anzuwerben. Die ausgewählte und für unsere Zwecke gewonnene Person soll sie mit nach Ungarn bringen, wo diese dann eine entsprechende Ausbildung bekommt. Ihrer Meinung nach könnte ihr älterer Bruder

[845] V-Person war eine Verbindungsperson, angestellt beim Nachrichtendienst. (Nachrichtendienst, Spionage)

oder ihr Schwager für unsere Arbeit gewonnen werden. Beide sind vertriebene Schwaben und waren bei der SS.

Verbindung: Jede Woche meldet sie sich per neutraler Postkarte, sie schreibt wo sie sich gerade aufhält und sie schreibt, wie bereits besprochen,auch, an welchem Tag sie zurückfahren wird.

Für ihre Reise- und andere Kosten überwiesen: 100.,- Ft

Für ihre Reise- und Aufenthaltskosten in Österreich überwiesen: 250.- Schilling[846]

In diesem Dossier findet man danach nur eine Aufzeichnung vom 16. Februar 1951, in der der Abbau, die Entlassung von Ilona Göltl beschrieben wird:

Mit Maschine geschrieben: Cs.K. Objekt: Abbau [s.o.] von Ilona Göltl

Erstellt: in 2 Exemplaren =A.G./2.

Aufzeichnung

Budapest, den 16. Februar 1951

Ehemaliges Mitglied unseres Netztes, Ilona Göltl, geb. 1927 in Sopron, (Angaben)

Ihrer Herkunft nach gehört sie zum Proletariat, sie ist nicht klassenbewusst. Die Familie ist schwäbisch und kommt aus der Soproner Gegend, sie wurden aber vertrieben und leben jetzt in Württemberg. Sie kam illegal zurück nach Ungarn mit ihrem zweijährigen Kind. Der Vater ihres Kindes ist angeblich ein sowjetischer Offizier, in den sie sich verliebt hatte, und sie lebten 2 Monate lang zusammen. Sie war Mitglied der MKP, machte aber keine Parteiarbeit. Sie arbeitete in Sopron bei dem SOTEX.

Hauptmann Sármány hat sie am 6. Oktober 1948 als Kurier eingestellt. Sie war zweimal in Österreich mit dem Ziel, entsprechende österreichische Papiere zu erhalten, außerdem musste sie bei ihren Verwandten bestimmte Personen finden, die für H-Dienst (Nachrichtendienst) geeignet wären. Für diese Arbeit empfahl sie ihren älteren Bruder und Schwager, die auch in der SS waren.

Weitere Verbindungen mit ihr zeigen sich aus ihrem Dossier nicht. Grund ihres Abbaus, ihrer Entlassung ist unbekannt.

Kálmán Csécsei

ÁVH Unterleutnant[847]

[846] ÁBTL, K- 631, „Ilona Göltl", 1948-1951 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[847] ÁBTL, K- 631, „Ilona Göltl", 1948-1951 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Aufgrund ihres Dossiers ist es durchaus möglich, dass Ilona Göltl in Deutschland bei ihren Verwandten geblieben ist und keine weiteren Aufgaben erfüllt hatte.
Interessant ist aber die Nachgeschichte des Dossiers, denn Ilona Göltl arbeitete gemäß Dossier im Dienste der Staatssicherhei nur einige Monate. Die erledigte zwei Aufgaben und es gibt seitdem keine Meldung von ihr und über sie. Deshalb wurde ihr Dossier wahrscheinlich mehrmals – zweimal 1951, einmal 1963, dann einmal 1964 – überprüft. Auf Seite 13 ihres Dossiers ist folgender interessanter Aspekt zu finden: ein Genosse der Abteilung der inneren Sicherheit des Innenministeriums hat am 22. Juli 1980 genehmigt, dass ein anderer Genosse, ein Leutnant der Polizei, das Dossier aus dem Archiv des Staatssicherheitsdienstes einsieht:

Innenministerium *„Geheimsache"*
Abteilung der inneren Sicherheit[848]

An Genosse Dr. László Helebrandt, Oberstleutnant der Polizei
Leiter der Abteilung III/1.-12 des Innenministeriums
Budapest

Ich bitte Sie, zu genehmigen, dass András Berényi, Leutnant der Polizei, Einsicht in die Akten von Helena Kraushoffer, geb. Ilona Göltl /Sopron, am 26. Februar 1927, Ilona Göltl/ unter Nummer K-631 nehmen kann.
Budapest, den 22. Juli 1980
Unterschrift von László Juhász Oberst der Polizei, Abteilungsleiter

Registrierungsnummer: 344-120/1980[849]

Derüber, was der Leutnant der Polizei in den Akten gefunden hat, erfahren wir im Dossier von Ilona Göltl nichts, der Name *Helena Kraushoffer* beweist jedoch, dass Ilona Göltl nach ihrer kurzen Tätigkeit als Kurier des Geheimdienstes in Deutschland oder in Österreich geblieben ist und vermutlich geheiratet hat.

Interessant ist jedoch, dass viele Deutsche aus Ungarn[850], die wie auch Ilona Göltl wegen finanzieller Entlohnung oder durch Erpressung eingegliedert worden sind, oft nach Österreich

[848] Handschriftlich ist hinzugefügt: „Benachrichtigung bitte per Telefon!" '80. VII. 29. Unterschrift: „Sz T", ÁBTL, K- 631, „Ilona Göltl", 1948-1951 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[849] ÁBTL, K- 631, „Ilona Göltl", 1948-1951 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

oder nach Deutschland geschickt wurden, um dort teilweise die Vertriebenen zu beobachten oder aber dem Nachrichtendienst zu helfen. Die Mehrheit von ihnen meldete nur für kurze Zeit und verschwand, wurde also nach ein oder zwei Jahren abgebaut, entlassen. Wahrscheinlich haben diese Deutschen aus Ungarn im Ausland zu viel gesehen und blieben bei ihren vertriebenen Verwandten in Deutschland oder in Österreich.

4. Ungarndeutsche Flüchtlinge in den Händen der ÁVH

Es ging hier vor allem um Flüchtlinge, die entweder zu ihrer vertriebenen Familie nach Deutschland oder vor der Internierung geflüchtet sind. Wenn jemand wegen dieser „Verbrechen" aktenkundig wurde, haben die ÁVH- Behörden seine Familienmitglieder und Nachbarn oft durch Erpressungen dazu gezwungen, Geständnis abzulegen.

Fallstudie über einen ungarndeutschen Flüchtling

In diesem Steckbrief-Dossier über Flórián Haidler[851] mit Nummer 11-40009-1950 ist zu lesen, dass Flórián Haidler 1950 vor dem ungarischen Militär (Wehrdienst) geflohen ist und steckbrieflich gesucht wurde. Die steckbriefliche Verfolgung wurde am 6. Juli 1950 verordnet, was schon auf der Titelseite des Steckbrief-Dossiers von Haidler zu lesen ist. Hier ist ferner zu erfahren, dass die Abteilung II/2.-b.[852] des Staatssicherheitsdienstes das Dossier unter der Nummer 11-40009-1950 eröffnet und am 13. Januar 1972 in den Objektkreis eingestuft hatte. Auf der ersten Seite des Dossiers ist ein Dienstzettel[853] vom 1. Juli 1950 zu lesen, dass Haidler am 28. April 1950 geflohen ist:

II/2.-b.alo.

EK-05

Dienstzettel

Budapest, den 1. Juli 1950

Aufgrund des am 3. Mai 1950 vom Unterzeichner András Prinz, ÁVH-Oberleutnant der Abteilung D in Miskolc, gemeldeten Fernspruchs stelle ich fest, dass Flórián

---

[850] ÁBTL, K- 645 „Der Fall von József Handl", (1948) József Handl wurde wegen seiner Sprachkentnisse nach Deutschland geschickt und meldete per Postkarte 'seiner Schwester', ÁBTL, K- 535 „Der Fall von József Pitz", (1945-1959) József Pitz wurde 1945 vertrieben, der Staatssicherheitsdienst versuchte ihn 1959 einzugliedern, weil er auf einem amerikanischen Militärstützpunkt als technischer Leiter gearbeitet hatte.

[851] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950

[852] Oft werden auch die Geheimagenten auf den Meldungen mit diesen Kürzeln versehen.

[853] Ung. „Szolgálati jegy"

Haidler /geb. in Budapest, 1928, Katalin Stadtmüller/ aus dem Bestand der Truppeneinheit Nr. Pf.0670 in Miskolc am 28. April 1950, während seiner Versetzung nach Kaposvár geflohen ist. Seine letzte Adresse war: Pilisborosjenő (Angaben)

Seine steckbriefliche Suche haben wir landesweit verordnet, die bis heute erfolglos geblieben ist.
Aus der Ermittlungsmeldung haben wir festgestellt, dass die Eltern des geflüchteten Soldaten Flórián Haidler 1946 als Schwaben vertrieben worden sind. Haidler floh höchstwahrscheinlich zu seinen Eltern. Unsere Behauptung bestätigt auch diejenige Ermittlungsmeldung, in der als Zielland des Flüchtlings Haidler Deutschland angegeben wurde.
Es kann sein, dass die feindlichen Nachrichtendienste ihn in Deutschland für Spionage einstellen werden, so können wir damit rechnen, dass er wieder nach Ungarn geschickt wird. Deshalb bitte ich um die Aufnahme von Flórián Haidler ins Karteiregister und um die Aufstellung eines Steckbrief-Dossiers über ihn.
Charakterisierung (Verdacht): amerikanische Spionage.

András Prinz (Unterschrift) áv. Oberleutnant
Gesehen: Ferenc Berényi áv. Oberleutnant, Unterabteilungsleiter
Genehmigte: András Berkesi áv. Major, Abteilungsleiter[854]

Die Führung von Karteiregistern[855] bedeutete für die Staatssicherheitsdienste eine Datensammlungs- und Datenlieferungstätigkeit. Dieses Informationssystem hat bei der Arbeit der ÁVH- Behörden geholfen, denn damit konnten sie die sogenannten staatsfeindlichen Straftaten, die wichtigen Ereignisse bezüglich der Staatssicherheit, die Geschehnisse vor und nach 1945 aufarbeiten und in Datensystemen registrieren. Die Karteiregister mussten den folgenden Kriterien entsprechen: strenge Geheimhaltung, Auflistung der Ergebnisse des Agentennetztes, optimale Ausnutzung des Agentennetztes, sozialistische Gesetzlichkeit, Aktualität, Genauigkeit, Schnelligkeit und Aktualität.[856]

Es gab zwei Typen von Karteiregistern. Erstens das Karteiregister des Agentennetztes: hier ging es um die persönlichen Akten und Angaben der 'Helfer', der Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes und der Geheimagenten. Zweitens das operative Karteiregister: hier

[854] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[855] Dazu s.: Gábor TABAJDI, Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956-1990. Corvina, 1956-os Intézet Budapest, 2008
[856] Ebenda, (S. 144.ff)

ging es um die Personen, die die Staatssicherheitsdienste feindselig betrachtet haben.[857] Die Behörden der Diktatur registrierten in diesen operativen Karteiregistern die Angaben derjenigen Menschen, gegen die im Sinne des Klassenkampfes innerhalb des Landes auf irgendeine Weise mit Methoden der Geheimdienste gekämpft wurde, und derjenigen Menschen, die wegen ihrer Gefährlichkeit registriert werden mussten.

Die verschiedenen Kategorien und die Zahl der registrierten Staatsbürger sind sehr aufschlussreich für die Erkenntnis, wie sich das Gesellschaftsbild und die Politik der kommunistischen Funktionäre verändert haben. Im ersten Jahrzehnt der kommunistischen Diktatur waren für die Genossen die erfolgreich definierten Kategorien 'Freund' und 'Feind' wichtig, denn damit konnten sie, wie es auch die Meldungen der Agenten zeigen, bestimmte Personen als „Feinde der Demokratie" leicht unschädlich machen. Und wenn jemand nicht passte, wurde er gleich zum „Feind der Demokratie" erklärt. Flórián Haidler wurde, nur weil er geflohen ist, registriert und am Ende seines Dossiers liest man sogar über amerikanische Spionage.

Auf der nächsten Seite des Dossiers befindet sich ein Personalbogen[858] über „Floriand Hajdler"[859]:

Personalbogen

1. Familien- und Nachname des Begeschuldigten: Hajdler Floriand

2. Eventueller Deckname, Spitzname oder Unterscheidungsname:

3. Familien- und Nachname des Ehemannes, der Ehefrau:

4. a.Geburtsjahr, -monat und –tag des Beschuldigten: 18. Juni 1928

b. Wenn sein Geburtsdatum unbekannt ist, wahrscheinliches Alter:

5. Geburtsort: Gemeinde: Budapest, Komitat: Pest-Pilis-Solt, Land: Ungarn

6. Letzte Adresse: Gemeinde: Pilisborosjenő Komitat: ... Land: Ungarn

7. Muttersprache: ungarisch

8. Sprachkentnisse: ungarisch, deutsch

9. Beruf des Beschuldigten, oder wenn er nicht arbeitet, der Eltern: Brunnengräber-Gehilfe

10. Personenbeschreibung: Gesicht: rund, Haare: blond, Augen: grau, Bart: -

11. Ist er körperlich oder geistig behindert oder hat bestimmte Merkmale am Gesicht oder am Arm: seine Nase ist schief[860]

[857] Ebenda, (S.151.ff)
[858] Ung. 'Figyelőlap'
[859] Hier hat der Agent den Namen des Verdächtigen nicht richtig aufgeschrieben.

12. Nummer des Ermittlungsbriefes:.., Nummer der Steckbriefverfolgung der Personenbeschreibung: .., Nummer des Haftbefehls: ...

13. Die Straftat des steckbrieflich verfolgten Person: er ist flüchtig

14. Soll die steckbrieflich verfolgte Person festgenommen werden: ja

15. War er schon rechtskräftig bestraft? ....[861]

/Eine Tabelle über die bisherigen Straftaten des Beschuldigten – bei Haidler wurde diese nicht ausgefüllt/

Fingerabdruck:...

Nummer des Fotos:.....

Bemerkung: Der genannte Fliehende ist aus dem Bestand der Truppeneinheit Nr. Pf.0670 in Miskolc während seiner Versetzung nach Budapest zurückgeblieben, er verschwand, sein Aufenthaltsort ist jetzt unbekannt.

Kaposvár, 16. Mai 1950

Die Behörde, die den Personenbogen geschickt hat: Verteidigung, Kaposvár, Postfach: 2837.

Unterschrift: unleserlich

Stempel[862]

Im Dossier von Haidler kann man lesen, dass er nicht gefunden wurde. Die ÁVH versuchte deshalb, seine Familie und seine Nachbarn zu beobachten, und begann die Umgebung von Haidler zu studieren.

Das Milieustudium[863] war eine zusammengesetzte Meldung, die die Meldung über die Lebensumstände der nach Meinung der Staatssicherheitsdienste für den Klassenkampf gefährlichen Person, ihre politische Einstellung, ihr allgemeines menschliches Verhalten, ihre persönlichen Eigenschaften oder andere, für die operative Arbeit wichtige Feststellungen wie Befragung der Verwandten, Kollegen, Nachbarn und Freunde beinhaltet.

Das Milieustudium war eine geheime Tätigkeit, um Informationen zu sammeln. Die Agenten benutzten Decknamen und andere Personalausweise, nur ihre Parteibücher durften sie dazu nicht benutzen. Zur Datenlieferung wurden oft Agenten oder Vertrauenspersonen wie Hausmeister, Offiziere der militärischen Truppeneinheiten, offizielle Beziehungen,

---

[860] Handschrift des Agenten mit großen Rechtschreibfehlern (zum Beispiel „óra ferde" (ung.) – richtig wäre: „ferde az orra" (ung.)

[861] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[862] Ebenda, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[863] Dazu s.: Gábor TABAJDI, Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956-1990. Corvina, 1956-os Intézet Budapest, 2008 (S. 160.)

Betriebsleiter oder den Staatssicherheitsdiensten als vertraulich geltende Staatsbürger eingestellt.

In der letzten, zusammenfassenden Meldung mussten die Agenten nach Themenbereichen, nach Gruppen und nach Wichtigkeit die geprüften Angaben schriftlich zusammenfassen, ohne ihre persönliche Meinung einzubringen. Über die Zielpersonen haben diese Agenten viele Informationen gesammelt: biographische Angaben, politische Einstellung (und auch die geäußerten politischen Meinungen), Ansichten der Zielperson hinsichtlich der aktuellen Politik (In- und Ausland; besonders in schwäbischen Dörfern war dies sehr wichtig), Parteimitgliedschaft vor und nach 1945, das Verhalten der Zielperson 1956, religiöse Fragen, Bildungstand, Sexualleben, wenn es nicht den damaligen gesellschaftlichen Normen entsprach, weitere operative Angaben.

Bei der Erstellung eines Milieustudiums mussten die Behörden, die ein Milieustudium erwünschten, die das Milieustudium erstellende Behörden in einem Dienstzettel darum bitten. Im Falle von Flórián Haidler bittet die Staatsschutzbehörde die ÁVH-Abteilung im Komitat Pestpilis-Solt-Kiskun um ein Milieustudium. Die Zielperson muss auf konspirativer Weise dem „Beobachter"[864] übergegeben werden. Es wird auch über das Referieren, über die schriftlichen Meldungen, Meldungsabnahmen eine Vereinbarung getroffen: es werden meistens jeden Tag Meldungen geschrieben, die Agenten – hier also „Beobachter" und Kontaktoffizier - treffen sich dann wöchentlich, um die Ergebnisse und die weiteren Aufgaben zu besprechen. Der Dienstzettel von Haidler:

Staatsschutzbehörde „Streng geheim"

Betreff(Objekt): Der Fall der geflüchteten Flórián Haidler

An : Komitat Pestpilis-Solt-Kiskun ÁVH Abteilung, leitender Genosse

Pestpilis Solt.Kiskun V.M.

Dienstzettel

Miskolc, 17. Dezember 1951

Ich bitte darum, um ein Milieustudium über den geflüchteten Flórián Haidler /1928. Katalin Stadtmiller/ zu erstellen. Seine Adresse: (Angaben)

Das Milieustudium muss sich auf die Aufdeckung seiner freundschaftlichen Beziehungen erstrecken und darauf, ob er in der letzten Zeit in Pilisborosjenő aufgetaucht ist und ob er mit seinen Eltern oder Freunden korrespondiert.

[864] Ung. 'Megfigyelő'

Ferner, ob er in den Wohnungen seiner Freunde Zusammenkünfte organisiert. Wie sind seine Freunde und seine Verwandten politisch eingestellt. Wer von seinen Verwandten weiß, wo sich Haidler zur Zeit aufhält. Verfügen sie über ausländische Beziehungen?

Unterschrift von Szilveszter Tóth áv. Unterleutnant, Leiter der Unterabteilung des Abwehrdienstes[865]

Auf Seite 21 des Haidler-Dossziers ist der Dienstzettel zum konkreten Milieustudium zu finden. Dort wird bereits der Deckname des Agenten erwähnt, der, natürlich geheim, Haidlers Umgebung beobachtet hat.

Unterabteilung, die um das Milieustudium bittet: II./2.-

Faragó.

Dienstzettel zur Erstellung eines Milieustudium

Name: Flórián Haidler

Geb, Ort, Jahr, Monat, Tag: Budapest, 1928

Name der Mutter: Katalin Stadtmüller

Beruf: Brunnengräber-Gehilfe

Arbeitsplatz: Miskolc pf. 0670 /Grenzschutz Bataillone/

Wohnung: (Angaben)

Wo werden keine Milieustudien erstellt? (z.B. jetziger Arbeitsplatz usw.):...

Das Milieustudium muss sich vor allem erstrecken auf: die Vergangenheit (detailliert), die Tätigkeit, die politische Einstellung, freundschaftliche Beziehungen, den gegenwärtigen Aufenthaltsort, außerdem müssen wir konkret feststellen, ob er mit seinen Eltern bzw. mit einem Freund korrespondiert.

Wurde über ihn schon ein Milieustudium erstellt? Wenn ja: Wann? Durch wen? Am 4. Januar 1952, durch die Abteilung im Komitat Pest, das jedoch nicht genügend ist, weil dieses mit unseren bisherigen Angaben im Widerspruch steht.

Bis wann wird die Erstellung eines Milieustudiums erbeten? 15. Mai 1952

Eventuelle Bemerkungen: Der Genannte floh am 28. April 1950 von der oben erwähnten Einheit. Er soll sich angeblich in der BRD bei seinen vertriebenen Verwandten aufhalten. / Nach Angaben des Milieustudiums vom Komitat Pest wohnen die Eltern des Genannten in der oben erwähnten Adresse, aber solange wir kein

[865] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Milieustudium von seiner Einheit aus Miskolc erhalten, kennen wir seine Eltern aufgrund der voliegenden Angaben als Vertriebene.[866]

Budapest, den 19. April 1950

Unterschrift von János Csepregi

Áv. Oberleutnant, Unterabteilungsleiter[867]

(Am Rande des Blattes hat jemand mit Bleistift hinzugefügt: Nicht genehmigt!)

Auf Seite 22 des Dossiers ist schon die Meldung über die Umgebung von Haidler zu finden.

II/2.-b.alo. *„Streng geheim!"*

Betreff: Milieustudium über Flórián Haidler

Registernummer: 2631/52

Meldung

Budapest, den 4. Juli 1952.

Meine Aufgabe war die Erstellung eines Milieustudiums über Flórián Haidler.

Persönliche Angaben: Haidler Flórián

15. Juli 1928

Katalin Stadtmüller

Brunnengräber-G.

(Adresse)

Er stammt aus einer Handwerker-Familie, sein Vater war ein Brunnengräber-Meister. Er besuchte die ersten drei Klassen der Volksschule in Budapest im dritten Bezirk. Nach der Schule arbeitete er mit seinem Vater und lernte Brunnengräber. Er hat noch drei Geschwister.

Vor der Befreiung haben ihn nach Aussage seiner Mutter die Pfeilkreuzer festgenommen, aber über weitere Einzelheiten diesbezüglich erfuhr ich nichts. Nach der Befreiung arbeitete er mit seinem Vater als Brunnengräber-Gehilfe. Für seine Persönlichkeit war charakteristisch, dass er in Pilisborosjenő mit niemandem befreundet war, er war rauf- und streitsüchtig. 1949 wurde er zum Militärdienst einberufen, er fuhr nach Szerencs, wo er im Grenzschutz seinen Dienst geleistet hat.

[866] Die Eltern waren warscheinlich auf der Liste der Vertriebenen,sind jedoch in Ungarn geblieben oder konnten nach Ungarn zurückkommen. (Anmerkung der Autorin.)

[867] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Er versuchte mehrmals zu flüchten, einmal floh er in seine Wohnung und versteckte sich im Küchenschrank, sein jüngerer Bruder Oskar hat jedoch gesagt, wo er ist und er wurde auf seine Dienststelle zurückgebracht. Beim zweiten Mal holte man ihn von der tschechoslowakischen Grenze zurück.

Anfang des Jahres 1950 war er eine Woche lang auf Diensturlaub in Pilisborosjenő und nach Aussagen seiner Mutter gab er, nachdem er zurückgegangen ist, kein Lebenszeichen mehr von sich, er ist „verschwunden", aber wohin er ging, das „weiß seine Mutter nicht". Seine Eltern leugnen seinen Aufenthalt, aber István Német, der Büroangestellte im Rathaus in Pilisborosjenő sagte mir, dass Haidler in denWesten geflüchtet ist und er weiss davon eben aus dem Grund, weil im Dorf darüber schon mehrere Dorfbewohner gesprochen hatten.

Die Geschwister der Mutter des Genannten leben alle in Salzburg, seine ältere Schwester, Margit, und sein jüngerer Bruder, András flüchteten sogar vor einem Jahr nach Salzburg.

Der Genannte hat in Pilisborosjenő keine gesellschaftliche Arbeit geleistet, war kein Mitglied einer Massenorganisation. Man kannte ihn als einen schwindlerischen und abenteuerlustigen Menschen.

Seine Mutter: Frau von Flórián Haidler, geb. Katalin Stadtmüller

20. August 1905, Pilisborosjenő
Erzsébet Gier
Hausfrau
(Adresse)

Die Genannte besuchte die ersten drei Klassen der Volksschule, arbeitet im Haushalt und mit ihrem Mann betrieb sie landwirtschaftliche Arbeiten. Wovon sie aber genau leben, das weiß niemand. Sie haben alles verkauft und mit ihrem Mann wohnt sie zur Zeit bei ihrer Mutter.

Sie hat vier Kinder, das älteste Kind, Margit, war Kindergärtnerin, aber sie flüchtete Anfang 1950 nach Salzburg. Flórián war Soldat, er floh auch nach Westen. Oskar ist zur Zeit auch Soldat, András fuhr mit seiner Schwester Margit in den Westen. Algemein kennen die Menschen diese Familie als eine mit schlechtem Ruf, sie sind abenteuerlustige Personen. Alle ihre Geschwister leben in der Umgebung von Salzburg und in verschiedenen Gegenden von Österreich. Als wohlhabende Schwaben

wurden sie Vertrieben. Sie korrespondieren mit der Mutter von Haidler. Sie ist religiös, geht regelmäßig in die Kirche.

Sein Vater: Flórián Haidler Senior (?)

25. März 1896, Dorog
Mária Andrusák
Brunnengräber -Meister
(Adresse)

Der Genannte lebte vor der Befreiung mit seiner Familie in Ürömhegy, er ist Brunnengräber, er arbeitete mit seinen Söhnen zusammen. Während des Krieges hat er seinen Dienst als Wächter bei den Stromstreitkräften in Komárom geleistet. Im April 1945 kamen sie nach Pilisborosjenő zurück.

Zur Zeit arbeitet er gelegentlich als Brunnengräber, nimmt an nichts teil, ist ein verschlossener Mensch. Wie die anderen ihn kennen, ist er streitsüchtig und hat eine unverträgliche Natur. Nach der Befreiung haben sie ein Haus bekommen, ihr Haus haben sie jedoch zurückgegeben, all ihre beweglichen Güter haben sie bis zum letzten Stuhl verkauft und sie behaupteten vor kurzen ganz offen, dass sie in Ungarn nicht bleiben werden, sondern dass sie nach Westeuropa fliehen wollen. Zur Zeit wagen sie es nicht mehr, offen darüber zu erzählen, sie haben jedoch nichts und wohnen bei der Mutter der Ehefrau unter armseligen Verhältnissen. Es sieht so aus, dass sie sich auf die Flucht vorbereitet haben.

Seine jüngere Bruder: Oskar Haidler

7. März 1930., Pilisborosjenő
Katalin Stadtmüller
Brunnengräber-Gehilfe
(Adresse)

Er besuchte die ersten vier Klassen der Volksschule, seinen Beruf erlernte er auch von seinem Vater. Er wohnte in Budakalász, er heiratete dort, offiziell (standesamtlich) ist er mit seiner Frau nicht verheiratet. Seine Frau arbeitet in Budakalász in der Textilfabrik. Sie wohnen zur Zeit in Pilisborosjenő. Der Genannte ist seit ungefähr 4 Monaten Soldat, er leistet seinen Militärdienst in Budafok (Promontor).

Seine ältere Schwester: Margit Haidler

26. Februar 1927, Újpest

Katalin Stadtmüller

Kindergärtnerin

(Adresse)

Sie besuchte 4 Klassen in der Volkschule, dann 4 Klassen in der Bürgerschule und macht 4 Jahre lang im Sankt-Luise-Institut eine Kindergärtnerausbildung / III. Szentlélek Platz (des Heiligen Geistes)/ im Jahre 1947. Nach der Befreiung von Ungarn war sie in Westeuropa, sie kam im Sommer 1945 zurück. Sie betonte mehrmals, dass sie es vom Herzen bedauert, nicht in Deutschland geblieben zu sein.

Nachdem Sie 1947 Kindergärtnerin wurde, arbeitete sie nicht in ihrem Beruf. Sie ging zu MAFIRT und war als Bearbeiterin bei den Filmvorführungen tätig. Als solche arbeitete sie auch im Kino in Pilisborosjenő. Aus unbekanntem Grund ist das Kino abgebrannt und Margit Haidler nahm das Versicherungsgeld im Wert von 9.000,- Ft auf und mit diesem Geld und mit dem Vorführer des Kinos zusammen verschwand sie, man sagt, sie flüchteten damals auch ins Ausland. Nach einigen Monaten kam sie zurück und arbeitete als Kindergärtnerin in einem Kindergarten im dritten Bezirk. (Raktár Str.).

Sie ist unentschlossen, abenteuerlustig, verantwortungslos, ihre Arbeit verrichtete sie nicht gut. Solange sie als Kindergärtnerin arbeitete, wohnte sie bei der verwitweten Frau von Ferenc Szilágyi, die die leitende Kindergärtnerin des Kindergartens war. Im Sommer 1951 ging sie auf Urlaub und meldete sich nie mehr auf ihrem Arbeitsplatz. Zusammen mit ihrem jüngeren Bruder András, der ein sehr schlimmes Kind war, und sich Gedanken darüber gemacht hatte, das Gebäude der Post anzuzünden, flüchtete sie im Sommer 1951 nach Österreich. Einige Monate nach ihrer Flucht schrieb sie an Frau Szilágyi einen Brief aus Graz. Nach der Aussage ihrer Mutter lebt sie zur Zeit in Salzburg, angeblich hat sie auch geheiratet. Von ihrer Hochzeit hat sie ihrer Mutter auch Fotos geschickt und sie kontaktiert regelmäßig ihre Eltern.

Solange sie in Ungarn wohnte, war sie Mitglied der MNDSZ (Demokratische Gewerkschaft der Frauen in Ungarn) und der Gewerkschaft der Pädagogen, sie hat jedoch keine gesellschaftliche Arbeit geleistet, sie hat sich sowohl fachlich als auch politisch nicht weitergebildet. Sie hat eine Freundin an der Grenze zu Jugoslawien, mit ihr lernte sie im Kloster den Beruf als Kindergärtnerin. Sie hatte noch Kontakt zu József Sürő aus Mohács, sie war die Taufmutter (Pate) seines Kindes. Vor ihrer Flucht mit ihrem jüngeren Bruder hat sie sich bei diesem Mann in Mohács aufgehalten.

Kusine: Frau von József Kovács, geb. Ágnes Boros

1927. I. 20. Pilisborosjenő

Hedvig Stadtmüller

Hausfrau

(Adresse)

Die Genannte kontaktiert mit den Haidlers und besucht sie regelmäßig. Sie hat ein Kind, Maria, sie wurde 1946 geboren. Sie arbeitet zu Hause, ihr Ehemann ist ein Oberleutnant bei der Verteidigung.

József Kovács

1924. VI. 8. Szigetmonostor

Katalin Kurucz

Oberleutnant bei der Verteidigung

(Adresse)

Er kommt aus einer bauerlichen Familie, seinem Beruf nach ist er Schmied und arbeitete in der Ungarischen Stahlfabrik. Er wurde 1950 ausgewählt (hervorgehoben) und zu dieser Zeit wurde er zum Offizier der Volksarmee, jetzt ist er Oberleutnant der Artillerie. Er kontaktiert die Verwandten seiner Ehefrau nur durch seine Frau, er mag diese Verwandten nicht.

Informanten waren:

Genosse Gusztáv Bíró, Sekretär im Rathaus in Pilisborosjenő

Genosse István Német, Bürogehilfe im Rathaus in Pilisborosjenő

Administraten im Rathaus in Pilisborosjenő

die Witwe von Ferenc Szilágyi, (Adresse)

die Frau von László Farkas (Adresse), Personalreferentin im Rathaus

die Frau von Flórián Haidler

Unterschrift von Imre Kolozsi áv. Oberleutnant

Unterabteilungsleiter

Entstanden: in zwei Exemplaren

1 Exemplar II/2.o.

1 Exemplar Pfand

G: NYI.

3 ½ Seiten[868]

Den Flüchtling Flórián Haidler konnten die Ermittler, die Agenten der ÁVH, nicht finden, sie haben jedoch seine Familie überwacht und verhört. Diese Beobachtungsarbeit war so erfolgreich, dass die Agenten auch Haidlers Familie aktenkundig gemacht haben: Auf Seite 17 des Haidler-Dossiers ist bereitsein Dienstzettel zu finden, auf dem über den Bruder von Florián Haidler, über Oskar Haidler, gemeldet wurde:

Dienstzettel

An Genosse Selmeczi, Oberstleutnant (Nachrichtendienst)

Über Oskar Haidler /1930, Pilisborosjenő, Katalin Stadtmüller/ erfuhr ich folgendes: Oskar Haidler flüchtete nach der Befreiung mehrmals nach Österreich und kam zurück. Im Herbst 1948 hat man ihn festgenommen und er blieb 3 Monate lang in Haft wegen illegaler Grenzüberschreitung. Der ältere Bruder des Genannten, Flórián Haidler, hat am 28. April 1950 mit seiner Flucht aus der Truppeneinheit Nummer 0670 Landesverrat begangen. Seine Geschwister, Margit Haidler und András Haidler flüchteten im Juli 1951 nach Österreich. Seine Eltern haben auch vor, nach Österreich zu ihren Verwandten zu dissidieren. Die Geschwister seiner Mutter, Frau von Flórián Haidler, wurden als Volksbundmitglieder aus Ungarn vertrieben. (...)

Budapest, den 5. August 1952

Unterschrift von Gyula Madarász Hauptmann der Staatssicherheit, Abteilungsleiter[869]

Auf Seite 48 des Dossiers ist ein anderer interessanter Dienstzettel zu finden, es geht hier wieder um die beobachtete Familie und nicht konkret um Florián Haidler. Der gleiche Geheimagent, Gyula Madarász, Hauptmann der Staatssicherheit, schreibt am 28. August 1952 einen Dienstzettel an Genosse und Major Lombos[870], in dem er ihn darum bittet, Flórián Haidler Senior und seine Frau auszusiedeln.

Dienstzettel *„Geheimsache"*

Budapest, den 28. August 1952 *Nachrichtendienst*

An Genosse und Major der Staatssicherheit Lombos

[868] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[869] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[870] Agent des Nachrichtendienstes

Hiermit bitten wir Sie um die Aussiedlung von Flórián Haidler, 56 Jahre alt, Brunnengräber, und von Frau Haidler, geb. Katalin Stadtmüller, 47 Jahre alt, Hausfrau, in Pilisborosjenő (Adresse).

Die Aussiedlung der genannten Personen ist begründet, weil diese aufgrund unserer Informationen zu ihren Verwandten nach Österreich flüchten möchten. Aus den Angaben des über diese Personen erstellten Milieustudiums ist festzustellen, dass die Genannten all ihre beweglichen Güter verkauft haben und offen über ihre Flucht nach Westdeutschland sprechen. (...)

Unterschrift von Gyula Madarász

Gesehen von: Károly Kutika Stasi- Oberst

Hauptabteilungsleiter[871]

Zwei Jahre später, genauer am 20. Oktober 1954, hat man über Flórián Haidler und seine Familie eine zusammenfassende Meldung geschrieben, in der die bisher aufgezählten Angaben, Straftaten[872] und die freundschaftlichen Beziehungen von Flórián Haidler aufgelistet wurden. Diese Meldung hat nicht mehr der Staatssicherheitsdienst-Major Madarász, sondern ein anderer Leutnant und Unterabteilungsleiter im Nachrichtendienst, Mihály Diószegi, unterschrieben.

Zwei Tage früher, am 18. Oktober 1954, hat dieser Leutnant, Genosse Diószegi, eine Abschlussmeldung geschrieben, diese Meldung kann man auf Seite 56 des Dossiers lesen:

III/A-Unterabteilung „Geheimsache" [auch das wird im folgenden nicht mehr korrigiert. Ich glaube, dass man im Deutschen eher „Geheimsache" verwendet]

Abschlussmeldung

Das Steckbrief-Dossier von Flórián Haidler, unter der Nummer 11-40009-50 mit 38 laufenden Nummern und mit 50 Seitennummern habe ich wegen Übergabe abgeschlossen.

Budapest, den 18. Oktober 1954

Mihály Diószegi Leutnant, Stellvertreter der Unterabteilungsleiter[873]

[871] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[872] Darunter Flucht und damit Landesverrat, illegale Grenzüberschreitung des Bruders, geflüchtete Geschwister, Fluchtpläne der Eltern.
[873] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Bis dahin konnte dieses Dossier aufweisen, dass der steckbrieflich gesuchte Flórián Haidler, der mit seiner Flucht Landesverrat begangen hatte und deshalb aktenkundig wurde, nicht gefunden werden konnte, und die Ermittler versuchten, ihn durch seine Umgebung, durch das Milieustudium seiner Familie zu erreichen; auch dies blieb ohne Erfolg. Da aber das Milieustudium den Agenten der Staatssicherheiten und des Nachrichtendienstes jahrelang Arbeit gegeben hat, entdeckten die wachsamen Geheimagenten verdächtige Angaben in der Familie Haidler. Die Geschwister Margit und András flüchteten nach Österreich, die Eltern und der Bruder Oskar blieben jedoch in Ungarn. Nach 1954 lebte die Familie Haidler das Leben vieler ungarischer oder ungarndeutscher Familien: sie arbeiteten, lebten still und armselig, waren nicht Mitglieder der kommunistischen Partei, waren also eher ’Feinde’ als Freunde der ’Demokratie’ zur damaligen Zeit und hatten vertriebene beziehungsweise geflüchtete Verwandte im Westen. Das war damals schon Grund genug, die Familie zu überwachen. Der Staatssicherheitsdienst versuchte vier Jahre lang, Flórián Haidler zu finden, war jedoch erfolglos und hat das Dossier abgeschlossen.

Ein Jahr später, am 4. Mai 1955, hat der Staatssicherheitsdienst das Dossier von Flórián Haidler wieder geöffnet: sein jüngerer Bruder, András Haidler, ist aus Österreich zu seinen Eltern zurüchgekehrt. Die Behörden haben ihn verhaftet und die Untersuchungabteilung des Innenministeriums im Komitat Pest hat ihn verhört. Das Protokoll dieses Verhörs ist im Dossier auf Seite 65 zu finden:

Protokoll

Verhör von András Haidler

Budapest, den 4. Mai 1955

András Haidler, Budapest 1937, Katalin Stadtmüller, Hilfsarbeiter, Pilisborosjenő

Warum und mit wem sind Sie geflüchtet?

Im Frühling 1950 verließ mein älterer Bruder Flórián seine Truppeneinheit und versteckte ein Jahr lang sich im Wald bei Csobánka. Während dieser Zeit, vor allem im Winter, blieb er in unserer Wohnung. Im Schlafzimmer konnte man einen Teil des Fußbodens öffnen und hochheben, dort gruben wir ein Loch. Immer wenn die Polizei meinen Bruder suchte, lag er in diesem Loch unter dem Fußboden. (...) Im Sommer 1951 war mein Bruder gesundheitlich schon sehr schwach.

Deshalb entschied er sich, mit meiner älteren Schwester zusammen nach Westen zu fliehen. Mich haben sie daher mitgenommen, weil ich mich als Kind an der Grenze leichter und unauffälliger bewegen konnte und benachrichtigte die beiden immer rechtzeitig, wenn die Grenzsoldaten kamen. (...)

Wie konnten sie aus Ungarn flüchten?

Mitte Juni 1951 (...) trafen wir uns mit unserem älteren Bruder, der damals im Wald lebte, in Schaumar auf dem Bahnhof. (...) Wir fuhren mit dem Zug fast bis Győr. (...) Zu Fuß erreichten wir dann Mosonmagyaróvár (...). Morgens früh, in der Dämmerung, erreichten wir die Grenze, wo wir im Stracheldrahtzaun ein Loch gefunden haben, dort konnten wir durchkriechen. (..)

Was machten sie in Salzburg?

Wir wohnten in Salzburg 2 Tage lang in einem Lager. Danach arbeitete meine Schwester im Venezuelaer Kinderheim, mein Bruder im Hotel der

Ungarischen Karitas. (...) Ein Pfarrer brachte mich ins Mindszenty Kinderheim der Ungarischen Karitas.

Wann haben Sie sich von Ihrem Bruder verabschiedet?

Im Mai 1952, als ich mit meiner Schwester nach Westdeutschland fuhr, wo sie schon mit ihrem Mann lebte.

Wann trafen Sie Ihren Bruder wieder?

Im April 1953 in Nürnberg, im Lager „Walka". (...) Wir fuhren zurück nach Salzburg. (...) Wir lebten dort von dem gesparten Geld meines Bruders. Im Juli 1953 angelten wir in einem Bach, als der Dorfrichter kam und uns beschimpft beziehungsweise mich in den Bach werfen wollte. Mein Bruder richtete seine Gaspistole auf den Dorfrichter, der davon Angst bekommen hatte und uns verließ. Danach hat man uns steckbrieflich gesucht (...), wir wurden festgenommen, ich war fünfeinhalb Monate lang im Gefängnis (...), dann brachte man mich ins Schubhaus, dort verbrachte ich noch 3 Wochen, dann blieb ich in Wien 2 Wochen lang in Haft. Danach bekam ich eine Aufenthaltsgenehmigung für ganz Österreich. Als ich endlich Ende November 1953 freigelassen wurde, meldete ich mich an der Ungarischen Botschaft in Wien zur Rückkehr nach Ungarn.

Wie lange war Ihr Bruder im Gefängnis?

Er saß 18 Monate im Gefängnis. (...) Als ich am 28. November Österreich verlassen hatte, war er – nach meinem Wissen – im Gefängnis in Linz.

Das Verhör hat aufgenommen: Péter Tímár Statssicherheitsdienst-Leutnant

Unterschrift des Verdächtigten, András Haidler[874]

[874] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Aus dem Dossier erfahren wir aus dem zweiten und dritten Verhörprotokoll von András Haidler auf den Seiten 61 und 62, dass er im Gefängnis in Salzburg einen Händler namens Jakab Schtöllinger kennengelernt hat, der eine Regelwidrigkeit mit seinem Auto begangen hatte. András Haidler erzählte Schtöllinger seine Geschichte und sagte ihm, dass er zu seinen Eltern nach Ungarn zurückkehren möchte. Schtöllinger war Mitglied der Österreichischen Kommunistischen Partei und versprach András Haidler, nach seiner Freilassung in der Partei über dieses Problem von András Haidler zu berichten. Etwas später haben die Genossen der Österreichischen Kommunistischen Partei András Haidler den Ratschlag gegeben, sich im Wiener Konsulat zu melden. András ging im November 1953 zum Wiener Konsulat und meldete, dass er nach Ungarn zurückkehren möchte. Ende November war András Haidler in Budapest angekommen, wurde jedoch gleich festgenommen und verhört.

Seine Eltern wussten erst viel später davon, dass András wieder in Ungarn war. Sie wurden auch darüber informiert, dass jemand ihrem Sohn helfen wollte, und schrieben dem Händler Jakab Schtöllinger einen Brief. Die ÁVH hat den Brief natürlich auch gelesen.

Die Überwachung der Postsendungen[875] begann gleich nach der Befreiung, anfangs war die Soldatenpolitische Abteilung des Verteidigungsministeriums erfolgreich in der Aufdeckungsarbeit durch Überprüfung der Briefe, aber später, ab Oktober 1945, hat die politische Polizei unter Gábor Péter diese Aufgabe übernommen. Für die Kontrolle über den Briefverkehr war später die Abteilung XII. der ÁVO zuständig, nach 1950 erledigte diese Arbeit die Abteilung III/2. der ÁVH. Diese Überwachung war meistens Aufgabe der Frauen, die bei der ÁVH angestellt waren. Sie kontrollierten zum Beispiel 1954 regelmäßig 4000, im Jahre 1955 3400 Adressen.[876] Der Brief, den die Familie Haidler 1955 geschrieben hat, war einer dieser 3400 kontrollierten Briefe!

Da dieser Brief aber auf Deutsch, und zwar in schwäbischem Dialekt, geschrieben wurde, mussten die Behörden ihn übersetzen. Die Übersetzung dieses Briefes war eine schwierige Aufgabe, im Dossier auf Seite 76 kann man den originalen Brief leider nicht lesen, wohl aber die Übersetzung vom Staatssicherheitsdienst, wenn auch schlecht geschrieben. Interessant an dieser Übersetzung ist der Aufbau: Ohne Punkt und Komma, ohne Sätze, nur die Wörter werden nebeneinander mit Maschine geschrieben. Meistens hat die Übersetzung keinen Sinn,

[875] Dazu s.: Gábor TABAJDI, Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956-1990. Corvina, 1956-os Intézet Budapest, 2008 (S. 165.)
[876] Ebenda, (S. 166.)

man kann nur, unter anderem aus der Vorgeschichte von András Haidler, ahnen, was damals die Familie Haidler dem Händler Schtöllinger geschrieben hat.
Diese Probleme zeigen eindeutig, dass im Staatssicherheitsdienst Mitte der Fünfziger Jahre nicht viele geschulte Mitarbeiter mit guten Fremdsprachkenntnissen gearbeitet haben. Außerdem beweist diese unverständliche Übersetzung auch das, dass in den Reihen des Staatssicherheitsdienstes zu dieser Zeit noch nicht viele Ungarndeutsche angestellt waren. Denn schwäbische Dialekte können nur diejenigen Personen verstehen und ins ungarische übersetzen, die zu dieser Nationalität gehörten oder mindestens jahrelang unter den Ungarndeutschen gelebt hatten.
Nach dem Krieg versuchte der Staatssicherheitsdienst Personen, die Fremdsprachen oder deutsche Dialekte sprachen, zur Arbeit im Geheimdienst zu überreden, jedoch nur mit wenig Erfolg. Zum Beispiel arbeitete die schon erwähnte Ilona Göltl, die sowohl Hochdeutsch als auch, nach Angaben der Agenten, schwäbische Dialekte gesprochen hat, nur kurz für finanzielle Entlohnung für die Staatssicherheitsdienste. Entsprechend ihren Akten verschwand sie und heiratete später im Westen einen Deutschen.

Der übersetzte Brief[877]:

8-63-8216
„Geheim gehalten"
Übersetzung aus dem Deutschen
Absender: Flórián Haidler, Piliscsaba (Adresse)
An: Jakab Stöllinger (nicht 'Schtöllinger' hier), Salzburg (Adresse)
Datum: 27. Juni 1955

„Mein lieber unbekannter Nächster Herr Stöllinger hiermit teile ich Ihnen mit dass ich Ihren Brief erhalten habe worüber wir uns sehr gefreut haben weil Sie ein so gutes Herz haben obwohl wir Ihnen fremde Menschen sind und ich möchte der Familie Stöllinger auch mitteilen dass András ohne dass wir es gewusst hätten seit Januar in den Händen der „ÁVO" ist, Anfang Juni wegen der Verhandlung erfuhren wir dass unser Sohn András wegen illegaler Grenzüberschreitung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde und er hat dagegen Einspruch erhoben und die Berufungsverhandlung wird am 14. Juli gehalten und wenn er nach Hause kommen

[877] Ohne Punkt und Komma. wie es der Übersetzer verfasst hat.

kann wird er Ihnen gleich schreiben. Wir danken Ihnen für Ihre christlichen Bemühungen, was Sie für András getan haben. Wenn Sie Ungarn besuchen, dann kommen Sie bei uns so vorbei als ob Sie Ihre Eltern besuchen würden denn wir erwarten Sie mit so einer großen Liebe, wie unseren eigenen Sohn.

Bemerkung: Im Weiteren wurde der Brief unverständlich auf Schwäbisch-Deutsch geschrieben, hier werden diese Sätze nur inhaltlich wiedergegeben:

Der Absender schreibt, dass sie weder auf Ungarisch noch auf Deutsch perfekt sprechen können, sie sind seit 300 Jahren hier und können kein einziges Wort auf ungarisch. Das Ende des Briefes konnte nicht mehr übersetzt werden.

Eine Benachrichtigung vom Rechtsanwalt wurde dem Brief noch beigelegt, in dem der Anwalt den Adressaten darüber informiert, dass er der Verteidiger von András ist und dass, wenn der Adressat etwas zu sagen hat, er den Anwalt in seinem Büro aufsuchen solle.

Unterschrift von Frau Imre Ujhelyi, Stasi- Unterleutnant[878]

András Haidler versuchte wirklich, illegal die Grenze zu überschreiten, weil er in Wien keine Papiere erhalten hat. Er wusste jedoch nicht, dass er auch das Staatsgebiet der Slowakei betreten hat. Erst als er dort festgenommen wurde, erfuhr er, dass er nicht in Ungarn ist. Die Behörden haben ihn dann den ungarischen Behörden übergeben und er war zehn Monate lang in Haft.

Im Dossier, auf Seite 77, ist zu lesen, dass der Bruder von András, Flórián Haidler, wieder steckbrieflich gesucht wird. Einige Monate später, als András schon verhaftet war, schickten zwei Mitarbeiter, der Staatssicherheitsdienst-Oberst und Hauptabteilungleiter József Ferencsik und der Hauptmann und Abteilungsleiter János Hajósi, am 10. November 1955 einen Dienstzettel an die Hauptabteilung Nummer I. des Innenministeriums im Komitat, in dem sie die konspirative Suche von Flórián Haidler verordnen, weil sich Haidler nach ihren Angaben zur Zeit in Salzburg aufhält und es besteht die Gefahr, dass er Mitarbeiter des „imperialistischen" Nachrichtendienstes ist und nach Ungarn geschickt wird.

Wegen der illegalen Grenzüberschreitung von András Haidler und wegen angeblicher amerikanischer Spionage von Flórián Haidler verhörte die Staatssicherheit die Eltern, Flórián Haidler und seine Frau, mehrmals in Budapest. Im Dossier befindt sich das Protokoll dieses Verhörs zwischen Seite 81 und 100. Wie die Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes mit den

[878] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Eltern umgegangen sind, erfahren wir aus dem Protokoll nicht, aber die gestellten Fragen und die Meinung der Agenten nach den Antworten von Haidler und seiner Frau zeigen, dass es oft in aggressivem Ton abgelaufen ist. Mehrmals reagierten die Agenten auf die Antworten der Verdächtigten mit Kritik und behaupteten, dass die Verdächtigen lügen und nicht die Wahrheit sagen. Eigentlich wussten die Eltern zu dieser Zeit, also im Herbst und Winter 1955, als sie mehrmals verhört wurden, nichts von ihren Söhnen.

Die Einschüchterung beim Staatssicherheitsdienst und die Tatsache, dass die Kinder wahrscheinlich in Österreich waren, haben die Eltern jedoch dazu bewegt, nach Österreich auszusiedeln. Anfang 1956 hatten sie ihren Reisepass beantragt, Monate später bekamen sie die Antwort: sie erhalten keinen Pass. Im Sommer 1956 haben sie dann den Entschluss gefasst, ohne Papiere illegal die Grenze zu überschreiten. Am 17. Juni gingen sie zu Fuß nach Győr, wo sie ein Grenzsoldat angehalten hat und da sie keine Papiere vorzeigen konnten, wurden sie festgenommen und verhört. Sie erzählten nochmals, dass sie nach Österreich aussiedeln möchten.

Im Dossier gibt es keine weiteren Angaben darüber, was mit den Eltern nach der Verhaftung passierte, aber weil sie noch nicht an der Grenze waren und keine illegale Grenzüberschreitung begangen hatten, wurden sie wahrscheinlich nicht verurteilt.

Nur der Abschlus des Steckbrief- Dossiers von Flórián Haidler auf Seite 95 erwähnt, was mit der Familie Haidler während der Revolution von 1956 passierte. Im Oktober 1956 wurde András befreit, konnte zu seinen Eltern nach Pilisborosjenő fahren und verließ mit seinen Eltern zusammen Ungarn im November 1956:

Innenministerium, Polizeidirektion Komitat Pest
Abteilung der politischen Ermittlungen
Unterabteilung II. *„Geheim gehalten”*
Vorschlag
Abschluss des Steckbrief- Dossiers von Flórián Haidler
Budapest, den 11. Juni 1958

Flórian Haidler (Angaben)
Über die genannte Person hat die Abteilung I. der Hauptabteilung des Innenministeriums im Komitat Pest am 6. Juli 1950 ein Steckbrief- Dossier eröffnet, weil Flórián Haidler am 28. April 1950 aus der Truppeneinheit Pf-0670 Landesverrat durch Flucht nach Österreich begangen hatte. Sein letzter Aufenthaltsort war Westdeutschland und Salzburg. (Adresse)

Wir haben festgestellt, dass die genannte Person sich zur Zeit in Westdeutschland aufhält, das begründet auch die Tatsache, dass die Eltern von Flórián Haidler und seine 3 Geschwister im November 1956 nach Westdeutschland flüchteten und jetzt in Gerstetten wohnen. Nach unseren Informationen lebt auch Flórián Haidler bei ihnen (...). Sie korrespondieren mit niemandem aus Ungarn, weil die Verwandten der Familie Haidler als Schwaben 1946 nach Westdeutschland vertrieben worden sind.
Aufgrund des oben Erwähnten schlagen wir vor, das Steckbrief- Dossier von Flórián Haidler abzuschließen, mit einem Vorbehalt seiner steckbrieflichen Verfolgung.

Sándor Tóth *Béla Boda*
Hauptmann der Polizei *Unteroffizier der Polizei*
Genehmigt: György Bradács, Oberst der Polizei[879]

Über die weitere Geschichte des Dossiers: Am 28. Oktober 1958 wurde eine Meldung[880] geschrieben, in der vorgeschlagen wird, dieses Dossier ins Forschungsregister einzugliedern, denn die Familie lebt in Westdeutschland. Vom 5. Februar 1959 ist eine weitere Meldung enthalten, in der die Abteilung II/11 das Dossier nicht in Forschungsregister einstufen, sondern im Karteiregister behalten will, weil Flórián Haidler Landesverrat begangen hatte.[881] Auf Seite 101 des Dossiers befindet sich das Abschlussblatt:

„Das Steckbrief- Dossier mit Nummer 11-40009/1950 habe ich heute mit 57 Reihen und mit 101 Seitennummern abgeschlossen. Budapest, den 16. Februar 1959, Béla Boda Unteroffizier der Polizei" [882]

6. Überwachung der Ungarndeutschen wegen ihrer Herkunft

Objekt-Dossiers über ungarndeutsche Dörfer

Die Deutschen in Ungarn gehörten zu den nationalen Minderheiten und bildeten daher für die kommunistische Macht eine verdächtige, „fremde" Gruppe, die eine eigene Sprache, eigene Sitten und eine eigene, nicht kommunistenfreundliche Geschichte hat. Die Deutschen in Ungarn waren „Fremdkörper" in der homogenen ungarischen sozialistischen Gesellschaft, sie

[879] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[880] Ebenda, auf Seite 100.
[881] Unteroffizier Béla Boda Unteroffizier und Hauptmann Mihály Böszörményi haben diese Meldung unerschrieben. Ebenda, S.100.
[882] ÁBTL, O- 10037 „Flórián Haidler", 1950, (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

waren gefährlich und mussten deshalb von den „ÁVH"-Behörden ständig überwacht werden. Viele ungarndeutsche Bauern wurden als Kulaken verfolgt. Sie wurden in Genossenschaften gezwungen und durch das verhasste Normensystem ausgebeutet.

Indessen erklärten die Propagandisten der kommunistischen Partei das Land zum Land des Eisens und des Stahls, sie prophezeiten eine mehr als fünfzigprozentige Erhöhung der Reallöhne in nur vier Jahren und die Verdoppelung der Industrieproduktion. Zwischen 1949 und 1952 wurden jedoch das Kleingewerbe und der Kleinhandel liquidiert, die Reallöhne und Gehälter schrumpften um 20 % und die Bauern wurden mit unerfüllbaren Ablieferungsforderungen schikaniert.[883]

Über diese Probleme berichten viele Meldungen der Staatssicherheitsdienste Anfang der 50er Jahre. Es sind mehrere Dossiers zu finden, in denen es eindeutig um die Beobachtung und Überwachung der Ungarndeutschen ging, die der neuen Ordnung gegenüber wirtschaftlich oder politisch gesehen kritisch eingestellt waren.[884] Die Agenten, die in diese schwäbischen Gemeinden geschickt wurden, waren wahrscheinlich nicht Ungarndeutsche, obwohl in den Dossiers meistens nur ihre Decknamen, also Agentennamen zu finden sind.

Das Objekt-Dossier „Bácsszentgyörgy"[885]

Das Objekt- Dossier über das Dorf Bácsszentgyörgy wurde unter der Nummer 1004/50 im Innenministerium am 26. August 1950 geöffnet und die Mitarbeiter der „ÁVH" überwachten das Dorf aufgrund des 465-seitigen Dossiers bis 1956, es wurde jedoch auch noch 1971 überprüft.

Das Dorf liegt an der Grenze zu Jugoslawien, im Komitat Bács-Kiskun, 25 Kilometer von Baja entfernt. Die Nachbardörfer Gara, Vaskút, Katymár oder Bácsalmás waren ehemalige schwäbische Gemeinden. Während des Zweiten Weltkriegs begann auch in diesen Dörfern an der Grenze zu Jugoslawien eine radikal neue Ära. Schon im Herbst 1944 musste die

---

[883] Dazu s.: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Budapest, 2001 Kapitel IV. Magyarország szovjetizálása (S. 271-320.)

[884] ÁBTL, M-15906 „Bálint" (1960-62) Hier meldete der Agent von der allgemeinen Stimmung in den ehemaligen deutschen Dörfern im Komitat Bács-Kiskun. ÁBTL, M-15912 „Farkas" (1960-62) Darin meldete der Agent über die „Konterrevolutionäre" im schwäbischen Dorf Hajós und musste Kontakt aufnehmen mit den Schwaben und mit den ehemaligen SS-Soldaten. Im Dossier kann man lesen, dass sich die Arbeit des Agenten als ungenügend erwies. ÁBTL, M- 16162 „Endre Sági" (1960-62) In diesem Dossier meldete der Agent aus Dunabogdány über die allgemeine Stimmung unter der schwäbischen Bevölkerung, über die vertriebenen Verwandten und darüber, wie oft diese nach Ungarn kommen, beziehungsweise er musste auch über die Rolle der katholischen Kirche im Dorf melden. ÁBTL, Mt- 465/1. „Jenő Balogh" (1957-58) Hier meldete der Agent als Automechaniker über die allgemeine Stimmung nach der Revolution 1956 in Magyarbóly und über die Schwaben, die vertrieben wurden. ÁBTL, O- 18597/21 „Lajos Ánossy" (1957) Darin musste der Agent über die allgemeine Stimmung nach 1956 unter den schwäbischen Dorfbewohnern melden.

[885] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy"

Bevölkerung dieses Gebietes die Flut der Flüchtlinge, den Durchzug beziehungsweise die Niederlassung der Bukowinaer Szekler miterleben. Wegen seiner Lage an der Grenze fielen in Bácsszentgyörgy bestimmte Probleme noch schwerer ins Gewicht als anderswo. Während des Krieges kamen auch viele Personen jugoslawischer Staatsangehörigkeit, aber deutscher Nationalität teils auf Arbeitssuche, teils durch freiwillige Umsiedlung oder durch Zwangsumsiedlung nach Bácsszentgyörgy.

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges und in den Monaten unmittelbar danach verband der Wille, die deutsche Minderheit aus dem künftigen Staat Jugoslawien zu entfernen, alle großserbischen Nationalisten.[886] Nach dem Durchzug der russischen Front nach Norden im Herbst 1944 bildeten sich serbische Ortsbefreiungsausschüsse, die durchaus duldeten, wenn die Mitglieder von Volksgruppen oder reichsdeutschen Kampforganisationen verhaftet, stundenlang verhört, brutal misshandelt oder getötet wurden.[887] Viele Donauschwaben aus Jugoslawien wurden genauso wie die Ungarndeutschen Ende Dezember 1944 in die Sowjetunion deportiert. Das Antifaschistische Rat der Volksrepublik Jugoslawiens schuf als Provisorische Volksversammlung ab Sommer 1945 antideutsche Gesetze[888], wonach die nicht im Winter 1944 in die Sowjetunion deportierten, sondern noch in Jugoslawien gebliebenen Deutsche interniert wurden. Zwischen 1946 und 1947 flüchteten aus diesen Internierungslagern viele Jugoslawiendeutsche nach Rumänien und nach Ungarn.[889]

In Bácsszentgyörgy und auch in den Nachbardörfern im Komitat Bács-Kiskun war die Zahl der Jugoslawiendeutschen, die aus dem Banat und der Batschka vertrieben oder aus Internierungslager geflohen waren, bedeutend.[890] In den Meldungen der ÁVH[891] über

---

[886] Unter der Führung vom General Mihalovic fassten die Tschetniks im November 1942 in Montenegro den Beschluss. Tito und seine kommunistischen Partisanen sprachen über die Entfernung der Deutschen im November 1943 in Jajce auf der Konferenz des Antifaschistischen Rates der Volksrepublik Jugoslawiens (AVNOJ) und in den Ziffern 11 und 15 des kommunistischen Nationalitätenprogrammes wurden die Deutschen als 'Volksfeinde' und 'Vaterlandsverräter'bezeichnet und für sie wurde der Entzug der Freiheitsrechte und die Todesstrafe gefordert. Dazu s.: Georg WILDMANN, Die tieferen Ursachen unserer Vertreibung. In: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien. München, Sindelfingen 1993 (S. 29-36.)

[887] Die Zahl der deutschen Opfer in Jugoslawien dürfte zwischen 8.000-10.000 Personen betragen haben. In: Ingomar SENZ, Die Donauschwaben. Langen Müller, München, 1994 (S. 129.)

[888] Am 23. August 1945 das Gesetz zur Enteignung der Personen deutscher Nationalität (Grundbesitz von 637.000 ha wurde enteignet), am 25. August 1945 das Gesetz über Straftaten gegen Volk und Staat. Ebenda (S. 130.)

[889] Die Autonome Provinz Wojwodina ließ ab Sommer 1946 die von den Internierten als 'Schwarze Flucht' und später nach Zahlung eines Kopfgeldes an die Lagerleitung als 'Weiße Flucht'bezeichnete Freilassung zu, wonach, laut Bonner Dokumentation, 30.000-40.000 Jugoslawiendeutsche nach Rumänien und nach Ungarn geflohen sind. Dazu s.: Ingomar SENZ, Statstreu und volkstreu. Die Donauschwaben in Jugoslawien 1919-1945. In: 300 Jahre im Donauraum. München, 1988

[890] Entsprechend der Forschungen von Ágnes Tóth wurden im Juni 1945 15.000 Personen aus Jugoslawien vertrieben, 90 Prozent davon waren Donauschwaben. In: Meldung des Obergespans vom 12. Juni 1945. Komitatsarchiv Bács-Kiskun, Bács-Bodrog vm. Főisp. 360/1945. Im Juli 1945 befanden sich 14.366 Ausgewiesene auf dem Gebiet des Komitates. In: Komitatsarchiv Bács-Kiskun, Bács-Bodrog vm. Főisp.

Bácsszentgyörgy kann man öfters lesen, dass die Flüchtlinge oder die Personen, die wegen illegaler Grenzüberschreitung festgenommen wurden, Jugoslawiendeutsche waren.

Auf das Gebiet des Komitats Bács-Kiskun kamen jedoch nicht nur Flüchtlinge, sondern es machten sich viele, vor allem die Einwohner der schwäbischen Dörfer, von hier auf den Weg in andere Gegenden. Die Mehrheit dieser Personen flüchtete in den Westen. Sie waren entweder Volksbündler, deutschfreundlich oder hatten einfach Angst vor der Verschleppung oder Internierung durch die sowjetischen oder ungarischen Behörden. In die Häuser der Geflohenen kamen dann zum Teil die aus Jugoslawien Ausgewiesenen oder neue Bewohner, die mit Hilfe der Kommunistischen Partei Haus und Land bekommen konnten. In den Meldungen über das Dorf Bácsszentgyörgy liest man auch über viele Neuansiedler, die meistens „demokratisch denkende" Personen waren und wichtige Positionen erhielten.[892]

Aufgrund des Befehls 0036 des sowjetischen Militärs wurden auch aus diesem Komitat, aus Bács-Kiskun, vor allem ungarische Staatsbürger deutscher Abstammung für Arbeitsdienst im rückwärtigen Frontgebiet in die Sowjetunion verschleppt. Der zuständige sowjetische Kommandeur verlangte auch hier die Liste der Gemeinden, deren Bevölkerung überwiegend deutsch war. Der Rat der Stadt Baja versuchte diese Personen zu retten, seine Bemühungen waren jedoch umsonst: *Obwohl auf Weisung der russischen Kommandantur eine Kommission unter dem Vorsitz des Ratsmitgliedes József Babics gebildet wurde, um festzustellen, wer als Deutscher anzusehen ist,haben sie die Arbeit der Kommission gar nicht beachtet und auch reine Madjaren sowie Bunjewatzen (...) heute früh abtransportiert.*[893]

Nachdem aus vielen Gemeinden im Komitat Bács-Kiskun die arbeitsfähigen Männer in die Sowjetunion verschleppt worden waren, war im Frühling 1945 die wirtschaftliche Situation sehr schlecht geworden und der Ablieferungspflicht, vor allem für Mais und Geflügel, konnten die Gemeinden nicht nachkommen. Dieses Problem konnten diese Dörfer noch lange Jahre nicht lösen. In den späteren Meldungen über Bácsszentgyörgy liest man nicht nur von

---

386/1945. Aus: Mihály KŐHEGYI, Ágnes TÓTH, Bevölkerungsbewegung in Katymár 1945-1948. Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 10 (20), Prien am Chiemsee 1992 (S. 74.)

[891] Zum Beispiel werden in ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy" in einer Meldung vom 23. Dezember 1950 die nach der Befreiung ins Dorf geflüchteten Personen aus Jugoslawien zusammen mit den Kulaken und den ehemaligen Mitarbeitern der Gendarmerie aufgezählt und charakterisiert. (S. 13.)

[892] In einer Meldung vom 3. August 1950 liest man unter anderem über den Dorfnotar János Makra, der eine „demokratisch denkende Person ist", „Mitglied der MDP" (Mitglied der Partei der Ungarischen Werktätigen), er besuchte die Parteischule, folgt den Rechtsvorschriften der Partei, arbeitet immer klassenbewusst. János Makra siedelte sich erst in diesem Jahr in Bácsszentgyörgy an, bekam jedoch gleich die Position des Dorfnotars. In: ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[893] Zusammenfassende Meldung von der Sitzung des Stadtrates Baja am 6. Januar 1945. In: Komitatsarchiv Bács-Kiskun, Präsident des Stadtrates von Baja 172/1945. Aus: Mihály KŐHEGYI, Ágnes TÓTH, Bevölkerungsbewegung in Katymár 1945-1948. Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 10 (20), Prien am Chiemsee 1992 (S. 76.)

politischen, sondern auch von wirtschaftlichen Problemen.[894] Die Lage der einzelnen Gemeinden entlang der Grenze war wegen des Rückganges der landwirtschaftlichen Produktion noch kritischer geworden.

Nachdem das Gesetz über die Vertreibung der Ungarndeutschen am 29. Dezember 1945 verabschiedet wurde, begann man mit der Aussiedlung der Schwaben. Ab Januar 1946 hat der Mangel an Geräten, an Arbeitskraft beziehungsweise an sachgemäßer Bearbeitung der Felder in Bácsszentgyörgy die Schäden der Kriegsjahre noch weiter erhöhnt. Außerdem vermehrte sich während der Ausweisung der deutschen Bevölkerung die Zahl verlassener Grundstücke. Die Neusiedler, auch weil sie nicht auf diesem Gebiet lebten und nicht diese landwirtschaftliche Arbeit kannten, haben von der richtigen Bearbeitung nichts verstanden[895]

In vielen Meldungen liest man über die 'Demokratisierung' der Genossenschaften, was grundsätzlich die Entfernung oder Internierung der Kulaken bedeutete, die diese Arbeit bis zum Kriegsende sachgemäß erledigt hatten.[896] Es sind also gleich nach dem Krieg, als die Lage der einzelnen Gemeinden wirtschaftlich gesehen sehr kritisch war, Obst- und Weingärten, große Felder in kurzer Zeit zugrunde gegangen.

Neben den wirtschaftlichen tauchten auch politische Probleme auf. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war nicht kommunistisch eingestellt. Ein großer Teil der Slawen war Mitglied der kommunistischen Partei, sie hatten jedoch nicht die Verbreitung der kommunistischen Ideen, sondern viel mehr die Durchsetzung ihrer Nationalitätenziele vor Augen. *Diese streben jetzt aber in den Gemeinderäten und Volkstumsorganisationen die Mehrheit an. So entfalten sie in Bácsalmás, Gara, Katymár, Hercegszántó eine Tätigkeit im Interesse des Anschlusses an Jugoslawien.*[897]

---

[894] „Das Parteileben und die Arbeit in der Genossenschaft entwickelte sich nicht in gewünschter Weise", liest man in einer Meldung vom 21. Dezember 1948 in: ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin), S. 46.

[895] Dieses Problem war nicht nur für diese Gebiete, sondern für das ganze Land typisch.

[896] In einer Meldung vom 8. Februar 1949 liest man über die 'Demokratisierung' der Genossenschaft. In einer späteren Meldung, nach dem 20. Februar 1949 erfährt man davon, dass vier Personen, die 'demokratiefeindlichen Kulaken' der Genossenschaft, entfernt und eine Person, István Kubatov, sogar interniert wurde. In: ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin), S. 150.

[897] Bericht des sozialdemokratischen Gespann-Stellvertreters im Komitat Bács-Kiskun, am 15. Mai 1947 In: Komitatsarchiv Bács-Kiskun, Bács-Bodrog vm. Alisp. 40/1947. Aus: Mihály KŐHEGYI, Ágnes TÓTH, Bevölkerungsbewegung in Katymár 1945-1948. Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 10 (20), Prien am Chiemsee 1992 (S. 79.)

In der nationalistischen Atmosphäre berichtete der Vertreter des Außenministers von Jugoslawien, Velebit Vladimír, am 10. März 1946 in Prag[898] auf einer Pressekonferenz von ihren Plänen bezüglich eines Bevölkerungsaustausches zwischen Ungarn und Jugoslawien.
Mitte August 1946 führte der ungarische Außenminister János Gyöngyösi in Paris Verhandlungen darüber mit dem jugoslawischen Gesandten Edvard Kardelj[899] und am 21. August sendete schon die jugoslawische Friedensdelegation ein Memorandum an die ungarische Delegation bezüglich der Frage des Bevölkerungsaustausches zwischen den beiden Ländern. Drei Tage später schickte der Hauptsekretär der ungarischen Delegation, István Kertész[900], einen Brief an den Delegierten Edvard Kardelj[901], in dem Kertész darüber schrieb, dass die von jugoslawischer Seite als maximale Zahl angegebenen 40.000 umzusiedelnden Personen für die ungarische Seite unter so großen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten nach dem Krieg übertrieben ist. Die jugoslawischen Pläne im Hinblick auf den Bevölkerungsaustausch behandelte dar ungarische Ministerialrat auf einer Sondersitzung am 28. August 1946.[902] Die ungarischen Politiker einigten sich hier darauf, dass, wenn im Vertrag über einen Bevölkerungsaustausch zwischen Ungarn und Jugoslawien auch die gegenseitigen Verpflichtungen bezüglich des Minderheitenschutzes festgelegt werden, Ungarn diesen unterschreiben würde. Der am 6. September 1946 nach Budapest gebrachte Entwurf zum ungarisch-jugoslawischen Bevölkerungsaustausch[903] beinhaltete den gegenseitigen Schutz der hinter den Grenzen verbliebenen Minderheiten jedoch nicht. Trotzdem wurde am 12. September 1946 das Dokument von der *Vereinbarung zwischen den ungarischen und jugoslawischen Friedensdelegationen über den Bevölkerungsaustausch gemä dem Prinzip der Freiwilligkeit*[904] unterschrieben.

---

[898] Es ging um 300.000 Ungarn, die aus Jugoslawien nach Ungarn, und um 150.000 Jugoslawen, die aus Ungarn nach Jugoslawien umgesiedelt werden sollten. In: Ungarisches Landesarchiv (Magyar Országos Levéltár), Außenministerium, Ungarische Delegierten auf der Friedenskonferenz, XIX-J-1-c. 28. doboz. 11-15. tétel, 765/Bé./1946 sz. 1467.p. Aus: Gizella FÖGLEIN, A magyar-jugoszláv népcsereegyezmény-tervezet-1946 www.sulinet.hu/oroksegtar/data/magyarorszagi-kisebbsegek/2008/Nemzetiseg , 2/4/11

[899] Bericht des Außenministers János Gyöngyösi am 24. August 1946 in Paris an den Ministerpräsidenten Ferenc Nagy, Ungarisches Landesarchiv (Magyar Országos Levéltár), Außenministerium, Ungarische Delegierten auf der Friedenskonferenz, XIX-J-1-c. 28. doboz. 11-15. tétel, 309/Konf. 1946 sz. 1463.p. Ebenda, (S. 5.)

[900] Dazu s.: István KERTÉSZ, Magyar békeillúziók 1945-1947. Extra Hungáriám. Ferenc GLATZ, Péter SÍPOS (Red.), Európa, História Budapest, 1995

[901] Ungarisches Landesarchiv (Magyar Országos Levéltár), Außenministerium, Ungarische Delegierten auf der Friedenskonferenz, XIX-J-1-c. 28. doboz. 11-15. tétel, 309/Konf. 1946 sz. 1464.p. Ebenda, (S. 6.)

[902] Ungarisches Landesarchiv (Magyar Országos Levéltár), Protokoll der Ministerialratssitzungen (1944-1949) XIX-a-83-a. 12. doboz. 10. p. Ebenda, (S. 7.)

[903] Ung. 'Népcsereegyezmény-tervezet', Ungarisches Landesarchiv (Magyar Országos Levéltár), Törvényelőkészítő Osztály. Jugoszláv-magyar kapcsolatok. XIX-B-1-c. 14. doboz, 81. tétel, 70.159/I.sz./1946, Ebenda, (S. 6.)

[904] Ung. 'Megállapodás a magyar és jugoszláv békedelegációk közötti önkéntes lakosságcsere-egyezmény', In: Ungarisches Landesarchiv (Magyar Országos Levéltár), Außenministerium, Ungarische Delegierten auf der Friedenskonferenz, XIX-J-1-c. 28. doboz. 11-15. tétel, 529./Konf. 1946. 1454.p. Ebenda, (S. 7.)

Diese Vereinbarung hat man in der chaotischen Atmosphäre der Pariser Friedenskonferenz getroffen, sie wurde jedoch nie verwirklicht[905], sagte später der ungarische Delegierte István Kertész in seinen Erinnerungen. Nach 1947 wurden die Vereinbarungen zwischen Jugoslawien und Ungarn aufgelöst, es blieb zwischen diesen Staaten bis 1953 nur die formelle Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen bestehen. Die ungarische Politik nach der Machtübernahme der Kommunisten die Partei der Ungarischen Werktätigen folgte dem stalinistischen Kurs, wodurch sich die Konflikte zwischen Jugoslawien und Ungarn immer mehr vertieften.

Die offene Kampfansage an die Personen aus Jugoslawien, an die sogenannten Titoisten, bedeutete eine eindeutige Wende auch innerhalb der kommunistischen Partei. Die Suche nach Agenten fremder Mächte, nach Titoisten, nach Parteifeinden in den Reihen der Partei der Ungarischen Werktätigen und auch unter dem ungarischen Volk führte dann zu großen und blutigen Säuberungen. Die ungarischen Kommunisten, mit Mátyás Rákosi an der Spitze[906], haben den Stalinisten László Rajk[907] als Hauptschuldigen[908] im Kampf gegen die Titoisten ausgewählt. Neben Rajk wurde im April 1950 das Staatsoberhaupt Árpád Szakasits[909] verhaftet.[910]. Im Juli 1948 zwangen die Kommunisten den Kleinlandwirt Zoltán Tildy[911] zum Rücktritt. Seinen Schwiegersohn[912] hat man hingerichtet und Tildy blieb acht Jahre lang unter Hausarrest. In den weiteren Konzeptionsprozessen, Schauprozessen haben die Kommunisten mit Hilfe der Staatssicherheitsdienste die führenden sozialdemokratischen Politiker zu

[905] István KERTÉSZ, Magyar békeillúziók 1945-1947. Extra Hungáriám. Ferenc GLATZ, Péter SÍPOS (Red.), Európa, História Budapest, 1995 (S. 360.), Gizella FÖGLEIN, A magyar-jugoszláv népcsereegyezmény-tervezet-1946, (S. 7.) www.sulinet.hu/oroksegtar/data/magyarorszagi-kisebbsegek/2008/Nemzetiseg , 2/4/11

[906] Für diesen Machtkampf innerhalb der kommunistischen Partei, insbesondere zwischen Rajk und Rákosi, ist diese Zitat von Canetti bezüglich des Personenkults um Rákosis zutreffend: „Die eigentliche Absicht des wahren Machthabers ist so grotesk wie unglaublich: Er will der einzige sein, er will alle überleben, damit keiner ihn überlebt." In: Elias CANETTI, Das Gewissen der Worte, Frankfurt/Main, 1980 (S. 35.)

[907] Dazu s.: Gábor PAIZS (Red.), Rajk-per. Ötlet Kiadó Budapest, 1989, István SOLTÉSZ, Rajk-dosszié.Láng Kiadó Budapest, 1989, György HÓDOS, Kirakatperek.Sztálinista tisztogatások Kelet-Európában, 1948-1954, Eötvös Kiadó Budapest, 1990, Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története, Korona Kiadó Budapest, 2000

[908] Warum haben die ungarischen Kommunisten den Stalinist Rajk für diese Rolle ausgewählt? Viele Historiker sind der Meinung, dass dies einerseits wegen seiner Vergangenheit (was die notwendige „Verbindungen" bedeutete zu den jugoslawischen Gefährten und zum Horthy-Regime), seiner Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, seiner Internierung in einem französischen Lager, seiner Verhaftung und seines Überleben während der Pfeilkreuzerzeit (Rajks Bruder war Staatssekretär in der Pfeilkreuzer-Regierung) und andererseits wegen seines Aussehen (der junge, schlanke, gutaussehende Rajk war Rivale für den kleinen, dicken Rákosi) geschah. Dazu s.: Paul LENDVAI, Die Ungarn. Ein Jahrtausend. Sieger in Niederlagen, C. Bertelsmann München, 1999

[909] Szakasits war der einstige Generalsekretär der mit den Kommunisten vereinigten Sozialdemokraten.

[910] Erst im März 1956 hat man ihn freigelassen.

[911] Tildy war vor Szakasits Staatsoberhaupt und früher der Parteichef der Partei der kleinen Landwirte.

[912] Tildys Schwiegersohn war ein Diplomat, er wurde der Korruption verdächtigt.

langjährigen Haftstrafen verurteilt oder interniert, Generäle und hohe Offiziere hingerichtet und in der ungarischen Armeespitze eine Säuberung durchgeführt.[913]

Bei einem Schauprozess (...) hatten wir zu den objektiven Tatsachen nicht der Wahrheit entsprechende Ergänzungen hinzugefügt. Besser gesagt hatten wir den Verdacht so eingestellt, als ob das wirklich geschehen wäre.[914]

In der Grenzregion zu Jugoslawien hat man keine Schauprozesse durchgeführt, diese Region wurde jedoch ebenfalls zur Front des Kalten Krieges. Die dort lebende, vor allem südslawische und deutsche Bevölkerung betrachteten die ungarischen Behörden aus verschiedenen Gründen[915] als gefährliche Elemente für die „demokratische Ordnung".

Ab 1950 hat der ungarische Staatssicherheitsdienst in diesem Grenzgebiet zu Jugoslawien, auch in Bácsszentgyörgy und in den ehemaligen schwäbischen Nachbargemeinden Säuberungen durchgeführt und viele Deutsche und Südslawen interniert. In den Internierungsakten der Staatssicherheitsdienste ist auffallend, wie viele Personen deutscher oder slawischer Abstammung beziehungsweise wie viele Verhaftete mit deutschem oder slawischem Namen auf den Listen der Internierungslager zwischen 1950 und 1953 zu finden sind.[916]

Das Dossier über das Grenzdorf Bácsszentgyörgy, wo neben den Madjaren auch Deutsche und Personen slawischer Herkunft lebten und das viele Flüchtlinge aufnehmen musste, zeigt beispielhaft, wie die Politik in Ungarn mit Hilfe der Staatssicherheitsdienste das Leben der Menschen in dieser Region beeinflussen konnte. Am Anfang des Objekt-Dossiers „Bácsszentgyörgy"[917] finden wir eine Liste der Bewohner des Dorfes mit Familienname, Nachname, Beruf und Seitenzahl des Dossiers.

Auf Seite 9 ist der Dienstzettel[918], in dem von der Kecskeméter Abteilung der ÁVH um die Eröffnung des Objekt- Dossiers gebeten wird, zu finden, was am 26. August 1950 vom Major und Abteilungsleiter Miklós Orbán und mit der Unterschrift von Károly Récz auch genehmigt

---

[913] Dazu s.: István FEITL, Lajos IZSÁK, Gábor SZÉKELY (Red.), Fordulat a világban és Magyarországon, 1947-1949, Napvilág Kiadó Budapest, 2000, György HÓDOS, Kirakatperek. Sztálinista tisztogatások Kelet-Európában, 1948-1954, Eötvös Kiadó Budapest, 1990

[914] György SZÁNTÓ, ehemaliger Leutnant der Staatssicherheitsdienste, sagte das in seinem Zeugengeständnis am 6. Oktober 1956. In: Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története, Korona Kiadó Budapest, 2000 (S. 165-166.), (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[915] Weil sie (angeblich) Titoisten, Schwaben-Kulaken, ehemalige Faschisten oder Großgrundbesitzer waren.

[916] Zum Beispiel findet man in einer Meldung vom 13. Juli 1953, vor der Auflösung der Internierungslager, unter den Internierten ausländischer Staatsbürgerschaft neben den 1.003 Westdeutschen (ehemalige Ungarndeutsche) und 57 Österreichern 105 Personen mit jugoslawischer Staatsbürgerschaft. In: ÁBTL, A-505 1953. évi jelentések különböző internáló táborokról (S. 3-195.)

[917] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy" (1950-1956)

[918] Ung. 'Kérdőjegy'

wurde. Auf Seite 11 des Dossiers kann man schon eine Meldung über das Dorf aus demJahre 1949 lesen:

16.146/1949 *Betreff: Erfassung der Landkreise*

Meldung

Baja, den 15. März 1949

Bácsszentgyörgy

Die Einwohnerzahl des Dorfes: 554 Personen. Davon sind 371 Ungarn, 86 Deutsche, 97 Slawen, 19 Personen anderer Nationalität. Das Dorf liegt auf einer Gebietsgröße von 2120 Kataster Joch. Die soziale Zusammensetzung des Dorfes: 98% sind Bauern, 2% bilden die Handwerker und die Intelligenz. 40% der Bevölkerung ist passiv, außerparteilich, macht überhaupt keine Parteiarbeit. 60% der Bevölkerung ist politisch aufgeteilt: 15,5% sind für die MDP (Partei der ungarischen Werktätigen), 22,5% sind für die Nationale Bauernpartei, 22% für die Partei der kleinen Landwirte. Religiöse Zusammensetzung des Dorfes: 98% der Bevölkerung ist römisch-katholisch, davon gehen 60% in die Kirche, ist also streng religiös, 2% der Bevölkerungsind Mitglied der reformierten Kirche und der Baptisten. Die Mitgliederzahl der Genossenschaft der Landarbeiter im Dorf beläuft sich auf 61 Personen. Im Dorf existieren keine weiteren Betriebe. Das Dorf verfügt über keine Zuglinien. Zugverbindungen gibt es nur im Nachbarsdorf Gara.[919]

Auf Seite 11 des Objekt- Dossiers von „Bácsszentgyörgy" befindet sich eine andere Meldung aus dem Jahre 1950 über die Erfassung des Dorfes Bácsszentgyörgy:

Betreff: Erfassung des Dorfes Bácsszentgyörgy

Meldung

Baja, den 3. August 1950

-Über die Bewohnerzahl des Dorfes

- Über die existierenden Parteiorganisationen im Dorf

- über die Probleme in der Genossenschaft: der Leiter der Genossenschaft ist nach Angaben des Agenten Kulake und pflegt keinen guten Kontakt zum Parteisekretär des Dorfes.

[919] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

-über die „demokratisch" denkenden Personen im Dorf: der Dorfnotar János Makra, der Mitglied der MDP ist und erst in diesem Jahr ins Dorf gekommen ist, besuchte die Parteischule, folgt den Richtlinien der Partei und arbeitet klassenbewusst.
- über die stimmungsangebenden, rechtsgerichteten Personen: vor allem Bauern, die mehr als 26 Joch Land hatten und die Intelligenz (zum Beispiel der Richter im Dorf)

Unterschrift von Oberleutnant József Horváth[920]

Auf Seite 13 des Dossiers werden dann die leitenden Personen des Dorfes charakterisiert, man findet am 23. Dezember 1950[921] nur zwei Parteimitglieder, die für die Arbeit der „ÁVH" als Kontaktpersonen geeignet wären.

Auf Seite 14 werden in der Meldung die Kulaken des Dorfes, die ehemaligen Mitarbeiter der Gendarmerie, die ehemaligen Offiziere und die nach der Befreiung ins Dorf geflüchteten Personen aus Jugoslawien[922] aufgezählt und charakterisiert[923]

Auf den folgenden Seiten des Dossiers erfährt man, wie bei dem Staatssicherheitsdienst jede Gelegenheit zur Manipulation bzw. zur Erpressung genutzt wurde: von Seite 24 bis Seite 34 können verschiedene Meldungen, Geständnisse mehrerer Zeugen und auch ein Protokoll vom 16. Juni 1948 im Fall der Verdächtigten János Kniff, János Illi und József Kassai eingesehen werden, die am 17. Mai 1948 auf dem Ball der Gewerkschaften[924] in angetrunkenem Zustand angeblich gegen die 'Demokratie' und gegen die Leiter der Gewerkschaften gerichtete, antidemokratische Aussagen gemacht hätten, worauf die Abteilung der Staatspolizeidirektion in Kecskemét am 18. Juni 1948 an den Leiter der Abteilung des Staatssicherheitsdienstes einen „streng geheim" gehaltenen Brief geschickt hatte. In diesem Brief ging es um das Protokoll der Aussagen der 'antidemokratischen' Personen, Kniff, Illi und Kassai, wonach die Personen vorgeladen und verhört werden müssen und durch Erpressung, wenn der Agent sie zur künftigen geheimen Mitarbeit geeignet findet, ins Agentennetz eintreten sollen. Der

[920] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[921] Die Agenten waren sehr fleißig, sie schrieben diese Meldung vor Heiligabend, am 23. Dezember 1950.
[922] Viele mit deutschem Namen, wie zum Beispiel „Teréz Svang, 1932, geb. in Őrszállás, ledig, ihre Eltern kamen während der Zusammensiedlung der Deutschen nach Bácsszentgyörgy. Angeblich verfügten sie über kein Vermögen in Jugoslawien (...), sie ist ein stilles, zurückhaltendes Mädchen, das seine Arbeit immer anständig macht." ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[923] Kulaken, die „ihre Angestellten, die aus ärmeren Verhältnissen kommen, ausnutzen", „auf deren Feldern die landwirtschaftlichen Arbeiten durch die aus Jugoslawien geflüchteten Schwaben verrichtet wird". „deren Freunde alle Kulaken seien", „die Mehrheit dieser Kulaken nach der Befreiung für die Partei der kleinen Landwirte gearbeitet habe" oder „die mit den Slawen und Schwaben aus Jugoslawien eng befreundet sind und deshalb zu den Feinden unserer Demokratie gezählt werden müssen", ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[924] Ung. Verkürzung 'EFOSZ'

Unterzeichner ist auch hier der Major und Unterabteilungsleiter Miklós Orbán. Die genannten Verdächtigen konnten wahrscheinlich nicht zum Eintritt ins Agentennetz überredet werden, denn auf den folgenden Seiten des Objekt- Dossiers kann man schon von einer anderen, zur geheimen Mitarbeit gut geeigneten Person[925], lesen, die schon eine Aufgabe als Prüfstein bekommen hat, nämlich die Überwachung des römisch-katholischen Pfarrhauses an der Grenze:

100/1948 Betreff: die Überwachung des an der Grenze liegenden römisch-katholischen Pfarrhauses

Meldung

Baja, den 21. August 1948

Der Dorfpfarrer János Gertner muss beobachtet werden.

„Zur Überwachung der genannten Person fand ich den leitenden Notar des Dorfes, namentlich Gábor Vermes, geeignet. (...) Er handelt immer linientreu und ist Mitglied der MDP."[926]

In der nächsten Meldung ist schon über die Beurteilung des Kontaktoffiziers über den Informanten, Gábor Vermes, zu lesen: am 28. August 1948 hat der Kontaktoffizier den Dorfnotar Gábor Vermes[927] kurz charakterisiert, in der Meldung vom gleichen Tag. der Kontaktoffizier hat also an einem Tag zwei Meldungen über diesen Informanten geschrieben, geht es schon um die Eingliederung von Vermes ins Agentennetz. Diese zweite Meldung ist schwer zu lesen, Vermes hat jedoch aufgrung der Beurteilung des Kontaktoffiziers *„betont, dass er es als Angestellter im Innenministerium für seine vaterländische Pflicht hält, an der Grenze zu Jugoslawien Überwachungsarbeit zu leisten"*[928]

Am 9. Oktober 1948 erfährt man, wie der Dorfpfarrer überwacht wird und was über ihn gemeldet wird:

30.668/22- 1948 Betreff: Überwachung des an der Grenze liegenden römisch-katholischen Pfarrhauses

Meldung

Baja, der 9. Oktober 1948

[925] Ab Seite 36 in ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956
[926] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[927] In einer Meldung vom 3. August 1950 hat diese Position schon eine andere Person inne: 1950 ist der Dorfnotar von Bácsszentgyörgy János Makra. In: ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956
[928] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Ich habe festgestellt, dass János Gertner an keiner gesellschaftlichen Bewegung teilnimmt (...), er ist zurückhaltend und ängstlich. Das Pfarrhaus besucht nur der Kirchenverwalter (der Kurator) János Knipf, den auch Gertner regelmäßig aufsucht. Außerdem pflegt Gertner, die Schwaben von Bácsszentgyörgy zu besuchen, denn er ist auch schwäbischer Abstammung.[929]

Die Geistlichen, hier sogar ein Geistlicher schwäbischer Abstammung, mussten immer überwacht werden, denn sie und jede Art von Religion konkurrierten mit der kommunistischen Ideologie. Ziel der neuen Politik war es, die Zahl der religiösen Personen in Ungarn zu senken und die Tätigkeit der verschiedenen Kirchen einzuschränken. Am 20. Juni 1948 wurde das Gesetz über die Verstaatlichung der Schulen[930], darunter die der Schulen der Katholischen Kirche, vom Parlament beschlossen. Zwei Monate nach dieser Meldung über János Gertner, am 26. Dezember 1948 haben die Staatssicherheitsdienste einen anderen Geistlichen, auch er deutscher Abstammung[931], Kardinal Mindszenty wegen seines Widerstandes gegen kommunistische Ungerechtigkeiten[932] verhaftet.

Einer späteren Meldung, im Dossier auf Seite 54, ist eindeutig zu entnehmen, dass Vermes sich als Agent des Geheimdienstes nicht bewährt hatte[933], seine Meldungen waren nicht besonders gut und er hat die Personen aus Jugoslawien nicht entsprechend beobachtet. Anfang 1949 hat eine neue Person, István Németh, den Überwachungdienst übernommen.

Der Kontaktoffizier versuchte jedoch, auch andere wichtige Personen zu überreden, als Agent für den Geheimdienst zu arbeiten. In der Meldung, immernoch am 28. August 1948, kann man über die eventuelle Eingliederung eines anderen Informanten, über den Dorflehrer und Kantor József Vida, lesen. Der Kontaktoffizier hält die Arbeit von Vida für wichtig, denn

„neben der Grenze bei Bácsszentgyörgy findet man zahlreiche Gehöfte, an der Grenze, 1-2 Km in Richtung des Mutterlandes liegen insgesamt 19 Gehöfte. Die Kinder, die auf diesen

[929] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[930] 1948. XXXI-II. tc. Dazu s.: Margit BALOGH, Szabadlábon fogolyként avagy a kommunizmus és az egyházi ellenállás Magyarországon. In: Vigília, Budapest, 2000/6.
[931] József MINDSZENTY, geb. József Pehm (1892- 1975), Mindszenty versuchte auch, den Deutschen in Ungarn zu helfen: am 17. Oktober 1945 veröffentlichte Mindszenty ein Hirtenschreiben, in dem er gegen die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn protestierte. Im Sommer 1947 kritisiert er wieder die Deportation der Ungarndeutschen in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands: „Nur wegen ihrer Abstammung und Muttersprache werden Tausende aus ihren alten Wohnorten vertrieben. Aus Wohnorten, wo ihre Ahnen seit Jahrhunderten lebten, und es wird von diesen vertriebenen Personen alles beschlagnahmt, (...) Das geschieht zu der Zeit, wo wir versprechen, einer jeden Person Demokratie, menschliche Würde, persönliche Freiheit und ein Leben ohne Ängste zu sichern." In: József MINDSZENTY, Emlékirataim. Szent István Társulat, Budapest, 1989 (S. 145. und S. 149-150.), (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[932] Mindszenty wies unter anderem auf die Unterdrückung der Kirche durch die Kommunisten hin, warf der russischen Besatzungsmacht vor, den Wiederaufbau im Lande zu behindern, und wurde mit der Zeit in den linientreuen Medien als Feind des Fortschritts angegriffen. Dazu s.: Gábor ADRIÁNYI, A Vatikán keleti politikája és Magyarország 1939-1978. A Mindszenty-ügy. Kairosz Kiadó Budapest, 2004.
[933] Deshalb war ein Jahr später nicht er, sondern János Makrai der Dorfnotar.

Gehöften leben, besuchen die Schule und lernen von József Vida. Er übernimmt den Dienst auch aus dem Grund, weil er als Dorflehrer nach der Verstaatlichung der Schulen ein staatliches Arbeitsverhältnis bekommen hat, was ihn auch finanziell an die demokratische Staatsordnung bindet, außerdem ist József Vida jung und abenteuerlustig." [934]

Hier sieht man auch, dass die Agenten des Staatssicherheitsdienstes jede Gelegenheit zur Erpressung, hier zur finanziellen Abhängigkeit vom Staat, nutzten und die einflussreichen Personen dadurch gefügig machten, den Staatssicherheitsdienst „freiwillig" zu verrichten.

Vor Dienstantritt werden den Informanten über Konspiration, über Grundprinzipien der Beobachtungen, über Form und Inhalt einer Meldung geschult. Die Informanten und ihr Kontaktoffizier müssen sich dann in eine konspirative, heimliche Kontakthaltung vereinbaren und über Zeit und Ort des Referierens beziehungsweise über Meldungsinhalt, Beurteilung der Meldung und weitere Aufgaben sprechen.[935]

József Vida wie viele andere Pedagogen zu dieser Zeit bekam die Aufgabe, die familiäre Umgebung der Kinder zu beobachten[936] und natürlich diese Kinder zum späteren Mitglied der „demokratischen" Gesellschaft, zum Kommunisten zu erziehen. Einem Kantor und Dorflehrer fällt diese Aufgabe nicht so leicht, da er aber finanziell an den Staat gebunden ist und leben muss, kann er nicht viel dagegen tun.

Nachdem die Religion in den Hintergrund gestellt wurde, verfolgte die Schulpolitik der Partei nur ein einziges Ziel: die Erziehung der Kinder zu „guten Kommunisten". Die nach 1950 eingeführten neuen Pläne haben im Schulunterricht statt der für die Koalitionszeit typischen demokratisch-nationalistischen Ideologie den Marxismus-Leninismus vorgeschrieben[937]:

---

[934] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[935] Gábor TABAJDI, Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártállam és a belügy. A politikai rendőrség működése Magyarországon 1956-1990. Corvina, 1956-os Intézet, Budapest, 2008. (S. 144-171.)

[936] Zum Beispiel ob diese Familien mit Familien aus Jugoslawien Kontakte knüpfen. In: ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[937] Auch in der Mittelschule, in den Gymnasien und an den Universitäten: 1950-1952 hat man sogar an allen Universitäten die Fakultät 'Marxismus-Leninismus' eingerichtet, dessren Seminare und Vorlesungen jeder Schüler besuchen musste. In diesen zwei Jahren wurden auch zahlreiche Professoren bürgerlicher Herkunft, darunter auch István Bibó, von den Universitäten entfernt und neue, linientreue Universitätsbücher, einfache Übersetzungen der sowjetischen Universitätsbücher, eingeführt. Die in ihrem Positionen gebliebenen Universitätsleiter, Rektoren oder Dekane hatten jedoch keinen Einfluss mehr, denn nur die Leiter der Parteiausschüsse oder Kaderklassen der Universitäten durften alles kontrollieren und wichtige Entscheidungen treffen. Sie konnten auch die ideologisch gesehen unzuverlässigen Studentinnen und Studenten von den Universitäten entfernen. Zu den Zielen der kommunistischen Schulpolitik zwischen 1949 und 1953 gehörten die Vermehrung der Zahl der Studentinnen und Studenten aus Arbeiter- oder bäuerlichen Familien und die Senkung der Zahl der Studentinnen und Studenten aus Eliten oder bürgerlichen Familien. Zu der außerschulichen Umerziehung gehörte unter anderem die Gründung der Gesellschaft der ungarischen Pioniere ('Magyar Úttörők Szövetsége') und die Gesellschaft der arbeitenden Jugend ('Dolgozó Ifjúság Szövetsége').
Dazu s.: Tiborné ERDÉSZ (Red.), Magyarország művelődési viszonyai 1945-1958, Közgazdasági és Jogi Kiadó, Budapest 1960, (S. 249-268.), Iván BEREND T., A történelem – ahogyan megéltem. Kulturtrade Budapest, 1997 (S. 76-78.)

Ziel der Grundschule ist es, unsere lernende Jugend zu einem selbstbewussten, guten Staatsbürger unserer Volksrepublik, zum treuen Sohn des arbeitenden Volkes, zu einer den Sozialismus aufbauenden Person zu erziehen.[938]

Nicht nur in den Schulen, sondern auf allen Gebieten der Kultur war nach 1948/1949 die Hegemonie des Marxismus charakteristisch. Leiter dieser „kulturellen Revolution" war der Kommunist József Révai. Er und seine Mitarbeiter haben im Kulturleben nach 1949 den sogenannten Sozialistischen Realismus als einzige zu folgende Stilrichtung verkündet und akzeptiert. Um den „richtigen Stil" zu finden, gründete man ab 1950 nach sowjetischem Vorbild[939] die *Literarische Zeitung*[940], das *Gebildete Volk*[941] und ab 1952 die *Neue Stimme.*[942] Das Ziel der kulturellen Erziehung durch die Schule mit Hilfe der literarischen Zeitungen, Zeitschriften und vor allem den Tageszeitungen[943] war die Herausbildung des sozialistischen Menschen. Die Mehrheit der Leser kaufte die Parteizeitung der Partei der Ungarischen Werktätigen, das *Freie Volk.*[944] Viele mussten diese Zeitung lesen, wenn sie bestimmte Positionen oder bestimmte Vorteile genießen wollten. In den Meldungen der Staatssicherheitsdienste wurden die beobachteten oder verhörten Personen, die Leser dieser Zeitung waren, entweder positiver beurteilt oder freigelassen.[945] Für die Aufrechterhaltung der totalen Diktatur war es notwendig, überall, in jede staatliche oder zivile Gruppierung oder Gemeinschaft „demokratisch denkende" Personen, „Freies-Volk-Leser" einschleusen. In den ersten Jahren bis zur Abschaffung des Mehrparteiensystems war es jedoch für die kommunistische Partei schwierig, genug Anhänger und Parteimitglieder zu finden. Vor allem in kleineren Dörfern, wie auch in Bácsszentgyörgy, waren die Dorfbewohner Bauern, die

---

[938] Gyula SIMON, József SZARKA, A magyar népi demokrácia nevelésügyének története., Tankönyvkiadó Budapest, 1965 (S. 119.), (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[939] Vor allem nach der sowjetischen Zeitung *Lityeraturnaja Gazeta.*

[940] Ung. 'Irodalmi Újság' mit Hauptredakteur Béla Illés, der in Moskau als ungarischer Schriftsteller tätig und als sowjetischer Oberleutnant zurückgekommen war. Dazu s.: Tiborné ERDÉSZ (Red.), Magyarország művelődési viszonyai 1945-1958, Közgazdaságtani és Jogi Könyvkiadó Budapest, 1960, János RAINER M., Az író helye. Viták a magyar irodalmi sajtóban 1953-1955. Magvető Kiadó Budapest, 1990.

[941] Ung. 'Művelt Nép' (erschien zwischen 1950 und 1956) mit József Darvas und Lajos Mesterházi (Hauptred.) Dazu s.: Ebenda

[942] Ung. 'Új Hang', die für die jungen ungarischen Schriftsteller geschrieben wurde. Dazu s.: György KÓKAY, Ambrus OLTVÁNYI, Kálmán VARGHA (Red.), Program és hivatás. Magyar folyóiratok programmcikkeinek válogatott gyűjteménye, Gondolat Kiadó Budapest, 1978

[943] Nach 1950 existierten in Ungarn nur 20 bis 22 politische Tageszeitungen, davon konnte man nur vier Tageszeitungen – das „Freie Volk" (Szabad Nép), die „Stimme des Volkes" (Népszava), die „Ungarische Nation" (Magyar Nemzet) und den „Volkssport" (Népsport) - im ganzen Land kaufen. In: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Kiadó Budapest, 2001 (S. 373.)

[944] Ung. 'Szabad Nép'

[945] Nach dem Attentat in Mór im Jahre 1948, wo sieben junge Männer ein sowjetisches Denkmal gesprengt hatten, haben die Sicherheitsdienste nach der Verhaftung und dem Verhör nur eine Person freigelassen, der unter anderem die Parteischule besuchte und ein „Freies Volk"-Leser war. Dazu s.: ÁBTL, 3.1.9. V-77669 Stumpf Alajos és társai

politisch gesehen die Nationale Bauernpartei oder die Partei der kleinen Landwirte unterstützt haben.

In zahlreichen Meldungen von Seite 46 bis Seite 100 des Dossiers über Bácsszentgyörgy liest man über politische und wirtschaftliche Probleme der landwirtschaftlichen Genossenschaft des Dorfes. Der Agent, der die Meldung darüber am 21. Dezember 1948 geschrieben hat, war mit der Leitung der Genossenschaft nicht einverstanden und seiner Meinung nach *„entwickelte sich das Parteileben und die Arbeit in der Genossenschaft auch nicht auf gewünschter Weise"*[946].

Anderthalb Monate später, am 8. Februar 1949, meldete der Agent, dass die landwirtschaftliche Genossenschaft von Bácsszentgyörgy am 20. Februar 1949 'demokratisiert' wird. Wie diese 'Demokratisierung' stattgefunden hat, zeigt eine andere Meldung aus dem Jahre 1949 über vier Personen aus Bácsszentgyörgy, die 'demokratiefeindliche Kulaken" sind. Einer von den vier Kulaken, István Kubatov, war Mitglied im Vorstand der Genossenschaft. Kubatov hat man aus dem Vorstand entfernt und im Sommer 1949 interniert: im Dosszier findet man einen Zettel mit einem Stempel, auf diesem Stempel steht sein neuer Zwangsaufenthaltsort: *Tiszagyenda- Kormos- Pusta*[947] und die Nummer des Waggons (1) mit dem er in ein Internierungslager abtransportiert wurde.[948]

In einer späteren Meldung[949], im Dossier auf Seite 166. bittet ein Unterleutnant des Geheimdienstes, Rezső Bodó den Informanten „István Éles" über die Stimmung im Dorf nach der Internierung, über die Meinung der Arbeiter bezüglich der Internierung zu berichten.

In den Meldungen im Sommer und Herbst 1950 werden die Zahl der 'demokratisch denkenden' Personen in Bácsszentgyörgy zusammengezählt, die Stimmung der Bauern während der Kollektivierung beschrieben und die Personen[950] beobachtet, die der Genossenschaft nicht beitreten wollen.

Zu den wichtigsten Zielen der kommunistischen Wirtschaftspolitik gehörten neben der Industrialisierung, das heißt der Stärkung der Schwerindustrie, die Veränderungen der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft und die Kollektivierung. Wie auch in der Sowjetunion spielte in Ungarn die Schwerindustrie nach der Gründung der NATO im Jahre 1949 und dem Konflikt in Korea in den Jahren 1950 bis 1951 eine immer entscheidendere

[946] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[947] Ung. 'Tiszagyenda-Kormos-Puszta', in: ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956
[948] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956
[949] Am 2. Februar 1952, ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956
[950] Vor allem die mittelgroßen Bauern.

Rolle. Zwischen 1950 und 1954 hat Ungarn 67 Milliarden Forint[951] für die Wirtschaft verwendet, davon entfiel ungefähr die Hälfte auf die Industrie. Die kommunistische Führung unterstützte die Landwirtschaft mit nur 14 Prozent dieser 67 Milliarden Forint, obwohl Ungarn ein Agrarland war und die Kriegsjahre beziehungsweise die Nachkriegsjahre die ungarische Landwirtschaft in eine Krisensituation verwandelt hatten.[952] Dementsprechend sank die Zahl der in der Landwirtschaft arbeitenden Personen und erhöhte sich die Zahl der in der Industrie Tätigten.[953] Diese Veränderungen führten zu anhaltenden Problemen in der ungarischen Wirtschaft. Mit der Unterstützung der Schwerindustie, die den Großteil der finanziellen Mittel Ungarns in Anspruch genommen hatte, stagnierten oder verschlechterten sich die anderen Wirtschaftszweige, darunter auch die Landwirtschaft.

Während der Kollektivierung zwischen 1950 und 1954 hob die kommunistische Wirtschaftpolitik die Steuerlasten[954] der privaten Unternehmen deutlich an, um die Bauern in die staatlichen Agrargenossenschaften zu drängen.[955] Ein anderes Mittel war die oft unerfüllbare Ablieferungsforderung, wobei der Kreis und die Menge der abzuliefernden Produkten sich mit der Zeit vergrößerten, währen die Summe, die die Bauern dafür erhielten, sich stetig verminderte.[956] Wer keine Produkte geben und auch nicht zahlen konnte, den

---

[951] Angaben in: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Kiadó Budapest, 2001 (S. 347.)

[952] 47 Prozent für die Industrie, 14 Prozent für die Landwirtschaft und 13 Prozent für den Verkehr von diesen 67 Milliarden Forint. In: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Kiadó Budapest, 2001 (S. 347.)

[953] Die Zahl der in der Landwirtschaft arbeitenden Personen sank zwischen 1949 und 1953 um 257.000 Personen, also von 55 Prozent auf 44 Prozent, währendessen die Zahl der in der Industrie Angestellten von 20 Prozent auf 28 Prozent gewachsen ist. In: Ebenda, S. 347.

[954] Zum Beispiel im Dossier ÁBTL, V-140403 István Bóka, 1955, Tiszadada – István Bóka (geb. 1908) schrieb einen Brief an seine Verwandten nach Amerika, wobei er sich über die erhöhten Steuerlasten beziehungsweise über die unerfüllbaren Ablieferungsforderungen beschwerte. Die ÁVH-Agenten haben diesen Brief gelesen und István Bóka hat man wegen Agitation gegen die demokratische Staatsordnung zuerst zu vier, später zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

[955] Wenn jemand gegen die Kollektivisierung agitierte, wurde er schnell aktenkundig und zu mehreren Jahren Haft verurteilt. Mit dem Urteil versuchte die kommunistische Macht, Exempel zu statuieren, wie zum Beispiel im Dossier ÁBTL, V-270 Sabotage von Jenő Hámori (Hónig), 1950, Szekszárd: Hámori (im Dossier auch József Hónig, geb. 1903) aus Szekszárd hat als Leiter eines Textil-Geschäftes 46 Geschäftsleiter der Agrargenossenschaften nicht bedient. Hámori *hinderte damit die Ablieferungsarbeit der Bauern* und wurde vom Komitatsgericht in Szekszárd zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Den Inhalt des Urteils hat man auch in der Komitatszeitung veröffentlicht, um ein Exempel zu statuieren. Die Staatssicherheitsdienste überwachten Hámori und seine Familie bis 1975. (Aufgrund der Arbeit der Geheimdienste erfährt man im Dossier auch davon, dass Hámori im Dezember 1974 gestorben ist.)

[956] Viele Bauern konnten einfach diesen Forderungen nicht entsprechen. Für Getreide zahlte der Staat zwischen 1946 und 1956 60 Forint pro Zentner, während ihr Selbstkostenpreis ungefähr 280 Forint betrug. Das Wetter war im Jahre 1952 auch nicht so günstig, was diese Probleme noch verschärfte. In: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Kiadó Budapest, 2001 (S. 350.) Der Staat hat diese ungünstigen Umstände nicht berücksichtigt, was viele Dossiers im Archiv beweisen. Zum Beispiel im Dossier ÁBTL, V-148904 Mária Márton, 1953, Kaposújlak (Komitat Somogy), widersetzte sich Mária Márton, Bäuerin und Mutter von sieben Kindern, der Getreideablieferungspflicht und berief sich auf die persönliche Getreidebedürfnisse ihrer grossen Bauernfamilie. Sie wurde vom Komiatsgericht in Kaposvár zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

suchten die Männer der Staatssicherheitsdienste auf.[957] Aus Angst traten dann viele Bauern in die Genossenschaften ein.

Im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste findet man mehr als dreißig Dossiers, in denen die Personen wegen Agitation gegen die Ablieferungspflicht aktenkundig geworden sind. Die Mehrheit dieser Personen verurteilten die Gerichte zu mehreren Jahren, aber es ist sehr unterschiedlich, in welchem Jahr, also vor oder nach der Machtübernahme der kommunistischen Partei, wer, also welcher Gesellschaftsschicht und mit was für einer Herkunft, und zu wie vielen Jahren jemand verurteilt wurde.

Im Sommer 1947, noch vor den Blauzettel-Wahlen im August, wurde jene Person, die gegen die Verstaatlichung und gegen die Reformen in der Landwirtschaft offen ihre Meinung sagen wollte, schon verhaftet, jedoch meistens nur zu einigen Wochen. Mihály C. Tóth (geb. 1914) aus Hajdúdorog[958] kritisierte im Juni 1947 die Verstaatlichung der Schulen und das System der Ablieferung. Tóth sagte, *er möge nicht diese Art von Demokratie*.[959] Er wurde zu einem Monat Haft verurteilt.

Ein Jahr später, im Sommer 1948, waren die Behörden mit bestimmten Personen schon viel strenger: Miklós Koltai, vor der Namenmadjarisierung Miklós Klein, geb. 1905, Name der Mutter: Paulina Steiner[960], agitierte auch gegen die Durchführung der Ablieferungspflicht, wurde jedoch am 15. Juli 1948. nach der Vereinigung der kommunistischen Partei mit der Partei der Ungarischen Sozialdemokraten zur Partei der Ungarischen Werktätigen am 12. Juni 1948, durch die ÁVO[961] interniert.[962] Miklós Koltai/Klein, nicht ungarischer, sondern wahrscheinlich deutscher oder jüdischer Abstammung, wurde am 3. März 1949 freigelassen, war jedoch auch später unter polizeilicher Aufsicht.

---

[957] Zum Beispiel im Dossier ÁBTL, V- 148665 Lajos Nagy, 1952, Álmosd: Lajos Nagy (geb. 1923) agitierte gegen die Durchführung der Ablieferungen und wurde 1952 vom Komitatsgericht in Debrecen zu einem Jahren und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Agenten der Geheimdienste, die eingeschleustenSpione arbeiteten sehr effizient, was ein anderes Dossier beweisen kann: Im ÁBTL, V- 153279 József Mészáros, 1952-1953, Kecskemét, liest man, dass József Mészáros (geb. 1931) in einem Gespräch mit einem Bekannten die Ablieferungspflicht kritisierte, wonach Mészáros vom Gericht in Kecskemét im Jahre 1952 verurteilt wurde. Entweder war der 'gute' Bekannte ein 'wachsamer Genosse der Demokratie' oder hat jemand dieses Gespräch gehört und darüber die Geheimdienste gleich informiert.

[958] ÁBTL, V-5762 Mihály C. Tóth, 1947, Hajdúdorog

[959] ÁBTL, V-5762 Mihály C. Tóth, 1947, Hajdúdorog (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[960] ÁBTL, V-34327 Miklós Koltai (Klein), 1946-1950, Székesfehérvár

[961] Ung. 'Államvédelmi Osztály', Staatsschutzabteilung der Ungarischen Staatspolizei, sie existierte zwischen Oktober 1946 und September 1948 unter Innenminister László Rajk. Im September 1948, unter dem neuen Innenminister János Kádár, wurde aus ÁVO die ÁVH, ung. 'Államvédelmi Hatóság', Staatsschutzbehörde des Innenministeriums.

[962] Nach der vertraulichen Verordnung des Innenministers Ferenc Erdei im Juni 1945 durfte die politische Polizei (ab 1946 die ÁVO, ab 1948 die ÁVH) die Personen, die den demokratischen Wiederaufbau hemmen, dazu gehörten natürlich auch die Personen, die gegen die Reformen wie Verstaatlichung oder Ablieferungspflicht agitierten, ohne Gerichtsurteil internieren.

Im Jahre 1950 brauchte die Macht auch Personen, die gegen die neuen Forderungen agitieren, um an ihnen Exempel zu statuieren. Der Leiter eines Textil-Geschäftes mit deutschem Familiennamen, Jenő Hámori (Hónig)[963] *hinderte die Ablieferungsarbeit der Bauern*[964], weil er 46 Agrargenossenschaftsleiter nicht bedienen wollte, und wurde deshalb vom Komitatsgericht in Szekszárd zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Den Inhalt des Urteils hat man auch in der Komitatszeitung veröffentlicht.

Eine andere Person deutscher Abstammung wurde wegen ihrer politischen Tätigkeit und wegen Kritik bezüglich der Ablieferungspflicht im Jahre 1952 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt: György Sági, im Dossier auch als György Sághy, geboren 1906, Name der Mutter: Julianna Czank[965], aus Szekszárd war zwischen 1946 und 1948 Mitglied der Nationalen Bauernpartei. Nach 1948 hat man Sági aus der Partei entfernt und er versuchte, eine neue Partei, die Ungarische Demokratische Agrarpartei[966], zu gründen. Er hat auch das Programm der neuen Partei ausgearbeitet und ließ Flugzettel gegen die Ablieferungspflicht drucken. Wegen dieser Tätigkeiten haben die Männer des Staatssicherheitsdienstes Sági im Jahre 1952 verhaftet und zu vier Jahren[967] Gefängnis verurteilt.[968]

Im Jahre 1953 hat man eine andere Person deutscher Abstammung schon zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt: Leo Baumann, geboren 1914, Name der Mutter: Erzsébet Bauman[969], aus Mérk kritisierte im Jahre 1951 das System der Ablieferung und geriet in Meinungsverschiedenheit mit dem Ratsvorsitzenden des Dorfes. Während des Gesprächs wurden sie auch handgreiflich. Baumann wurde der Agitation gegen die Demokratie und der Körperverletzung gegen den Ratsvorsitzenden verdächtigt und am 30. Juli 1953 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

In Bácsszentgyörgy wollte die Mehrheit der Bauern auch nicht die Kollektivierung, sie wurden eher in die Genossenschaft gedrängt. Am 28. August 1950 waren im Dorf die

[963] ÁBTL, V-270 Sabotage von Jenő Hámori (Hónig), 1950, Szekszárd: Hámori (im Dossier auch József Hónig, geb. 1903)
[964] ÁBTL, V-270 Sabotage von Jenő Hámori (Hónig), 1950, Szekszárd: Hámori (im Dossier auch József Hónig, geb. 1903), (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[965] ÁBTL, V-144982 György Sági/Sághy, 1946-1957, Szekszárd
[966] Ung. 'Magyar Agrár Demokrata Párt'
[967] Im gleichen Jahr 1952 und ebenfalls wegen Agitation gegen die Ablieferungspflicht wurde ein Ungar, Lajos Nagy, zu einem Jahr und zwei Monaten verurteilt. (ÁBTL, V- 148665, Lajos Nagy, 1952, Álmosd) Bei Sági spielte die politische Tätigkeit jedoch auch eine grosse Rolle.
[968] Sági konnte aus dem Gefängnis flüchten und dissidierte nach Österreich. Im Jahre 1955 kam er illegal nach Ungarn, musste jedoch noch im gleichen Jahr wieder dissidieren. Nach dem Ausbruch der ungarischen Revolution kam Sági am 28. Oktober 1956 nach Budapest und wollte am 25. November nach Szekszárd fahren, wurde jedoch bei Dombóvár von der ÁVH festgenommen. Er blieb gemäß Angaben seines Dossiers bis Ende 1957 im Gefängnis. ÁBTL, V-144982 György Sági/Sághy, 1946-1957, Szekszárd
[969] ÁBTL, O-14959/1367 Leó Baumann, 1953-1970, Mérk

Volkserzieher tätig und nach dieser Agitation traten (nur) drei neue Mitglieder in die Genossenschaft ein und am 7. September 1950 hat man der Meldung eine Liste über die bis jetzt als feindselig betrachteten Personen in Bácsszentgyörgy beigelegt, die im Dorf unter den Genossen verteilt werden musste. In der Meldung am 8. September 1950 liest man, dass *„in Bácsszentgyörgy die Zusammenlegung stattgefunden hat, die Besitznahme wurde heute um 11 Uhr beendet"*[970] und *„von Seite der Kulaken sieht man, dass diese es dahingestellt sein lassen."*[971]

Die Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Genossenschaft veränderte sich mit der Zeit, aus einer Meldung vom 22. März 1952[972] geht schon hervor, dass es *„in der Genossenschaft keine Kulaken mehr gibt"*[973] und dass diese *„'tszcs' ihre Pläne für das Vierteljahr auf den Geburtstag von Genosse Rákosi*[974] *erfüllte". „In der Genossenschaft*[975] *verursacht der Anbau von Baumwolle Probleme, weil die Mitglieder die Arbeit mit dieser Pflanze nur mäßig kennen."*[976]

Natürlich fanden die Agenten nicht nur in der Arbeit mit Baumwolle Probleme. In der Bevölkerung von Bácsszentgyörgy traf man nicht nur 'demokratisch denkenden' Genossen, sondern auch Kulaken, Titoisten, Personen mit deutscher Muttersprache, die als Feinde der 'Demokratie' immer wieder beobachtet werden müssen. Das beweist eine Meldung von „István Éles" am 13. Juni 1952:

> *Staatssicherheitsdienst, Unterabteilung in Baja*
> *Betreff: Meldung vom Informator „István Éles"*
> *Abnahme: „István Éles" Inf.*
> *Aufnahme: László Szliva Unteroffizier des Staatssicherheitsdienstes*
> *Zeit: 13. Juni 1952, 11 Uhr*

---

[970] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[971] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[972] Im Dossier auf Seite 168.
[973] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[974] Der Personenkult um den Kommunistenführer Mátyás Rákosi erreichte am 9. März 1952 seinen Höhepunkt, als ganz Ungarn den 60. Geburtstag des „besten Schülers von Stalin" feierte. Die ungarischen Schriftsteller gaben über Rákosi einen speziellen Band heraus ('Magyar Írók Rákosi Mátyásról'), der Vorsitzende der Wissenschaftlichen Akademie, István Rusznyák, schrieb auch über Rákosi und die ungarische Wissenschaft ('Rákosi Mátyás és a magyar tudomány'!), die ungarische Gesellschaft der Historiker organisierte eine Konferenz mit dem Titel 'Mátyás Rákosi und die ungarische Geschichtswissenschaft', im Museum der Arbeiterbewegungen eröffnete man eine Ausstellung über das 'kämpferische Leben von Mátyás Rákosi' und auch im Opernhaus veranstalteten die Politiker einen Abend für Rákosi, wo die Kinder 'Unser Vater Rákosi' gesungen haben. Dazu s.: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Budapest, 2001, Kapitel V. A rákosi diktatúra (S. 335.-376.)
[975] Hier steht das auf Ung. 'tszcs'
[976] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Meldung
Baja, den 17. Juni 1952

Die Aufgabe des Informanten war die Charakterisierung von István Aladis und András Kühner.
István Aladis ist ein mittelgroßer Bauer (...), brachte gerne die Statuen in die Kirche, er steht auch jetzt unter dem Einfluss der Geistlichen. (...) Als die Partisanen von Tito gekommen waren, spielte er den „großen Mann" (...). Der Genannte ist nicht Parteimitglied, will von der Demokratie nichts hören (..), seine Freunde sind mittelgroße Bauern aus Jugoslawien.
András Kühners Muttersprache ist Deutsch, es ist nicht ausgeschlossen, dass er auch Mitglied des Volksbundes war. Sein Benehmen zeigt dies eindeutig, weil er der größte Gerüchtemacher des Dorfes ist. Der Genannte ist kein Parteimitglied, verheiratet, politisch gesehen ein bekannter Gerüchtemacher. Er ist kein Freund der Demokratie, an seinem Sprechen kann man erkennen, dass er ein Agent des amerikanischen Imperialismus ist. (...) Hier hat er keine Verwandte, er korrespondiert aber mit seinen Verwandten aus Deutschland. Danach verbreitet er Gerüchte darüber, wasihm seine Verwandte geschrieben hätten. Angeblich schreiben ihm diese, dass sie bald kommen und dann wird es hier eine Ramasuri geben.

László Szliva
Áv. Unteroffizier[977]

Interessant ist in dieser Meldung der Satz des Informanten „István Éles": *an seinem Sprechen kann man erkennen, dass er ein Agent des amerikanischen Imperialismus ist*.[978] Denkt der Agent hier an den Inhalt seiner Reden, an seine wahrscheinlich oft 'sowjetfeindlichen' Aussagen[979] oder an den Akzent von András Kühner beim Sprechen, denn aufgrund dieser Meldung spricht Kühner deutsch und ungarisch, sein Sprechen auf Ungarisch hat jedoch einen deutschen Akzent? Wird er als Mitglied der deutschen Minderheit wegen seiner Herkunft oder wegen seiner Aussagen oder einfach wegen seines deutschen, für den Agent fremd klingenden Akzentes gleich als Feind der 'Demokratie' betrachtet und mit dem Verdacht, 'Agent des amerikanischen Imperialismus' beschuldigt?

[977] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[978] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[979] Obwohl Kühner nichts Konkretes gesagt haben soll, denn sonst könnte man darüber in den Meldungen lesen.

In einem anderen Dossier über den Flüchtling Flórian Haidler[980] liest man auf seinem Dienstzettel, dass er nach seiner Flucht[981] auch amerikanischer Spionage verdächtigt wurde. Bei Haidler hat dieser Verdacht jedoch mehr Sinn als bei Kühner, denn Haidler konnte wie Kühner deutsch und ungarisch, aber seine Verwandten[982] waren schon vertrieben, seine engsten Familienmitglieder lebten noch in Ungarn. Haidler hätte die Möglichkeit gehabt, im Ausland mit amerikanischen Personen Kontakte zu knüpfen[983] und ihnen über die ungarische Lage zu berichten. Wahrscheinlich war es Teil der Wachsamkeitskampagne der 'Neuen Ordnung' im Kalten Krieg, alle feindlichen Personen, die etwas gegen die 'Demokratie' vorgenommen hatten oder vor der 'Demokratie' geflüchtet waren, eventuell auch Fremdsprachen konnten, gleich zu verdächtigen, Agenten des amerikanischen Imperialismus zu sein.

Am 21. Juni 1952 meldete ein neuer Informant, Ferenc Vass[984], über die tonangebenden Personen in Bácsszentgyörgy. Er berichtete von drei Personen, denen die ungarischen, die deutschen oder die slawischen Bewohner des Dorfes vertrauen:

Staatssicherheitsdienst, Unterabteilung in Baja
Betreff: Meldung vom Informant Ferenc Vass
Aufgenommen von: László Szliva Unteroffizier des Staatssicherheitsdienstes
Datum: 18. Juni 1952

Meldung
Baja, den 21. Juni 1952

Die Aufgabe des Informanten war die Charakterisierung der tonangebenden Personen in Bácsszentgyörgy.
Ferenc Bárt ist der Vorstandsvorsitzende der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und genießt äußerst großes Ansehen.
Vince Uszléber, sein Sohn war ein deutscher SS-Soldat und starb in Deutschland. Er ist jetzt Mitglied im Vorstand der LPG und der Agrargenossenschaft, ihm vertrauen die Schwaben von Bácsszentgyörgy.

[980] ÁBTL, O-10037 „Flórián Haidler"
[981] Wahrscheinlich nach Salzburg, Haidler konnten die Ermittler nicht finden und nichts kann beweisen, wohin er geflüchtet ist.
[982] Sie waren schon in Salzburg.
[983] Obwohl es die Dokumente im Dossier ÁBTL, O-10037 „Flórián Haidler" überhaupt nicht beweisen.
[984] Im Dossier auf Seite 180.

Lázár Kubatov ist ein schlauer und berechnender Bunewatze, er ist auch Mitglied im Vorstand der Agrargesellschaft.

László Szliva
Unteroffizier der Stasi[985]

Den Agenten der Staatsssicherheit beschäftigen nicht nur die tonangebenden Personen, sondern auch die Personen, die aus jugoslawischem Gebiet gekommen oder geflüchtet sind. Viele davon waren Deutsche ausder Bátschka und dem Banat, wie es auch eine Meldung vom 5. Dezember 1952 beweist:

Staatssicherheitsdienst, Unterabteilung in Baja
Betreff: Personen in Bácsszentgyörgy mit jugoslawischer Staatsbürgerschaft

Meldung
Baja, den 5. Dezember 1952

József Amstadt (1919, Magdolna Ackermann) ist kein Parteimitglied, die jugoslawischen Behörden haben ihn 1946 über die Grenze geführt, er war in Jugoslawien ein Kulake. Zur Zeit arbeitet er als Brigadeleiter im volkseigenen Gut in Gara.
Teréz Levang (1926, Margit Vilang) ist ledig, kein Parteimitglied, hat die Grenze zwischen Ungarn und Jugoslawien 1946 illegal überschritten. Zur Zeit ist sie Mitglied der LPG.
Antal Szén (1904, Regina Villand) ist verheiratet, kein Parteiitglied, die jugoslawischen Behörden haben ihn 1946 über die Grenze geführt, zur Zeit arbeitet er als Schneider in der Kollektiven Produktionsgenossenschaft.

László Weichel *László Szliva*
Stasi Leutnant *Stasi Unterleutnant*
Unterabteilungsleiter[986]

Die Familiennamen und die Namen der Mütter zeigen, dass diese Personen wahrscheinlich Deutsche waren, die wegen der jugoslawischen Minderheitenpolitiknach Ungarn geflohen sind. Einige Monate später entstand wieder eine Meldung über die Personen in

[985] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[986] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Bácsszentgyörgy, die Beziehungen zu Jugoslawien hatten. Der Informant in der Meldung vom 19. März 1953 heißt „Bíbor", der Kontaktoffizier ist immernoch Szilvia László.
„Bíbor" meldet über die jugoslawischen Beziehungen im Dorf nochmals, auch am 26. März 1953, der Kontaktoffizier in dieser Meldung ist aber ein anderer Unterleutnant, József Pelsőczi. „Bíbor"[987], wie früher „István Éles" und „Ferenc Vass", schreibt, dass viele Personen in Bácsszentgyörgy Verwandte in Jugoslawien haben, aber „*wegen des Todes vom Genosse Stalin kann ich mehr darüber nicht melden, obwohl ich mit mehreren Personen gesprochen habe"*[988]
Nach den blutigen Schauprozessen im Spätherbst und Winter 1952[989], wo die stalinistische Diktatur wieder einen neuen, brutalen Höhepunkt erreichte, starb Stalin am 5. März 1953. In den folgenden Monaten, nach dem Volksaufstand in Ost-Berlin und in Pilsen im Sommer 1953 wusste man, dass die stalinistische Sowjetpolitik reformiert werden muss. Die neue sowjetische Führung war der Meinung, dass der Block der sozialistischen Länder mit dem Block der imperialistischen Länder nicht mehr feindselig, sondern friedlich leben könnte und hat am 15. Juni 1953 die diplomatischen Beziehungen auch mit Jugoslawien wiederhergestellt. Die Machtkämpfe zwischen den potentiellen Nachfolgern des Diktators dauerten jedoch bis 1957[990] und nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den anderen Ost-Block-Ländern.

In den Meldungen der ungarischen Staatssicherheitsdienste werden die Personen aus Jugoslawien und die Titoisten nicht mehr so negativ bewertet wie vor Stalins Tod. Da aber die ungarische Führung, vor allem Mátyás Rákosi, auf die ersten Veränderungen in der

[987] Die Informanten, die diese Meldungen jeden Tag oder jede Woche schreiben und ihren Kontaktoffizieren referieren, arbeiten unter Decknamen und sie verändern oft diese Decknamen, wir wissen also nicht immer, ob sich hinter den Decknamen „István Éles" oder „Bíbor" zwei Agenten 'verstecken' oder es sich um eine Person handelt, die sich nach einer bestimmten Zeit aus konspirativen Gründen einen neuen Decknamen ausgesucht hat.
[988] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[989] Dazu gehören der Slánsky-Prozeß in Prag, wo elf der vierzehn angeklagten Personen jüdischer Herkunft waren, und die Verschwörung der „Mörder im weissen Kittel" in Moskau, wo es um neun Ärzte. sechs davon waren Personen jüdischer Herkunft, ging, die angeblich im Auftrag amerikanisch-zionistischer Spionagedienste gearbeitet haben. Dazu s.: Georg Hermann, HODOS, Schauprozesse, stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Frankfurt, 1988. Rákosi ordnete auch die Festnahme prominenter jüdischer Kommunisten und Chefärzte an und wollte einen Zionisten-Prozess vorbereiten. Dabei hätte man den Moskowiten Zoltán Vas, der mit Rákosi zusammen im Gefängnis gewesen war, für die Rolle der Hauptangeklagten auswählen wollen. In: Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története, Korona Kiadó Budapest, 2000 (S. 286-316.)
[990] Unter den potentiellen Nachfolgern, Malenkov, Hrustschow, Bulganyin, Molotov und Berija konnte 1957 Kruschtschow seine Machtposition stabilisieren. Der Weg dorthin war jedoch voller Krisen: Die Aufstände in Ost-Berlin im Juni 1953 und im tschechoslowakischen Pilsen im August 1953 zeigten einerseits die Folgen dieser stalinistischen Diktatur und führten andererseits zu Veränderungen in der bisherigen Sowjetpolitik. In: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században, Osiris Kiadó Budapest, 2001. (S. 376.)

Sowjetpolitik nicht reagieren wollte[991], sieht man in den Meldungen der Staatssicherheitsdienste im Frühling 1953 noch keine Lockerung, keine Reformen bezüglich der Überwachung der Kulaken oder der Schwaben. Erst vier Monate nach dem Tod Stalins– und nur auf den Druck der sowjetischen Führung[992] hin erfolgte in Ungarn die offene Verurteilung der stalinistischen Diktatur und die Verkündung einer neuen, reformierten politischen Richtung.

Interessant ist auch deshalb die Meldung vom 12. Mai 1953, die zwei Agenten, „István Éles" und „Bíbor", geschickt haben. Sie berichten darin wieder über Personen im Dorf, die entweder Kulaken oder Schwaben oder aber religiös sind und sie zählen die engsten Freunde dieser „feindlichen Elemente" auf. „Éles" und „Bíbor" sind entweder gute Geheimagenten oder sie können mit der Bevölkerung leicht Kontakte knüpfen, denn in dieser Meldung schreiben sie sogar über die Absichten dieser Personen. Die Agenten wissen, wohin die überwachten Dorfbewohner fliehen möchten:

Betreff: Meldungen über Bewohner von Bácsszentgyörgy
Abgegeben von: „István Éles" und „Bíbor"
Aufgenommen von: László Szliva, Stasi Unterleutnant

Meldung
Baja, den 12. Mai 1953

János Dóra (27 Jahre alt, Erzsébet Mojzes) ist Kulake, er wurde vertrieben, ist religiös, er würde gerne zu seinen Eltern, nach Deutschland aussiedeln.
Mihály Zorn (1905), er war Kulake, er ist mit András Kühn, mit Ferenc Pencz, mit István Schmidt befreundet.
Ferenc Farkas arbeitete als Schuhmacher[993]

[991] Mátyás Rákosi wurde im Mai 1953 nach Moskau einberufen, wo er aufgefordert wurde, der neuen Sowjetpolitik zu folgen. Rákosi hat in Moskau „ja", in Ungarn auf die Reformen jedoch „nein" gesagt. Bis Juni 1953 spürte die ungarische Gesellschaft nicht die Veränderungen in der Sowjetpolitik. Dazu s.: Istvén FEITL, Márta GELLÉRINÉ LÁZÁR, Levente SÍPOS (Red.), Rákosi Mátyás: Visszaemlékezések, Napvilág Kiadó Budapest, 1997.

[992] Rákosi wurde zwischen dem 13. und dem 16. Juni wieder nach Moskau berufen, wo ihm wegen allem, was unter Stalin vorgeschrieben war – Stärkung der Schwerindustrie, größere Armee, Kollektivierung, Schauprozesse gegen vermeintliche Feinde, Internierungen, Personenkult – ein Vortrag gehalten wurde. In: Ebenda

[993] In der Anmerkung, am Ende der Meldung steht von „Bíbor": *Beschäftigung mit Farkas wegen Eingliederung ins Agentennetz,* ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

István Illich betrügt und trinkt. Seine Eltern sind 1946 nach Deutschland vertrieben worden.[994]

István Illich beschäftigte die Agenten. Illich war gemäß der Meldung oft Gast in den Kneipen und hat viel geredet. Über ihn meldete im April 1953 auch ein anderer Agent, der Informant „Somlói": *István Illi*[995] *– sein Vater ist János Illich, der zur Zeit in Deutschland lebt, weil er vertrieben wurde – ist von deutscher Muttersprache und von deutscher Nationalität. Sein Vater war Schuhmacher. István Illich war mit 17-18 Jahren auf Flucht, seiner Aussage nach war er auch in Tschech-Mähren. Jetzt arbeitet er auf vokseigenem Gut.*

László Szliva

Unterleutnant der Staatssicherheit[996]

Von der allgemeinen Stimmung der deutschen Minderheit im Dorf meldeten die Informanten auch im Weiteren. In den Meldungen am vierten und am achten Mai 1953 schrieben die Agenten über die Reaktionen der schwäbischen Bevölkerung die Wahlen[997] betreffend:

Die schwäbische Dorfbevölkerung hat ihr Missfallen ausgedrückt, als im Dorf am 1. Mai nur über die Südslawen, über die südslawische Bevölkerung gesprochen wurde. Josef Peller behauptete, sie werden hier so behandelt, als ob sie nicht nach Ungarn gehören würden, obwohl sie genauso treu zum Vaterland sind wie die Bunjewatzen, Partisanen und Titoisten. Warum müssen die Schwaben ihre Stimmen abgeben, wenn sie von den anderen nicht akzeptiert werden?[998]

Die Veränderungen in der Politik zeigten sich auch im Dorfleben von Bácsszentgyörgy: in den ersten Meldungen aus den Jahren 1948 bis1952 konnte man über die Titoisten, Partisanen und Bunjewatzen als Feinde der Demokratie lesen. Nach der Konsolidierung blieben in den Meldungen vor allem die Ungarndeutschen (die „Schwaben") „Fremdkörper" der sozialistischen Gesellschaft, die Menschen aus Jugoslawien behandelte die Politik schon als Freunde der Volksdemokratie. Außerdem werden in den Meldungen aus dem Jahre 1953 eher die Dorfbewohner deutscher Abstammung als negative Tonangeber, als *egoistische Personen*[999] abgestempelt. Den Wahrheitsgehalt dieser Meinungen kann man schwierig

[994] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[995] Der Agent „Somlói" schrieb statt Illich den Namen des Verdächtigen als Illi.
[996] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[997] Bei den Parlamentswahlen im Frühling 1953 spürte man noch keine Veränderungen in der Politik der kommunistischen Parteiführung. Die Einheitslisten feierten wie immer seit der Machtübernahme der kommunistischen Partei wieder einen aus heutiger Sicht unmöglich großen Sieg: 98 Prozent der Wähler gaben ihre Stimmen der Partei der Ungarischen Werktätigen! (Angaben von Paul LENDVAI, Die Ungarn, C. Bertelsmann München, 1999. S. 492.)
[998] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[999] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

überprüfen, auffallend ist jedoch die Tatsache, dass ab 1953 sowohl bei den politischen Ereignissen wie Wahlen als auch bei der Arbeit der LPG die „Schwaben" negativ beurteilt werden.

Die Zentralleitung der Partei der Ungarischen Werktätigen hat auf ihrer Sitzung am 27./28. Juni 1953 beschlossen, den sowjetischen Vorschlägen zu folgen: es wird möglich sein, die LPGs aufzulösen, die Steuerlasten der Privatwirtschaft werden gesenkt, das Lebensniveau der Menschen wird verbessert, die Internierungslager werden aufgelöst. Die führenden Kommunisten und Moskowiten, József Révai, Mihály Farkas, Ernő Gerő und Mátyás Rákosi übten Selbstkritik und verließen den Politischen Ausschuss. Den Kommunisten Imre Nagy ernannte man zum neuen Ministerpräsidenten, der die Öffentlichkeit über die Reformen erst am 4. Juni 1953 informierte.[1000] Die Bevölkerung Ungarns, vor allem die Bauern, freuten sich über die neue Politik. Sie dachten, bald würden die Probleme in der Landwirtschaft gelöst. Die Meldungen der Staatssicherheitsdienste zeigten jedoch eine andere Richtung: Nicht nur die wirtschaftlichen, finanziellen Probleme tauchen in den Meldungen auf, sondern auch Fragen und Kritik bezüglich der Führung der Genossenschaften. In einer Meldung am 8. Juli 1953 referierte der Agent „Somlói" über die Probleme in der LPG. Hier hat „Somlói" ein LPG-Mitglied, namens Mihály Zorn hervorgehoben und ihn als eine negative, egoistische Person beschrieben, die sogar ein Verbrechen begangen habe, das die Arbeiterbrigade als Augenzeuge beweisen könne: *Innerhalb der Gruppe gibt es ziemlich große Mängel, die sich darin zeigen, dass die Gruppe von egoistischen Personen geführt und geleitet wird. Es geht um Mihály Zorn, über den ich in meiner früheren Meldung geschrieben hatte. (...) Die Arbeiterbrigade hat Zorn beim Stehlen erwischt und er wurde deshalb aus dem Vorstand entfernt. (...) Es gibt ständige Streiterei innerhalb der Gruppe wegen solcher Menschen wie Zorn.(...)*

„Somlói"[1001]

Der Agent „Tömlői" meldete schon zweimal im April 1953 über Mihály Zorn. In seinen früheren Meldungen hat er betont, dass Zorn ein Deutscher ist, dass seine Muttersprache auch deutsch ist und dass er die Ungarn hasst. *Solange solche Menschen in der LPG sind, kann*

[1000] Imre Nagy verkündete das neue Regierungsprogramm im Parlament am 4. Juni 1953. Seine Rede wurde im ungarischen Rundfunk gesendet. Die ungarische Bevölkerung hörte erst nach dieser Radiosendung davon, dass die ungarische Politik nicht mehr dem stalinistischen Kurs folgt. Dazu s.: János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. 1. kötet 1896-1953, 1956-os Intézet Budapest, 1996, János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. 2. kötet 1953-1958, 1956-os Intézet Budapest, 1999.

[1001] ÁBTL, O-9555 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", 1950-1956 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

man den Sozialismus nicht bauen[1002], mit diesen Worten hat „Tömlői" seine Meldung über Zorn beendet. Der Agent „Bíbor" referierte im Sommer 1953 über diese LPG und er betonte auch, dass *die Politik innerhalb der LPG nicht zentralisiert ist.*[1003] Aufgrund der Meldungen aus dem Jahre 1953 kann man behaupten, dass, obwohl die Politik ab Sommer 1953 nicht mehr den strengen stalinistischen Kurs einschlug, die Ungarndeutschen bestimmte Positionen nicht besetzen konnten. Sie waren in der LPG nicht erwünscht, obwohl sie Erfahrungen in der landwirtschaftlichen Arbeit hatten, die auch nach der Kollektivierung, in der Genossenschaft viel Nutzen gebracht hätte. Diejenigen enteigneten Ungarndeutschen, die jedoch LPG-Mitglieder geworden sind, waren mit der Arbeit der LPG oft unzufrieden und sagten ihre Meinungen offen, was mehrere Meldungen aus den Jahren 1953 und 1954 beweisen. Im Januar 1954 konnte man eine Meldung von József Pelsőczy lesen:

Antal Pencz sagte, (...) was sie[1004] *versprechen, das werden sie nie halten, ihm haben sie schon vieles versprochen. Vince Uszliber, zuständig für die MDP-Wirtschaft, sagte, die Partei hätte eine Schuld von 800 Forint, denn keiner kümmert sich um etwas. Jetzt möchte man diese Schuld auf ihn schieben. (...) József Kassai (...) sagte, dass die Partei solche Personen wie den Parteisekretär des Dorfes brauche, namentlich Péter Papp, der für nichts geeignet ist und dem auch nichts gesagt wird. Der Wirt Illich bejahte das und behauptete, nicht nur hier passiere so etwas, sondern in mehreren Dörfern.*[1005]

Die Kritik am System und die Unzufriedenheit mit der Arbeit der LPG seitens der ungarndeutschen Bevölkerung mussten gemeldet werden und die detaillierten, mehrseitigen Meldungen der Agenten auch nach 1954 haben die unausgesprochene, jedoch oft spürbare These der Kommunisten, „die Ungarndeutschen sind für uns gefährlich und müssen daher überwacht werden", bestätigt.

Obwohl sich über die Reformen anfangs die ganze Bevölkerung freute, hatte man mit der Zeit, nach den Jahren der totalen Diktatur unter kommunistischer Herrschaft, den kommunistischen Politikern gegenüber kein ernstes Vertrauen mehr. Neben den immer noch als „Feinde der Volksdemokratie" beschriebenen Schwaben kritisierte auch die madjarische

[1002] ÁBTL, O-9557 Bácsszentgyörgy, Meldung am 27. April 1953 von „Tömlői", (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[1003] ÁBTL, O-9557 Bácsszentgyörgy, Meldung am 4. Juli 1953 von „Bíbor", (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[1004] „sie" bedeutet hier die kommunistische Partei
[1005] ÁBTL, O-9557 Bácsszentgyörgy, Meldung am 27. Januar 1954 von József Pelsőczy (Originaltext Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

und slawische Bevölkerung in Bácsszentgyörgy die Politik von Imre Nagy. Darüber berichtet eine Meldung vom 28. August 1953:[1006]

Betreff: Meldung von der allgemeinen Stimmung in Bácsszentgyörgy
Abgegeben von: „Bíbor"
Aufgenommen von: János Pelsőci
28. August 1953

Meldung
Baja, den 1. Oktober 1953

Die Arbeiter haben die Rede des Genossen Imre Nagy im Radio gehört. In den Kreisen der Arbeiter bildeten sich verschiedene Meinungen heraus. Einigen gefällt diese neue offene Politik, und dass die Partei von ihren früheren Fehlern und Mängeln spricht. Andere waren der Meinung, dass auch jetzt gelogen wird, denn die Partei verspreche vieles,halte jedoch nichts. (...) Unter den Arbeitern, vor allem in dieser Gruppe, findet man keine Personen, die die Genossenschaft im Herbst verlassen möchten.
Aufgabe: Meldung von der Stimmung unter den Arbeitern, Meldung von eventuellen feindlichen Ansichten

János Pelsőci[1007]

Imre Nagy stand zwischen dem 4. Juli 1953 und dem 28. März 1955 an der Spitze der Regierung.[1008] In diesen zwei Jahren wurden sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Gesellschaft als auch auf dem Gebiet der Kulturpolitik viele Veränderungen durchgeführt. Die bedeutendsten Korrekturen unternahm man in der Agrarpolitik: Es wurden die Kulakenlisten abgeschafft und die Steuerlasten der Privatwirtschaften gesenkt. Im Januar 1954 hat man ein neues, gerechteres Ablieferungssystem[1009] eingeführt. Man durfte aus den LPGs austreten und wenn zwei Drittel der Mitglieder einer LPG austreten wollten, konnte man die ganze Genossenschaft auflösen. In Folge der Austritte und Auflösung zahlreicher LPGs schrumpfte die Zahl der staatlichen Betriebe und landwirtschaftlichen

[1006] ÁBTL, O-9557 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", S. 242.
[1007] ÁBTL, O-9557 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", S. 242. (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[1008] Dazu s.: János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. Band 1. 1896-1953, 1956-os Intézet Budapest, 1996, János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. Band 2. 1953-1958, 1956-os Intézet Budapest, 1999.
[1009] Die Gebietsquoten sanken bei den Bauern um 10 bis 15 Prozent, bei den LPGs um 20 bis 25 Prozent. In: Iván PETŐ, Sándor SZAKÁCS, A hazai gazdaság négy évtizedének története 1945-1985, Közgazdasági és Jogi Kiadó Budapest, 1985

Genossenschaften in diesen zwei Jahren von 5.100 auf 4.381.[1010] Die Preise der Lebensmittel senkte man auch um 5 bis 40 Prozent und da die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten gleichzeitig um 15 Prozent erhöht wurden[1011], fühlte sich die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft in diesen zwei Jahren besser gestellt. Die Auflösung der Internierungslager und der Rückkehr der nach Hortobágy Vertriebenen aufgrund der Verordnungen im Juli 1953 verbesserte auch die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung, obwohl diese Vertriebenen ihre Häuser und Wohnungen nicht zurückbekommen konnten.

Die Polizeiwillkür, die unkontrollierte Macht der Staatssicherheitsdienste, wurde beendet. Den Leiter der Staatssicherheitsdienste, Péter Gábor, den noch Mátyás Rákosi festgenommen und in ein Sondergefängnis überstellt hatte[1012], verurteilte man am 13. März 1953 zu lebenslanger Haftstrafe und die Behörden der Staatssicherheitsdienste wurden wieder unter die Aufsicht des Innenministeriums gestellt.

Es war falsch, dass Genosse Rákosi direkte Anweisungen an die ÁVH erlassen hat, wie sie Nachforschungen anstellen, wen sie verhaften sollte, und es war falsch, dass er physische Misshandlungen von Verhafteten angeordnet hat, was das Gesetz verbietet.[1013]

Um den Kampf gegen Rákosi zu gewinnen, versuchte Imre Nagy, verschiedene Institutionen der ungarischen Gesellschaft, breite Kreise der ungarischen Bevölkerung unter anderen mit Hilfe der Neugründung der sogenannten *Unabhängigen Volksfront*[1014] für sich zu gewinnen. Diese Volksfront mit dem neuem Namen *Heimatliche Volksfront*[1015] wurde am 23. und24. Oktober 1954[1016] mit dem Ziel ins Leben gerufen, am Aufbau des Sozialismus nicht nur die Proletarier, sondern auch bürgerliche und intellektuelle Elemente der ungarischen Gesellschaft teilnehmen zu lassen. Die offizielle Zeitung dieser neuen, demokratischen Front wurde die *Ungarische Nation*.[1017]

Obwohl Imre Nagy mit seinen Reformen gute Absichten hatte und auch die Zivilgesellschaft in die Regierungsarbeit miteinbeziehen wollte, um den Polizeistaat unter Rákosi in ein

---

[1010] In: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században, Osiris Kiadó Budapest, 2001. (S. 380.)
[1011] Ebenda (S. 380.)
[1012] Der Bote Stalins, General Fjodor Bjelkin, der selbst britischer Spionage verdächtigt wurde, sagte während seines Verhörs, dass auch Péter Gábor, mit dem Bjelkin früher den ganzen Schauprozess von Rajk organisiert hatte, englischer Spion sei. Rákosi hat darauf Péter Gábor zu sich bestellt und gleich festnehmen lassen. Dazu s.: Georg Hermann, HODOS, Schauprozesse, stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Frankfurt, 1988, Paul LENDVAI, Die Ungarn. Ein Jahrtausend. Sieger in Niederlagen. C. Bertelsmann München, 1999.
[1013] Imre Nagy machte hier Rákosi und mit ihm auch Mihály Farkas, Ernő Gerő und József Révai für die Missstände in Ungarn verantwortlich. Diese Rede von Nagy wurde erst nach der Wende im Jahre 1989 veröffentlicht. Zitat aus: Paul LENDVAI, Die Ungarn. Ein Jahrtausend. Sieger in Niederlagen. C. Bertelsmann München, 1999.(S. 494.)
[1014] Ung. 'Függetlenségi Népfront'
[1015] Ung. 'Hazafias Népfront'
[1016] Aus: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században, Osiris Kiadó Budapest, 2001 (S. 382.)
[1017] Ung. 'Magyar Nemzet'

demokratischeres sozialistisches Land zu verwandeln, konnte er das Vertrauen des Volkes nicht gewinnen.[1018] Außerdem stand Moskau nur bis Anfang des Jahres 1955 hinter Imre Nagy: die Personen in der Sowjetführung, die Nagy favorisierten, wurden bis zum Frühjahr 1955 entfernt.[1019]

[1018] Wie in einer Meldung vom 1. Oktober 1953 über die allgemeine Stimmung im Grenzdorf Bácsszentgyörgy: *Die Arbeiter haben die Rede des Genossen Imre Nagy im Radio gehört. In den Kreisen der Arbeiter bildeten sich verschiedene Meinungen heraus. Einigen gefällt diese neue offene Politik, und dass die Partei von ihren früheren Fehlern und Mängeln spricht. Andere waren der Meinung, dass auch jetzt gelogen wird, denn die Partei verspriche vieles, halte jedoch nichts.* In: ÁBTL, O-9557 „Das Dorf Bácsszentgyörgy", S. 242. (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)

[1019] Berija wurde schon im Juni 1953, Malenkow im Frühling 1955 entfernt. Dazu s.: János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. Band 1. 1896-1953, 1956-os Intézet Budapest, 1996, János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. Band 2. 1953-1958, 1956-os Intézet Budapest, 1999.

Zusammenfassung

Mein Forschungsthema in der Doktorschule der Andrássy Gyula Universität ist die deutsche Minderheit in Ost- und Mitteleuropa im 20. Jahrhundert, in gesellschaftshistorischer, politischer und wirtschaftshistorischer Hinsicht mit Fokus auf ihr Schicksal in Ungarn in den ersten elf Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Hilfe des Doktorvaters Dr. habil Georg Kastner wird in der Dissertation die Sowjetisierung Ungarns und die Überwachung der deutschen Minderheit durch die ungarischen Staatssicherheitsdienste zwischen 1945 und 1956 untersucht.

In meiner Dissertation habe ich versucht, die Zusammenhänge zwischen dem allgemeinen Schema der Sowjetisierungspolitik und den Entscheidungen der ungarischen politischen Kräfte hinsichtlich der deutschen Minderheit darzustellen. Die Vertreibung der Ungarndeutschen wurde in meiner Arbeit – im zweiten und dritten Kapitel - als ein Teil der Vertreibungen zwischen 1945 und 1950[1020] betrachtet und zu den Schritten der Sowjetisierungspolitik[1021] Ungarns gezählt.

Nach der Gründung der ungarischen Staatssicherheitsdienste im Herbst 1946, die ab 1950 als *Staatsschutzbehörde*[1022] selbständig wurden, gehörte zu den Aufgaben dieser Sicherheitsorgane die Aufdeckung der *reaktionären Kräfte*[1023] in der neuen demokratischen Ordnung. Aufgrund der untersuchten Dossiers, Meldungen und Akten im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste – im vierten Kapitel der Arbeit - kann behauptet werden, dass die deutsche Minderheit zu den Feinden der neuen Ordnung gezählt wurde und des öfteren diskriminiert wurde.

Wesentliche Forschungsfrage des Dissertationsprojektes war das Schicksal der deutschen Minderheit nach 1945: Die Ungarndeutschen waren ein besonderes Opfer von Internierung,

---

[1020] Diesbezüglich s. ausführlicher: Mathias BEER (Hg.), Auf dem Weg zum ethnischen reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 2004, Detlef BRANDES, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München 2001

[1021] Schritte der Sowjetisierung waren unter anderem die Liquidierung der anderen Parteien, die Verstaatlichung der Wirtschaft, die Verhaftung der vermeintlichen Gegner, die Forcierung der Schwerindustrie zu Lasten der Konsumenten und die Vertreibung der Deutschen. Diesbezüglich s.: Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Budapest 2001, György GYARMATI, Kényszerpályás rendszerváltások Magyarországon 1945-1949, Mindentudás Egyeteme, VII. szemeszter, 6. előadás, 17.10.2005

[1022] Ungarisch als „ÁVH" abgekürzt, „Államvédelmi Hatóság"

[1023] So nannte man die Feinde der neuen Demokratie. In der Verordnung Nummer 4353/1949. MT. liest man: „Die Staatssicherheit deckt die Feinde der Arbeiter auf, verteidigt und sichert die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung." (Originale Ungarisch, Übersetzung der Autorin)

Vertreibung und Enteignung während der Sowjetisierung des Landes, denn es gibt laut Statistiken in meiner Forschungsarbeit eindeutige inhaltliche und zahlenmäßige Unterschiede zwischen den ungarischen und den ungarndeutschen Akten der Staatssicherheitsdienste, vor allem in den Dossiers bezüglich der Internierungslager zwischen 1950 und 1953 beziehungsweise bei der Beurteilung verschiedener Verbrechen, wobei die Mitglieder der deutschen Minderheit eindeutig strenger beurteilt worden sind.

Die Diskriminierung der deutschen Minderheit in Ungarn begann mit ihrer Verschleppung: Noch während der Kampfhandlungen[1024] in Ungarn wurden nach den Befehlen[1025] (0036 für Oberungarn und 0060 für Transdanubien, die Tiefebene und Budapest) des sowjetischen Militärs insgesamt 65.000[1026] ungarische Staatsbürger, die deutsche Namen hatten, deutscher Muttersprache oder deutscher Abstammung waren, zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Dann brachte das Jahr 1945 weitere grundlegende Veränderungen: Es wurde die Koexistenz aller ethnisch unterschiedlichen Minderheitengruppen, darunter auch der deutschen Minderheit, im ungarischen Staat, ihre Siedlungskontinuität und ihr Zugehörigkeitsbewusstsein zur ungarischen Heimat zerstört.

Die Rolle der Siegermächte und der ungarischen Regierung – im ersten und zweiten Kapitel der Arbeit - darf hier nicht vergessen werden: Nach dem Potsdamer Abkommen[1027] kam es zur Vertreibung der Deutschen aus den osteuropäischen Ländern. In Ungarn war die „deutsche Frage“ bis Dezember 1945 offen. Die Mehrheit der politischen Parteien unterstützte die massenhaften Vertreibungen, auch aus innenpolitischen Gründen (z. B. Wegen der Frage der Landverteilung). Die Regierung unter Zoltán Tildy fällte kurz nach Konstituierung der ersten demokratisch legitimierten ungarischen Regierung, am 22. Dezember 1945, den

[1024] Die sowjetischen Einheiten erreichten am 25. August 1944 die östlichen Grenzen Ungarns. Die Hauptstadt Budapest wurde im Herbst 1944 zur Frontstadt: Deutsche Panzereinheiten, darunter auch die SS-Einheit 22 „Maria-Theresia“, die aus den zwangsrekrutierten ungarndeutschen Soldaten zusammengestellt wurde, lagerten im September in Buda, während die sowjetischen Einheiten Anfang November schon 15 mm von Budapest entfernt waren. Am 24. Dezember waren sowjetische Militäreinheiten schon in den westlichen Bezirken von Buda. Vgl.: Krisztián Ungváry, Budapest Ostroma (Die Front in Budapest), Corvina 2005

[1025] Befehl Nr 0036 für Oberungarn und 0060 für Transdanubien, die Tiefebene und Budapest vom 22. Dezember 1944 betreffend die Mobilisierung arbeitsfähiger Personen deutscher Abstammung zwecks Wiederaufbauarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet, vgl.: Elek Karsai, Magda Somlyai, Sorsforduló. Iratok Magyarország felszabadulása történetéhez 1944 szeptember-1945 április (Die das Schicksal beeinflusst haben: Dokumente zur Geschichte der Befreiung von Ungarn zwischen September 1944 und April 1945), Budapest, 1970

[1026] György Zielbauer, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955, (Das schwere Jahrzehnt der Ungarndeutschen 1945-1955), Szombathely-Vép, 1990

[1027] Potsdamer Abkommen, Artikel XIII. „Überführung der deutschen Bevölkerung Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei”, Juli 1945.

Entschluss, der die Frage der Vertreibungen regelte. Die Vertreibung fand auf der Grundlage der Volkszählung von 1941 statt. Am 29. Dezember 1945 wurde das Gesetz[1028], das die Vertreibung der Ungarndeutschen nach Deutschland bestimmte, verabschiedet. Zusammen mit den bereits früher Geflüchteten betrug die Zahl der Vertriebenen und Verschleppten 220.000 bis 250.000, etwa die Hälfte der ungarndeutschen Bevölkerung. Während des Kriegs waren circa 60.000-65.000 Deutsche ums Leben gekommen oder in sowjetische Arbeitslager verschleppt worden. Insgesamt blieben etwa 200.000 Deutsche in Ungarn.[1029]
Die ungarischen politischen Kräfte akzeptierten also die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn und versuchten aufgrund der Kollektivschuld-These nach Möglichkeit das gesamte Deutschtum aus Ungarn zu entfernen.

Nach der Vertreibung verblieben im Jahre 1948 in Ungarn rund 230.000 Ungarndeutsche, von denen 110.000 Personen bereits Monate zuvor enteignet worden waren und entrechtet lebten. Sie durften ohne offizielle Genehmigung keine Arbeit annehmen.[1030]
Die Schwabenfrage konnten die politischen Kräfte jedoch mit der Vertreibung nicht lösen. Außerdem berührte die Verordnung 12.330/1945. M.E. die Staatsbürgerschaft jener Deutschen nicht, die aus Ungarn vertrieben werden sollten. Nach ihrer Ausweisung verloren die Vertriebenen ihre ungarische Staatsbürgerschaft nicht. Innenminister László Rajk wies auf dieses Problem hin. Auf der Sitzung des Ministerrates am 12. Juli 1946 betonte er *die unvorhersehbaren Folgen dieses Versäumnisses*.[1031] Der Ministerrat bekräftigte daraufhin Rajks Entwurf einige Tage später in seiner Verordnung 7970/1946. M.E.[1032], demnach

[1028] Gesetz Nr. 12.330/1945.ME.
[1029] Nach Angaben derFachliteratur: *60.000 Ungarndeutsche sind verschleppt oder evakuiert (1944/45) und 180.000 Ungarndeutsche vertrieben,, was eine Halbierung der deutschen Minderheit bewirkte*, (in: L. Tilkovszky, Die Nationalitätenpolitik Ungarns und das heimische Deutschtum zwischen 1919-1945, in: 300 Jahre Zusammenleben, Budapest 1988, Bd. I.), *60.000 Ungarndeutsche wurden deportiert* (in: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Hrsg. Th. Schieder, Düsseldorf 1956, Bd. 2.) *und der Quellenstudie von Sándor Balogh zufolge wurden 180.000 Ungarndeutsche ausgesiedelt* (in: G. Seewann, Ungarndeutsche und Ethnipolitik, Budapest, 2000), 220.000 Ungarndeutsche mussten ihre ungarische Heimat verlassen (in: I. Senz, Die Donauschwaben, München, 1994), *aus ihrer Heimat wurden mehr als 200.000 Ungarndeutsche vertrieben* (in: Gy. Zielbauer, A magyarországi németek elhurcolása és elűzése (Die Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen), Budapest 1996)
[1030] Vgl.: Ágnes Tóth Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. (Die Erinnerungen der nach Deutschland vertriebenen und heimgekehrten Ungarndeutschen), Gondolat Budapest, 2008 (S. 16.)
[1031] Vgl.: László Szűcs (Red.), Nagy Ferenc első kormányának minisztertanácsi jegyzőkönyvei. 1946. február 5.-1946. november 15. (Protokoll-Dokumente des Ministerialrates während der ersten Regierung unter Ferenc Nagy. 5. Februar 1946 – 15. November 1946), Budapest, 2003 (Originaltext ungarisch, Übersetzung der Autorin)
[1032] In der Verordnung wurde ebenfalls betont, dass das Vermögen der Vertriebenen in den Besitz des ungarischen Staates übergeht. in: Ebd. (S. 950.)

deutschstämmige ungarische Staatsbürger am Tag ihrer Vertreibung ihre Staatsbürgerschaft verloren.

In den Akten des Innenministeriums finden sich mehr als 10.000 Ungarndeutsche, die sich 1948 illegal in Ungarn aufhielten[1033]. Entweder entzogen sich jene Personen der Vertreibung, tauchten unter oder sind aus dem Abschiebungsland zurückgekommen. Da sie keine ungarische Staatsbürgerschaft besaßen, waren sie in den späteren Meldungen entweder als ausländische oder als westdeutsche Staatsbürger[1034] definiert. In vielen Meldungen fand man jedoch kein Hinweis auf die Staatsbürgerschaft der Verhafteten. Den Behörden war in vielen Fällen bekannt, dass diese Flüchtlinge vertriebene Ungarndeutsche waren, und bezeichneten sie abschätzig als imperialistische Spione, Landesverräter, Faschisten[1035] oder Kulaken-Schwaben[1036].

Erst ab Herbst 1949 konnten sich die Ungarndeutschen ihren Wohnsitz und Aufenthaltsort selbst auswählen sowie Arbeit aufnehmen.[1037] Kurz darauf kam es ebenfalls zur Lösung der Frage bezüglich der Staatsbürgerschaft. Die Verordnung 84/1950. M. T. aus dem Frühling 1950 gewährte den in Ungarn gebliebenen und den zurückgekommenen Deutschen die volle Rechtsgleichheit.[1038]

[1033] Vgl.: Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. (Die Erinnerungen der nach Deutschland vertriebenen und heimgekehrten Ungarndeutschen), Gondolat Budapest, 2008 (S. 16.)

[1034] In den Meldungen der ungarischen Staatssicherheitsdienste aus dem Zeitraum 1950-1953 wurden Internierte mit deutscher Abstammung, deren Familien zwischen 1946 und 1948 in die westdeutsche Zone vertrieben wurden, häufig als *westdeutsche Staatsbürger* definiert.

[1035] Viele ungarndeutsche Flüchtlinge waren zu faschistischen Verbrechern degradiert, was der Text eines Steckbrief-Dossiers aus dem Jahre 1946 veranschaulicht, vgl.: ÁBTL A-2126/169 Kitelepített svábok visszatérésével kapcsolatos szemelvény 1946-ból. (Auszüge aus Akten aus dem Jahre 1946 über vertriebene Schwaben, die heimkehren möchten)

[1036] Zum Beispiel wird im Dossier ÁBTL V-67810 Richter György (1950-1953) der Internierten György Richter als „Schwabe-Kulake!" bezeichnet.

[1037] Im Jahre 1948 wurden die Vertreibungen der Ungarndeutschen beendet, das Jahr 1949 brachte die erste sozialistische Verfassung, die auch die prinzipielle Gleichberechtigung der ungarischen Nationalitäten enthielt, und Ungarn brauchte Arbeitskraft, auch die der ungarndeutschen Facharbeiter. Vgl..: Gerhard SEEWANN, Ungarndeutsche und Ethnopolitik, Budapest 2000.

[1038] „Die Personen, die vertrieben worden sind, sich zur Zeit dieser Verordnung jedoch in Ungarn aufhalten (...), sind ungarische Staatsbürger (...)" in: 84/1950. M.T. sz. Rendelet a magyarországi német lakosság áttelepítésével kapcsolatban kibocsátott korlátozó rendelkezések alkalmazásának megszűntetése tárgyában. (Originaltext Ungarisch, Übersetzung Verf.) Vgl.: Károly Kisteleki, A magyar állampolgárság fejlődéstörténete a kezdetektől a rendszerváltozásig, www.kettosallampolgarsag.mtaki.hu, 15/06/11

Während der Forschungsarbeiten im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste stand das Verhältnis der Staatsmacht zur deutschen Minderheit im Mittelpunkt. Die bedeutendsten Fragen der Untersuchung lauten:

1. Wie behandelten die kommunistische Macht und seine „Faust", der Staatssicherheitsdienst, die Ungarndeutschen?
2. Welche Aufgabe nahmen die Staatssicherheitsdienste zwischen 1945 und 1956 in Bezug auf die deutsche Minderheit wahr?
3. Gab es eindeutige Unterschiede in der Behandlung der ungarndeutschen und der Verhafteten mit anderer Minderheitenzugehörigkeit?
4. Findet man inhaltliche und zahlenmäßige Unterschiede zwischen den ungarischen und den ungarndeutschen Akten der Staatssicherheitsdienste?
5. Wurden die Ungarndeutschen während der Arbeit der verschiedenen staatlichen Behörden als eine eigenständige soziale Gruppe definiert?
6. Wie kann man das Verhältnis der Gesamtbevölkerung zu der deutschen Minderheit von 1945 bis zur Revolution 1956 beschreiben?
7. Waren die Ungarndeutschen ein besonderes Opfer von Internierung, Vertreibung und Enteignung während der Sowjetisierung des Landes?

Nachdem das Mehrparteiensystem abgeschafft[1039] und im Jahre 1950 die Räte und Apparate[1040] ins Leben gerufen worden sind, radikalisierte sich die Politik der Kommunistischen Partei, der MDP. Die kommunistische Macht und die von der Partei gelenkte Presse unternahmen Angriffe gegen die Feinde der Volksdemokratie, insbesondere gegen die Kulaken[1041]. Zeitungsartikel berichteten über die Kulaken als Schädlinge, Saboteure und Sklavenhalter. Dieser Hass gegen die „Feinde der Demokratie" erreichte die zwischen 1945 und 1948 enteigneten und bis 1950 entrechteten[1042] Ungarndeutschen in vollem Maße.

[1039] 1949 kam die vereinigte Partei der Sozialdemokraten und der Kommunistischen Partei, die sich von da an als die Partei der Ungarischen Werktätigen (Ung. 'MDP') bezeichnete,an die Macht.
[1040] Die Räte und Apparate waren die neuen Staatsorgane, die unmittelbar von der kommunistischen Parteiführung gelenkt wurden. Die Partei begann ab 1949/1950 mit dem Aufbau einer totalen Diktatur.
[1041] „Wer Kulak ist, entscheidet nicht, wieviel sein Grundbesitz wert ist, sondern was er vor der Befreiung und unmittelbar danach hatte, denn demzufolge steht er uns als Klassenfeind gegenüber. Auch wenn wir ihn enteigneten oder ihm acht Joch belassen, auch dann ist er Kulak", so definierte ein MDP-Sekretär, wer ein Kulak ist. Komitatsarchiv Baranya, MSZP 50-51, Fond 36./Gruppe 1. Referat des Komitatssekretärs Sándor Szikra auf der Konferenz der Sekretäre der landwirtschaftlichen Genossenschaften Fünfkirchen, 17. Februar 1950
Vgl.: Miklós Füzes, Schwäbische Kulaken in: Suevica Pannonica, Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993
[1042] Nach den Angaben des Sekretariats der MDP hielten sich am 16. Februar 1949 insgesamt 201.533 Schwaben im Land auf, was einestarke Abweichung vom Ergebnis der Volkszählung 1949 ist. Von ihnen waren 73.405

Durch diese negative Stimmung, durch die „Angriffe“ der kommunistischen Presse war das Verhältnis der Gesamtbevölkerung zur deutschen Minderheit nicht problemlos. Die Einschränkung[1043] und Liquidierung der Kulaken und der Schwaben-Kulaken[1044] erfolgte jedoch nicht nach nationalen, sondern nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten. Aufgrund der Verarbeitung zahlreicher Akten, Dossiers im Archiv kann man nicht behaupten, dass zum Beispiel bei der Überprüfung und Freilassung der verhafteten, internierten Personen durch Überprüfungsausschüsse der Staatssicherheitsdienste im Jahre 1952 Unterschiede zwischen ungarischen und ungarndeutschen Verhafteten gemacht wurden. Nicht die Nationalität, sondern die Klassenzugehörigkeit und die politische Vergangenheit der Personen spielte die entscheidende Rolle.

Bei der Beurteilung der Person – ob sie „aktenkundig” wird - spielte die Vergangenheit und die Herkunft jedoch eine wichtige Rolle. Die Ungarndeutschen, deren Mehrheit 1944 zur Waffen-SS zwangsrekrutiert und später als Kriegsgefangene in sowjetische Arbeitslager verschleppt wurde, hat man zum Beispiel im Januar 1951 ohne Urteil zur Zwangsarbeit – Internierung – ins Internierungslager nach Tiszalök geliefert. In den Dossiers des Historischen Archivs der Staatssicherheitsdienste über das Internierungslager Tiszalök findet man deshalb viele Angaben bezüglich der Ungarndeutschen zwischen 1945 und 1953. Man findet eindeutige Unterschiede in der Behandlung der ungarndeutschen und der Verhafteten mit anderer Minderheitenzugehörigkeit.

Bei der Volkszählung von 1941 gaben auf dem Gebiet des „Trianon-Ungarns” 475.491 Personen Deutsch als ihre Muttersprache an. 1949 sank diese Zahl auf 22.455, wobei mit hoher Wahrscheinlichkeit die Angst vor Verfolgung eine große Rolle spielte. Diese Ängste zeigten sich auch im Prozess der Namensmagyarisierungen. Zwischen 1940 und 1944 waren die Deutschen die stärkste und größte Minderheit in Ungarn. Deutsche, die in den 1920er und 1930er Jahren ihre Familiennamen aufgrund des verstärkten ungarischen Nationalismus’

---

enteignet und zur Aussiedlung verpflichtet, 6.183 Personen waren teilenteignet (die Teilenteigneten konnten höchstens 10 Kat. Joch behalten) und im Land umgesiedelt, 7.066 Ungarndeutsche konnten teilenteignet an ihrem Wohnort verbleiben, 1.300 Personen waren enteignet, jedoch nicht zur Aussiedlung verpflichtet und 38.539 Ungarndeutsche wurden enteignet und im Land umgesiedelt. Ungarisches Staatsarchiv (MOL), MSZP 276. Fond Einheit 54/30 Protokoll des Sekretariats vom 16. Februar 1949 vgl.: Miklós Füzes, Schwäbische Kulaken in: Suevica Pannonica, Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993

[1043] Die Schwaben-Kulaken wurden de facto bis 1955 ihrer bürgerlichen Rechte beraubt.

[1044] In vielen Dossiers im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste schreiben die Agenten im Verhörprotokoll der ungarndeutschen Verhafteten, unabhängig vom Verhaftungsgrund, als Anmerkung ’Schwaben-Kulake’. vgl.: ÁBTL V-67810 Richter György (1950-1953)

magyarisierten, konnten ihre deutschen Namen wieder annehmen.[1045] Nach 1944 veränderte sich die Situation der deutschen Minderheit: Verschleppungen[1046] in die Sowjetunion, Kriegsgefangenschaft, Enteignung, Entrechtung und Vertreibung der Ungarndeutschen erschwerten das Bekenntnis zur Zugehörigkeit zum Deutschtum, aber auch die Verwendung eines deutschen Namens. Viele Ungarndeutsche, die im Land geblieben waren, versuchten ihre deutschen Namen zu magyarisieren.[1047] Die Verordnung 12.330/1945. M.E. über die Vertreibung der Ungarndeutschen schuf eine neue Situation: Mit dem Dokument war die Kollektivschuld der Deutschen in Ungarn dekretiert. Demnach selektierte die Regierung zwischen den Ungarndeutschen nicht mehr. Alle Personen, die sich bei der Volkszählung von 1941 zum Deutschtum bekannt hatten, deutscher Muttersprache waren oder wieder deutsche Namen trugen, wurden vertrieben. Hier wurden die Ungarndeutschen - während der Arbeit der staatlichen Behörden, Vertreibungskommissionen - als eine eigenständige soziale Gruppe definiert.

Ungarns Bevölkerungszahl betrug nach 1945 9,3 Millionen. Durch die 200.000 Ungarndeutschen bildeten die Deutschen in Ungarn immer noch die größte Minderheit. Die nach 1945 durchgeführten Volkszählungen[1048] zeigen, wie sich die ethnische Zusammensetzung Ungarns veränderte: Nach der Volkszählung aus dem Jahre 1949[1049] lebten in Ungarn 9.204.799 Staatsbürger, davon 9.076.041 Ungarn (98,6 Prozent) sowie 22.455 Deutsche (0,2 Prozent). Nach der Volkszählung 1960 waren es 98,2 Prozent Ungarn und 0,5 Prozent Deutsche.[1050] Der geringere Anteil der deutschen Minderheit im Jahre 1949 ist am ehesten mit der generellen Angst zu erklären. Das Bekenntnis zu der deutschen Minderheit

[1045] Verordnung 8.490/1940. M.E. der ungarischen königlichen Regierung über die Veröffentlichung des Protokolls der Ungarisch-Deutschen Vereinbarung in Wien vom 30. August 1940, Genehmigung zur Wiederaufnahme der deutschen Familiennamen im Absatz I./Punkt 7. „A visszanémetesítés engedélyezése", Budapesti Közlöny, 28. November 1940

[1046] Ein Teil der Ungarndeutschen, nach den Forschungen von György Zielbauer ungefähr 60.000-65.000 Personen, wurde 1944/45 in die Sowjetunion verschleppt. Vgl.: Gy. Zielbauer, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955, Szombathely-Vép, 1990

[1047] Im Jahre 1945 hatten 57 Prozent, im Jahre 1946 44 Prozent jener Personen, die ihre Namen magyarisieren wollten, irgendwelche Beziehungen zum Deutschtum in Ungarn. Vgl.: István Kozma, Viktor Karády, Név és Nemzet. Családnév-változtatás, névpolitika és nemzetiségi erőviszonyok Magyarországon a feudalizmustól a kommunizmusig. (Veränderungen in den Familiennamen, Namenspolitik und Kraftverhältnisse unter den Nationalitäten in Ungarn vom Feudalismus bis zum Kommunismus), Osiris, Budapest 2002, István Kozma, Névmagyarosítási mozgalom és kisebbségpolitika a koalíciós korszakban (1945-1948), (Namenmagyarisierung und Minderheitenpolitik in der Zeit der Koalition, 1945-1948), www.mtaki.hu 26/01/11

[1048] Die Volkszählungen zwischen 1945 und 1989 zeigen nur die offizielle Nationalitätenpolitik der kommunistischen Diktatur. Die Veränderungen spiegeln eher die Veränderungen dieser Politik, nicht aber die wahren Veränderungen der deutschen Minderheit wider.

[1049] Quelle: Magyar Statisztikai Évkönyv (1998), KSH, Budapest,

[1050] In: Minderheitenschutz im östlichen Europa. Ungarn. Prof. Dr. Dr. h.c. G. Brunner, PD Dr. Herbert Kuepper, www.unikoeln.de, 11/03/11

konnte eindeutig mit Nachteilen einhergehen. Die Frage – ob die Ungarndeutschen ein besonderes Opfer von Internierung, Vertreibung und Enteignung während der Sowjetisierung des Landes waren – kann nach der Forschungsarbeit in Archiven – mit Angaben über die Zahl der aktenkundigen oder internierten Ungarndeutschen – im Kapitel IV. der Arbeit – beantwortet werden.

Wie die kommunistische Macht und der Staatssicherheitsdienst die deutsche Minderheit in Ungarn nach 1945 behandelte, zeigen die Verordnungen der neuen Ordnung: Im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste findet man mehrere A-Dossiers[1051], welche die Internierung der Ungarndeutschen sowie die entsprechenden Internierungslager beschreiben. Die Internierung der Ungarndeutschen zeichnen die Verordnungen ab Januar 1945 auf: Bereits am 5. Januar 1945 regelte eine Ministerialverordnung[1052] die Erfassung der sich in Ungarn aufhaltenden Personen deutscher Abstammung. Ziel dieser Verordnung war es, die Ungarndeutschen *für Arbeitsdienste heranzuziehen.*[1053] Aufgrund dieser Verordnung wurde die Verschleppung von 65.000 Ungarndeutschen[1054] um die Jahreswende 1944/1945, auf der Basis des mit 22. Dezember 1944 datierten Befehls 0060 der sowjetischen Besatzungstruppen, in sowjetische Lager legalisiert. Im Befehl stand: zur Mobilisierung sämtlicher deutscher arbeitsfähiger Menschen.
Zwei Wochen später wurde in dem von Ungarn und den Siegermächten unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen vom 20. Januar 1945 die Internierung der Deutschen verkündet: Die Provisorische Nationalregierung verpflichtete sich, die deutschen Staatsangehörigen zu internieren. Viele Ungarndeutsche erhielten nach ihrer Zwangsrekrutierung in die Waffen-SS die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ermöglichte, dass sie nach ihrer Freilassung gleich als deutsche Staatsbürger in ihrem Heimatland interniert werden konnten.

[1051] Die A-Dossiers ordnet man im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste in die Sektion der Sammlungen (Fond 4.1.) ein, da diese Dokumente aus verschiedenen Epochen, vor allem aus der Zwischenkriegszeit und der Nachkriegszeit zwischen 1945 und 1960, stammen und aus Kopien von originalen Dokumenten, Ausgaben wie Zeitungen und Büchern, Manuskripten, Fotos, Listen, Beschreibungen, Erlebnisberichten etc. bestehen. Zum Beispiel ÁBTL, A-1125, A-1125/1, A-1125/2, A-1125/3, Liste der ehemaligen Waffen-SS-Soldaten in Ungarn, 1943.
[1052] Vgl.: Elek Karsai Magda Somlyai (Red.), (1970) Sorsforduló. Iratok Magyarország felszabadulásának történetéhez. 1944. szeptember- 1945. április., Bd. 1., Budapest 1970, „Dr. Erdei Ferenc belügyminiszter rendelete a Magyarország területén tartózkodó német származásúak összeírásáról, munkaszolgálatra való igénybevételük céljából." Debrecen, am 5. Januar 1945 (Dokumente, die das Schicksal beeinflusst haben: Dokumente zur Geschichte der Befreiung von Ungarn, September 1944 – April 1945, Band 1, Die Verordnung des Innenministers Dr. Ferenc Erdei über die Zusammenschreibung der sich auf ungarischem Staatsgebiet aufhaltenden Personen deutscher Abstammung zwecks Arbeitsdienst im rückwertigen Frontgebiet, Debrecen, am 5. Januar 1945)
[1053] Ebd.
[1054] Aus den Forschungen von György Zielbauer

Am 25. Januar 1945 wurde eine Regierungsverordnung über das Volksgerichtswesen[1055] erlassen, die auch den Begriff Kriegsverbrecher definierte: Als Kriegsverbrecher galt, *wer trotz seiner ungarischen Staatsangehörigkeit dem deutschen Heer oder dem Sicherheitsdienst beigetreten war.*[1056] Da viele Ungarndeutsche trotz ihrer ungarischen Staatsangehörigkeit und ihrer Bindungen zum Heimatland dem deutschen Heer oder dem Sicherheitsdienst beitreten mussten, wurden sie von nun an als Kriegsverbrecher definiert. In den Dossiers im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste werden auch alle Kriegsgefangenen deutscher Abstammung in ihrem Verhörprotokoll in die Kategorie der Kriegsverbrecher eingestuft.
Ende Februar 1945 wurde bereits eine Verordnung[1057] verabschiedet, die vorsah, jeden deutschen Staatsbürger auf ungarischem Staatsgebiet zu internieren. Eine Ausnahme bildeten lediglich Personen jüdischer Abstammung.

Das Verhältnis der Gesamtbevölkerung zum Ungarndeutschtum beeinflussten nicht nur die Zeitungsberichte der kommunistischen Partei, sondern auch die Durchführung der Bodenreform im Frühling 1945. Aufgrund der Bodenreform vom 17. März 1945 waren zahlreiche Ungarndeutsche gezwungen, ihre Besitztümer und Häuser zu verlassen. Sie wurden ebenfalls interniert. Dies war auch ein Teil der Verfahrensweise im Zuge der Bodenreform, welche den Neuansiedlern den Erwerb des ehemals schwäbischen Vermögens schnell und leicht ermöglichte.[1058] Es gab jedoch keine eindeutig formulierte Verordnung darüber, ob diese internierten Ungarndeutschen ihre ungarische Staatsbürgerschaft behalten oder diese aufgrund ihrer deutschen Abstammung verlieren würden.[1059] Diese Frage ließ auch das Waffenstillstandsabkommen vom 20. Januar 1945 offen. In der Verordnung des Ministerpräsidenten[1060] vom Februar 1945 über die Internierung ging es um deutsche Staatsbürger. Die Volksgerichte dagegen nahmen beim Aufsuchen der „volksfeindlichen

[1055] Regierungsverordnung 81/1945. M.E. über das Volksgerichtswesen, Magyar Közlöny, 1945
[1056] Vgl.: Magyar Törvénytár. Törvénycikk 1943 és 1945 között. Franklin Társulat Budapest, 1945, „1945. évi VII. törvénycikk. A népbíráskodás tárgyában kibocsátott kormányrendeletek törvényerőre emeléséről." (Gerichtsartikel VII. aus dem Jahre 1945 über das Volksgerichtswesen)
[1057] Verordnung des Ministerpräsidenten 302/1945. M.E. über die Internierung deutscher Staatsbürger. Magyar Közlöny I./Nr. 7. am 27. Februar 1945 „Az Ideiglenes Nemzeti Kormány rendelete a német állampolgárok rendőrhatósági őrizet alá helyezéséről" (Verordnung der Provisorischen Regierung über die polizeiliche Aufsicht der deutschen Staatsbürger)
[1058] Vgl.: Ágnes Tóth, (1993) Telepítések Magyarországon 1945-1948 között. A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései. (Ansiedlungen in Ungarn zwischen 1945-1948. Die Zusammenhänge zwischen der Vertreibung der Deutschen, den Binnenwanderungen und dem slowakisch-ungarischen Bevölkerungsaustausch), Kecskemét
[1059] Ausnahme bildeten hier die ehemaligen SS-Soldaten.
[1060] Verordnung 302/1945

Zivil- und Militärpersonen", der Verfolgung von Tätigkeiten zur „Störung der Staats- und Gesellschaftsordnung" sowie bei der Aburteilung von Kriegsverbrechern auf die Staatsangehörigkeit der verfolgten Personen keine Rücksicht.[1061] Die gemischten Volksgerichte bestanden größtenteils aus Mitgliedern der Ungarischen Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Ungarns, der Unabhängigen Partei der kleinen Landwirte, der Nationalen Bauernpartei und der Bürgerlichen Demokratischen Partei. Zudem wurden Personen, die von den gemischten Volksgerichten freigesprochen wurden,[1062] in Budapest unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft von der politischen Polizei interniert.[1063]

Die kommunistische Macht und seine „Faust", der Staatssicherheitsdienst – im Frühling noch als politische Polizei, unter der Leitung von Gábor Péter - arbeiteten zusammen. Die Staatssicherheitsdienste, die politische Polizei bekamen von Anfang an wichtige Aufgaben, auch im Bezug auf die deutsche Minderheit. Die Verordnung[1064] vom 1. Mai 1945 schaffte die Internierung als Hauptstrafe ab[1065] und führte stattdessen die Zwangsarbeit ein. Zudem war die Zwangsarbeit, aber auch eine etwaige Internierung, nicht mehr Aufgabe der Volksgerichte, sondern der Polizeibehörden.[1066]

Aufgrund eines Berichtes von Gábor Péter, dem Leiter der politischen Polizei in Budapest, erstellt am 12. April 1945,[1067] wurden durch die Polizeibehörden in der Hauptstadt 1.869 Personen, darunter 1.547 Pfeilkreuzer, 196 Volksbündler und weitere 126 Personen aus anderen politischen Gründen, interniert. Péter berichtete noch über weitere 2.643 Personen, die zwischen dem 12. und dem 30. April 1945 interniert wurden. Aufgrund dieser Meldung wurden bis Ende Mai in Budapest und Umgebung 15 Internierungslager errichtet, in denen die Polizeibehörden ungefähr 23.000 Personen unter Polizeiaufsicht hielten.[1068]

[1061] Vgl.: András Grósz, (2010) Flüchtlinge und Internierte – Budaörs am Ende des Zweiten Weltkrieges. In: Jogfosztások Budaörsön/Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs

[1062] Die Anklage erhoben die Volksanwaltschaften und die höhere Instanz wurde der Landesrat der Volksgerichte. Die Mitglieder dieses Volksgerichtsrates hat man aus den fünf Parteien der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront gewählt.

[1063] Vgl.: Zoltán Pál, (2010) Internálások Magyarországon (1945-1953), (Internierungen in Ungarn 1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

[1064] Verordnung 1440/1945. M.E. vom 1. Mai 1945

[1065] Aufgrund der Verordnung 81/1945. M.E. wurde die Internierung zwischen dem 5. Februar 1945 und dem 1. Mai 1945 als Hauptstrafe verhängt und bis zum 1. Mai waren die Volksgerichte und die Bestätigungsausschüsse für die Internierung der Personen zuständig.

[1066] Vgl.: Tibor Zinner, (1985), Háborús bűnösök perei. Internálások, kitelepítések, igazoló eljárások 1945-1949, (Kriegsverbrecher vor Gericht. Internierungen, Aussiedlungen 1945-1949), Történelmi Szemle, Budapest 1985/1.

[1067] ÁBTL 2.1. XI/4. 9-10. Vgl..: Zoltán Pál, (2010) Internálások Magyarországon (1945-1953), (Internierungen in Ungarn, 1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

[1068] Internierungslager und Lager für die Ungarndeutschen existierten auf dem Gebiet des Gefängnisses in der Mosonyi Straße, im Sammelgefängnis, in der Kaserne der Gendarmerie in der Böszörményi Straße, in der

Eine vertrauliche, nicht veröffentlichte Verordnung des Innenministers Ferenc Erdei im Juni 1945[1069] erweiterte den Wirkungskreis der politischen Polizei, denn aufgrund dieser Verordnung konnten auch Personen, welche den „demokratischen" Wiederaufbau des Landes hemmten, durch die politische Polizei zur „Prevention"[1070] interniert werden. Die politische Polzei, die „Faust" der Arbeiterklasse und der Ungarischen Kommunistischen Partei, erhielt von da an unbeschränkte Macht, alle, die dem System nicht passten, ohne Gerichtsurteil zu internieren.

Bei der Beurteilung der Ungarndeutschen wurden die strengen Maßnahmen gegen sie erweitert: Neben dem Dienst im deutschen Heer oder beim Sicherheitsdienst und dem Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft konnten sie nun auch wegen der Mitgliedschaft beim deutschen Volksbund interniert werden. Entsprechend dieser Verordnung wurde ein Komitee aufgestellt, dessen Aufgabe es war, die Ungarndeutschen hinsichtlich ihrer Nationaltreue zu untersuchen. Ab April 1946 vermehrte sich die Zahl der Internierten. In Budapest und Umgebung arbeiteten 18.000 Personen in den Internierungslagern.[1071] Erst ab Herbst 1946 wurde die Internierung zentralisiert. Dazu wurde im Süden Budas ein zentrales Internierungslager angelegt[1072], das bis 1949/1950, bis zur Eröffnung des zweiten zentralen Lagers in Kistarcsa, alle Internierten aufnahm. Ein Teil der Ungarndeutschen wurde 1949 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Sie kamen, um bei den Bauarbeiten des größten ungarischen Wasserkraftwerks nützliche Hilfe erweisen zu können, in das berüchtigte ungarische Lager in Tiszalök. Die Mehrheit von ihnen wurde erst im Jahre 1953 freigelassen.[1073]

Eine entscheidende Rolle bei den Internierungen spielte die Verordnung 288.009/1948. B.M.[1074] des Innenministers János Kádár vom 10. September 1948. Auf der Grundlage jener

---

Ziegelfabrik in der Gubacsi Straße, in Budaörs, in Süd-Buda, in Kispest, in Rákospalota, in Újpest, in Mátyásföld, in Kistarcsa etc.

[1069] Vertrauliche Verordnung 138.000/1945. vom 21. Juni 1945, in: Mária PALASIK, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945), Társadalmi Szemle, Budapest 1997/7.

[1070] Vgl.: Ebd. „Preventív célzattal történő internálás", (Internierungen mit preventiver Absicht), Mitteilung darüber von Zoltán Pál in: Zoltán PÁL, (2010) Internálások Magyarországon (1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

[1071] Tibor Zinner, (1985) Háborús bűnösök perei. Internálások, kitelepítések, igazoló eljárások 1945-1949, (Kriegsverbrecher vor Gericht. Internierungen, Aussiedlungen 1945-1949) Történelmi Szemle, Budapest 1985/1.

[1072] Im Oktober 1946 arbeiteten 4.370 Internierte in Süd-Buda. In: Ebenda

[1073] *Von den 1179 Internierten sind 65 Personen österreichische, 111 Kriegsgefangene jugoslawische, 1000 Kriegsgefangene deutsche, 2 Personen ungarische Staatsbürger und 1 Person belgischer Staatsbürger* (Meldung in Tiszalök am 24. September 1953) in: ÁBTL, A-1249 Tiszalök internálótáborra vonatkozó anyagok 1951-1952-1953 (Dokumente in Bezug auf das Internierungslager in Tiszalök 1951-1952-1953)

[1074] Verordnung 288.009/1948. B.M. in: Rendőrségi Közlöny 1948/19

Verordnung entstand die ÁVH,[1075] die selbständige Behörde unter der Aufsicht des Innenministeriums. Sie war ermächtigt, Personen, die die Interessen des Staates gefährdeten, zu internieren. Vorerst war die VI. Hauptabteilung für Finanz- und Gefängnisfälle,[1076] später die Untersuchungsabteilung[1077] für die Gefängnisse und Internierungslager zuständig. Leiter der Abteilung war Oberst Gyula Décsi, ab 1951 Oberst László Juhász und nach 1953 Oberst Gyula Zsidi.[1078] Die Überwachung der Internierungslager war Aufgabe der IV. Hauptabteilung.[1079]
Auch die Polizei durfte internieren. Im Jahre 1945 war die IV/15. Unterabteilung der 15. Abteilung der IV. Hauptabteilung des Polizeiwesens[1080], ab 1946 die IV/4 Unterabteilung unter der Leitung von Gyula Radó für die Internierungen zuständig. Nach 1948 beschäftigte sich eine Internierungsabteilung der 9. Hauptverwaltungsabteilung innerhalb der Hauptabteilung des Polizeiwesens[1081] mit den Internierungen.

Während der Forschungsarbeiten im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste stand das Verhältnis der Staatsmacht zur deutschen Minderheit im Mittelpunkt. Gab es eindeutige Unterschiede in der Behandlung der ungarndeutschen und der Verhafteten mit anderer Minderheitenzugehörigkeit? Findet man inhaltliche und zahlenmäßige Unterschiede zwischen den ungarischen und den ungarndeutschen Akten der Staatssicherheitsdienste?
Aufgrund der Forschungsarbeit im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste wird hier versucht, auf diese Fragen Antwort zu geben und die zur Forschung freigegeben Dokumente, die Dossiers der zwischen 1945 und 1956 aktenkundigen Ungarndeutschen in verschiedene Kategorien, Gruppen einzuteilen.

1. Deutsche in Ungarn wurden erstens wegen antidemokratischer Aussagen aktenkundig. Hier findet man keinen inhaltlichen oder zahlenmäßigen Unterschied zwischen den ungarischen und ungarndeutschen Akten.

[1075] Die ÁVH (Államvédelmi Hatóság – Staatssicherheitsbehörde) wurde am 28. Dezember 1949 ins Leben gerufen.
[1076] Auf Ungarisch findet man in den Dossiers 'ÁVH, VI. Jogi és Börtönügyi Főosztály'.
[1077] Auf Ungarisch findet man in den Dossiers 'ÁVH, Vizsgálati Főosztály'.
[1078] Diese Namen findet man in vielen Dossiers bezüglich der internierten Ungarndeutschen. Vgl.: Beatrix Boreczky, Az Államvédelmi Hatóság szervezete, 1950–1953, (Die Staatssicherheitsdienste 1950-1953) Trezor 1. A Történeti Hivatal évkönyve 1999, György Gyarmati (Red.), (1999) Történeti Hivatal Évkönyve, Budapest
[1079] Vgl.: Ebd.
[1080] Auf Ungarisch findet man in den Dossiers 'BM IV. Közrendészeti Főosztály 15. Ellenőrzési Ügyosztály IV/15 alosztálya' Dazu s.: Béla RÁCZ, A Belügyminisztérium újjászervezése, 1944. december – 1948. Július, Levéltári Közlemények, Budapest 1970
[1081] Auf Ungarisch findet man in den Dossiers 'BM IV. Közrendészeti Főosztály 9. Igazgatásrendészeti Osztály 1. számú internálási alosztály' Dazu s.: Ebenda

2. Zweitens wurden viele Ungarndeutsche wegen ihrer Herkunft und Vergangenheit aktenkundig. In diesem Punkt sind die Unterschiede offenkundig, zumal die ungarndeutsche Minderheit in beiden Diktaturen instrumentalisiert worden ist.

- Aufgrund der Ergebnisse der Volkszählung 1941 waren die Ungarndeutschen für die Nationalsozialisten „Volksdeutsche" geworden und sie wurden zur Waffen-SS [1082] zwangsrekrutiert. (Zwangsrekrutierung)

- Für die neue Ordnung, für die ungarische Regierung und vor allem für die kommunistische Partei spielte die Zugehörigkeit der Ungarndeutschen zur deutschen Minderheiten eine entscheidende Rolle bei der Vertreibung nach 1946. (Vertreibung)

- Die Sowjets betrachteten die Ungarndeutschen als „Deutsche", die zu ‚malenkij robot' im Winter 1944/45 bzw. in sowjetische Gefangenschaft verschleppt oder – zusammen mit der neuen politischen Macht in Ungarn - nach dem Krieg als Feinde der neuen politischen Ordnung interniert bzw. in Arbeitslager transportiert wurden. Beweis dafür ist, dass die Mehrheit der in Ungarn internierten Ungarndeutsche waren und dass ein „Schwaben-Kulake" in den Akten der Staatssicherheitsdienste negativer bewertet wurde als ein ungarischer „Kulake". (Verschleppung, Internierung)

3. Drittens erfolgte eine Aufnahme in die Akten wegen einer Mitarbeit im Agentennetz, wozu Ungarndeutsche wegen ihrer Fremdsprachenkenntnisse zur Arbeit bei den Staatssicherheitsdiensten überredet oder gezwungen wurden. Hier findet man keinen Unterschied zwischen den ungarischen und ungarndeutschen Akten, man findet nur zahlenmäßig weniger Mitarbeiter ungarndeutscher Abstammung in den Reihen der Staatssicherheitsdienste. Da diese Minderheit nach 1945 – durch Verschleppung, Vertreibung, Enteignung – kollektiv bestraft wurde, meldeten sich nicht viele Ungarndeutsche zur Arbeit im Geheimdienst.

[1082] Wobei hier die Zahl der Rumänen, Jugoslawen und Österreicher außer Acht gelassen wurden, obwohl anzunehmen ist, dass zahlreiche Flüchtlinge aus diesen Ländern auch Volksdeutsche waren, in Rumänien, Siebenbürger Sachsen, in Jugoslawien Banater oder Batschkaer Schwaben und in Österreich Soproner oder Burgenländer.

4. Den vierten Beweis liefert die Verhaftung vieler Ungarndeutsche wegen „Verbrechen“ gegen die Demokratie. Die „Verbrechen“ waren vor allem Fluchtversuche, „Attentate“ und illegale Grenzüberschreitungen. Die ungarndeutschen „Täter“ erhielten jedoch eine eindeutig strengere Bestrafung als die ungarischen.

Geht man von den Statistiken des Staatssicherheitsdienstes über die ersten Volkszählungen und deren Ergebnissen aus und betrachtet man die ethnische Zusammensetzung Ungarns, so betrug die Zahl der deutschen Minderheit auf dem Gebiet „Trianon-Ungarns” im Jahre 1941 5,1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1949, die wegen der totalen kommunistischen Diktatur nicht die wahren Verhältnisse zeigen, waren nur 0,2 Prozent der Bevölkerung Ungarndeutsche. Elf Jahre später, als die Minderheiten ihre Sprache und Kultur schon wieder pflegen durften, belief sich die Zahl der Ungarndeutschen auf 0,5 Prozent.[1083]

Im Juli 1953 fertigte auch der Staatssicherheitsdienst eine Statistik an: Von den 2.692 Internierten waren 1.130 Personen Ungarn, 1.037 Personen Deutsche. Die Zahl der ungarischen Internierten betrug 42 Prozent, während die Zahl der deutschen Internierten cirka 39 Prozent betrug.[1084]

In den 1960er Jahren war die Atmosphäre liberaler geworden, denn die Furcht war verschwunden. Dennoch blieb trotz der Reformen nach 1968 die kommunistische Nationlitätenpolitik nicht wirklich minderheitenfreundlich. Erst 1989 wurden die nationalen und ethnischen Minderheiten in der Verfassung als „staatsbildende Faktoren“[1085] bezeichnet. Für viele Minderheiten, darunter für die deutsche Minderheit war es sprachlich, kulturell und auch wirtschaftlich gesehen jedoch viel zu spät gewesen.

Es gibt keine guten und keine schlechten Völker,
Es gibt nur gutes und schlechtes Tun.
(Papst Johannes Paul II.)

Kathi Gajdos-Frank

[1083] In: Minderheitenschutz im östlichen Europa. Ungarn. Prof. Dr. Dr. h.c. G. Brunner, PD Dr. Herbert Kuepper, www.unikoeln.de, 11/03/11
[1084] ÁBTL, A-479
[1085] Der Kommunismus kennt im Allgemeinen keine Minderheiten.

Literaturverzeichnis

Mathias BEER (Hg.), Auf dem Weg zum ethnischen reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart, Tübingen 2004,

Detlef BRANDES, Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer" der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München 2001

György GYARMATI, Kényszerpályás rendszerváltások Magyarországon 1945-1949. A politika rendőrsége 1945-56. Mindentudás Egyeteme, VII. szemeszter, 6. előadás, 17. Oktober 2005

György GYARMATI (Red.), Történeti Hivatal, Budapest, 1999

György GYARMATI (Red.), Történeti Hivatal, Budapest, 2002

György GYARMATI, Kádár János és a Belügyminisztérium Államvédelmi Hatósága. Fordulat és folyamatosság a kommunista párt politikájában, 1948-ban. In: Trezor 1. A Történeti Hivatal évkönyve. Történeti Hivatal Budapest, 1999

György GYARMATHY, Politika és társadalom 1945-1989 között. In: Magyarország története a XX. században. I. (Red. István KOLLEGA TARSOLY), Babits kiadó Szekszárd, 1996

György GYARMATI, A Rákosi-korszak. Rendszerváltó fordulatok évtizede Magyarországon, 1945-1956., ÁBTL-Rubicon Budapest, 2011.

György GYARMATI, A politika rendőrsége 1945-56. Beszélő, 2000. 9-10.sz.

Zsolt KRAHULCSÁN, Rolf MÜLLER, György GYARMATI (Red.), Dokumentumok a politikai rendőrség történetéből 1., A politikai rendészeti osztályok 1945-1946., L'Harmattan Kiadó Budapest, 2009

Magdolna BARÁTH, István FEITL, György GYARMATI, Mária PALASIK, Levente SIPOS, László SZŰCS, György T. VARGA. (Red.) István FEITL, Márta LÁZÁR, Levente SIPOS, Napvilág Budapest, 1997

Dr. Andreas OPLATKA, Die Sowjetisierung in Ost- und Mitteleuropa, Forschungsseminar, Andrássy Gyula Universität, 2009/10 Sommersemester

Ignác ROMSICS, Magyarország története a XX. században. Osiris Budapest 2001

Ignác ROMSICS, A trianoni békeszerződés. Osiris Kiadó, Budapest 2001

Gerhard SEEWANN, Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa, Südosteuropa, 50 Jhg. 10-12/2001

Gerhard SEEWANN, Norbert SPANNENBERGER (Hrsg.), Akten des Volksgerichtsprozesses gegen Franz A. Basch in: Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission. Bd. 37., München, 1999.

Gerhard SEEWANN, Der Vertreibungsprozeß in und nach dem zweiten Weltkrieg aufgrund britischer Quellen. In: Gerhard SEEWANN (Red.): Migrationen und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918–1995. München, 1997

Gerhard SEEWANN, Ungarndeutsche und Ethnopolitik. Ausgewählte Aufsätze. Budapest, 2000

Gerhard SEEWANN, Péter DIPPOLD (Hg.) Migration und ihre Auswirkungen. Beispiel Ungarn 1918-1995. In: Bibliographisches Handbuch der ethnischen Gruppen Südosteuropas I-II., München 1997

Loránt TILKOVSZKY, Magyarországi németek szovjet munkatáborokban. In: Regio Nr. 1., 1991

Loránt TILKOVSZKY, Die Nationalitätenpolitik Ungarns und das heimische Deutschtum zwischen 1919-1945, in: 300 Jahre Zusammenleben, Budapest 1988, Bd. I.)

Loránt TILKOVSZKY (Red.), Német nemzetiség, magyar hazafiság. Tanulmányok a magyarországi németség történetéből, Pécs 1997

Loránt TILKOVSZKY, Ungarn und die deutsche Volksgruppenpolitik. Köln-Wien 1981

Loránt TILKOVSZKY, Ez volt a Volksbund. A német népcsoport-politika és Magyarország 1938-1945., Budapest, 1978

Loránt TILKOVSZKY, SS-toborozás Magyarországon. Budapest, 1974

Lóránt TILKOVSZKY, Ungarndeutschtum, Gesamtdeutschtum, ungarische Nationalitätenpolitik seit 1918, Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 9 (19), Prien a. Chiemsee, 1991

Tomas STANEK, Verfolgung 1945 Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (ausserhalb der Lager und Gefängnisse), Buchreihe des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa, Band 8, Böhlau Verlag Wien, 2002

Thomas STANEK, „Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945-48" Aus dem Tschechischen von Eliska und Ralph Melwille. Veröffentlichung des Collegium Carolinum. München: Oldenbourg 2007

György ZIELBAUER, A magyarországi németség nehéz évtizede 1945-1955, Szombathely-Vép, 1990

György ZIELBAUER, A magyarországi németek elhurcolása és elűzése. Válogatott szemelvények a korabeli magyar sajtóból 1944-1948, Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Budapest 1996

György ZIELBAUER, A magyarországi németek elhurzolása és elűzése, Budapest 1996

György ZIELBAUER, Doktordissertation 1969, ELTE, „Die Geschichte der Gemeinde Elek 1920-1949"

György ZIELBAUER, A magyarországi németek elhurcolása. 1944/45. A kollektiv bűntetés első állomása. Dokumentumkötet. Magyarországi Németek Szövetsége, Budapest 1990

Mária PALASIK, A jogállamiság megteremtésének kísérlete és kudarca Magyarországon 1944 – 1949. Politikatörténeti füzetek. Nr. XVII., Napvilág Kiadó Budapest, 2000

Mária PALASIK, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945), Társadalmi Szemle 1997. 7.szám

Mária PALASIK, Üstökön ragadni a reakciót. Az államrendőrség és a politikai rendőrség kezdetei, Beszélő, 1999 november

Mária PALASIK, A politikai rendőrség háború utáni megszervezése. In: György GYARMATI (Red.), Államvédelem a Rákosi-korszakban. Tanulmányok és dokumentumok a politikai rendőrség második világháború utáni tevékenységéről., Történeti Hivatal Budapest, 2000.

Mária PALASIK, Félelembe zárt múlt. Politikai gyilkosságok Gyömrőn és környékén 1945-ben. Budapest, 2010

Ferenc GLATZ (Red.), A magyarok krónikája. Officina Nova, Budapest, 1995

Walter POEGGEL, Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Rosa-Luxemburg-Verein, Leipzig 1995

Alfred M. de ZAYAS, „Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten" Stuttgart: Kohlhammer, 1993

Alfred M. de ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Zeitgeschichte, München 1988

Péter PALLAI, Mátyás SÁRKÖZI, Némi Demokráciától a népi demokráciáig. A kommunista hatalomátvétel története Magyarországon a BBC-Archívum tükrében (1945-1948), Helikon Budapest, 2008.

Gábor KISZELY, ÁVH. Egy terrorszervezet története. Korona kiadó Budapest, 2000.

István FEITL-Lajos IZSÁK- Gábor SZÉKELY (Red.), Fordulat a világban és Magyarországon, 1947-1949. Napvilág kiadó Budapest, 2000.

Teherán, Jalta, Potsdam. Dokumentumgyűjtemény. Kossuth Kiadó Budapest 1969

Elek KARSAI, Magda SOMLYAI, Sorsforduló. Iratok Magyarország felszabadulása történetéhez 1944 szeptember-1945 április, Budapest, 1970

István BIBÓ, Válogatott tanulmányok., Magvető Budapest, 1990

István BIBÓ, A magyar demokrácia mérlege. In: Válogatott Tanulmányok, Budapest, 1986, I–III.

István BIBÓ, A kelet-európai kisállamok nyomorúsága, In: Válogatott Tanulmányok, Budapest, 1986 II.

István BIBÓ, Az európai egyensúlyról és békéről , In: Válogatott Tanulmányok, Budapest, 1986.

Tibor HUSZÁR, István BIBÓ ifj., Bibó István – Beszélgetések, politikai-életrajzi dokumentumok. Budapest, Kolonel Lap- és Könyvkiadó, 1989

Huszár Tibor HUSZÁR, Gábor HANÁK, György LITVÁN, Katalin S.VARGA (Red.), Dokumentarband, Budapest, 1956-os Intézet-Osiris-Századvég, 1995

Ágnes TÓTH, Bibó István memorandumai a magyarországi német lakosság kitelepítésével kapcsolatban. In: Tibor IVÁNYOSI-SZABÓ (Red.), Bács-Kiskun Megye Múltjából II., Kecskemét, BKMÖL, 1992

Ágnes TÓTH, Die weitere Tätigkeit Bibós., Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. XIII (23), Prien a. Chiemsee, 1995

Ágnes TÓTH, Mihály KŐHEGYI, Der zusammenfassende Bericht György Bodors über die Siedlungsaktionen um Bonyhád (1945), In: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn, Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993

Ágnes TÓTH, Bács-Kiskun megye múltjából (Aus der Vergangenheit des Komitats Batschka-Kleinkumanien) XI, Kecskemét, 1992

Ágnes TÓTH, Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat Budapest, 2008

Ágnes TÓTH, Földreform, internálás, belső telepítés Magyarországon 1945 után. Barátság, Budapest 2006/3.

Gábor TABAJDI-Krisztián UNGVÁRY, Elhallgatott múlt. A pártálam és a belügy., Corvina-1956-os Intézet Budapest, 2008.

Krisztián UNGVÁRY, Budapest Ostroma, Corvina 2005

Krisztián UNGVÁRY, Bibó és a zsákutca, Mozgó Világ, Jhg. 27, 2001/2

Krisztián UNGVÁRY, Deutsche Minderheiten 1918-1939. Die Genese der Deutschfrage in Ungarn. In: H-Soz-u-Kult, 30/04/2003

Krisztián UNGVÁRY, Antisemitismus und Deutschfeindlichkeit. Der Zweifrontenkrieg., Suevica Pannonica, Jhrg. XX. (30), Heidelberg-München-Stuttgart, 2002

Krisztián UNGVÁRY, Kriegsschauplatz Ungarn. In: Karl-Heinz FRIESER, Klaus SCHMIDER, Klaus SCHÖNHERR, Gerhard SCHREIBER, Krisztián UNGVÁRY, Bernd WEGNER, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 8., Die Ostfront 1943/44. München 2007

Barbara BANK/Sándor ŐZE, A „német ügy" 19451953. A Volksbundtól Tiszalökig, Budapest-München-Backnang, 2005

Tibor ZINNER, Háborús bűnösök perei. Internálások, kitelepítések és igazoló eljárások 1945–1949. Történelmi Szemle. Budapest, 1985. Nr. 1. sz.

Tibor ZINNER, Péter RÓNA, Szálasiék bilincsben. I. A Hűség Házától az Andrássy út 60-ig. Lapkiadó V., Budapest 1986

Tibor ZINNER, Adalékok a magyarországi koncepciós perekhez. Székesfehérvér, 1988.

Miklós GÖRBEDI, 1020 nap az őrtornyok árnyékában. A tiszalöki hadifogolytábor története. Tiszalök, 1989

Miklós GÖRBEDI, Az árnyékok hosszúra nyúlnak. Kiegészítés Kecskemét–Tiszalök–Kazincbarcika kényszer munkatáborainak történetéhez, „Október 4." Baráti Társaság Tiszalöki Tagozata, Tiszalök, 1998

Miklós GÖRBEDI, A tiszalöki hadifogolytábor története, Tiszalök, 1989.

Géza HAMBUCH (Hrsg.) A magyarországi németek elhurcolása 1944/45. A kollektív bűntetés első állomása., Budapest 1990

Dr. Isabel HEINEMANN, Beziehungen zwischen Volksdeutschen und Rassenpolitik der SS. In: H-Soz-u-Kult, 30/04/2003

Norman M. NAIMARK, Flammender Hass.
Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert
C. H. Beck, 2004

John LEWIS GADDIS, „Der Kalte Krieg"
Pantheon, 2008

Georg F. KENNAN, Memorien eines Diplomaten I.
(aus: Alfred M. de ZAYAS, „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" Frankfurt/M., Berlin, Ullstein 1988)

Gyula ERDMANN, Deportálás, kényszermunka. Békési és csanádi németek szovjet munkatáborokban., Gyula, 1990

Margit BALOGH (Red.): Felekezetek, egyházpolitika, identitás. Budapest, 2008

Georg BRUNNER, Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1993

Georg BRUNNER, Hans LEMBERG (Hrsg.), Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa
Nomos Verlag, München 1994

Frauke KRAAS, Jörg STADELBAUER (Hrsg.), Nationalitäten und Minderheiten in Mittel- und Osteuropa
Braumüller, 2002

István VIDA, Bendegúz Gergő CSEH, „Documents of the meetings of the Allied Control Commission for Hungary 1945-47"
Budapest, 2000

Eugen LEMBERG, „Osteuropa und die Sowjetunion"
Geschichte und Probleme
Ein Beitrag zur deutschen Ostkunde
Otto Müller Verlag Salzburg, 1956

Michael von ENGELHARDT, Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte. Biographieverläufe von Heimatvertriebenen. München, 2001
Árpád von KLIMÓ, „Ungarn seit 1945"
Kapitel 7.: Ethnische Homogenisierung und Minderheitenpolitik in Ungarn und in den Nachbarstaaten
Vandenhoeck Ruprecht UTB Göttingen, 2006

Aly GÖTZ, Susanne HEIM, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutsche Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hoffmann und Campe, Hamburg 1991

Aly GÖTZ, „Endlösung": Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt am Main, 1995. In: Gerhard SEEWANN, Typologische Grundzüge der Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Europa. Südosteuropa, 50. Jhg., 10-12/2001

Szilveszter PÓCZIK, Hitler Európája. A nemzetiszocialista Európa-ideológia. Rubikon, 1997/8.

Dr. Rainer SCHULZE, Spannungen zwischen Auslandsdeutschen und Einheimischen. In: H-Soz-u-Kult, 30/04/2003

Johann WEIDLEIN, Der ungarische Antisemitismus in Dokumenten. Schorndorf, 1967

György RÁNKI, Ervin PAMLÉNYI, Loránt TILKOVSZKY, Gyula JUHÁSZ (Red.), Die Wilhelmstrasse und Ungarn. Deutsche Diplomatische Schriften über Ungarn 1933-1944., Budapest 1968

Mihály KOROM, Von der Atlantischen Charta bis zur kollektiven Bestrafung in Potsdam., Beitrag der Ungarndeutschen zum Aufbau der gemeinsamen Heimat, Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen Budapest, 1996

Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, dtv München, 2004

Michael KRONER, Umsiedlung und Flucht von Südostdeutschen im Zweiten Weltkrieg, In: Südostdeutsche Vierteljahresblätter, 53. (2004) 4.

Irén SIMÁNDI, Magyarország a Szabad Európa Rádió hullámhosszán 1951-1956 Gondolat, 2005

András GRÓSZ, Flüchtlinge und Internierte – Budaörs am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Entrechtungen in Budaörs (1944-1948), Budaörs 2010

Thomas URBAN, Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20.Jahrhundert. becksche reihe, 2006.

Rudolf AUGSTEIN (1923-2002), Auf die schiefe Ebene zur Republik, Der Spiegel 2/85

Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem, Hrsg. Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, 2002

Alexander FISCHER (Hg.) Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei", Köln 1973

Ferenc ERDEI, Napló és levélrészletek, Montreux 1936

Miklós FÜZES, Sklavenraub. In: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband. Verband der Ungarndeutschen, Budapest 1990

Dr. Miklós FÜZES, A magyarországi németek polkoljárása a XX. század magyar kormányzati és közigazgatási rendszerében. Tudományos Lapok a rendszerről, I. évf./3. szám, Szentendre, 2006

Miklós FÜZES, Törvénysértéssel, Pécs 1992 in: Suevica Pannonica, Archiv der Deutschen aus Ungarn. Jhrg. 11 (21), Prien a. Chiemsee, 1993

Miklós FÜZES, Modern rabszolgaság. „Malenkij robot". Magyar állampolgárok a Szovjetunió munkatáboraiban 1945-1949. Budapest, Formatív Kft., 1990

Erzsébet HETESI, Éva MAYER, Aus den Erinnerungen der Verschleppten. In: Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990 S. 110-157.

Wendelin HAMBUCH, Zur sowjetischen Deportation. Die Verschleppung ungarnländischer Deutscher 1944/45. Erste Station der kollektiven Bestrafung. Dokumentarband, Verband der Ungarndeutschen Budapest, 1990 S. 182-204.

Josef Volkman SENZ, Geschichte der Donauschwaben, München 1987

István FEHÉR, A magyarországi németek kitelepítése. 1945-1950. Budapest, Akadémia Kiadó, 1988

István FEHÉR, Az utolsó percben. Magyarország nemzetiségei 1945-1990. Budapest, 1993.

Sándor BALOGH, Az új Magyarország és a magyarországi németek. 300 éves együttélés – A magyarországi németek történetéből. Tankönyvkiadó, Budapest 1988. I. kötet

Barna MEZEY (Red.), Magyar alkotmánytörténet. Osiris Kiadó, Budapest 1996

Géza ÉRSZEGI, Klára DÓKA, László SOÓS (Red.), Magyarország századai. Válogatás ezer év dokumentaiból 1000-1956. Budapest, 2003

Kinga TÓTH, Visszapillantás a magyar Közigazgatási Bíróság történetére. In: Magyar közigazgatás, Budapest 1991

Istán STIPTA, A magyar közjogi múlt üzenete: önálló közigazgatási bíróság. In: Magyar jog, 6.sz., Budapest 2010

Szabina BOGNÁR, Vagyoni korlátozások, vagyonelkobzás és vagyonjuttatások Budaörsön. In: Jogfosztások Budaörsön (1944-1948). Budaörs, 2010

József NEMES NAGY, A földreform végrehajtása során igénybevett és kiosztott ingatlanok telekkönyvezése és a vonatkozó jogszabályok gyűjteménye. Budapest, 1947

Ferenc BACSÓ (Red.), Két év hatályos jogszabályai 1945-1946. Budapest, 1947

Yehuda LAHAV, Svábok, magyarok a háború után, in: *Beszélő* Sept.-Okt. (2002)

Sándor BALOGH, Éva SZABÓ, Koalíció és politikai érdekegyeztetés (A pártközi értekezlet). Múltunk, 1994/4.

Andrea KOZÁRY, Dokumentumok a szervezôdô rendôrségrôl és Budapest közállapotáról. 1945. január–február. Társadalmi Szemle, 1997/1.

Zoltán VAS, Akkori önmagunkról. Önéletírás. Budapest., Magvetô, 1982

Rupert BUTLER, A sztálini terror eszközei. 1917-től 1991ig. Gabo Kiadó Budapest, 2008

Róbert GÁBOR, Az igazi szociáldemokrácia. Küzdelem a fasizmus és a kommunizmus ellen. Századvég Kiadó Budapest, 1998

Béla RÁCZ, A Belügyminisztérium újjászervezése. Levéltári Közlemények, 1970/1.

A Hűség Házától az Andrássy út 60-ig. Lapkiadó Vállalat Budapest, 1986.

Béla SZÁSZ, Minden kényszer nélkül. Európa–História Budapest, 1989

Géza BÖSZÖRMÉNYI, Recsk 1950–53. Interart Budapest, 1990

Ákos MAJOR, Népbíráskodás–forradalmi törvényesség. Egy népbíró visszaemlékezései., Minerva Budapest, 1988

Paul GINDER, Die ungarndeutsche Tragödie im 20. Jahrhundert. Stuttgart, 2000

Imre OKVÁTH, „Sziget egy reakciós tenger közepén” Adalékok a Katpol történetéhez, 1945–1949. In: György GYARMATI (Red.), Államvédelem a Rákosi-korszakban. Tanulmányok és dokumentumok a politikai rendőrség második világháború utáni tevékenységéről., Történeti Hivatal Budapest, 2000.

Mihály SOÓS, A háborús és népellenes bűntettek feltárásának forrásai a Történeti Levéltárban, Trezor 3. Budapest 2006

Ida VÁMOS PETRIKNÉ, Iratok a Történeti Hivatalban. Vázlat a volt állambiztonsági szervek iratanyagának irattani feltárásához. In: Trezor 1. Budapest 1990

Ibolya HORVÁTH (Red.), Iratok az igazságszolgáltatás történetéhez 2.: Teljes ülések, vizsgálatok és „vallomások", „párt"-ítéletek, elvi határozatok, az '56-os megtorlás iratai., Közgazdasági és Jogi Könyvkiadó Budapest, 1993.

Jogfosztások Budaörsön (1944-1948), Budaörs 2010

Ágnes JOBST, A nyelv kisajátítása. A második világháború utáni média elemzése szótárral és szövegmutatványokkal., Budapest, 2010.

Norbert SPANNENBERGER, Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938-1944 unter Horthy und Hitler., München, 2002

Béla BELLÉR, Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Geschichte der Deutschen in Ungarn 1933-1938. Suevica Pannonica, 2000

Johann BÖHM, Die Ungarndeutschen in der Waffen-SS., Ippesheim, 1990

Josef MIRNIC, Die Batschkadeutschen zur Zeit der ungarischen Besetzung (1941-1944) in: Acta Historica, Academiae Scientiarium Hungaricae 18, 1972

Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT, Die Volksgruppenpolitik des Deutschen Reiches 1920-1945. in: Suevica Pannonica, Jhrg. 9.(19), Prien a. Chiemsee, 1991

Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT, Die kritische Endphase unserer Geschichte 1938-1945, In: Suevica Pannonica Jhrg. 7., Prien a. Chiemsee, 1989

Friedrich SPIEGEL-SCHMIDT, Umsiedlung-Vertreibung-Irrwege eines gefährlichen Gedankens., Suevica Pannonica Budapest, 1987

Johann WUESCHT, Jugoslawien und das dritte Reich., Stuttgart 1969

Bernd WEGNER, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 8., Die Ostfront 1943/44. München 2007

Zoltán András KOVÁCS, Norbert SZÁMVÉBER, A Waffen-SS Magyarországon. Business Week-Hadtörténelmi Levéltár, Budapest 2001

Johann WEIDLEIN, Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten 1930-1950. Schorndorf 1950

Anton SCHERER, Die ungarnländischen Donauschwaben und die Deutschen Westungarns von 1918 bis 1945. in: Der Weg in die Heimat. Graz-Stuttgart, 1988

Martin MOLL (Hrg.), Führer-Erlasse 1939-1945., Steiner Stuttgart, 1997

Heinz HÖHNE, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS., Augsburg, 1998

József KOMANOVICS, A hazai németek helyzetére vonatkozó rendelkezések a II. világháborút követő években 1945-1950. in: Baranyai Művelődés Nr. 1., Pécs 1976

István KOZMA, Viktor KARÁDY, Név és Nemzet. Családnév-változtatás, névpolitika és nemzetiségi erőviszonyok Magyarországon a feudalizmustól a kommunizmusig., Osiris, Budapest 2002

Tamás STARK, Magyarország II. világháborús embervesztesége. Társadalom- és művelődéstörténeti tanulmányok 3., MTA Történettudományi Intézet, Budapest 1989

Zoltán PÁL, Internálások Magyarországon (1945-1953), Kommentár 5., Budapest, 2010/2.

Barbara BANK, Az internálás és kitelepítés dokumentumai. Trezor 3., Budapest 2003

Beatrix BORECZKY, Az Államvédelmi Hatóság szervezete, 1950–1953, Trezor 1. A Történeti Hivatal évkönyve 1999

Béla RÁCZ, A Belügyminisztérium újjászervezése, 1944. december – 1948. Július, Levéltári Közlemények, Budapest 1970

György T. VARGA, Adalékok a börtönügy és a rabmunkáltatás történetéhez, 1949–1953, Trezor 2. A Történeti Hivatal évkönyve 2000–2001

Attila DRUCZA, „Buda-Dél – Dél-Buda". A buda-déli internálótábor története a jogtörténeti források tükrében, Variációk.Ünnepi tanulmányok M. Kiss Sándor tiszteletére, István ÖTVÖS (Red.), Pázmány Péter Katolikus Egyetem Bölcsészettudományi Kar, Piliscsaba, 2004

Ferenc TOMKA, Halálra szántak, mégis élünk! Egyházüldözés 1945–1990 és az ügynök-kérdés, Szent István Társulat, Budapest, 2005

Géza BÖSZÖRMÉNYI, Lívia GYARMATHY, Judit KICZENKO (Red.), Recsk 1950–1953. Egy titkos kényszermunkatábor története, Széphalom Könyvműhely, Budapest, 2006.

Josef RINGHOFFER, Bilddokumentation eines Leidensweges: Tiszalök. Stuttgart 1993

Gizella FÖGLEIN, A nemzetiségi oktatás jogi szabályozása Magyarországon 1945-1956. Levéltári Szemle, Budapest 1990.

György T. VARGA, Adalékok a börtönügy és a rabmunkáltatás történetéhez, 1949–1953, Trezor 2. A Történeti Hivatal évkönyve 2000–2001

Anja KAMMERER, Willi KAMMERER (Red.), Narben bleiben. Die Arbeit der Suchdienste 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, Pößneck, 2005

Rolf MÜLLER, Emlékhelytelenítés, Betekintő 2010/4.

Thomas CASAGRANDE, Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen". Franfurt/Main 2003

István SOLTÉSZ, Rajk-Dosszié. Láng Kiadó Budapest, 1989

János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz 1953-1958. 56-os Intézet Budapest, 1999

Árpád PÜNKÖSDI, Rákosi a hatalomért. 1945-1948. Európa Könyvkiadó Budapest, 1992

Georg WILDMANN, Die tieferen Ursachen unserer Vertreibung. In: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien. München, Sindelfingen 1993

Ingomar SENZ, Statstreu und volkstreu. Die Donauschwaben in Jugoslawien 1919-1945. In: 300 Jahre im Donauraum. München, 1988

Gábor PAIZS (Red.), Rajk-per. Ötlet Kiadó Budapest, 1989

Paul LENDVAI, Die Ungarn. Ein Jahrtausend. Sieger in Niederlagen, C. Bertelsmann München, 1999

Paul LENDVAI, Auf schwarzen Listen
Hoffmann uns Campe, 1996

Margit BALOGH, Szabadlábon fogolyként avagy a kommunizmus és az egyházi ellenállás Magyarországon. In: Vigília, Budapest, 2000/6.

József MINDSZENTY, Emlékirataim. Szent István Társulat, Budapest, 1989

Gábor ADRIÁNYI, A Vatikán keleti politikája és Magyarország 1939-1978. A Mindszenty-ügy. Kairosz Kiadó Budapest, 2004.

Tiborné ERDÉSZ (Red.), Magyarország művelődési viszonyai 1945-1958, Közgazdasági és Jogi Kiadó, Budapest 1960

Iván BEREND T., A történelem – ahogyan megéltem. Kulturtrade Budapest, 1997

Gyula SIMON, József SZARKA, A magyar népi demokrácia nevelésügyének története., Tankönyvkiadó Budapest, 1965

János RAINER M., Az író helye. Viták a magyar irodalmi sajtóban 1953-1955. Magvető Kiadó Budapest, 1990.

János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. 1. kötet 1896-1953, 1956-os Intézet Budapest, 1996

János RAINER M., Nagy Imre. Politikai életrajz. 2. kötet 1953-1958, 1956-os Intézet Budapest, 1999.

György KÓKAY, Ambrus OLTVÁNYI, Kálmán VARGHA (Red.), Program és hivatás. Magyar folyóiratok programmcikkeinek válogatott gyűjteménye, Gondolat Kiadó Budapest, 1978

Georg Hermann, HODOS, Schauprozesse, stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Frankfurt, 1988.

Istvén FEITL, Márta GELLÉRINÉ LÁZÁR, Levente SÍPOS (Red.), Rákosi Mátyás: Visszaemlékezések, Napvilág Kiadó Budapest, 1997.

Archive

Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára (ÁBTL)

Magyar Országos Levéltár (MOL)

Politikai Intézet Levéltára (PIL)

Zeitungen, Zeitschriften, Blätter

Sonntagsblatt

Szabad Szó

Szabad nép

Kis Újság

Világ

Viharsarok

Új Dunántúl

Népszava

Magyar Közlöny (1945 -1955)

Statistiken, Quellen

„1990. évi népszámlálás. Magyarország nemzetiségi adatai megyénként 1870-1990 között az 1990. évi államigazgatási beosztás szerint" Budapest, 1992

Magyar Statisztikai Évkönyv 1998, Budapest, 1999, KSH

Iván PETŐ, Sándor SZAKÁCS, A hazai gazdaság négy évtizedének története 1945-1985, Közgazdasági és Jogi Kiadó Budapest, 1985

Az MDP határozatai 1948-1956. Budapest, 1998.

Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädige, Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearbeitet von Theodor Schieder
Berlin: Bernard und Gräfe, 1953-1961

Gazdaságstatisztikai Tájékoztató, Budapest 1947 in: Das Schicksal der Deutschen in Ungarn, dtv, 1998

Az Ideiglenes Nemzetgyűlés Naplója. Atheneum, Budapest 1946

Nemzetgyűlési irományok, 1945. I. kötet I-II. szám. 1945

László SZŰCS (Red.), Dálnoki Miklós Béla kormányának (Ideiglenes Nemzeti Kormány) minisztertanácsi jegyzőkönyvei 1944. december 23. – 1945. november 15. A-B kötet., Magyar Országos Levéltár, Budapest 1997. A-kötet

László SZŰCS (Red.), Nagy Ferenc első kormányának minisztertanácsi jegyzőkönyvei. 1946. február 5.- 1946. november 15., Budapest, 2003

Gergő Bendegúz CSEH, A magyarországi állambiztonsági szervek intézménytörténeti vázlata 1945–1990. In: György GYARMATI (Red.), Trezor 1., A Történeti Hivatal évkönyve 1999., Történeti Hivatal Budapest, 1999.

Rendőrségi Közlöny 1948/19

Az MDP határozatai 1948-1956. Budapest, 1998.

Magyar Statisztikai Évkönyv 1998, Budapest, 1999, KSH

Sándor BALOGH, Lajos IZSÁK, Pártok és pártprogramok Magyarországon 1944-1948. Tankönyvkiadó, Budapest 1979

Internet

www.mindentudasegyeteme.hu 24/03/11

Károly Kisteleki, A magyar állampolgárság fejlődéstörténete a kezdetektől a rendszerváltozásig, www.kettosallampolgarsag.mtaki.hu, 15/06/11

Gizella FÖGLEIN, A magyar-jugoszláv népcsereegyezmény-tervezet-1946 www.sulinet.hu/oroksegtar/data/magyarorszagi-kisebbsegek/2008/Nemzetiseg , 2/4/11

Prof. Dr. Dr. h. C. G. Brunner, PD Dr. Herbert Kuepper: Minderheitenschutz im östlichen Europa www.unikoeln.de 22/03/11

www.1000ev.hu, 22/05/11

István KOZMA, A névmagyarosítások története. A családnév-változások., História, 6. Mai 2000, www.historia.hu/archivum, 12/02/11

István KOZMA, Névmagyarosítási mozgalom és kisebbségpolitika a koalíciós korszakban (1945-1948), www.mtaki.hu 26/01/11

Fritz FELLNER, Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882-1919. München, 1994, www.ilo.org, 11/03/2011

www.voelkerbund-geschichte.de, 10/03/2011

Verordnung 600/1945. M.E. der Provisorischen Nationalregierung (17. März 1945), www.rev.hu, 2/2/2011

http://www.hataror.eu

Állambiztonsági Értelmező Kéziszótár, www.abtl.hu/html/hu/kezi-1.pdf

Internet-Zeitschrift „Betekintő", www.betekinto.hu

Károly KISTELEKI, A magyar állampolgárság fejlődéstörténete a kezdetektől a rendszerváltozásig, www.kettosallampolgarsag.mtaki.hu 18/03/11